

**Hans  
Teubner**



**Exilland  
Schweiz  
1933–1945**

# Hans Teubner



Das Buch gibt erstmals eine zusammenhängende Darstellung des außerordentlich komplizierten und vielseitigen Kampfes der illegalen Organisation der KPD auf Schweizer Territorium von 1933 bis 1945. Unter den schweren Bedingungen in der angeblich neutralen und demokratischen Schweiz waren die deutschen kommunistischen Emigranten pausenlos illegal tätig, sie schufen eine breite Bewegung „Freies Deutschland“ und gaben mit Hilfe der Schweizer Demokraten, die die Demokratie ernst nahmen, den antifaschistischen Kämpfern in Süddeutschland ununterbrochen vielseitige Unterstützung. Das geschichtliche Erfordernis, die dokumentarisch belegte Wahrheit ans Licht zu bringen, gab mir den Anstoß zum Schreiben dieses Buches.

*Aus dem Vorwort des Verfassers*

## Exilland Schweiz 1933–1945

*Prof. Dr. Hans Teubner* wurde 1902 in Aue in einer Arbeiterfamilie geboren. 1919 trat er der KPD bei; er war Mitbegründer des KJVD im Erzgebirge. Seine journalistische Laufbahn begann 1920 mit Beiträgen für den „Kämpfer“ in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), dessen Redakteur er 1924 wurde. Von der Klassenjustiz verfolgt, mußte er in die Illegalität gehen; er arbeitete unter dem Namen Ernst Rohde an der „Freiheit“ in Düsseldorf. Von 1927 bis 1930 studierte er in Moskau. 1933 wurde er verhaftet; er war zunächst in der Gestapohölle in Berlin, Prinz-Albrecht-Straße, und bis Ende 1935 im Zuchthaus Luckau inhaftiert. Hans Teubner wurde von der Parteiführung ins Ausland geholt und wirkte während des national-revolutionären Krieges in Spanien als Redakteur am „Deutschen Freiheitssender 29,8“. Von 1939 bis Kriegsende war er als verantwortlicher Funktionär der illegalen KPD-Organisation in der Schweiz tätig. 1945 wurde Hans Teubner

Chefredakteur der „Deutschen Volkszeitung“, Berlin, 1946 der „Sächsischen Zeitung“, Dresden. 1947 bis 1950 unterrichtete er an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Danach bekleidete er die Funktion eines Institutsdirektors und Prodekans an der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig. Von 1959 bis 1963 war er Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Seit 1963 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Hans Teubner ist Träger hoher Auszeichnungen, so der Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden in Gold, des Ordens „Banner der Arbeit“, der Medaille für Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen 1918–1923, der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus 1933–1945“, der Ehrennadel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Gold sowie der sowjetischen Medaille für Spanienkämpfer und der bulgarischen Georgi-Dimitroff-Medaille. Er ist Ehrenbürger der Stadt Aue.

## Vorwort

In einer Vielzahl von Publikationen haben marxistisch-leninistische Historiker unwiderlegbar nachgewiesen, dass in der Zeit der monopolkapitalistischen Hitlerdiktatur die KPD trotz pausenloser Verfolgung und unzählbarer Opfer die einzige Kraft in Deutschland war, die – als Bestandteil der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus – dem antifaschistischen Kampf Ziel und Richtung gab.

Die seit etlichen Jahren erfolgten Forschungen lieferten bündige Beweise dafür, dass deutsche Kommunisten auch als Emigranten in kapitalistischen Ländern unter Führung des ZK der KPD und somit in konsequenter Befolgung der Strategie und Taktik der Brüsseler Konferenz (1935) und der Berner Konferenz (1939) der KPD sowie in Einklang mit den geschichtlichen Erfordernissen als wahre Patrioten und proletarische Internationalisten den Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, für einen antifaschistischen deutschen Staat führten.

Dennoch gibt es auf diesem Gebiet hinsichtlich der Gesamtdarstellung des antifaschistischen Kampfes noch so manches unbeschriebene Blatt. Das vorliegende Buch soll diese Lücke schliessen helfen: Es behandelt den vom ZK der KPD geleiteten Kampf der deutschen kommunistischen Emigranten und der von ihnen initiierten Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz. Das Buch gibt erstmals eine zusammenhängende Darstellung des ausserordentlich komplizierten und vielseitigen Kampfes der illegalen Organisation der KPD auf Schweizer Territorium von 1933 bis 1945. Der Leser erfährt, dass bei allen Besonderheiten das Wirken der deutschen kommunistischen Emigranten in der Schweiz keinen territorial begrenzten Charakter trug, sondern sich in den Gesamtverlauf des weltweiten Kampfes zwischen den Kräften der faschistischen Reaktion einerseits und den Kräften der Demokratie und des Sozialismus, deren Kern die Sowjetunion bildete, andererseits einordnete.

Unter den schweren Bedingungen in der angeblich neutralen und demokratischen Schweiz waren die deutschen kommunistischen Emigranten pausenlos illegal tätig, sie schufen eine breite Bewegung «Freies Deutschland» und gaben mit Hilfe der Schweizer Demokraten, die die Demokratie ernst nahmen, den antifaschistischen Kämp-

fern in Süddeutschland ununterbrochen vielseitige Unterstützung, gegen Ende des Krieges auch durch Entsendung von hervorragenden Parteikadern.

Das geschichtliche Erfordernis, die dokumentarisch belegte Wahrheit ans Licht zu bringen, gab mir den Anstoss zum Schreiben dieses Buches. Ein besonderer Impuls war dadurch gegeben, dass ich, als ich aus Spanien nach Frankreich zurückgekehrt war, im März 1939 vom Sekretariat des ZK der KPD in Paris als verantwortlicher Funktionär in die Schweiz delegiert wurde, wo ich bis zur Rückkehr aus der Emigration im Juni 1945 tätig, also Teilnehmer des Kampfes in der Schweiz war. Wäre ich nicht dagegewesen, hätte ich das Buch nicht in der vorliegenden Weise schreiben können. Zwar verfügt das Zentrale Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus über einen Teil des seinerzeit in der Schweiz angelegten Archivs der KPD-Organisation, aber diese Materialien bestehen zum Teil aus verschlüsselten Dokumenten und verklausulierten Texten, in denen nicht selten auch Decknamen benutzt sind, so dass das Originalmaterial für die Arbeit erst dadurch erschlossen werden konnte, dass ich die Schriftstücke in Klartext umsetzte.

Dank der persönlichen Bekanntschaft mit den damaligen Funktionären der KPD-Organisation und der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz wie auch mit Schweizer Kampfgefährten war es mir möglich, mich an diese zu wenden und so einen neuen und sehr umfangreichen Fonds von Druckschriften und Dokumenten verschiedenster Art zu sammeln. Aufschlussreiche Erinnerungsberichte konnten beschafft werden. Mit vielen ehemaligen Emigranten, die jetzt in der DDR, aber auch solchen, die in der BRD leben, führte ich Gespräche, die – ergänzt durch umfangreiche Korrespondenzen – ebenfalls wertvolles Material für das vorliegende Buch erbrachten.

Aus der langen Reihe der Genossen und Freunde, denen ich mich zu grossem Dank für ihre Hilfe verpflichtet fühle, seien genannt: Paula und Wilfried Acker, Rudi Bergtel, Ernst Eichelsdörfer, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer, Richard Hartmann, Irene Klier-Mode, Harry Herz, Bernhard und Suse Kuderer, Paul Meuter, Franz Obermanns, Prof. Dr. Elfriede Paul, Dr. Erwin Reiche und seine Frau Friedel Nowack, Albert Reuchlen, Rudi Singer, Lydia Sperling, meine Frau Elsa Teubner, Michael Tschesno-Hell und Joseph Wim-

mer. Für Hinweise zum Manuskript danke ich den Genossen Prof. Dr. Ernst Diehl, Prof. Dr. Klaus Mammach und Dr. Heinz Kühnrich sowie dem Verlagslektor Dietmar Rehschuh.

Möge das mit so verdienstvollen Helfern geschaffene Buch die Wahrheit verbreiten über den schweren, mutigen, im Geiste echten Patriotismus und proletarischen Internationalismus geführten Kampf der deutschen Kommunisten und ihrer Verbündeten auf Schweizer Territorium während der Hitlerzeit, für Ziele, die in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht sind. Möge es das Geschichtsbild erweitern und sich als gute Waffe im gegenwärtigen Kampf gegen die imperialistische Reaktion, ihre revisionistischen Helfer und buntschillernden Geschichtsfälscher, im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus erweisen.

Hans Teubner

# **1933 – Kriegs- beginn 1939**

### «Auf dem Schlachtfeld des Exils»

Die Geschichte der Völker kennt viele Perioden der Emigration. Besonders zahlreich waren die Emigrationen im neunzehnten Jahrhundert. Unter den Nationen, deren beste und daher gefährdetste Söhne das Vaterland verlassen mussten, weil sie es liebten und deshalb gegen seine Schändung und Unterdrückung durch die grausame Gewalt reaktionärer Herrscher und Klassen kämpften, nahm die deutsche Nation einen vorderen Platz ein. Zu den vielen Emigranten des neunzehnten Jahrhunderts gehörten bekanntlich Karl Marx und Friedrich Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, die den grössten Teil ihres Lebens im Exil verbringen mussten und dort auch starben.

Zur massenhaften Emigration in Deutschlands Geschichte kam es im zwanzigsten Jahrhundert. Unter dem hemmungslosen physischen und geistigen Terror des Hitlerfaschismus waren Zehntausende zum Verlassen des Heimatlandes gezwungen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter; fortschrittliche Gelehrte, Künstler, Schriftsteller; Gläubige und Atheisten. Die Emigration der Hitlerzeit war aber nicht nur die zahlenmässig grösste, sondern auch uneinheitlicher als jede andere vorher, denn neben den bewussten Gegnern der reaktionären Herrscher gab es viele Menschen, die wegen der Bedrohung ihrer Existenz auswanderten. Zahlreiche der durch den faschistischen Rassenwahn zur Flucht ins Ausland Getriebenen waren Kleinbürger aus den verschiedensten Bereichen, Geschäftsleute, Ärzte, Rechtsanwälte, Literaten, Beamte, Angestellte, Bibliothekare und andere, die keine klare Weltanschauung besaßen.

Es gab unter den Emigranten unterschiedliche Grade der Erkenntnis der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit; für sehr viele von ihnen bedeutete der plötzliche Verlust der Heimat ein unbegreifliches, hartes

Schicksal. Die meisten von ihnen waren unkämpferisch, haderten mit ihrem Dasein; durch den Verlust der Heimat, des Berufs, der Existenzmittel waren sie nun völlig Entwurzelte. Für solche Opfer des Faschismus bedeutete das Leben im Exil ein qualvolles Vegetieren. Nicht gering war die Zahl der Emigranten, die die verbrecherischen Gewalthaber, die Menschenschinder, Bücherverbrenner und Kulturschänder aus tiefstem Herzen hassten, aber als Individualisten keine Organisation kannten, keine Perspektive sahen und nicht wussten, welcher Weg zu einem befreienden Ziel zu gehen war. Klein war die Zahl jener, die die klassenmässigen Gründe ihres Dramas erfassten und verstanden, dass der Hitlerfaschismus als ein Produkt des Imperialismus die terroristische Diktatur des reaktionärsten Teiles der Monopolbourgeoisie war und dass aus solcher Erkenntnis der organisierte antifaschistische Kampf geführt werden musste.

Es trifft zu, wenn in dem Buch des bürgerlichen Publizisten Matthias Wegner «Verbannung» gesagt wird: «Diejenigen, die in einer festen Weltanschauung aufgehoben waren, hatten es leichter. So erlitten die Marxisten unter den Emigranten das Los des Exils nicht immer in seiner ganzen psychologischen Schwere. Sie sahen... in dem, was sie erleiden mussten, nur die letzte Phase der kapitalistischen Weltordnung. Wenig findet sich in ihren zahlreichen Stellungnahmen vom eigentlichen Erlebnis des Exils. Wenn sie öffentlich das Wort ergriffen, so geschah das zumeist in der Absicht, den Kapitalismus zu brandmarken oder die Sache des Kommunismus zu verfechten.»<sup>1</sup>

«Ja, Exil zerrieb, machte klein und elend», schrieb 1938 der nach Übersee emigrierte grosse deutsche Schriftsteller Lion Feuchtwanger, «aber Exil härtete auch und machte gross, reckenhaft ... Viele engte das Exil ein, aber den Besseren gab es mehr Weite, Elastizität, es gab ihnen den Blick für das Grosse, Wesentliche, und lehrte sie, nicht am Unwesentlichen zu haften.»<sup>2</sup>

Die kommunistischen Emigranten vor allen anderen waren es, die ins Ausland als bewusste Kämpfer gingen. Für sie hatte sich das Territorium ihres Wirkens verändert, sie befanden sich, wie Ferdinand Freiligrath von den Emigranten der 48er Revolution sagte, «auf dem Schlachtfeld des Exils». Sie hatten Deutschland nicht aufgegeben, sondern waren sich jederzeit gewiss, dass der verbrecherische Faschismus vernichtet wird und sie zu den Siegern von morgen gehören

werden. Sie bildeten den revolutionären Kern im Exil und machten die Emigration zu einer bedeutsamen Kraft im nationalen und internationalen antifaschistischen Kampf.

Diese Feststellung gilt generell für jedes Land, in das seit 1933 deutsche Emigranten gelangten. Sie gilt auch für die Schweiz, über die dieses Buch berichtet.

## **Das «legendäre» Exilland Schweiz**

Der 1933 einsetzende Flüchtlingsstrom brachte viele vom Hitlerterror bedrohte Menschen in die Schweiz. Sie war vor der Errichtung von Grenzsperrern leicht erreichbar. Sie bot auch den Vorzug, dass die Sprache in den an Deutschland grenzenden Kantonen Deutsch ist – rund siebenzig Prozent der Schweizer sind deutschsprachig; zwanzig Prozent sprechen französisch, knapp zehn Prozent italienisch und kaum ein Prozent rätoromanisch.

Nicht wenige Flüchtlinge begaben sich auch deshalb in die Schweiz, weil sie die Erwartung hegten, dort menschenfreundliche Aufnahme zu finden. Weit verbreitet war die Meinung, die Schweiz betreibe seit eh und je, seit Jahrhunderten, eine menschliche Asylrechtspolitik. Diese Meinung gründete sich auf einige Wahrheiten, beruhte aber mehr auf zählbaren Legenden. Um die Wirklichkeit zu erfassen, ist ein knapper Rückblick auf die Schweizer Flüchtlingspolitik der Vergangenheit vonnöten.

Wahr ist, dass mancher in seinem Heimatland verfolgte Freiheitskämpfer Rettung in der Schweiz fand. Schon vor dem Grossen Bauernkrieg hatte Ulrich von Hutten, der tapfere Streiter gegen die Tyrannei, Obdach auf der Insel Ufenau im Zürichsee gefunden. In der Zeit der Reformation und der Gegenreformation flüchteten aus Frankreich viele bedrohte Hugenotten in die Schweizer Kantone. Das war nicht zum Schaden der Schweiz. Der Schweizer Prof. Dr. Carl Ludwig vermerkt: «Der Wissenschaft, der Kunst und der Wirtschaft brachten die Emigranten unverbrauchte Kräfte und wertvolle Impulse. In verschiedenen Städten führten sie neue Gewerbe und Industrien ein, ... und zahlreiche Familien schenkten der neuen Heimat hervorragende Söhne.»<sup>3</sup>

Dennoch war die Schweiz für die meisten Emigranten keine gastliche Stätte. Das wird von bürgerlichen Historikern gern verschwiegen. Um der historischen Wahrheit willen ist zu sagen, dass schon damals herrschende Kreise der Schweiz aus selbststüchtigen Klasseninteressen gegen die Einwanderer Partei ergriffen, besonders dann, wenn diese arme Leute waren.

Als mit der «Bartholomäusnacht» (23./24. August 1572) die Abschlachtungen von Hugenotten in Paris erneut begannen und ein neuer Flüchtlingsstrom der Bedrohten in die Schweiz gelangte, zeigte sich die Schweizer Flüchtlingspolitik sehr zwiespältig: Den einen wurde Obdach gewährt, den anderen wurde es verweigert. Carl Ludwig schreibt darüber: «Nach der Bartholomäusnacht wurden mancherorts nur die vermöglichen und kunstfertigen Flüchtlinge aufgenommen, während man sich der Unbemittelten durch Weiterschlebung zu entledigen wusste oder auf sie durch Verweigerung der Einbürgerung und des Zunftrechts einen indirekten Druck zur Weiterwanderung ausübte.»<sup>4</sup>

Ende des siebzehnten Jahrhunderts flohen die in Frankreich bedrohten Waldenser, die ein Gemeinschaftsleben nach urchristlichen Vorstellungen anstrebten, in die Schweiz. Sie traf das gleiche Schicksal. Im März 1688 liess der Basler Rat viele Waldenser mit Gewalt fortschaffen. Gleiches geschah im Kanton Schaffhausen und in anderen Kantonen, wo den Flüchtlingen der Aufenthalt überhaupt verweigert wurde.

Die umfangreicheren Emigrationen setzten nach der Grossen Französischen Revolution ein. Die Emigranten übten auf die demokratische Entwicklung der Schweiz sehr günstigen Einfluss aus. Daher wurden sie vom fortschrittlichen Bürgertum und von der sich herausbildenden Arbeiterklasse begrüsst. Unter dem Einfluss der revolutionären Bewegungen in mehreren europäischen Ländern entwickelten einige Kantone eine positive Asylpolitik. Viele in Deutschland Verfolgte, so Georg Herwegh, Ferdinand Freiligrath, Georg Büchner, Richard Wagner und Wilhelm Weitling, fanden in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Herberge in Schweizer Städten. Das währte aber nicht lange. Als nach der Niederschlagung der 48er Revolution in Deutschland 900 Angehörige der badischen Revolutionsarmee – unter ihnen Friedrich Engels – auf Schweizer Gebiet übertraten und sich die Zahl der Emigranten auf 15'000 erhöhte, verleumdete die Schweizer Regierung die Emigranten als

Landplage und verfügte massenhaft Landesverweise. «Dabei hatte», berichtet Carl Ludwig, «der Bundesrat... erst noch mit dem Widerstand weiter Bevölkerungskreise und sogar einzelner Kantonsregierungen zu rechnen, die den illegalen Unternehmungen von Flüchtlingen lebhafteste Sympathie entgegenbrachten und ihnen bisweilen überdies eine aktive Unterstützung zuteil werden liessen.»<sup>5</sup>

Im Jahre 1864 flüchteten annähernd 2'000 Polen, die sich am Aufstand gegen die polnische Reaktion beteiligt hatten, in die Schweiz, und es zeigte sich derselbe klassenbedingte Unterschied: Während grosse Teile der Bevölkerung auf der Seite der Flüchtlinge standen und Gottfried Keller, der bedeutendste Schriftsteller der Schweiz, leidenschaftlich für die polnischen Freiheitskämpfer eintrat, betrieb die Regierung eine flüchtlingsfeindliche Politik. Viele polnische Emigranten wurden aus dem Land gejagt.

Nach dem Erlass des Bismarck-Gesetzes vom 21. Oktober 1878 «gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten» («Sozialistengesetz») flohen viele Mitglieder der Partei August Bebel und Wilhelm Liebknechts in die Schweiz. Auch sie fanden die Unterstützung breiter Massen, während die Regierung ihre flüchtlingsfeindliche Politik fortsetzte; Landesverweise waren häufig. Die Herausgabe des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei, «Der Sozialdemokrat», und anderer sozialdemokratischer Schriften musste illegal erfolgen. Nur konspirativ konnten selbstverständlich auch die russischen Revolutionäre – unter ihnen Lenin – tätig sein, die Ende des vorigen Jahrhunderts in die Schweiz emigriert waren.

Während des ersten Weltkrieges wurden revolutionäre Emigranten verschiedener Nationalität aus der Schweiz ausgewiesen. Mit einer Regelung vom 14. November 1917 erweiterte der Bundesrat die Zulässigkeit der Ausweisungen. Vorher schon, im März 1917, hatte Lenin mit Nadeshda Krupskaja und anderen Bolschewiki die Schweiz verlassen. An die Schweizer Arbeiter schrieb er am 26. März einen Abschiedsbrief, in dem es heisst: «Im Begriff, aus der Schweiz nach Russland abzureisen, um die revolutionäre internationalistische Arbeit in unserer Heimat fortzusetzen, senden wir Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands . . . Euch unsere brüderlichen Grüsse und sprechen Euch unseren tiefempfundenen kamerad-

schaftlichen Dank für Euer kameradschaftliches Verhalten zu den Emigranten aus.»<sup>6</sup>

Die Schweizer Bourgeoisie aber wurde von Lenin oftmals scharf gebrandmarkt. In seinen Thesen vom 4. März 1919, in denen er das Wesen der bürgerlichen Demokratie und der Diktatur des Proletariats darlegt, schreibt er: «In der ganzen zivilisierten Welt werden jetzt Bolschewiki ausgewiesen, verfolgt und eingekerkert, wie zum Beispiel in einer der freiesten bürgerlichen Republiken, in der Schweiz...»<sup>7</sup>

Dieser knappe Rückblick auf die Zeit bis zum Ende des ersten Weltkrieges zeigt, dass es unkorrekt ist, schlechthin von einer humanistischen schweizerischen Asylrechtspolitik zu sprechen; wer es tut, bewegt sich abseits der Wahrheit und fördert eine Legende. Die geschichtliche Wirklichkeit erfordert, deutlich zu unterscheiden: Die Flüchtlingspolitik der Regierung war emigrantenfeindlich. Dagegen war das Schweizer Volk, waren die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums und – seit ihrem Aufkommen – die Arbeiterklasse, viele Intellektuelle und Schriftsteller gute Freunde und selbstlose Helfer der Emigranten.

## **Die Flüchtlingspolitik des Bundesrates 1933-1939**

Flüchtlinge aus Hitlerdeutschland, die in die Schweiz mit der Illusion von einer «menschlichen Asylrechtspolitik» kamen – anfänglich waren es zumeist unpolitische russisch Verfolgte –, sahen sich vom ersten Tag an bitter enttäuscht. Von vielen Schweizern wurde ihnen zwar Sympathie entgegengebracht, aber der Bundesrat (die Regierung) zeigte sich kalt, abweisend, feindselig. Die Enttäuschung darüber musste gross sein, denn wem von den Geflüchteten war klar, dass der Bundesrat die Politik der Grossbourgeoisie betrieb, die mit der imperialistischen deutschen Monopolbourgeoisie vielfältig verflochten war und sich daher von Anfang an dem etablierten Hitlerregime gegenüber mehr als freundlich verhielt? Die Politik wurde in den Zürcher Palästen der Konzerne und Finanzgewaltigen bestimmt, durchgeführt wurde sie vom Bundesrat in Bern.

Die der schweizerischen Monopolbourgeoisie gemässe Flüchtlingspolitik wurde vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement

ment (Ministerium) praktiziert. Die Leitung dieses Departements lag erst in der Hand des stockreaktionären Bundesrates Dr. Johannes Baumann, ihm folgte 1941 Dr. Eduard von Steiger. Der Leiter der Polizeiabteilung des Departements war Dr. Heinrich Rothmund. Dieser Heinrich Rothmund erhielt weitgehende Vollmacht, über das Schicksal der Emigranten zu bestimmen. Er war der rechte Mann für diese Funktion – als führendes Mitglied des Vaterländischen Verbandes, einer Organisation der finanzkapitalistischen «Elite», verfocht er skrupellos deren Interessen; er war ein Verehrer der faschistischen Gewalthaber in Deutschland, leidenschaftlicher Antisemit und Antikommunist.

Rothmund hatte einen Polizeiapparat des Bundesrates aufgebaut und «funktionsfähig gemacht, in zäher Kleinarbeit und mit Geduld Widerstände der Kantone und der Bevölkerung gebrochen . . .»<sup>8</sup>

Der Schweizer Publizist Alfred A. Häslar kennzeichnete Heinrich Rothmund mit folgenden Worten: «Die Fähigkeit, sich in das Schicksal eines verfolgten Menschen zu versetzen, ging ihm ab. Er sah nur sich und seinen Auftrag. So sprach er von den Flüchtlingen wie von einer Ware, über die man beliebig verfügen konnte ... Unnachgiebig bestand er auf der Rückstellung selbst von Kindern... Untergebene wies er an, bei den Rückstellungen der Unglücklichen so hart zu sein, dass ihnen und anderen die Lust vergehe, in die Schweiz zu flüchten.»<sup>9</sup>

Rothmund, der Hitlerdeutschland bereiste, besuchte auch das Konzentrationslager in Oranienburg. An dieser Marterhöhle fand er nichts auszusetzen, er lobte vielmehr die angeblich gute Behandlung der Gefangenen.<sup>10</sup>

Rothmund, dieser Mächtige im Berner Regierungsapparat, sorgte dafür, dass in rascher Folge immer mehr verschärfte Gesetze, Verordnungen und Weisungen zur Flüchtlingsfrage erlassen wurden. Aus dem dokumentarischen Bericht von Carl Ludwig, der eine Vielzahl der flüchtlingsfeindlichen Verfügungen enthält, seien einige erwähnt.

Schon am 31. März 1933 erschien ein Erlass, der einreisenden Juden jede Erwerbstätigkeit verbot und von ihnen das baldige Verlassen des Landes verlangte.<sup>11</sup>

Die nazistische Rassenwahnlehre wurde vom schweizerischen Justiz- und Polizeidepartement übernommen. Die Schweiz könne die Ju-

den ebensowenig gebrauchen wie Deutschland, erklärte Rothmund.<sup>12</sup>

Ein Erlass vom 7. April 1933, der die Zuständigkeiten der kantonalen Behörden in Flüchtlingsfragen einschränkte, die Vollmachten der Bundesjustiz und -polizei dagegen erweiterte, forderte wiederum strenge Massnahmen gegenüber den Flüchtlingen. Für geringste politische Tätigkeit wurde auch in diesem Erlass Landesverweis angeordnet.<sup>13</sup>

Zwei Wochen später, am 20. April 1933, wurde in einem Rundschreiben an die kantonalen Behörden mitgeteilt, dass die Bundesanwaltschaft befugt ist «zur Zurückweisung von Nichtasylwürdigen, Ansetzung einer kurzen Ausweisfrist für unerwünschte Personen, namentlich von schriftenlosen (passlosen – *H.T.*) Kommunisten, Anweisung eines Aufenthaltsortes und Verpflichtung zur periodischen Meldung»<sup>14</sup>.

Angsterfüllt warteten die Flüchtlinge in den Korridoren der Behörden auf die Aufenthaltserlaubnis, die faktisch Lebenserlaubnis bedeutete. Massenhaft wurde sie verweigert. Es spielten sich erschütternde Szenen ab. Wer einen gültigen Pass und genügend Geld für teure Visa hatte, konnte – so im Anfang – nach Frankreich und Übersee Weiterreisen. Viele wurden bei Nacht und Nebel über die Grenze nach Frankreich abgeschoben. Diejenigen, die befristete Aufenthaltsgenehmigung erhielten, waren völlig auf die Mildtätigkeit der eilig gebildeten Flüchtlingshilfsorganisationen Schweizer Bürger angewiesen. Bei den periodischen Meldungen auf den Polizeiamtern ging es meist nicht ohne unflätige Beleidigungen seitens der bernhörigen Beamten ab. Es war alles darauf angelegt, die Geflüchteten zu entwürdigen und moralisch zu zermürben.

Die Grenzkontrollen wurden mehr und mehr verschärft, beispielsweise durch Beschlüsse im August 1938, so dass eine legale Einreise aus Deutschland in die Schweiz immer seltener möglich war. Juden sollten nunmehr möglichst gar nicht mehr in die Schweiz gelassen werden. Mögen sie in Deutschland ihr Schicksal erleiden, das war die Devise. Die weitverbreitete katholischkonservative Zeitung «Vaterland» schrieb, dass die Judengesetze «als Gestrüppausrotter ihr Gutes»<sup>15</sup> hätten.

Der Bundesrat erstrebte eine gemeinsame Massnahme mit den deutschen Faschisten, die verhindern sollte, dass Juden überhaupt den Versuch wagten, in die Schweiz zu gelangen. So kam es am 17. Sep-

tember 1938 zu einer Besprechung zwischen Rothmund und dem Hauptverfasser der «Nürnberger Rassengesetze», Dr. Globke, der sich «zufällig» in Bern aufhielt.<sup>16</sup>

Darauffin verhandelte Rothmund vom 27. bis 29. September 1938 in Berlin mit dem Deutschen Aussenamt, mit dem SS-Führer Krause als Vertreter des SS-Reichsführers Heinrich Himmler und mit dem Gestapo-Mann Werner Best vom Reichssicherheitshauptamt. Rothmund machte den Vorschlag, die Pässe aller deutschen Juden mit einem besonderen Kennzeichen zu versehen. Der Vorschlag wurde gern angenommen, und in dem von Rothmund mit unterzeichneten Protokoll wurde erklärt, die deutsche Regierung werde «dafür Sorge tragen, dass die Pässe von reichsangehörigen Juden möglichst beschleunigt mit einem Merkmal versehen werden, das den Inhaber als Juden kennzeichnet»<sup>17</sup>.

Bei dem Merkmal handelt es sich um das berüchtigte grosse «J» im Pass. Rothmund kommt also das schreckliche «Verdienst» zu, den deutschen faschistischen Machthabern den Weg zu dieser amtlichen Kennzeichnung der Juden empfohlen zu haben.<sup>18</sup>

Der Bundesrat stimmte am 4. Oktober 1938 der Abmachung Rothmunds mit den deutschen Faschisten zu. Entsprechende Weisungen erfolgten an die Gesandtschaften, Konsulate und Grenzorgane.<sup>19</sup>

Am 11. Oktober 1938 gab das Politische Departement (Aussenministerium) einen «Runderlass» heraus, in dem es heisst: «Die schweizerischen konsularischen Vertretungen im Ausland werden von schweizerischer Seite angewiesen werden, Juden deutscher Staatsangehörigkeit, die sich bei ihnen wegen Erteilung eines Visums melden, zunächst an die deutschen Vertretungen zu verweisen, wenn ihr Pass noch nicht das erwähnte Merkmal trägt.»<sup>20</sup>

Ein legaler Weg der Bedrohten in die Schweiz war damit versperrt. Die mit dem «J» gekennzeichneten und an der Ausreise gehinderten rassisch Verfolgten gehörten zu den Opfern des Judenpogroms in der «Kristallnacht» vom 9./10. November 1938 und der damit einsetzenden Jagd auf «Nichtarier».

## Schweres Leben der deutschen kommunistischen Emigranten

Die bürgerliche «Neue Berner Zeitung» schrieb, dass «der Nationalsozialismus mit seinem unerbittlichen Kampf gegen den Kommunismus auch der Schweiz einen grossen Dienst erwiesen hat, für den wir ihm nicht genug dankbar sein können»<sup>21</sup>.

Das war nicht nur die Meinung dieses Blattes, sondern grosser Teile der herrschenden Schicht und des Bundesrates. Hatten schon die rassisch Verfolgten im Schweizer Exilland Bitteres zu erleiden, obgleich sie doch zumeist unpolitische Menschen, also «harmlos» waren, wie erst die Kommunisten! Die kommunistischen Emigranten waren nicht «harmlos»; sie taten zwar absolut nichts gegen die wahren Interessen des schweizerischen Volkes, aber – sie waren politische Kämpfer gegen den Faschismus. Gegen sie richtete sich daher die ganze Strenge der Bundesbehörden in Bern, denn ihre Dirigenten von der Hochfinanz, die Herren des Schweizer Bankvereins, der Kreditanstalt, der Bankgesellschaft usw., orientierten sich nach dem «Dritten Reich», von dem sie annahmen, es werde die Welt auch zu ihrem Vorteil «neu ordnen».

Also war der Antikommunismus Staatsdoktrin. Entsprechend waren die Existenzbedingungen für die kommunistischen Emigranten. Ihre Zahl, im Jahre 1933 noch klein, stieg ab 1934 schnell auf etliche Hunderte an. Fast alle kamen «schwarz» über die Grenze in die Schweiz; sie hatten keine Pässe oder gefälschte. Sie kamen ohne Illusionen in Bezug auf die behördliche Flüchtlingspolitik, meldeten sich nicht bei den Polizeibehörden und lebten illegal. Sie führten ein schweres Leben. Sie mussten die Schlafstellen oftmals wechseln, ihr Mittagessen nahmen sie nicht selten siebenmal in einer Woche bei einer anderen Familie ein. Es fehlten ihnen die Rappen für die Strassenbahn, und dennoch hatten sie aktive politische Arbeit zu leisten.

Ohne die hochherzige Solidarität der Kommunistischen Partei, der Roten Hilfe und vieler Schweizer Bürger hätten sich die Illegalen nicht halten können. Viele echte Eidgenossen sammelten Geld für ihren Unterhalt. Arme Familien teilten ihre spärlichen Mahlzeiten mit den Geflüchteten. Die Solidarität der Mitglieder der Kommunistischen Partei der Schweiz, der Schweizer Roten Hilfe und anderer fort-

schrittlicher Bürger, darunter vieler sozialdemokratischer Arbeiter und Intellektueller, ist höchsten Ruhmes wert. In dem Buch werden zahlreiche Namen ehrenwerter Schweizer genannt werden; an dieser Stelle schon seien die Namen einiger selbstloser Helfer mitgeteilt – für Zürich: Käthe Arnold, Dr. Hans von Fischer (Leiter der Centrale Sanitaire Suisse – Zentrale Schweizer Ärzthilfe), Familie Geppert, Familie Häusler, Sepp und Marie Höfer, Rosa Hochstrasser, Familie Hug-Franke, Frau Dr. Kläsi, Rosi Lechleitner, Max Lerch, Mentona Moser, Hans Mosimann (Leitung der Schweizer Roten Hilfe), Alfred und Fanny Mosimann, Atea und Efiria Neri, Familie Oesch, Liesl Schützle, Dora Staudinger, Willi Trostel (Leitung der Schweizer Roten Hilfe), Alice Wertmann; für Basel: Prof. Dr. Arthur Baumgarten und seine Frau, Gebrüder Afflerbach, Familie Goetzinger, Berti Lindemann, Familie Strub, Schriftsteller F.C. Vaucher; für Schaffhausen sei Käthe Hempel (später Wohlrath) genannt, die sich während des spanischen Freiheitskrieges als Heldin im Sanitätsdienst auszeichnete. Treue Hilfeleistende gab es in St. Gallen, Bern, Genf und in anderen Städten, auch in kleinen Orten, so in Davos Frau Dr. Walter, in Samaden Giacomo Delnon.

Die Polizei des Bundes und der Kantone schnüffelte eifrig nach den illegalen kommunistischen Emigranten. Sie hatte auch manchen Erfolg. Die Verhafteten wurden rücksichtslos «ausgeschafft», wie der gewaltsame Transport an die Grenze und die Verjagung aus dem Lande genannt wurde.

Die ersten Beispiele: Der kommunistische Journalist Hans Schrecker wurde im Herbst 1933 verhaftet und ihm die «Ausschaffung» nach Hitlerdeutschland angedroht; die Überstellung an der Grenze sei ungefährlich, da nach Auskunft der Gestapo gegen ihn nichts vorliege. Gegen dieses gern gebrauchte Argument, mit dem die Schweizer Polizei ihre Zusammenarbeit mit der Gestapo selbst zugab, widersetzte sich Schrecker energisch; so kam es, dass er nach Frankreich ausgewiesen wurde.

1934 wurde der Journalist Heinz Willmann wegen «Passvergehens» und wegen seiner Tätigkeit für die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung) verhaftet und mit seiner Frau bei Nacht und Nebel über die Grenze auf französisches Gebiet abgeschoben. Der kommunistische Schriftsteller Hans Marchwitza wurde 1934 aus der Schweiz hinausgeworfen.

Die kampfbewährten Brüder Wilhelm und Herbert Firl wurden wegen aktiver kommunistischer Tätigkeit ausgewiesen: Wilhelm, der von Frankreich aus den Kampf fortsetzte und zur illegalen Arbeit nach Deutschland zurückkehrte, wurde am 16. August 1937 im Gefängnis Berlin-Plötzensee enthauptet; Herbert, der als Interbrigadist nach Spanien gegangen war, starb an den Folgen der erlittenen Entbehrungen.

Nach einem Bericht des Bundesrates sind in der Zeit von 1933 bis 1939 siebenzig deutsche Kommunisten wegen «Missbrauchs des Asyls» und «regen Verkehrs mit der Heimat» aus der Schweiz ausgewiesen worden.<sup>22</sup>

In wenigen Fällen war es Kommunisten möglich, sich behördlich legalisieren zu lassen und befristete Aufenthaltsgenehmigungen zu erhalten, weil sie sich als geflüchtete Gewerkschaftsfunktionäre ausgeben oder irgendwelche nichtkommunistische Tätigkeiten als Anlass ihrer Flucht glaubhaft machen konnten. Einigen gelang es, trotz generellen Beschäftigungsverbots für Flüchtlinge, Arbeitserlaubnis zu erwirken, beispielsweise Wolfgang Langhoff als Schauspieler in Zürich; sein Buch «Die Moorsoldaten» hatte ihm auch in der Schweizer Öffentlichkeit grosses Ansehen eingebracht. Arbeitserlaubnis erhielten am Berner Stadttheater die Schauspielerin Friedel Nowack wie der Schauspieler Fritz Diez und seine Frau für das Theater in St. Gallen. Diese Legalen waren von den Schikanen der Rothmund-Polizei nicht verschont: enge Begrenzung des Bewegungsbereiches, periodische Meldepflicht, Redeverbot und ständige Drohung mit dem Entzug der Arbeitserlaubnis und mit der «Ausschaffung». Folglich mussten sie ihre Parteifunktionen unter Beachtung aller Regeln der Konspiration ausüben.

### **Disziplinierte Organisation – die Voraussetzung antifaschistischer Aktivität**

Der antifaschistische Kampf der ins Ausland geflüchteten Kommunisten erforderte ihren Zusammenschluss in der festgefügtten Organisation. Wie in anderen Emigrationsländern war es daher auch in der Schweiz notwendig, dass sich die Genossen der KPD verbanden und eine illegale Parteiorganisation bildeten. Das geschah anfänglich unter grossen Schwierigkeiten. Die Schweizer Rote Hilfe und Schweizer

Kommunisten, bei denen die Geflüchteten illegal Unterkunft fanden, förderten die organisatorische Erfassung und minderten die Schwierigkeiten in kurzer Zeit. Erleichtert wurde die Zusammenführung dadurch, dass die Ankunft neuer Flüchtlinge in vielen Fällen von Parteileitungen der Bezirke oder Ortsgruppen angekündigt worden war, denn es galt für Kommunisten die Regel, dass niemand eigenwillig emigrierte, sondern die zuständigen Parteileitungen auf Grund besonderer Gefährdung eines Genossen die Flucht ins Ausland zu beschliessen hatten. So wurde mancher Genosse an seiner Anlaufstelle in Basel, Schaffhausen, St. Gallen oder Zürich erwartet, sofort in ein illegales Quartier geleitet und durch die Organisation erfasst. Abweichungen von der Regel gab es auch, zum Beispiel dann, wenn ein Genosse aus einem Gefängnis entfliehen konnte und auf eigene Faust den Weg über die Grenze fand. In solchen Fällen dauerte die Erfassung manchmal einige Zeit.

Zur KPD-Organisation in der Schweiz gehörten nur solche Genossen, die wegen besonderer Gefährdung flüchten mussten. Als Funktionäre, die jahrelang in der Partei Ernst Thälmanns erzogen worden waren und zumeist auch Haft und Quälereien durch die Gestapo zu ertragen hatten, zeichneten sie sich als pflichtbewusste und disziplinierte Kämpfer aus. Sie fanden sich schnell in der neuen Situation im Emigrationsland zurecht. Sie wurden in Gruppen (Zellen) zusammengefasst, die aus konspirativen Gründen vier, fünf, selten mehr Mitglieder umfassten.

Die meisten Gruppen befanden sich natürlich in der deutschen Schweiz. In den Städten Zürich, Basel, Bern, St. Gallen und Schaffhausen gab es mehrere solcher Gruppen. Es bestanden auch Gruppen in Genf und in anderen Städten der französischen Schweiz, ebenso einzelne Gruppen in Leysin (Kanton Waadt) und in Davos (Graubünden).

Für die Erfassung und Organisation der Genossen und für die Leitung der gesamten politischen Tätigkeit hatte das Politbüro des ZK der KPD einen qualifizierten Funktionär eingesetzt, den Emigrationsleiter (Emileiter). Er und die von ihm zu seiner Unterstützung herangezogenen Genossen bildeten die Emileitung. Der erste Emileiter war von 1933 bis Juni 1935 Walter Fisch. Er wurde von der Polizei verhaftet, ohne dass diese wusste, welche Funktion er hatte, und «ausgeschafft».

(Im Jahre 1938 kehrte er aus der Tschechoslowakei illegal in die Schweiz zurück.) Nachfolger Walter Fisches war bis Februar 1936 der frühere Reichstagsabgeordnete Paul Bertz.

In den an Deutschland angrenzenden Ländern bildete das Politbüro des ZK der KPD 1935/1936 Abschnitsleitungen. Die Abschnitsleitung in der Schweiz hiess «Abschnitsleitung Süd». Damit trat eine Strukturänderung in der Leitungstätigkeit ein, eine Arbeitsteilung zwischen der Abschnitsleitung und der ihr unterstellten Emileitung.

Die Hauptaufgabe der Abschnitsleitung war die operative Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes in den Bezirken Baden, Württemberg, Bayern und Hessen-Frankfurt. Dementsprechend hatte sie die Verantwortung für die Grenzstellenarbeit, für den Einsatz der Instrukteure, die Parteiorganisationen in Süddeutschland Beschlüsse übermittelten und von dort Informationen über den antifaschistischen Kampf mitbrachten. Sie war verantwortlich für die Herstellung vielfältiger Druckerzeugnisse und für Kurierereinsätze zum Transport von illegalen Schriften an die süddeutschen Anlaufstellen, für die Herstellung von Pässen und Transportbehältern, für die Absicherung gegen die Schweizer Polizei und Nazispitzel. Zum unmittelbaren Aufgabenbereich der Abschnitsleitung gehörten die Arbeit mit sozialdemokratischen Emigranten und anderen Deutschen im Schweizer Exil sowie die Verbindung mit Genossen in anderen Ländern, besonders in Frankreich. Eine grosse Aufgabe der Abschnitsleitung war die ideologische Arbeit.

Die Funktion der Emileitung bestand darin, die Abschnitsleitung auf verschiedenen Gebieten zu entlasten, zum Beispiel bei der organisatorischen Gruppenarbeit, der Quartierermittlung und der Beschaffung von Geld, Papier und sonstigem Druck- und Schreibmaterial, der Verbreitung und dem Verkauf der illegalen Druckerzeugnisse unter der Schweizer Bevölkerung und den zahlreichen alteingesessenen Deutschen, der sogenannten Deutschen Kolonie, wie auch bei der Erfassung von Sympathisierenden. Der Emileiter nahm an den Besprechungen der Abschnitsleitung teil. Die Verflechtung bewährte sich.

Neben diesen leitenden Parteiorganen existierte die Rote Hilfe Deutschlands (RHD). Die illegale Organisation der RHD, die eng mit der zunächst noch legalen Roten Hilfe der Schweiz und der Schweizer Ärzthilfe zusammenarbeitete, übte eine für die Abschnitsleitung

sehr wertvolle Funktion aus. Ihre Hauptaufgabe war, Familien der in Süddeutschland eingekerkerten Antifaschisten materiell zu unterstützen. Sie sammelte Geld, tauschte die Schweizer Franken vorsichtig in Reichsmark um und schickte die Unterstützungsgelder – nicht selten durch eigene Kuriere – in süddeutsche Städte. Kurz vor Kriegsbeginn reiste die Schweizer Kommunistin Rosemarie Muggli für die RHD sogar nach Berlin. An der Durchführung der Aktionen zur Rettung Lilo Herrmanns und «Freiheit für Ernst Thälmann!» hatte die RHD grossen Anteil.

Die Leiter und die Zusammensetzung der Abschnittsleitung Süd wechselten mehrfach, teils auf Grund von Beschlüssen des Politbüros, zumeist aber infolge von Verhaftungen und Ausweisungen. Das gilt auch für die Emileitung und die Leitung der RHD. So wurde der Abschnittsleiter Paul Bertz vom Politbüro aus der Schweiz abberufen. An seine Stelle trat der frühere Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädels (Fried). Zu dieser Zeit war Karl Kunde (Ewald) Orgleiter und Paul Meuter (Erwin) Leiter für Sicherheitsmassnahmen. Siegfried Rädels wurde Ende 1936 mit seiner Lebensgefährtin und aktiven Mitarbeiterin Maria Weiterer in Zürich verhaftet. Die Polizei schaffte beide über die französische Grenze. Illegal kehrte Fried bald in die Schweiz zurück und verliess sie nach kurzer Zeit wieder, als er vom Politbüro mit einer Funktion in Paris betraut wurde.

Ab Anfang Januar 1937 war Conrad Blenke (Gottfried) Abschnittsleiter. Zu seinen Mitarbeitern gehörten: Emmy Damerius-Koenen, Paul Meuter, Ernst Eichelsdörfer, Marga Reimann, Wilhelm Beuttel und dessen Lebensgefährtin Maria Rentmeister, Fritz Sperling, Wilfried Acker (Werner), Bruno Goldhammer und Margarete Wittkowski.

Die Arbeitsbedingungen waren ausserordentlich schwer. Emmy Damerius-Koenen, die zwei Tage nach Conrad Blenke von Paris nach Zürich gekommen war, berichtet aus dem Jahre 1937: «Zürich war im Vergleich zu Paris ein schwieriges Pflaster für unsere Arbeit. In Zürich illegal auf längere Zeit zu leben, schien fast unmöglich.»<sup>23</sup>

Tatsächlich, es war schwierig. Im November 1937 wurde Conrad Blenke in Zürich bei einer Strassenkontrolle gestellt. Paul Meuter berichtet darüber: «Bei der Verhaftung konnte er sich losreissen, ein Stück davonlaufen und dabei einige Zettel mit wichtigen Aufzeich-

nungen verschwinden lassen. Somit blieb der Polizei verborgen, dass sie den wichtigsten Mann der KPD-Organisation in der Schweiz erwischte hatte. Es folgte Grenzüberstellung, illegale Rückkehr nach Zürich und dann die von uns organisierte Ausreise nach Paris.»<sup>24</sup>

Der nächste Abschnittsleiter war Edi – sein richtiger Name konnte nicht ermittelt werden; er war nur kurze Zeit in Zürich. Ihm folgte Paul Elias (Matthes). Im März 1939 wurde ich, aus Spanien nach Paris zurückgekehrt, vom Sekretariat des ZK der KPD mit der Weisung in die Schweiz geschickt, nach meiner Einarbeitung Elias abzulösen. Bis Kriegsausbruch leiteten Elias und ich den Abschnitt Süd gemeinsam.

Emileiter waren 1935/1936 Franz Vehlow, 1936/1937 «Alex», 1937/1938 «Hans», von Mitte 1938 bis in die Kriegsjahre Fritz Beseh. In den Jahren 1937 bis 1939 gehörten der Emileitung teils kürzere, teils längere Zeit an: Wilfred Acker, Bruno Fuhrmann, Walter Fisch, Bruno Goldhammer und Willi Wildgrube.

Leiter der RHD war 1936 der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Beimler. Da in Zürich mehrfach ein Spitzel gesehen wurde, der sich in den Münchener Apparat der RHD eingeschlichen hatte und daher Hans Beimler kannte, musste Hans Beimler abgelöst werden. Der nächste Leiter der RHD war Wilhelm Beuttel; er übersiedelte bald nach Holland, von dort begab er sich 1942 zur illegalen Arbeit nach Deutschland, wo er im Februar 1943 verhaftet und am 27. Juli 1944 in Köln zur Richtstätte geführt wurde. Nach Wilhelm Beuttel leiteten die RHD-Arbeit in der Schweiz der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Brenzel, Lore Wolf und Paul Bannasch (Fritz).

Eine sehr tatkräftige Hilfe für Otto Brenzel war Lore Wolf, die sich in Frankfurt (Main) der Verhaftung durch die Gestapo entziehen konnte, einige Zeit in Paris tätig war und im Juli 1936 nach Zürich kam. Nach der Verhaftung von Otto Brenzel leitete sie die RHD. Ihr Mann, Hans Wolf, der im September 1934 in Frankfurt (Main) mit anderen illegalen Kämpfern in die Fänge der Faschisten geraten war, emigrierte nach verbüsster Gefängnisstrafe Ende 1936 mit der damals zwölfjährigen Tochter ebenfalls in die Schweiz. Er wurde aber nicht in Zürich, am Wirkungsort seiner Frau, sondern in Basel eingesetzt, wo er als gelernter Sattler Koffer für die Literaturtransporte herstellte.

Die Tochter wurde bei einer Familie in Aarau untergebracht. Unter den Bedingungen der Illegalität konnte es kein familiäres Beisammensein geben.

Nach kurzer Zeit wurde Lore Wolf in Zürich verhaftet. Im Gefängnis, wo man sie mit Prostituierten zusammenspernte, erlitt sie grausame Schikanen, gegen die sie in einen fünftägigen Hungerstreik trat, und als sie nach einigen Wochen ins Gefängnis nach Biel übergeführt wurde, war dort die Behandlung noch schlimmer. Nach kurzer Haftzeit in Biel wurde Lore Wolf wieder in ein Auto geladen. Sie berichtet:

«Auf meine Frage, wohin man mich bringen würde, bekam ich keine Antwort. Ich befürchtete das Schlimmste: eine Auslieferung nach Deutschland. Lange fuhren wir durch die Berge. Es regnete in Strömen. Mitten im Wald, auf einer schmalen Schneise, liess man mich aussteigen, nahm mir die letzten zehn Schweizer Franken ab, die ich noch in der Tasche trug. Dann drückten mir die Polizisten ein Kuvert in die Hand und deuteten eine Richtung an, in der Beifort liegen würde. Ich stand allein im regennassen Wald und hielt die Quittung der demokratischsten aller Demokratien in der Hand: die lebenslange Ausweisung aus der Schweiz.»<sup>25</sup>

Lore Wolf setzte mutig ihre antifaschistische Arbeit in Frankreich fort, bis sie infolge von Verrat am 30. August 1940 verhaftet wurde. Am 18. Juni 1941, wenige Tage vor dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion, fällte der faschistische «Volksgerichtshof» das Urteil: zwölf Jahre Zuchthaus. Tapfer trug sie die Leiden im Zuchthaus Ziegenhain.

Als sich Ende April 1945 englische Truppen Ziegenhain näherten, wurden die Frauen in einen Transportzug gepfercht; es begann eine Odyssee, deren Ende das Vernichtungslager Bergen-Belsen sein sollte. Doch bevor der Zug diese Endstation erreichte, schlug den Todgeweihten die Stunde der Befreiung.

Immer wieder entstanden Lücken in den Reihen der kommunistischen Emigranten in der Schweiz. Seit Beginn des nationalrevolutionären Krieges in Spanien 1936 gingen etwa einhundert hervorragende Kader der KPD-Organisation in der Schweiz nach Spanien, um in den Reihen der Internationalen Brigaden mit der Waffe gegen den internationalen Faschismus zu kämpfen. Hier die Namen einiger dieser Frei-

willigen: Hans Beimler und Franz Vehlow (in Spanien Louis Schuster), die am 1. Dezember 1936 Seite an Seite bei der Verteidigung der Heldenstadt Madrid gefallen sind, Adolf Baier und Joseph Eckl, die beide wie Hans Wolf kunstfertig Koffer für illegale Literaturtransporte hergestellt hatten. Nach Spanien gingen Paul Ayen, Rudolf Carius, Karl Franz, Richard Fischer, Max Gorbach, Kurt Granzow, Adolf Hunziger, Paul Leidner, der Grenzarbeit in Schaffhausen verrichtet hatte und als Instrukteur mehrmals nach München gefahren war, Hanns Maassen, Hermann Rudkowski, der gefallen ist, Kurt Schäfer, August Stöhr, Rudi Teichmann, Kurt Thiel, Gerhard Wohlraht, Dr. Rudolf Neumann und Dr. Kurt Winter.

Die Arbeit in der Schweiz musste nun ohne diese erfahrenen Funktionäre weitergehen. Dazu kam die schwierige Aufgabe, Spanienfreiwillige, die aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei als Durchreisende in die Schweiz kamen, mit Geld und Lebensmitteln zu versorgen und nach Frankreich zu leiten. Das waren mehrere Hundert. Bei der Durchschleusung erfüllte die Emileitung ihre von der Abschnittsleitung gestellten Aufgaben vortrefflich. Paul Meuter hatte die Aufgabe, in St. Gallen Anlaufstellen für die «Transitreisenden» zu schaffen. Viele Schweizer Familien – stellvertretend für alle seien die Familien Probst und Neumann genannt – gewährten dabei grossartige Hilfe, so dass die Durchschleusung von der Polizei unbemerkt vor sich gehen konnte. Wie in St. Gallen wurde auch in Schaffhausen und in Basel, wo Wilfred Acker, seine Frau Paula und Fritz Köhler (Onkel) wirkten, ausgezeichnete Arbeit geleistet.

Als infolge der verbrecherischen militärischen Intervention Hitlerdeutschlands und Mussoliniitaliens im Frühjahr 1939 das republikanische Spanien niedergeschlagen worden war, kehrten viele Interbrigadisten illegal in die Schweiz zurück. Damit ergaben sich zunächst neue schwere Aufgaben: Beschaffung von Schlafstellen und Unterhaltsgeld, Wiedereingliederung in die konspirative Arbeit. Gross war aber der politische Gewinn, denn die Spanienkämpfer brachten wertvolle Erfahrungen in der Einheits- und Volksfrontpolitik mit.

Bis zum Kriegsbeginn bestand immerfort enger Kontakt zwischen dem ZK der KPD und der Abschnittsleitung Süd. Solange Vertreter des ZK in Prag waren, kam als ihr Beauftragter Hermann Nuding

(Claus) oftmals von dort nach Zürich. Dann stand das Sekretariat des ZK, das ab Frühjahr 1937 von Franz Dahlem geleitet wurde und dem Paul Bertz und Paul Merker angehörten, von Paris aus in regelmässiger Verbindung mit der Abschnittsleitung Süd. Von Paris kamen mehrfach, jeweils für zwei oder drei Tage, Paul Merker und Anton Ackermann in die Schweiz. Die Genossen gaben an die Abschnittsleitung ausführliche Informationen und Übersichten über die Lage in allen Teilen Hitlerdeutschlands, sie übermittelten die Beschlüsse und gaben Anleitung für deren Verwirklichung. Die Abschnittsleitung berichtete ausführlich an das Sekretariat über alle wichtigen Vorkommnisse und Massnahmen im Verantwortungsbereich.

Die Verbindungswege und -methoden waren unter Beachtung höchster Wachsamkeit und Vorsicht abgesichert und für die Polizei unentdeckbar gemacht worden. Soweit die Übermittlungen nicht mündlich vorgenommen wurden, waren die auf hauchdünnes Papier geschriebenen Mitteilungen verschlüsselt; eine Mitteilung und der dazugehörige Schlüssel nahmen selbstverständlich getrennte Wege.

Von grosser Bedeutung für die illegale antifaschistische Arbeit der KPD-Organisation war ihre Finanzierung. Woher das Geld nehmen? Der durch den Verkauf illegaler Schriften erzielte Erlös deckte nicht die Herstellungskosten. Es waren Sammlungen, durch die die Organisation zu Geld kam. Fleissig sammelten die Parteiarbeiter Rappen um Rappen, Fränkli um Fränkli. Manche erwiesen sich als talentierte Sammler. Die Schauspielerin Friedel Nowack gehörte zu ihnen. Sie ging zu begüterten Berner Bürgern, die gegen Hitler waren, und sagte resolut: «Mit fünf Fränkli fangen Sie bitte nicht an, einige hundert möchten es schon sein, wenn etwas gegen Hitler geschehen soll.» Sie hatte manchen guten Erfolg. Freilich reichten die gesammelten Gelder nie aus. Die Abschnittsleitung wurde immer von Geldsorgen geplagt, aber durch geschickte Planung wurden doch viele Hürden genommen.

Eine wichtige Seite sowohl der politischen als auch der organisatorischen Arbeit der Abschnittsleitung ergab sich aus dem engen Kontakt mit der sehr aktiven Parteigruppe am Zürcher Schauspielhaus, den anfänglich Bruno Fuhrmann und Paul Meuter, dann bis 1945 Bruno Goldhammer unterhielten. Die Verbindung bestand zu Wolf-

gang Langhoff und somit zu Wolfgang Heinz, Karl Paryla, Teo Otto und anderen deutschen und Österreichischen Kommunisten am Zürcher Schauspielhaus und über diese zu Schauspielern in Bern, Basel, St. Gallen und Schaffhausen. Ausgezeichnet war die Verbindung zum Zürcher Kabarett «Cornichon», zumal Mathilde Danegger sowohl am Schauspielhaus als auch im Kabarett tätig war. Die Kontakte erlangten in der Folge ausserordentliche Bedeutung. Die emigrierten Theaterschaffenden und ihre schweizerischen Kollegen kämpften mit allen künstlerischen Mitteln gegen Unmenschlichkeit und Unfreiheit. Sie entfalteten sozusagen hinter den Kulissen unermüdlich illegale politische Aktivität.

Die Kommunisten waren also trotz der Schikanen der Bundesbehörden, trotz der strengen Massnahmen Rothmunds und seiner Schnüffler auf Kampfposten. Wie sie sich auf den einzelnen Gebieten – zunächst in der Zeit bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges – betätigten, wird in den folgenden Abschnitten dargelegt.

### **Die wichtigste Aufgabe: Hilfe für die Widerstandskämpfer in Süddeutschland**

Als 1933 die ersten deutschen kommunistischen Emigranten Schweizer Boden betreten hatten und organisatorisch erfasst waren, sahen sie sogleich ihr Hauptanliegen in der Unterstützung des Kampfes der Antifaschisten in der Heimat. Bei höchster Wachsamkeit gegenüber den Spähern der Schweizer Polizei und bei aufmerksamer Abwehr von faschistischen deutschen Spionen wurde ein vielfältiges Verbindungssystem zwischen der Schweiz und Süddeutschland aufgebaut. Vielen emigrierten Genossen kam zugute, dass sie die geographischen Verhältnisse im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet gut kannten. Fast alle wussten in Süddeutschland zuverlässige Vertrauensleute und viele Anlaufstellen.

Es galt, viel kräfte- und nervenzehrende Kleinarbeit zu leisten: Illegales Druckmaterial musste in sichere Ablagen an den Grenzstellen gebracht, und die Transportwege für die Kurierleute mussten festgelegt und gesichert werden; es mussten Vertrauensleute für wenige Tage oder nur für Stunden aus Süddeutschland auf Schweizer Territorium geschleust werden, um von ihnen Berichte entgegenzunehmen, die

dann in den schriftlichen Materialien verwendet wurden; es waren Instruktoren in die weiter von der Grenze entfernt liegenden Städte zu schicken. Was in der sogenannten Grenzarbeit unter grossen Gefahren, unter harten Entbehrungen in geheimer Mission geschah, könnte gar manches Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen wie der Schweizer Arbeiterbewegung füllen. Indessen: Viele Seiten müssen leer bleiben, denn nicht wenige Helden sind verstorben, ohne Aufzeichnungen hinterlassen zu haben, und die Archivalien aus einer Zeit geheimer Arbeit sind begreiflicherweise sehr lückenhaft. Im Nachfolgenden können daher nur einzelne Fakten anhand verbürgter Quellen mitgeteilt werden.

Hier von Willy Eberl ein Bericht über die Grenzarbeit aus der ersten Zeit:

«Als im Februar 1933 die erste Garnitur der Bezirks- und Ortsgruppenleitungen in Baden verhaftet, nach einer Woche aber wieder freigelassen worden war und sämtliche Genossen in die Schweiz entkamen, lag die Verantwortung für die illegale Tätigkeit bei uns in Horheim. Der frühere Landtagsabgeordnete Hermann Böning aus Heidelberg war ebenfalls in die Schweiz entkommen, jedoch kam er des Öfteren ins Reich mit falschem Pass, mit Bart und Brille, als Tourist verkleidet, und vertrieb im ganzen Land Baden die in der Schweiz gedruckte ‚Rundschau‘. Er konnte die Zeitungspakete natürlich nicht selbst über die Grenze bringen. Dazu waren verschiedene Genossen eingesetzt, einer, der die Pakete im Grenzort Erzingen über die Grenze schaffte, ich als zweiter, der sie von Erzingen auf dem Motorrad nach Waldshut brachte und dort Genossen Böning im Zug wieder übergab. Ein dritter Genosse, Gersbach, hatte die ganze Sache im Badischen zu organisieren, und ein vierter, Genosse Rottenhöfer von Abdruck, hatte die Verbindung mit der Schweiz zu halten.

Auf diese Art ging es bis zum 22. Juni 1933. Als ich in Waldshut am Bahnhof mit dem Motorrad vorgefahren war und ein Paket hinten auf dem Sozius, das zweite Paket aber vor mir auf dem Tank liegen hatte, stellte mich ein Polizist zur Rede, dass ich bei der Fahrt nicht die nötige Sicherheit aufbrächte, wenn ein Paket vorn auf dem Tank wäre. Dieser Polizist war ausgerechnet derjenige, der mich tags zuvor in Waldshut, als ich meinen Arm bei einem Umzug der SA nicht zum sogenannten deutschen Gruss erhob, verhaftet und verhört hatte. Er

fragte mich, was in den Paketen sei, worauf ich ihm blitzschnell überlegend antwortete, es sei Wäsche drin für meinen Schwager, der in Lörrach bei der SA-Schulung wäre. Der Polizist liess von mir ab. Als der Schnellzug von Konstanz über Schaffhausen in Waldshut einlief, war der Polizist ebenfalls auf dem Bahnsteig. Mit Genossen Böning war ausgemacht, dass er im letzten Wagen sein sollte. Der Polizist ging den ganzen Zug entlang bis vor zur Lokomotive, so dass ich Gelegenheit hatte, Genossen Böning die Pakete zu übergeben. Am Nachmittag kamen zwei Gendarmen aus Tiengen und verhafteten mich.»

Im weiteren Teil seines Berichtes schildert Willy Eberl die polizeilichen Anschuldigungen während der zahlreichen Vernehmungen. Unter vielem anderen sollte er über eine illegale Versammlung im Wald bei Horheim aussagen. Darüber heisst es im Bericht: «Ich habe, wie bei allen anderen Verhören, von nichts etwas gewusst, obgleich wir im Wald bei Horheim und im Wald bei Oftringen Versammlungen abgehalten hatten, wobei jeweils 25 bis 30 Genossen anwesend waren, darunter solche, die aus der Schweiz herüberkamen und die Referate hielten. Es waren dies insbesondere der Ortsgruppenleiter von Tiengen, Josef Arzner, und Fritz Birk.»<sup>26</sup>

Willy Eberl hatte zehn Monate Gefängnis zu verbüssen. 1934 siedelte er in die Tschechoslowakei über, wo er die antifaschistische Arbeit fortsetzte. Hermann Böning, der zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, starb im Hitlerkerker.

Ein anderes Beispiel aus den Anfängen der Grenzarbeit: Schon seit März 1933 holte der Singener Kommunist Bernhard Kuderer aus dem schweizerischen Thayngen bei Schaffhausen illegale Zeitungen und brachte sie nach Villingen; von dort wurden sie durch Genossen Kratt nach Stockach und in andere Orte weitertransportiert. Nach einer dreimonatigen Nazihaft setzte Bernhard Kuderer die Grenzarbeit von deutschem Territorium aus fort und konnte dabei Verbindungen zu Sozialdemokraten herstellen. Bernhard Kuderer geriet im Verlauf seiner illegalen Arbeit in höchste Gefahr und musste in die Schweiz emigrieren. Vorher hatte er in Südbaden Anlaufstellen organisiert.

Nach und nach funktionierten die Kontakte zwischen der Schweiz und Süddeutschland über viele Kanäle. Die KPD-Organisation in der Schweiz hatte Verbindungen über Schaffhausen nach Singen, Tuttlin-

gen, Waldshut und Konstanz, von Basel nach Lörrach, Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart, München, Frankfurt (Main) und in andere Orte.

Es fanden sich viele beherzte Genossen, Frauen, Männer und Jugendliche, die riskante Reisen ins Hitlerreich unternahmen. Viele Namen sind bekannt, viel mehr Namen aber werden leider für immer unbekannt bleiben. Hier eine Liste von Schweizer Antifaschisten, die als Kuriere die Arbeit der KPD unter Einsatz ihres Lebens unterstützten:

Frau Schwarz aus Basel brachte mehrfach Material ins Grenzgebiet, nach Mühlheim und Freiburg, und schleuste Genossen zur Berichterstattung in die Schweiz und dann zurück nach Süddeutschland. Auf ihrer Reise Ende 1936 wurde sie von der Gestapo verhaftet und 1937 im Gefängnis Waldshut erschlagen.

Antoinette Reichel, Balletteuse aus Basel, und Max Kraus aus Zürich erfüllten Aufträge für die KPD in mehreren süddeutschen Bezirken.

Die Jugendliche Kläre Staudinger aus Zürich fuhr mehrere Male nach Freiburg im Breisgau.

Dr. Maria Kläsi, Zürich, reiste bis 1939 mehrmals nach Frankfurt (Main).

Rosemarie Muggli aus Zürich begab sich einige Male ins Hitlerreich, auch während des Krieges, soweit bis jetzt ermittelt werden konnte, 1942 das letztemal.

Die Zürcher Kommunistin Berti Bernasconi holte die gefährdete Genossin Suse Schüle aus Deutschland in die Emigration.

Weiteren Namen von Schweizer Männern und Frauen, die «ins Land» fuhren, wird der Leser in späteren Abschnitten des Buches begegnen.

Allen diesen mutigen Schweizern gebührt höchste Ehre. Als echte Eidgenossen und proletarische Internationalisten wagten sie alles im Kampf gegen den Faschismus, für ein neues, demokratisches deutsches Nachbarland.

Bleibender Ruhm gebührt auch den mutigen deutschen kommunistischen Emigranten, die von der Schweiz aus Reisen in die Heimat wagten, obwohl dort die Gestapo eifrig nach ihnen fahndete:

Ludwig Ficker – von ihm wird noch oftmals zu sprechen sein – reiste mehrmals nach München;

Fritz Sperling war seit Mitte 1936 ebenfalls einige Male in München;

Paul Leidner reiste, bevor er in die Reihen der Internationalen Brigaden eintrat, mehrmals in die Hauptstadt Bayerns;

Ernst Eichelsdörfer begab sich wiederholt nach Stuttgart;

Wilhelm (Willi) Fels (Artur) unternahm Fahrten nach Mannheim und Karlsruhe;

Ewald Funke und Max Stingl fuhren nach Stuttgart;

Fritz Rümelin begab sich nach Freiburg;

Oskar Hinkel bereiste verschiedene Orte Württembergs;

Suse Schüle begab sich nach Lahr, Karlsruhe und in andere Orte;

Grete Wittkowski bereiste das grenznahe badische Gebiet.

In späteren Abschnitten des Buches werden weitere Namen deutscher Kommunisten genannt werden, die – zum höchsten Opfer bereit – Reisen aus der Schweiz nach Süddeutschland, auch während des Krieges, unternahmen.

Es gab auch mehrere deutsche Eisenbahner – nicht immer Kommunisten –, die ihre Dienstfahrten in die Schweiz wagemutig benutzten, Kurierdienste für die KPD-Abschnittsleitung Süd zu leisten und Literatur zu transportieren. Auch Schweizer Eisenbahner erfüllten bei ihren Dienstfahrten nach Deutschland Aufträge für die KPD. Von diesen heimlichen Helfern, denen ebenfalls grosser Dank gebührt, sind leider nur zwei Namen bekannt: Karl Jung, deutscher Eisenbahner aus Schöpfheim bei Lörrach, und Graf, Schweizer Lokomotivführer aus Basel.

In München war die Lage ausserordentlich schwer, weil es der Gestapo gelungen war, empfindliche Lücken in die Reihen der Partei zu schlagen. Hans Beimler, der Leiter der KPD in Südbayern, und seine engsten Mitarbeiter Sepp Götz und Fritz Dressel wurden ins Konzentrationslager Dachau geworfen. Hans Beimler konnte in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1933 entfliehen, Sepp Götz wurde am 9. Mai erschossen, Fritz Dressel zu Tode gefoltert. Franz Stenzer, Mitglied des ZK der KPD und Hans Beimlers Nachfolger, fiel im Juni 1933 ebenfalls in die Hände der Gestapo, die ihn am 22. August angeblich auf der Flucht aus dem KZ Dachau tötete. Zu den leitenden Funktionären, die in die Bresche sprangen, gehörten Fritz Rottweiler und Ludwig Ficker, beide in der antimilitaristischen Arbeit der KPD sehr erfahrene Genossen.

Die Münchener Genossen stellten antifaschistische Flugblätter her; beispielsweise wurde Anfang Februar 1934 ein von Ludwig Ficker verfasstes Flugblatt, das sich an Polizeibeamte und Reichswehrosoldaten richtete, in etwa 800 bis 900 Exemplaren verbreitet.<sup>27</sup> Zur Unterstützung wurde den Münchener Genossen aus Zürich illegales Druckmaterial zugestellt, desgleichen aus der Tschechoslowakei.

Fritz Rottweiler war im November 1933 und im Januar 1934 selbst in der Schweiz, um Material und Anweisungen zu holen. Im Frühjahr 1934 wurde er verhaftet und 1935 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt; Ludwig Ficker konnte sich der Verhaftung entziehen und flüchtete in die Schweiz.

Nach diesen erneuten Einbussen der Münchener Organisation schickte die Abschnittsleitung Süd Mitte Mai 1934 den Mannheimer Genossen Adam Voltz von Zürich nach München. Vor seiner Verhaftung im November oder Dezember 1934 gelang es ihm, Bruno Lindner, der ebenfalls aus der Schweiz kam, in das illegale Netz einzubeziehen. Bruno Lindner baute es weiter aus. Enge Verbindung mit ihm hatten die Münchener Brüder Josef und Alfred Lettenbauer.

Im November 1934 wurde auch Genosse Josef Huber aus der Schweiz nach München entsandt. Er wurde allerdings bald – während der Herstellung einer grösseren Auflage der kommunistischen Schrift «Vortrupp» – verhaftet.

Trotz der schweren Verluste an hervorragenden Kadern in München wurde die antifaschistische Arbeit fortgesetzt; allerdings kam es in der Folge zu zeitweisen Unterbrechungen der Verbindungen zwischen der Abschnittsleitung Süd und der Münchener Parteioorganisation.

In Stuttgart hatten sich die Kommunisten bei der Errichtung der faschistischen Diktatur so schnell und so gut auf die Illegalität umgestellt, dass sie ohne Verzug aktionsfähig waren. Das zeigte sich in der sofortigen Verbreitung von Flugblättern und in der Tatsache, dass sie am 15. Februar 1933 Hitler bei seinem ersten Auftritt als Reichskanzler in der Stuttgarter Stadthalle eine sensationelle Blamage bereiteten: Hitlers Rede sollte im Rundfunk in alle Lande ausgestrahlt werden. Er hatte kaum mit seinem Redeschwall – «Ich habe den Vertretern dieser Welt zu sagen: Unser Kampf gegen den Marxismus . . .» – begonnen, als es einen Knacks in den Lautsprechern gab; von Hitler

war kein Wort mehr zu hören. Nach einer Idee von Kurt Hager und einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan hatte eine beherzte Gruppe, geführt von Eduard Weinzierl, dicht bei der Stadthalle das Kabel mit einem Beil durchschlagen. Die Faschisten schäumten vor Wut. Während sie gegen die Sabotage wetterten, war auch schon ein Flugblatt der KPD in Umlauf. Verfasst hatte es Willi Bohn, auf Wachsmatrize geschrieben Emmy Ramin (später Seitz); 1944 wurde sie von der faschistischen Blutjustiz enthauptet. In dem Flugblatt hiess es: «Wir Antifaschisten haben Hitler das Wort entzogen! Wir rufen alle zum gemeinsamen Widerstand gegen das Naziregime auf, gegen die faschistische Diktatur, die unser Volk in eine Katastrophe führt.»<sup>28</sup>

Die Faschisten nahmen Rache durch willkürliche Massenverhaftungen und verstärkten Terror, so dass Eduard Weinzierl in die Schweiz emigrieren musste. Es war für die Stuttgarter Kommunisten nunmehr schwierig, Flugblätter selbst herzustellen. Die Leitung der KPD in Stuttgart beschloss deshalb, mit Hilfe der Genossen in der Schweizer Emigration, die «Süddeutsche Arbeiterzeitung» zum 1. Mai 1933 gedruckt erscheinen zu lassen. Der Chefredakteur der SAZ, Willi Bohn, erhielt einen entsprechenden Auftrag. Das war die Geburtsstunde der «Transportkolonne Otto». In dem Buch «Stuttgart: Geheim!» schildert Willi Bohn in packender Weise den Widerstandskampf der Stuttgarter Antifaschisten.<sup>29</sup>

Über die «Transportkolonne Otto» ist darin zu lesen: «Anfang April 1933 trat der Chefredakteur seine Fahrt an. Er hatte eine Postkarte mit aufgedruckten Blumen bei sich, mit der er sich gegenüber einer bestimmten Familie am Bodensee auswiés. Diese Familie sorgte für einen ersten Kontakt... in Konstanz . . . Mit einem Ruderboot brachte der Freund vom Bodensee den Beauftragten der antifaschistischen Kampffront von Stuttgart über den Bodensee und setzte ihn am schweizerischen Ufer ab. Ein Pfarrhaus in der Schweiz war die erste Station. Von dort führte der Weg nach Zürich in die Dachwohnung des jungen Ehepaares Otti und Gritli. Sie wurde das schweizerische Hauptquartier der Stuttgarter ‚Transportkolonne Otto‘ . . . Die Freude war riesengross, als mehrere tausend Zeitungen im bekannten SAZ-Format ohne Zwischenfall über die Grenze ans Ziel gebracht werden konnten . . . Erfolgreich wurde in Stuttgart die deutsche Verbindungsstelle der ‚Transportkolonne Otto‘ und das ‚Generalstabsquartier‘ am

Bodensee gesichert. Es entstanden Stützpunkte diesseits und jenseits der Grenze. Die Übergänge wurden geprüft, ausgebaut und gegen Überraschungen abgesichert. Oft genug gab es Schwierigkeiten . . . Oft riss auch irgendwo der Faden, oder ein Unfall brachte den normalen Ablauf durcheinander. Ein Koffer mit Flugschriften musste an der Grenze vermodern, weil es zu gefährlich war, ihn zu bergen . . . Hervorragenden Anteil an den illegalen Transporten über die Grenze hatten vor allem die Arbeitersportler, besonders die Schwimmer, die das Material in wasserdichten Säcken oder mit Paddelbooten über den Rhein brachten. Unvergessen bleibt den Beteiligten ihr Freund Franz aus Schaffhausen, der mit seinem Paddelboot ‚Möwe‘ viele wichtige Fahrten über den Bodensee und den Rhein hinab übernahm und der wichtige Funktionäre aus Deutschland in Sicherheit brachte. Aber auch der Schmuggler muss gedacht werden, die ausser Zucker auch antifaschistische Schriften über die Grenze transportierten.

Besonders gedenken die Angehörigen der ‚Transportkolonne Otto‘ der früh verstorbenen Gritli, die oft über die Grenze fuhr und für Verbindungen sorgte ... Gedacht sei schliesslich noch des Jüngsten der Transportkolonne aus Schaffhausen, der von einem Gang nicht zurückkam. Da gab es einen heimtückischen nächtlichen Überfall von SA-Leuten auf einen an den Literaturtransporten beteiligten Schmuggler, der in einer Hütte auf Schweizer Seite hart an der Grenze sein Quartier hatte und der nach Deutschland verschleppt und hier übel zugerichtet wurde. Da gab es die grosse Enttäuschung in der Silvesternacht von 1933 auf 1934, in der ein gut organisierter grosser Transport scheiterte, weil die Landschaft durch plötzlichen Schneefall weiss geworden war und der Vollmond hell die Gegend erleuchtete ... Da war der liebe Schaffner auf dem Bahnhof in Singen, der eine unliebsame Passkontrolle verhinderte und den schweren Koffer mit an den Zug brachte . . . Die ‚Transportkolonne Otto‘ wurde von der Gestapo trotz aller Bemühungen niemals aufgedeckt. Selbst verschiedene Verhaftungen führten sie nicht auf die Spur der weitverbreiteten Organisation.»<sup>30</sup>

Als Willi Bohn 1934 verhaftet und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, war der Justiz dieser Teil seiner Tätigkeit unbekannt geblieben. Unter neuer Leitung hat die «Transportkolonne Otto» ihre Arbeit noch einige Jahre fortgeführt.

Im Dezember 1933 führte der Strafsenat des Stuttgarter Oberlandesgerichtes gegen den Schmied Friedrich Schock, die Kontoristin Else Marie Hermann und sieben weitere Angeklagte einen Prozess, weil die Angeklagten die aus der Schweiz bezogene «Süddeutsche Arbeiterzeitung» vertrieben hatten. So seien allein 3'500 Exemplare, die aus Konstanz in zwei als «Glassendung» deklarierten Kisten geschickt worden waren, in Reutlingen, Schwenningen, Göppingen, Heilbronn und Cannstatt zur Verteilung gelangt. Die Untersuchungen hätten auch ergeben, dass die illegalen Zeitungen verkauft und die eingenommenen Gelder peinlichst genau abgerechnet wurden. Die Suche nach dem «Unbekannten» blieb erfolglos, und erfolglos blieben auch andere Versuche, den gesamten Verteilerapparat lahmzulegen und den Vertrieb der antifaschistischen Schriften zu unterbinden.<sup>31</sup>

Eine andere Anklageschrift derselben Staatsanwaltschaft mit Datum vom 15. Juni 1934 gegen die Stuttgarter Antifaschisten Wilhelm Dollmaier, Heinz Meitz, Walter Vielhauer und Jakob Balthasar Kraus betrifft ebenfalls die «Transportkolonne Otto». In der Anklageschrift heisst es: «So ist nach dem Ergebnis der Voruntersuchung im September 1933 ein grösserer Vorrat hochverräterischer Druckschriften der Kommunistischen Partei aus der Schweiz nach Deutschland eingeführt worden. Über die näheren Umstände der Einfuhr hat die Voruntersuchung keine Aufklärung gebracht.» Nach Angaben der Anklageschrift seien Anfang Oktober 1933 fünf Koffer aus Schaffhausen nach Fützen in Baden gebracht worden; einer dieser Koffer sei beschlagnahmt worden und habe 2'000 Exemplare «Die Rote Fahne» und etwa 100 Exemplare einer Miniaturausgabe des Braunbuchs über den Reichstagsbrand enthalten.

An anderer Stelle dieser Anklageschrift heisst es über weitere illegale Lieferungen: «Nach dem Eintreffen des entsprechenden Materials hat Dollmaier gemeinsam mit dem mitangeschuldigten Meitz dessen Weiterverbreitung in Württemberg veranlasst. Das Material war von einem nicht ermittelten Genossen (Richard?) übergeben worden und in zwei Koffern verpackt. Diese Koffer enthielten folgende Druckschriften:

1. Einige hundert Exemplare der Druckschrift ‚Elektrolux‘ (‚Vom Reichstagsbrand zum Fememord‘ – *H.T.*),
2. einige hundert Exemplare der Druckschrift ‚Das gute Opelrad‘

- (Fritz Heckert: ‚Was geht in Deutschland vor?‘ – *H.T.*),
3. einen Stoss Exemplare der Druckschrift ‚K F (Kommunistische Internationale‘ – *H.T.*), Heft 12, ‚Der 1. August 1933‘,
  4. einige hundert Exemplare der Druckschrift ‚Rundschau‘, Ausgabe vom September 1933,
  5. eine grössere Anzahl Exemplare der Zeitung ‚Der Gegenangriff‘,
  6. einige hundert Exemplare der Zeitung ‚Die antifaschistische Front‘ (vom 14.9.1933),
  7. etwa 100 Exemplare der ‚AIZ‘ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung – *H.T.*).

Dollmaier und Meitz haben . . . diese Druckschriften ‚auf die einzelnen Ortsgruppen bzw. Unterbezirke verteilt und dementsprechend in einzelne Pakete umgepackt. . . Noch am selben Tag wurden die fertiggestellten Pakete von nicht ermittelten kommunistischen Kurieren abgeholt. Dass die entsprechenden Druckschriften tatsächlich zur Verbreitung gelangt sind, ergibt sich daraus, dass hiewegen eine Reihe von Verfahren gegen die unbekanntenen Verbreiter anhängig geworden sind.›<sup>32</sup>

Ein im August 1935 verfasster Geheimbericht der Gestapo des Kreises Ulm befasste sich auf 33 Seiten mit der aktiven antifaschistischen Tätigkeit in Württemberg. Nach der Nennung vieler Titel illegaler Druckschriften heisst es: «Die Verteilung selbst geschieht durchweg unter Anwendung grösster Vorsichtsmassnahmen . . . Es kommt immer nur die Weitergabe von Hand zu Hand in Frage, und zwar angefangen von dem Schmuggel des Materials über die Grenze bis zum letzten Mann . . . Die Tätigkeit (der Roten Hilfe – *H.T.*) war so weit gediehen, dass durch den Verkauf von illegalem, selbsthergestelltem Material und mit dem Absatz von gedrucktem illegalem Material, das aus der Schweiz eingeführt wurde, sowie durch Barzuschüsse es möglich war, rund 80 Personen, deren Angehörige aus politischen Gründen in Schutzhaft oder im Gefängnis sind, nahezu regelmässig mit Geld zu unterstützen . . . Wenn berücksichtigt wird, dass nicht nur Angehörige der KPD, sondern auch Angehörige der SPD und sogar der NSDAP, SA und SS, welche irgendwie aus politischen Gründen in Haft genommen werden, von der Roten Hilfe unterstützt werden sollen, so zeigt das mit aller Deutlichkeit die Gefährlichkeit dieser Organisation.›<sup>33</sup>

Schliesslich sei noch ein Lagebericht des Reichssicherheitshaupt-

amtes an den Reichsführer SS, Heinrich Himmler, über die Zeit vom 1. Januar 1937 bis 31. März 1937, die Tätigkeit der KPD betreffend, zitiert. Es heisst darin: «Die illegale Arbeit der KPD in Baden im vergangenen Vierteljahr muss als rege angesprochen werden . . . Die KPD-Grenzstellen in Zürich und Basel haben ihre Fäden vor allem nach den Bezirken Freiburg, Lörrach, Rheinfelden, Waldshut und Singen gespannt. Erst in letzter Zeit konnten in Singen neun Personen festgenommen werden, weil sie versuchten, die KPD illegal neu aufzubauen, Flugblätter aus der Schweiz eingeführt und diese an Gesinnungsgenossen weitergeleitet hatten.»<sup>34</sup>

Enge Verbindung bestand zwischen der Abschnittsleitung Süd und den Genossen in Mannheim. Zunächst kam des Öfteren Kurt Langendorf nach Basel, um – wie er selbst berichtet – «den dortigen Genossen Nachrichten zu überbringen und von ihnen Informationen für die Mannheimer Genossen in Empfang zu nehmen»<sup>35</sup>.

Die Kommunisten Mannheims leisteten gemeinsam mit Sozialdemokraten allezeit aktiven antifaschistischen Widerstand. Ihr Kampf forderte viele Opfer.

Die Abschnittsleitung Süd war über die Aktivitäten der Mannheimer Antifaschisten besonders auch durch die Genossen gut informiert, die gezwungen waren, in die Schweiz zu emigrieren. Da kam Adam Voltz, der aber bald wieder heimlich nach Deutschland zurückging und illegal in München arbeitete. Aus Mannheim kamen ferner Karl Eiermann, Hanns Maassen, Hans Schäffner und andere. Hans Schäffner verliess im Auftrag der Partei die Schweiz ebenfalls bald, ging in die Tschechoslowakei, von wo aus er alle drei bis vier Wochen risikofolle Fahrten nach Dresden, Berlin und dem damaligen Königsberg unternahm. Er war dann Interbrigadist in Spanien und kehrte 1939 in die Schweiz zurück.

Mehrmals reiste Wilhelm Fels (Artur) im Auftrag der Abschnittsleitung Süd, obgleich die Gestapo eifrig nach ihm fahndete, nach Mannheim. «Seine Anlaufstelle ist noch bekannt», berichtet Fritz Salm, «es war die kleine Schneiderwerkstatt von Karl Wagner in der Heinrich-Lanz-Strasse.»<sup>36</sup> An diese Stelle gelangte auch ein Teil der aus der Schweiz gelieferten illegalen Druckschriften.

Die Abschnittsleitung Süd war über die von Georg Lechleiter, Ja-

kob Faulhaber und anderen Genossen geleitete pausenlose und mutige antifaschistische Tätigkeit der Mannheimer Hitlergegner gut informiert. Als aber seit Beginn des Krieges die Gestapo auf die Aktivität der Mannheimer Antifaschisten mit noch grauenvollerem Terror antwortete und erneut grosse Lücken in die Reihen der Kämpfer gerissen wurden, brachen die Verbindungen zwischen der Abschnitteleitung Süd und Mannheim ab.

## Die Herstellung und Verbreitung der illegalen Literatur

Es ist bekannt, dass die Kommunisten der illegalen Literatur als Waffe gegen die faschistische Barbarei ausserordentlich grosse Bedeutung beimassen – eine Selbstverständlichkeit für eine revolutionäre Kampfpartei. So war es auch in der Schweiz. Hier ist der Platz, darüber mehr zu sagen.

Marx, Engels und Lenin lehrten die revolutionären Parteien, wie das vervielfältigte Wort als mächtiges Instrument zum Aufbau und zur Entwicklung der Parteien selbst und als ihr Verbindungsmittel zur Arbeiterklasse und zu den breiten Massen wirksam zu gebrauchen ist. Auf die Rolle der Literatur in der Illegalität bezogen, schrieb Lenin in seinem «Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben», der als Broschüre 1904 in Genf erschien, dass der Literatur grosse Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse und dass es zu den «wichtigsten Aufgaben gehört, die Verteilung der Literatur richtig zu organisieren . . . Die konspirative Organisierung eines richtigen Vertriebs der Literatur ... ist im höchsten Grade wichtig. . . den Literaturvertrieb in Gang zu bringen – das kann man nur allmählich lernen, indem man es *unbedingt* jeden Monat zwei- bis dreimal übt.»<sup>37</sup>

Diese Hinweise, von Lenin für den Kampf der Bolschewiki gegen die Zarenherrschaft geschrieben, blieben auch für den illegalen antifaschistischen Kampf gültig. Die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands beachtete sie und verstand es vortrefflich, in der Zeit der faschistischen Unterdrückung des Geistes die illegale Literatur – womit alle vervielfältigten und gedruckten Erzeugnisse (Bücher, Broschüren, Zeitungen, Flugblätter, Traktate) gemeint sind – massenhaft

als Waffe der Wahrheit gegen faschistische Lüge und Schurkerei einzusetzen. Das hektographierte und gedruckte Wort wurde zum geflüsterten Wort der Illegalen; es wurde eine bewusstseinsbildende Kraft und gab Impulse für die antifaschistische Aktivität.

Das Zentralkomitee verschickte erst von Prag, dann von Paris aus grosse Mengen illegaler Literatur an die KPD-Abschnittsleitungen. Auf verschiedenen konspirativen Wegen kamen die Literaturtransporte hinter dem Rücken der französischen und der schweizerischen Grenzwächter nach Basel, Zürich und Schaffhausen, und von hier gelangten die Druckerzeugnisse abzüglich der in der Schweiz verbliebenen Exemplare nach Süddeutschland.

Dieses von der Parteiführung gelieferte Material informierte eingehend über die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 in Moskau und über die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz der KPD, die im Oktober 1935 bei Moskau stattfand. Diese Beschlüsse hatten die neue Strategie und Taktik der KPD im Kampf für ein demokratisches Deutschland zum Inhalt. Nach der Berner Konferenz der KPD, die vom 30. Januar bis zum 1. Februar 1939 in Draveil bei Juvisy an der Seine tagte und an der auch der damalige Abschnittsleiter in der Schweiz, Paul Elias, teilnahm, wurden deren Beschlüsse vermittelt, die eine Weiterentwicklung der Strategie und Taktik im Hinblick auf die drohende Gefahr eines neuen Weltkrieges bedeuteten. Die zentralen Druckerzeugnisse informierten ebenfalls ausführlich über die verbrecherische Politik der faschistischen Beherrscher Deutschlands und zeigten den Weg, deren Terrorregime durch die Einheitsfront der Arbeiterklasse und durch die Volksfront aller antifaschistischen Kräfte zu zerschlagen.

Viele der aus Paris gelieferten Publikationen hatten eine Besonderheit: Sie waren als kleine Broschüren mit sehr geschickt gestalteten Tarnumschlägen hergestellt worden. Die ersten Textseiten entsprachen dem Tarntitel, dann folgte der eigentliche Text. Ein Teil hatte Umschläge der populären Reclamhefte, so das 1934 erschienene Braunbuch über den faschistischen Reichstagsbrand. Von den aus der Zeit der Hitlerdiktatur erfassten 460 Tarnschriften sind 31 mit Umschlägen von Reclams-Universal-Bibliothek versehen. Zur Kennzeichnung der Viel-

der Vielfalt der Publikationen seien einige der vor Beginn des Krieges durch die Schweiz geschleusten Tarnschriften angeführt:

<i>Tarnumschlag</i>	<i>Inhalt</i>
Deutsche Mythologie (Miniatur-Bibliothek)	Auszüge aus Arbeiten deutscher antifaschistischer Schriftsteller und Dichter
Goethe: Götze von Berlichingen (Reclam)	Über Hans Beimler, den spanischen Freiheitskämpfer und seine Lehren für das deutsche Volk
Steuerknüppel festgefaßt Das Sportfoto	Zwanzig Jahre Sowjetjugend Die Kommunistische Internationale, Heft 9/1938
Dokumente zu München (Reclam)	Die Internationale, Heft 9/1938, über das Ver- brechen von München
Spanien wie es keiner kennt (Deutsches Auslandsinstitut)	Über das republikanische Spanien
Landschaft und Seele, ein Bildkalender	Die Kommunistische Internationale, Heft 10/1938
Schau und Tat	Die Kommunistische Internationale, Heft 11/1938
Verstreutes Christentum (Bibliographisches Institut Leipzig)	Über den Kampf der Christen gegen den Faschismus
Textloser Umschlag	Resolution der Berner Konferenz und ein Artikel von Wilhelm Pieck
Vom deutschen Schicksal (Insel-Verlag Leipzig)	Die Internationale, Heft 1/2, 1939, Teil I, mit einem Beitrag von Wilhelm Pieck: 20 Jahre Kampf der KPD für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse, für Brot, Frieden, Demokratie und Sozialismus

Jakob Burckhardt: Grösse,  
Glück und Unglück in der Welt-  
geschichte (Insel-Verlag  
Leipzig)

Leopold von Ranke: Deutsche  
Männer (Insel-Bücherei)  
Praktischer Leitfaden des  
Schachspiels

Die Internationale, Heft  
1/2, 1939, Teil III

Die Internationale, Heft  
1/2, 1939, Teil IV Die Kom-  
munistische Internationale,  
Heft 1/1939

«Transit»-Literatur, das heisst Literatur, für die die Schweiz Durchgangsland war, waren auch die auf Dünndruckpapier hergestellte «Rote Fahne», die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), die in VI (Volks-Illustrierte) umbenannt wurde, und die seit März 1936 in Paris herausgegebene «Deutsche Volkszeitung».

Daneben gab die Abschnittsleitung Süd selbst ansehnliche Mengen von Druckerzeugnissen heraus; sie behandelten die Grundfragen der Politik der Partei in konkreter Beziehung zu den Verhältnissen in Süddeutschland.

Die bei der Herstellung dieser Publikationen aufgewandte Energie war enorm. Allein die technischen Voraussetzungen zu schaffen erforderte viel Kraft und Mühe. Unter den Bedingungen strenger Illegalität waren Papier, Farbe, Matrizen zu besorgen; um nicht aufzufallen, konnte aber beispielsweise nicht in einer Papierhandlung beliebig viel Papier gekauft werden.

Auch die Beschaffung des konkreten Materials war nicht einfach. Quellen waren die Dokumente des Zentralkomitees in Paris, die Berichte der Instrukteure aus Süddeutschland wie auch die Schweizer Presse und der Rundfunk. Der Schweizer Rundfunk gab allerdings nicht viel her, denn seine Nachrichten waren gesiebt, um kein Missfallen bei den faschistischen Beherrschern Deutschlands zu erregen. Weil zur damaligen Zeit in den Schweizer Familien, bei denen die kommunistischen Funktionäre untergebracht waren, meist nur der Sender Beromünster gehört werden konnte, mussten Genossen systematisch Abhördienst bei solchen sympathisierenden Bürgern übernehmen, die sich Empfänger leisten konnten, mit denen es möglich war, Auslandssender, vor allem den Moskauer Sender und den vom 10. Januar 1937 bis Ende März 1939 von Spanien aus wirkenden «Deutschen Freiheitssender 29,8», zu empfangen.

# Zeitwächter Informationen

June 1937

## INHALT

### I Der Kampf um die Volksfront

Heinrich Mann: Das Ziel der Volksfront!  
Katholiken! Zur Volksfront!

### II Berichte

Der Widerstand in den Betrieben - Die Teuerung  
und Lebensmittelknappheit - Bayern marschieren  
nicht mit - Die Wirkung des Schwarzsenders -  
neue Terrorurteile usw.

### III Gesetze, die man kennen muss

Süddeutsche Lohn- und Tarifrfragen.

# Zeitwächter Informationen

November 1937

## INHALT

### I 20 JAHRE SOVIET-UNION

### II Der Rattenfänger von Hameln!

### III Die Bevölkerung Berlins erzwingt den Abbruch

der Luftschutzübung

# Zeitwächter Informationen

December 1937

## INHALT

### I Denkt an die politischen Gefangenen und an ihre Familien!

### II Durchkreuzt die Pläne der Kriegstreiber!

### III Denkt immer daran! So war der Krieg!

### IV Der Krieg - der einzige Ausweg? Himmler antwortet!

Die periodischen Druckerzeugnisse der Abschnittsleitung Süd waren in der hier behandelten Zeitperiode die «Süddeutschen Informationen», die von 1936 bis Dezember 1937 allmonatlich erschienen, und die «Süddeutsche Volksstimme», die von Februar 1938 bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges ebenfalls monatlich herausgegeben wurde und danach unregelmässig erschien.

Chefredakteur der beiden Organe war mit kurzen Unterbrechungen Bruno Goldhammer. Als Redakteur arbeitete Grete Wittkowski, die auch – wie bereits vermerkt – als Instrukteur Reisen nach Süddeutschland unternahm. Sie wurde 1939 verhaftet und aus der Schweiz «ausgeschafft». Ständige Mitarbeiter an den Parteiorganen gab es viele, so Wilfred Acker, Fritz Besel, Emmy Damerius-Koenen, Ludwig Ficker, Gerhard Fuchs, Bruno Fuhrmann, Paula Löffler (Acker), Walter A. Schmidt, Suse Schüle, die Grete Wittkowski als Instrukteur für das süddeutsche Grenzgebiet abgelöst hatte, Fritz Sperling. Gelegentliche Mitarbeiter waren Gustav Hartog (Günter), Christian Wolf (Jupp) und viele andere, so auch Dora Benjamin (später Schaul), die aber nur bis Dezember 1936 mitwirken konnte, weil sie von der Polizei über die französische Grenze abgeschoben wurde. Im März 1939 übernahm ich die Chefredaktion der «Süddeutschen Volksstimme».

Die beiden Organe wurden im Format DIN A 5 hergestellt. Die Matrizen schrieb in Perlschrift die Sekretärin der Abschnittsleitung Lina Beetz (Nelly). Die weitere technische Fertigstellung besorgte Bernhard Kuderer. Ein Abziehapparat stand in der Wohnung der Zürcher Familie Eltzinger, ein anderer Apparat in der Polsterwerkstatt Hug. Die Apparate waren primitiv; jedes Blatt musste einzeln aufgelegt werden, für jede Nummer 26 Matrizen, und das bei einer durchschnittlichen Auflagenhöhe von 300, oft aber auch für Auflagen von 500 Exemplaren. Bernhard Kuderer verpackte die Schriften nach einem Versandschlüssel und brachte sie an die Absendeplätze. Eine Anzahl Exemplare wurde illegal in der Schweiz zum Preis von einem Franken vertrieben, um zum Teil die Unkosten zu decken.

Von der Juniausgabe 1939 an erschien die «Süddeutsche Volksstimme» gedruckt. Die Führung der Kommunistischen Partei der Schweiz, namentlich die Genossen Marino Bodemann, Edgar Woog und Hans Zogg, ermöglichten, dass der Druck von der Polizei unbe-

# Süddeutsche Volksstimme

September

- I. Die Kriegsgefahr ist gestiegen — 1,5 Millionen Männer unter den Waffen!
- II. Kämpft in den faschistischen Massenorganisationen!
- III. Vom täglichen Kampf.  
Der Flieger von Cannstadt —  
Aus dem Soldatenkatechismus, von Ernst Moritz Arndt —  
Ein Soldat schreibt —  
Deutsche Studenten an den Weltjugendkongress —  
Polizeibeamte sind unzufrieden —  
Sport als Zwang —

## SÜDDEUTSCHE VOLKSSTIMME

Juli 1939

### Inhalt:

Heinze Nummer — Hitlers Spanienkrieg —  
Arbeitereinfahrt gegen neuen Lohnraub.

#### Aus den Betrieben

Mit 8 Stunden genug — Aufpassen beim Abstoppen — nicht zu schnell arbeiten — Wie der Lohn so die Leistung — Wir haben kein Interesse am Reichsbauernwettkampf — Erfolgreiche Klagen vor dem „Ehrengericht“.

Nacht und Land — miteinander

#### Aus der Landwirtschaft:

Die Reichen geschenkt, dem Bauern alles genommen.

# Süddeutsche Volksstimme

Ihre Adresse wurde dem  
Adressbuch entnommen

Nr. 8

1939

Schicken Sie diese Zeitung  
an einen Ihrer Bekannten

### Weltkriegsgefahr — heute grösser denn je!

Deutsches Volk! Verhindere den Weltbrand durch den Sturz Hitlers!

Die Völker der ganzen Erde sind in Erregung. Das deutsche Volk lebt in Kriegsangst. Die Nerven sind aufs Äusserste gespannt. Denn es besteht die Gefahr, was in der Berner Resolution vorausgesetzt wurde:

« In Westen wie im Osten schafft das Hitlerregime eine Lage, wo über Nacht das deutsche Volk in die Katastrophe des Krieges gestürzt werden kann. »

Die Tatsachen alarmieren! Autos und Pferde werden requiriert, viele Jahrgänge sind eingezogen, 1 1/2 Millionen stehen bei Hitler, ebenso viele bei Mussolini unter Waffen. Die Situation ist in vielen Teilen des Septembers vorigen Jahres und des darauffolgenden März. Die Kasernen sind fast leer, denn die Truppenmassen sind an der polnischen Grenze, in der Slowakei und am Westwall zusammengezogen. Kein Zweifel: Hitler will den Krieg!

Heute, wie Hitler in seiner Rede vom 28. April, schreibt die Nazipresse: « Wenn ihr — d. h. die demokratischen Regierungen — auch in den Weg stellt und uns nicht, friedlich erlaubt Eure Länder zu nehmen, dann...! » Die « Frankfurter Zeitung » schreibt dieser Tage: « Wenn sich die Westmächte weiterhin nicht aktiv und ehrlich an der Neuordnung Europas beteiligen wollen, ergibt sich eine erste Gefahr für den Frieden... Und das « Stuttgarter Neue Tagblatt » schreibt: « Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von dem Sturz des Hitlerregimes über Rußland und

kaputt gehen müssen wie am Frieden. Aber nicht von der Verunft, sondern vom Wahnsinn werden sie beherrscht. Schon am 9. November 1936 sagte Hitler im Münchner Bürgerbräukeller:

« Ich muss manchmal Entschlüsse fassen, in denen das Schicksal der ganzen Nation auf dem Spiele steht. Man hat oft fünfundneunzig Prozent Wahrscheinlichkeit des Mislingens und nur fünf Prozent des Gelingens. »

Das ist die Devise des unter der Hakenkreuzflagge auf Weltraub ausgehenden Finanzkapitals. Gewiss, noch spekuliert Hitler auf den Münchner Kurs der Chamberlains. Und die Chamberlains haben eigentlich mehr erst die Worte als die Taten geändert, die versprochen noch auf Münchner Pfaden zu gehen. Daher die Verzögerung der Friedensabhandlungspunkte mit der Sowjetunion. Das Abkommen Chamberlains mit Tokio war noch echte Münchner Politik, diesmal haben sie den Osten. Die Besprechungen von Hitler mit Chamberlains sind die Münchner Pfaden. Die Chamberlains werden neue Münchner Taten immer schwerer. Die Völker beginnen das entscheidende Wort zu sprechen. Die Opposition gegen Chamberlains wächst täglich. Die Völker wollen den Frieden der von Hitler bedroht ist. Warum toben die Naziführer gegen England, Frankreich und die kleineren Völker? Weil diese Völker erkennen, daß Hitler ein zusammenfassendes, nicht ein

von dem Sturz des Hitlerregimes über Rußland und

mit Hitler ein zusammenfassendes, nicht ein

merkt in Zürcher und Basler Druckereibetrieben erfolgen konnte. Das war ein bedeutender Erfolg. In jeder Ausgabe konnte durch den Nonpareillesatz erheblich mehr Stoff untergebracht werden. Vor allem aber hatte sich die Herstellungsfrist sehr verkürzt; so konnten die Ausgaben aktueller sein, die Verbrechen der Nazis schneller enthüllen, das Wort der Partei rascher an die Leser bringen. In den Ausgaben wurde anhand der Beschlüsse des ZK der KPD gezeigt, dass dem Hitlerregime ein neues, demokratisches Deutschland folgen musste, dass die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront die Aufgabe hatten, die faschistische Herrschaft zu stürzen, bevor sie einen Weltkrieg auslösen konnte.

In den Veröffentlichungen wurde dem Aufruf der Parteiführung «Wir Kommunisten und die deutsche Nation», der kurz nach der Berner Parteikonferenz erlassen worden war, viel Aufmerksamkeit gewidmet. In der prägnanten Darlegung der nationalen Frage wurde nachgewiesen, dass das Hitlerregime der Todfeind der deutschen Nation war, die Kommunisten dagegen echte Vertreter der nationalen Interessen.<sup>38</sup>

Ausser den beiden Organen der Abschnittsleitung Süd wurden auch andere Publikationen hergestellt. «Um mehr als bisher» – so heisst es in der «Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung» – «auch die Mittelschichten in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen und um sie von der Notwendigkeit und von der Bedeutung einer deutschen Volksfront zu überzeugen, gab die Abschnittsleitung Süd der KPD mehrere Spezialbroschüren heraus, in denen sie sich an ganz bestimmte Bevölkerungsschichten wandte und Fragen behandelte, die diese besonders interessierten. So verteilte sie im zweiten Vierteljahr 1939 unter anderem 800 Studentenbriefe, 400 Elternbriefe, 60 Hausfrauenbriefe und 200 vornehmlich an die Bauern gerichtete Bundschuh-Broschüren. «<sup>39</sup>

Die fünf Hefte der hektographierten Bundschuh-Serie, von denen drei im Jahre 1938 und zwei im Jahre 1939 erschienen, wurden von Jo Mihaly, der Frau des Regisseurs und Schauspielers Steckel vom Zürcher Schauspielhaus, verfasst. Die talentierte Schriftstellerin hat, an die süddeutsche Tradition aus dem Grossen Deutschen Bauernkrieg anknüpfend, die Lage der Bauern im Nazireich anschaulich geschildert und den Bauern die Bündnispolitik der KPD erklärt.

Die drei im Jahre 1939 erschienenen Hefte «Eltern und Kinder» entstammten ebenfalls der Feder Jo Mihalys. In diesen Heften wurde geschickt an Naziphrasen angeknüpft. Das erste Heft war ein Merkblatt für Eltern, deren Kinder in den Landdienst der Hitlerjugend geschickt werden sollten; das zweite rief die Eltern auf: «Schützt eure Kinder vor der Verwilderung und der Verrohung!»; das dritte trug den Titel: «Die Jugend und die Alten müssen zusammenhalten». In allen Fällen handelte es sich um geschickte differenzierte Aufklärungsarbeit, anknüpfend an konkrete Ereignisse in Süddeutschland.

Andere gedruckte Materialien wurden als Postwurfsendungen verbreitet. Eine äusserlich exakt nachgemachte Zeitschrift der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, die im Verlag Hüber, Frauenfeld (Thurgau), erschien und in Hitlerdeutschland zugelassen war, wurde an hohe Nazioffiziere adressiert und in die vom Verlag benutzten Briefkästen geworfen. An dieser Arbeit waren besonders Ludwig Ficker, Richard Hartmann und ein I namentlich nicht mehr bekannter Schweizer Kommunist beteiligt.

Als Postwurfsendung wurde kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges auch ein Material verbreitet, das Enthüllungen über die Kriegsvorbereitungen des deutschen faschistischen Imperialismus enthielt. Zu den Adressaten gehörten Militärattachés verschiedener Länder und Schweizer Zeitungsredaktionen. Das Material erregte ziemliches Aufsehen. Leider steht kein Exemplar mehr zur Verfügung.

Manchmal gelangten illegale Druckerzeugnisse als Flaschenpost nach Deutschland. Das bestätigte die Staatspolizeistelle Karlsruhe in einem Bericht vom 19. September 1939, in dem es heisst: «Beiliegend überreiche ich elf verschiedene kommunistische Hetzschriften, die am 29. August 1939 bei Nonnenweiler von einem Arbeitsdienstmann aus dem Rhein gefischt wurden. Es handelt sich hierbei um Hetzschriften und Broschüren, die vermutlich in der Schweiz in Blechbüchsen und Flaschen verpackt dem Rheinstrom übergeben werden, um sie auf diese Weise den deutschen Volksgenossen zugänglich zu machen.»<sup>40</sup>

Aus der mannigfaltigen Publikationsarbeit der Abschnittsleitung Süd in dem hier behandelten Zeitabschnitt sei noch erwähnt, dass anlässlich der Schweizerischen Landesausstellung im Juli und August 1939 in Zürich, «Landi» genannt, ein Traktat von der Grösse fünf mal neun Zenti-

meter in mehreren tausend Exemplaren an die Touristen aus Deutschland verteilt wurde. Darin wurde zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitung Hitlerdeutschlands aufgerufen und zum Schluss der Besuch bestimmter Zürcher antifaschistischer Buchhandlungen empfohlen.

### **Der Sicherheits- und Abwehrdienst der KPD-Abschnittsleitung Süd**

Zur Absicherung der Tätigkeit der KPD-Organisation gegen die Schnüffler der Schweizer Polizei und gegen Agenten der deutschen Nazis organisierte die Abschnittsleitung einen Sicherheits- und Abwehrdienst, kurz «die Abwehr» genannt. Verstärkt wurde dieser Sektor 1935, als Siegfried Rädler Abschnittsleiter und Karl Kunde Orgleiter war. Seit Ende 1935 leitete Paul Meuter die Abwehrtätigkeit im gesamten schweizerischen Gebiet; er war von Kurt Granzow in die Arbeit eingeführt worden. (Kurt Granzow ging 1936 nach Spanien, war danach in Südfrankreich interniert, wurde an die Gestapo ausgeliefert und am 10. September 1943 im Gefängnis Plötzensee enthauptet.) Für das Basler Gebiet war Wilfred Acker, für Schaffhausen Hermann und nach ihm eine namentlich nicht mehr feststellbare Genossin verantwortlich. Ihnen wurden einige der erfahrensten Genossen zur Seite gegeben, die bereits harte Prüfungen bestanden, Kaltblütigkeit, Entschlusskraft und Wendigkeit bewiesen hatten.

Aufgabe der Abwehr war, Informationen über Nazis in der Schweiz und in Hitlerdeutschland zu beschaffen und Agenten zu entlarven. Über einen Vorgang aus dem Jahre 1936 berichtet Paul Meuter:

«Von meinem Vorgänger wurde mir 1936 die Verbindung zu einem deutschen Studenten in Genf, der aus Hanau stammte, übergeben. Auf unser Anraten trat er in die Genfer Gruppe des ‚Nationalsozialistischen Studentenbundes‘ ein und avancierte dort sehr schnell zum Schriftführer. Dann bemühte sich die Ortsgruppe der NSDAP in Genf stark um ihn. Er kam in den Besitz wichtiger Dokumente. So waren wir Mitte 1936 in der Lage, der Tageszeitung der KPS ‚Der Kämpfer‘ umfassendes Material über die Tätigkeit der Naziorganisation in der Schweiz zu übergeben. In einer mehrere halbseitige Artikel umfassenden Folge

konnte bewiesen werden, dass die Naziorganisationen ihre ‚verbotene‘ Tätigkeit über die ganze Schweiz ausgedehnt hatte und dass sie wirtschaftliche und militärische Spionage betrieb. Wie einige Veröffentlichungen in linksgerichteten Zeitungen bewiesen, war die schweizerische Öffentlichkeit stark beunruhigt. Die bürgerliche Presse ging aber auf die Tatsadien – wohl auf einen Wink von Bern – kaum ein. Auch erfolgten, obwohl Namen und Adressen der wichtigsten NSDAP-Funktionäre genannt waren, keinerlei Massnahmen seitens der Bundespolizei. Nach den Enthüllungen wäre für den Studenten der weitere Aufenthalt in Genf unmöglich geworden. Wir hatten Vorsorge getroffen, dass er in Paris weiterstudieren konnte. Der Redakteur des ‚Kämpfer‘, Hans Stäheli, mit dem ich in dieser Sache so erfreulich zusammengearbeitet hatte, ging kurz darauf nach Spanien und ist dort gefallen.»<sup>41</sup>

Zu den Aufgaben dieses Dienstes gehörte die Ausrüstung der nach Süddeutschland fahrenden Instruktore mit Transportbehältern, die Beschaffung von besonders gesicherten Quartieren bei Schweizern, das heisst nicht bei Kommunisten, sondern bei Personen, gegen die die Polizei kaum Verdacht auf eine Hilfe für deutsche Kommunisten haben konnte.

Wie die Genossen der Abwehr halfen, die KPD-Organisation in der Schweiz vor dem Eindringen von Nazispitzeln zu bewahren, sei an einem Einzelfall aus dem Jahre 1936 gezeigt.

Es war in Stuttgart, wo Ewald Funke als Instrukteur aus der Schweiz schon mehrmals geweilt und erreicht hatte, dass in den Rüstungsbetrieben Bosch und Daimler die Widerstandsarbeit verstärkt und neue Beziehungen zu Sozialdemokraten und oppositionellen Katholiken hergestellt wurden. Im Januar 1936 war es soweit, dass gut vorbereitet zwei Instruktore gleichzeitig nach Stuttgart reisten: Ewald Funke (Kurt) und Max Stingl (Theo). In ihren Koffern befanden sich in Kleinformat die Materialien des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, der Brüsseler Konferenz der KPD und einige von der Abschnittsleitung herausgegebene Schriften, unter anderen die «Süddeutsche Volksstimme». Die beiden hatten die Aufgabe, mit Hilfe der Stuttgarter Genossen die Stimmung in verschiedenen Kreisen zu erfahren und Informationen über die einen Monat vorher verhafteten Josef Steidle, Stefan Lovasz und Liselotte Herrmann zu beschaffen.

Kurt und Theo waren von den Genossen der Abwehr auf einige verdächtige Elemente in Stuttgart hingewiesen worden, von denen angenommen werden musste, dass sie für die Gestapo arbeiteten, so auch auf ein ehemaliges Mitglied der KPD namens Eugen Wicker, der während einer fünfmonatigen Haft 1933 auf dem Heuberg eine üble Rolle gespielt hatte.

Über die weiteren Geschehnisse gibt der Bericht des Leiters der Abwehr, Paul Meuter, Auskunft:

«Es war mit Kurt und Theo vereinbart worden, sofort nach ihrer Ankunft in Stuttgart an eine Zürcher Deckadresse eine Ansichtskarte zu schicken, die uns je nach Formulierung darüber informieren sollte, wie der Grenzübergang und Anlauf in Stuttgart verlaufen waren. Die Karte kam mit positivem Inhalt an, und eine zweite folgte nach acht Tagen. Nach etwa zweiwöchigem Aufenthalt kamen beide mit umfangreichen Berichten, Informationen und mit Angaben über neue Verbindungen zurück. Sie berichteten aber auch, dass sich an eine der Gruppen der erwähnte Eugen Wicker herangemacht habe, den Stuttgarter Genossen jedoch als zuverlässig bezeichneten. Von den Verhafteten – Steidle, Lovasz und Liselotte Herrmann – berichteten sie, dass die drei wegen ‚Hoch- und Landesverrats‘ angeklagt seien.

Ende Februar 1936 führen die beiden wieder gemeinsam nach Stuttgart. Sie wurden dringend darauf hingewiesen, der Gruppe um Eugen Wicker Informationen über dessen Rolle zukommen zu lassen, ohne selbst mit ihr in Verbindung zu treten. Auch diese Fahrt verlief ohne Zwischenfälle. Zurückgekehrt, erklärten sie, bezüglich Wickers wie vereinbart gehandelt zu haben, dass sie sich aber nicht sicher seien, ob der angesetzte Verbindungsmann sich nicht schon zu weit vorgewagt habe.

Die nächste Fahrt der beiden erfolgte sofort nach Ostern 1936. Die verabredete Ansichtskarte blieb aus. Nach acht Tagen kam eine Karte aus Freudenstadt, die nicht den vereinbarten Text enthielt. Die Annahme, dass zwischen den Zeilen etwas mit unsichtbarer Tinte geschrieben sein könnte, bestätigte sich. Es wurde sinngemäss mitgeteilt: Wir hatten Pech, sind nach hier ausgewichen. Schickt uns Geld und Papiere an die angegebene Adresse.

Das war nun allerdings sehr verdächtig. Warum kam erst so spät eine Karte und nicht in der verabredeten Form verfasst?

Wieso die Anforderung von Papieren? Fried (Siegfried Rädcl) und ich wurden uns einig, trotz schlimmsten Verdachts Geld, aber keine Pässe zu schicken und die Reaktion abzuwarten. In dem Brief wurde um schnellste genauere Information gebeten und ein Hundertmark-schein geschickt.

Wenige Tage später kam die Mitteilung, dass – wie wir es befürchteten hatten – Kurt und Theo verhaftet seien und man weitere Anweisungen von uns erwarte. Diese erschütternde Nachricht gab uns einige Rätsel auf. Wer schrieb denn überhaupt? War die Schrift so gut nachgemacht? Wer konnte die Zürcher Anschrift wissen? Nach ruhigem Überlegen musste man zu dem Schluss kommen, dass hier die Gestapo die Hand im Spiel hatte. Wir schrieben trotzdem oder gerade, weil wir diese Sache restlos klären wollten, und ersuchten den Unbekannten, möglichst schnell nach Zürich zu kommen. Prompt kam dann auch die Anmeldung für einen etwa zehn Tage späteren Termin.

Kurz darauf erhielten wir auf unserem Wege die Nachricht, dass von der Gestapo im Krematorium in Stuttgart eine verschlossene Kiste abgegeben worden war mit dem Befehl, die Leiche ohne Verzögerung zu verbrennen. Es wurde der Verdacht geäußert, dass es sich bei dem Toten um Theo (Max Stingl) gehandelt habe.

Da der Unbekannte an der Deckadresse, der einzigen ihm bekannten Stelle, anlaufen musste, wurde Wilfred Acker, der viele Stuttgarter kannte, in der Nähe postiert. Kurt Granzow und ich warteten bei einem Schweizer Genossen. Als Wilfred Acker dann ausser Atem ankam, teilte er mit, dass der bisher Unbekannte Eugen Wicker sei. Nun warteten wir, Kurt allerdings im Nebenzimmer, bis der andere Schweizer Freund uns den höchst Verdächtigen brachte.

Nach betont freundlicher Begrüssung liessen wir Wicker erzählen, wie es zur Verhaftung von Kurt und Theo gekommen sei. Die Geschichte, die er geschickt erzählte, unterbrachen wir mit der Frage, ob er im Besitz eines legalen Passes sei. Als er bejahte, bat ich, ihn zu zeigen. Er hielt ihn in sicherer Entfernung vor unseren Augen nur für einen kurzen Augenblick hin. Die Frage, wann der Pass ausgestellt worden sei, beantwortete er zögernd mit: ‚Vor etwa zehn Tagen.‘ ‚Sieh mal genau nach‘, forderte ich ihn auf. Als er seinen Pass wieder

hervor-holte, entriss ich ihn ihm. Er war drei Tage vorher ausgestellt worden. Als wir ihm nachwiesen, dass er als früher bekannter Kommunist eigentlich keinen Pass bekommen konnte, er aber vor zehn Tagen, als er seinen Besuch anmeldete, schon bestimmt gewusst hatte, dass ihm das Papier ausgestellt werden würde, wurde er immer nervöser. Bei Detailfragen über seine Arbeit verwickelte er sich mehr und mehr in Widersprüche.

Plötzlich stand er auf und erklärte, Wasser trinken zu wollen. Wilfred hielt ihn zurück und bemerkte, wir würden ihm ein Glas Wasser holen. Kurt kam aus dem Nebenzimmer an unserem Tisch vorbei, um Wasser zu holen. Mit dem Ruf: ‚Ich muss auch mal austreten‘, lief Wicker hinter Kurt her, ehe wir ihn halten konnten. In diesem Augenblick sah ich in seiner Hand ein grosses feststehendes Messer. Wir konnten nur noch warnend rufen. Kurt wandte sich blitzschnell um und umfasste Wicker. Wir anderen versetzten ihm einige Fausthiebe ins Gesicht. Wicker schrie laut um Hilfe. Er hatte Kurt noch eine tiefe Fleischwunde am Oberschenkel beigebracht. Nachdem ich ihm das Messer entwunden hatte, lag er blutend halb bewusstlos vor uns. Der inzwischen hinzugekommene Schweizer Genosse bat uns dringend, nicht weiterzumachen, da draussen an der Etagentür mehrere Hausbewohner zusammengelaufen seien, die die Schreie gehört hätten. Nach kurzer Beratung schlug Kurt vor, Wicker durch den Schweizer Genossen der Polizei zu übergeben. Da es damals von der Schweizer Polizei noch hin und wieder eine gewisse Verfolgung von Gestapo-Agenten gab, hatten wir die Hoffnung, dass man Wicker wenigstens für einige Wochen festnehmen würde. Da es auch um die Sicherung unserer eigenen Arbeit ging, wurde schnellstens alles, was Wicker abgenommen worden war, zusammengepackt. Dann rissen wir die Wohnungstür auf und rannten an den aufgeregten Menschen vorbei die Treppe hinunter. In einer in der Nähe gelegenen Wohnung einer Schweizer Genossin konnten wir etwas verschnaufen, Kurts Wunde verbinden und uns säubern.

Zwei Tage später erhielten wir gleichzeitig zwei Mitteilungen. Die eine, von dem Schweizer Genossen, unterrichtete uns über seinen Versuch, Wicker der Polizei zu übergeben. ‚Ich hatte zunächst die Absicht‘, so schrieb er uns, ‚die Zürcher Kantonspolizei anzurufen, als aber der Mann (Eugen Wicker – H.T.) selbst nach der Polizei verlangte, schlug ich ihm vor, zusammen hinzugehen. Wir verliessen das

Haus, draussen jedoch riss er mir plötzlich aus und verschwand um die Strassenecke.<sup>4</sup>

Die zweite Mitteilung, eine Karte, kam von Wicker und trug den Poststempel Stuttgart. Der blöde Text von dem ‚deutschen Mann‘, der ‚den Feinden Hitlers ein Schnippchen geschlagen‘ habe, liess uns kalt. Bemerkenswert war aber, dass dieser Spitzel offensichtlich mit Hilfe von Nazistellen in der Schweiz noch am Tage seiner Entlarvung wieder nach Stuttgart gelangen konnte, obwohl er ohne Pass, Fahrkarte und Geld war, was wir ihm ja abgenommen hatten.»<sup>42</sup>

Der Verbrecher Wicker, der durch seinen Verrat auch Liselotte Herrmann – die am 10. Dezember 1935 in Stuttgart verhaftet, am 17. Juli 1937 zum Tode verurteilt wurde und am 21. Juni 1938 als erste antifaschistische Kämpferin auf dem Schafott starb – auf dem Gewissen hat, ebenso Stefan Lovasz, Josef Steidle und Arthur Göritz, wurde 1946 von einem Gericht in Stuttgart unter Aufsicht der amerikanischen Besatzer zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, aber schon nach wenigen Monaten entlassen.

Ewald Funke wurde am 16. August 1937 vom «Volksgerichtshof» zum Tode verurteilt. Trotz der Gnadengesuche von angesehenen Persönlichkeiten, unter anderen von Frau Winifred Wagner und Kardinal Frings, wurde das Urteil am 4. März 1938 in Berlin-Plötzensee vollstreckt. Aus den Akten geht hervor, dass seinen Angehörigen die Rechnung für die Prozesskosten in Höhe von einigen tausend Mark zugestellt wurde; ein Posten lautet: «Auslagen für Scharfrichter und Gehilfen 341,20 Mk.»

In den Akten der Gestapo, die dem «Volksgerichtshof» vorlagen, ist über Max Stingl lakonisch vermerkt: «Selbstmord durch Erhängen im KZ Dachau am 6.10.36.»

Ewald Funke und Max Stingl waren als tapfere Instruktoren «ins Land» gegangen und hatten ihr Leben für das neue, demokratische, humanistische Deutschland eingesetzt. Sie verloren ihr Leben – wie Liselotte Herrmann und die anderen Stuttgarter Helden – durch einen Schurken, der sich von der Gestapo als Verbrechler verwenden liess. Die Bluttaten an den aufrechten, wahren Deutschen erfüllten die kommunistischen Emigranten in der Schweiz mit tiefem Zorn und bewirkten, dass sie ihre Aktivität noch verstärkten.

## Die politisch-ideologische Aktivität im Emigrationsland

Die Führung der KPD widmete der politisch-ideologischen Bildung und Erziehung der Parteimitglieder grosse Aufmerksamkeit. Das Zentralkomitee holte aus den verschiedenen Emigrationsländern Funktionäre zu Lehrgängen nach Frankreich. Sie fanden südlich von Paris in Draveil bei Juvisy (Seine) statt, dort, wo Ende Januar/Anfang Februar 1939 die Berner Konferenz tagte. Die Abschnittsleitung Süd entsandte Delegierte zu diesen Lehrveranstaltungen. So haben im Jahre 1937 Ernst Eichelsdörfer, Grete Wittkowski und Wilfred Acker daran teilgenommen. Zum Lehrgang im April 1938 wurde Suse Schüle delegiert. Von ihr liegt ein Bericht vor, dem wir Folgendes entnehmen:

«Die Schule war in diesem Ort, weil der Bürgermeister ein Kommunist war, der für unsere Unterbringung und Verpflegung sorgte. Die Unterkünfte waren Baracken. Zu dieser Schule wurden Genossen aus vielen Ländern delegiert. . . Leiter der Schule war Anton Ackermann, der Lektionen zu Fragen des Marxismus-Leninismus hielt. Franz Dahlem sprach über die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik und die Arbeit ‚ins Land‘. Elli Schmidt (Irene Gärtner) sprach über die Frauenarbeit; ein Genosse aus Bayern hielt Lektionen über Kulturarbeit und Bündnispolitik, auch aus dem Saargebiet sprach ein Genosse. Insgesamt waren wir 20 bis 24 Kursanten. Zu den Hörern zählten auch Genossen, die Interbrigadisten in Spanien waren. Zu unserer Arbeit gehörte dort, dass wir – gewissermassen als Prüfungen – Beiträge für den Moskauer Sender schrieben. Ich habe einen Beitrag verfasst, der sich an die Bauernfrauen in Süddeutschland wandte; dieser Beitrag wurde auch gesendet. Nach Schluss des Lehrgangs ging ich, illegal, wie ich gekommen war, über Basel nach Zürich zurück.»<sup>43</sup>

Ein Merkmal der Lehrgänge bestand darin, dass Theorie und Praxis als unlösliche Einheit behandelt wurden. Gerade dadurch war auch die politisch-ideologische Arbeit der KPD-Organisation in der Schweiz gekennzeichnet. In allen Gruppen der illegalen Parteiorganisation, in Zürich, Basel, St. Gallen und in anderen Orten, fanden regelmässig geheime Zusammenkünfte statt, immer mit wachsamen Augen durchgeführt, damit kein Späher der Rothmund-Polizei etwas gewahr wurde. Ausgehend von Grundfragen des Marxismus-Leninismus

mus und von den Beschlüssen der Parteiführung, befassten sich die Gruppen mit der Strategie und Taktik, konkret bezogen auf den antifaschistischen Kampf im Tätigkeitsbereich, also in der Schweiz und in Süddeutschland.

Die Diskussionsleiter verfügten über Erfahrungen in der Lehrtätigkeit. Lehrmaterial waren: Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus, besonders das Kommunistische Manifest, Lenins Werke «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» und «Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus», dazu die Dokumente der Parteiführung und die in der Schweiz selbst hergestellten Druckerzeugnisse. Ab April 1939 spielte auch das Material vom XVIII. Parteitag der KPdSU, der im März 1939 stattgefunden hatte, eine grosse Rolle.

Es kam vorwiegend darauf an, die Genossen mit Argumenten auszurüsten gegen den faschistischen Unflat, der von den Goebbels-Propagandisten in Deutschland wie auch in der Schweiz ausgekübelt wurde, aber auch durch die Schweizer Behörden, durch die Presse der Grossbourgeoisie und etwas verwässert durch den Rundfunk Verbreitung fand. Es war in jener Zeit nicht einfach, zu beweisen, dass das Hitlerregime Sachwalter der Monopolbourgeoisie war, die verbrecherische Welteroberungspläne hatte, dass sich der deutsche Imperialismus in einer Krise befand, wo doch Hitler «die Arbeitslosigkeit beseitigt», «die Autobahnen gebaut», «das Versailler Diktat zerschlagen» hatte usw. usf. Um das «Geheimnis» der Entstehung eines Krieges zu enthüllen, musste jede neue Schandtat des Naziregimes blossgestellt werden. Zu beweisen galt es, dass das faschistische Regime als Feind des deutschen Volkes und aller Völker durch die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die breite antifaschistische Volksfront gestürzt werden musste, wenn ein neues Völkermorden verhindert werden sollte. Zu beweisen war, dass das enge Bündnis mit der von vielen Seiten unerhört verleumdete Sowjetunion den Frieden sicherte.

Die politisch-ideologische Arbeit erforderte grosse Anstrengungen. In den Reihen der emigrierten deutschen Kommunisten selbst gab es zuweilen Unklarheiten. Obwohl alle erfahrene, treue Kämpfer waren, vermochte nicht jeder, zu jeder Zeit jede Frage richtig zu beantworten. Bei einigen Genossen zeigte sich zum Beispiel, dass sie

die Grundfragen der Brüsseler und der Berner Konferenz, den Kampf für ein demokratisches Deutschland zu führen, nicht verstanden hatten. Sie meinten, die Demokratie sei durch die Weimarer Republik und durch die Politik Leon Blums in Frankreich derart kompromittiert, dass der Kampf nach der Vernichtung des Faschismus unmittelbar um die Endforderung, die sozialistische Gesellschaftsordnung, geführt werden müsse. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, Grundfragen der revolutionären Strategie und Taktik beharrlich bis zur Klärung zu behandeln.

In anderen Fragen, zum Beispiel hinsichtlich des sowjetisch-finnischen Krieges, war es leicht und sehr schnell möglich, die antisowjetischen Lügen zu entlarven und die gesamte Parteiorganisation einheitlich zu orientieren.

Anders war es bezüglich des am 23. August 1939 erfolgten Abschlusses des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Was ging dem voraus? Die Sowjetregierung führte mit den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs Verhandlungen über die Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit gegen die drohende imperialistische deutsche Aggression. Die Verhandlungen scheiterten, weil die kapitalistischen Westmächte Hitler zu einer Aggression gegen die Sowjetunion ermuntern wollten. Diese nicht für jedermann durchschaubare Diplomatie der Westmächte führte dazu, dass viele Menschen verständnislos dastanden, als seit Ende Juli 1939 die meisten Schweizer Zeitungen von einer bald bevorstehenden «Aussöhnung zwischen Bolschewismus und Faschismus» orakelten. Auch bei einigen Kommunisten zeigten sich Verwirrung und Unverständnis. Manche Genossen hatten illegale Herberge bei Kleinbürgern, Handwerkern, Ladenbesitzern, Intellektuellen, gefunden, die mildtätige Pazifisten waren, aber von der Lügenflut der demagogischen Propagandisten mitgerissen wurden. Während der Emigrant das Brot des barmherzigen Gastgebers ass, wurde auf ihn eingeredet: «Warum gehen Sie denn nicht zu Ihrem Stalin, der sich jetzt mit Hitler verbrüdet? Sie können doch jetzt nach Deutschland zurück, wenn sich Stalin mit den Hakenkreuzlern aussöhnt.» Das machte das Brot des Flüchtlings sehr bitter; die Luft, die er atmete, war vergiftet. Es gehörten gutes politisches Wissen und grosse moralische Kraft dazu, sich nicht zermürben zu lassen und offensiv die Wahrheit zu verteidigen.

Zur Erläuterung der wirklichen Sachlage verfasste ich für die Augustausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» einen Artikel mit der Überschrift: «Die Sowjetunion – das Bollwerk des Friedens / Der faule Nazischwindel über die SU / Niemals gibt es ein Bündnis zwischen Stalin und Hitler». Hier einige Stellen aus diesem Beitrag:

«Die braunen Hetzer belügen unser Volk, wenn sie ihm einreden, die Sowjetunion denke daran, sich mit Hitler und seiner verbrecherischen Abenteuerpolitik zu verbinden . . . Die Sowjetunion wird an der Seite aller vom Faschismus bedrohten Völker stehen, die entschlossen sind, sich gegen ihre Angreifer zu wehren. Auf Grund dieser Haltung ist es gerade die Sowjetunion, die bei den Paktverhandlungen mit England und Frankreich verlangt, dass ein festes und unerschütterliches Bündnis gegen die Achse geschlossen wird . . . Die Sowjetunion will durch die Herstellung einer mächtigen Friedensfront den Frieden in Europa erhalten. Sie will dadurch den vom Faschismus unterdrückten Völkern Zeit und Gelegenheit sichern, mit ihren Unterdrückern abzurechnen, ohne dass erst die ganze Welt in Blut getaucht wird. Die Sowjetunion unterscheidet scharf zwischen deutschem Volk und seinen Tyrannen, die es in ein furchtbares Blutbad stürzen wollen. Die Liebe zum Frieden und die Freundschaft zum deutschen Volk wie zu allen unterdrückten Völkern bestimmt die Politik der Sowjetunion. Die Freundschaft der SU zum deutschen Volk ist nicht neu, sie besteht von Anfang an. Erinnern wir daran, dass sich die Sowjetunion unter Führung Lenins an die Seite des deutschen Volkes stellte, als es unter das Versailler Diktat gezwungen war . . . Die Friedensliebe und Freundschaft der Sowjetunion zum deutschen und zu allen unterdrückten Völkern bestimmt ihre Todfeindschaft gegen die faschistische Tyrannei, gegen die Kriegstreiber des Dreiecks Berlin – Rom – Tokio. Niemals also kann es ein Bündnis zwischen den Sowjets und Hitler geben. Ein Regime der Freiheit, des Fortschritts, der Kultur kann sich nie mit einem Regime der Sklaverei, der Unterdrückung, des kriegstreiberischen Finanzkapitals zusammenfinden.

Die Sowjetunion wird dagegen mit einer Regierung eines neuen, vom Faschismus frei gemachten Deutschland in engster Freundschaft stehen, sie wird sich mit Deutschland verbünden, wenn das deutsche Volk Schluss macht mit der Hitlerdiktatur, wenn es den von Hitler

unterdrückten Völkern die Freiheit wiedergibt, wenn das deutsche Volk, befreit von seinem Feind, dem Nazismus, sich in Einigkeit, Recht und Freiheit zusammenschliesst, um im friedlichen Wettstreit mit allen Völkern zusammenzuleben. Die Sowjetunion ist bereit, mit dem deutschen Volk ein festes Bündnis zu schliessen, ein Bündnis, das gewaltige Ausblicke auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete bietet – aber nur mit einem freien, demokratischen Deutschland . . .

Deutsche Männer, Frauen, Jugendliche! Glaubt also keinem Hitleragenten, wenn er euch das Märchen vom Bündnis Hitler – Stalin erzählt. Kämpft gegen Hitlers Kriegspläne! Vereinigt euch zum Sturz der Nazidiktatur! In diesem Kampf wird euch die mächtige Sowjetunion zur Seite stehen!»<sup>44</sup>

Mit der Fertigstellung dieser Ausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» war am 25. August zu rechnen. Am 23. August ging die Nachricht vom Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion um die Welt. In Zürich erschienen massenhaft Flugblätter mit dieser «Sensation», ausnahmslos mit entstellenden Kommentaren versehen. Auf den Plätzen und Strassen bildeten sich Menschengruppen. «Also doch», hiess es, «Hitler und Stalin haben sich verbündet.» Wo man ging und stand, überall war erkennbar, dass die Verwirrung und die Kopflosigkeit breitester Schichten ein unbeschreibliches Ausmass angenommen hatten.

Jetzt war sehr schnelles Reagieren ausserordentlich wichtig. Der oben zitierte Artikel genügte nicht mehr. In der Hoffnung, die Augustausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» mit einer Beilage bringen zu können, in der prinzipiell zu dem Pakt Stellung genommen wurde, verfasste ich noch am gleichen Tag einen ausführlichen Artikel. Er kam für die Ausgabe der Zeitschrift gerade noch zurecht, so dass schon am 25. August die Meinung der Kommunisten in der dreieinhalbseitigen Beilage gedruckt vorlag.

Dieser Beitrag wurde mit der Überschrift versehen: «Die Politik der Sowjetunion ist die Politik des Friedens/Der Nichtangriffspakt ist *kein* Bündnis- und *kein* Beistandspakt». In dem Artikel heisst es: «Deutsche Männer und Frauen! Jugendliche! Soldaten! . . . Wir sagen euch: Die faschistischen Lügenmeister stellen das Wesen des Nicht-

angriffspaktes vollkommen falsch dar. Sie stellen die Tatsache auf den Kopf ... Sie lügen! . . . Mit dem Lügen soll erstens die Angst des deutschen Volkes vor dem Krieg, den Hitler will, beseitigt werden . . . Zweitens soll die deutsche Opposition, insbesondere die Arbeiterklasse, entwaffnet werden und ihr der den Widerstand lähmende Gedanke eingepflichtet werden: ‚Wenn schon die Sowjetunion den Kampf gegen den Faschismus aufgibt und mit ihm zusammengeht, was wollen wir dann noch? Unser Widerstand gegen Hitler ist sinnlos‘.»

Der Artikel beschäftigt sich weiter unter Anführung zahlreicher historischer Tatsachen mit der unveränderlichen Leninschen Aussenpolitik der Sowjetmacht und fährt dann fort: «Der Nichtangriffspakt ist eben ein *Nichtangriffspakt*. Er ist *kein* Beistandspakt, wie ihn die Nazilügner erscheinen lassen wollen.» Dann kommentiert der Artikel die einzelnen Punkte des Paktes. Hierzu heisst es: «Der Nichtangriffspakt hindert weder das Zustandekommen von Bündnissen zur Verteidigung gegen die faschistischen Aggressoren noch die Ausführung der sich aus solchen Verteidigungsbündnissen gegen die faschistischen Angreifer ergebenden Aufgaben. Die Sowjetregierung ist also durch den Pakt auch in nichts gehindert, die Verhandlungen um einen *Beistandspakt* mit England und Frankreich zum Zwecke der Abwehr faschistischer Angriffe fortzusetzen, falls diese Länder nur wollen, allerdings ehrlich und auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung!

...

Die SU hat den Chamberlain und Daladier eine harte Lehre gegeben. Sie hat deren sowjetfeindliche Pläne zerschmettert. Die Chamberlain versuchten, die faschistischen Angreifer gegen die SU zu hetzen. Sie liessen ihre Verbündeten schmählich im Stich und machten den faschistischen Angreifern eine Konzession nach der anderen, um eben die Angreifer gegen die SU anzuspornen. Deshalb verzögerten sie die Verhandlungen in Moskau. Die SU hat den Saboteuren der Friedensfront geantwortet und deutlich zu erkennen gegeben, dass sich das mächtige Sowjetreich solche hinterhältigen Manöver der Londoner City-Diplomaten nicht gefallen lassen kann ...

Die SU ist bereit, eine wirkliche Verteidigungsfront des Friedens zu schaffen, aber sie muss lückenlos sein, damit keine Münchener Ratten durchschlüpfen können. Die Verhinderung des Krieges liegt in

erster Linie jetzt an den Westmächten. Die SU hat getan, was sie für die Erhaltung des Friedens tun konnte . . .

Männer und Frauen des deutschen Volkes! Jugendliche! Soldaten! Verbreitet die Wahrheit, sagt allen, dass die Haltung der SU die Politik des Friedens ist, dass sie mit dem Nichtangriffspakt Hitlers Kriegspolitik einen schweren Schlag versetzt hat und damit ihre Freundschaft mit dem deutschen Volk bewies. Wenn alle Länder so handeln wie die SU, geht Hitler, der Tyrann des deutschen Volkes, am Frieden zugrunde. Das deutsche Volk selbst hat die Aufgabe, von innen Hitler am Kriege zu hindern! Setzt wirtschaftliche, soziale und freiheitliche Forderungen durch! Stört die Kriegsmaschinerie! Schafft und festigt die Einheitsfront und die Volksfront! Fallt Hitler in den Arm! Hindert Hitler, gleich nach welcher Seite er auch zum Krieg auszuholen versucht, an der Entfaltung des Weltbrandes! Kämpft für den Sturz Hitlers! Errettet den Frieden! Er kämpft die freie, demokratische Republik!>

So hat die Abschnittsleitung Süd in konsequenter Beachtung der Generallinie der sowjetischen Aussenpolitik und des ZK der KPD selbständig und schnell auf ein wichtiges Ereignis reagiert. Die Erklärung des ZK der KPD vom 25. August 1939 zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die vom Moskauer Sender verbreitet wurde, bestätigte, dass die Abschnittsleitung Süd richtig gehandelt hatte. Diese Tatsache bewirkte die Festigung der Reihen der deutschen kommunistischen Emigranten in der Schweiz, und sie war eine wertvolle Hilfe für die politische Orientierung der erreichbaren Widerstandskämpfer in Süddeutschland, denn der Beitrag wurde auch für Süddeutschland als Flugblatt hergestellt.<sup>45</sup>

In den von allen Parteigruppen durchgeführten Lehrveranstaltungen zeigte sich der Wert der prinzipiellen, politisch-ideologisch klaren Darlegung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik; aus diesen Erkenntnissen ergab sich die weitere Festigung des moralischen Standvermögens und des Kampfgeistes der Genossen.

Über die politisch-ideologische Tätigkeit der KPD-Organisation in der Schweiz sei noch vermerkt: Neben den regelmässigen Lehrveranstaltungen der Gruppen gab es auch Wochenendlehrgänge. Sie wurden von qualifizierten Mitarbeitern der Abschnittsleitung Süd und der

Emileitung geleitet, in Basel beispielsweise von Dr. Heinz Mode. Einige Male wurden an Feiertagen Kurzurse mit Genossen, die aus dem süddeutschen Grenzgebiet in die Schweiz kamen, veranstaltet. Es gab auch länger dauernde Kurse für die Sozialistische Jugend der Schweiz, die Funktionäre der Abschnittsleitung leiteten. Bruno Goldhammer führte in Zürich einen solchen Lehrgang über Strategie und Taktik durch, der fast ein Jahr dauerte und bis in die Zeit des Weltkrieges hineinreichte. Die Sozialistische Jugend unterschied sich vorteilhaft von den opportunistischen Führern der Schweizer Sozialdemokratischen Partei. Durch den Lehrgang wurde die Mehrheit der Teilnehmer für die Auffassung des Marxismus-Leninismus gewonnen.

Bruno Goldhammer redigierte zusammen mit dem Schweizer Kommunisten Hans Zogg und mit sozialdemokratischen Jugendlichen bis zum Kriegsbeginn auch eine Zürcher Jugendzeitung. Zur gleichen Zeit leitete er einen Kursus für Schweizer Architekturstudenten und deren Freunde über die Geschichte der KPdSU.

Alles in allem: An Anstrengungen in der politisch-ideologischen Arbeit hat es in der kommunistischen Emigration in der Schweiz während des behandelten Zeitabschnittes nicht gefehlt. Der Erfolg zeigte sich in der Bewährung der Genossen während des zweiten Weltkrieges.

### **Verbindung zur Schulze-Boysen/Harnack-Organisation**

Die KPD-Organisation in der Schweiz kam Ostern 1939 in direkten Kontakt zu einer der grössten und bedeutendsten Widerstandsvereinigungen in Berlin, die von 1938 bis 1942 existierte, zur Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. Diese Verbindung ist durch Dr. Elfriede Paul vermittelt worden. Sie und ihr Lebenskamerad Walter Küchenmeister, beide seit vielen Jahren Mitglieder der KPD, waren aktive Mitarbeiter der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. Walter Küchenmeister gehörte zu der Gruppe der antifaschistischen Helden dieser Organisation, die am 13. Mai 1943 im Gefängnis Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet wurden; Elfriede Paul, gegen die die beantragte Todesstrafe in sechs Jahre Zuchthaus umgewandelt wurde, ist von den wenigen Überlebenden der Organisation – es wurden über

fünfzig Männer und Frauen geköpft oder gehenkt – ein wichtiger Zeuge für diese Verbindung Berlin – Schweiz. Folgen wir ihrem Bericht:

«Walter Küchenmeister erkrankte während der KZ-Haft in Sonnenburg an Lungentuberkulose. Der mit uns sympathisierende Professor Domarus vom damaligen Horst-Wessel-Krankenhaus, dem jetzigen Krankenhaus Friedrichshain, gab das Gutachten, dass Walter unbedingt zu einer Kur ins Schweizer Hochgebirge müsse. Es wurde der Kurort Leysin, unweit des Genfer Sees, gewählt.

Ostern 1939 war folglich meine erste Reise in die Schweiz, die mit meinem PKW, den ich für meine Arztpraxis benötigte, erfolgte. Begleitet wurden wir von Kurt und Elisabeth Schumacher, dem kommunistischen Künstlerehepaar, das am 22. Dezember 1942 ebenfalls in Plötzensee hingerichtet wurde. Wir verabredeten, Genossen Wolfgang Langhoff in Zürich zu besuchen. Auf Wolfgang Langhoff kamen wir durch seinen parteilosen Berufskollegen Günther Weisenborn, der später ja auch mit uns von der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation vor Gericht gestanden hat. Er gab uns Grüsse für Wolfgang Langhoff mit. Als Harro Schulze-Boysen erfuhr, dass wir durch Günther Weisenborn zu Wolfgang Langhoff Beziehungen bekommen könnten, fragte er, ob wir nicht versuchen wollten, eine ständige politische Verbindung herzustellen.

Die Autofahrt nach Leysin haben wir in Zürich unterbrochen und sind bei Wolfgang Langhoff gewesen. Dabei waren Walter Küdienmeister, Kurt Schumacher und ich. Wolfgang Langhoff haben wir darüber informiert, dass in Berlin eine illegale Gruppe besteht, wie sie arbeitet, welche Genossen dazu gehören, dass wir auch andere Kreise in unsere Arbeit einbezogen haben und dass Harro der Kopf unserer ganzen Organisation ist. Harro habe uns gebeten, zu den deutschen Genossen in der Schweiz eine Verbindung herzustellen. Wolfgang sagte: ‚Selbstverständlich, das ist durchaus möglich, die Genossen der KPD-Abschnittsleitung werden das begrüßen, und wenn du Walter Küchenmeister ins Sanatorium gebracht hast und aus Leysin zurückkehrst, kommst du wieder hierher. Ich vereinbare bis dahin einen Treff mit führenden Genossen, damit ihr euch über eure gemeinsame politische Arbeit ausgiebig aussprechen und bestimmte Abmachungen treffen könnt.‘

Wolfgang hatte für meine Rückreise einen Treff vereinbart. Ich kam zur bestimmten Stunde und traf mit drei Genossen der Abschnittsleitung, dem Genossen Fritz (Sperling – *H.T.*), Bruno Goldhammer und dem dritten Genossen, dessen Namen ich nicht mehr weiss, zusammen. (Der dritte Genosse kann nur Paul Elias gewesen sein. – *H.T.*) Die Genossen haben sich erst ausführlich über unsere Arbeit in Berlin berichten lassen. Dann haben sie erklärt, dass sie uns dankbar wären, wenn wir über die politische Situation im faschistischen Deutschland regelmässig Berichte geben würden, ihnen wäre alles willkommen.

Als ich wieder in Berlin war, wurde die Herstellung der Verbindung mit Genossen in der Schweiz sehr begrüsst. Entsprechend der Absprache in Zürich wurde verfahren. Wir haben die Berichte angefertigt. Die Genossin Erika Kurz, jetzt wohnhaft in Hessenwinkel, erinnert sich daran, dass sie Material, das sie selbst nicht kannte, in meine Arztpraxis nach Wilmersdorf brachte. Es kam aus Reinickendorf, wo Walter Husemann wirkte. Leider kann ich jetzt nichts mehr darüber sagen, wie die Informationen an die Genossen in der Schweiz weitergeleitet wurden. Ich weiss, dass sie regelmässig geliefert wurden.

Ich war im Juni 1939 zum zweitenmal in der Schweiz, wieder mit meinem Wagen, um Walter Küchenmeister zu besuchen. Diese Reise hatte noch einen anderen Zweck. Wir hatten in Berlin eine junge Genossin, Mitglied der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation, Gisela von Pöllnitz, die schon einmal von der Gestapo verhört worden war, also in Gefahr schwebte. Gisela von Pöllnitz war ebenfalls schwer tuberkulös erkrankt. Auch für sie wurde die Genehmigung einer Kur in der Schweiz erwirkt. In diesem Fall war es wieder ein ärztlicher Auftrag, den ich vorschützen konnte. Ich fuhr am 15. Juni 1939 mit Gisela von Pöllnitz und ihrer Mutter in die Schweiz, über Zürich, wo ich erneut mit Wolfgang Langhoff zusammentraf, um unsere politische Verbindung zu festigen. Gisela von Pöllnitz war zuerst auch in Leysin untergebracht, da aber die Ärzte ihren Aufenthalt dort nicht für gut fanden, wurde sie von der Höhe hinunter nach Vevey am Genfer See gebracht. Leider ist sie dort bald verstorben.

Nach einigen Tagen Aufenthalt in Leysin traf ich auf der Rückreise wiederum mit Bruno Goldhammer, Fritz und dem dritten Genossen der Abschnittsleitung Süd zusammen, um mit ihnen ausführ-

lich über die politische Situation und die Aufgaben in Hitlerdeutschland zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit wurden auch Vorkehrungen für den Fall getroffen, gefährdete Genossen in die Schweiz zu schleusen.

Meine dritte Reise war im August 1939. Mit Genossen Langhoff wurde wieder die Lage besprochen. Diesmal war auch die Einschleusung eines gefährdeten Genossen, des Genossen Rudi Bergtel, akut geworden. Ich kam am 13. August 1939 aus der Schweiz nach Berlin zurück. Und schon am übernächsten Tag, also am 15. August, konnte Genosse Rudi Bergtel in Begleitung von Kurt Schumacher die Reise in die Schweiz antreten.»<sup>46</sup>

Rudi Bergtel, seit 1923 kommunistischer Funktionär in Berlin, gelang am 29. Juni 1939 die Flucht aus dem Aschendorfer Moorlager. In Berlin fand er erstes Unterkommen bei Lotte Schleif, einer ihm seit Jahren gut bekannten Genossin und seiner späteren Ehefrau. Lotte Schleif besass vieljährige illegale Kampferfahrung und war aktives Mitglied der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation. (Vom Reichskriegsgericht wurde Lotte Schleif 1942 nach beantragter Todesstrafe zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.)

Lotte Schleif brachte Rudi Bergtel mit dem Bildhauer Kurt Schumacher zusammen. Auf dessen Veranlassung hin wurde die Verpflegung Rudi Bergtels von Schumachers Mutter übernommen. Die finanzielle Unterstützung übernahm die parteilose Tänzerin Oda Schottmüller. (Oda Schottmüller wurde gemeinsam mit anderen Freiheitskämpfern am 5. August 1943 in Plötzensee hingerichtet.)

Im Atelier Kurt Schumachers wurde Rudi Bergtel mit Harro Schulze-Boysen bekannt. Harro Schulze-Boysen, Kurt Schumacher und Rudi Bergtel besprachen die Möglichkeit der Mitarbeit Bergtels; Schulze-Boysen und Schumacher waren aber bald der Meinung, dass Bergtel allzu gefährdet sei und Deutschland verlassen müsse. So kam es mit Hilfe von Elfriede Paul zur Ausschleusung Bergtels in die Schweiz.

«Bei einem weiteren Besuch Harro Schulze-Boysens», so berichtet Rudi Bergtel, «besprachen wir die Möglichkeit, wichtige Informationen, die die Sowjetunion dringend benötigte, mitzunehmen . . . Harro informierte mich eingehend über die Hitlerwehrmacht. Er nannte mir die Anzahl der Flugzeuge, die verschiedensten Typen; es war sehr

wichtiges Material, das mir Harro diktierte und das ich dann auswendig lernen musste. Es waren detaillierte Angaben über Ausrüstung, über Panzerbestände, über die verschiedensten Divisionen und andere militärische Dinge der Hitlerarmee, also wichtig für unsere Sache. Als die Genossin Paul aus Zürich zurückkam, war es soweit: Wir, das heisst Kurt Schumacher und ich, sind am 15. August 1939 in einem Nachtzug aus Berlin, wo mein Steckbrief an den Litfasssäulen klebte, weggefahren, Richtung Bodensee.»<sup>47</sup>

Im Weiteren schildert Rudi Bergtel die verwegene zweitägige Wanderung von Bregenz auf Waldpfaden und durch Felsenschluchten auf das Territorium der Schweiz. An der Grenze trennte sich Kurt Schumacher von Bergtel und kehrte nach Berlin zurück. Rudi Bergtel schlug sich vorsichtig und mühsam nach Zürich durch. Er berichtet:

«Meine Anlaufadresse war die Buchhandlung Stauffadler; da war der führende Schweizer Kommunist Edgar Woog. Ich wurde in der Quellenstrasse 4 untergebracht und musste warten, bis Genosse Woog die Abschnittsleitung der KPD benachrichtigte. Nach etwa acht Tagen kam der Verbindungsmann zu mir. Ich habe ihm das Nachrichtenmaterial Schulze-Boysens übergeben mit der Anweisung, es dem Genossen Langhoff für die Abschnittsleitung zu übermitteln.»

Es ist hier festzuhalten: Schon vor dem zweiten Weltkrieg waren einige Genossen der KPD-Abschnittsleitung Süd über das vielseitige Wirken der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack informiert; sie wussten, dass es erklärtes Ziel der mehrere hundert Antifaschisten umfassenden Organisation war, dazu beizutragen, durch eine breite antifaschistische Kampffront das Hitlerregime zu stürzen, die Grundlagen des Imperialismus und Militarismus auszurotten und ein demokratisches, friedliebendes Deutschland zu errichten. Sie wussten, dass die Organisation, in der Kommunisten mit anderen Antifaschisten verbunden waren, eine breite Basis hatte und viele Gruppen von Widerstandskämpfern in Betrieben und kleinere Gruppen in verschiedenen Bereichen des faschistischen Staatsapparates, in der Wirtschaft und in obersten Organen der Hitlerwehrmacht erfasste. Wenige deutsche Kommunisten in der Schweiz wussten, dass sich die Aktivitäten dieser Organisation von der Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Klebezettel, Flugblätter und Flugschriften über die soli-

darische Hilfe für Verfolgte des Naziregimes bis zu Sabotageakten erstreckte. Natürlich bewahrten die wenigen informierten Genossen der Abschnittsleitung ihre Kenntnisse als strenges Geheimnis.

Von echter Vaterlandsliebe und gerade deshalb vom Geist des proletarischen Internationalismus erfüllt, unterstützte die Schulze-Boysen/Harnack-Organisation die sozialistische Sowjetunion durch Propagierung der Freundschaft zur ersten Arbeiter- und-Bauern-Macht, durch Aufdeckung der antisowjetischen Ziele des deutschen Monopolkapitals und – über die Grenzen hinweg nach Moskau – durch genaueste Informationen über geheimste Vorgänge im Hitlerreich. Auch das geschah schon *vor* Beginn des zweiten Weltkrieges.

Es war selbstverständlich ein grosses Geheimnis, welchen Weg die Nachrichten der Kundschafter nach Moskau nahmen. Ein Weg führte über Sándor Rado, wovon Franz Dahlem als Leiter des Sekretariats des ZK der KPD in Paris unterrichtet war. Der Ungar Sándor Rado, ein weltbekannter Kartograph, hatte 1938 für den sowjetischen Nachrichtendienst in Genf eine Kundschafterzentrale errichtet. Über drei geheime Code-Sender berichteten Radós Funker von Genf und Lausanne aus nach Moskau über Ereignisse im Hitlerreich, über die Kriegsindustrie, über die Vorgänge in den faschistischen Spitzen des Heeres, der Luftwaffe und der Marine. Das war aber ein Geheimnis, von dem auch die KPD-Organisation in der Schweiz nichts wusste und von dem sie erst erfuhr, als die Geheimsender Ende 1943 von der Schweizer Polizei entdeckt und lahmgelegt wurden. Rado – Deckname Dora – hat in seinen Memoiren ausführlich über seine Genfer Kundschaftertätigkeit berichtet.<sup>48</sup>

Es bleibt hier nur zu vermerken, dass zur Gruppe Radós auch emigrierte deutsche Kommunisten gehörten: Paul Böttcher, der 1923 kommunistischer Minister der Arbeiterregierung in Sachsen war, und seine Mitarbeiterin Rachel Dübendorfer. Beide erfüllten ihre verantwortungsvollen Aufgaben völlig getrennt von der KPD-Organisation in der Schweiz. So wurde später bekannt, dass es Rachel Dübendorfer gelungen war, Rudolf Rössler (Lucy) in Luzern, einen staatenlos gewordenen deutschen Emigranten, der keiner Partei angehörte, für Radós Nachrichtendienst zu gewinnen, wodurch Rado zu einem seiner bedeutendsten Informanten kam.

## **Die Bemühungen um die Einheitsfront mit sozialdemokratischen deutschen Emigranten**

Stets bemühte sich die KPD um die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse, um die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zum Kampf gegen Imperialismus, Militarismus, für Fortschritt, Demokratie und Sozialismus; denn in der einheitlichen Aktion liegt der Schlüssel zum Sieg über alle Feinde des Volkes. Die erste grosse Einheitsaktion nach der Novemberrevolution, die Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920, zeigte die Kraft der geeint kämpfenden Arbeiterklasse. Trotz aller Anstrengungen der KPD für die Einheit, besonders unter Ernst Thälmanns Führung, blieben in der Weimarer Republik entscheidende Siege der Arbeiterklasse infolge der Spaltungspolitik der rechten Führer der SPD aus; daher konnte 1933 das deutsche Monopolkapital mit der Errichtung der faschistischen Herrschaft triumphieren.

Unter den Bedingungen des faschistischen Terrors und der Illegalität setzte die KPD zäh und unermüdlich ihre Bemühungen um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront fort. Mit dem Programm der Brüsseler Parteikonferenz vom Oktober 1935 zeigte die KPD den Weg zum Sturz der Hitlerdiktatur und zur Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Zur zentralen Aufgabe erklärte die Konferenz die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der deutschen Arbeiterklasse und die Schaffung der antifaschistischen Volksfront. Entsprechend dieser Generallinie kämpfte die KPD im Innern des faschistischen Deutschlands wie in den Emigrationsländern. In der Schweiz bemühten sich die leitenden Funktionäre der Partei unablässig um Übereinkünfte mit sozialdemokratischen deutschen Emigranten.

Die in die Schweiz geflüchteten Sozialdemokraten waren während der Weimarer Republik zumeist in hohen Partei- und Staatsämtern tätig, gehörten dem Reichstag oder Länderparlamenten an. Manche, so Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, weilten nur kurze Zeit in der Schweiz; sie reisten in westliche Asylländer weiter. Die Zahl der Emigranten der SPD in der Schweiz war nicht hoch: Die Zürcher Gruppe als die grösste wird kaum mehr als dreissig Mitglieder gehabt haben. Weitere Gruppen gab es in Basel, St. Gallen, Schaffhausen,

Luzern und in einigen anderen Orten. Einzelne emigrierte Sozialdemokraten lebten auch in kleinen Städten, wie Olten und Ascona. Alle lebten legal; sie wurden von den Schweizer Behörden als Flüchtlinge anerkannt, hatten also Aufenthaltsgenehmigung. Materiell wurden sie vom schweizerischen Arbeiterhilfswerk unterstützt. Ihre politische Haltung war sehr differenziert.

Zu den fortschrittlichsten Sozialdemokraten gehörte Georg Lebour, der älteste, denn 1850 geboren, war er nun schon über achtzig Jahre alt. Dieser Veteran der deutschen Arbeiterbewegung stand ehrlich links. Der Mitbegründer der USPD war nicht in die SPD zurückgekehrt, sondern hatte 1923 den Sozialistischen Bund gegründet und war später der SAP beigetreten. Es sei daran erinnert, dass Georg Lebour 1926 in Berlin den Reichskongress der Werktätigen eröffnete, dass er 1927 in Brüssel die Weltliga gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit mit begründete und dabei die Bedeutung der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution für den Kampf gegen das Kolonialsystem würdigte, dass er 1928 mit Wilhelm Pieck und anderen Kommunisten dem Reichsausschuss für den Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau angehörte.

Auf dem Reichskongress der Werktätigen 1926 hatte der «alte Lebour», wie man ihn schon damals nannte, auf den jungen Delegierten Paul Meuter aus Solingen einen starken Eindruck gemacht. 1937 traf der illegale kommunistische Emigrant Paul Meuter den «alten Lebour» wieder. Paul Meuter berichtet darüber:

«Als wir sein bescheidenes Zimmer in einem kleinen Häuschen unmittelbar an der Aare in Bern betraten, erkannte ich ihn sofort an seinem schlohweissen Haar. Er hatte sich, jetzt 87jährig, kaum verändert. Wir luden ihn mit seiner Frau zum Mittagessen ein und fuhren hinaus zu einem Landgasthof. Er erzählte, dass er sonntags noch ganztägige Fusstouren, trotz seines steifen Beines, an den nahen Berghängen entlang mache. Seine Einstellung zu uns Kommunisten und zur Sowjetunion war sehr positiv. Er hatte gerade einen Artikel in der Pariser ‚Deutschen Volks-Zeitung‘ veröffentlicht. Auch berichtete er, dass man ihn eingeladen habe, zusammen mit seiner Frau den Lebensabend in der SU zu verbringen. Er habe mit Freuden zugesagt. Jetzt stelle sich aber heraus, dass die Reise über den Balkan und Vorderasien gehen müsse. Eine so lange Reise könne aber seine Frau, ob-

wohl manche Jahre jünger als er, wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes nicht mehr riskieren.»<sup>49</sup>

Der «alte Ledebour» konnte natürlich nicht mehr aktiv am Kampf für die Arbeitereinheit teilnehmen, wünschte sie aber sehnlich herbei. Seine letzte öffentliche Äusserung war 1946 ein Begrüssungstelegramm an den Gründungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: «Ich wünsche euch vollen Erfolg in euren Bemühungen zur Einigung der deutschen Arbeiterparteien und siegreiche Kraft zur Überwindung aller Schwierigkeiten.» 97jährig starb Georg Ledebour 1947 in Bern.

Die Abschnittsleiter der KPD Siegfried Rädcl, Conrad Blenkle und Paul Elias hatten Kontakt mit einigen sozialdemokratischen Emigranten in St. Gallen, teils direkt, teils über Bruno Fuhrmann, Paul Meuter und Fritz Sperling. Zur St. Gallener sozialdemokratischen Emigrantengruppe gehörten Karl Tesch, Paul Müller, deren Frauen und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Valentin Bauer. Paul Müller hatte auf Grund seiner vorangegangenen Gewerkschaftstätigkeit in Frankfurt (Main) von St. Gallen aus Verbindung zur Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Mit diesen Sozialdemokraten kam es zu mehr oder minder konkreten Absprachen, sie beteiligten sich an Sammlungen für die Spanienkämpfer und an anderen illegalen Spendenaktionen.

Gefördert wurde die Zusammenarbeit durch gemeinsame Schulungsveranstaltungen. Daran nahmen die genannten Sozialdemokraten, Erwin Schoettle von der Gruppe «Neu Beginnen», die in Opposition zum sozialdemokratischen Parteivorstand stand, und mehrere Kommunisten teil. Als Referent fuhr Bruno Fuhrmann mehrere Male von Zürich mit dem Fahrrad nach St. Gallen und Herisau. Paul Meuter radelte sogar von Basel in den Kanton St. Gallen. Eine gemeinsame Schulungsveranstaltung fand im März 1938 in einer Hütte bei Trogen statt. Bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges wurden jeden Monat gemeinsame Diskussionen in Berghütten im Gebiet des Säntis geführt. Paul Meuter berichtet über einen solchen Lehrgang: «Schoettle sprach zu Fragen der Gewerkschaftsarbeit und ich zu Problemen der Landwirtschaft im ‚Dritten Reich‘. Als Grundlage hatte ich das kurz vorher erschienene Buch. ‚Die wahren Herren Deutschlands‘ von Hans Behrendt (Albert Norden) ausgewertet. Die Diskussionen be-

schäftigten uns vier Tage. Im Ergebnis dieser Schulung wurden konkrete Schritte für eine bessere Zusammenarbeit, insbesondere auch unter den in der Schweiz lebenden Deutschen, festgelegt.»<sup>50</sup>

So hat der Sozialdemokrat Paul Müller einige Beiträge verfasst, die von Kommunisten vervielfältigt und unter den alleingewesenen Deutschen verbreitet wurden. Auch in der «Süddeutschen Volksstimme» sind Beiträge aus dem Kreis der St. Gallner sozialdemokratischen Emigranten erschienen.

Zu Erwin Schoettle bestand die Verbindung seit 1937, als Conrad Blenkle Abschnittsleiter war. Über Erwin Schoettle ermöglichte Bruno Fuhrmann eine Zusammenkunft Blenkles mit einigen sozialdemokratischen Emigranten, die aus Schweden und Dänemark nach St.Gallen gekommen waren und nach Frankreich und England weiterreisten. Schoettle lieferte Informationen an die KPD-Abschnittsleitung und beschaffte für kommunistische Genossen sichere illegale Quartiere. KPD-Kuriere nahmen Material von Schoettle mit an seine süddeutschen Stützpunkte, so auch eine Broschüre über die Sowjetunion, die Schoettle in einer Auflage von 5'000 Exemplaren illegal hatte drucken lassen. Bei Kriegsbeginn reiste Schoettle nach England. Damit war seine fortschrittliche Rolle beendet; in England trat er zu den rechtssozialdemokratischen Gegnern der Einheitsfront und den Feinden der Sowjetunion über.

Die Bemühungen um Verständigung mit der sozialdemokratischen Emigrantengruppe in Zürich waren nicht erfolgreich. Wohl war es einigemal möglich, dass an den seit 1937 etwa monatlich durchgeführten Aussprachen der sozialdemokratischen Gruppe Bruno Fuhrmann als linker Gewerkschafter teilnehmen und dort auch sprechen konnte, aber zur Vereinbarung gemeinsamer Schritte kam es nicht. Zwischen dem Sozialdemokraten Karl Enders, der früher Leiter des Stuttgarter Gewerkschaftskartells war, und Bruno Fuhrmann bestand zwar ein gutes persönliches Verhältnis, das dazu führte, dass Karl Enders einiges kommunistisches Material über seine privaten Verbindungen nach Süddeutschland bringen liess, aber das war auch alles. Die autoritativsten sozialdemokratischen Emigranten in Zürich zeichneten sich durch eine antikommunistische einheitsfrontfeindliche Haltung aus; es waren Dr. Wilhelm Hoegner, Otto Braun, Artur Crispian und Wilhelm Dittmann.

Erinnert man sich der Rolle dieser Männer in der Weimarer Repu-

blik, dann ist verständlich, warum die Bemühungen der Kommunisten, sie für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen, erfolglos blieben.

Wilhelm Hoegner, Führer in der bayrischen Sozialdemokratie, seit Februar 1934 in Zürich und dort Leiter der Emigrantengruppe, war stets gegen die Einheitsfront der Arbeiterklasse zur Verhinderung des Faschismus, statt dessen hatte er im Februar 1933 mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Heldt Übereinstimmung darüber erzielt, dass der Faschismus durch die Wiedereinführung der Monarchie in Bayern verhindert werden sollte. In einem Brief vom 30. Januar 1934 an den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg schrieb Hoegner: «Wir wären damals bereit gewesen, uns zur Rettung Bayerns und vielleicht ganz Deutschlands auch mit einer Monarchie abzufinden.»<sup>51</sup>

Wilhelm Hoegner war immer von Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes erfüllt. Er spekulierte in völliger Verkennung des Klassenwesens der Hitlerdiktatur auf eine Überwindung des Faschismus durch Kreise der deutschen Bourgeoisie und der Generalität, bei denen man sich durch Verbindung mit der KPD nicht kompromittieren dürfe. An den ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Rauschning, der im Sommer 1937 in die Schweiz kam, dann nach Paris weiteremigrierte, schrieb Hoegner am 9. September 1939: «Die Bewegung gegen Hitler kann nur vom Heer ausgehen.»<sup>52</sup>

Otto Braun wandte sich im «Vorwärts» vom 15. Februar 1918 in einem Artikel unter der Überschrift «Die Bolschewiki und wir» gegen die Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland und forderte, zwischen der Sozialdemokratie und den Bolschewiki einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich zu ziehen. Diesen Trennungsstrich zog Otto Braun auch zwischen der SPD und der KPD. Seine antikommunistische Position hat er nie aufgegeben.

Artur Crispian und Wilhelm Dittmann können beide in einem Atemzug genannt werden, denn beide waren während der Weimarer Republik in gleichen Funktionen tätig und sich immer einig. Es vereinte sie ihr Antikommunismus und Antisowjetismus. Diese einstigen Führer der USPD, danach Spitzenfunktionäre der SPD, waren immer dabei, wenn es galt, die Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten. Mit Eifer erfüllten sie zur Zeit der Weltwirtschaftskrise die vom Parteitag der SPD 1931 festgelegte Funktion, Arzt am Krankenlager des Kapi-

talismus zu sein. Schliesslich wiesen sie 1933 die von den Kommunisten gebotene Hand zum gemeinsamen Kampf gegen die Errichtung der Hitlerdiktatur zurück.

Jetzt, in der Zürcher Emigration, vermochten alle diese sozialdemokratischen «Prominenten» nicht, die Lehren aus der Geschichte und speziell aus der allerjüngsten Geschichte zu ziehen. Es kümmerte sie nicht, dass in Deutschland in vielen Betrieben, auf Werften, in manchen Städten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam antifaschistischen Widerstand leisteten. Es kümmerte sie auch nicht, dass in Spanien kommunistische und sozialdemokratische deutsche Interbrigadisten in Schützengräben unter faschistischem Bombenhagel die Einheit mit ihrem Blut besiegelten, weil sie erkannt hatten, dass nur in der kämpferischen Einheit die Gewähr für den Sieg über die Feinde des Fortschritts, der Demokratie und des Friedens lag. Die vielen Appelle der deutschen Interbrigadisten an die Führungen der SPD und der KPD zur Bildung der Einheitsfront, zum Beispiel die der Einheitskonferenz in Valencia vom 13. März 1938 und der Einheitskonferenz im Demobilisierungslager Bisaura de Ter vom 17. Dezember 1938, liessen sie kalt. Gegenüber den zahlreichen Vorschlägen des ZK der KPD, so im Programm für ein Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten, veröffentlicht in der «Deutschen Volks-Zeitung» vom 20. August 1939, in dem auf die drohende Weltkriegsgefahr hingewiesen wurde, stellten sie sich taub. Sie warteten am Zürichsee sozusagen auf eine Konstellation der Sterne, die eine Renaissance der Weimarer Republik verkündete.

Dass Sozialdemokrat nicht gleich Sozialdemokrat ist, sondern dass unter den emigrierten Sozialdemokraten alle Schattierungen, von offenen und versteckten Opportunisten über Schwankende und Zauderer bis zu einsichtigen Antifaschisten, anzutreffen waren, zeigte sich auch in der Schweiz. Von der Art der in Zürich beherbergten «Prominenten» war beispielsweise der in Basel lebende ehemalige Reichstagsabgeordnete Georg Dietrich nicht, der sich als linker Sozialdemokrat 1927 auf dem Kieler Parteitag der SPD mit gegen die rechte Mehrheit gewandt hatte, die jeden Kampf gegen die monopolkapitalistische Weimarer Republik verurteilte. In Basel arbeitete Dietrich in der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe. Durch ihn gelang es, illegale lebende Kommunisten als verfolgte Gewerkschaftsfunktionäre

bei den Behörden auszuweisen, so dass sie legalisiert wurden. Zu weiterer Gemeinsamkeit mit Kommunisten war Dietrich zwar nicht zu bewegen, aber die geleistete Hilfe war sehr nützlich, sie kam unter anderen Paul Meuter zugute.

Es gab auch etliche Schweizer Sozialdemokraten, die im Arbeiterhilfswerk in Zürich arbeiteten und einigen Kommunisten zur behördlichen Tolerierung verhalfen. Das brachte grosse Vorteile für die illegale Arbeit der KPD, zumal es sich um wichtige Parteiarbeiter handelte. So konnte Bruno Fuhrmann von Dezember 1936 bis zu seiner Verhaftung 1940 unter leichteren Bedingungen seine geheimen Funktionen ausüben. Das gleiche gilt für Rudi Bergtel und Bruno Goldhammer. Bruno Goldhammer kam 1935 aus Prag nach Zürich mit einer Empfehlung des Schriftstellers F.C. Weiskopf an den Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei und Nationalrat Hans Oprecht. So kam es, dass Bruno Goldhammer als Gewerkschaftsfunktionär von Hans Oprecht anerkannt wurde und 1936 von der Bundespolizei Aufenthaltserlaubnis erhielt – bis auch er 1940 verhaftet wurde. Aus der Hilfeleistung für Bruno Goldhammer schlussfolgern zu wollen, Hans Oprecht sei ein Freund der Einheit gewesen, wäre allerdings falsch. Oprecht hätte die behördliche Anerkennung gewiss nicht befürwortet, hätte er gewusst, dass der Gewerkschaftsfunktionär Goldhammer Kommunist war; denn Hans Oprecht war Präsident einer Partei, deren Führer mit der Monopolbourgeoisie Burgfrieden geschlossen hatten und erbitterte Kommunistengegner waren.

Damit ist ein Thema berührt, das einige Darlegungen über Politik und Haltung der rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz erforderlich macht.

## **Die rechten sozialdemokratischen Führer der Schweiz**

Die 1888 gegründete Sozialdemokratische Partei der Schweiz war einstmals eine marxistische Partei. Mit der Entstehung des Imperialismus wurde sie wie die deutsche Sozialdemokratie von der revolutionären Klassenkampfposition in den Sumpf des Opportunismus geführt. Eine besonders verhängnisvolle Rolle spielte Robert Grimm, der die Partei während des ersten Weltkrieges vom proletarischen In-

ternationalismus auf die Position des Sozialchauvinismus lenkte. Lenin hat deshalb anlässlich der Zimmerwalder Konferenz (1915) und der Kienthaler Konferenz (1916) Robert Grimm und seine Kumpane scharf gezeisselt. Lenin schreibt: Robert Grimm «ging im Januar 1917 ein Bündnis mit den Sozialchauvinisten der *eigenen* Partei. . . gegen die wirklichen Internationalisten ein»<sup>53</sup>.

Weiter heisst es bei Lenin unter anderem: «Der Schuft Grimm hat *an der Spitze aller Rechten* . . . den Beschluss durchgebracht, den für den 11. II. 1917 speziell zur Militärfrage anberaumten Parteitag auf unbestimmte *Zeit* zu *vertagen*»<sup>54</sup>

In seiner Schrift «Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky» bezeichnet Lenin Robert Grimm, Ernst Nobs und andere als die Kautskyaner der Schweiz.<sup>55</sup>

Die von Lenin so beurteilten Schweizer SP-Führer gaben sich in Worten noch lange *Zeit* demagogisch als Internationalisten und Revolutionäre aus, aber die Orientierung auf den wirklichen Kampf gegen den Imperialismus und für die politische Macht der Arbeiterklasse wurde gegen den Widerstand der Linken preisgegeben. Die rechten Führer waren zum Sozialchauvinismus, zum politischen Burgfrieden und wirtschaftlichen Arbeitsfrieden übergegangen. So im ersten Weltkrieg.

Von der Geburtsstunde Sowjetrusslands an wurde die Sozialdemokratische Partei der Schweiz antisowjetisch orientiert. Als die schweizerische Arbeiterklasse 1918 unter dem Eindruck der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution dennoch eine Reihe Erfolge, unter anderem den Achtstundentag, erringen konnte, verstanden es die rechten Führer in demagogischer Weise, sich dieser Verdienste zu rühmen. Sie vermochten, sich bei grossen Teilen der Arbeiterklasse den Nimbus einer echten Arbeiterführung zu erhalten oder zu verschaffen. Erleichtert wurde das durch die bauerliche und handwerkliche Gebundenheit vieler Arbeiter, die die Entwicklung ihres proletarischen Klassenbewusstseins erschwerte.

Angesichts des Klassenverrats der rechten Führer und der von ihnen verschuldeten Spaltung der Arbeiterklasse wurde Anfang der zwanziger Jahre die Kommunistische Partei der Schweiz gegründet. Zu den Gründern gehörte auch Walter Bringolf. Die junge Kommunistische Partei war klein und hatte es sehr schwer. Sie war für lange Jahre eine Partei der Arbeitslosen; wer sich ihr anschloss, riskierte

den Verlust seines Arbeitsplatzes. Kommunist sein hiess zu Opfern bereit sein. Karriere war in der proletarischen Klassenkampfpartei nicht zu machen. Die aber erstrebte Bringolf, und als er 1928 am VI. Kongress der Kommunistischen Internationale teilnahm, hatte er sich innerlich längst von der revolutionären Partei gelöst. Er wurde Sozialdemokrat. Der Renegat spielte in der Folge eine verhängnisvolle Rolle. Die Beweise dafür lieferte er selbst in seinen Memoiren.<sup>56</sup>

Der Renegat verleumdete in unerhörter Weise die Kommunistische Internationale, die auf ihrem VI. Kongress «kein einziges Wort zum aufkommenden Nationalsozialismus in Deutschland» gesagt habe. Der KPD warf er vor, keine revolutionäre Partei zu sein, sie habe 1933 Hitler zur Macht verholfen. Walter Bringolf betrieb seine Demagogie von der Position eines «Antifaschisten» aus und schürte den Antikommunismus. Unter diesem Deckmantel besorgte er seine Spaltertätigkeit und die Geschäfte der Monopolbourgeoisie. Er wurde zum rechten Mann für die rechte Führung der schweizerischen Sozialdemokratie und machte Karriere in der Partei und im Bürgerstaat.

Die Partei, deren Präsident 1936 nach Robert Grimm zunächst Hans Oprecht und später Walter Bringolf wurde, bekannte sich auf dem Parteitag im Januar 1937 gegen den Widerstand linker Delegierter zur Burgfriedenspolitik mit der Bourgeoisie und zur «Volksgemeinschaft». Es folgte eine Liebedienerei gegenüber der herrschenden Klasse nach der anderen. So war die Parteiführung gegen die Unterstützung des nationalrevolutionären Krieges in Spanien und verleumdete die schweizerischen Sozialdemokraten, die sich mit ihren kommunistischen Brüdern zum Kampf gegen den Faschismus, für Demokratie und Frieden in die Internationalen Brigaden eingereicht hatten. Die von der Justiz angeklagten und zu hohen Gefängnis- und Geldstrafen verurteilten zurückgekehrten Spanienkämpfer wurden von ihnen schmählich im Stich gelassen.

Eine Pressekommission, die von der Bundesanwaltschaft angeleitet wurde und der der ehemalige Chefredakteur des sozialdemokratischen «Volksrecht», Ernst Nobs, angehörte, erhielt den Auftrag, verschärft gegen Pressekritiken an Hitlerdeutschland einzuschreiten. Im Februar 1939 schrieb Ernst Nobs an die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei, dass sich einige sozialdemokratische Zeitun-

gen «schwere Ausschreitungen» gegenüber Deutschland hätten zuschulden kommen lassen, so «Travail» (Genf) und die «Basler Arbeiterzeitung». Nobs erklärte in dem Schreiben, dass er Verboten auf einige Wochen, bis zu zwei Monaten, zustimmen werde. Dazu bemerkte der «Antifaschist» Bringolf: «Wir haben uns mit den Redaktionen ins Einvernehmen gesetzt, und manche haben sich gebessert.»<sup>57</sup>

Als der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde, veröffentlichte Bringolf am 23. August 1939 im «Volksrecht» einen Hetzartikel, in dem gesagt wurde, der Vertrag sei gegen die gesamte Arbeiterschaft und alle, die gegen den Faschismus ständen, gerichtet. Am 16. September 1939 hielt Bringolf vor dem Parteivorstand der Sozialdemokratie gegen die Linken in Genf und Lausanne eine Anklagerede, weil diese sich weigerten, die Politik der Sowjetunion zu verurteilen. Dieser Anklagerede folgte der Ausschluss der Linken aus der Sozialdemokratischen Partei. Daraufhin ergriff die Regierung Verbotsmassnahmen gegen die Linken in Genf und Lausanne; ihre Zeitungen wurden untersagt, ihre Druckereien geschlossen. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei hat diesen verfassungswidrigen Regierungsmassnahmen stillschweigend zugestimmt.

Das sind nur einige Fakten aus der Praxis der rechten Sozialdemokraten der Schweiz vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Sie lassen hinreichend erkennen, dass von diesen Leuten keine Unterstützung der KPD-Organisation in der Schweiz im Kampf gegen Faschismus, für Demokratie und Frieden zu erwarten war.

**September 1939 –  
Juni 1941**

## **Der faschistische deutsche Imperialismus entfesselt den zweiten Weltkrieg**

Die KPD, die schon vor 1933 gesagt hatte: «Hitler bedeutet Krieg!», bewies Tag für Tag anhand solcher Tatsachen wie der Aufrüstung, der Aggression gegen die Spanische Republik seit 1936, des Terrors gegen Friedenskämpfer, der Rassen- und Völkerhetze, der Vergewaltigung Österreichs und der Tschechoslowakei und vieler anderer Fakten: Das Hitlerregime bedeutet kriegerische Aggression des deutschen Imperialismus. Diese Wahrheit verkündeten die Kommunisten, wo immer sie waren, also auch in der schweizerischen Emigration. Die Kommunistische Partei der Schweiz erklärte als einzige schweizerische Partei das gleiche.

Die schweizerische Monopolbourgeoisie und ihre Presse taten dagegen alles, diese Wahrheit zu verbergen und die Friedensphrasen zu verbreiten, mit denen die Goebbels-Propagandisten die Angriffsvorbereitungen tarnten. Der seinerzeitige Bundesrat Guiseppa Motta pries begeistert das Münchener Abkommen, und noch am 29. August 1939 verkündete er vor Bundesparlamentariern: «Heute bestehen mehr Chancen für den Frieden als für den Krieg.»<sup>1</sup>

Aus Unwissenheit konnte Motta das nicht gesagt haben, denn er war ein unmittelbarer Vertreter der Grossbourgeoisie und der Diener eines der Mächtigen, nämlich des Max Huber, der als Finanzgewaltiger und Präsident der Aluminiumindustrie mit den deutschen Rüstungskapitalisten stets eng liiert war und immer wusste, woher der Wind für das Gedeihen hoher Profite wehte. Nebenbei gesagt: Huber, der seine Finger in allen innerschweizerischen Finanzoperationen und

in zahlreichen internationalen Geschäften hatte, lieferte schon das Aluminium für die Flugzeuge, mit denen Mussolini Abessinien (heute Äthiopien) eroberte.

Wie gut die herrschenden Kreise der Schweiz über den unmittelbar bevorstehenden Kriegsbeginn informiert waren, beweisen folgende bedeutsame Tatsachen: Zwei Tage nach der heuchlerischen Erklärung Mottas, nur einen Tag vor Kriegsbeginn, also am 31. August, fasste der Bundestag – mit Zustimmung aller Fraktionen, auch der sozialdemokratischen – den grundsätzlichen Beschluss, «dass schweizerische Firmen Kriegsmaterial nach kriegführenden Staaten liefern können, wenn vom Standpunkt der militärischen Bedürfnisse des eigenen Landes aus dem nichts entgegenstehe und sofern Rohstoffe für das ausgeführte Material aus dem betreffenden Staat eingeführt würden»<sup>2</sup>.

Am gleichen Tag wurde der sogenannte Vollmachtenbeschluss angenommen, der die Verfassung weitgehend ausser Kraft setzte, indem er den Bundesrat ermächtigte, mittels einer Y<sup>o</sup>U» machtenkommission mit AusnahmeGesetzen zu regieren.

Das geschah nicht von ungefähr. Man kannte in Bern den Fahrplan der Gewalthaber im Nazireich und stellte die Weichen. Zur Beschwichtigung der Massen aber wurden die Friedenschalmeien bis zu der Stunde geblasen, in der das vom deutschen Imperialismus und Militarismus langfristig vorbereitete Aggressionsverbrechen begann: Am 1. September 1939 wurde mit dem Überfall der faschistischen Räuberarmeen auf Polen der zweite Weltkrieg entfesselt.

Der Beginn des Krieges stellte die Kommunisten in Hitlerdeutschland wie in den Emigrationsländern vor neue Fragen, wenngleich die strategische Orientierung durch die Beschlüsse der Berner Konferenz – das Programm sowohl für die Verhinderung als auch für die möglichst rasche Beendigung eines neuen Weltkrieges – gegeben war.

Von Kriegsbeginn an wurde auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» der Terror noch perfektionierter. Tausende und aber Tausende von Hitlergegnern fielen ihm zum Opfer. Dazu kam, dass das ideologische Gift aus noch grösseren Kübeln über die Bevölkerung gegossen und die Kriegshysterie auf hohe Touren gebracht wurde. Für die Kommunisten in der Emigration rückte die Frage in

den Vordergrund, wie die Bedingungen für die Kontinuität des antifaschistischen Kampfes geschaffen werden konnten.

In Frankreich geschah Folgendes: Die Regierung forderte die illegal lebenden Emigranten zur polizeilichen Anmeldung auf. Das Sekretariat des ZK der KPD in Paris beschloss am 4. September, dieser Aufforderung Folge zu leisten – offensichtlich in der Meinung, dass sich die Kontinuität der Arbeit dadurch ermöglichen lasse, hatte doch Frankreich gemeinsam mit Grossbritannien am 3. September Hitlerdeutschland den Krieg erklärt. Dieser Beschluss gelangte sogleich durch einen Kurier über die Schweizer Rote Hilfe an die KPD-Organisation in der Schweiz.

Das Schweizer Justiz- und Polizeidepartement verkündete am 5. September eine Weisung, die die illegal lebenden Emigranten zur polizeilichen Registrierung aufforderte. Die Weisung besagte, dass Flüchtlinge, die vor dem 5. September ohne Beachtung der Einreisevorschriften in die Schweiz gereist waren und sich sofort ordnungsgemäss bei der Ortspolizei melden, nicht mehr über die Grenzen zurückzustellen seien, andernfalls aber in das Land «ausgeschafft» würden, aus dem sie gekommen waren oder dem sie angehörten.<sup>3</sup>

Die Schweizer Rote Hilfe stellte eiligst Bescheinigungen aus, die besagten, dass die Inhaber von ihr als politische Flüchtlinge anerkannt und der Berner Zusage zufolge als behördlich anerkannte Emigranten zu behandeln seien. Daraufhin – und gestützt auf die Entscheidung des Sekretariats in Paris – wurde den illegalen Genossen die polizeiliche Anmeldung empfohlen.

Das war eine Fehlentscheidung. In Frankreich führte die Entscheidung zum Gegenteil des Erwarteten. Man hatte angenommen, dass unter legalem Status der Emigranten die konspirative antifaschistische Arbeit fortgesetzt werden könne. Als sich jedoch die Mitglieder des Sekretariats – Franz Dahlem, Paul Merker und Paul Bertz – am 6. September in Paris zur Registrierung meldeten, wurden sie sofort verhaftet und in südfranzösischen Lagern interniert.

In der Schweiz folgten am 6. September mehrere Illegale der Empfehlung – zum Glück waren sie nur eine kleine Minderheit. Sie meldeten sich, nachdem sie eilig die Spuren ihrer bisherigen konspirativen Aktivität verwischt hatten. Wenige von ihnen liess die Polizei laufen, aber nach einigen Tagen wurden sie von Kriminalbeamten ab-

geholt. Andere wurden gleich in Haft genommen, etliche bei Polizeirazzien aufgegriffen. Unter den Verhafteten befanden sich Paul Elias und ich als Abschnittsleiter sowie die engen Mitarbeiter Ernst Eichelsdörfer, Karl Eiermann, Suse Schüle und meine spätere Frau Elsa Mayer.

Der Parteiarbeit waren wichtige Kader entrissen worden, trotzdem setzten die von der Polizei nicht ergriffenen Funktionäre unter grossem Risiko die konspirative Arbeit fort. Als erstes füllten sie die entstandene Lücke: Es bildete sich eine neue Abschnittsleitung aus den Genossen Ludwig Ficker, Fritz Sperling und Wilhelm Fels (Artur). Aus der Reihe der Parteifunktionäre, die auch der neuen Abschnittsleitung zur Seite standen, seien genannt: Wilfred Acker, Walter Fisch, Gerhard Fuchs, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer, Richard Hartmann, Bernhard Kuderer, Theo Lauber, Paula Löffler, Paul Meuter, Dr. Heinz Mode, Bernd Steinberger, Gotthard Stehr (Anton bzw. Antoine), Michael Tschesno-Hell, Eduard Weinzierl, Hans Wolf, die aus Spanien zurückgekehrten Interbrigadisten Franz Obermanns, Sepp Wimmer, Gerhard Wohlraht, Christian Wolf, Paul Wolf, der Schriftsteller Peter Kast und die um Wolfgang Langhoff gescharten Schauspieler und Schauspielerinnen.

Nach und nach wurde mancher durch die Polizeischergen aus dieser Reihe herausgerissen, so Theo Lauber im Mai 1940, Bruno Fuhrmann und Richard Hartmann im Juni 1940 und bald danach auch Bruno Goldhammer.

Es gab aber auch einige «Zugänge», unter ihnen war Paul Bertz. Bis zum 6. September 1939 hatte er dem Sekretariat in Paris angehört. Nach seiner Flucht aus einem südfranzösischen Internierungslager gelang es ihm, im Juli 1940 in die Schweiz zu kommen, wo er in Basel bei dem Justizbeamten Philipp Goetzinger illegal Unterkunft fand. Aus Gründen äusserster Konspiration trat Paul Bertz (Helm) nicht in die Abschnittsleitung ein, wurde aber über Wilhelm Fels ihr ständiger Berater.

Die Arbeit ging also weiter – trotz der harten Bedingungen, zu denen seit Oktober 1939 die sich immer mehr verschärfende Rationierung der Lebensmittel gehörte, da die Illegalen mit von den Rationen der solidarischen Schweizer leben mussten.

Die erste Aufgabe der Abschnittsleitung nach Beginn des Krieges lag auf organisatorischem Gebiet: Die Parteigruppen waren umzubil-

den, die Funktionen neu zu verteilen. Die zweite Aufgabe war die Fertigstellung illegaler Materialien zur weiteren kontinuierlichen Hilfe für die Genossen in Süddeutschland. Die dritte Aufgabe bestand in der Fortsetzung der ideologischen Arbeit. In Zürich und Basel wurden Zirkel durchgeführt. Themen eines Zürcher Zirkels im Jahre 1940 waren: «Lenins ‚Staat und Revolution‘», «Was ist Demokratie?» und die Geschichte der KPdSU.<sup>4</sup>

Die illegale Tätigkeit hatte unter grösster Vorsicht gegenüber der Rothmund-Polizei zu erfolgen, denn diese ging – wie die weiteren Abschnitte des Buches belegen – «nicht zimperlich» mit den von ihr aufgegriffenen «lästigen und unerwünschten» Emigranten um.

### **Zunehmende polizeiliche Vergehen gegen die Menschlichkeit**

Hatte sich die Rothmund-Polizei schon vor Beginn des zweiten Weltkrieges durch Abweisungen und sogenannte Ausschaffungen von Flüchtlingen schlimme Vergehen gegen die Menschlichkeit zuschulden kommen lassen, steigerte sie von nun an ihre unheilvolle Praxis noch erheblich. «In der heutigen Kriegeszeit . . . darf man nicht zimperlich sein», sagte Rothmunds Mitarbeiter Dr. Jezler in einem Bericht an den Bundesrat. «Wir haben deshalb ohne Bedenken Rückstellung von Flüchtlingen angeordnet, denen im Herkunftsland mehr oder weniger schwere Nachteile drohten.»<sup>5</sup>

In demselben Bericht führte Jezler weiter aus: «Der Vollzug der Rückweisungen erfolgte auf zwei Arten: einmal durch *schwarze Überstellung*. Diese barg einerseits die Gefahr in sich, dass der Flüchtling von einer Grenzpatrouille des Nachbarstaates angeschossen wurde, andererseits aber gab sie ihm Gelegenheit, unbemerkt an seinen Wohnort zurückzukehren oder, sofern ihn die ausländische Polizei aufgriff, eine ihm gut erscheinende Ausrede vorzubringen, . . . dann durch *Übergabe an die ausländische Grenzpolizei*. . . Diese Art der Rückstellung war für den Flüchtling in den Fällen hart, wo er von der ausländischen Polizei etwas zu befürchten hatte. Deshalb spielten sich bei solchen Überstellungsmassnahmen oft peinliche Szenen ab . . . Am einfachsten gestalteten sich die Verhältnisse dort, wo der Flücht-

ling schon im Augenblick des Grenzübertritts zurückgewiesen werden konnte.»<sup>6</sup>

Soweit die zynisch-kalte Erklärung eines hohen Schweizer Regierungsbeamten. «Nicht zimperlich sein», wenn Menschen masslosen Leiden, Seelenqualen und Ängsten ausgesetzt wurden, bis sie durch eine faschistische Kugel oder in der Henkerschlinge der Gestapo, in der Gaskammer oder unter dem Fallbeil endeten. Schlimm genug, auch wenn für ein Opfer nach bitteren Ängsten durch besondere Umstände der Gang in den Tod in letzter Minute noch abgewendet werden konnte.

Über einen solchen Fall, der sich zu Kriegsbeginn ereignete und der für viele ähnlicher Art steht, sei hier berichtet. Er betrifft meine Frau Elsa Teubner (damals noch Elsa Mayer). Sie war mit mir in Spanien am «Deutschen Freiheitssender 29,8» tätig. Da ich vom Sekretariat des ZK der KPD in Paris im März 1939 zur Leitungstätigkeit in die Schweiz entsandt worden war, kam sie wenige Wochen später ebenfalls nach Zürich. In ihrem Bericht über die schweizerische Polizeipraxis ist zu lesen: «Am 6. September 1939, dem Termin der Meldepflicht, ging ich ins Stadthaus, von dort wurde ich an das Polizeirevier im Stadtteil Wipkingen verwiesen. Dort gab ich an, erst vor wenigen Tagen als politische Emigrantin aus Frankreich gekommen zu sein. Ein Polizeibeamter fuhr sofort mit mir zu einem Revier in der Nähe der Stampfenbachstrasse. Hier wollte man wissen, wie ich in die Schweiz gelangt sei. Ich verweigerte die Auskunft. Man wollte wissen, wo ich die Tage seit der Einreise verbracht habe. Auch diese Auskunft verweigerte ich. Der Beamte war darüber sehr erbost und drohte mir mit Ausweisung . . .

Ich wurde in das Gefängnis der Zürcher Kantonspolizei gebracht. Zeitweilig war ich allein in der Zelle, dann wurde eine Prostituierte in die Zelle gebracht und nach ihr eine jüdische Emigrantin, die völlig unpolitisch und daher hemmungslos verzweifelt war. . .

Nach drei Tagen – es war ein Sonnabend – wurde mir eröffnet, dass ich den deutschen Behörden übergeben würde. Ich protestierte und sagte, das bedeute den Tod. Ich sagte, was ich vorher verschwiegen hatte, dass ich im republikanischen Spanien war, im Sanitätsdienst. Dass ich in Wirklichkeit am ‚Deutschen Freiheitssender 29,8‘ tätig gewesen war, verschwieg ich. Ich wurde in die Zelle zurückge-

bracht. Man telefonierte mit Bern und eröffnete mir, dass Rothmund darauf bestehe, mich schwarz an die deutsche Grenze zu bringen. Es gab ein heftiges Gespräch, ich verlangte, nach Frankreich abgeschoben zu werden. Das wurde abgelehnt. Weil ich mich auch dagegen wehrte, an die italienische Grenze gebracht zu werden, blieb es bei dem Entscheid, mich schwarz über die deutsche Grenze ‚auszuschaffen‘.

Ich sann hin und her, was nun zu tun sei. Ich bat, mich in ein Warenhaus zu führen, um mir einige dringend benötigte Dinge kaufen zu können – in der Erwägung, dass sich eine Fluchtmöglichkeit bieten werde. Der Bitte, in ein Kaufhaus geführt zu werden, wurde entsprochen, aber zur Flucht war keine Möglichkeit. Ich fragte mich: Soll ich mich auf die Strasse werfen und schreien? Den Gedanken gab ich gleich wieder auf, weil der Kriminalbeamte sicher erklärt haben würde, ich sei eine Lügnerin, eine gemeine Diebin oder so etwas. Die Umstehenden würden mich nicht befreien, und meine Lage würde sich verschlimmern. Ich würde dann sicher der Gestapo direkt übergeben. So kam ich wieder in die Zelle.

Mittags wurde ich herausgeholt und von einem Deckel (Detektiv) auf Transport gebracht; es ging in einem Personenzug der Grenze zu. Der Deckel schwieg, ich erfuhr das genaue Ziel der Fahrt nicht. Ich überlegte, wie ich die ‚Ausschaffung‘ verhindern könnte. Soll ich die Notbremse ziehen? Ich prüfte die Fahrgäste, ob sie mir zur Flucht verhelfen könnten. Ich machte Pläne und verwarf sie wieder . . . Gegen Abend kam der Zug in Rafz an. Auf dem Bahnhof übernahm mich ein Gendarm in Zivil mit einem Polizeihund. Der Deckel wollte sofort nach Zürich zurückfahren. Der Gendarm aber verlangte, er müsse einige Stunden bleiben. Warum? Rechnete der Gendarm mit Schwierigkeiten, die er mit mir haben könnte? Wahrscheinlich.

Der Gendarm führte mich einen langen Weg. In einem kleinen Dorf ging ich in ein Gasthaus und kaufte ein Stück Brot und eine Tafel Schokolade. Die Frau, die mich bediente, nahm mir nur wenige Rappen ab und sah mich sehr mitleidig an. Sie konnte sich wohl denken, was mit mir geschehen sollte. Ich fragte dann den Gendarmen: ‚Sie bringen wohl öfter Menschen schwarz an die Grenze? Was Sie tun, ist doch für den Tod.‘ Er verteidigte sich und sagte, er führe nur Befehle aus. Ich merkte aber, dass ihm nicht wohl in seiner Haut war.

Nach einer Weile sagte mir der Gendarm, dass die Grenze hier einen Zipfel bilde, sehr unübersichtlich verlaufe und man schnell von einem Land ins andere hinüberwechseln könne. Wir gingen weiter durch Wiesen. Der Gendarm machte halt und wies mir den Weg: ‚Dieser Wiesenpfad führt durch einen Wald direkt nach Deutschland, bald kommt eine Chaussee, die nach Jestetten führt‘. Ich spielte die Überängstliche und sagte: ‚Warten Sie noch eine Weile, es könnte sein, dass ich doch nicht das Herz habe, über die Grenze zu gehen, und zurückkomme/ Er reagierte ärgerlich: ‚Machen Sie mir bloss keine Scherereien L Ich blieb bei meiner Bitte. Ich rechnete damit, dass er nach einer Wartezeit beruhigt abziehen werde, in der Meinung, ich sei also doch gegangen. Ich verliess den Gendarmen, ging auf dem Wiesenpfad weiter, sah einen Grenzstein, hatte bald den Wald erreicht und ging hinein. Es war auf einmal ganz dunkel. Ich wurde gewahr, dass der Wald am Rande der Wiese durch eine Mauer aus Baumstämmen und Ästen befestigt war. Ich erschrak. Jeden Moment konnte eine deutsche Streife kommen. Hastig verliess ich den Wald, kroch auf allen vieren den Wiesenweg bis zum Grenzstein zurück. Das Gras stand hoch, die Sicht war schlecht. Der Gendarm konnte mich, falls er noch dort stand, wo er mich losgeschickt hatte, unmöglich sehen.

Nach einer Weile kroch ich beim Grenzstein den Abhang hoch. Da ich infolge einer Lungentuberkulose sehr kurzatmig bin, stellte sich Husten ein. Ich musste mir den Mund zuhalten. So kam ich nur ganz langsam bergauf. Es dunkelte, als ich oben war. Ich stand jetzt ganz still wie ein Baum, trotz meiner grossen Erregung. Langsam kamen die Sterne hervor. Ich beruhigte mich. Ich dachte an meinen Mann und an meine kleine Tochter, die in Genf untergebracht war. Ich dachte an viele gute Genossen, die ihr Leben verloren hatten; ich dachte an Artur Becker, der in Spanien oft bei uns gewesen war. Ich sagte mir: Du musst ganz ruhig werden und tapfer sein. Das Lied ‚Spaniens Himmel breitet seine Sterne . . ‘ fiel mir ein.

Als ich den Wald verlassen hatte, war es 20 Uhr. Zwei Stunden hatte ich also verbraucht, denn von einer fernen Kirchenuhr schlug es 22 Uhr. Jetzt beschloss ich, den Rückweg anzutreten. Zuerst wollte ich einen Abhang hinunter, aber da erinnerte ich mich an den schmalen Grenzzipfel. So ging ich dorthin, wo ich hergekommen war. Ich

fand den Weg durch die Wiesen. Ich suchte den Bahnhof, nicht, um ihn zu betreten, zumal dort noch der Detektiv sein konnte, sondern als Orientierungspunkt. Den Bahnhof fand ich aber nicht, es war überall verdunkelt. Wegweiser waren nicht zu lesen. Ich kam auf die Landstrasse, dann an eine Kreuzung. Dort, vor einem Gasthaus, stand ein Auto. Ich folgte der Richtung, in der das Auto davonfuhr. Da kamen mir Bedenken: Am Ende führte die Strasse zum Zollhaus der Deutschien, von dem der Gendarm gesprochen hatte? Ich machte kehrt und suchte einen Wegweiser. Ich fand ein Blechschild mit vertiefter Schrift, tastete es ab: ‚Zürich 35 km‘. Nun lief ich los. Oft versteckte ich mich im Strassengraben, hinter Misthaufen und Gebäuschen, um von Motorradfahrern und Passanten nicht bemerkt zu werden. Ich musste Panzersperren umgehen, und es gelang mir, an zwei miteinander sprechenden Posten vorbei über die Rheinbrücke zu kommen. Ich brauchte die ganze Nacht bis nach Bülach. Gegen Morgen fuhr ich mit einem Zug nach Zürich und begab mich eilig zu guten schweizerischen Genossen, die mich zwei Wochen beherbergten. Danach wechselte ich das Quartier einige Male.

Der Zürcher Rechtsanwalt und national-liberale Nationalrat Dr. Albert Maag-Socin, dem der Fall mitgeteilt wurde, war über die Polizeipraxis sehr empört. Er intervenierte in Bern und erreichte die Aufhebung der Ausweisung und meine Tolerierung. Nun wohnte ich in einem Quartier legal, aber nicht lange, denn Bern verfügte meine Internierung. Mit Rücksicht auf meine Tuberkulose wurde ich nicht in ein Zuchthaus gebracht, sondern von einem Detektiv in die Korrekptionsanstalt Kappel am Albis eingeliefert. Hier und in der Folge in einigen Interniertenheimen war ich bis kurz vor Ende des zweiten Weltkrieges.»<sup>7</sup>

Es sei gestattet, über einen weiteren Fall aus jenen Tagen ein längeres Dokument auszugsweise zu zitieren, das die gleiche niederträchtige Polizeipraxis gegenüber jüdischen Flüchtlingen schildert, für die es aber keine Rettung gab. Der Zürcher Pfarrer Alfred Hübscher schrieb am 13. September 1939 an Rothmund:

«Sie haben anfangs letzter Woche durch Presse und Radio dazu aufgefordert, illegal in der Schweiz sich aufhaltende Flüchtlinge zu melden . . . Daraufhin bin ich am 6. September 1939 auf die zürcherische Fremdenpolizei gegangen und habe erklärt, dass ich seit Ende Juni

1939 einem jüdischen Flüchtling Schutz und eine vorläufige Heimstatt in meinem Pfarrhaus gewährte und gesonnen sei, ihn anzumelden. Auf meine Befürchtung hin, er könnte an die deutsche Grenze gestellt werden, die Grenze also jenes Landes, aus dem er bei Nacht und Nebel unter Androhung der Verbringung in das Konzentrationslager geflohen war, wurde ich beruhigt. Es wurde mir erklärt, dass ich dies nicht zu befürchten hätte und dass die Meldung vorläufig nur zu dem Zwecke geschehe, eine Bestandsaufnahme der Illegalen zu machen.

Am 7. September hat sich hierauf mein Schützling auf der Fremdenpolizei gemeldet. Auch er wurde in den Eindruck versetzt, dass er ruhig bei mir bleiben könne.

Am 11. September, 6.15 Uhr, wurde der Flüchtling in meinem Pfarrhaus durch einen Detektiv der Zürcher Kantonspolizei abgeholt und der Kantonspolizei vorgeführt. Um 7.15 Uhr erklärte mir der Beamte der Kantonspolizei auf meine geäußerten Befürchtungen. . . , dass ich im Falle einer Ausweisung die Möglichkeit habe, sofort bei dem Polizeidirektor nochmals ein Wort für meinen Schützling einzulegen . . .

Um 15.30 Uhr des gleichen Tages telefonierte mir mein Schützling von Schaffhausen, dass er von der Polizei nach dieser Stadt verbracht worden sei und innerhalb einer halben Stunde weiter an die deutsche Grenze transportiert werde. Alle weiteren eingesetzten Bemühungen bei der Polizeidirektion, bei der kantonalen Fremdenpolizei und bei Ihnen selbst. . . führten zu nichts. Die einzige offizielle Mitteilung der Polizei an mich besteht darin, dass ich wegen Übertretung der Meldevorschrift verzeigt wurde.

Heute, nachdem feststeht, dass an diesem Montag nicht nur mein Schützling, sondern andere Flüchtlinge, so unter anderem ein jüdisches Ehepaar mit einem zweijährigen Kind, an die deutsche Grenze gestellt worden sind, teilt mir der Zürcher Polizeidirektor mit, dass *vorläufig* (Hervorhebung von mir – *H.T.*) keine Flüchtlinge mehr an die Grenze gestellt werden sollen . . . Aber es ändert nichts mehr am Schicksal des am 11. September an die Grenze Gestellten . . . Nachdem mir von allen zürcherischen Polizeinstanzen erklärt worden ist, dass Sie, Herr Rothmund, für dieses Vorgehen verantwortlich sind, sehe ich mich als Christ und als Schweizer Bürger in meinem Gewissen gezwungen, gegen dieses Vorgehen, für dessen Kennzeichnung

mir jedes Wort fehlt, zu protestieren. Ich tue es im Namen vieler Christen, die in dieser Zeit voll und ganz für unser Land eintreten, die aber doch daran glauben, dass die Schweiz nur lebt, wenn sie die Menschlichkeit nicht preisgibt, auch nicht um eines einzigen Menschen willen . . .»<sup>8</sup>

Die sich in allen schweizerischen Kantonen steigernde Protestbewegung des Volkes gegen die behördlichen Henkerdienste bewirkte eine Unterbrechung der «Ausschaffungen» – aber nur für ganz kurze Zeit. Rothmund bestand weiter darauf. Im September 1940 gab er erneut die Weisung, dass Flüchtlinge «sofort da zurückzustellen (sind), wo sie hereingekommen sind»<sup>9</sup>.

Um diese Zeit waren es vor allem Polen, die aus Nazigefangenenlagern flüchteten, sich durch Deutschland und Österreich schlugen. Wem das gelang und wer auf schweizerischen Boden kam, hoffend, das Leben gerettet zu haben, erlitt eine entsetzliche Enttäuschung. Die Gehetzten wurden zurückgetrieben und in dem Schaffhausen benachbarten deutschen Grenzgebiet gehenkt.<sup>10</sup> Auch deutsche Flüchtlinge brachte man wieder zurück.

Die Protestbewegung im Schweizer Volk schwoll erneut an. Davon zeugt ein offener Brief an die Mitglieder der Bundesversammlung, der besagt: Besorgte Schweizer Bürger mahnen, sich dafür einzusetzen, dass deutsche Flüchtlinge nicht an die deutschen Behörden ausgeliefert werden. Sie betonen, dass eine Übergabe an Deutschland gleichbedeutend ist mit der Auslieferung ans Henkerbeil oder dem Martertod im Konzentrationslager. Sie erinnern an das Schicksal der sozialdemokratischen Führer Breitscheid und Hilferding, die durch die Vichy-Behörden Anfang November 1940 an die Gestapo ausgeliefert wurden. Am Schluss flehen die Absender: «Linser gesunder Menschenverstand und unsere Liebe und Treue zu einer wahrhaften Tradition im Sinne des Glaubens an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kann und darf nicht geopfert werden.»<sup>11</sup>

Zu solcher Haltung Schweizer Bürger äusserte sich der hohe Regierungsbeamte Jezler: «Die Asyltradition ist in der Schweiz tief verwurzelt. Daher versteht ein grosser Teil der schweizerischen Bevölkerung unsere bisherigen Rückweisungsbefehle nicht. Das haben Äusserungen im Parlament und in der Presse, ferner zahlreiche Unterredungen mit Privatpersonen ergeben. Besonders klar ist das aber zum Ausdruck gekommen im Grenzgebiet, wo sich im Zusammenhang mit Zurückstellungen von Flüchtlingen öfters kleinere Volks-

aufläufe und Demonstrationen ergeben haben. Die Grenzbevölkerung ist eben im Allgemeinen besonders gut (manchmal allerdings auch scheinbar gut) unterrichtet über das, was jenseits der Grenze geschieht. Die blosse ‚Volksmeinung‘ oder ‚Volksstimmung‘ darf an sich nicht überschätzt werden.»<sup>12</sup>

So hat die polizeiliche Obrigkeit den demokratischen Volkswillen missachtet. Was Wunder, war doch auf Grund der Interessen der herrschenden Klasse die Gefälligkeit gegenüber Hitlerdeutschland Staatsdoktrin.

### «Kommunisten gehören ins Zuchthaus»

Wegen des Volkzorns über die Henkerdienste der Berner Behörden für Hitlerdeutschland war es allerdings nicht möglich, alle die Flüchtlinge «auszuschaffen», die die Schweizer Regierung los sein wollte. Gegen die Emigranten, die von Schweizer Hitlerfreunden als «störend im Landschaftsbild» und auch als «politische Kleiderläuse» betrachtet wurden, fand die Regierung eine Massnahme: Internierung in Zuchthäusern! Also wurden Internierungen in Strafanstalten verfügt.

Die ersten Verfügungen erfolgten durch Rothmund am 16. Oktober 1939, und zwar für jene deutschen und österreichischen Kommunisten, die am 6. September und an den darauffolgenden Tagen in die Zellen der Zürcher Kantonspolizei gesperrt worden waren.<sup>13</sup>

Leutnant Brunner von der Kantonspolizei teilte den Betroffenen mündlich mit, dass Bern die Ausweisung auf Lebenszeit beschlossen, die Durchführung aber ausgesetzt habe und «bis auf Weiteres» die Internierung erfolge. Die Internierungsverfügungen wurden schriftlich ausgehändigt. Interessant sind die Begründungen. Im Internierungsbeschluss, der mich betrifft, heisst es: «Teubner ist in Zürich festgenommen worden und befindet sich noch dort in Haft. In seinem Besitze fanden sich Blätter von Kohlepapier, die teilweise entziffert werden konnten und woraus sich ergab, dass Teubner aktive antifaschistische Politik trieb und die Herstellung von Flugblättern vorbereitete. Unter den obwaltenden Umständen erweist sich die Internierung Teubners in einer Strafanstalt als geboten.»

Dazu ist zu sagen: Die Begründung, dass bei mir Kohlepapier mit teilweise entzifferbarem antifaschistischem Text gefunden worden sei, ist eine glatte Erfindung der Polizei. Es wurde bei mir nichts gefunden. Im Internierungsbeschluss für Paul Elias heisst es, dass in seinem Quartier kommunistische Literatur, so die «Geschichte der KPdSU» und der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, gefunden worden seien. Elias erklärte dazu: «Ich möchte jeden Eid darauf schwören, dass keine derartigen Bücher in meiner Wohnung waren. Ich habe damals meine Wohnung geräumt.»<sup>14</sup>

Die Polizei bediente sich also zur Begründung der Internierungsverfügungen unlauterer Methoden. Einsprüche waren nicht gestattet, und Prozesse fanden auch nicht statt. Es war nicht möglich, die Polizeimethoden anzuprangern. Es durfte nicht sein, dass ich vor einem Gericht etwa gesagt hätte: Bei mir wurde nichts gefunden, was meine antifaschistische Aktivität beweist. Aber ich bekenne mich als Antifaschist. Unterstelle ich jedoch den Fall, bei mir sei tatsächlich antifaschistisches Material gefunden worden, müsste nicht gerade das ein Grund für die «demokratischen» Behörden sein, mir in der Schweiz Asyl zu gewähren? In Hitlerdeutschland wurde ich wegen antifaschistischer Tätigkeit zwei Jahre ins Zuchthaus geworfen. In der Schweiz soll ich als Antifaschist, der die demokratische Verfassung nicht verletzt hat und nichts tat, was gegen die Verfassung und die Interessen der demokratischen und friedliebenden Bevölkerung gerichtet ist, ebenfalls ins Zuchthaus. Befragen Sie die Bevölkerung, sie wird anders entscheiden als Herr Rothmund. Natürlich konnte keine Illusion darüber bestehen, dass etwa die Justizorgane anders entschieden haben würden, als Rothmund verfügt hatte.

Ende Oktober 1939 erfolgte der erste Interniertentransport vom Gefängnis der Zürcher Kantonspolizei zum Zuchthaus Regensdorf (Kanton Zürich). Unter den etwa zehn Häftlingen befanden sich Ernst Eichelsdörfer, Karl Eiermann, Paul Elias und ich sowie der ehemalige Interbrigadist Karl Wagner aus Österreich.

Im Gefangenentransportwagen der Eisenbahn war es für die Eingewiesenen für mehrere Wochen das letzte Mal, dass sie miteinander sprechen konnten, denn bei der Ankunft im Zuchthaus mussten sie im Korridor in Abständen von mehr als zehn Metern, mit dem Gesicht

gegen die Wand, Aufstellung nehmen, bis sie in Zuchthauskleidung gesteckt und in Einzelzellen gesperrt wurden. Der Zuchthausdirektor Heussler – Vorsitzender des erzreaktionären Vaterländischen Verbandes, ein offener Profaschist, der, nebenbei gesagt, 1945 wegen Beteiligung an einer grossen Korruptionsaffäre Selbstmord beging – beleidigte die Internierten mit grössten Schimpfworten und liess sie durch die Aufseher schikanös behandeln. Die Kommunisten waren für ihn die schlimmsten Verbrecher. Sie erhielten kleinere Essenrationen als die kriminellen Häftlinge, und sonntags wurde ihnen die kleine Cervelat (eine Art Bockwurst) verweigert, weil sie nicht am Gottesdienst teilnahmen. Sie erhielten keinen Lesestoff und hatten im Unterschied zu den anderen Gefangenen Schreibverbot. Sie mussten Matten flechten und dabei ein grosses Pensum leisten, andernfalls wurden ihnen «strenge Massnahmen» angedroht. Sie durften nicht besucht werden; erst später konnte die Leiterin des ArbeiterhilfsWerkes, Regina Kägi, die als Gewerkschafter anerkannt gewesenen Flüchtlinge unter Aufsicht sprechen.

Die Zahl der ins Zuchthaus Regensdorf eingelieferten politischen Internierten wuchs. Bald erfolgten auch Einlieferungen in den Basler «Lohnhof», in die Zuchthäuser St. Gallen, Witzwil, Torberg, Lenzburg, Bellechasse und andere. In fast allen schweizerischen Zuchthäusern gab es nun die Kategorie der politischen Internierten. Nach St. Gallen wurden auch Frauen gebracht, unter ihnen befand sich Suse Schüle.

Die in der Öffentlichkeit bekannt gewordene diffamierende Behandlung der Internierten löste Empörung aus. Der Schriftsteller Alfred Häslar berichtete über den Zorn grosser schweizerischer Volksteile und schrieb: «Wir entsetzten uns über die Konzentrationslager der Nationalsozialisten und steckten selber unschuldige Flüchtlinge in schweizerische Zuchthäuser wie gemeine Verbrecher.»<sup>15</sup>

Der demokratische Professor Dr. Zbinden berichtete in einer Broschüre über die Internierten, dass sie «in Sträflingskleider gesteckt und der gleichen Disziplin wie Verbrecher unterstellt waren, ohne dass ein reguläres gerichtliches Verfahren stattgefunden hätte. Jeder rechtmässig abgeurteilte Sträfling weiss, warum und für wie lange er im Zuchthaus sitzt; die Disziplinarinsassen erfuhren weder das eine noch das andere.»<sup>16</sup>

Im Nationalrat kam die Angelegenheit auf Grund einer Interpellation des Reelltsanwaits Maag-Socin, der sich stets prinzipiell und leidenschaftlich für die Flüchtlinge einsetzte, zur Sprache. In der Sitzung vom 8. Dezember 1939 verteidigte Bundesrat Baumann, damals Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, also Rothmunds Chef, die Einweisungen in die Zuchthäuser. Den in die Strafanstalten Eingewiesenen sei die «Ausschaffung» erspart geblieben, sagte er zur Rechtfertigung. «Flüchtlinge werden . . . nur interniert, wenn die Ausschaffung sich aufdrängt, ihre Durchführung aber unmöglich ist oder als zu hart erscheint.» In die Strafanstalten müssten solche Personen eingewiesen werden, die illegal ins Land gekommen seien, sich versteckt hielten, «und solche, die in der Schweiz politisch tätig waren oder mit deren politischer Tätigkeit gerechnet werden muss, wie bei den *Kommunisten*.»<sup>17</sup>

Emigranten, die politisch tätig waren, das heisst, gegen Faschismus und Krieg, für Frieden und Demokratie kämpften, gehörten also ins Zuchthaus, sofern sie nicht «ausgeschafft» wurden. Bei Kommunisten brauchte politische Tätigkeit gar nicht nachgewiesen zu werden, weil von ihnen antifaschistische Aktivität von vornherein anzunehmen war.

Den Protesten der echten Schweizer Demokraten zum Trotz wurde weiter interniert. Gab es um die Jahreswende 1939/1940 schätzungsweise «nur» hundert Internierte in Zuchthäusern, wurden es bald einige hundert, denn ausser ausländischen Kommunisten wurden auch mittellose Juden, Deserteure und Staatenlose in die Strafanstalten geworfen.

Die Gruppe der internierten deutschen und österreichischen Kommunisten, die als erste das Zuchthaus Regensdorf kennenlernte, wurde Ende 1939 und Anfang 1940 in das Zuchthaus St. Jacob in St. Gallen transportiert. Dort herrschte kein so grausames Regime wie in Regensdorf. Das Einsperren in Einzelzellen erfolgte nur nachts, tagsüber arbeiteten die Internierten, ohne dabei von den Aufsehern schikaniert zu werden, auf dem Holzplatz oder in der Gärtnerei. Die Zeit von 16 bis 18 Uhr verbrachten sie in einem Gemeinschaftsraum. Sie durften Bücher lesen, eine Zeitung abonnieren, die die Schweizer Rote Hilfe bezahlte, sie durften Briefe schreiben und von der Roten Hilfe Päckchen mit Lebensmitteln empfangen; diese Solidarität wurde mit grosser Dankbarkeit quittiert, denn die Zuchthauskost war

miserabel. Einige Male durften die Internierten auch von einer Vertreterin der Schweizer Roten Hilfe besucht werden. Im Gemeinschaftsraum wurde die Möglichkeit zu politischen Diskussionen gründlich genutzt.

Die Zahl der Zugänge wuchs, unter ihnen waren Richard Staimer, der letzte Kommandeur der XI. Internationalen Brigade in Spanien. Eduard Weinzierl und Albert Reuchlen. Der sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Karl Molt wurde in St. Gallen verhaftet und ins Zuchthaus St. Jacob zu den Kommunisten gesperrt. Nach sechs Wochen konnte er entfliehen.

Ende Juni 1940 wurde in St. Gallen eine illegale Gruppe verhaftet: Richard Hartmann, Frieda Neumann, Kurt Lichtenstein, die deutschen Sozialdemokraten Paul Müller, Karl Tesch, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Valentin Bauer und die Schweizerin Frau Sennhauser. Die Vernehmungen führten Beamte der Bundesanwaltschaft mit dem Vorsatz, die Deutschen über die Grenze abzuschieben. In den brutal durchgeführten Verhören wurde Frau Sennhauser als «russische Agentin» und «Judensau» tituiert. «Das war ein Glück für uns», berichtet Richard Hartmann, «denn ihr Mann, der sozialdemokratische Nationalrat Dr. Sennhauser, schlug Alarm. Dadurch wurde die weitere Untersuchung von der St. Galler kantonalen Gerichtsbehörde mit dem demokratischen Untersuchungsrichter Dr. Roth durchgeführt. Das war unsere Rettung, die wir Kommunisten den St. Galler Sozialdemokraten, zu denen auch der fortschrittliche evangelische Pfarrer Weidemann gehörte, zu verdanken hatten.»<sup>18</sup>

Die «Ausschaffungen» unterblieben. Der Kommunist Richard Hartmann, die Sozialdemokraten Paul Müller, Karl Tesch und Valentin Bauer waren nun Zugänge in St. Jacob. Auch einige österreichische und italienische kommunistische Emigranten wurden ins St. Gallener Zuchthaus eingeliefert.

Im Gemeinschaftsraum im Zuchthaus St. Jacob entstand die Idee: Es musste erreicht werden, dass die internierten Funktionäre durch ihre Ausreise in die Sowjetunion wieder zum Einsatz kommen konnten. Über die Rote Hilfe der Schweiz wurde auf verschiedenen Wegen versucht, mit Wilhelm Piech, dem Vorsitzenden des ZK der KPD und Leiter der Roten Hilfe Deutschlands, in Moskau Verbindung aufzu-

nehmen. Die Verbindung kam zustande, und von dort gelangte eine zustimmende Mitteilung in die Schweiz, die besagte, dass zunächst vier Genossen die Reise in die Sowjetunion antreten sollten. Kurz nach diesem Bescheid kam ein Telegramm Wilhelm Piecks mit folgendem Wortlaut an die Adresse der Schweizer Roten Hilfe: «Die vier Autoren heissen Elias, Staimer, Teubner, Bertz. Manuskript wurde abgeschickt. Wilhelm.»<sup>19</sup>

Für vier schien die Ausreisenchance gross zu sein. Indessen stellten sich solche Schwierigkeiten ein, dass es nur Richard Staimer möglich war, das schweizerische Zuchthaus zu verlassen und mit einem sowjetischen Pass über Jugoslawien in die Sowjetunion zu gelangen.

Am 12. Juli 1940 hiess es für Karl Eiermann, den Österreicher Karl Wagner und mich: «Fertigmachen zum Abtransport!» Wohin? «Nach Witzwil.» Also in das berühmte Zuchthaus im Kanton Bern, das im Flachland an der Nordspitze des Neuchâtel Sees liegt. Der Weg führte von der Eisenbahnstation Ins durch weite Felder, auf denen Sträflinge arbeiteten. Von weitem wurde ein düstergrauer Gebäudekomplex sichtbar, das Zuchthaus. Diese kantonale Strafanstalt Berns war faktisch das Privatunternehmen der Junkerdynastie Kellerhals. Der Zuchthausdirektor und Oberst Kellerhals, Mitglied des Vaterländischen Verbandes, zweitgrösster Grundbesitzer der Schweiz, war millionenschwer, weil er die Strafgefangenen auf seinen weiten Domänen masslos ausbeutete.

Um die Jahreswende 1939/1940 wurde ein Gebäude des Zuchthauskomplexes zum Interniertenzudithaus hergerichtet, dem man den idyllischen Namen «Lindenhof» gab. Dorthin kamen internierte Ausländer, nicht nur Kommunisten, sondern auch Anarchisten, Trotzkiisten, etliche Abenteurer und asoziale Elemente, ferner deutsche Deserteure, die noch stark der nazistischen Gedankenwelt verhaftet waren, und mittellose Juden. Die Belegschaft, die etwa hundert Internierte umfasste, war also sehr differenziert zusammengesetzt.

Wie war der Status der Internierten? Am 20. Februar 1940 gab der Menschenschinder Kellerhals vom Polizeidirektor des Kantons Bern, Seematter, genehmigte «Allgemeine Weisungen für die Internierten im Lindenhof» in gedruckter Form heraus.<sup>20</sup> Darin heisst es einleitend: «Für die Internierten im Lindenhof hat grundsätzlich das Reglement für die Gefangenen der Strafanstalt Witzwil Gültigkeit. Die

nachfolgenden Weisungen bedeuten für einzelne Punkte eine Lockerung dieses Reglements.»

Wie sahen diese «Lockerungen» aus?

«Die Internierten tragen die sogenannte Kolonistenkleidung aus braunem Eberhautstoff.» Die regulären Insassen trugen graue Sträflingskleidung. Welch eine Lockerung!

«Die Internierten erhalten die übliche Anstaltskost.» Wo war da die Lockerung?

Jeder Internierte kann in der Woche einen Brief und eine Karte schreiben. Bemerkungen über das Lager, interne Angelegenheiten usw. sind nicht erlaubt. Anstössiges oder gegen die Weisungen Verstossendes wird nicht ausgehändigt.» Die Praxis war, dass nur ganz belanglose Mitteilungen durchgelassen wurden; antifaschistische Äusserungen galten als «anstössig».

«Die Internierten dürfen wöchentlich ein Paket mit Ess- und Rauchwaren erhalten.» Das war tatsächlich eine Lockerung.

«Das Abonnement absolut neutraler Zeitungen und illustrierter Blätter ist gestattet.» Die Praxis: Die zugelassenen grossbürgerlichen Zeitungen wurden oft mit vieltägiger Verspätung ausgehändigt und dazu unvollständig. Nicht einmal der Bezug des regierungstreuen sozialdemokratischen «Volksrecht» war gestattet.

Die Arbeitszeit der Internierten betrug wie die der Sträflinge zwölf Stunden. Es musste schwere Feldarbeit geleistet werden, begleitet von ständigen Schikanen seitens der Aufseher. Als Strafen gab es: Prügel, Karzer und die gefürchteten Wolldeckenwickel. Es stimmt, wenn Alfred Häsler schreibt: «In Witzwil wurden – was auch schweizerischen Strafgefangenen geschehen konnte – die berüchtigten Wolldeckenwickel angewandt, was bedeutete, dass der zu Bestrafende bis zum Hals in Wolldecken eingerollt wurde, was bei manchen regelrechte Panikzustände hervorrief.»<sup>21</sup> Durch diese grausame Methode entstanden meist schwere bleibende Herzschiäden, so bei dem deutschen Parteilosen Lessmüller.

Witzwil war die Station vieler Genossen. Nach Karl Eiermann, Karl Wagner und mir folgten fast alle, die im Zuchthaus St. Gallen waren. Es gab aber ab Ende 1940 einen ständigen Wechsel, die einen wurden aus Witzwil in Lager, von denen noch gesprochen werden wird, übergeführt, die anderen in Witzwil eingeliefert. Als ich zum

Beispiel am 19. Dezember 1940 von Direktor Kellerhals mein Entlassungspapier – in dem übrigens steht, dass ich die «Strafe in der Anstalt Witzwil *ausgehalten*» habe – ausgehändigt erhielt, weil ich in ein Lager transportiert wurde, kamen Bruno Goldhammer und Bruno Fuhrmann als Zugang an. Ihnen folgten Wilfred Acker, Christian Wolf, Albin Günther, Paul Meuter, Fritz Köhler und viele andere.

Über Witzwil liegt ein Bericht von Paul Meuter vor. Er bezieht sich zwar auf Ereignisse, die erst im Sommer 1942 vor sich gingen, aber schon hier dürfte in Abweichung vom Prinzip der chronologischen Darstellung die auszugsweise Wiedergabe am rechten Platz stehen. In dem Bericht ist zu lesen:

«Die Aufseher bei der Feldarbeit versuchten immer andere Methoden der Antreiberei. Wir hielten aber ein Tempo, dem auch die Schwächsten folgen konnten. Es stieg der Unwille gegen die Antreiber und auch wegen des schlechter und weniger gewordenen Essens. Es war etwa Ende Juni 1942, als sich der ehemalige Interbrigadist Albin Günther gegen grobe Beschimpfungen eines Aufsehers zur heftigen Widerrede hinreissen liess. Er wurde unverzüglich in den Bau zurückgebracht. Abends war er nicht im Lager. Aus Erfahrung war uns klar, dass er im Bunker sein musste. Kurze Beratung der Genossen unter Leitung von Ludwig Ficker. Sein Vorschlag: Streik. Einstimmige Billigung. Wir teilten uns zu Einzelgesprächen mit möglichst allen Kameraden auf. Kurz vor Lichterlöschen wurde noch eine Versammlung organisiert, die bei wenigen Stimmenthaltungen Arbeitsverweigerung für den nächsten Morgen beschloss, falls Günther bis dahin nicht aus dem Bunker entlassen sei. Dem die letzte Kontrolle durchführenden Wärter erklärte Ludwig kurz und bündig unsere Forderung: Entweder ist Günther morgen früh wieder bei uns, oder wir rücken nicht aus. Der Wärter rang die Hände, versuchte zu beschwichtigen, zog dann aber ab.

Wir waren natürlich auf das, was am Morgen kommen würde, sehr gespannt. Als wie üblich morgens vom Hof der Befehl zum Antreten ertönte, blieb alles ruhig. Ein zweiter energischer Ruf. Drei zogen die Schultern ein und stiegen die Treppe hinunter. Dann erschien der Wärter oben, schrie und drohte. Noch zwei oder drei gingen hinunter, dann erreichte er nichts mehr. Die schwere Tür wurde verriegelt. Wenige Minuten später erschien Zuchthausdirektor Kellerhals. Er liess

antreten und erklärte: ‚Ich verlese Ihnen jetzt den Paragraphen des Schweizer Militärstrafgesetzes, der auf Ihr Verhalten angewandt wird. Der Paragraph lautet: ‚Wer Gehorsam oder die Disziplin verweigert, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.‘ ‚Ich frage jetzt jeden Einzelnen, ob er arbeiten will. Sie haben nur mit Ja oder Nein zu antworten.‘

Die Belegschaft war bekanntlich sehr bunt zusammengesetzt. Ein Teil liess sich einschüchtern, kapitulierte und rückte zur Arbeit aus. Wir anderen wurden in Einzelzellen abgeführt. Nur zwei Tage verbrachten wir hier, dann holte man uns – darunter Albin Günther – in die Zuchthauskapelle, wo Kellerhals eröffnete, dass Bern noch einmal Gnade vor Recht ergehen lassen wolle und wir auf Bewährung wieder ins Lager einrücken könnten.

Der Streik hatte unser Ansehen gefördert. Selbst die am Streik nicht Beteiligten versagten uns nicht ihre Anerkennung. Ja, selbst der Lagerleiter Werder war jetzt geniessbar geworden, was sich besonders bei der Besetzung der einzigen Funktion im Lager entgegen der festgelegten Regel zeigen sollte.

Bis Mitte Juli war Fritz Köhler Stubenältester. Er hatte das Essen zu holen und auszuteilen, das Geschirr zu waschen, den Schlaf- und Essenraum zu fegen und die Post auszugeben. Vor seiner Überführung ins Lager Gordola beschloss die Parteiorganisation, mich als Nachfolger vorzuschlagen. Ludwig Ficker brachte geschickt den Vorschlag bei Lagerleiter Werder an. Nach der fast zeremoniellen Einsetzung berieten wir laufend, was aus dieser Position zu machen war. Zunächst schlug ich Werder vor, die triste Stimmung am Sonntag etwas zu bessern. Mit einigem Interesse nahm er unsere Vorschläge entgegen: Liederabende, Vorlesungsstunden, Schach Wettbewerbe. Nach und nach wurden unsere Vorschläge bewilligt. Wir erhielten sogar einige Unterstützung in Form von Schachbrettern, Kartenspielen und – was noch wichtiger war – Preisen, bestehend zum Beispiel aus 100 Gramm Butter oder einem Pfund Zucker (in unserer Situation von unschätzbarem Wert).

Der Erfolg festigte unseren Einfluss im Lager. Dann wurden wir etwas kühner, baten um Erlaubnis, ein kleines Spiel aufführen zu dürfen. Werder war misstrauisch. Als er aber den Titel ‚Schwejk in der Schweiz‘ hörte, stimmte er zu.

Nun trugen wir unsere Ideen, teils auf eigenen Erlebnissen basie-

rend, zusammen, wie es einem Schwejk heute bei Überschreitung der Schweizer Grenze ergehen würde. Ich schrieb die kollektive Schöpfung nieder, die gewiss nicht allen dramaturgischen und ästhetischen Forderungen standhielt. Aber wir hatten schon ordentlichen Spass bei der Einstudierung. Der Weg des Schwejk führte von der Grenze durch die verschiedenen Orts-, Kantons- und Bundespolizeistellen bis nach Witzwil. Etwa zehn Rollen waren zu besetzen, darunter eine Mädchenrolle. Christian Wolf sollte den Zuchthausdirektor Kellerhals spielen. Eine Glatze wurde durch eine halbe Fussballblase hingezaubert. Diese und weitere notwendige Utensilien, wie komplette Frauenbekleidung, Telefon, Schreibmaschine und anderes, fanden wir in dem Material, das die Gefangenen ständig aus dem von Bern nach Witzwil transportierten Müll zu sortieren hatten. (Übrigens war dies eine der ekelhaftesten Arbeiten, die man sich denken kann.) Bretter für den ‚Bühnen‘-Aufbau beschaffte ich mir beim täglichen Essenholen.

Nach gründlicher Einstudierung sollte an einem Sonnabend die ‚Premiere‘ stattfinden. Als Gäste waren der Lagerleiter und der Zuchthausdirektor auf unsere Einladung hin erschienen. Ich beobachtete letzteren während der Handlung. Manchmal lachte er herzlich mit, einige Male konnte er aber wegen der deutlichen Darstellung von Willkürakten der Schweizer Polizei sein Missfallen nicht verbergen. Gerade als gegen Ende des Stückes auch Direktor Kellerhals kritisch dargestellt werden sollte, wurde er abgerufen. Nun war es allerdings der Lagerleiter, der sich, jetzt ohne Aufsicht seines Chefs, köstlich amüsierte. So etwas gab es also auch.

Der ‚Theaterabend‘ hatte ein kleines Nachspiel. Drei Tage nach der Aufführung fehlte beim Appell auf dem Feld einer der Kameraden. Sofort wurde von Aufsehern auf Fahrrädern und mit Hunden, wie bei zahlreichen ähnlichen Fällen üblich, das ganze Gebiet systematisch abgesucht. Man fand zwar Interniertenkleidung, aber nicht den dazugehörigen jungen Mann. Keiner konnte sich erklären, warum er seine Kleider abgelegt hatte. Am nächsten Morgen ergab sich dann des Rätsels Lösung. Beim öffnen der Truhe, in der ich die Theaterrequisiten verwahrt hatte, fehlten die bei unserem Stück gebrauchten Frauenkleider einschliesslich der Strümpfe und Schuhe. Als der junge Bursche nach etwa zehn Tagen wieder eingeliefert wurde, stellte sich heraus.

dass er in den aus dem Müll stammenden Frauenkleidern eine Brücke und das Pfortnerhaus unbeanstandet passiert hatte.

In der Funktion des Stubenältesten ergab sich auch die Gelegenheit, unsere Verpflegung etwas aufzubessern. Auf der gegenüberliegenden Seite unseres Treppenaufganges lag die sorgfältig verriegelte Tür des grossen Lebensmittellagers. Täglich zweimal erschien ein Aufseher mit einem Gefangenen, der eine Vertrauensstellung innehatte. Manchmal, wenn letzterer allein kam, bot er mir für Tabakwaren Fett, Zucker, Haferflocken und ähnliches an. Mit der Zeit wurde daraus ein regelmässiger Tauschhandel. Hans Mayer, der im Stall beschäftigt war, brachte noch oft einige Liter Milch. Alles zusammen ergab dann für etwa die Hälfte der Kameraden – alle, die sich solidarisch verhielten – einen begehrten Nachtisch.

Wir hatten sonntags verschiedentlich unsere Kampflieder gesungen. Zuerst zaghaft und leise, dann aber, als einige sie lernten und mitsangen, immer kräftiger. Beim ersten Gang zum Baden wurden zuerst einige harmlose Lieder angestimmt, dann aber bei weiteren Gängen mehr und mehr die Kampflieder, und so erklangen eines Tages von dem im Gleichschritt zwischen den Zuchthausgebäuden marschierenden Internierten trotzig: ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘, ‚Spaniens Himmel‘ und ‚Der kleine Trompeter‘. Die bei manchen Mitgefangenen vorhandene Niedergeschlagenheit, gerade jetzt durch die Erfolge der faschistischen Armeen im Süden der Sowjetunion genährt, konnte durch unser Vorgehen und vor allem durch unsere Diskussionen weitgehend überwunden werden. Als anlässlich der Meldung, dass im Herbst 1942 auf dem Elbrus die Hakenkreuzfahne gehisst worden sei, die Niederlagenstimmung wieder aufkam, beschlosssen wir eine systematische Diskussion mit jedem, der uns wertvoll erschien. Die Durchführung dieses Beschlusses war ein politischer Erfolg.

Nun, da wir im Lager einen gewissen organisierten Widerstand gegen Willkürakte der Aufseher und des Direktors erreicht hatten, glaubten wir den Zeitpunkt für gekommen, auch nach aussen etwas für die Änderung unserer Lage zu unternehmen. Da einige unter uns – so auch ich – Besuche zu erwarten hatten (die Erlaubnis wurde nur für Schweizer Bürger erteilt), verfassten wir einen umfangreichen Bericht über unsere Situation, der auf dem Weg über den Besuch nach

aussen gelangen sollte. ich schrieb ihn unter Benutzung einer Lupe mit sehr kleinen Buchstaben auf Seidenpapier, rollte dieses zu einer kleinen Kugel in Stanniol. Als meine Freundin und spätere Frau kam – sie war auf dem Anmarschweg schon von einem österreichischen Genossen, der allein ein Ochsenfuhrwerk bediente, entsprechend unterrichtet worden –, konnte ich ihr bei der Begrüssung das Stanniolkügeldien in den Mund schieben. Der Bericht ging dann über eine Verbindungsstelle in Basel an verschiedene Schweizer Zeitungen und erregte damals einiges Aufsehen.»<sup>22</sup>

Die Behandlung der Internierten war, mit einer gewissen Ausnahme von St. Gallen, in den anderen Zudithäusern, wie Torberg, Lenzburg und Bellediasse, gleichermassen streng. Über Bellechasse berichtet beispielsweise Alfred Häslar: «Berüchtigt war Bellechasse, wo die Flüditlinge – wie offenbar auch die schweizerischen Gefangenen – zeitweise einer physischen und seelischen Zermürbung durch ungenügende Ernährung ausgesetzt waren.»<sup>23</sup>

Durdi die Behandlung in den Strafanstalten liessen sich die Kommunisten jedoch nicht demütigen und zermürben, sondern leisteten im Gegenteil unter den anderen Internierten politische Arbeit, wo auch immer sich nur die geringste Möglichkeit bot.

### **Die Führung durch das ZK der KPD blieb gesichert**

Wenngleich es der Polizei gelang, immer wieder eine Lücke in die Reihen der KPD-Organisation in der Schweiz zu reissen, setzten die illegalen Kader unentwegt und furchtlos ihre politische Aktivität fort. Die Orientierung gaben ihnen die Beschlüsse der Berner Konferenz, zu denen die «Politische Plattform» hinzukam, die die Parteiführung am 30. Dezember 1939 in Moskau beschlossen hatte. Sie war das richtungweisende Dokument der Parteiführung für den antifaschistischen Kampf in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges und auch darüber hinaus.<sup>24</sup>

Das Dokument, das die Strategie und Taktik der KPD entsprechend der Kriegslage präziserte und erneut bewies, dass allein die KPD über ein konstruktives Programm verfügte, in dem brennende Fragen beantwortet wurden, war in der Schweiz zuerst durch den

Moskauer Rundfunk bekannt geworden. Anfang 1940 gelangte das Dokument über die Leitung, die das ZK der KPD kurz vorher unter Vorsitz von Karl Mewis mit Sitz in Stockholm gebildet hatte, auch schriftlich in die Schweiz. Karl Mewis hatte zuerst auf dem Umweg über Jürgen Kuczynski, der in England lebte, erfahren, dass Paul Bertz in die Schweiz gegangen war. Anfang 1941 teilte Paul Bertz selbst nach Stockholm mit, dass er sich in der Schweiz befinde. Karl Mewis schickte daraufhin einen antifaschistisch gesinnten schwedischen Kaufmann nach Basel zu Paul Bertz, um die verantwortlichen Funktionäre in der Schweiz über die politische Linie des ZK und die Direktiven für die weitere Sicherung der Führungstätigkeit zu informieren. Das war eine grosse Hilfe für die KPD-Organisation und von grossem Nutzen für die richtige Orientierung aller Genossen. Die ideologische Einheit der KPD-Organisation blieb gewahrt.

Völlige Einmütigkeit bestand auch zwischen den deutschen und den österreichischen Kommunisten. Schriftstücke der einen Partei zirkulierten daher in den Gruppen der Bruderpartei. So wurde nach dem ersten Kriegsjahr in den Gruppen der KPD ein in Perlschrift getipptes, dreieinhalb Schreibmaschinenseiten umfassendes Schriftstück der österreichischen Genossen mit grosser Zustimmung aufgenommen. Weil dieses Dokument Aufschluss darüber gibt, mit welcher hoher Verantwortlichkeit auch die Genossen der österreichischen Bruderpartei den antifaschistischen Kampf im Zeichen des proletarischen Internationalismus führten, ist es gerechtfertigt, ausführlicher daraus zu zitieren. Nachdem der Charakter des Krieges dargelegt wurde, heisst es:

«Die antiimperialistische Friedenspolitik der Sowjetunion ermöglicht und erleichtert der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder ihre Orientierung im gegenwärtigen Krieg. In der Sowjetunion erkennt das internationale Proletariat seine stärkste Kraftquelle. Es ist gerade angesichts der Perspektive eines langen Krieges die entscheidende Aufgabe der Kommunisten und der revolutionären Arbeiter, den breiten Massen des Proletariats zu helfen, seine riesige gesellschaftliche Kraft zu erkennen, den Glauben an seine Kraft zu stärken. Wir werden also, Genossen, allen Stimmungen des Pessimismus und der Kleingläubigkeit, allen Tendenzen der Passivität und des Verzichtes auf den beständigen politischen Kampf der Arbeiterklasse entgegenzutreten und den Massen unermüdlich die Erkenntnis vermitteln,

dass den Kräften des Krieges bedeutende und ständig an Bedeutung zunehmende *Kräfte des Friedens gegenüberstehen* und dass sich daher vor den Völkern *reale Möglichkeiten* eröffnen, dem Krieg auf ihre Weise und in ihrem Interesse ein Ende zu bereiten. Wir werden den Massen erklären, dass der Weg dazu nicht im passiven Abwarten der Ereignisse liegt, sondern in der *Organisierung des Kampfes für die täglichen Interessen der Volksmassen*. Gleichzeitig werden wir die Arbeiter und besonders ihre revolutionäre Vorhut davor warnen, die *Kräfte der Bourgeoisie* und ihren ideologischen Einfluss auf breite Volksmassen zu unterschätzen und sich der Illusion hinzugeben, die Unzufriedenheit der Werktätigen werde von selber in revolutionären Kampf umschlagen, das herrschende System werde von selbst zusammenbrechen.»

Das Dokument befasst sich eingehend mit den faschistischen Irrlehren, die das Denken vieler Menschen vergifteten, mit den Trotzlisten und mit anderen Pseudorevolutionären. Dann heisst es weiter: «Unsere Partei muss heute unter den schwierigen Bedingungen des imperialistischen Krieges ihre Bewährungsprobe als bolschewistische Partei ablegen. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, muss man ihnen auf den *Grund gehen*, um sie in *kameradschaftlicher Weise* durch Diskussionen zu bereinigen. Meinungsverschiedenheiten auf den Grund gehen heisst unerbittliche Aufdeckung des politischen Kerns von Streitigkeiten, ermöglicht auch die Unterscheidung zwischen Parteigenossen, die sich irren, und Parteifeinden, die bewusst Verwirrung verbreiten, um die Partei zu zersetzen . . .

Vor der Partei steht unmittelbar die Aufgabe, die *Unzufriedenheit der Massen* über das Kriegsleid, über die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung Schritt für Schritt in den *Kampf* gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung überzuleiten. Das ist keine leichte, keine rasch zu lösende Aufgabe ... Nur in diesen täglichen Kämpfen aber, mögen sie anfangs auch nur um scheinbar unbedeutende Fragen gehen, können wir das Gewaltige vollbringen.»

Das Zirkular schliesst mit folgenden Sätzen: «Verbindet die Partei aufs engste mit den Arbeitern in den Betrieben, mit den Massen des Proletariats und der Werktätigen! Kämpft für immer höhere Organisiertheit! Verankert fest in den Massen den Gedanken der internationalen Solidarität, der untrennbaren Verbundenheit mit der sozialisti-

schen Sowjetunion! Wappnet Euch für die lange Dauer des Krieges, für alle Schwierigkeiten und alle jähen Wendungen der Ereignisse! Gebt, liebe Genossen, durch Euer Wirken der gesamten Arbeiterschaft Beispiele des Mutes, der Standhaftigkeit und der Ergebenheit für die grosse Sache der Arbeiterklasse.»<sup>25</sup>

Die Genossen der kommunistischen Emigration haben ständig die Kriegsereignisse und die Vorgänge auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» analysiert. Das geschah anhand der Beschlüsse des ZK der KPD, in denen die grosse Linie gegeben war. So blieb die Führung durch das Zentralkomitee gesichert. Die Leitung der Parteiorganisation in der Schweiz verstand infolgedessen, stets rasch und selbständig auf die Veränderungen der Situation zu reagieren.

### Das weitere Wirken nach Süddeutschland

Mit Beginn des Krieges hatten sich die Bedingungen für die antifaschistische Arbeit nach Süddeutschland erschwert. Durch die faschistischen Kriegsgesetze waren die illegalen süddeutschen Kämpfer zu noch grösserer Vorsicht gezwungen, manche Verbindungen gingen durch Einberufungen in die Wehrmacht verloren. Und dennoch ging die Arbeit weiter: Von der Schweiz wurden die süddeutschen Anlaufstellen weiter mit schriftlichem Material versorgt, allerdings waren die Sendungen kleineren Umfangs.

Aufrechterhalten blieben die brieflichen Kontakte. Die Briefe hatten derart verklausulierte Texte, dass sie nur dem Empfänger verständlich waren. Es sind einige Briefe aus Stuttgart erhalten geblieben, die davon zeugen, dass in Stuttgart Parteigruppen ihre Arbeit fortsetzten und dass die Belieferung mit weiterem Material aus der Schweiz erwartet wurde.<sup>26</sup> Wenn es in solchen Briefen etwa heisst, «unserer Familie geht es noch gut», mag man wohl richtig deuten, dass es heissen soll, «die Gruppenarbeit funktioniert noch», im Übrigen aber wusste ausser dem Empfänger niemand, dass der familiäre Text wichtige politische Mitteilungen enthielt.

Manche Briefe enthielten unter einem unverfänglichen Text einen zweiten Text, der mit unsichtbarer «Tinte» geschrieben war. Dafür ein

Beispiel aus den Akten des RSHA (Reichssicherheitshauptamt):

«Telegramm, Geheim, 21. Juni 1940.

An RSHA: Alle Stapoleit- und Stapostellen. Betr.: Illegale KPD.

Die Auslandsprüfstelle Frankfurt/M. hat einen Brief erfasst, der an Fr. Boschardt Cavegan, Zürich, Morgartenstr. 35, adressiert und auf dem als Absender Alf Müller, Kassel, Lindenstr. 14, angegeben ist. Der handschriftlich geschriebene Brief wurde am 28.5.1940 in Berlin N 4 um 13 Uhr aufgegeben. Er umfasst 4 Seiten, von denen die 1. und 3. einen unverfänglichen Text enthält. Die ABST (Abwehrstelle – *H.T.*) hat unter der UV-Lampe auf den freien Seiten des Briefes eine Geheimschrift festgestellt, deren Text sich mit Fragen der illegalen KPD befasst. Der Geheimtext beginnt mit der Anrede ‚Liebe Freunde!‘ In ihm ist davon die Rede, dass 3 Gruppen vorhanden sind.»

In dem weiteren Text wird vom Aufbau einer Organisation gesprochen, die zur politischen Arbeit unter den Soldaten notwendig sei; es wird auf Misshandlungen und Erschiessungen in den Konzentrationslagern hingewiesen. Im Gestapotelegramm heisst es weiter: «Der Briefschreiber erwähnt dann auf der 4. Seite des Briefes unter der Anrede ‚Liebes Mädels‘, dass er vor seiner Scheidung stehe, dass diese am 23. Juli ausgesprochen werden würde und dass er mit einem Einmarsch in die Schweiz rechne. Er vertritt dann die Ansicht, dass die Postempfänger ausspionieren (es folgt ein unleserliches Wort – *H.T.*), und empfiehlt daher die Beseitigung aller alten und neuen Adressen. Weiter gibt er an, dass im Protektorat, Österreich und Holland illegale Beziehungen durch solche Fehler aufgedeckt worden sind. Der Scheintext ist unterschrieben mit Adolf Palve. Dieser und auch Alf Müller sind in Kassel nicht zu ermitteln. Da der Briefschreiber im Geheimtext auch die Namen Willi Zusam, Walter Trentle, Fred Erzingen und Anneliese von Berghaus als gemeinsame Bekannte erwähnt, bitte ich um FS (Fernschreiber – *H.T.*) – Mitteilung, was über die genannten Personen bekannt oder zu ermitteln ist. Um dringende Erledigung bis 10.7. wird gebeten, da sonst Fehlanzeige angenommen wird.

Stapo Kassel, Roem, SB. Menke»<sup>27</sup>

Briefliche Verbindungen bestanden während der ganzen Kriegszeit. Direkte persönliche Kontakte konnten infolge der faktischen Schliessung der deutsch-schweizerischen Grenze nicht mehr wie vordem durch Instruktoren und Kuriere aufrechterhalten werden, aber einzelne Möglichkeiten liessen sich doch schaffen. Anlaufstellen in dem hier behandelten Zeitabschnitt waren zum Beispiel: Friedrich Pfaff, Stuttgart-Cannstatt, Wilhelmshöhe; Alois Geschter, Stuttgart, Schlossstrasse; Luise Wirsching, Stuttgart-Ostheim, Wagenburgstrasse 162. Verbindungsstellen gab es auch in München und in anderen Städten. Überbracht wurde die «Süddeutsche Volksstimme». Auch nach Kriegsbeginn wurde die Zeitschrift von dem Basler Lokomotivführer Graf mit über die Grenze genommen. Einige Exemplare gelangten über den Bodensee nach Süddeutschland. Der Grossteil der Auflage wurde allerdings illegal in der Schweiz verkauft.

Wilfred Acker und andere Genossen warfen Flugblätter von Basler Brücken in die leer ins Ruhrgebiet zurückfahrenden Kohlenloren. Es wurde auch Sand in die faschistische Kriegsmaschine geworfen, und zwar im wortwörtlichen Sinne: Unter Leitung von Ludwig Ficker schlichen sich mehrmals Genossen auf den Basler Güterbahnhof und warfen Sand in die Achsenlager von Güterwagen, die nach Deutschland oder Italien fuhren. «Von Schweizer Lokführern kamen verschiedentlich Erfolgsmeldungen von ausgefallenen Wagen auf der Gotthardstrecke», berichtet Paul Meuter.<sup>28</sup>

## **Arbeitslager für Tausende von Emigranten**

Bundesrat Baumann hatte am 8. Dezember 1939 in seiner Rede zur Rechtfertigung der Internierungen in Zuchthäusern bereits eine weitere Massnahme in der Flüchtlingspolitik angekündigt: die Errichtung von Arbeitslagern für möglichst alle in der Schweiz lebenden Emigranten.<sup>29</sup>

Am 12. März 1940 fasste die Regierung folgenden Beschluss: «Um den Emigranten die Möglichkeit einer körperlichen Beschäftigung zu geben und gleichzeitig Arbeit, die im Interesse der Landesverteidigung liegt, zu fördern, werden zur Durchführung solcher Arbeiten im Landesinnern Arbeitslager für Emigranten errichtet.»<sup>30</sup>

Es ging darum, möglichst alle Emigranten aus den Städten zu entfernen und in strenge Überwachung zu nehmen. Mit der Organisation und Bewachung der Lager wurde im Einvernehmen mit der Armeeleitung und dem Volkswirtschaftsdepartement das Justiz- und Polizeidepartement beauftragt. Schon am 8. April 1940 lag eine Verfügung von Rothmund über die Errichtung und Führung von Arbeitslagern vor: Die Einweisung der Emigranten erfolgt durch die Polizeiabteilung. Die Baracken liefert die Armee. Zur administrativen Leitung wird eine Zentralleitung (ZL) in Zürich unter Ingenieur Otto Zaugg geschaffen.

Am 9. April 1940, also schon einen Tag nach Rothmunds Verfügung, erfolgte die Eröffnung des ersten Arbeitslagers in Felsberg. Die eingewiesenen Emigranten wurden zum Bau einer Strasse Felsberg – Tamins (Graubünden) eingesetzt. Am 29. April stand das Arbeitslager Oberglatt (Zürich), am 8. Mai das Lager Geisshof bei Bremgarten (Aargau), am 19. Juni das Lager Sattelegg bei Vorderthai (Schwyz). In der zweiten Hälfte des Jahres 1940 und in der ersten Hälfte des Jahres 1941 wurden in rascher Folge weitere Barackenlager aufgebaut: Andelfingen, Ampfernhöhe bei Olten, Birmensdorf, Muri-Moos, Thalheim, Schaumburg, Wallisellen, Waldeck-Gelderkinden, Davesco bei Lugano, Locarno, um nur einige zu nennen. Schliesslich existierten über hundert Arbeitslager, in denen fast 40'000 Zivilinterne mit Strassenbau, Urbarmachung von Land, Meliorationsarbeiten, Waldrodungen usw. beschäftigt wurden. Die Arbeitsbedingungen waren schwer, besonders für solche Menschen, die körperliche Arbeit nicht gewöhnt waren. In den zuerst errichteten Lagern mussten die Eingewiesenen die Arbeiten in eigener Kleidung ausführen, so dass das Wenige, das sie an Bekleidung und Wäsche hatten, bald verdorben war. Später lieferte die Zentralleitung die Arbeitskleidung. Es herrschte meist grosse Verbitterung wegen des niedrigen Solds von 75 Rappen pro Tag für die harte Arbeit, wegen der Regelung der Freizeit, in der die Männer ihre Frauen und Kinder selten besuchen und nur kurz sprechen durften, wegen der Weigerung, antifaschistische Bücher beziehen zu dürfen, und wegen vieler anderer Anlässe.

Es dauerte lange Zeit, bis sich die Lagerbelegschaften zu Gemeinschaften zusammenfanden, denn kommunistische Emigranten gab es

in den Arbeitslagern verhältnismässig wenige. Die Mehrheit setzte sich aus völlig unpolitischen jüdischen Kleinbürgern zusammen, Menschen sehr unterschiedlicher sozialer Herkunft; grösser wurde die Zahl der Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern und damit auch die Verständigung schwieriger; neben Atheisten gab es religiöse Fanatiker. Das Verstehenlernen kollektiver Interessen konnte nicht von einem Tag zum andern vor sich gehen.

In jedem Arbeitslager gab es einen vom Justiz- und Polizeidepartement eingesetzten Lagerleiter und einen Stellvertreter, in manchen Lagern auch einen schweizerischen Bauleiter. Als Lagerleiter waren «oft Leute eingestellt worden, die dafür keinerlei Eignung besaßen»; es gab darunter auch «die SS-Naturen», schreibt Alfred Häsler.<sup>31</sup> Regina Kägi bestätigt: «Das Lagerpersonal war zum Teil von einer erschreckenden psychologischen Primitivität.»<sup>32</sup>

Viele Blätter liessen sich füllen mit Beispielen, die bestätigen, was diese Schweizer Autoren summarisch sagen. Lagerleiter Hans Häni liess im Lager Sattellegg die Belegschaft grundlos bei schlechtem Wetter in der Nacht lange Zeit das Antreten üben. Der Leiter des Lagers Champei, ein Hauptmann, strafte aus blosser Willkür mit Essenentzug und beleidigte die Emigranten mit antisemitischen Schimpfworten. Eine jüdische Mutter, die sich dem Lager genähert hatte, um ihren vor längerer Zeit eingelieferten Sohn zu sprechen, liess er für dieses «Verbrechen» fünf Tage ins Gefängnis St. Antoine in Genf sperren. Der Leiter des Lagers Charmilles, auch ein Hauptmann, liebte es, die Flüchtlinge mit der Reitpeitsche zu bedrohen und sie ebenfalls unflätig zu beschimpfen. Es gab unter den Lagerleitern Figuren, die sich tatsächlich benahmen, als wären sie bei der SS in die Lehre gegangen. Es ist aber auch zu berichten, dass es Lagerleiter gab, die sich verständnisvoll den Flüchtlingen gegenüber verhielten und ihnen ihr Los nach Möglichkeit erleichterten.

Die Flüchtlingsfrauen wurden in stillgelegten Hotels, die nicht selten verwahrlost waren, untergebracht. Man nannte sie «Heime». Die Frauen mussten die aus den Arbeitslagern angelieferte Wäsche waschen und flicken, Socken stricken und stopfen. Frauenheime befanden sich einige in Luzern, eines in Brissago und in manch anderen

Orten. Ihre Zahl lag weit über einhundert. Über die in Hotels untergebrachten Flüchtlingsfrauen schreibt Regina Kägi: «Welche tragischen Schicksale beherbergten diese Hotelpaläste!»<sup>33</sup>

Regina Kägi berichtet auch darüber, wie sehr besonders die Frauen unter der «schikanösen Familientrennung» zu leiden hatten. Sie hat freilich vergessen, in ihrem Buch zu erwähnen, dass sie als Leiterin des sozialdemokratischen Arbeiterhilfswerkes zu denen gehörte, die im Frühjahr 1940 die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern warm befürworteten, «um sie aus den Städten herauszubringen». Auch in manchen «Heimen» war die Behandlung der Frauen schikanös, beleidigend und erniedrigend.

Es gab deshalb Proteste der schweizerischen Bevölkerung, und auch in der Sommersession 1941 des Parlaments, des Nationalrates, wurden gegen den Bundesrat und das Justiz- und Polizeidepartement heftige Anklagen erhoben. Der demokratische Abgeordnete Maag-Socin erklärte: «In diesem aufgewühlten Europa geschehen ja grauenhafte Dinge, die uns in immer steigendem Ausmasse beschäftigen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einer nie dagewesenen Weise, und wir haben das Recht, in diesem Zusammenhang es zu sagen, dass wir uns mit den Millionen Verfolgten und Unterdrückten in grenzenloser Solidarität innerlich verbunden fühlen.»<sup>34</sup>

Maag-Socin forderte wieder und wieder menschliches Verhalten zu den Flüchtlingen in der Schweizer Eidgenossenschaft. Zu den Stimmen ausserhalb des Parlaments gehörte die von Prof. Karl Barth. Im Juni 1941 hielt der Theologe einen Vortrag, dessen Veröffentlichung von der Zensur verboten wurde und die daher erst 1945 erfolgen konnte. In diesem Vortrag sprach Karl Barth voller Bitterkeit darüber, dass es in der Behandlung von Ausländern in der Schweiz zwei Klassen gebe. «Wir haben gern und wir haben ungern gesehene Gäste.» Als die gern gesehenen bezeichnete er diejenigen, deren Papiere in Ordnung waren, weil sie mehr oder weniger überzeugte Anhänger des Nazisystems, dessen Propagandisten «und manchmal auch noch etwas anderes sind. Die ungern gesehenen sind diejenigen, die wegen ihres Widerstandes gegen dieses System oder als dessen Opfer ihre Heimat verlassen mussten . . . Jene gern gesehenen genießen . . . den Schutz unseres Gesetzes.»<sup>35</sup> Karl Barth legte dar, wie

schlecht es den ungern gesehenen Gästen durch die Behörden erging. Er forderte Gerechtigkeit und «echten schweizerischen *Widerstand*».

Karl Barth war militanter Antifaschist, deshalb genügte ihm blosses Mitleid mit den Opfern des Faschismus nicht. In seinen zahlreichen obrigkeitwidrigen Reden und Schriften nahm er besonders für jene Emigranten Partei, die den Herrschenden in der Schweiz dadurch Ärger bereiteten, dass sie von schweizerischem Boden aus den Kampf gegen das Hitlerregime fortsetzten. Aus seiner religiösen Sicht erkannte Karl Barth gerade in den Kommunisten Kämpfer für eine neue Welt, für eine Welt, in der, wie er sagte, «der imperialistisch-militaristische Teufel» vernichtet ist und dauerhafter Frieden herrscht. Weil Karl Barth als Verbündeter der Kommunisten eine hervorragende Rolle spielte, wird an späterer Stelle über ihn ausführlicher berichtet werden.

## **Verbot der Kommunistischen Partei der Schweiz**

Die Haltung des schweizerischen Bundesrates gegenüber den Kommunisten der Schweiz war nicht weniger feindlich als gegenüber den kommunistischen Ausländern. Es entsprach den monopolkapitalistischen Interessen und der Gefälligkeitspolitik gegenüber dem Hitlerreich, in der Schweiz das gleiche zu tun, was in Frankreich am 15. September 1939, also wenige Tage nach Hitlers Überfall auf Polen, die Daladier-Regierung verfügte: nämlich die Kommunistische Partei zu verbieten.

Dem Verbot der KP der Schweiz gingen eine masslos gesteigerte antikommunistische Hetze, Haussuchungen in den Parteibüros und das Verbot der kommunistischen Presse voraus. Am 28. Dezember 1939 wurde verfassungswidrig die «Freiheit», das in Basel gedruckte Organ der Kommunistischen Partei der Schweiz, verboten. Zur Begründung wurde angeführt, die «Freiheit» gefährde die innere und äussere Sicherheit des Landes, sie stehe «geistig im Dienste Russlands» und keine andere schweizerische Zeitung habe sich nach Inhalt und Form eine solche Schreibweise wie die «Freiheit» herausgenommen.

In der am 4. Januar 1940 den Abonnenten zugestellten gedruckten Beschwerdeschrift der «Freiheit»-Redaktion, gezeichnet von Marino Bodemann, wird die rigorose Rechtsbeugung der Behörden nachge-

wiesen. Weiter heisst es wörtlich, «dass es wohl richtig ist, dass die ‚Freiheit‘ als einzige Tageszeitung auch in dieser Zeit des Krieges nicht aufgehört hat, den sozialistischrevolutionären Standpunkt zu vertreten, die kapitalistische Klassenherrschaft unerbittlich zu bekämpfen und für die Interessen des arbeitenden Volkes einzutreten». Die Beschwerdeschrift kennzeichnet die Kriegsinteressen der Imperialisten und sagt weiter: «Dass unsere Zeitung im Gegensatz zu anderen Blättern mit ihrer ganzen Sympathie auf der Seite der Sowjetunion steht, ist ganz selbstverständlich . . .»<sup>36</sup>

Wer das verkündete, gehörte nicht in die Landschaft der «Schweizer Neutralität», wie sie die Herrschenden der Kreditanstalt, die Industriekapitäne und ihre Regierung verstanden. Der Einspruch führte folglich nicht zur Aufhebung des Verbotes. Also musste die «Freiheit» von nun an illegal erscheinen.

Elf Monate nach dem Verbot der «Freiheit», am 26. November 1940, wurden die Kommunistische Partei der Schweiz und gleichzeitig eine Reihe weiterer Organisationen, die in den Augen Berns kommunistisch waren, darunter die Rote Hilfe, verboten. Bei dem bestehenden Kräfteverhältnis konnte diese Schandtat gegen die Demokratie nicht verhindert werden.

Die Kommunistische Partei der Schweiz setzte ihren Kampf unter den sehr erschwerten Bedingungen der Illegalität fort. Die Verbindung zwischen der KPD-Organisation in der Schweiz und führenden schweizerischen Genossen, wie Marino Bodemann, Edgar Woog und Hans Zogg, wurde dadurch beträchtlich erschwert.

Die Funktionen der Schweizer Roten Hilfe wurden zum Teil durch andere Hilfsorgane übernommen: In Basel war es die Flüchtlingshilfe unter Leitung von Genossin Helene Baumgarten, der Frau des Kommunisten und bedeutenden Völkerrechtlers Arthur Baumgarten, die sich einsatzfreudig ihrer Betreuten annahm. Die Vertretung der internierten deutschen Kommunisten, die vor ihrer Verhaftung im Kanton Zürich tätig waren, übernahm der Zürcher evangelische Pfarrer Kobe, der – ungeachtet dessen, dass seine Schützlinge Atheisten waren – ihre Interessen während der ganzen Kriegszeit in oft heftigen Fehden mit den Behörden, besonders mit Rothmund, verfocht. Helene Baumgarten und Pfarrer Kobe zeichneten sich als streitbare schweizerische Humanisten aus.

## Sonderinternierungslager für «Linksextremisten»

Nach dem Verbot der KP der Schweiz liess sich der Bundesrat eine weitere Massnahme gegen kommunistische und andere linksgerichtete Ausländer einfallen; er beschloss die Errichtung eines Sonderinternierungslagers für «Linksextremisten». Dafür wurden Anfang 1941 drei Baracken in Malvaglia aufgestellt. Malvaglia liegt im Tessin, also jenseits des Gotthards in der italienischen Schweiz, daher auch die italienische Bezeichnung des Lagers: «Campo di lavoro per profughi».

Der Sinn dieser Einrichtung bestand darin, militante antifaschistische Emigranten, das heisst vor allem Kommunisten, von den Internierten in den Arbeitslagern zu isolieren. Daher die Wahl des Ortes im fernen, engen Tal des Benno, wohin man nur durch die leicht kontrollierbare Gotthardbahn gelangen konnte. Dorthin wurden schubweise internierte Emigranten aus den Zuchthäusern Witzwil, St. Gallen, Bellechasse, Torberg und anderen gebracht. Ohne Ausnahme waren es solche Internierte, über die Bern die «Ausschaffung» verfügt, die Durchführung dieses Beschlusses aber unter dem öffentlichen Protest «vorläufig» ausgesetzt hatte.

Zu den ersten der Eingewiesenen gehörten Ernst Eichelsdörfer, Karl Eiermann, Bruno Fuhrmann und ich. Bald betrug die Belegschaft dreissig und wenige Monate später etwa vierzig Personen. Unter ihnen waren die KPD-Funktionäre Bruno Goldhammer, Richard Hartmann, Fritz Köhler, Bernhard Kuderer, Theodor Lauber, Gustav (Gustl) Meyer, Franz Obermanns (Interbrigadist), Albert Reuchlen, Karl Rhein (Interbrigadist), Alfred Sickert (Interbrigadist), Eduard (Edi) Weinzierl (Interbrigadist) und Gerhard Wohlrath (Interbrigadist) sowie die deutschen Sozialdemokraten Valentin Bauer, Paul Müller und Karl Tesch; ausserdem acht österreichische Kommunisten, grösstenteils Spanienkämpfer, so Sepp Kompein, Hermann Steiner, Karl Wagner, und einige Italiener.

Das Regime war schärfer als in den zahlreichen Arbeitslagern. Es gab keine Beurlaubungen an den Wochenenden, keine Besuchserlaubnis, zudem eine besonders strenge Briefzensur. In der Freizeit durften sich die Internierten auf der Talstrasse nur in der Nähe der

Baracken bewegen. Die Arbeit bestand in der Beseitigung von Moränegestein aus dem Bennotal zur Gewinnung von Ackerland.

Die Konzentration von kommunistischen Funktionären in dem Lager führte selbstverständlich sofort zur Aufnahme der organisierten Parteiarbeit sowohl bei den Deutschen wie bei den Österreichern. In einer Parteiversammlung der KPD-Genossen wurde eine Leitung, der ich als Vorsitzender und Ernst Eichelsdörfer angehörten, gebildet. Es wurden Gruppen von drei bis fünf Mitgliedern geschaffen.

Die erste Frage war: Wie soll das Verhalten im Lager, das Verhalten bei der Arbeit sein? Darüber waren wir uns schnell klar: musterhafte Disziplin, peinliche Ordnung und Sauberkeit; die Arbeit wird ordentlich geleistet, ein normales. Tempo eingehalten.

Der Effekt war bedeutsam. Aus dem Munde von Mitarbeitern Rothmunds wurde bekannt, dass man in Bern überrascht war; man hatte von Kommunisten offenbar angenommen, in dem Lager werde es grosse Unordnung geben, die Arbeit werde sabotiert usw., so dass polizeiliche Zucht angewendet werden müsste. Womöglich wollte man das, um den Schweizer Bürgern und besonders den Freunden der kommunistischen Emigranten sagen zu können: Seht euch diese Kommunisten an, was das für üble Leute sind! Die Praxis ergab etwas anderes: Das Speziallager der «Linksextremisten» wurde bald als Musterlager bekannt. In einigen demokratischen Zeitungen gab es positive Berichte. Sogar der sozialdemokratische Nationalrat und Kommunistenfeind Walter Bringolf musste zugeben, «aus taktischen Gründen verhielten sie sich so, dass man an ihrer Arbeit nichts aussetzen konnte»<sup>37</sup>.

Das wurde zu einem grossen Vorteil. Der Lagerleiter Bachmann hatte nicht nur keinen Anlass, irgendwelche Disziplinar massnahmen zu treffen, sondern bekam guten Kontakt zur gesamten Lagerbelegschaft, die – im Unterschied zu den Belegschaften der meisten Arbeitslager – sehr schnell eine echte Gemeinschaft geworden war. Es herrschte eine Atmosphäre, in der die Parteiarbeit gut vorankam. Die Parteigruppen konnten sich unter Beachtung der Vorsicht gegenüber dem Lagerleiter aktiv politisch-ideologisch betätigen. Probleme des Tages, Fragen des Kriegsverlaufs und der Perspektive wurden gründlich behandelt. Die Gruppen führten Zirkel zu Fragen der Strategie

Miniatur-Bibliothek

326-330

6

# Deutsche Mythologie



Preisgekrönt auf der Weltausstellung für  
Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914

Beispiele für die in großer Anzahl ►  
hergestellten Tarnschriften, die von  
Frankreich aus auch über die Schweiz  
nach Süddeutschland geschleust wur-  
den

Declaris Universal  
Bibliothek

Nr. 71

Goethe

Söhn von Berlichingen

Schauspiel



Dies Buch ist auch gebunden käuflich!

DER FOTORAT

---

29

GERHARD RIEBICKE

# DAS SPORTFOTO

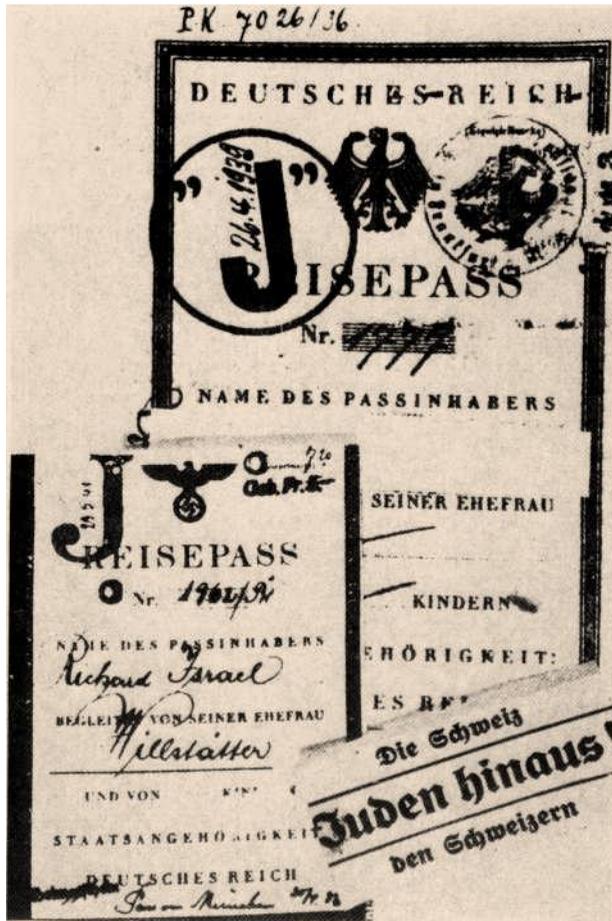
6.—10. TAUSEND



VERLAG WILHELM KNAPP. HALLE (S.)



Helvetia: „Ich bin 3000 glücklich und 3000 stolz, auch alle bei mir zu haben“



*Kennzeichnung der Pässe für Juden auf  
Vorschlag der Schweizer Regierung  
(aus dem Buch «Das Boot ist voll...»  
von Alfred A. Häsler)*

*Helvetia: «Ich bin sooo glücklich und  
sooo stolz, euch alle bei mir zu haben.»  
Karikatur von Gregor Rabinovitch aus  
der Flüchtlingszeitschrift «Über die  
Grenzen», Nr. 13/1944*

Über die

# GRENZEN

VON FLÜCHTLINGEN FÜR FLÜCHTLINGE

So wie in der Naturwelt alles  
Größe von unten aus der Erde  
herauswächst, so geht auch in  
der Geschichte jeder große Fort-  
schritt der Zivilisation von der  
Masse des Volkes aus.

(Der Abgeordnete Hildebrand im  
Frankfurter Parlament 1848)





*Zeichnung von Kurt Perlesee, früher  
Arbeitslager Innertkirchen, aus  
«Über die Grenzen», Nr. 3/1945*

*Titelseite der Flüchtlingszeitschrift  
«Über die Grenzen», Nr. 9 / Mitte Juli  
1945 – Handätzung von Max Hunziker,  
Arbeitslager Innertkirchen*

Lage: 100 Internierte, i. d. Mehrzahl  
Franzosen, 1 Chinese, 1 Belgier, 1 Weissr.  
Politisch mehr oder weniger von uns  
ca. 70% Arbeiter, 10% Intellektuelle  
der Deserteure sogar von Resten von  
u. die Mehrzahl der Deutschen Deser.  
Eindrücken 6:50 dazwischen 1 Std. M.  
teilweise auch bis 18 Uhr. Z. T. auch  
u. Pfingsten, Oster- u. Pfingstmontag  
Feldarbeit, Verfstechen u. Bauw.  
Magermilch.) 500 gr. Brot. (Für u.  
Blei Klumpen u. nass, weil viel  
Zusatz. 12 Uhr Suppe, Kartoffel  
mit ohne Fett u. ohne Geschmack  
9 Uhr Schlafengehen. Also kein  
da. des + Strafgefängnis. Verg.  
Unterkunft von ca. 75 Leute im  
erhielten wir 2 sehr kleine Stü.  
der Behandlung: Am 28. 4. wurde  
Beisein von Oberwerkmeister  
Materialverwalter Wasem u. Z.  
vor dem Augen von 25 Intern.  
Policeihand gebissen, ohne  
hatte) Zeugen: Ficker, Maier.  
dann im Auto in welchem si  
Bort schnitt man ihnen den Kopf  
weil sie bereits ein Begehren  
blieben 3 Tage im Dunkeln  
Schläge ins Gesicht zu sehen.  
ein Weifen scheiterte u. Ficker  
stellten. Auch Abends keine B.  
sofort nach dem Essen schliefen.

deutsche, dann Österreicher, Tschechen  
3 Holländer. Pol. Zus: 8 KP, 2 Trozk  
fluss sind ca 20 Leute, vor allem  
ist Mittelstand. Mehrheit pol. des.  
Ideologie befaßt. (ca. 20 jüdische  
e) Tageseinteilung: 4/45 Wecken.  
je 20 Min vor u. Nachmittagspause. S  
Nachmittags 4 Stk (z. B. Sparg  
ren ohnehin gewöhnliche Arbeitstae  
n. Essen: Morgens 3/4 L. Kaffee (i  
ienährhafteste Nahrung) Das Bro  
ffelzusatz. Dann 4-5 kl. Kartoff  
n. Gemüse (Donnerstag u. Sonntag  
Uhr Kaffee s. oben. 7 Uhr 3/4 L  
it zu kulturellem Leben. Bekan  
iouno lediglich: Zeitung, Raum  
in Raum. Waschgelegenheit unge  
Seife die zus. höchstens 4 Mon. rei  
ie Internierten Haftmann, Heit  
er, Oberaufseher Grossenbacher  
weiteren Aufsehern, die mit dem  
schlagen u. von dem von Wase  
vorn zu Lamosonner Arbeit. (H  
üller Georg, Spitzer u.a. Die Ge  
iter misshandelt wurden in das  
n, wobei Hand u. Brus ausge  
An die Grenze stellen" eingedr  
bei Hartmann waren noch 3 Ta  
ersuch Fickers die Leute zu bewu  
sichert, weil Grossenbacher u. R  
schaft zu einem Widerstand, b

Ausschnitt aus einem mehrseitigen  
Kassiber, der aus dem Zuchthaus  
Witzwil geschmuggelt wurde (stark  
vergrößert)

# AUFRUF DER ITALIENISCHEN PARTISANEN

## an die Bewegungen

### „Freies Deutschland“ und „Freies Oesterreich“

Die Bewegung „FREIES DEUTSCHLAND“ und „FREIES OESTERREICH“ haben soeben folgenden Aufruf ihrer italienischen Kameraden erhalten:

#### AN DIE MÄNNER UND FRAUEN DER BEWEGUNGEN FREIES DEUTSCHLAND und FREIES OESTERREICH

Das Generalkommando des Freiwilligenkorps „Für die Freiheit“ des nationalen Befreiungskomitees für Oberitalien bittet um ein Werk menschlicher Solidarität für die italienischen Opfer des gemeinsamen Feindes, des Nazifaschismus — bittet um einen Beweis der Solidarität im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Nazifaschismus.

#### **Hunderttausende von Italienern sind von den Nazis nach Deutschland und Oesterreich verschleppt worden**

Diese Deportierten sind die Männer unserer Partisanendivisionen, sind die Männer der italienischen Widerstandsbewegung, sind Soldaten und Offiziere, die ihrem Vaterlande treu geblieben sind und sich geweigert haben, für Hitler zu kämpfen: Arbeiter, Bauern, Intellektuelle allen Regionen und Rassen, die mit Gewalt von ihren Werkstätten, ihren Feldern und Arbeitszimmern fortgerissen wurden.

Sie haben für die Freiheit ihrer Heimat gekämpft und gestritten, für die Freiheit aller Länder, die vom Nazifaschismus unterdrückt wurden, und somit auch für die Befreiung Deutschlands und Oesterreichs von der Hitlerdiktatur. Jetzt schmachten sie auf deutschem und oesterreichischem Boden und sterben vor Kälte, Hunger, Entbehrungen und Verfolgungen aller Art, denen sie die Hitlerknechte aussetzen.

Männer und Frauen des „Freien Deutschland“ und des „Freien Oesterreich“! Deutsche und Oesterreicher, die Ihr die Befreiung Eurer Länder vom Nazijoch ersehnt!

Versucht, Euch den deportierten Italienern, besonders den Partisanen, den politischen und militärischen Gefangenen zu nähern. Laßt ihnen Esswaren und Kleidung zukommen, gebt ihnen jede Hilfe, die möglich ist, verhelft ihnen zur Flucht aus den Lagern, versteckt sie in Euern Häusern und in Euern Feldern. **Verhaltet Euch so, daß sie sehen, daß nicht alle Deutschen und Oesterreicher Nationalsozialisten sind!** Seid ihnen bei ihren Organisationsversuchen behilflich, verschafft ihnen die Möglichkeit, mit uns und ihren Familien in Briefwechsel zu treten. **Tretet mit ihnen zum unterirdischen Kampf zusammen, damit sie bewaffnet sich mit Euch** erheben können gegen Hitler und seine Helfershelfer.

# Wartet nicht ab bis es zu spät ist!

Von Euch hängt es ab, von Euch allein, daß aus den deportierten italienischen Widerstandskämpfern Verbündete des „Freien Deutschland“ „Freien Oesterreich“ werden. Die italienischen Freiheitskämpfer des Freiwilligenkorps bitten Euch, das gleiche zu tun, was sie ihrerseits für die englischen, russischen, amerikanischen, französischen, polnischen und jugoslawischen Gefangenen getan haben. Viele von diesen kämpfen heute in unseren Reihen gegen den gemeinsamen Feind, den Nazifaschismus.

**Ihr wisst auch daß in unsere Reihen freie Deutsche und Oesterreicher aufgenommen sind und mit uns kämpfen!**

**Ihr wisst auch, daß, wenn ein deutscher oder oesterreichischer Soldat nicht mehr für Hitler kämpfen will, er immer Italiener findet, die ihn aufnehmen und ihm Nahrung und Zivilkleidung verschaffen!**

Dies sagen Euch die italienischen Patrioten, indem sie sich an Euch mit dem christlichen Wort „Vieles wird für eine barmherzige Tat vergeben werden“ wenden.

## **Männer und Frauen des ‚Freien Deutschland‘ und ‚Freien Oesterreich‘**

Als 1848 die Stunde des ersten italienischen Freiheitskrieges schlug, fühlten und entdeckten die Italiener, daß jenseits der Alpen, hinter dem Wall der Bajonette Radezkys das Volk sich ebenfalls nach Freiheit sehnte.

### **Deutsche und Oesterreicher!**

Macht nun, daß auch in diesem zweiten italienischen Freiheitskriege die Italiener jenseits der Alpen, hinter den Bajonetten Hitlers die Kräfte entdecken, deren Freiheitsdrang sich erweist in den Werken menschlicher Brüderlichkeit und in gemeinsamen antinazistischen Handeln mit den deportierten italienischen Patrioten.

Mailand, den 5. Februar 1945

**C. L. N. A. I.  
Comitato di Liberazione nazionale  
per l'Alta Italia**

Das Generalkommando des  
Freiwilligenkorps „Für die Freiheit  
des Nationalkomitees für  
Oberitalien.“



# SITZUNG DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

## SÉANCE DU CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

EXTRAIT DU PROCÈS-VERBAL

## SEDUTA DEL CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

ESTRATTO IEL PROCESSO VERBALE

24. September 1937.

Acker Wilfred,  
Ausweisung.

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 22. September 1937.

Antragsgemäss wird folgender BESCHLUSS gefasst:

### DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

auf Antrag des eidg. Justiz- und Polizeidepartementes und nach Kenntnisnahme eines Berichtes der Schweizerischen Bundesanwaltschaft, wonach sich ergibt, dass

A c k e r Wilfred, Sohn des Johannes und der Frieda geb. Hahn, geb. 16.2.1908 in Schweningen a.N. (Wttbg.), Feinmechaniker, z.Z. beim Polizeikommando in Zürich in Haft,

im Auftrage einer kommunistischen Emigrantenorganisation im Auslande, unter Umgehung der Grenzkontrolle und trotz verhängter Grenzsperrre, mehrmals in die Schweiz einreiste, um von der Schweiz aus Verbindungen für den illegalen Kampf einer kommunistischen Partei gegen ein bestehendes Regime eines fremden Staates zu schaffen, ferner versuchte, die Emigranten in Zürich politisch zu beeinflussen und zu organisieren,

in Erwägung, dass diese Tätigkeit die äussere und innere Sicherheit unseres Landes gefährdet,

in Anwendung von Art. 70 der Bundesverfassung

### beschliesst:

- 1.) Acker vorgenannt wird aus der Schweiz ausgewiesen.
- 2.) Dieser Beschluss wird der Direktion der Polizei des Kantons Zürich durch die Bundesanwaltschaft mitgeteilt, um ihn dem Genannten unter Verweisung auf Art. 63, Abs. 2, lit. a, des Bundesstrafrechtes eröffnen zu lassen.
- 3.) Die Bundesanwaltschaft wird mit dem Vollzug beauftragt.

Protokollauszug ans eidg. Justiz- und Polizeidepartement, ans eidg. politische Departement und an die eidg. Fremdenpolizei zur Kenntnis, sowie an die Bundesanwaltschaft (3 Expl.) zum Vollzug.

Für getreuen Auszug,

Der Protokollführer:

*Einer der Ausweisungsbefehle, wie sie zu Hunderten von den Schweizer Behörden gegen antifaschistische Emigranten erlassen wurden*

*Bergbauerdorf Candaginio oberhalb von  
Brissago – Federzeichnung aus dem Skizzen-  
buch des Autors*



**Bewegung  
„Freies Deutschland“  
in der  
Schweiz**

TEUBNER, Hans

**Mitgliedskarte  
Nr. 262**

*Nach der Erringung der Legalität gab  
die Bewegung „Freies Deutschland“  
Mitgliedskarten und Beitragsmarken  
heraus*

**„Das Nationalkomitee drückt den Gedanken und den Willen von Millionen Deutschen aus, denen das Schicksal Deutschlands am Herzen liegt. Es erachtet sich für verpflichtet, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen... Das deutsche Volk muß durch seine Tat beweisen, daß es ein freies Volk sein will; so erobert es sich das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu bestimmen.“**

**Aus dem Gründungsmanifest der  
Bewegung „Freies Deutschland“**

**Bewegung  
„Freies Deutschland“ in der Schweiz**

**Zürich 2**

**Fraumünster  
Postfach 1058**

**Der Verlust dieses Ausweises ist unverzüglich  
obenstehender Adresse zu melden**

*Sonderlager  
für «Linksextremisten»:  
Lager Malvaglia (Tessin)*



und Taktik durch. Die Zusammenkünfte erfolgten meist in den Schluchten des gleich hinter den Baracken steil ansteigenden Berges, manchmal auch in der Schlaf- oder Essenbaracke.

Die kulturelle Betätigung wurde ebenfalls zu einem wichtigen Anliegen der Parteiorganisation. Sehr bald – es wäre am 31. März 1941 – wurde ein Freizeitausschuss gebildet, dem Kommunisten und Sozialdemokraten, Deutsche und Österreicher, angehörten. Es gab Literatur- und Liederabende. Der Lagerleiter war beeindruckt und konnte dazu bewegt werden, das Regime ohne Wissen Berns zu lockern. So gestattete er, dass sich die Lagerangehörigen in der Freizeit weiter vom Lager entfernten und in den Ort Malvaglia gingen.

Die Lagergemeinschaft studierte einige Theaterstücke ein, als erstes «Dantons Tod». Das war seltsames Theater: Bald war einer Darsteller, bald wechselte er auf eine Zuschauerbank über, dann wieder auf die «Bühne» an der Stirnseite der Baracke. Der Lagerleiter gestattete die Wiederholung der Aufführung in einer dafür sehr geeigneten Burgruine im Ort Malvaglia. An ihr nahmen alle Einwohner, Alte, Kinder und sogar Frauen mit ihren Säuglingen teil.

Die Lagergemeinschaft hatte sich durch Disziplin, Konspiration und vielartige Aktivitäten eine erträgliche Situation geschaffen. Ein wichtiges, ja das wichtigste Anliegen jedoch war noch zu verwirklichen: die Sprengung der Isolierung. Briefliche Verbindungen mit schweizerischen Freunden bestanden zwar ziemlich bald, auch zu Internierten in anderen Lagern sowie zu meiner Frau in der Korrektilionsanstalt in Kappel am Albis, zur Genossin Kuderer im Zuchthaus St. Gallen und zu den Genossen, die im Interniertenheim «Les Aroles» in Leysin waren, weil sie an Tuberkulose erkrankt oder wegen anderer Krankheiten arbeitsunfähig waren. Doch diese unter Zensur stehende Korrespondenz war nicht der Kontakt nach draussen, um politisch wirken zu können. Wie diesen Kontakt schaffen?

Da kam der Zufall zu Hilfe. Bruno Goldhammer erkrankte. Durch die Vermittlung des Lagerleiters wurde es möglich, dass Goldhammer nach Zürich fahren durfte. Dort kam er mit Dr. Hoffmann zusammen. Dr. Hoffmann war in Wirklichkeit der ungarische Kommunist Szönyi, der als Arzt Arbeiterlaubnis hatte. Dr. Hoffmann leitete Goldhammer an die Universitätsklinik weiter, die den Schweizer Arzt

Dr. Müllly mit der Behandlung des Patienten wegen einer Lipoidgicht beauftragte. So kam es, dass Goldhammer allmonatlich aus dem Lager nach Zürich beurlaubt wurde. Regelmässig traf er sich dort mit Wolfgang Langhoff und anderen Mitgliedern der Gruppe der KPD am Schauspielhaus, um auftragsgemäss alle Fragen der politischen Arbeit zu besprechen. Damit war die Isolierung durchbrochen. Über Langhoff war der Kontakt mit Ludwig Ficker, Wilhelm Fels und anderen geschaffen worden, und nun konnten die konspirativen Fäden gezogen werden.

Über diesen Weg konnte auch organisiert werden, dass schweizerische Bekannte nach Biasca, also in die Nähe von Malvaglia, führen, um sich dort mit «Malvaglianern» zu treffen. Die Verbindung zwischen Kommunisten von diesseits und jenseits der Alpen war also hergestellt. Sie diente der Selbstverständigung der Genossen, um einheitlich nach der Generallinie der Partei zu handeln. Sie diente der Agitation und Propaganda, deren Grundorientierung war: Der deutsche Imperialismus wird den zweiten Weltkrieg wie den ersten verlieren. Ein antifaschistisches, demokratisches Deutschland wird entstehen. Der Sieg gehört den Kräften, die für Frieden, Demokratie, Menschlichkeit und Fortschritt kämpfen.

### **Das Organ «Der Deutsche» erscheint**

Es war eine respektable Leistung, dass unter den schwierigen Bedingungen von der KPD-Organisation neben der «Süddeutschen Volksstimme» seit Anfang 1941 eine weitere Monatsschrift herausgebracht wurde. Sie hiess «Der Deutsche» und erschien hektographiert im Format DIN A 4 mehrseitig in der beachtlichen Auflage von etwa tausend Exemplaren. Bemerkenswert war, dass durch die Kontakte zwischen den Genossen im Lager Malvaglia und den Genossen in Zürich und Basel auch Internierte Mitarbeiter der Zeitschrift wurden. Zu den Mitarbeitern zählten aber auch einige Deutschschweizer, denn die Zeitschrift war speziell für die alteingesessenen Deutschen – hauptsächlich in den «Kolonien» von St. Gallen und Schaffhausen, in Zürich und Basel – bestimmt und wurde illegal zum Preis von dreissig Rappen verkauft.

Die Publikation hatte die Funktion, der Wühlarbeit und Propaganda der faschistischen Botschaft in Bern, der NSDAP und der anderen Naziorgani-



sationen unter den etwa 130'000 Reichsangehörigen entgegenzuwirken und zu zeigen, dass es ein anderes, ein wahres Deutschland gab, das im Kampf gegen den Hitlerkrieg für den Bestand der deutschen Nation in Frieden eintrat. «Der Deutsche» leistete eine nützliche Vorarbeit für die später entstandene Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz. Im Stil unterschied sich «Der Deutsche» von der «Süddeutschen Volksstimme»; auch die Themen und Akzente waren unterschiedlich, denn «Der Deutsche» musste im Unterschied zur «Süddeutschen Volksstimme» auch auf die Lage in der Schweiz eingehen.

Eine Methode der schriftlichen Propaganda und Agitation seit Beginn des Krieges bestand in der Herstellung von Briefen, die als Reiseprospekte getarnt waren und an deutsche Kurgäste sowie an Kranke, die sich in den Sanatorien von Davos, St. Moritz und in anderen Kurorten aufhielten, geschickt wurden. Die Adressen wurden den Genossen in Zürich und Basel von einigen schweizerischen Kurärzten, von Mitarbeitern des Gesundheitswesens und von der Centrale Sanitaire Suisse gegeben. Über diesen Weg erhielt die Partei auch Material über die Machenschaften der Nazis in den Kurorten und Sanatorien, das in den Druckschriften und Briefen ausgewertet wurde.

## Die Beherrscher der Schweiz setzten auf Hitlers militärische Siege

Vom ersten Tag des faschistischen Krieges gegen Polen nahm die Schweizer Regierung Partei für den Aggressor. Die Situation für die

Antifaschisten in der Schweiz verschlechterte sich in dem Masse, wie es den faschistischen Armeen gelang, Dänemark und Norwegen zu okkupieren und in Belgien, Luxemburg und Holland zu schnellen Siegen zu kommen. Den Mythos von der Unbesiegbarkeit der Naziwehrmacht, der im Nazireich mit Vehemenz entwickelt wurde, förderte auch mit Eifer die Schweizer Reaktion, so dass Niedergeschlagenheit und Defätismus in demokratischen Kreisen um sich griffen. Als die Hitlerarmee auf Paris vorrückte, entstand in der Schweiz die weitverbreitete Meinung, es könnte zum Zwecke der Umgehung der Maginotlinie vom Süden her ein Einmarsch deutscher Truppen in die Schweiz erfolgen. In der Tat bestand diese Möglichkeit. Das führte im Mai 1940 zu einer Panik unter der Bevölkerung, besonders in den nördlichen Kantonen. Es setzte eine überstürzte Massenflucht in die innere Schweiz ein. Die Strassen in die Berge waren verstopft, denn die Leute waren mit Kind und Kegel, mit Koffern, Decken, Hausrat und sogar Vogelkäfigen auf Transportmitteln aller Art unterwegs.

Von Seiten der Regierung erfolgte in ihrer Untertänigkeit gegenüber Berlin keine Proklamation eines Parolis gegen eventuelle militärische Eindringlinge. Der damalige Bundespräsident und Aussenminister Pilet-Golaz, ein offener Verehrer des Hitlerreiches, lehnte sogar einen militärischen Widerstand gegen einen möglichen Einmarsch der deutschen Armee ab. Der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee, General Heinrich Guisan, ein Waadländer, der kein Freund des Nazireiches war, sondern französischen Kreisen nahestand, hatte allerdings ernsthafte militärische Vorkehrungen getroffen, einem Durdimarsch deutscher Truppen durch die Schweiz Widerstand entgegenzusetzen. Es gab in der Schweizer Bourgeoisie Gegensätze, die ihren deutlichen Ausdruck im Verhältnis zwischen dem Bundespräsidenten und dem General fanden. General Guisan gab zum Beispiel einen Armeebefehl heraus, in dem es heisst: «Solange in Europa Millionen von Bewaffneten stehen und solange bedeutende Kräfte jederzeit gegen uns zum Angriff schreiten können, hat die Armee auf ihrem Posten zu stehen . . . Leihet euer Ohr nicht denjenigen, die aus Unwissenheit oder böser Absicht defätistische Nachrichten verbreiten und Zweifel säen . . . !»<sup>38</sup>

Das war eine unmissverständliche Entgegnung an den Bundespräsidenten. Die Frage: Was wird geschehen?, bewegte alle Gemüter.

Für die internierten Kommunisten wurde die Situation kritisch, zumal für diejenigen, die in Zuchthäusern der nördlichen Schweiz eingesperrt waren, denn es hiess, bei einem Einmarsch der deutschen Truppen übergäbe man sie sofort der Gestapo. Im St. Gallener Zuchthaus St. Jakob gab es mehrfach Alarm, woraufhin die Internierten von den mit Gewehren und Pistolen bewaffneten Wächtern in Einzelzellen geführt wurden. Für alle Eventualitäten hatte die Frau des Genossen Hartmann mehrere Stahlsägen beschafft. Ernst Eichelsdörfer berichtet darüber: «Die Sägen wurden an einem Hydranten versteckt, der sich ausserhalb der Zuchthausmauer auf dem Nutzholzlager befand und mit Stroh umwickelt war. Während meiner Arbeit im Holzlager habe ich in einem unbewachten Augenblick die Sägen an mich genommen und in die Anstalt geschmuggelt. Wir haben sie dann an die Genossen verteilt.»<sup>39</sup>

In den Tagen vor dem Einmarsch der Hitlertruppen in Paris, in denen offensichtlich wurde, dass es eines Durchzuges der Aggressionsarmee durch Schweizer Territorium nicht bedurfte, ebte die Panik in der Schweizer Bevölkerung ab.

In jenen Tagen gab die Abteilung Presse und Rundfunk beim Bundesrat Richtlinien heraus, in denen es heisst: «In der Beurteilung der Lage ist vor allem gegenüber Deutschland Zurückhaltung zu üben. Man ist dort gegenwärtig sehr empfindlich. In diesem Sinne sind die Vorgänge in und um Paris reserviert zu behandeln. Genugtuung kann darüber ausgedrückt werden, dass Paris als offene Stadt erklärt wurde und somit Hoffnung besteht, dass der Stadt Kampf und Zerstörung erspart bleiben. Deutsche Erfolge nicht herabmindern und keine Gefühlsurteile fällen.»<sup>40</sup>

Als am 14. Juni Paris besetzt wurde, gab die Abteilung Presse und Rundfunk eine weitere Weisung an die Redaktionen: «Ruhig und sachlich und ohne Voreingenommenheit der gewaltigen militärischen Leistung der deutschen Armee gerecht werden und den Sieg gegen Frankreich nicht herabwürdigen oder nur der Maschine und dem technischen Einsatz zuschreiben.»<sup>41</sup>

Schliesslich verbot die Abteilung Presse und Rundfunk auch die Wiedergabe der Manifestationen des französischen Generals de Gaulle und seiner Anhänger, die zum Widerstand gegen die Hitlerarmee aufforderten. «Besonders dürfe nicht zugelassen werden, dass Journalisten in ihren Artikeln durchblicken liessen, dass sie anders schreiben

würden, wenn sie noch frei wären»<sup>42</sup>, das heisst, wenn sie nicht den Pressevorschriften unterworfen wären.

Als in den Maitagen Hitlers Kriegsmaschine der britischen Armee bei Dünkirchen eine schwere Niederlage bereitete, durch die sich 338'000 Mann unter Zurücklassung von Ausrüstungen und Waffen über den Kanal nach England zurückziehen mussten; als am 10. Juni 1940 Italien, das südliche Nachbarland der Schweiz, Grossbritannien und Frankreich den Krieg erklärte; als am 22. Juni der deutsche Faschismus bei den Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich seine Bedingungen diktierte, unter anderem die Besetzung von zwei Dritteln Frankreichs, veränderte sich das Kräfteverhältnis in Europa weiter zugunsten Hitlerdeutschlands.

Der Schweizer Historiker J.R. von Salis schreibt über jene Situation: «Massgebende Diplomaten und Militärs glaubten bei uns an Hitlers Sieg und verlachten die Engländer, die nach dem Rückzug aus Dünkirchen den Krieg fortsetzten. Pétain und seine Anhänger in Vichy waren Weise, die aus den Ereignissen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hatten.»<sup>43</sup>

Der Bundespräsident Pilet-Golaz insbesondere sah in Pétain sein Vorbild und erstrebte die offizielle Hinwendung der Schweiz zum Faschismus. Für die Beherrscher der Schweiz stand fest, dass Hitler den Krieg gewinnen würde. Die folgenden Ereignisse schienen ihnen recht zu geben: Weitere Länder überrollte die faschistische Kriegsmaschine; am 7. September begann der «Grosse Blitz» über England, das heisst die Bombardierung englischer Städte, die 57 Nächte dauerte, wobei Coventry dem Erdboden gleichgemacht wurde; unter dem Druck des deutschen Imperialismus schlossen sich Ungarn, Rumänien, die Slowakei im November 1940 und Bulgarien im März 1941 dem deutschitalienischen Kriegsblock an.

Die profaschistische Politik des Bundesrates entsprach exakt den Interessen der schweizerischen Monopolbourgeoisie. Dreissig Familien, für das Volk unsichtbar, dirigierten damals – wie vorher und später – den Bundesrat. Für die Mächtigen der Banken und der Industrie war der Krieg des deutschen Imperialismus ein Segen, denn nun profitierten sie vom Naziregime noch mehr als in der Vorkriegszeit. Faktisch waren alle Konzerne und Grossunternehmen an dem

einträgliches Kriegsgeschäft mit Hitlerdeutschland beteiligt, voran die unmittelbare Rüstungsindustrie, der Flugzeugmotorenbau, die Chemie und die Aluminiumindustrie, ohne die die deutsche Flugzeugproduktion ihre hohe Leistung nie hätte erreichen können.

Im Jahre 1944 erschien von dem Westschweizer marxistischen Wirtschaftswissenschaftler Georges Baehler unter dem Pseudonym Pollux ein Buch mit dem Titel «Trusts in der Schweiz?». In diesem Buch sind Hunderte von aufschlussreichen Fakten über die Monopolverflechtungen innerhalb der Schweiz und mit den deutschen Monopolen aufgedeckt worden. Das Buch leuchtete hinein in die geheimgehaltenen monopolkapitalistischen Wahrheiten. Die Entlarvten waren erzürnt und liessen von einem Lucius Simeon unter der Überschrift «Pollux, der Faustkämpfer» eine Gegenschrift erscheinen.<sup>44</sup>

Der Inhalt dieser Antwort lässt sich in einigen Sätzen zusammenfassen: Erstens gibt es die herrschenden Familien gar nicht, zweitens waren und sind diese (nicht existierenden) Familien ein Segen für die Schweiz, drittens ist es das Recht eines jeden Bürgers der schweizerischen Demokratie, persönliches Vermögen zu bilden. Dieses jämmerliche «Dementi» voller giftiger Verleumdungen gegen Pollux bestätigte nur, dass Pollux mit seinen Enthüllungen ins Schwarze getroffen hatte. Kurz gesagt, wies Baehler in seinem Buch nach, dass Lenins Kennzeichnung des Imperialismus exakt auch auf die Schweizer Eidgenossenschaft zutraf, die im Zeichen der «Neutralität» profitable Geschäfte mit dem kriegführenden deutschen Imperialismus machte.

Geschäfte, die nicht direkt zwischen schweizerischen und deutschen Monopolverbänden getätigt wurden, besorgte die Regierung in Bern auf staatlichem Wege durch Handelsverträge. Minister Hotz, Chef der Handelsabteilung des Bundesrates, fuhr seit der Niederschlagung Frankreichs regelmässig und oft zu Wirtschaftsverhandlungen nach Berlin. Es entwickelte sich seit dem Wirtschaftsabkommen vom August 1940 die Praxis, dass Hitlerdeutschland viele schweizerische Lieferungen auf Kredit bezog und der Bund die Lieferfirmen aus den Steuermitteln des Volkes bezahlte, also Vorschusszahlungen leistete. Der deutschen Kriegswirtschaft war damit sehr gedient.

Bedeutende Leistungen für die Kriegsachse Berlin – Rom vollbrachte auch das schweizerische Verkehrswesen. Auf der Transitrou-

te über den Gotthard rollten zwischen Deutschland und Italien die Transporte kriegswichtiger Waren seit Kriegsbeginn in immer grösseren Mengen. Die Güterzüge fuhrten in Abständen von wenigen Minuten über die Alpen. Die Internierten des Lagers Malvaglia, die eine Zeitlang bei Biasca direkt neben der Bahnlinie roden mussten, konnten diesen lebhaften Transport beobachten. «Räder rollen für den Sieg!» war eine Propagandalosung der faschistischen Kriegshetzer. Räder zum Transport von Waffenlieferungen für den Tod von Millionen Menschen rollten auch durch die Schweiz.

## **Die deutschen Nazis benahmen sich wie zu Hause**

Im Zeichen der Kriegserfolge Hitlers entwickelten die Organisationen der deutschen Faschisten auf schweizerischem Boden unter Duldung der Berner Behörden vielseitige Aktivität. Die Nachrichten- und Spionagedienste der Gestapo, der SS und der Wehrmacht hatten in allen wichtigen Bereichen ihre Agenten. Wo alteingesessene Reichsdeutsche waren, existierten Ortsgruppen der NSDAP, der Deutschen Arbeitsfront, der NS-Frauenschaft, des Bundes Deutscher Mädchen und Einheiten der SA. Im grenznahen Schaffhausen, wo der Sozialdemokrat Walter Bringolf Stadtpräsident war, gab es allein über achtzig eingeschriebene Mitglieder der NSDAP und weit über hundert Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront. «Die NSDAP-Funktionäre», bestätigte der Schweizer Historiker Edgar Bonjour, «übten mit Einwilligung der schweizerischen Behörden tatsächlich das Amt von Kreisleitern aus.»<sup>45</sup>

In Feldkirch wurde vom 15. bis 21. März ein nazistischer Schulungskurs durchgeführt. Dort sprach unter anderem Dr. Franz Riedweg, der die deutsche und die schweizerische Staatsbürgerschaft besass und SS-Obersturmführer war. Er sagte, er sei vom Reichsführer der SS beauftragt, in der Schweiz eine SS zu gründen; sie nenne sich zur Tarnung «Schweizerischer Sportbund». Ortsgruppen des «Sportbundes» bestanden in Zürich, Winterthur, St. Gallen, Rorschach, Azmoos, Romanshorn, Schaffhausen, Baden, Luzern, Basel, Bern, Sitten, Biel. Der Zürcher «Sportgruppe» stand für ihre Übungen die Kantonsschule zur Verfügung.<sup>46</sup>

Die Mitglieder der «Sportgruppe» trugen SA-Uniformen, allerdings weisse statt braune Hemden. Diese «Sportler» setzten deutsche Landsleute unter Druck. Naziorganisationen beizutreten, und drohten, dass jede Weigerung mit dem Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit geahndet werde. Bern war das bekannt, doch Bundesrat Baumann, damals Chef des Justiz- und Polizeidepartements, erklärte, dass gegen die «Sportgruppe» keine Bedenken bestünden. Die «Sportorganisation» war eine Nachschubbasis der Waffen-SS; im Laufe der Zeit wurden 617 SS-Führer ausgebildet.<sup>47</sup>

Dirigent der faschistischen Wühlarbeit in der Schweiz war von Stuttgart aus Gauleiter Ernst Wilhelm Bohle. Die unmittelbare Leitung lag in der Deutschen Gesandtschaft in Bern bei dem Gesandten Dr. Otto Köcher und seinem ersten Mitarbeiter, Freiherrn von Bibra, der wegen seines besonderen Eifers Hitlers spezieller Vertrauensmann war. Unter Bibras Oberaufsicht erschien in Massenaufgabe die «Deutsche Zeitung». Bibra sorgte auch dafür, dass die Zeitungen aus Berlin, wie der «Völkische Beobachter» und die Naziillustrierten, in der Schweiz weit verbreitet wurden. Er veranlasste, dass man Filme und Wochenschauen aus Hitlerdeutschland in den Kinos zeigte. Versammlungen der Naziorganisationen gab es laufend und nicht selten auch öffentliche Veranstaltungen in grossen Sälen.

Der Bundesrat duldete all dies. Am 26. Juli 1940 erbat das Deutsche Generalkonsulat in Zürich vom «Hoheitsträger» der NSDAP in Schaffhausen, Rotzinger, die Jahrgänge 1936 bis 1939 der «Arbeiterzeitung», weil sie «in Berlin zu Ermittlungszwecken benötigt» würden. Dieser Brief wurde dem Bundesrat Motta, damals Leiter des Politischen Departements, mit der Frage übermittelt, ob dem Begehren entsprochen werden könne. Bundesrat Motta antwortete: «Wir erblicken nichts Unzulässiges in dem Begehren des Deutschen Generalkonsulats bzw. der betreffenden Stellen in Berlin. Höchstens kann das Eidgenössische Politische Departement es bedauern, dass die ‚Arbeiterzeitung‘ Schaffhausen sich so wenig der Pflichten, welche der Presse eines neutralen Staates obliegen, bewusst war, dass sich heute deutsche Regierungsstellen für ihre Artikel interessieren.»<sup>48</sup>

Wie servile Hotelportiers vor zahlungsfähigen Touristen, so liebendienerten die Berner Herren vor den beutereichen Hitlerleuten. Dass

das die landeseigenen faschistischen «Fronten» ermunterte, ist nicht verwunderlich. Die schweizerischen faschistischen Organisationen betrieben in ihren zahlreichen Blättern eine ungehemmte Agitation für die «Gleichschaltung» und für den Anschluss der Schweiz an das faschistische deutsche Reich.

Am 10. September 1940 empfing Bundespräsident und Aussenminister Pilet-Golaz die Führer der schweizerischen faschistischen Bewegung Ernst Hofmann, Dr. Keller und Jakob Schaffner, die ihm kategorisch entsprechende Forderungen unterbreiteten. Wohlwollend nahm Pilet-Golaz das Programm entgegen. Pilet-Golaz bezog für die Schweiz etwa die Position, die Pétain für Frankreich bezogen hatte: Er sicherte zu, dass die Schweizer «Neutralitätspolitik» im Sinne der «nationalsozialistischen Neuordnung Europas» zu handhaben sei, dass jegliche «deutschfeindliche Äusserung in der Öffentlichkeit, besonders in der Presse», verhindert, dass die «deutschfeindliche Tätigkeit der Emigranten in der Schweiz gänzlich unterbunden» und die Schweizer Wirtschaft in die der Achse Berlin – Rom eingeordnet werde.<sup>49</sup>

Die Presse durfte darüber nichts berichten. Dennoch wurde der Skandal im Volk bekannt. Er löste bei den antifaschistischen und demokratischen Eidgenossen lebhaft Empörung aus. Bei den ungleichen Klassenkräften konnte Pilet-Golaz' Stellung freilich nicht erschüttert werden. Die schweizerischen Faschisten randalierten weiter, und die deutschen Nazis konnten sich auf Schweizer Boden fast so benehmen, als wären sie zu Hause.

### **Die Schweizer sozialdemokratischen Opportunisten und die SPD-Emigranten während des Krieges**

Wie in der Vorkriegszeit, so bewährten sich auch während des Krieges die Führer der Sozialdemokratie der Schweiz als getreue Helfer des schweizerischen Monopolkapitals und der Berner Behörden. Sie förderten die von der Obrigkeit gewünschte ideologische Manipulierung des Volkes. Ihre Kommentare zu den Eroberungen Hitlers, zum «seltsamen Krieg» der Westmächte und zu allen Kriegseignissen unterschieden sich nicht oder nur wenig von denen der grossbürgerlichen Presse und des Rundfunks.

Die Vertreter der Sozialdemokratie, die in der Abteilung Presse

und Rundfunk des Bundesrates Sitz und Stimme hatten, stimmten für zahlreiche Verbote antifaschistischer Publikationen, darunter der Basler «Rundschau» und der politisch-literarischen Zeitschrift «Heute und morgen». Weil der Zürcher Theologieprofessor Leonhard Ragaz, ein Vertreter des religiösen Sozialismus, in seiner Zeitschrift «Neue Wege» über die schweizerische «Neutralitätspolitik» kritische Wahrheiten gesagt hatte, wurde ihm im April 1940 das Verbot seiner Zeitschrift angedroht. Unter Hinweis darauf, dass sich Publikationsorgane feindlich gegenüber Hitler und dem Faschismus geäußert hatten, rechtfertigte der Sozialdemokrat Bringolf die Verbote so: «Dürfen wir unseren Unterhändlern in Berlin die Lage so erschweren?»<sup>50</sup>

Nein, damit das Kriegsgeschäft flott vonstatten ging und die deutsche Bourgeoisie zufriedengestellt wurde, durften sie das nicht. Also wurde nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Parteiführung der SPS selbst der sozialdemokratischen Presse der Maulkorb verpasst; die Zeitungen sollten nichts veröffentlichen, woran Berlin hätte Anstoss nehmen können.

Die Führer der Sozialdemokratischen Partei billigten, dass Kriegsmaterial in grossen Mengen an Deutschland geliefert wurde. Walter Bringolf rechtfertigte diese Haltung in seinen Memoiren folgendermassen: «Pragmatiker wie wir sind, sagten wir uns damals: Wenn wir mit diesen Lieferungen . . . ohne militärische Intervention, ohne Krieg durchkommen, dann müssen wir als Land inmitten Europas. . . diese bittere Pille schlucken.»<sup>51</sup>

Sie wussten, was sie taten, jene Sozialdemokraten, die – wie Dr. Paul Meierhans, Robert Bertschi, Johannes Huber, Dr. Emil Klöti, Robert Grimm, Dr. Max Weber und andere – mit Aufsichtsratsposten von der Grossbourgeoisie korrumpiert worden waren. Für ihre Liebedienerei und Unterwürfigkeit wurden sie von den Monopolgewaltigen auch noch auf höhnische Weise gelobt. In dem 1945 im Auftrag der Finanzmächtigen geschriebenen Buch «Pollux, der Faustkämpfer» von Lucius Simeon, das schon erwähnt wurde, ist zu lesen: «Was tut der kluge Mann? Er . . . passt sich an. Kaum irgend jemand hat sich in jener kritischen Zeitepoche (es ist die Rede vom «Schicksalsjahr 1940» – *H.T.*) in seiner Haltung gegenüber der neuen europäischen Machtlage schwächer und in seinem Urteil über Bolschewismus

und Sowjetregime hemmungsloser erwiesen als . . . die schweizerische Sozialdemokratie. Man lese aus jenen Tagen nur die ‚tapferen‘ Worte nach, die ein Bringolf, ein Grimm, ein Reinhard oder auch Geschäftsleitung und Fraktion der Sozialdemokratischen Partei damals geschrieben und gesprochen haben.»<sup>52</sup>

Hier einige Kostproben aus der sozialdemokratischen «Berner Tagwacht»: «Im Gegensatz zur Zeit des letzten Weltkrieges gibt es heute keinen Gegensatz zwischen rechts und links.»<sup>53</sup>

Am 14. Dezember 1940 schrieb die «Berner Tagwacht» anlässlich einer Rede Hitlers: «Das, was er sagte vom Kapital, das war bestes sozialistisches Gedankengut. Es ist die Grundlage für das neue Denken, für die neue Ordnung in Europa.»

Am 4. Januar 1941 war in demselben Blatt der Bringolf, Grimm, Reinhard zu lesen: «Es gibt nicht nur eine Alternative: Faschismus oder Sozialismus – es ist vielmehr so, dass leicht beide ineinanderfließen und sich überschneiden können im Wirbel der raschen Entwicklung.»

So trug die Führung der Sozialdemokratischen Partei an der Seite der Monopolbourgeoisie auch zur Verbreitung des Mythos von der Siegeskraft des Faschismus bei.

Die «Gleichschaltung» der Parteiführung mit der reaktionären, neutralitäts- und verfassungswidrigen Politik der herrschenden Klasse wurde von sehr vielen sozialdemokratischen Arbeitern scharf verurteilt. Sie blieben ihrem Klassendenken treu, vermochten aber nicht, den Kurs der Parteiführung zu ändern. Sie unterstützten, besonders in den Gewerkschaften, den antifaschistischen Kampf der Emigranten. Sie vertrieben illegale Literatur der KPD-Organisation und sammelten beachtliche Summen an Unterstützungsgeldern.

Der Redakteur der ostschweizerischen «Volksstimme», Hugo Kramer, nahm nach vierzehnjähriger Tätigkeit an dieser sozialdemokratischen Zeitung seinen Abschied. In seinem letzten Beitrag auf der ersten Seite des Blattes vom 8. Juni 1940 schrieb er: «Der neue Kurs der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der vom Sozialismus immer weiter wegführte, hat es mir je länger, je mehr unmöglich gemacht, meine Redaktionspflicht mit meiner persönlichen Überzeugung in Einklang zu bringen. Dazu kam die . . . tatsächliche Aufhebung der Pressefreiheit, die die militärischen und politischen Behör-

den durchgesetzt haben und bei deren Abwehr ich nicht die nötige Rückendeckung durch massgebliche Persönlichkeiten gefunden habe... So zog ich es vor, meinen Rücktritt zu nehmen und in freierer Form und an anderem Ort unserer sozialistischen Sache weiter zu dienen ...»

Stark war die Opposition gegen den Parteivorstand seitens der Sozialdemokratischen Jugend. Darauf antwortete der Parteivorstand am 11. Februar 1940 mit dem Ausschluss der Jugend aus der Partei.

Wie verhielten sich dazu die meisten sozialdemokratischen deutschen Emigranten? Von diesen Leuten gab es kein Wörtchen gegen die hitlerfreundliche Politik des Bundesrates; sie verhielten sich im Sinne des Bundesrates sehr «anständig». Sie äusserten auch nicht den leisesten Einwand gegen die Burgfriedens- und Gleichschaltungspolitik der Führer der schweizerischen Sozialdemokratie.

Das Einzige, was sie bei Beginn des zweiten Weltkrieges vermochten, war, ihre Zustimmung zu geben zu dem Aufruf «An das deutsche Volk», den Mitglieder des ehemaligen Vorstandes der SPD in Paris erlassen hatten. Darin wurde erklärt, dass die Sozialdemokratie gemeinsam mit allen demokratischen Kräften Europas für die Niederlage und den Sturz Hitlers, für die «endgültige Überwindung des neuen deutschen Militarismus» wirken werde. Der Aufruf enthielt aber keine Vorschläge, wie durch den gemeinsamen antifaschistischen Kampf aller deutschen Arbeiter und anderer Hitlergegner der Krieg beendet und die Nazidiktatur gestürzt werden konnte. Auch die zahlenmässig stärkste Gruppe in Zürich um Wilhelm Hoegner, Otto Braun, Artur Crispian und Wilhelm Dittmann ergriff keinerlei Initiative für Aktionen gegen den deutschen imperialistischen Aggressor. Sie blieb weiterhin so passiv, wie sie es in den Jahren vor Beginn des zweiten Weltkrieges gewesen war.

Fortschrittliche SPD-Emigranten, die in St. Gallen während der Vorkriegszeit mit den Kommunisten eng zusammengearbeitet hatten, so Valentin Bauer, Paul Müller und Karl Tesch, waren – wie schon gesagt – verhaftet und aus dem St. Gallener Zuchthaus St. Jacob ins Sonderlager für «Linksextremisten» nach Malvaglia gebracht worden. Hier blieb die politische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten weiterhin sehr eng. Es gab keine Mei-

nungsverschiedenheiten über den Kampf zur Beendigung des Krieges des deutschen Imperialismus und über den Weg zur Vernichtung des Faschismus. In seinen Erinnerungen schrieb Paul Müller: «Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung wurde als eine Hauptursache ihrer Niederlage erkannt. Die Zusammenfassung aller Hitlergegner als Voraussetzung für seinen Sturz führte zu Diskussionen und gemeinsamen Handlungen mit Kommunisten und Repräsentanten des Bürgertums.»<sup>54</sup>

Zu einigen progressiven sozialdemokratischen Emigranten, die in Zürich und Basel in «Freiheit» lebten, gab es seit Kriegsbeginn infolge von Verhaftungen der kommunistischen Verbindungsleute nur noch sporadische Beziehungen.

Die kommunistischen Emigranten in der Schweiz waren sich bewusst, dass in der Schaffung der Aktionseinheit die wichtigste Aufgabe im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und für die Beendigung des Krieges bestand; es war ihnen aber infolge der ablehnenden Haltung der rechten SPD-Emigranten nicht möglich, wirksamere Fortschritte zu erzielen.

### **Solidarische Hilfe für die internierten Antifaschisten in Frankreich**

Als bei Kriegsbeginn die Mitglieder des Sekretariats des ZK der KPD in Paris verhaftet wurden, war zunächst jede Verbindung zwischen der Organisation der KPD in der Schweiz mit Genossen der KPD in Frankreich abgebrochen. Kurz danach kam wieder eine Verbindung zustande. Paul Merker konnte aus dem Interniertenlager entkommen und bis zu seiner Ausreise nach Mexiko Anfang 1942 in Marseille untertauchen. Er korrespondierte auf konspirativem Wege über Genf einige Male mit Paul Bertz in Basel und auch auf dem Postweg mit mir im Lager Malvaglia. Ausser Paul Merker schrieben bald auch einige andere verantwortliche Funktionäre aus Südfrankreich in die Schweiz. Auf diese Weise wurde bekannt, dass im faschistisch besetzten Teil Frankreichs Ende 1940 die illegale Organisation «Travail Allemand» (Deutsche Arbeit) unter Führung der Französischen Kommunistischen Partei aufgebaut wurde und dass zur unmittelbaren Leitung der TA Otto Niebergall gehörte, der vor dem Krieg als Instrukteur der Parteiführung öfter in der Schweiz gewesen war.<sup>55</sup>

Bald kamen auch aus dem besetzten Paris Briefe in die Schweiz, die unter unverfänglichen Texten mit Geheimtinte geschriebene Informationen enthielten. Diese Kontakte waren aber aus konspirativen Gründen recht selten. Dagegen entwickelte sich in ebendieser Zeit eine sehr aktive Verbindung besonderer Art zwischen den Genossen in der Schweiz und in Frankreich: Es war die Solidaritätsaktion aus der Schweiz für die Interniertenlager im noch nicht okkupierten Süden Frankreichs.

Nach der Besetzung Nordfrankreichs durch die deutsche Wehrmacht internierte die profaschistische Vichy-Regierung Tausende von Emigranten in zahlreichen südfranzösischen Lagern. In den Lagern Gurs, Vernet, St. Cyprien, in denen bisher die aus Spanien zurückgekehrten Interbrigadisten entsetzlichen Leiden ausgesetzt waren, schmachteten nun auch die aus dem Norden geflüchteten und von der französischen Polizei aufgegriffenen Emigranten. Viele neue Elendslager entstanden innerhalb weniger Wochen.

Obwohl die Presse entsprechend bundesrätlicher Weisung darüber kaum berichtete, wurde in der schweizerischen Bevölkerung schnell bekannt, welch bittere Nöte und Qualen in den südfranzösischen Lagern herrschten. Die antifaschistischen Eidgenossen übten wirksame Solidarität. Die schweizerischen Hilfsorganisationen für die Flüchtlinge erliessen Appelle an die Bevölkerung, durch Spenden die Leiden der Internierten in den südfranzösischen Lagern zu mildern. Das Echo war so stark, dass die Schweizer Behörden die Solidaritätsaktion gestatten mussten.

Besondere Initiative entfalteten das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, die Centrale Sanitaire Suisse und der in Basel gegründete Verein zur Unterstützung von Flüchtlingen in Frankreich. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk schuf eine Abteilung «Colis Suisse» (Schweizer Paket), die Ausserordentliches leistete. Es transferierte Geld an die von den Spendern angegebenen Adressen der Lagerinsassen in Südfrankreich; viel wichtiger aber war, dass Tausende von Paketen geschickt wurden, die in sinnvoller Zusammenstellung hochwertige Lebensmittel enthielten.

Sehr aktive Teilnehmer der Solidaritätsaktion waren die politischen Emigranten. Die Leiterin des Arbeiterhilfswerkes, Regina Kä-

gi, arbeitete dabei im Widerspruch zu ihrer sonstigen antikommunistischen Aktivität mit den linken Emigranten zusammen. Für sie handelte es sich um eine rein karitative und nicht um eine politische Sache.

Für die Internierten im Lager Malvaglia wurde die Solidaritätsaktion zu einem besonderen politischen und humanitären Anliegen. Weil Paul Merker aus Marseille und andere in «unpolitischen» Briefen, die die Zensurstellen in Südfrankreich und in der Schweiz durchliessen, Adressen von Internierten mitteilten, war bekannt, wer in welchem Lager war und wer von den Kommunisten und anderen Antifaschisten besonders dringend der Hilfe bedurfte. So konnten die Sammelergebnisse aus Malvaglia mit den französischen Adressen an «Colis Suisse» und an die Centrale Sanitaire Suisse geschickt werden.

Die Schriftstücke von dieser Aktion sind fast vollständig erhalten geblieben. Sie sind bedeutsame dokumentarische Belege dafür, wie Internierte eines Exillandes brüderliche Solidarität mit Internierten in einem anderen Land übten, denen es noch bedeutend schlechter erging. Die Dokumente belegen, dass im Geist des proletarischen Internationalismus alle Insassen des schweizerischen «Linksextremisten»-Lagers – Deutsche, Österreicher, Spanier, Italiener, Bulgaren – alle zehn Tage ihre Spende gaben, durch die in Südfrankreich Internierte aus vielen Nationen bedacht wurden: Männer, Frauen, Kinder, bekannte revolutionäre Führer und völlig unbekannte Menschen, die als dringend hilfsbedürftig genannt worden waren und von denen nur die Adresse bekannt war.

Die Lagergemeinschaft in Malvaglia beauftragte den ehemaligen Interbrigadisten Karl Rhein und den österreichischen Kommunisten Kurt Bettelheim mit der Führung der Sammelisten; diese Funktion übten sie bis Ende 1944 aus. Revisoren der Finanzvorgänge waren der ehemalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Valentin Bauer und ich; an meine Stelle traten später Gustav Mayer und der Spanier Lopez. Sämtliche Originalsammelisten blieben erhalten, ebenso die Kassenhauptbücher. Die Sammelisten weisen aus, dass sich ausnahmslos alle Mitglieder der Lagergemeinschaft an der Solidaritätsaktion von Anfang 1941 bis Ende 1944 beteiligten. Der Sold pro Arbeitstag betrug in der Regel 75 Rappen. Von den 7,50 Franken Sold pro Dekade wurden von jedem entweder 50 oder 75 Rappen

und oft ein Franken gespendet. Jedem war die Abgabe seiner Spende ein politisches und moralisches Bedürfnis.<sup>56</sup>

Eine Zusammenstellung der Sammelergebnisse besagt, dass in drei Jahren 3201,22 Schweizer Franken gespendet wurden. Sie sind in Form von «Colis Suisse» oder als Bargeld nach Südfrankreich geschickt worden. Zu diesen Leistungen der Internierten im Sonderlager für «Linksextremisten» kamen die Spenden aus vielen Arbeitslagern, zum Beispiel aus den Lagern Vouvry, Davesco, Murimooos, Thalheim, die sich zu beachtlichen Beträgen summieren.<sup>57</sup>

Zu erwähnen ist, dass durch politische Emigranten zahlreiche Schweizer Bürger gewonnen wurden, ständig Internierte in Frankreich persönlich und direkt durch Lebensmittelpakete oder Geld zu unterstützen. So betreute Dr. Graetz, Bütschwil, die Internierte Gusti Guttmann; Hans Guggenheim, St. Gallen, betreute Helene Nass; Albert Wyler, Winterthur, betreute Malka Padwa; Julius Wyler, Winterthur, betreute Dora Benjamin (später Schaul); Dr. Weil, Apotheker, Bern, betreute Else Lange.<sup>58</sup>

Darüber, wer in Frankreich und in den französischen Interniertenlagern Djelfa und Berruaghia in Algerien die Spenden des schweizerischen «Linksextremisten»-Lagers über «Colis Suisse» und Centrale Sanitaire Suisse erhalten hat, wann und wie oft das geschah, geben Originaldokumente Auskunft; es sind dies die Listen aus dem Archiv der Organisation der KPD in der Schweiz und die Korrespondenzen zwischen dem Lager und den schweizerischen Hilfsorganisationen.<sup>59</sup>

Diese Unterlagen lassen eine leidvolle Periode der vom Faschismus und seinen französischen Helfern verfolgten antifaschistischen Kämpfer ergreifend deutlich werden. Da stehen zum Beispiel unter dem Datum vom 1. August 1941 die Adressen von Heinrich Rau, Vernet, Quartier B, Baraque 9 (B/a); Siegfried Rädcl, Quartier B, Baraque 19 (B/19); Franz Dahlem, ebenda; Fritz Kühn, ebenda. Dann eine Änderung der Adressen; bei Dahlem und Rau heisst sie nun: «Castres, Maison d'arrête.» Hinter dem Namen Fritz Kühn steht am 10. August die Eintragung: «Nach Deutschland zurück.» Hinter den Namen Franz Dahlem und Heinrich Rau ein neuer Vermerk: «Ausgeliefert an Deutschland.» Beim Namen von Luigi Longo, dem ehemaligen Generalinspekteur der Internationalen Brigaden, steht erst

«in Vernet», dann «nach Italien». So geben die Listen Auskunft über die Stationen mancher Kämpfer. Man begegnet in den Listen vielen Namen, darunter denen von Ernst Zöllner, Hans Winkelmann, Karl Gaile, Fritz Lenz, Edgar Linnick, Margarete Menzel (Merker), Hilda Maddalena, Paula Nuding, Erich Jungmann, Heinz Priess; auch spanischen Namen, wie Juan Hernandes, Silverio Lavina, José Ruiz, Ramon Montes. Ausser den berühmten Lagern Gurs, Vernet, Castres, de Brens und den algerischen Lagern Berruaghia und Djelfa findet man als Adressen Camp de Milles, Camp du Rieucros, Camp de Noé, La Guiche, aber auch Privatadressen.

Bald nach Ankunft der Pakete bei den Adressaten gingen im Lager Malvaglia Dankesbriefe ein, und gleich entwickelte sich eine lebhafte Korrespondenz zwischen Spendern und Empfängern. Viele dieser Briefe aus Südfrankreich und Algerien sind im Original erhalten.<sup>60</sup> Die Briefe, nicht selten französisch oder spanisch geschrieben, sind, obgleich sie mit Rücksicht auf die Zensur verfasst wurden und meist auch Zensurstempel tragen, Zeugnisse der Leiden und der Standhaftigkeit der internierten Männer, Frauen und Jugendlichen. Diese Briefe sind oft sehr informativ, denn sie berichten über die entsetzlichen Zustände in den Lagern, sie informieren über die Schicksale einzelner Kampfgefährten. Sie bestätigen, wie gross die materielle Hilfe durch die Pakete war und wie die Solidarität vor allem die moralischen Kräfte stärkte.

Hier einige Auszüge aus Briefen vom Jahre 1942:

Erich Jungmann schrieb am 23. Januar 1942 aus Ain Sebaa bei Casablanca an Bruno (Fuhrmann): «Ich danke Dir für Deinen netten Brief vom 7. Januar und auch für das Colis Suisse, das am 14. Januar ankam ... Ich habe eine grosse Bitte an Dich, Bruno: Tut, was Ihr könnt, für die vielen guten Jungs in den (algerischen – *H.T.*) Lagern . . . Die Namen hatte ich Dir ja mitgeteilt. Denke vor allem an Emil Werner, Willi Bürger, Paul Richter, Viktor Priess, Willi Eildermann, Clemens Hochkepper . . . Die Freunde in Djelfa haben nichts zu lesen. Könnt Ihr ihnen gelesene deutsche Bücher schicken? Franz (Dahlem), Fried (Rädel), Heiner (Rau), Leonhard sind noch in Castres, maison d'arrête! Schreibt ihnen!»<sup>61</sup>

Aus dem Hospital Florae Lozère kam folgender Brief: «Liebe unbekannte Freunde! Ganz überraschend erhielt ich ein Colis Suisse Nr.

1106 aus dem Camp Brens nachgeschickt... Ich habe es mit grosser Freude in Empfang genommen und habe andere an dieser Freude partizipieren lassen, indem ich mit ihnen teilte. Wie Sie sich denken können, ist die Verpflegung hier sehr knapp, und man ist glücklich, wenn man so wunderbare, heutzutage beinahe zur Sage gewordene Dinge bekommt. Das Colis enthielt: 2 Pakete Feigenpaste, 2 Tüten getrocknete Früchte, 1 Tüte Haselnüsse, 1 Tüte schwarze Oliven, 1 Tüte Halva und eine Büchse Ölsardinen. Meinen allerherzlichsten Dank Ihre Käthe Brasch.»<sup>62</sup>

Frank Robert teilte am 28. Februar 1942 mit, dass er aus dem Lager Gurs zur 561. Arbeitskompanie nach Clairefont-Toulouse komme. Er nannte sieben Namen von Gurs-Häftlingen, die Pakete erhalten haben.<sup>63</sup>

Am 21. Mai 1942 schrieb Dora Benjamin aus dem Lager Brens: «Wir bilden hier so eine Art Kollektiv-Familie von acht Personen: drei Österreicherinnen, drei Deutsche, eine Ungarin und eine Spanierin. Wir teilen alle Pakete, und wenn ich für das Paket danke, so geschieht das im Namen von uns allen.» Weiter bat Dora Benjamin für Gusti Guttman, Celia Quintani, Marina Strasch und Betty Rosenfeld, alle Baracke 6, um Pakete.

In einem Schreiben vom 6. Juni 1942 bedankte sich Wilhelm Eilderemann für ein Paket, das er aus dem Lager Djelfa ins Lager Berruaghia nachgeschickt erhielt. Er bezweifelte in dem Schreiben, dass ihm die Ausreise nach Mexiko gelingen werde. (Sie gelang ihm nicht, dafür gelangte er auf mühsame Weise in die Sowjetunion – *H.T.*)<sup>64</sup>

Aus dem Centre de Jeunes (Jugendlager) du Lastic schrieb am 17. Juni 1942 Josef Winterstein: «Als ich heute Euer Colis Suisse bekommen habe, war ich unheimlich überrascht und erfreut. Ich möchte Euch vorerst herzlichst danken und möchte Euch nur sagen, dass Ihr mir einen grossen Dienst erwiesen habt... Ich habe es endlich erreicht, von Gurs wegdetachiert zu werden, und bin jetzt im Dep. Hautes Alpes ... Ich danke Euch nochmals für das Opfer, das Ihr gebracht habt, denn ich weiss ganz genau, dass Ihr Euch dieses Paket vom Mund abgespart habt. . .»<sup>65</sup>

Aus La Guiche schrieb am 28. Oktober 1942 Vas Sándor: «Unter den jetzigen Umständen bedeutet dieses Lebensmittelpaket eine sehr

grosse Hilfe und besonders auch deshalb, weil ich an Lungentuberkulose leide. Eure Hilfsaktion ist um so schätzenswerter, weil Ihr, obwohl selbst interniert, nicht jene vergesst, die es noch schlimmer getroffen haben . . . Eure Hilfe ist derart nützlich und ermutigend, dass ich nicht ausdrücken kann, wie sehr ich Euch verbunden bin. Seid jedenfalls versichert, dass Euer kameradschaftliches Vorgehen mir ... als Beispiel dienen wird . . .»<sup>66</sup>

Aus Brens schrieb am 25. Mai 1942 Emmy Wotitz: «Hier ist für uns, leider im wahren Sinne des Wortes, die Welt mit Brettern vernagelt; um den Stacheldraht noch 2 m hohe Planken . . . Linser Lager hier hat ca. 400 Frauen (inclusive 30 Kinder ca.). Die Insassen sind sehr gemischt, was das Milieu, aus dem sie kommen, und ihre Kultur betrifft. In der Baracke, in der ich bin, sind hauptsächlich politisch Verdächtige, Deutsche, Österreicherinnen, Russinnen, Polinnen usw. Ich bin mit sieben anderen in einer Gemeinschaft. . . Unter uns ist auch eine Spanierin, die unser grosses Sorgenkind ist. Sie ist seit zwei Monaten immerfort krank, hat Fieber, Herzanfänge, Schwäche ... In den Krisen verfällt sie von Tag zu Tag, sie wird durchsichtig, ihre Stimme schwach . . .» Die Briefschreiberin ging weiter auf die kulturelle Arbeit ein und teilte mit, dass der Bericht aus dem Schweizer Lager über die Kulturarbeit wertvolle Anregungen gegeben habe.<sup>67</sup>

Diese wenigen Auszüge sind angesichts der Vielzahl der Briefe nur eine dürftige Widerspiegelung der Mitteilungen, Danksagungen und Informationen, aber sie dürften erkennen lassen, dass sich für die Gemeinschaft im Lager für «Linksextremisten» eine wichtige Arbeit ergab: Jeder der Gemeinschaft schrieb zur Aufrechterhaltung der Kontakte persönliche Briefe nach Südfrankreich oder nach Algerien. Das diente der eigenen Moral und stärkte die Moral der Adressaten in der Ferne. Die aus Frankreich und Algerien bekannt gewordenen Fakten wurden für die antifaschistische Agitation und Propaganda in der Schweiz ausgewertet.

**Juli 1941**

**November 1942**

## **Hitlerdeutschland überfällt die Sowjetunion**

Bereits am 17. Juni 1940 hatten die Vertreter des deutschen Monopolkapitals auf einer Tagung der Reichsgruppe Industrie das Kriegsprogramm unter der Losung «Neuordnung der europäischen Wirtschaft» beträchtlich erweitert. Das ZK der KPD antwortete sofort: «Der Plan der Schaffung eines ‚neuen Europas‘ . . . läuft auf nichts anderes hinaus, als über ganz Europa die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus zu errichten . . .»<sup>1</sup>

Den deutschen kommunistischen Emigranten in der Schweiz war wie allen Kommunisten in der Welt klar, dass sich der deutsche Imperialismus mit den Blitzsiegen der Hitlerarmee im ersten Kriegsjahr nicht zufriedengeben würde. Nachdem er fast ganz Europa unter seine Herrschaft gezwungen hatte, war es völlig deutlich geworden, dass die faschistische Militärmacht eiligst danach strebte, die längst gehegten verbrecherischen Pläne gegen die Sowjetunion zu verwirklichen. Von Radós Genfer Funkdienst wurde – wie auch von dem deutschen Kundschafter Richard Sorge aus Japan – nach Moskau gefunkt: «Am 22. Juni beginnt der Kriegsüberfall auf die Sowjetunion.» Die Meldungen bestätigten sich: Heimtückisch, ohne Kriegserklärung,

begann in der Nacht zum Sonntag, dem 22. Juni 1941, Hitlerdeutschland den Krieg gegen die Sowjetunion. Die faschistischen Panzerrollten schon einige Stunden über die sowjetische Grenze, Flugzeuge warfen schon ihre Bombenlast ab, Artillerie feuerte schon aus allen Rohren, die Bodentruppen hatten schon Dörfer in Brand gesteckt und mit den Metzleien begonnen, als die Welt am Morgen des 22. Juni über den Rundfunk von dem Überfall erfuhr. Das grösste Verbrechen des deutschen Imperialismus und Militarismus hatte begonnen.

Die Gemeinschaft des Lagers Malvaglia erfuhr frühmorgens sechs Uhr davon, als Franz Obermanns, der Dienst in der Tagesbaracke hatte, in die Schlafbaracke geeilt kam und ausser Atem rief: «Hitler hat den Krieg gegen die Sowjetunion begonnen! Das Radio meldet es. Die faschistischen Banditen haben die Sowjetunion überfallen!» Die aufgeschreckte Mannschaft sprang blitzschnell von den Strohsäcken, eilte in die Tagesbaracke und hörte in tiefster Erregung die Wiederholungen der Nachricht.

Die Leitung der KPD-Organisation des Lagers beschloss, sofort gemeinsam mit den Österreichern eine Versammlung durchzuführen. Beim Frühstück wurde von Tisch zu Tisch durchgegeben, dass sich die Genossen in der Felsenspalte hinter dem Lager treffen sollten.

Idi war als Redner bestimmt worden und sagte sinngemäss: Hitlers Aggressionsarmee ist in die Sowjetunion eingebrochen. Wie viele Rotarmisten werden schon ihr Leben gegeben haben! Wir sind von tiefem Mitgefühl für unsere sowjetischen Brüder erfüllt. . . Blicken wir der Wahrheit ins Gesicht, seien wir uns klar darüber, dass viel Blut fliessen wird, dass der härteste aller Kriege begonnen hat. Machen wir uns gefasst darauf, dass der deutsche Faschismus, der über eine mächtige und erfahrene Armee verfügt und dem das Kriegsmaterial fast ganz Europas zur Verfügung steht, den Sowjetvölkern gewaltige Opfer abverlangen wird, dass es den faschistischen Angreifern gelingen kann, weit ins Sowjetland einzudringen. Hitler wird Siege verkünden können. Aber davon darf sich niemand beirren lassen. Hitler wird Siege feiern können, aber den Krieg verlieren. Der deutsche Imperialismus führt einen ungerechten Krieg, die Sowjetunion führt einen gerechten Krieg. Die Nazis haben darauf spekuliert, die Sowjetunion lasse sich bewältigen wie Holland, Belgien, Frank-

reich. Doch was in den ersten Jahren der jungen Sowjetmacht die vierzehn imperialistischen Staaten mit ihrem Krieg gegen das Sowjetland nicht fertigbrachten, kann Hitler erst recht nicht erreichen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird sich als stärker erweisen als die monopolkapitalistische; die Rote Armee wird siegen, weil sie eine sozialistische Armee ist. Unsere Sache ist es, mit allen unseren Kräften die Wahrheit über die verbrecherische Kriegspolitik Deutschlands zu verbreiten, die Wahrheit über die Sowjetunion zu verkünden und darzulegen, dass das Hitlerregime gestürzt werden muss, damit der Krieg beendet wird, bevor Europas Völker im Blute ertrinken. Machen wir klar, dass der Krieg gegen die Sowjetunion gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtet ist und das grösste Verbrechen gegen die deutsche Nation darstellt.

Nachdem die «Internationale» mit verhaltenen Stimmen gesungen worden war, kehrten die Teilnehmer in die Baracken zurück. In den nun folgenden lebhaften Diskussionen wurde diese Stellungnahme zum faschistischen Überfall gebilligt. Es war ja nicht nur die persönliche Meinung des Sprechers, die in dieser Rede geäussert wurde; die Orientierung ergab sich aus der klassenmässigen Erkenntnis der Geschichte, aus der Geschichte der Sowjetunion, aus der gesamten Leninschen Politik des Sowjetstaates und aus der generellen Linie, die in den Dokumenten des ZK der KPD gegeben war. Wolfgang Langhoff rief die Genossen und Sympathisierenden des Zürcher Schauspielhauses zusammen; es war kein Zufall, dass er im gleichen Sinne sprach.

Dass die Darlegungen richtig waren, sollte sich schon nach wenigen Tagen bestätigen, denn am 24. Juni 1941 wurde durch den Moskauer Rundfunk der Aufruf des ZK der KPD bekannt. Darin wurde der faschistische Überfall als der verhängnisvollste Schlag gegen die Interessen unserer Nation bezeichnet. Der Aufruf wies auf die unvermeidliche Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus hin und erklärte: «Unser Feind steht im eigenen Land: Die faschistischen Landsknechte der Grosskapitalisten, der Kriegsgewinnler sind unser Feind! Der gemeinsame Sieg der Roten Armee und der um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völker wird auch der Sieg unseres deutschen Volkes sein.»<sup>2</sup>

Diese einzig ridatige Einschätzung der augenblicklichen Situation

und die Voraussage unseres sicheren Sieges waren der Grund dafür, dass die Moral der kommunistischen Emigranten auch nicht einen Tag erschüttert wurde. Die Kommunisten zeigten Standvermögen, denn sie verstanden, dass das deutsche Monopolkapital den Krieg verlieren musste, obgleich ihnen der Kriegsverlauf zunächst nicht recht zu geben schien. Die Rote Armee ging zurück, die faschistischen Armeen stiessen über die baltischen Sowjetrepubliken nach Leningrad vor, über Minsk in Richtung Moskau, über Shitomir nach Kiew. Die Nazi-propaganda überschlug sich; grosse Bevölkerungsteile in Deutschland wurden siegestrunken gemacht.

Presse und Rundfunk der schweizerischen Bourgeoisie gaben den Freudenlärm der faschistischen Sieger wieder, und die Kinos zeigten die vorrückenden Eroberer. Die «Liga Aubert» hatte Hochkonjunktur. Diese Liga, die sich auch «Entente gegen die III. Internationale» nannte, war eine Gründung des erzreaktionären Genfer Rechtsanwalts Theodore Aubert, der 1918 Mitbegründer der Bürgerwehren zur Niederschlagung des Generalstreiks der schweizerischen Arbeiter gewesen war. Er hatte vor Gericht Conradis verteidigt, der am 10. Mai 1923 den sowjetischen Gesandten Worowski ermordet hatte. Dieser Aubert, ein heisser Verehrer des Faschismus und fanatischer Feind des Bolschewismus, belieferte mittels seiner Liga die schweizerische Presse massenweise mit Lügenartikeln über die Sowjetunion.

In den antifaschistischen Teilen der schweizerischen Bevölkerung zeigte sich tiefe Niedergeschlagenheit. «Wie kann Hitler besiegt werden», so war zu hören, «wo doch seine Streitkräfte über sieben Millionen Mann zählen, wo er doch über alle ökonomischen Mittel fast ganz Europas und über eine riesige Rüstungsproduktion verfügt?» Schwer erkennbar war für viele die von den Kommunisten vertretene Wahrheit: Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus und Militarismus stehen im Widerspruch zu den Gesetzmässigkeiten der Geschichte; mit dem Angriff auf die Sowjetunion hat der Faschismus begonnen, sich das Grab zu schaufeln. Vorerst hat zwar der verbrecherische Aggressor die militärischen Vorteile auf seiner Seite, doch die Situation wird sich ändern.

Für die deutschen Kommunisten in der Schweiz wurde der seit dem 10. September 1941 von Moskau aus täglich ausstrahlende «Deutsche Volkssender» die wichtigste Informationsquelle.

Er lieferte die Argumente: Als überlegen werden sich die sozialistische Gesellschaftsordnung, die Macht des Sowjetstaates, die Vorzüge der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft, das sozialistische Bewusstsein und die sozialistische Moral der Sowjetbürger, der sozialistische Internationalismus und Sowjetpatriotismus erweisen. Die Ziele der Sowjetunion stimmen vollkommen mit den Interessen der Völker, mit der nationalen Politik der KPD und den Lebensfordernissen des deutschen Volkes überein.

Die Verbreitung dieser Wahrheiten stiess aber auf wachsende Schwierigkeiten: Durch Verhaftungen, aber auch infolge vermehrter Einberufungen zur Naziwehrmacht gingen weitere süddeutsche Anlaufstellen verloren. Hinzu kam, dass die schweizerisch-deutsche Grenze für unsere Instruktoren noch weniger Lücken als vormals zum Durchschlüpfen liess; es blieben nur wenige Möglichkeiten zwischen Thayngen und Singen. Verbindungen durch Eisenbahner waren jetzt auch nur hin und wieder möglich. So günstig war die Lage hinsichtlich der illegalen Verbindung durch Eisenbahner nicht, wie sie die Gestapo in einem Bericht vom 14. November 1941 darstellte. Da heisst es: «Die Gefahr einer Verbindung nach dem Ausland ist insofern gegeben, als das zum Teil kommunistisch eingestellte Reichsbahnpersonal die Personen- und Güterzüge in die Schweiz begleitet und dort Gelegenheit hat, mit Emissären in Verbindung zu treten.»<sup>3</sup>

Eine dieser seltenen Gelegenheiten in jener Zeit bestand über Blandina Rohrsdorfer. Sie war Österreicherin, als Waise in der Schweiz gross geworden. Nach der faschistischen Besetzung Österreichs wurde sie, wie viele Österreicher, von der Deutschen Gesandtschaft in Bern zur deutschen Staatsangehörigen erklärt und zum Arbeitsdienst nach Deutschland befohlen. Alle Proteste nutzten nicht, weil die schweizerischen Behörden auf Befolgung des Gesandtschaftsbefehls bestanden. Blandina Rohrsdorfer musste die Schweiz verlassen. Vorher hatte sie Genossen Eichelsdorfer kennengelernt, der sie für die Parteiarbeit gewann. Blandina Rohrsdorfer wurde in den Dienst der Deutschen Reichsbahn genommen; so kam es, dass sie auch ostschweizerisches Gebiet befuhr. Die so entstandene Verbindung war wichtig und wurde noch nützlicher gegen Ende des Krieges.

Mehr als vorher wurde der Rhein als Transporteur illegaler Schrif-

ten benutzt. Dass dies so war, bestätigt ein Bericht des Reichssicherheitshauptamtes vom November 1941, in dem es heisst: «Im Bezirk der Stapoleitstelle Karlsruhe wurden in letzter Zeit erneut kommunistische Flugblätter erfasst, die aus der Schweiz eingeführt worden waren. Die Flugschriften, die in schwarzem Papier oder in Cellophanpapier wasserdicht zu je 14 Stück verpackt waren, wurden in Baden, nächst der Schweizer Grenze, an verschiedenen Stellen aus dem Rhein gefischt oder zwischen den Gleisanlagen im Bahnhof Basel sowie in mehreren aus der Schweiz kommenden leeren Kohlen- und sonstigen Güterwagen gefunden. Weitere Cellophanpackungen mit solchen Flugblättern sind rheinabwärts getrieben worden. Die Päckchen, von denen bisher 50 Stück erfasst werden konnten, enthielten zwei verschiedene kommunistische Flugblätter. Das eine Flugblatt trägt die Überschrift ‚Vor dem dritten Kriegswinter – Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen!<sup>4</sup>, während die Ausführungen in dem anderen mit der Anrede ‚Deutsche Soldaten, Kameraden!‘ und den Worten ‚Im Osten fließt Blut in Strömen‘ beginnen. Beide Schriften enthalten die Aufforderung, unter Anwendung aller Mittel den Kampf für die schnellste Niederlage Hitlers zu organisieren, denn ‚Hitler muss fallen, weil Deutschland leben will!‘»<sup>4</sup>

### **Die «Deutschen Nachrichten» zum Überfall auf die Sowjetunion**

Alle Erschwernisse vermochten nicht, die Herstellung illegaler Druckerzeugnisse aufzuhalten. Als erste illegale Schrift nach dem Überfall auf die Sowjetunion stellte die Organisation der KPD in der Schweiz die «Deutschen Nachrichten» her, von denen mehrere kleine Sendungen nach Süddeutschland gelangten. Auf den sieben hektografierten Seiten im Format DIN A 4 wird der Charakter des Krieges dargelegt und eine klare Orientierung auf den antifaschistischen Widerstand gegeben.

Der erste Artikel beginnt folgendermassen: «Himmler, der blutrünstige Chef der blutrünstigen Gestapo und SS tat im Jahre 1938 . . . den Ausspruch: ‚In einem kommenden Krieg werden wir vier Kriegsschauplätze haben: einen zu Lande, einen zu Wasser, einen in der Luft

# Deutsche Nachrichten

Nr. 1

Mitte August 1941

Was wollen die Deutschen Nachrichten?

Die Deutschen Nachrichten wollen einem dringenden Bedürfnis abhelfen, nämlich: sie wollen die daran Interessierten aus erster Quelle über das Leben des deutschen Volkes und der von Hitler unterdrückten Völker unter den Bedingungen des faschistischen Krieges informieren. Die Deutschen Nachrichten wollen keine "Frontberichte" im herkömmlichen Sinne bringen; sie werden jedoch ihrem Leserkreis über die Stimmungen der deutschen Soldaten berichten, um Hand dessen sich jeder Leser ein eigenes Bild über die Moral der deutschen Soldaten, über ihre "Kriegsbegeisterung" usw. machen kann. Die Deutschen Nachrichten werden über die Stimmungen im deutschen Volk, sie werden von den Widerstandsbewegungen des deutschen Volkes gegen das Naziregime berichten. Die D.N. werden Informationen bringen aus den von der deutschen Kriegsmaschine eroberten und besetzten Ländern. Die D.N.

und einen nicht minder gefährlichen: den Kriegsschauplatz Innerdeutschland/ Damit dokumentierte der oberste deutsche Polizeichef, dass das deutsche Volk trotz Terror und Versprechungen, obwohl seine besten Söhne und Töchter getötet oder in die Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen wurden, mit Hitlers Kriegspolitik nicht einverstanden ist. . . Das deutsche Volk will den Frieden.»

Im Anschluss an den Leitartikel sind Briefe aus Süddeutschland abgedruckt, die die Stimmung der Bevölkerung wiedergeben. In einem Brief, der illegal in die Schweiz gelangt war, heisst es: «Mir geht es noch gut. . . Jedoch viele unserer Freunde wurden erneut verhaftet. Alles, was von früher als zu uns gehörig bekannt war, kam erneut in ein KZ. Ihr wisst, unsere Stadt hat rund 18'000 Einwohner. Inzwischen sind bereits von hier über 500 Gefallene zu verzeichnen und nach unseren Feststellungen 186 wegen ‚Staatsgefährlichkeit‘ in Gefängnisse und Konzentrationslager gekommen. Und trotzdem wächst ständig die Zahl derer, die die baldige Beendigung des Krieges wollen. Es ist wahr, die Lebensmittelnot ist heute noch nicht so gross wie 1917, und doch kann man sagen, dass die Friedenssehnsucht bereits grösser ist als damals . . .»

Den Briefen folgen Meldungen aus Konstanz, Freiburg, Lörrach, Stuttgart und Augsburg, die konkrete Angaben über die Gefallenenzahlen dieser Orte enthalten und ebenfalls die Stimmung in der Bevölkerung wiedergeben. So ist zu lesen: «Fortgeschrittene Arbeiter werfen in bestimmten Kreisen die Frage auf, wer schuld ist an diesem Morden, und dabei besteht die einmütige Auffassung, dass es Hitler

ist. Andere verlangen offen die Beendigung des Krieges, ohne dass sie bis jetzt die Frage der Kriegsschuld stellen.»

«Fallt dem Henker Hitler in die Arme!» Diese Losung, die mit Kreide an eine Berliner Hauswand geschrieben worden war, bildet die Überschrift des nächsten Artikels. Darin stehen folgende Sätze: «Du erwirbst Dir das Anrecht auf die Früchte des Sieges, wenn Du mit allen freiheits- und friedliebenden Kräften in einer Kampffront gegen die faschistische Barbarei stehst. Die Völker der Sowjetunion, die ihr Vaterland und ihre sozialistischen Errungenschaften verteidigen, sind die Verbündeten aller, denen Freiheit, Menschenrechte, Glück und Wohlstand des Volkes verteidigungswürdige Begriffe sind. Hilf auch Du, der Du diese Ideale hegst, an Deinem Platz mit den Dir zur Verfügung stehenden Kräften und Möglichkeiten mit; verwirkliche auch Du die Parole der Berliner Arbeiter: Fallt dem Henker Hitler in die Arme!»

Unter der Überschrift «Deutsche Soldaten desertieren» ist unter anderem zu lesen: «In den ersten Tagen des Angriffs desertierten zwei deutsche Soldaten in die Schweiz. Diese erklärten, über das Motiv ihrer Desertion befragt: .Gestern abend kam der Befehl zum Abmarsch. Für uns ist es klar, dass wir an die Ostfront geworfen werden sollen. Und an die Ostfront gehen wir nicht!»

Ein weiterer Artikel berichtet über den antifaschistischen Widerstand in Rumänien; darin sind Einzelheiten über die grausamen Judenmassaker in Rumänien enthalten. Die Zeitung fordert ferner zum regelmässigen Abhören des Moskauer Senders auf und gibt alle Sendezeiten und Wellenlängen bekannt.

Die nächste Ausgabe der «Deutschen Nachrichten» – ohne Datum, aber offenbar von Anfang Oktober – beschäftigt sich im Leitartikel mit dem Freiheitskampf der von der deutschen Armee unterdrückten Völker. Für diese Völker, heisst es, «wird der Krieg erst mit der endgültigen Niederlage Hitlers beendet sein. . . Die Interessen der Sowjetunion sind identisch mit unseren ureigensten Interessen. Deshalb, so sagen sich diese von Hitler unterdrückten Völker, müssen wir alles tun, um Hitler zu schädigen, denn was Hitler schadet, nützt uns. Jede Kurbelwelle, jeder Motorzylinder, jedes Geschütz, jede Bombe und Granate, die weniger produziert werden, verkürzt den Krieg, verringert die Opfer – schadet Hitler und nützt uns!»

Diesem Artikel mit den konkreten Anleitungen zur antifaschistischen Tat folgt ein Beitrag, der den «Patriotismus» der herrschenden Klasse entlarvt und darlegt, dass die wahren Patrioten die mutigen und selbstlosen antifaschistischen Kämpfer sind. Die Kurzberichte in dieser Ausgabe, die aus Grenzach, Karlsruhe und Mannheim, aus Hessen, Berlin und Köln stammen, lassen anschaulich die Antikriegsstimmung breiter Kreise erkennen, zeigen aber auch, dass es noch nicht zu bedeutenden Aktionen gekommen war.

Der abschliessende Artikel bringt grauenvolle Tatsachen über massenhafte Geiselmorde der Nazibarbaren; er wendet sich an die verschiedenen Volksteile und fordert mehr Mut zum Widerstand. «Mehr Mut! Der Mut entwickelt sich mit dem Bewusstsein, dass man für die gerechte Sache kämpft. Besinnt euch auf eure Menschheitspflicht und besonders du Arbeiter auf deine Klassenpflicht! . . . Uns dünkt, eure Maschinen laufen zu schnell. Zeigt euch eurer Freiheits-tradition würdig, zeigt mehr Mut!»<sup>5</sup>

### **Die «Süddeutsche Volksstimme» zur Moskauer Winterschlacht**

Eine wichtige ideologische Waffe der KPD-Organisation in der Schweiz blieb auch in dem hier behandelten Zeitabschnitt die illegale «Süddeutsche Volksstimme». Sie erschien allerdings nicht mehr allmonatlich, sondern bis April 1945 in grösseren Zeitabständen. Hauptsächlich wurde sie in der Schweiz verkauft, gelangte aber auch in kleinen Mengen nach Süddeutschland. Sie ermöglichte dem Leser ebenfalls eine klare Orientierung. Als Beispiel möge die im November 1941, also vor der Moskauer Winterschlacht, erschienene Ausgabe dienen, die den beachtlichen Umfang von 36 hektographierten Seiten hat.

Der Leitartikel stellt fest, dass Hitlers Blitzkriegspläne gescheitert waren, dass die Siege der faschistischen Horden zu Niederlagen wurden. Weiter ist zu lesen: «Vergleicht man den Stand der Kampfhandlungen mit den Zielen Hitlers, die er in seiner letzten Sportpalastrede nannte, so ist ohne Weiteres festzustellen, dass ihm die Rote Armee durch ihren zähen Widerstand einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht hat. . . . Eines scheint schon jetzt festzustehen, der Winter 1941/1942 wird den Faschisten keinesfalls eine Pause in den

Kampfhandlungen bringen. Selbst in den Zeiten des stärksten Kälteeinbruchs wird die Rote Armee den Kampf fortsetzen und Voraussetzungen für die entscheidenden Kämpfe gegen den Faschismus im kommenden Frühjahr schaffen.»

Die Voraussage der «Süddeutschen Volksstimme» erfüllte sich, allerdings nicht erst im Frühjahr, sondern bereits nach wenigen Tagen in der Winterschlacht vor Moskau.

Die Zeitung schreibt weiter über die Unvermeidlichkeit des wachsenden Widerstandes der vom Faschismus überwältigten Völker. Es heisst da: «Diese Völker haben in ihrer grossen Mehrheit erkannt, was die sogenannte Neuordnung Europas ... für sie bedeutet. Ein System der Gemeinheit, der Niedertracht und Grausamkeit. . . hatte und hat auch in Zukunft keine andere Antwort zu erwarten als die, die es besonders seit Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion erhalten hat. Nur Narren und gekaufte Kreaturen konnten sich der Hoffnung hingeben, dass diese Völker treue Stützen der faschistischen Neuordnung sein würden.»

In deutlicher Anspielung auf die Schweizer Reaktion, auf Herrn Pilet-Golaz und seinesgleichen, heisst es weiter: «Zu ihnen gehören auch solche Elemente, die schon wiederholt bewiesen haben, dass sie von dem Wort Neutralität einen recht sonderbaren Begriff haben und infolgedessen auch vom ‚neutralen‘ Ausland her ein Loblied auf Hitler und seine ‚Neuordnung‘ singen, eine ‚Ordnung‘ also, die überall, wo sie vorübergehend Fuss fassen konnte, Masseneleid und Masseneleid hinbrachte, die nur Entbehrung und Hunger verordnet und sich hierbei auf den Galgen, das Fallbeil und die Bajonette stützt.»

Die «Süddeutsche Volksstimme» nimmt Bezug auf Karl Marx, der während des deutsch-französischen Krieges 1870 schrieb, dass die Geschichte ihre Vergeltung nicht nach der Ausdehnung der von Frankreich abgerissenen Quadratmeilen bemessen werde, sondern nach der Grösse des Verbrechens. . . Und der Artikel fährt fort: «So wird die Geschichte auch dieses Mal ihre Vergeltung bemessen, nicht nach Ausdehnung der von Hitler besetzten Gebiete, sondern nach der Grösse seines Verbrechens.»

Über die Aufgaben des deutschen Volkes heisst es: «Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich vor eini-

gen Wochen mit einem Aufruf an das deutsche Volk gewandt, in welchem unter anderem gesagt wird: ‚Die einzige Rettung für das deutsche Volk besteht darin, mit dem Krieg Schluss zu machen. Um aber mit dem Krieg Schluss zu machen, muss Hitler gestürzt werden. Der Krieg wird so lange weitergehen, wie Hitler und seine Bande Deutschland regieren . . .‘» Es handelte sich um den Aufruf vom 6. Oktober 1941, der als nationales Aktionsprogramm der KPD konkret den Ausweg aus der Kriegskatastrophe, den Weg zur Rettung des deutschen Volkes zeigte.

In den weiteren umfangreichen Beiträgen der gleichen Ausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» fand das nationale Aktionsprogramm seine Begründung, denn aus den Analysen zur Situation im faschistischen Deutschland, aus den faktenreichen Materialien über die soziale Lage, über die Terrorisierung und Schröpfung der Volksmassen, über die Kriegswirtschaft ergab sich, dass der Weg zum Frieden und zu einem wahren demokratischen Deutschland über den Sturz der Nazihererschaft führen musste.

Die «Süddeutsche Volksstimme» druckte ein in Süddeutschland vorbereitetes, aber in der Schweiz hergestelltes Flugblatt im vollen Wortlaut nach. Wir entnehmen daraus einige Stellen: «Angstvoll geht ihr diesem Winter entgegen, der eure Leiden noch verschlimmert. Nach dem Willen einer Clique von Verbrechern, die sich heute noch Regierung des deutschen Volkes nennt, soll die ganze Erde ein einziger riesiger Mordplatz werden . . . Eure Männer, Brüder, Väter und Söhne verbluten nur deshalb, weil es eine Handvoll abgefemter faschistischer Schurken samt ihren kapitalistischen Hintermännern so haben wollen . . . Die faschistischen Propagandisten verheimlichen euch die Tatsache, dass das russische Gebiet, welches vorübergehend von den Deutschen besetzt wurde, mit ungeheuren Blutopfern erkämpft werden musste. Warum verschweigen die Nazis die enormen Verluste der Deutschen an der Ostfront, weshalb dürft ihr die Wahrheit nicht wissen? . . . Schaut nach den von den Faschisten besetzten Ländern, wo die unterdrückten Völker einen heldenmütigen Kampf um ihre Freiheit führen. In all diesen Ländern, ohne Ausnahme, wächst das Vertrauen zur Sowjetunion und zu der tapferen Roten Armee, während gleichzeitig überall der ganze Hass dieser Völker ge-

gen den Faschismus in aktiven Handlungen zum Ausdruck gebracht wird. Durch Sabotageakte aller Art versetzen sie der deutschen Kriegsmaschine schwere Schläge. Jeden Tag meldet die ausländische Presse neue Heldentaten dieser mutigen Kämpfer gegen den Faschismus. Hier fliegt ein Munitionslager der Faschisten in die Luft, dort ein mit Kriegsmaterial beladenes Schiff. Bald melden die Zeitungen, dass ein mit der Bahn beförderter Transport infolge Heisslaufens der Achsen liegenbleiben musste . . . Erhebt euch und handelt wie eure Brüder in den besetzten Ländern . . . Der Krieg wird unmöglich, wenn ihr einen Willen habt und ihn für den Frieden einsetzt. Trotz aller Fallen und Schlingen, die euch die Gestapo stellt, trotz des Terrors dieser Banditen habt auch ihr Mittel und Wege, um dazu beizutragen, den Krieg abzukürzen und das faschistische System zu stürzen.»

Die Zeitschrift entlarvte auf sarkastische Weise die Lügen der Nazis und des Oberkommandos der Wehrmacht. Ausgehend davon, dass Hitler am 3. Oktober 1941 im Sportpalast verkündet hatte, dass nur noch der letzte Hieb zu erfolgen habe, um den Feind vor Einbruch des Winters zu zerschmettern, wurden die Frontberichte der Faschisten aus der Zeit vom 8. bis 19. Oktober als schamlose Fälschungen widerlegt. Nach diesen Berichten wurde der Feind angeblich zerschmettert, zertrümmert, vernichtet, aufgegeben, eingekreist, zerschlagen, erledigt. Die Armee Timoschenkos, schon dreimal «vernichtet», wurde am 10. Oktober wieder «zusammengedrängt» und noch einmal «vernichtet». Diesen Nazilügen wurde die Wahrheit entgegengestellt: «Seit Monaten führt nun die in den OKW-Berichten ‚geschlagene und zerschmetterte‘ Rote Armee an allen Fronten heftige Kämpfe und fügt besonders jetzt vor Moskau den Faschisten schwere Verluste zu.»<sup>6</sup>

In den folgenden Ausgaben der «Süddeutschen Volksstimme» wurde dargelegt, dass mit der Winterschlacht um Moskau die Wende im Kriegsgeschehen ihren Anfang nahm. Die Sowjetarmee war Ende November 1941 zur Offensive übergegangen. Die Naziwehrmacht konnte Moskau und Leningrad nicht besetzen, sondern wurde verlustreich abgeschlagen. Der Blitzkriegsplan Hitlers und seiner Militärs war gescheitert. Erstmals erlitt der faschistische Aggressor eine schwere Niederlage. Die faschistische Wehrmacht wurde des Nimbus

der Unbesiegbarkeit entkleidet. Über all das schrieb die «Süddeutsche Volksstimme».

Die Zeitschrift berichtete auch über die Entwicklung der Antihitlerkoalition seit dem sowjetisch-britischen Abkommen vom 12. Juli 1941. Bei der Darlegung dieser Entwicklung propagierte die «Süddeutsche Volksstimme» die Politik des ZK der KPD, zeigte sie Weg und Ziel des antifaschistischen Kampfes, appellierte sie, die Einheitsfront der Arbeiterklasse, Grundlage einer breiten Volksfront, zu schaffen.

Eine Sonderausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» enthielt die Rede Stalins zum 24. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution. Themen weiterer Ausgaben bis zum Januar 1942 waren: «Über gerechte und ungerechte Kriege», «Worte zum Asylrecht», «Stalin schlägt Hitler».

In einer Broschüre, die die KPD-Organisation in der Schweiz im März 1942 unter dem Titel «Hinein ins zehnte Jahr des Tausendjährigen Reiches» veröffentlichte, wurde ebenfalls die Unvermeidbarkeit der Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus dargelegt. Verfasser war Walter A. Schmidt. Weiterhin erschien die Monatschrift «Der Deutsche», um der chauvinistischen Verseuchung in der Deutschen Kolonie durch die siegesberauschten Nazis in der Schweiz entgegenzuwirken. Somit ergeben die publizistischen Leistungen in jener Periode eine ansehnliche Bilanz.

Eine wertvolle Hilfe im ideologischen Kampf aller Antifaschisten waren die von Genossen der illegalen Kommunistischen Partei der Schweiz seit Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion zweimal im Monat herausgegebenen «Russischen Informationen».<sup>7</sup> Die ersten fünf Ausgaben waren hektographiert, die späteren erschienen gedruckt. Alle Beiträge dieser Zeitschrift zeichneten sich durch hohes inhaltliches und journalistisches Niveau aus. Besonders bei der Lektüre der gedruckten Ausgaben meint man, die frühere «Inprekorr» oder die bis zum Verbot in Basel erschienene «Rundschau» vor sich zu haben.

Die «Russischen Informationen» enthielten ausführliche Artikel, Berichte, Analysen über die Kampfhandlungen, über die sowjetische Industrie, Landwirtschaft und Kultur. Die faschistische und die sowjetische Methode der Kriegführung wurden einander gegenübergestellt; so wurde auch bewiesen, dass die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen Angehörigen der Hitlerarmee eine menschliche

Behandlung erfahren, wie sie in der Geschichte aller Kriege noch nicht dagewesen war.

So haben die «Russischen Informationen» beigetragen, die Wahrheit über die Sowjetunion in der Schweiz zu verbreiten. Sie gaben eine klare Orientierung, halfen, den Defätismus zurückzudrängen, sie vermittelten Zuversicht und Vertrauen in den Sieg von Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Festzuhalten ist aber auch, dass die «Russischen Informationen» illegal, also in nicht grosser Auflage, erschienen, während sich über die Massen der Eidgenossen weiterhin die Lügenflut aus der Sudelküche der Liga Aubert, der bürgerlichen und der meisten sozialdemokratischen Zeitungen sowie selbstverständlich der einheimischen und der deutschen Nazis ergoss.

### Ein «Erfolg» der Polizei und ein Gerichtsprozess

Die Aktivität der deutschen Kommunisten war für die Schweizer Polizei Anlass zu verstärkter Fahndung. Über einen «Erfolg» lassen wir zwei Schweizer Zeitungsmeldungen folgen. Am 5. März 1942 berichtete die «Neue Zürcher Zeitung»: «Im Verlauf einer Aktion gegen ausländische kommunistische Funktionäre . . . wurden in Bern, Zürich und Basel politische Emigranten verhaftet. Bei diesen handelt es sich um Funktionäre der illegalen KPD. Zwei von ihnen (Paul Meuter und Christian Wolf – H.T.) hatten sich schon seit mehreren Jahren in Basel aufgehalten und bei politischen Gesinnungsfreunden Unterschlupf gefunden, die stets wieder Mittel und Wege ausfindig machten, um ihre Schutzbefohlenen den Nachforschungen der Polizei zu entziehen...

Einen Tag später, am 6. März, berichtete die Basler «National-Zeitung»: «In der letzten Zeit machte sich im ganzen Land neuerdings eine verstärkte Agitation illegaler kommunistischer Kreise bemerkbar, die in der Hauptsache in der Herstellung und im Vertrieb kommunistischer Literatur und Werbeschriften bestand. Im Zusammenhang mit einer Aktion verschiedener kantonaler Polizeiorgane sind in Zürich mehr als ein halbes Dutzend führender deutscher Kommunisten verhaftet worden. Sechs weitere ehemalige deutsche Funktionäre der KPD sind von der Politischen Polizei in Basel festgenommen

worden. Die Verhafteten haben gemeinsam mit schweizerischen Parteimitgliedern führenden Anteil an der verbotenen unterirdischen Tätigkeit der Kommunisten.»

Gegen die verhafteten deutschen Kommunisten verfügte die Bundesanwaltschaft die Auslieferung an Hitlerdeutschland. Daraufhin erfolgte starker Protest vieler Schweizer. Pfarrer Kobe und andere fortschrittliche Bürger, auch einige sozialdemokratische Abgeordnete, wurden in Bern vorstellig. So unterblieb die Auslieferung an die Henker, aber es wurde die Internierung verfügt.

Es kam zu einem Gerichtsprozess, der auf Betreiben der Bundesanwaltschaft im Dezember 1942 vom Zürcher Bezirksgericht angezettelt wurde. Dabei ging es hauptsächlich um die Zeitschrift «Der Deutsche». Die Annahme scheint gerechtfertigt, dass der Nazigesandte Köcher in Bern die Bundesanwaltschaft zu der Gefälligkeit ermunterte, denn «Der Deutsche» erzürnte die Nazis sehr. Das zeigt das folgende Schreiben der Polizeileitstelle Karlsruhe vom 24. September 1942 an das Reichssicherheitshauptamt: «Betrifft: Hetzschrift ‚Der Deutsche‘. Anliegend überreiche ich eine Fotokopie der schweizerischen Hetzschrift ‚Der Deutsche‘, die durch Einwerfen in Hausbriefkästen in Basel an Deutsche verbreitet wurde.»<sup>8</sup> Das RSHA forderte daraufhin das Original an und erhielt es am 13. Oktober 1942 zugeschickt.

Hier einige Artikelüberschriften dieser zwölfseitigen, einzeilig mit Schreibmaschine geschriebenen und vervielfältigten Nummer: «Deutschland siegt sich zu Tode», «Berichte aus der Heimat», «An der Ostfront fällt die Entscheidung», «Das danken wir dem Führer», «Sie lügen, dass sich die Balken biegen», «Die Not der Mutter», «Der Soldat stirbt, der Kapitalist verdient».

Angeklagt waren Paul Meuter, Christian Wolf, Walter A. Schmidt, seine Frau Elise, Elvira Nieper und die Schweizer Bürger Henriette Friedrich (später Meuters Frau), Mathilde Delnon und Johann Plattner. Ihre Verteidiger waren die sozialdemokratischen Rechtsanwälte Zellweger und Ernst Rosenbusch.

Der Prozess verlief allerdings nicht nach dem Wunsch der Berner Herren. Paul Meuter, der aus dem Interniertenlager im Tessin zum Prozess nach Zürich musste, berichtet: «Früh am 21. Dezember 1942 wandte sich Rechtsanwalt Zellweger mit der Bemerkung an mich, dass ja das heutige Datum ein gutes Omen für die Verhandlung sei.

Als ich ihn etwas erstaunt ansah, meinte er: Ja, wissen Sie denn nicht, wer heute Geburtstag hat?' Ich wusste es nicht. Nach dem üblichen Zeremoniell einer Gerichtsverhandlung begann Zellweger sein Plädoyer mit folgenden Worten: ‚Ich habe vorhin den Hauptangeklagten gefragt, ob er wisse, wer heute Geburtstag habe. Er hat nicht gewusst, dass heute Stalins Geburtstag ist. Das ist für mich der Beweis, dass mein Klient nicht der aktive Kommunist sein kann, als den ihn die Anklage darstellt. Seine politische Betätigung war gegen das Naziregime gerichtet, aber es ist keinesfalls bewiesen, dass sie gleichzeitig kommunistisch war.‘ Der Verteidiger wies darauf hin, dass bei den anderen Angeklagten der Beweis einer kommunistischen Betätigung noch weniger erbracht sei.»<sup>9</sup>

Die Verteidigungstaktik des sozialdemokratischen Rechtsanwalts Zellweger war also nicht offensiv, verfehlte aber dennoch ihre Wirkung nicht; die Angeklagten fanden, sicherlich auch unter dem Eindruck der Schlacht von Stalingrad, milde Richter: Sie wurden freigesprochen. Aus der Urteilsbegründung sei Folgendes zitiert: «Die Flugschrift («Der Deutsche» – *H.T.*) richtet sich an die Deutschen in der Schweiz und hetzt diese gegen das Dritte Reich bzw. dessen Regime auf. Das gleiche ist zu sagen von der zweiten Flugschrift. Beide weisen scharf antinationalsozialistische Züge auf, was nicht ohne Weiteres heissen kann, dass sie kommunistischen Charakter trügen ... Bei der Beurteilung sowohl der Gesamthandlung als auch der Tätigkeit jedes Einzelnen der Angeklagten muss durchwegs in Betracht gezogen werden, dass die Verfasser und Hauptbeteiligten in dieser Sache Emigranten sind, die wegen ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus Deutschland verlassen mussten. Es wäre abwegig, sie deshalb schlechtweg als Kommunisten zu bezeichnen . . . Die Angeklagten sind . . . freizusprechen . . .»<sup>10</sup>

«Der Deutsche» und andere Publikationen erschienen weiter, natürlich illegal.

## Von Malvaglia nach Gordola

Den in den Schweizer Städten illegal lebenden Genossen, die streng konspirativ die Druckschriften herstellten, konnte in zunehmendem Masse Hilfe aus dem Lager Malvaglia geleistet werden. Das war dadurch möglich, dass die Lagergemeinschaft mit Unterstützung

schweizerischer Fürsprecher von den Behörden unter Berufung auf die gute Ordnung im Lager und die einwandfreie Arbeit eine Lockerung der Lagervorschriften erwirken konnte; sie bestand darin, dass nun auch diese Internierten Urlaub erhielten. Im Unterschied zu den in die zahlreichen Arbeitslager Eingewiesenen, die von Sonnabendmorgens bis Sonntagabend in die Städte fahren durften, war den «Malvaglianern» einmal im Monat Urlaub gestattet, und zwar unter der Massgabe, dass die Urlaube nicht in den Städten, sondern zur leichteren polizeilichen Überwachung nur in kleinen Orten oder in Dörfern verbracht werden durften.

Natürlich wäre es vorteilhafter gewesen, wenn Zürich, Basel, Bern usw. Urlaubsorte gewesen wären, aber auch von den entlegenen Urlaubsplätzen aus verstanden die in der illegalen Arbeit erfahrenen Genossen, die Kontakte mit Fritz Sperling, Ludwig Ficker, Wilhelm Fels und anderen herzustellen, mit ihnen politische und organisatorische Fragen zu besprechen und ihnen bei der journalistischen Arbeit zu helfen. Es liessen sich auch Treffs von Ernst Eichelsdörfer und mir mit Paul Bertz organisieren, die in der Nähe von Luzern stattfanden.

Neben den Urlaubsverbindungen kam noch ein anderer Umstand der Aufrechterhaltung ständiger Kontakte zugute: Das Lager Malvaglia wurde am 9. Dezember 1941 nach Gordola verlegt. Aus «Malvaglianern» wurden «Gordolaner». Gordola ist ein Dorf, das nur fünf Kilometer nördlich von Locarno an der Eisenbahnlinie Biasca – Locarno liegt. Der Ausgang nach Locarno war vom Lagerleiter gestattet worden. Die örtlichen Verhältnisse waren nun derart, dass Kuriere von Zürich, Basel und Bern über den St. Gotthard geschickt werden konnten, um sich unauffällig mit Genossen des Lagers zu treffen. Eine Zeitlang kam Paula Acker aus Basel über den Gotthard. Das Risiko für die illegale deutsche Kommunistin war aber gross, daher wurden an ihrer Stelle Schweizer Genossinnen, die seit Jahren in die Arbeit der KPD einbezogen waren, als Kuriere eingesetzt. Auch die österreichischen Lagergenossen hielten jetzt Verbindungen mit ihren Genossen nördlich des Gotthard, und zwar über Schweizer Kommunistinnen. So brachte die Verlegung von Malvaglia nach Gordola für die illegale politische Arbeit gut genutzte Vorteile.

Diese letztere Form der Kontakte wurde allerdings für zwei Mona-

te unterbrochen, weil die gesamte Lagerbelegschaft am 13. September 1942 nach Les Ponts de Martel ins Schweizer Juragebirge transportiert wurde, um in einem Moor auf dem Gebirgskamm Drainagearbeiten auszuführen. Als die Internierten im November 1942 nach Gordola zurückgebracht wurden, war die günstige Situation wiederhergestellt.

Im «Campo di lavoro per profughi Gordola», wie das Lager offiziell hiess, änderte sich manches. Die Zahl der Eingewiesenen wuchs auf nahezu siebzig. Die Zugänge kamen aus den Zuchthäusern Witzwil, St. Gallen, Bellediasse und aus Arbeitslagern. Es waren Deutsche, Österreicher, Italiener, drei Spanier, ein Bulgare und einige russisch Verfolgte. Aus dem Arbeitslager Thalheim (Kanton Zürich) wurde unter anderem der aus Spanien zurückgekehrte Interbrigadist Eduard Schmidt (Schriftstellernamen Claudius) nach Gordola gebracht. Unter den aus Zuchthäusern übergeführten Deutschen befanden sich Walter Fisch, Wilfred Acker, Rudi Singer, Paul Meuter sowie die Interbrigadisten Paul Ayen und Christian Wolf. Eingeliefert wurden auch Ludwig Ficker und Fritz Sperling. Die Polizei hatte die beiden Leitungsmitglieder aufgespürt, über ihre Tätigkeit als Spitzenfunktionäre jedoch nichts erfahren können. Tatsache war aber, dass man die Abschnittsleitung zerschlagen hatte, denn nur Wilhelm Fels (Artur) war nicht verhaftet. Die KPD-Organisation in Zürich und Basel war nun sehr geschwächt, dagegen gab es jetzt im Lager Gordola eine noch grössere Konzentration wichtiger Parteikader als vordem in Malvaglia.

Diese Tatsache führte zu der Entscheidung, im Lager eine Leitung für die gesamte Organisation der KPD in der Schweiz zu bilden. Die Leitung wurde gewählt und bestand aus folgenden Mitgliedern: Ernst Eichelsdörfer (Schriftsetzer), Ludwig Ficker (Arbeiter), Bruno Fuhrmann (Zimmermann), Bruno Goldhammer (Journalist), Fritz Sperling (Bergarbeiter) und Hans Teubner (Journalist). In das Sekretariat wurden gewählt: Fuhrmann, Sperling, Teubner.<sup>11</sup>

Das Sekretariat entschied alle Fragen kollektiv, es gab aber – und das bis Kriegsende – eine gewisse Arbeitsteilung in der Weise, dass ich für die politisch-ideologische Arbeit, Sperling für die Arbeit nach Süddeutschland und Fuhrmann für die Parteiarbeit im Bereich der ganzen Schweiz verantwortlich war. Die Verbindung der Leitung zu

den Genossen in Basel ging über Wilhelm Fels und Paul Bertz, und sie bestand unverändert weiter durch Bruno Goldhammer zu den Genossen im Zürcher Schauspielhaus.

Bei einer derartigen Konzentration erfahrener Funktionäre wurde qualifizierte politische Arbeit geleistet. In den Gruppen im Lager, die je drei oder vier Genossen umfassten, wurden alle politischen Ereignisse und die Beschlüsse des ZK der KPD eingehend behandelt. Franz Obermanns hatte sich in Locarno Zugang zu einem Rundfunkgerät verschafft, mit dem Moskau zu hören war. Er brachte die Texte von Beschlüssen, Notizen über Reden und Nachrichten ins Lager. Die Parteileitung war gut informiert. Es bestand also Verbindung vom ZK der KPD in Moskau in die Schweiz, wohingegen es eine umgekehrte Verbindung nicht gab.

Grosser Wert wurde auf die systematische Schulung der Genossen gelegt. Jede Gruppe bildete zugleich einen Schulungszirkel. Die «Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)-Kurzer Lehrgang» wurde durchgearbeitet. Weil es nur ein Exemplar des Buches gab, wurde es auseinandergeheftet, die einzelnen Lagen gingen von Zirkel zu Zirkel, von Mann zu Mann. Die Zirkel beschäftigten sich mit der Strategie und Taktik der KPD, insbesondere mit der Einheits- und Volksfrontpolitik, mit Gewerkschafts-, Jugend-, Landwirtschafts- und Kulturfragen, und sie behandelten die Themen stets auf die Gegenwart, aber auch auf die Arbeit nach dem Kriege bezogen.

Die Zirkel tagten in Sandgruben in der Nähe des Lagers. Die Diskussionen wurden zum Teil auch während der Tagesarbeit geführt. Denn es war so: Die Lagermannschaft musste ein Flussbett in der Magadino-Ebene an der Nordspitze des Lago Maggiore von Steinen räumen und einen Damm bauen. Zu jeder Lore der Feldbahn gehörten drei Mann. Der Einfluss der Internierten auf den schweizerischen Bauleiter war gross genug und es war ihm aus Bequemlichkeit sogar angenehm, dass die Internierten selbst die Zusammensetzung der Lorengruppen und anderer Brigaden festlegten. Das geschah den politischen Erfordernissen entsprechend, beispielsweise hinsichtlich der Zirkelarbeit. So war es auch möglich, Eduard Schmidt von der Aussenarbeit zu befreien und ihm Barackendienst zu übertragen, damit er Zeit zur Niederschrift seines Spanienbuches «Grüne Oliven und nackte Berge» fand. Bruno Goldhammer, der ebenfalls im Innen-

dienst eingesetzt war, half ihm als erfahrener Journalist. Gustav (Gustl) Meyer war zum Küchenchef bestimmt worden und der rechte Mann für die Erledigung vieler organisatorischer Angelegenheiten, so auch für die Kassierung der Parteibeiträge.

Die Parteileitung unterschied zwischen Parteiarbeit, in die nur Genossen der KPD oder gegebenenfalls Genossen der KPÖ und anderer Bruderparteien einbezogen wurden, und der allgemeinen Arbeit im Lager, die alle Kameraden, also die wenigen Sozialdemokraten, die Anarchisten und die Parteilosen, erfasste. Mit der grösser gewordenen Belegschaft war ja das Lager nicht mehr wie in Malvaglia eine homogene Gemeinschaft von Kommunisten und einigen Sozialdemokraten. So gab es jetzt legale Lagerversammlungen aller Eingewiesenen im Beisein des Lagerleiters zur Behandlung von Fragen der Arbeit, der Krankenversorgung, der Verpflegung usw.

Der in Malvaglia gebildete Freizeitausschuss wurde ergänzt durch Vertreter aller nationalen und politischen Gruppen der Lagergemeinschaft. Über diesen Ausschuss entwickelte die Partei eine beachtliche Aktivität in der kulturellen Arbeit. Die in Malvaglia begonnene Tätigkeit wurde mit Eifer fortgesetzt. So wurden Gedenktage feierlich begangen. Um eine Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier trotz Verbotes durchführen zu können, musste die Bühne originell gestaltet werden. Da standen die Wörter «Lernen, Lesen, Lehren»; die drei L waren sehr gross, stachen also kräftig hervor. Zur Beanstandung gab es für den Lagerleiter keinen Grund. Meine Rede zu den drei Wörtern «Lernen, Lesen, Lehren» war so angelegt, dass sie die Bedeutung der Lehre von Lenin, Liebknecht und Luxemburg für die gegenwärtige Situation vermittelte. Die verbotene LLL-Feier hatte also doch stattgefunden.

Vortragsabende mit abwechslungsreichen Themen und Leseabende fanden statt. Die Bibliothek nahm einen stattlichen Umfang an, denn antifaschistische Schriftsteller, so Hermann Hesse und Kurt Kläber, spendeten Bücher. Einmal erschien auch Hermann Hesse und hielt einen Vortrag über Literatur. Es wurden Sprachkurse durchgeführt. Fleissig beschäftigten sich die Lagerteilnehmer mit der Herstellung von Spielzeugen für Flüchtlingskinder. Dafür erhielt die Lagergemeinschaft eine Vielzahl liebevoller Dankesbriefe von den beschenkten Kindern. Ein Chor, geleitet von dem österreichischen

Kommunisten Ernst Schönherz, brachte es zu beachtlichen Leistungen. Unter anderen wurden Lieder in russischer Sprache vorgetragen.

Eine bedeutende Rolle spielten die Theaterveranstaltungen. Fritz Köhler erwies sich als guter Regisseur, und viele Lagerteilnehmer zeigten sich als talentvolle Amateur-Bühnenkünstler. Der langjährige Mitarbeiter Bertolt Brechts, Slatan Dudow, der 1932 in Berlin mit seinem Film «Kuhle Wampe» Aufsehen erregt hatte, lebte als Emigrant in Ascona und fand einmal Gelegenheit, einer solchen Theatervorstellung in der Essenbaracke beizuwohnen; er äusserte sich sehr anerkennend über die dargebotenen Leistungen.

Zu den gelungensten Theatervorstellungen gehörten die Aufführungen «Die Matrosen von Cattaro» nach Friedrich Wolf und «Die Fliegen erobern das Fliegenpapier» nach John Steinbecks Roman «Der Mond ging unter». Die Grundidee des letztgenannten Stückes war: Die Hitlerarmeen können zwar Schlachten gewinnen, werden aber den Krieg verlieren.

Durch die Toleranz des neuen Lagerleiters, Max Frösch, der im Unterschied zu den meisten Lagerleitern ein umgänglicher Mensch war, wurde es möglich, die Dorfbevölkerung zu den Theaterveranstaltungen ins Lager einzuladen. Die wirksamen Einladungsplakate malte Gerhard Wohlrath. Die Baracke war stets brechend voll, obwohl die Tessiner kaum Deutsch verstanden. Die Bevölkerung gewann Sympathie für die Internierten. Das blieb dem Polizeidepartement in Bern nicht verborgen, und prompt wurde der Freizeitausschuss am 11. Februar 1942 von Rothmund verboten.<sup>12</sup>

Der Freizeitausschuss setzte sich jedoch darüber hinweg und arbeitete weiter. Längst vor dem Verbot aber hatte die Kulturarbeit der «Gordolaner» in zahlreichen Arbeitslagern Schule gemacht.

## **Die Zeitung «Lagerstimme» und die Freizeitausschüsse**

In den zahlreichen Arbeitslagern, in denen die Internierten ausserordentlich bunt zusammengewürfelt waren – meist russisch Verfolgte, politisch völlig Ungeschulte, Sektenanhänger, Nihilisten, Phantasten, Zermürbte und Verzweifelte, aber nur wenige Kommunisten –, waren die

Belegschaften anfänglich weit davon entfernt, Gemeinschaften zu sein. Die Umstände und die Arbeit einiger Beherrzter, nämlich der Kommunisten, führten aber doch die Eingewiesenen auf den Weg solidarischer Gemeinsamkeit. Die Freizeitausschüsse trugen dazu hervorragend bei.

Im Juli 1941 gaben die Freizeitausschüsse der Lager Murimoos, Thalheim, Schauenburg und Vouvy eine Zeitung heraus: «Der Transmigrant, Nachrichten aus den Arbeitslagern für Emigranten»<sup>13</sup>. Der Text dieser hektographierten Zeitung beginnt so: «Seit der Errichtung der Arbeitslager sind 14 Monate vergangen. Ein Jahr voller Erlebnisse und Probleme, voller schwerer Auseinandersetzung mit der Arbeit, mit der Gemeinschaft . . . Man wird besessen und sieht nur noch Lager, Lager, Lager . . . Das Lager wird die Welt, eine Welt, die die Geschehnisse nicht mehr in ihren grossen Zusammenhängen zeigt. Diese Situation zwingt uns zur Aussprache.» Dann heisst es: «Wir wollen und müssen Kameraden sein, unsere Kräfte sammeln . . . Kann man in heutiger Zeit, die die Menschen wie ohnmächtige Geschöpfe in der Welt herumwirbelt, noch etwas wollen? ... Das ist's, was wir wollen: aufrütteln, was im Einzelnen nur schläft, erwecken, . . . Verbindung schaffen von einem zum anderen, von Lager zu Lager, nicht, um Klagen und Gejammer über kleine Übelstände und schweres Los zu Wort kommen zu lassen, sondern um gemeinsam Erlebtes zu besprechen, neue Ideen zu diskutieren und für das eigene Leben zu lernen.»

Den Freizeitausschüssen wurde in der Zeitung zur Förderung dieses Strebens grosse Bedeutung beigemessen. Delegierte der Freizeitausschüsse dieser vier Lager berieten an einem Urlaubssonntag, dem 17. August 1941, in Zürich. Es wurde die Änderung des Namens der Zeitung beschlossen, deren nächste Nummer vom September 1941 bereits den Titel «Lagerstimme» trug.<sup>14</sup>

Diese Ausgabe berichtete über das von den Delegierten vorgeschlagene Programm sowohl für die Zeitung selbst wie auch für die Freizeitausschüsse. Das Programm forderte vor allem demokratische Rechte für die Lagergemeinschaften, die von gewählten Ausschüssen vertreten werden sollten. In einem Artikel konnte bereits über einen solchen Ausschuss im Lager Muri-Moos (Aargau) berichtet werden.

Die gleiche Ausgabe der «Lagerstimme» enthielt auch einen prin-

zipiellen Artikel: «Über Freizeitarbeit». Darin wird dargelegt, dass einer mit sich allein und der Welt nicht fertig werden kann und sich das Bedürfnis nach Gemeinsamkeit entwickelt. Dann heisst es wörtlich: «Es handelte sich nämlich in erster Linie nicht darum, bloss die Tätigkeit eines Bildungsvereins zu entfalten. Durch die gemeinsame Arbeit in den Freizeitgemeinschaften wuchs auch die kameradschaftliche Haltung jedes Einzelnen. Nicht umsonst wurden gar vielerorts durch die Freizeitarbeit die Speichelleckerei und das Kriechertum eingedämmt. Und dies zum Nutzen und zur Freude aller. Aus dieser Geisteshaltung konnten dann solche Aktionen erwachsen wie die Hilfe für die französischen Lager, die Unterstützung von kranken Lagerkameraden und ähnliches. Die Entwicklung eines selbstbewussten, mutigen, gesellschaftlichen Denkens und Handelns in den Lagern, das ist der tiefere Sinn der Freizeitgemeinschaften.»

Wo die Freizeitarbeit im Sinne dieser Definition geleistet wurde, zeigten sich prächtige Resultate. Die «Lagerstimme» bewies das im nächstfolgenden Beitrag: «St. Cyprien – Gurs – Vernet». Darin wird berichtet, dass im Arbeitslager Oberglatt anfänglich wenig Bereitschaft bestand, für die hungernden Internierten in Südfrankreich zu spenden. Es werden Argumente wiedergegeben, wie «Unsere Rappen können da auch nichts ändern» oder «Ob die Pakete überhaupt ankommen?». Eine Woche sei diskutiert worden, dann änderte sich die Haltung: das Kollektiv begriff die Pflicht zur Solidarität. Der Bericht erwähnt Beispiele der Solidarität aus anderen Lagern und schliesst: «Hunderte von Franken fliessen allmonatlich dort hinunter zu den Lagern an den Pyrenäen, zeigen denen dort, dass wir sie nicht vergessen haben, nicht vergessen können, und lehren uns die Macht der Solidarität. Epilog: Neulich öffnete ich eine vielgelesene Schweizer Zeitung und las, wie in einem Aufruf zur Hilfe für die (Internierten – H.T.) in Frankreich dem Schweizer Bürger der Emigrant, der von seinen 75 Rappen für die Brüder in Not gibt, als Beispiel hingestellt wurde. Wir haben einen grossen Sieg errungen!»

Zusammenfassend ist festzustellen: Die bunt zusammengewürfelten Belegschaften in den Arbeitslagern wuchsen zu Kollektiven, zu Gemeinschaften in der Front des antifaschistischen Kampfes.

Die Polizeiabteilung der Berner Regierung wollte die Entwicklung verhindern, indem sie am 16. März 1942, also einen Monat nach dem Verbot des Freizeitausschusses im Sonderlager Gordola, die Freizeitausschüsse sämtlicher Lager und die «Lagerstimme», die monatlich erscheinen sollte, verbot.<sup>15</sup> In der Verfügung heisst es: «1. Die Herausgabe einer Lagerzeitung und jeder ähnlichen Publikation ist untersagt. 2. Die Freizeitausschüsse sind aufgelöst. Die Bildung anderer Ausschüsse oder Gemeinschaften irgendwelcher Art ist verboten . . . Sollten trotzdem weitere Verfehlungen, insbesondere kommunistische Agitation oder anderweitige politische Tätigkeit, festgestellt werden, wird als sofortige Folge generell oder über einzelne Lager neben anderen einschneidenden Massnahmen die Urlaubs-Sperre verhängt. Die Schuldigen haben das Gastrecht verwirkt und werden ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Verhältnisse in das Herkunftsland ausgeschafft.

Der Chef der Polizeiabteilung: Dr. Rothmund»<sup>16</sup>

Eine Niederlage musste hingenommen werden. Doch was Rothmund wollte, konnte er nicht erreichen, denn allmählich erstarkten die Kollektive und die solidarische Front auch weiterhin trotz der schikanösen Verbote.

### **Kontakt mit deutschen Kommunisten in Frankreich**

Auch nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion wurde die Solidaritätsaktion in der Schweiz für die Internierten in den südfranzösischen und den algerischen Lagern fortgesetzt. Es wurde mehr als vorher gespendet, Pakete wurden über «Colis Suisse» geschickt, die Korrespondenz mit den unterstützten Internierten ging trotz Zensur lebhaft weiter; im Lager Gordola gehörte das Schreiben von Briefen zur steten Pflichterfüllung.

Diese Solidaritätskontakte waren aber etwas anderes als innerparteiliche Verbindungen der KPD-Genossen. Diese fehlten. Die wenigen Briefe, die Paul Merker aus Marseille über eine Genfer Stelle an Paul Bertz in Basel gelangen lassen konnte, bedeuteten keine hinreichende Verbindung. Infolge der äusserst strengen Überwachung der schweizerisch-südfranzösischen Grenze durch die Militär- und Polizeiorgane beider Länder waren auch Kurierverbindungen nicht mög-

lich. Auf der Suche nach einem Ausweg fand Paul Merker einen Mittelemann, der zu dieser Zeit zwischen dem unbesetzten Teil Frankreichs und der Schweiz verkehren konnte: Noel Haviland Field.

Der Amerikaner Noel Field entstammte einer Quäkerfamilie. Mit seiner Frau Herta, einer gebürtigen Deutschen, leitete er in Marseille das Unitarian Service Committee (USC), das eine Hilfsorganisation der Unitarischen Kirche der USA war. Noel Field und seine Frau solidarisierten sich mit den antifaschistischen Kämpfern und den Verfolgten des Naziregimes. Von Marseille aus entfaltete Noel Field eine umfangreiche Hilfstätigkeit für die antifaschistischen Internierten in den südfranzösischen Lagern. Dadurch wurde Paul Merker mit Field bekannt. Merker übergab Field Namen internierter deutscher Kommunisten, die der Hilfe besonders bedürftig waren. Field streute diese Namen in die Unterstützungslisten ein, ohne dass seine Vorgesetzten in den USA gewahr wurden, dass es sich um Kommunisten handelte. Allein 1940/1941 verteilte Field fünf Millionen Dollar, die in den USA gesammelt worden waren, in Südfrankreich an Antifaschisten verschiedener Nationen. (Bestätigt wurde diese Tatsache von dem amerikanischen Kommunisten Dr. Barsky, der zuerst in den USA die umfangreiche medizinische Hilfe für die Spanische Republik organisierte und später als Arzt in der Interbrigade «Abraham Lincoln» hervorragend tätig war.<sup>17)</sup>

Field unterstützte die Antifaschisten nicht nur durch Geld und Lebensmittelpakete, sondern verhalf vielen auch zur Flucht aus den südfranzösischen Internierungslagern, stattete sie mit Papieren aus und ermöglichte ihnen die Ausreise nach Übersee. Dadurch entkamen Dutzende von Kommunisten und anderen Antifaschisten der Gefahr der Auslieferung an die Gestapo.

Da Field in seiner karitativen Funktion etwa allmonatlich von Südfrankreich in die Schweiz reisen konnte, kam es zu konspirativen Kontakten zwischen Merker und Bertz. Das ging so bis zur Besetzung ganz Frankreichs durch die Hitlerarmee am 11. November 1942. Field floh mit seiner Frau vor den Nazis aus Frankreich und errichtete sein USC in Genf.

Die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz erhielt von Bertz die wertvollen Informationen, die er von Genossen aus Südfrankreich bekam. Dass die Verbindung über Field bestanden hatte, erfuhr sie aber erst, als Field in der Schweiz tätig wurde.

## Vom «Kriegsschauplatz Innerdeutschland»

Weil seit Kriegsbeginn die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz zu den Genossen in Mannheim keine Verbindung mehr hatte, wusste sie nichts davon, dass die unter Leitung von Georg Lechleiter stehende antifaschistische Widerstandsorganisation in Mannheim und Heidelberg, im Land zwischen Rhein und Neckar, vom ersten Tag des Krieges an todesmutig ihren Kampf noch aktiver fortsetzte als vordem. Erst als die Gestapo und Nazijustiz grausame Rache an den kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Kämpfern genommen hatte, erfuhr die KPD-Organisation in der Schweiz vom Kampf der antifaschistischen Helden.

Am Tage des Überfalls auf die Sowjetunion hatte Georg Lechleiter mit Jakob Faulhaber, Daniel Seizinger und anderen den Plan gefasst, eine Zeitung herauszugeben, den «Vorboten/ Informations- und Kampfprogramm gegen den Hitlerfaschismus». Im September 1941 erschien die erste Ausgabe dieses Kampfblattes; ihr folgten bis Jahresanfang 1942 drei weitere Ausgaben, durch die die antifaschistischen Widerstandsgruppen in den Mannheimer Betrieben gefestigt wurden.

Anfang Februar 1942, vor Fertigstellung der fünften Nummer, schlug die Gestapo zu, verhaftete Dutzende von Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilosen, quälte sie entsetzlich, ermordete zwei von ihnen, und die Blutjustiz fällte in zwei Prozessen 19 Todesurteile, verhängte in acht Fällen hohe Zuchthausstrafen und rächte sich bald auch an Hinterbliebenen der Ermordeten. Alle zum Fallbeil Geschleppten, darunter Greise und Frauen, gaben ihr Leben als ungebrochene Kämpfer, wissend, dass ihr «Vorbote» wirklich als Vorbote des unausbleiblichen Sieges über das faschistische Terrorsystem erschienen war.

Als die Bluttaten der faschistischen Henker im Lager Gordola bekannt geworden waren, wurde die Stirnseite der Tagesbaracke mit rotem und schwarzem Tuch ausgeschlagen. In grossen goldenen Buchstaben standen oben die Worte: «Ich sterbe für die Freiheit, für die ich gekämpft habe. Möge das Vaterland meiner eingedenk sein.» Darunter leuchtete der Name Lechleiter. Auf den roten Tuchbahnen links und rechts waren die Namen der vierzehn am 15. September 1942 und der fünf am 24. Februar 1943 enthaupteten sowie der beiden

von der Gestapo ermordeten Mannheimer antifaschistischen Kämpfer aufgeführt – Opfer des Kampfes für Frieden und Freiheit auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland».

In tiefer Ergriffenheit gedachten die «Gordolaner», unter ihnen der Mannheimer Genosse Karl Eiermann, in einer Feierstunde der Helden des Mannheimer Widerstandes. Karl Eiermann, der die Opfer der faschistischen Mörder aus gemeinsamem Kampf in den ersten Jahren der Naziherrschaft persönlich gut gekannt hatte, schilderte packend die selbstlosen, schlichten, mutigen Männer und Frauen. Die Lagergemeinschaft schwor, für die Erfüllung des Vermächtnisses auch der Mannheimer Opfer den Kampf fortzusetzen.<sup>18</sup>

Wie in Mannheim setzten auch in vielen anderen Teilen Hitlerdeutschlands Antifaschisten, oft Kommunisten und Sozialdemokraten und Parteilose gemeinsam, alle ihre Kräfte für die Niederlage Hitlers und den Sturz des Naziregimes ein. In Bayern war es vor allem München, wo es nach dem Überfall auf die Sowjetunion zu verstärkter antifaschistischer Aktivität kam, obwohl auch hier durch den Gestapoterror tiefe Lücken in die Kämpferreihen gerissen worden waren.

Die kommunistischen Emigranten in der Schweiz widmeten den Vorgängen auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» allezeit grosse Aufmerksamkeit. Sie wussten – ihre Publikationen belegen es – über vieles Bescheid; dennoch war es wenig, denn darüber, welche Widerstandsorganisation oder -gruppe die einzelnen Aktionen in Berlin, in Hamburg und an der Wasserkante, in Sachsen und Thüringen oder im Ruhrgebiet leitete, konnten sie nicht informiert sein. Über eine Widerstandsorganisation konnte oft erst dann etwas in Erfahrung gebracht werden, wenn in der nazistischen und der Schweizer Presse sowie durch den Rundfunk bekanntgegeben wurde, dass die Nazijustiz wieder Terrorurteile gefällt hatte. So erfuhren die Internierten in der Schweiz, dass die mutigen Antifaschisten, die im Mai 1942 im Berliner Lustgarten eine nazistische Hetzausstellung gegen die Sowjetunion in Brand gesteckt hatten, zur Gruppe Herbert Baum gehörten; sie hatten schon seit 1935/1936 gearbeitet, fielen aber 1942 in die Hände der Gestapo und wurden fast alle hingerichtet. Nicht anders war es in Bezug auf den Geschwister-Scholl-Kreis. Erst als Hans Scholl, Sophie Scholl, Christoph Probst, Alexander Schmorell, Prof.

Dr. Kurt Huber und Wilhelm Graf hingerichtet worden waren, wurde bekannt, dass diese mutigen Studenten und Intellektuellen seit Juni/ Juli 1942 in München, Stuttgart und vielen anderen Orten Flugblätter gegen die nazistische Kulturbarbarei, gegen die braunen Räuber, Menschenschänder und -Schinder verbreitet hatten.

Das Wüten der Nazijustiz bewies die Existenz eines anderen, eines humanistischen, friedliebenden, antifaschistischen und kämpfenden Deutschlands. Die Freiheitskämpfer auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» gaben den Kämpfern in der Emigration immer wieder neuen Ansporn, sich weiterhin zu bewähren.

### «Das Boot ist voll»

Mit dem Überfall des imperialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion wuchs sein Bedarf an Kriegsmaterial aller Art. Noch grössere Lieferungen aus der Schweiz als bisher wurden begehrt. Die Kriegsgewinnler in der «neutralen» Schweiz profitierten doppelt gern, denn es wurde Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion geführt. Die Sowjetmacht durch Hitler aus der Welt geschafft zu sehen und sich dann in der «europäischen Neuordnung» günstig zu etablieren, war ihr Wunsch und ihr Zukunftsbild. Dass die Sowjetunion besiegt werden würde, stand für die schweizerische Monopolbourgeoisie angesichts des Vormarsches der Hitlerarmee fest.

In ihrer Flüchtlingspolitik zeigten die Herrschenden in Bern am augenfälligsten ihre Anpassung an den siegreichen Nachbarn im Norden, denn nun wurde ihre flüchtlingsfeindliche Politik Hitler zu Gefallen noch rigoroser als in vorherigen Zeitabschnitten.

Im Juli 1941, wenige Wochen nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als SS-Einsatzgruppen, Sicherheitspolizei und Hitlerwehrmacht zwei Millionen Menschen in der Sowjetunion ermordet hatten, entstanden in Auschwitz und in Maidanek die ersten Vernichtungslager für Juden. Göring gab im Juli 1941 an Heydrich die Anweisung, die «Endlösung der Judenfrage», das heisst die Ausrottung, in Angriff zu nehmen. Am 19. September 1941 trat die Verordnung über den Judenstern, der auf der Brust zu tragen war, in Kraft, nicht nur, um die jüdischen Menschen weiter zu diskriminieren, sondern um durch

diese Kennzeichnung ihr Einfangen zu erleichtern. Im Oktober 1941 begannen in Deutschland die Massenverhaftungen und die Deportationen jüdischer Bürger in die Vernichtungslager. Wie in Deutschland, so erfolgten die Deportationen von Juden auch aus den besetzten Ländern, zuerst aus Holland und Belgien.

Den jüdischen Bürgern in Deutschland war es kaum noch möglich, die Rettung durch Flucht zu versuchen. Die holländischen und die belgischen Juden flohen südwärts an die französisch-schweizerische Grenze, hoffend, in der Schweiz Asyl zu finden und der Vernichtung zu entgehen. Harte Strapazen und grosse Ängste hatten die flüchtenden Familien auszustehen, bis sie sich zur schweizerischen Grenze durchgequält hatten. Und hier – wurden sie abgewiesen. Schweizer Militär und Polizei liessen sie nicht ins Land, und wer schweizerischen Boden bereits betreten hatte, wurde über die Grenze zurückgeschafft.

Nach der faschistischen Niederlage in der Winterschlacht vor Moskau vermehrten die Judenfänger ihre Deportierungen beträchtlich, denn auf der sogenannten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 war unter Leitung von Heydrich und Eichmann beschlossen worden, elf Millionen Juden aus europäischen Ländern hinzurichten.

Der Zustrom von Flüchtlingen an die schweizerische Grenze nahm weiter zu. Verzweifelt und erschüttert mussten die Rettungssuchenden erleben, abgewiesen zu werden. Nur ganz wenigen wurde Asyl in der Schweiz gewährt: Im April 1942 waren es 100, im Mai 192, im Juni 183 Menschen.<sup>19</sup> Die Zurückgewiesenen waren dem Vergasungstod geweiht.

Die geringe Zahl derer, die in der Schweiz Aufnahme fanden, war aber den Herren in Bern noch zu gross. Am 13. August 1942 erliess Rothmund die Weisung, sämtliche Zivilflüchtlinge an der Grenze zurückzuweisen.<sup>20</sup> Das bedeutete schweizerische Hilfe für die faschistischen Massenmörder, damit ihnen keiner bei der «Endlösung der Judenfrage» entgehe. Rothmund war sich seines Verbrechens gegen die Menschlichkeit voll bewusst, sagte er doch später, dass er die Zurückweisungen verlangt habe «auch im Falle von Gefahr für Leib und Leben für den Zurückgewiesenen»<sup>21</sup>.

Diese hitlergefällige Weisung vom 13. August löste in der schweizerischen Bevölkerung eine erneute Protestflut aus. Im Ludwig-Bericht ist darüber zu lesen: «Die Anordnung vom 13. August über die

Zurückweisung von Zivilflüchtlingen erweckte bei der Bevölkerung eine starke Beunruhigung, zum Teil einen eigentlichen Sturm der Entrüstung... Das Vorgehen gegenüber den Asylsuchenden wurde als lieblos, unchristlich, unmenschlich, unschweizerisch, als entsetzenerregend, als Preisgabe einer der edelsten Traditionen unseres Landes, als moralischer Ausverkauf, als Begründung der Mitschuld der Schweiz am furchtbaren Schicksal der Verfolgten, als Selbstverletzung des nationalen Ehrgefühls bezeichnet.»<sup>22</sup>

Am 30. August fand in Zürich-Oerlikon eine von 8'000 Personen besuchte Protestkundgebung der Landesgemeinde der Jungen Kirche statt. Dort versuchte Bundesrat von Steiger, seit 1941 Rothmunds Chef, die verbrecherische Flüchtlingspolitik mit dem Wort vom «stark besetzten kleinen Rettungsboot» zu rechtfertigen. Man müsse hart sein und dürfe nicht Umfallen.<sup>23</sup> Seit diesem Tag wurde der Ausspruch, das Boot sei voll, in der demokratischen Öffentlichkeit lebhaft diskutiert und scharf verurteilt. Als einer der ersten erhob der Basler Pfarrer Walter Lüthi schärfsten Protest. Die Flüchtlingshilfsorganisationen intervenierten mit heftigen Beschwerden.

Das Bundesparlament behandelte daraufhin am 22. September 1942 die Flüchtlingspolitik. Bundesrat von Steiger erstattete Bericht, rechtfertigte die unmenschliche Praxis und erhielt die Billigung der Politik durch die freisinnig-demokratische Fraktion, die katholisch-konservative Fraktion und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion. Die sozialdemokratische, demokratische, liberal-demokratische und unabhängige Fraktion gaben keine Erklärungen ab. Die Auffassungen in einzelnen Fraktionen waren uneinheitlich; von 17 Sprechern äuserten sich 9 gegen die bundesrätliche Praxis, unter ihnen wiederum der demokratische Rechtsanwalt Maag-Socin und Dr. Rittmeyer von der freisinnig-demokratischen Fraktion.<sup>24</sup>

Der Bundesrat setzte sich über Volk und Opposition bedenkenlos hinweg. Am 26. September 1942 gab die Polizeiabteilung an die Grenzorgane erneut die Weisung: «Flüchtlinge aus Rassegründen sind nach der bisherigen Praxis *keine* politischen Flüchtlinge.» Am 29. Dezember 1942 wurde diese Weisung wiederholt.

Der Vaterländische Verband, diese Eliteorganisation der Schweizer Reaktion, veröffentlichte im November 1942 eine «Aufklärungs-

schrift über die Flüchtlingsfrage». Die Überschwemmung der Schweiz mit Flüchtlingen sei eine Landesgefahr, im Hinblick auf das höhere Landesinteresse habe die menschliche Seite der Emigrantenfrage zurückzutreten, heisst es darin. Ferner wird gesagt, dass «damals der Emigrant Lenin mit seinem Anhang russischer Flüchtlinge sich in Zürich aufhielt und hier die Revolution in Russland vorbereitete, dass . . . nur dank der Wachsamkeit der Behörden ... die Errichtung einer Sowjetschweiz verhindert werden konnte ...» Mit diesen «Argumenten» rechtfertigten die herrschenden Kreise der Schweiz ihre Politik gegen die Opfer des Faschismus.

Meldungen über die industriemässige Ausrottung von Menschen in den Gaskammern durften mit Ausnahme der Erklärung der vereinigten Nationen vom 17. Dezember 1942 von der schweizerischen Presse nicht veröffentlicht werden. Es wurde ihr untersagt, «sich zu Trägern ausländischer Propaganda zu machen oder Greuelmeldungen der Kriegsparteien (gemeint sind die Berichte der Mächte der Antihitlerkoalition – *H.T.*) zu veröffentlichen»<sup>25</sup>.

Die Asylpolitik der Behörden gegenüber den Emigranten in den Arbeitslagern war – wie bei der Grundhaltung nicht anders zu erwarten – von Menschlichkeit weit entfernt. Das tragische Schicksal des grossartigen Tenors Joseph Schmidt, weltbekannt besonders durch den Film «Ein Lied geht um die Welt», bewies das in grellem Licht. Der aus Deutschland geflohene Jude Joseph Schmidt war ins Arbeitslager Gyrenbad eingewiesen worden. Er erkrankte und wurde am 27. Oktober 1942 ins Zürcher Kantonsspital gebracht. Dort geriet er in die Hände eines antisemitischen Arztes, der Schmidt als «Simulanten» ins Lager zurückschickte. Ein Privatarzt war bereit, Schmidt in seine Klinik aufzunehmen. Die Behörden verweigerten die Genehmigung. Im November starb Joseph Schmidt, erst 38 Jahre alt.

Der Schweizer Arzt Dr. Fritz Heberlein widmete Joseph Schmidt einen warmherzigen Nachruf und schrieb auch einen Brief an das Territorialkommando, in dem er um eine Untersuchung im Lager Gyrenbad bat. Daraufhin wurde Dr. Heberlein eröffnet, sein Nachruf und sein Brief erfüllten den Tatbestand der strafbaren Gerüchtemadierei. Es folgte die Anordnung einer Arreststrafe für Dr. Heberlein; sie wurde allerdings auf Grund lebhafter Proteste erlassen.

**Dezember 1942**  
**Dezember 1943**

## **Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg: Stalingrad**

Die am 19. November 1942 von der Sowjetarmee begonnene gewaltige Offensive an der Wolga endete bekanntlich am 2. Februar 1943 mit einem triumphalen Sieg über die Hitlerwehrmacht. Die Gesamtverluste der faschistischen Aggressionsarmee an der sowjetisch-deutschen Front betragen in der Zeit vom 19. November 1942 bis zum 2. Februar 1943 über 800'000 Mann.

Dieser Sieg der Sowjetarmee bestätigte Lenins Worte, dass im Krieg derjenige siegt, der die meisten Reserven, die meisten Kraftquellen und den grössten Rückhalt in den Volksmassen hat. Er bewies die Überlegenheit der sowjetischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dieser Sieg leitete zugleich den grundlegenden Umschwung im zweiten Weltkrieg ein. Er erhöhte das internationale Ansehen der Sowjet-

union und festigte die Antihitlerkoalition, in der sich die UdSSR als führende Kraft erwies. Der Kriegsblock der faschistischen Mächte begann zu zerfallen, es verschärfen sich die Widersprüche zwischen Hitlerdeutschland und den Satellitenstaaten, die nationalen Befreiungsbewegungen in den faschistisch besetzten Ländern Europas nahmen zu, es entstanden Partisaneneinheiten, die sich in einigen Ländern zu Befreiungsarmeen entwickelten.

Die internationale Lage veränderte sich zuungunsten der faschistischen Achsenmächte. Diese Tatsache fand ihren Ausdruck auch in der «totalen Mobilmachung», die Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast verkündete. Sie bedeutete weitere Konzentration des Monopolkapitals zur maximalen Steigerung der Rüstungsproduktion, Verschlechterung der Lage aller Bevölkerungsteile, Vergrößerung der ausgebeuteten Menschenreserven durch Verlängerung der Arbeitszeit und Zwangsverpflichtungen von zwei Millionen Deutschen in die Rüstungsbetriebe. Bis Ende Mai 1943 wurden 12,1 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene nach Deutschland verschleppt, von denen unzählbar viele zu Tode geschunden wurden. Die barbarische Ausrottungspolitik «Vernichtung durch Arbeit», die die Hitlerfaschisten systematisch in den Konzentrationslagern verwirklichten, war ein Bestandteil der «totalen Mobilmachung».

In der Stimmung des deutschen Volkes begann ein Wandel. Nazi-anhänger wurden angesichts der sowjetischen Siege an der Wolga und in den anschließenden Offensiven der Sowjetarmee von Angst vor Vergeltung ergriffen. Für die Antifaschisten dagegen waren die Ereignisse im Osten Quelle der Hoffnung und Zuversicht. Die Widerstandshandlungen der deutschen Antifaschisten, der ausländischen Zwangsarbeiter und der Kriegsgefangenen nahmen zu. Der braune Terror wütete daher noch stärker. Die Zahl der verhafteten deutschen Arbeiter und der ausländischen Arbeitssklaven steigerte sich beträchtlich. Die faschistische Klassenjustiz fällte massenhaft Terrorurteile in Blitzprozessen.

Seit Stalingrad wurde die Krise des Naziregimes, von den Kommunisten längst vorausgesagt, für zahlreiche deutsche Bürger auf vielfältige Weise spürbar. Und trotzdem: Zu meinen, dass sich der mit der Schlacht von Stalingrad erfolgte grundlegende Wandel im zwei-

ten Weltkrieg überall gleichermassen deutlich äusserte, wäre ein Irrtum; es wäre eine allzu einfache Verallgemeinerung des geschichtlichen Ablaufs.

Natürlich nahmen auch die Schweizer Monopolherren die Nachrichten von der Ostfront zur Kenntnis. Offensichtlich wollten sie aber nicht anerkennen, dass in der Schlacht an der Wolga die Vernichtung des Hitlerfaschismus eingeleitet worden war. Sie hielten die Niederlage der Wehrmacht für eine Episode, die durch die grosssprecherisch angekündigten Gegenschläge überwunden würde. Sie vertrauten auf den Erfolg der «totalen Mobilmachung». Aus ihrer klassenbeschränkten Sicht war das sogar verständlich, denn gerade die «totale Mobilmachung» bewirkte die Fortdauer, ja Steigerung des profitablen Rüstungsgeschäftes der Schweizer Grossbourgeoisie mit dem kriegsmaterialhungrigen Hitlerdeutschland. Mehr als tausend Schweizer Firmen und Personen hatten die Alliierten wegen ihrer Kriegshilfe für den deutschen Faschismus auf eine schwarze Liste gesetzt, «darunter einige Holdings, wie die IG Chemie mit ihrem Präsidenten F. *Iselin*, dem gleichzeitigen Präsidenten der ‚Basler Nachrichten‘; die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon (*Bührle*), das Bankhaus *Hentsch* in Genf; die Metallwerke Dörnach und die Lonza (beide *Ehinger-Gruppe* in Basel) und . . . der *Sulzer-Konzern*». <sup>1</sup>

In der Politik der offiziellen Schweiz blieb es beim bisherigen Kurs. Entsprechend blieb auch die ideologische Manipulierung der schweizerischen Bevölkerung durch die Liga Aubert, die monopolistisch gelenkte Presse und den Rundfunk sowie natürlich durch den Bundesrat ausgerichtet.

J.R. von Salis, der während des zweiten Weltkrieges die Wochenkommentare im Schweizer Rundfunk sprach, berichtet: «Ich darf aus eigener Erfahrung sprechen, wenn ich sage, dass im zweiten Weltkrieg die von der Armee erlassenen Zensurvorschriften streng waren... Meine wöchentlichen Radiokommentare zur Kriegslage waren nur möglich, weil ich mich an diese Vorschriften hielt und mein Manuskript vorgängig dem Zensor in Bern unterbreiten musste, wobei es vollständig ausgeschlossen gewesen wäre, an der Politik Hitlers und Mussolinis offene Kritik zu üben, die Unmenschlichkeiten des Hitlerregimes oder sogar die Mängel und Fehler der deutschen Kriegführung zu erwähnen.» <sup>2</sup>

Die Niederlagen der faschistischen Armee wurden von den meis-

ten schweizerischen Kommunikationsmitteln im Goebbelsjargon auch dann noch bagatellisiert, als im März 1943 Rshew, Wjasma und andere Städte durch die Rote Armee von den faschistischen Eindringlingen befreit worden waren und die Aggressoren sehr schwere Verluste erlitten hatten.

Über den grausamen Terror der SS durften in der Schweiz keine Meldungen veröffentlicht werden. «Auch in dieser Periode waren die Pressekontrollstellen darauf bedacht, Äusserungen über die Massenausrottung von Juden im Osten nach Möglichkeit zu unterdrücken. So erging am 2. Juni 1943 die folgende Weisung: ‚In letzter Zeit sind verschiedene Artikel über die Behandlung der Juden und der polnischen Geistlichkeit erschienen, ohne sichere Quellenangabe. So selbstverständlich es ist, dass sich unser Gewissen gegen jede unmenschliche Behandlung regt, so müssen wir uns doch streng an die Vorschriften des Pressenotrechts halten, welches uns zur Pflicht macht, Gerüchte und die ausländische Propaganda (gemeint ist die Nachrichtengebung der Antihitlerkoalition – *H.T.*) zu unterdrücken’... Weiterhin verbot die Abteilung Presse und Funkspruch . . . den weiteren Abdruck der Meldung der Zeitung ‚News Chronicle’ über die Erschiessung von 70’000 Juden in Kiew. Die St. Galler ‚Volksstimme’ wurde wegen der Veröffentlichung des Artikels öffentlich verwarnt mit der Begründung, es handle sich um ausländische Gerüchtepropaganda übelster Art.»<sup>3</sup>

Unter dem hitlergefälligen Stichwort «Greuelpropaganda» wurde die Verkündung der grauenvollen Wahrheiten unterdrückt, und das noch im Herbst 1943, nach einer Dokumentation der Alliierten über die Judenmassaker, denen bis Ende August fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Dennoch wurde die Wahrheit auf verschiedenen Wegen bekannt, so durch Erklärungen von Pfarrer Paul Vogt, Professor Oskar Earnert, Pfarrer Ernst Huber, durch den Kirchenrat des Kantons Zürich und viele andere. Alfred Häslar berichtet in seinem Buch «Das Boot ist voll» unter der Überschrift «Wir wussten Bescheid» über viele erschütternde Verbrechen der faschistischen Massenmörder.<sup>4</sup>

Kurz gesagt: Die «Neutralität» der offiziellen Schweiz blieb auch im Jahre 1943, als sich das Kräfteverhältnis in der Welt, besonders durch die militärischen Siege der Roten Armee, sehr zuungunsten des Hitlerfaschismus veränderte, im Wesentlichen auf den deutschen Im-

perialismus und Militarismus ausgerichtet – bedingt durch die monokapitalistischen Verbindungen und den arrivierten Antikommunismus und Antisowjetismus.

### Schweizer Flüchtlingspolitik im Jahre 1943

Am 1. Januar 1943 schrieb Pfarrer Gerber, der Herausgeber des Zürcher Wochenblattes «Der Aufbau», in einem Leitartikel, der dem Rückblick auf das Jahr 1942 gewidmet war, «dass Menschen, die in Todesnot zu uns geflohen sind als unschuldig Verfolgte, kalten Herzens fortgewiesen, ihren Henkern überantwortet worden sind. Das Jahr 1942 wird deshalb von späteren Geschlechtern als *ein Jahr der eidgenössischen Schande* registriert werden.»<sup>5</sup>

Ebenso ist auch das nun folgende Jahr 1943 zu kennzeichnen, denn in der unmenschlichen Flüchtlingspolitik der Berner Behörden hat sich trotz der sich verändernden Weltlage zuungunsten des Faschismus nichts geändert. An den Grenzen wurden auch im Jahre 1943 Asylsuchende weiterhin rücksichtslos zurückgewiesen; von denen, die auf Schweizer Territorium gelangten, wurden die allermeisten über die Grenze zurückgestellt. Bei den wenigen Flüchtlingen, die bleiben durften, handelte es sich meist um Personen, die erhebliche Vermögenswerte bei sich hatten.

Wegen der Fortführung dieser schändlichen Flüchtlingspolitik protestierten viele Schweizer Bürger. Beispielsweise schrieb am 1. Juni 1943 der Basler Arzt Dr. Eduard Koechlin an Bundesrat von Steiger einen Protestbrief. Dieser Brief wurde im «Aufbau» vom 6. August 1943 veröffentlicht. Dr. Koechlin beschwor darin den Bundesrat, mit der unmenschlichen Flüchtlingspolitik Schluss zu machen. Die Redaktion des Wochenblattes fügte hinzu: «Wem es heute noch gelingt, durch alle die hundert Fallen und Fussangeln, die während der Flucht auf ihn lauern, bis an die Schweizer Grenze zu gelangen, der hat schon alle Schrecken der Angst und Verzweiflung durchgemacht und dürfte von einem Staat, der so gross mit seiner Humanität paradiert, nicht in Todesnot zurückgestossen werden.»<sup>6</sup>

Wie viele Flüchtlinge waren es, die durch die Massnahmen der Schweizer Behörden den faschistischen Massenmördern in die Arme getrieben wurden? Die genaue Zahl wird nie zu ermitteln sein. Im

Zürcher Kantonsrat stellte das Ratsmitglied Hürsch fest, dass es über 100'000 gewesen seien.<sup>7</sup> «Es waren schäbige Helden», schrieb Alfred Häsler, «die mit patriotischen Gebärden im Windschatten des Dritten Reiches ihren Mut an den Emigranten kühlten.»<sup>8</sup>

Die Herren der «neutralen» Schweiz setzten im Jahre 1943 weiter auf Hitlers Sieg, hatte dieser doch am 5. Juli 1943 seine Armee zur grossen Offensive am Kursker Bogen in Bewegung gesetzt. Dass die Rote Armee in einer 2'000 Kilometer breiten Front zur Gegenoffensive überging und sie im Herbst mit einem Sieg beendete, der die Hitlerwehrmacht endgültig zur Strategie des Rückzuges zwang, hat der Schweizer Bundesrat natürlich nicht vorausszusehen vermocht.

Auch den Vormarsch der westlichen Alliierten in Nordafrika und gegen das faschistische Italien haben die Repräsentanten der schweizerischen Monopolbourgeoisie offenkundig falsch eingeschätzt. Am 10. Juli begann die Besetzung Siziliens durch amerikanische und englische Truppen. Am 24./25. Juli wurde Mussolini vom italienischen Volk gestürzt. Darüber waren die Herren in Bern bestürzt und mit ihr auch die ihnen untertane Bürokratie, wie folgende Episode beweist:

Im Fraueninterniertenheim in Brissago, etwa zwei Kilometer vor der schweizerisch-italienischen Grenze gelegen, regierte zu dieser Zeit Lagerleiter Hans Häni. Die etwa 300 Frauen und Mädchen waren gerade beim Mittagessen, als eine Internierte in den Saal gestürzt kam und in heller Freude ausrief: «Mussolini ist gestürzt!» Ein Jubelschrei aus allen Kehlen und tosendes Händeklatschen waren die spontane Reaktion. Häni aber erhob sich mit hochrotem Kopf und brüllte: «Was erlauben Sie sich? Das ist unerhört! Gerade Sie sollten Mussolini dankbar sein und seinen Sturz bedauern, denn es ist sein Verdienst, dass der Tessin nicht zum Kriegsschauplatz geworden ist.»

Als nach Mussolinis Sturz der Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten am 8. September 1943 abgeschlossen war und sich die faschistische Wehrmacht anschickte, Oberitalien zu besetzen, flüchteten italienische Antifaschisten und viele Juden, denen nun auch die Vernichtung drohte, in die Schweiz. Getreu der bisherigen Flüchtlingspolitik reagierte der Berner Bundesrat mit drakonischen Befehlen: «Jeder Ausländer (Zivil- oder Militärperson), der illegal

aus Italien über die Schweizer Grenze zu gelangen versucht, ist ohne Weiteres zurückzuweisen.» Von den etwa 21'800 Personen, die die Südgrenze überschritten hatten, wurden befehlsgemäss die meisten nach Italien zurückgeschickt. Es waren nur einige hundert, die bleiben durften und interniert wurden, was offensichtlich darauf zurückzuführen war, dass sich die Regierungen der an Italien grenzenden Kantone für eine gewisse Lockerung der Berner Anordnungen aussprachen.<sup>9</sup>

Den internierten Italienern erging es nicht anders als den vor ihnen über andere Grenzen gekommenen Flüchtlingen. Die Schweizer Demokraten jedoch handelten anders als ihre Regierung. Hohe Anerkennung gebührt den Brissagoer Tabakarbeiterinnen für eine grossartige Solidaritätsaktion. Darüber heisst es in einem Bericht meiner Frau:

«Es war im September 1943. Faschistische Banden führten Terroraktionen in Oberitalien durch. Auch in Cannobio, das am Lago Maggiore, etwa fünf Kilometer südlich der schweizerisch-italienischen Grenze und etwa sieben Kilometer von unserem Interniertenheim Brissago entfernt, liegt, kam es zu wilden Schiessereien der Faschisten. Während sich die antifaschistischen Männer Cannobios in die Berge begaben, flüchteten etwa 150 Frauen mit ihren Kindern Hals über Kopf, ohne die notdürftigste Habe mitnehmen zu können, auf der Uferstrasse des Lago Maggiore an die Grenze. Als Fluchtweg blieb ihnen nur diese Strasse, die auf der einen Seite von fast senkrechten Uferfelsen, auf der anderen Seite vom steilen Bergmassiv des fast 2'200 Meter hohen Limidario begrenzt wird.

Die Frauen und Kinder waren einige Meter über die Grenze vorgedrungen, doch das Schweizer Grenzkommando liess sie nicht weiter. So verharrten die Frauen bittend und wehklagend mit ihren vor Durst und Hunger schreienden Kindern am Schlagbaum. Da rückten aus der etwa 500 Meter entfernten Tabakfabrik geschlossen alle Arbeiterinnen an, bildeten hinter den Flüchtlingen eine dichte Kette; sie fassten sich fest bei den Händen und drückten die Geflohenen vorwärts. Wegen des Widerstandes der Grenzposten war eine kritische Situation entstanden. In unserem Interniertenheim wurde der Vorgang bald bekannt, und er löste starke Bewegung aus. Die Lagerleiterin, Fräulein Stotz, die kurze Zeit vor dem Ereignis den gestrengen Häni abgelöst hatte, empfand ebenfalls Mitleid mit den italienischen

Müttern und Kindern. Sie telefonierte mit Bern – ergebnislos. Sie beriet mit den Tabakarbeiterinnen, telefonierte erneut mehrmals; erst am Abend sah sich die Obrigkeit genötigt, die Flüchtlinge ins Land zu lassen. Die Solidarität der Tabakarbeiterinnen, die ausgeharrt und einen ganzen Tagesverdienst geopfert hatten, war es, die den Erfolg errungen hatte.

Die Frauen und Kinder wurden in unser Interniertenheim geleitet und dort in einem grossen Raum, der als Nähstube diente, untergebracht. Es war selbstverständlich, dass sich sofort alle Internierten der italienischen Frauen und Kinder annahmen. Sie bereiteten schnell Liegestätten, wuschen die Kinder, teilten ihre Essenrationen mit den Geflohenen und halfen, wo und wie es in ihren Kräften stand. Man muss bedenken, dass die fast 300 Internierten meist rassistisch verfolgte aus verschiedenen Ländern – aus Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Österreich, Polen – waren, von unterschiedlicher sozialer Herkunft und durchweg unpolitisch. Und doch war von ihnen eine so wirksame Aktion internationaler antifaschistischer Solidarität vollbracht worden. Sie dauerte einige Wochen, bis sich die Lage in Cannobio verändert hatte und die italienischen Frauen mit ihren Kindern in ihren Heimatort zurückkehren konnten.

Die Initiative zur Lösung vielfältiger, besonders organisatorischer, Fragen lag vor allem in den Händen von uns beiden deutschen Kommunistinnen, Suse Schüle (Kuderer) und mir, und der parteilosen Berliner Röntgenassistentin Margot Cohn.

In dieser Zeit gab es noch eine andere solidarische Hilfe vom Interniertenheim Brissago aus, und zwar eine illegale: Einige kleine Gruppen von italienischen Antifaschisten verbargen sich in den Felschluchten des Grenzberges Limidario. Sie gehörten zu den ersten italienischen Partisanen. Zu ihnen kam eine Verbindung zustande, auf welche geheimnisvolle Weise, weiss ich nicht mehr. Für diese Gruppen wurden im Lager heimlich Wollsachen und Lebensmittel gesammelt und von Einheimischen auf steilen Pfaden, von den Grenzwachern unbemerkt, hinaufgetragen.»<sup>10</sup>

Auch vom Interniertenlager Gordola aus gab es solche Verbindungen und materiellen Hilfeleistungen, die von den deutschen Kommunisten organisiert wurden.

Antifaschisten aus Italien waren den Herrschenden der Schweiz ebenso unerwünscht wie aus anderen Ländern. Es gab aber in der Fol-

ge Flüchtlinge aus Italien, zu denen sich die Berner Herren sehr wohlwollend verhielten. Das waren faschistische Grössen, wie Exminister Dino Alfieri, Volpi di Misurata, Guiseppe Bastioni und Mussolinis Tochter Edda, die Frau des ehemaligen Aussenministers Graf Ciano. Das waren Leute, die bereits über riesige Vermögen in der Schweiz – dem Depot der internationalen Finanzbourgeoisie – verfügten und bei ihrer Einreise Riesenwerte an Geld, Gold und edlem Schmuck bei sich hatten. Diese Sorte von Emigranten wurde nicht interniert, sie durfte in aller Freiheit leben, ein luxuriöses Schmarotzerdasein führen, Partys veranstalten und die Schönheiten der Schweizer Alpen und Bergseen geniessen.

In der Zeitschrift «Der Aufbau» schrieb Pfarrer Gerber: «In der grossen Debatte über die Behandlung der Flüchtlinge hat seinerzeit (im August 1943 – *H.T.*) Bundesrat von Steiger, als er die Rückweisungen verteidigte, die geheimnisvolle Bemerkung gemacht, man müsse bedenken, dass mit der Zeit Flüchtlinge erwünschterer Art an unsere Tore pochen könnten. Der Fall scheint nun eingetreten zu sein. Seit einiger Zeit geniessen die Gräfin Edda Ciano und der frühere Minister Alfieri unser Asyl. Sie werden ganz anders behandelt als die ‚Unerwünschten‘. Für solche Leute gibt es kein Auffanglager. Sie werden nicht von den Kindern getrennt. Sie schlafen in weichen Betten. Ihnen macht man keine Schwierigkeiten zu privater Unterkunft.»<sup>11</sup>

Hätte sich hingegen einer der in Lagern internierten «Unerwünschten» und «Lästigen» einfallen lassen, aus seinem Lager zu verschwinden, gab es für ihn bei Wiederergreifung keine Gnade. Durch Rundschreiben Nr. 148 vom 22. September 1943 liess der Chef der Zentraleitung der Arbeitslager, Otto Zaugg, bekanntgeben, dass Entwichene bei Ergreifung durch die Behörden «unweigerlich an die Grenze zurückgestellt werden»<sup>12</sup>.

So sorgte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement mit seiner Zentraleitung der Arbeitslager dafür, dass in der Flüchtlingspolitik auch das Jahr 1943 – nach Pfarrer Gerber – «ein Jahr der eidgenössischen Schande» wurde.

## Vorbereitung und Gründung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» in der Sowjetunion

Durch die deutschsprachigen Rundfunksendungen aus Moskau erfuhren wir in der Schweiz, dass die Kader der KPD in der Sowjetunion gemeinsam mit sowjetischen Kommunisten angestrengte Arbeit in den Lagern für deutsche Kriegsgefangene leisteten. Allein die konkreten Informationen über die Kriegsgefangenenlager waren von grosser Bedeutung. Die schweizerische Presse kolportierte grösstenteils mit Eifer die Lüge der Nazi-propaganda, es gebe in der Sowjetunion keine Kriegsgefangenenlager, weil jeder Gefangene gnadenlos erschossen würde. Nun konnte der niederträchtigen Verleumdung mit unwiderlegbaren Beweisen – wenn auch nur im begrenzten Umfang der zu dieser Zeit noch streng illegalen Agitation der verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz und noch begrenzter durch die KPD-Organisation in der Schweiz – entgegengetreten werden.

Aufschlussreich waren die Informationen über den politischen Inhalt der Arbeit der KPD-Führung in den Kriegsgefangenenlagern. Es wurde erkennbar, dass die Führung der Partei und andere deutsche Kommunisten gemeinsam mit sowjetischen Genossen unter den deutschen Kriegsgefangenen umfangreiche ideologische Arbeit leisteten, um die Nebelwand faschistischer Verblendung zu durchstossen und die Kriegsgefangenen zu überzeugen, eine antifaschistische Haltung einzunehmen.

Weiter waren die Informationen darüber wichtig, dass die in den Kriegsgefangenenlagern entstehende antifaschistische Bewegung von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung kraftvoll unterstützt wurde. Darin zeigte sich die prinzipielle, dem proletarischen Internationalismus gemässe Haltung zu Deutschland: Die Sowjetunion und ihre Rote Armee führten den Krieg gegen den faschistischen Aggressor nicht mit dem Ziel, das deutsche Volk zu vernichten, sondern den deutschen Imperialismus und Militarismus zu zerschmettern und dem wahren, dem demokratischen, friedliebenden Deutschland den Weg zur Befreiung zu ebnen. Diese Leninsche Aussenpolitik der Sowjetunion unter den Bedingungen des Krieges, zu einer Zeit, da die Hitlerwehrmacht im Lande stand und grässliche Verbrechen gegen die Sowjetvölker verübte, war für den

antifaschistischen Widerstand im internationalen Ausmass von überaus grosser Bedeutung. Die offizielle Schweiz hatte, besonders nach der Schlacht von Stalingrad, durch Presse und Rundfunk die Lüge der faschistischen Propagandamaschine unterstützt, die Sowjetunion wolle Deutschland auslöschen. Es wurde deutlich, dass gerade der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus die Auferstehung der deutschen Nation bedeutete und folglich jeder wahre deutsche Patriot an der Seite der Sowjetunion für den Sturz Hitlers kämpfen musste.

Dank der Unterstützung seitens der KPdSU und der Sowjetregierung war in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern die Situation herangereift, das Nationalkomitee «Freies Deutschland» (NKFD) zu bilden. Das Nationalkomitee wurde am 12. und 13. Juli 1943 auf Initiative des ZK der KPD von deutschen Emigranten und kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren, antifaschistisch eingestellten Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz gemeinsam mit Reichstagsabgeordneten der KPD, Gewerkschaftsfunktionären, fortschrittlichen Schriftstellern und Christen beider Konfessionen, in Krasnogorsk bei Moskau gegründet. Das war ein grosser Erfolg der auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale ausgearbeiteten und auf der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD auf die deutschen Bedingungen angewandten antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges. Eine solch breite Front von Vertretern verschiedener Schichten des Volkes und von Angehörigen der deutschen Armee hatte es im antifaschistischen Kampf vor 1943 noch nicht gegeben. Das NKFD war ein wahrhaft nationales Komitee, das mit Recht im Namen des ganzen deutschen Volkes sprechen durfte.

Mit der Schaffung des NKFD begann ein neuer Abschnitt des deutschen antifaschistischen Widerstandskampfes. Das «Manifest des Nationalkomitees «Freies Deutschland» an die Wehrmacht und an das deutsche Volk» widerspiegelte die Richtigkeit der Politik der KPD, denn es gab dem Friedensstreben von Arbeitern und anderen Kräften des Volkes Ausdruck und wies Ziel und Richtung: Beendigung des Krieges, Vernichtung des faschistischen Imperialismus, freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland.<sup>13</sup>

Mit dieser Orientierung auf die antifaschistisch-demokratische

Umwälzung war die der Situation gemässe Alternative zu Faschismus und imperialistischem Krieg gegeben. Das Manifest stimmte vollständig mit den Grundsätzen und Zielen der Antihitlerkoalition überein. Die programmatischen Grundsätze und Forderungen des Manifests des NKFD waren so gefasst, dass sich der Bewegung weiteste oppositionelle Kreise anschliessen konnten; das Programm war umfassender als die Volksfrontpolitik vorher. Darin lag eine hervorragende theoretische und politische Leistung des ZK der KPD. Auch damit erwarb sich die KPD das historische und moralische Recht, als Partei der Arbeiterklasse zusammen mit anderen antifaschistischen Kräften das gesellschaftliche und staatliche Leben des deutschen Volkes im künftigen freien, unabhängigen Deutschland zu leiten.

Das NKFD schuf sich zwei wichtige Mittel zur Orientierung und Leitung des antifaschistischen Kampfes: die Wochenzeitung «Freies Deutschland», die erstmals am 19. Juli 1943 erschien, und den Rundfunksender «Freies Deutschland», der am 20. Juli 1943 seine Tätigkeit aufnahm. Die Zeitung gelangte nicht in die Schweiz, der Sender dagegen war täglich mehrmals zu hören.

### **Gründung der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz**

Die Kunde von der Bildung des NKFD fand in der Schweiz sofort lebhaftes Echo bei den Kommunisten. Die anhand der Brüsseler und Berner Beschlüsse geschulten Funktionäre erkannten sofort die geschichtliche Bedeutung der Gründung. Das Manifest des NKFD, das von Moskau aus oftmals in den Äther gestrahlt wurde, nahmen Mitglieder der Zürcher Parteigruppe stenografisch auf, zogen es ab und stellten es allen erreichbaren kommunistischen Emigranten und einigen anderen Antifaschisten zu.

Das Anliegen der Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz bestand jetzt darin, in den Arbeitslagern und unter den nichtinternierten Emigranten in den Städten die Ideen des NKFD zu verbreiten und Gruppen der Bewegung zu schaffen. Weil die günstigsten Bedingungen dafür am Schauspielhaus in Zürich bestanden, ergriff dort die von Wolfgang Langhoff geführte Parteigruppe auf Vorschlag der Parteileitung im Lager Gordola die Initiative zur Gründung der ersten

Gruppe des «Freien Deutschland». Zu den Gründern dieser ersten Gruppe zählten die kommunistischen und parteilosen Mitglieder des Ensembles Teo Otto – Bruder des im November 1933 von der SA ermordeten Hans Otto –, Wolfgang Heinz, Karl Paryla, Mathilde Danegger, Erwin Parker, Jo Mihaly und einige andere Antifaschisten in Zürich. Somit war der Grundstein einer Bewegung gelegt.

Obwohl die Gründung von Gruppen in der «neutralen» Schweiz illegal geschehen musste, gab es bald in einigen Arbeitslagern Gruppen mit kommunistischen und politisch nicht organisierten Teilnehmern, die sich zum NKFD bekannten. Es folgten schnell hintereinander Gruppengründungen im Arbeitslager Kloten (Kanton Zürich), in Basel, die von Anfang an von dem Theologieprofessor Karl Barth, dem Völkerrechtler Arthur Baumgarten und dem Schauspieler Robert Trösch gefördert wurden. In Bern entstand eine Gruppe auf Initiative des Schriftstellers Dr. Erwin Reiche und der Schauspielerin Friedel Nowack. In St. Gallen bildeten Fritz Diez und Martha Diez eine Gruppe. Nur wenige Zeit später entstand eine weitere in Davos.

Die Leitung der Organisation der KPD in der Schweiz erklärte: «Wir begrüssen die Bildung von Ausschüssen überall da, wo mehrere Deutsche – unabhängig von ihren verschiedenen politischen und weltanschaulichen Auffassungen – sich zusammenfinden mit dem Willen, im Sinne des Programms des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ in Moskau ernste Arbeit zu leisten.»<sup>14</sup>

Gleichzeitig warnte sie vor zwei Gefahren, für die es anfänglich einige Anzeichen gab: 1. Die Bewegung «Freies Deutschland» ist nicht die Partei, sie tritt nicht an die Stelle der KPD, sondern muss eine breite Bewegung sein, die alle oppositionellen Kräfte, alle Gegner des Hitlerregimes erfasst. 2. Die Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» sind auch kein Anhängsel der Partei. Die Bewegung «Freies Deutschland» muss sich dadurch auszeichnen, dass in ihr auf demokratische Weise alle Meinungen der Hitlergegner – bei äusserster Wachsamkeit gegenüber feindlichen Infiltrationsversuchen – ernst genommen werden. Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, sich durch Initiative und aktive Mitarbeit in der Bewegung zu bewähren, so dass auf diese Weise die führende Rolle der KPD allseitig anerkannt wird.

Die Leitung der KPD-Organisation gab schliesslich folgende

Orientierung: «Wir sind der Meinung, dass der Eindruck vermieden werden muss, als ob es sich schon bei den Anfängen einer solchen Bewegung in der Schweiz um ein bereits gebildetes Parallelkomitee (zum NKFD in der Sowjetunion – *H.T.*) handelt. Das Komitee ‚Freies Deutschland‘ ist auf einem in Moskau breit organisierten Kongress gebildet worden, hat also ein wirkliches Mandat erhalten und trägt den Charakter des Mittelpunktes der ganzen Bewegung. In der Schweiz kann es sich unserer Meinung nach in erster Linie darum handeln, die Bewegung zur Unterstützung des NKFD zu entfachen und zu verbreitern. Nachdem (legal oder illegal) Vertreter der verschiedenen Gruppen (Vertreter antifaschistischer Parteien, Gewerkschaftler, Kulturorganisationen, Auslandsdeutsche verschiedener Berufe) zusammengefasst worden sind, sollten sich diese einen Ausschuss wählen. Eine auf diese Weise gewählte Führung hätte dann ein Mandat und damit ihren besonderen Sinn erhalten.»<sup>15</sup>

Nach dieser Empfehlung wurde in der Praxis verfahren. Die Orientierung auf die Breite und den demokratischen Charakter der Bewegung zeitigte den Erfolg, dass eine Reihe einflussreicher Antifaschisten sich der Bewegung anschlossen. Den bereits genannten Namen seien nur folgende hinzugefügt: Charlotte von Kirschbaum, Vertreterin der Bekennenden Kirche und Mitarbeiterin Prof. Karl Barths, Erich Bogen (Katholik), Walter Gyssling (SPD), Dr. Heinz Fliess (parteilos), Harry Herz (parteilos), Dr. Wilhelm Abegg (ehemals Deutsche Staatspartei).

Die in verschiedenen Kantonen geschaffenen Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» bedurften natürlich einer zentralen Führung. Sie wurde im August 1943 gebildet, wurde aber bis zur Überwindung konspirativer Schwierigkeiten erst im Juli 1944 zu einem geschlossenen Führungsgremium. Die unter illegalen Bedingungen geschaffene Leitung konnte keine gewählte sein; sie nannte sich daher, auch im Hinblick darauf, dass eines Tages eine Leitung durch Wahlen geschaffen werde, «*provisorischer* Landesvorstand der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz».

Ihr gehörten einige der oben genannten Hitlergegner an. Hinzu kam Hans Bergmann, der 1942 aus Deutschland emigrierte, zwar Mitglied der KPD war, aber als parteilos galt und als Gewerkschafter durch das sozialdemokratische Arbeiterhilfswerk die Tolerierung

durch die Behörden erlangte, so dass er frei in Zürich wirken konnte. Bergmann bereitete allerdings der kommunistischen Fraktion wegen Eigenmächtigkeiten und Verstössen gegen die Parteidisziplin manche Schwierigkeiten. Sehr positiv dagegen war das Wirken von Dr. Wilhelm Abegg. Er erwarb sich in der Bewegung in Zürich von Anfang an besonders grosse Verdienste. Schon all die Jahre vorher hatte sich Dr. Abegg als kämpferischer Antifaschist erwiesen. Bis 1932 war er Staatssekretär bei Severing, dem sozialdemokratischen Innenminister Preussens, gewesen. Zwischen ihnen war es anlässlich des Staatsstreiches Papens am 20. Juli 1932 zum scharfen Konflikt gekommen, weil Abegg den bewaffneten Widerstand der preussischen Polizei gegen die Staatsstreichler forderte, Severing aber wie der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun kapitulierte und den bis dahin schwersten Schlag der faschistischen Reaktion gegen die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik widerstandslos geschehen liess. Willi Genz, im Jahre 1932 Oberleutnant der preussischen Polizei, berichtete mir, dass er seinerzeit Augenzeuge der scharfen Auseinandersetzung zwischen Abegg und Severing gewesen sei.

Dr. Abegg musste emigrieren. In Paris gehörte er zu den 51 Teilnehmern der Beratung des Vorbereitenden Ausschusses für die Schaffung der Deutschen Volksfront, die am 26. September 1935 im Hotel «Lutetia» unter Leitung Heinrich Manns stattfand. Dr. Abegg war dank alten schweizerischen Familienbeziehungen von den Schweizer Behörden als Flüchtling anerkannt worden und einer der wenigen, die Arbeitserlaubnis erhalten hatten. In Zürich unterhielt er ein Rechtsanwaltsbüro, das in der belebten Bahnhofstrasse untergebracht war und sich daher als illegale zentrale Verbindungsstelle für die Arbeit der Bewegung «Freies Deutschland» bestens eignete.

## **Das Programm der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz**

Das «Manifest des NKFD an die Wehrmacht und an das deutsche Volk» war die Grundlage für die Bildung der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz. Aus Kreisen der nichtkommunistischen Mitglieder der ersten Gruppen und Anhänger der Bewegung «Freies Deutschland» wurde der Wunsch geäussert, in der Schweiz ein eige-

nes Programm im Sinne des Manifestes zu schaffen. Diesem Wunsche entsprechend wurden Entwürfe zur Diskussion in die Gruppen gegeben. Das auf diese demokratische Weise Ende August/Anfang September 1943 entstandene Programm stimmte in allen Grundsätzen mit dem Manifest von Krasnogorsk überein. Das Programm wurde als Sonderdruck verbreitet; es ist auch mehrfach nachgedruckt worden.<sup>16</sup> Der vollständige Text lautet:

«Die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ erstrebt die Vereinigung aller deutschen Männer und Frauen im Reich und im Ausland, die sich – unabhängig von sozialen, weltanschaulichen und konfessionellen Unterschieden – zusammenschliessen zur Erkämpfung folgender Ziele:

***Schluss mit dem Nationalsozialismus!***

Sturz der Hitlerregierung! Frieden!

Verhaftung aller für den Krieg Verantwortlichen und Beschlagnahme ihrer Vermögen. Strenge Durchführung der Aburteilungsverfahren. Verhaftung, Auslieferung oder Aburteilung derjenigen, die der Kriegsverbrechen beschuldigt sind.

Sofortige Auflösung und Entwaffnung der NSDAP und der NS-Verbände (SA, SS, HJ, NSLB, NSFK, NSKK, DAF, TENO usw.). Gleichzeitig Auflösung und Entwaffnung der Polizeiorgane des Hitlerregimes (Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Geheime Staatspolizei, Sicherheitsdienst der Waffen-SS, SD, Gendarmerie usw.). Schaffung von Orts- und Einwohnerwehren aus den Reihen der antifaschistischen Kämpfer.

Beschlagnahme aller im Besitze von NS-Organisationen befindlichen Werte und Einrichtungen und deren Übergabe an die von der Hitlerdiktatur beraubten demokratischen Organisationen.

Aufhebung der Rassengesetze, die ein Schandfleck für unsere Nation sind.

Radikale Austilgung der Nazi- und reaktionären Junkerideologie.

Eine demokratische Friedensregierung

Sie wird folgende Massnahmen veranlassen:

Sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen.

Demobilmachung der gesamten Wehrmacht, schnellste Überfüh-

rung der bisherigen Wehrmichtsangehörigen in die Friedens-Produktion und den Wiederaufbau.

Aufbau eines demokratischen Staatsapparates. Abschaffung aller zum Schaden des Volkes erlassenen Wirtschaftsgesetze.

Übergang zur Friedensproduktion in der Wirtschaft, Förderung der Volkswirtschaft und Schutz vor der Arbeitslosigkeit durch Industrie- und Produktionskontrolle der Arbeiter und Angestellten in Industrieausschüssen und Fabrikkomitees.

Gerechte Verteilung der Steuern, Liquidierung der hitlerschen Finanzkatastrophe. Einführung einer neuen Währung.

Umfassende Hilfe für alle Obdachlosen durch gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes, sofortige Erstellung provisorischer Wohngelegenheiten und grosszügige Planung im Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Sofortige Hilfe für den Mittelstand.

Sicherung der Ernährung durch Zuteilung von Land und Maschinen an den bäuerlichen Kleinbesitz, an Landarbeiter und Siedler aus dem landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz der Junker. Beendigung der Zwangsablieferung landwirtschaftlicher Produkte. Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Landbevölkerung.

Freiheit und Gerechtigkeit in einem neuen Deutschland!

Deshalb:

Freie Initiative in der Wirtschaft.

Neuaufbau einer freien deutschen Gewerkschaftsbewegung, die der Arbeit ihren Lohn garantiert sowie das Recht auf ausreichenden Urlaub für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Mitbestimmungsrecht der Belegschaften bei Organisierung und Lenkung der Produktion.

Fortschrittliche Sozial- und Kulturpolitik.

Wiederherstellung aller demokratischen Grundrechte, Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit, Religions- und Meinungsfreiheit für alle aufbauwilligen Kräfte und Schichten des Volkes. Wiederherstellung des Koalitionsrechtes für alle demokratischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen.

Wahlen zur Schaffung von Selbstverwaltungsorganen in Stadt und Land. Wählbar in verantwortliche Stellen sind nur solche Männer und Frauen, die durch ihre einwandfreie, kompromisslose Haltung während des Naziregimes das Vertrauen der Allgemeinheit erworben haben.

Wiedererringung der Souveränität des deutschen Volkes auf der Grundlage des Vertrauens und der Zusammenarbeit mit allen demokratischen Nationen. Politik der Freundschaft und guten Nachbarschaft mit allen fortschrittlichen Völkern.

Einheit des Reiches bei freier Entfaltung des historisch bedingten Eigenlebens der deutschen Länder im Innern.

Schaffung der Voraussetzungen für die Einberufung einer neuen Nationalversammlung auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung, die die konstitutionellen und materiellen Garantien für die Neugestaltung der deutschen Nation auf dem Boden des Rechtes, der Freiheit und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern schafft.

Wir rufen Euch, deutsche Männer und Frauen!

Schliesst Euch uns an im Kampf um die Beseitigung der Schmach und des Elends, die Hitler und sein Regime über unser Volk brachten!

Wir kämpfen für die Wiederherstellung der Ehre und des Ansehens des deutschen Volkes durch Herstellung der friedlichen Zusammenarbeit mit allen freiheitsliebenden Völkern, durch freiwillige Teilnahme an der Wiedergutmachung und dem Neuaufbau des vom Faschismus zerstörten Europa.

Wir kämpfen für die Rettung der deutschen Nation! Deutschland muss leben, deshalb muss Hitler fallen! Kämpft mit uns für ein unabhängiges, freies Deutschland!

Bewegung ‚Freies Deutschland‘  
in der Schweiz»

### **Die Monatsschrift «Freies Deutschland»**

Noch im August 1943 in Zürich fertiggestellt, erschien am 3. September für die jungen Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» die erste Ausgabe der Zeitung «Freies Deutschland», mit dem Untertitel «Organ im Sinne des Nationalkomitees Freies Deutschland». Bruno Goldhammer war Anfang Juli von der Parteileitung im Lager Gordola zu Wolfgang Langhoff in Zürich mit der dringenden Empfehlung geschickt worden, die Herausgabe der Zeitschrift in die Hand zu nehmen. Die Beratung fand in der Wohnung der Genossin Jo Mi-

# Freies Deutschland

Organ im Sinne des Nationalkommunismus: Freies Deutschland.  
Herausgegeben in der Schweiz.

Nr. 1.

5. September 1943.

- Vier... Jahre -

Erinnert Ihr Euch, Deutsche? - Gibt mir vier Jahre Zeit...  
Die vielredende Stimme, die heute schweigt! Gibt mir vier Jahre Zeit, ehe  
Ihr urteilt!  
Und wir - zerrissen und verblendet, Massenaktionen hörend wo der Verführer  
sprach, unartig und wenig wissend - gaben ihr diese vier Jahre und mehr.  
- Unsere Schuld, wir bekennen es.  
Wir legten unser Vaterland in seine Hände. Trunken von Trunck des Tausend-  
jährigen Reiches, betört von Wahn der Herrenrasse, betört von Gedanken der

haly, Gemeindestrasse 21, statt. Unter Überwindung grosser Schwierigkeiten brachte Wolfgang Langhoff trotz seiner hohen Belastungen im Schauspielhaus die Kraft auf, die die enorme Kleinarbeit für die Herausgabe einer illegalen Schrift innerhalb weniger Tage erforderte. Bei der technischen Herstellung machte sich Herbert Crüger sehr verdient. Für das Abziehen hatte der bürgerliche Schweizer Kunstmaler Guggenheim sein Atelier unweit vom Zeltweg zur Verfügung gestellt. Die 300 hektographierten Exemplare der ersten Nummer, im Format von Schreibmaschinenblättern vierzehnteilig hergestellt, mit einem Leitartikel von Wolfgang Langhoff unter dem Titel «Deutschland muss leben, deshalb muss Hitler fallen!», wurden an die jungen Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» geleitet. Die Zeitschrift «Freies Deutschland» erschien einmal je Monat.

Zu den Mitarbeitern gehörten neben allen führenden Funktionären der KPD-Organisation Autoren verschiedener Weltanschauungen, Konfessionen und Parteien. Viele Monate lag die Leitung der Zeitschrift in der Hand Wolfgang Langhoffs, und zwar so lange, bis Bruno Goldhammer aus dem Lager regelmässig nach Zürich fahren konnte. Bruno Goldhammer wurde Mitte 1944 mit der Funktion des Chefredakteurs des «Freien Deutschland» betraut.

Von der Doppelnummer 9/10 für Oktober/November 1944 an war es möglich, die Zeitschrift gedruckt herauszugeben. Illegal gesetzt, gedruckt und geheftet wurde die Zeitschrift – ein Witz der Geschichte – beim rechtssozialdemokratischen «Volksrecht» in Zürich, ohne dass es der Chefredakteur und die Polizei gewahr wurden. Bruno Goldhammer berichtet darüber: «Eines Tages ging ich mit stolzschnellter Brust in die Druckerei des sozialdemokratischen, Volks-

recht', um die Fahnenabzüge der ersten gedruckten Nummer des ‚Freien Deutschland‘ durchzusehen – ich war wieder bei einer vertrauten Beschäftigung. (Bruno Goldhammer war während der Weimarer Republik kommunistischer Redakteur – *H.T.*) Einige antifaschistische Gewerkschafter in dieser Druckerei, Mitglieder des Gesangsvereins der Buchdrucker, ‚Typographia‘, hatten sich bereit erklärt, unsere Manuskripte ‚so nebenher‘ zu setzen, zu drucken und zu binden.» Die gedruckte Zeitschrift konnte aktueller sein. Sie umfasste je Nummer 16 Seiten. Bald betrug die Auflage etwa 2'000 Exemplare.

Es darf gesagt werden, dass sich die Monatsschrift als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator bewährte. Sie erläuterte Ausgabe für Ausgabe gründlich die einzelnen Punkte des Programms des «Freien Deutschland». Wie noch belegt werden wird, war der Reichtum an Informationen über die Kriegshandlungen, den Widerstand in den okkupierten Ländern, den Terror und die Opposition im Nazi-reich, über Leben und Kampf der ausländischen Zwangsarbeiter, kurz gesagt, über alle wichtigen politischen, militärischen und ökonomischen Vorgänge sehr beeindruckend. Die Wirklichkeit wurde in der Monatsschrift richtig widerspiegelt; damit gab das Organ den Lesern in schwerer Zeit Ausblicke auf eine hellere Zukunft.

### **Die Gegner des «Freien Deutschland» feuern aus allen Rohren**

Das NKFD und der am 11./12. September 1943 in Lunjowo (Gebiet Moskau) gegründete Bund Deutscher Offiziere, der sich ohne Einschränkung zum Programm des NKFD bekannte, wie auch die in der Schweiz entstandene Bewegung «Freies Deutschland» gaben allen politisch Fortgeschrittenen unter den Emigranten kräftige Impulse für ihre Arbeit, riefen aber gerade deshalb auch alle Gegner auf den Plan. Die erzürnten Feinde feuerten aus allen Rohren. Die illegale Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz hatte sich mit Verleumdungen, Verdächtigungen, Entstellungen und heimtückischen Argumenten auseinanderzusetzen.

Die von Schweizer Faschisten und Profaschisten, von einem Grossteil der schweizerischen Presse und von verschiedenen antisow-

jetisch manipulierten Kreisen sowie von Trotzlisten vorgebrachten zahlreichen «Argumente» lassen sich auf folgende widersprüchliche Hauptpunkte reduzieren:

1. Das NKFD sei von der Sowjetregierung geschaffen worden, um sich seiner als Mittel der psychologischen Kriegführung zu bedienen.
2. Das NKFD sei keine nationale Sache, sondern ein Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, das sich der gefangenen Militärs und einiger Demokraten bediene.
3. Das NKFD sei ein Generals- und Junkerkomitee, das sich der Kommunisten und Demokraten bediene.
4. Das NKFD sei ein getarntes Nazikomitee, das sich der Kommunisten, Generale und Demokraten bediene.

In jeder Ausgabe der Zeitschrift «Freies Deutschland» wie auch bei den geheimen Zusammenkünften der Gruppen in den Arbeitslagern und in den Städten war es notwendig, mit Geduld immer wieder die «Argumente» zu durchleuchten, ihnen die Wahrheit entgegenzusetzen und offensive politisch-ideologische Arbeit zu leisten. Wie das geschah, soll anhand einer kollektiv erarbeiteten Rede gezeigt werden, die Wolfgang Langhoff am Ende des Krieges, als die Bewegung «Freies Deutschland» legal auftreten konnte, in vielen Versammlungen – zuerst am 3. Mai 1945 vor 800 Besuchern in der Zürcher Tonhalle – vorgetragen hat. Darin ist die Auffassung der Zeitschrift in komprimierter Weise enthalten.<sup>17</sup>

Zum ersten Komplex der «Argumente» wurde gesagt: Dass das NKFD in der Sowjetunion entstand und dort seinen Sitz hat, ist der Tatsache zu verdanken, «dass die machtvolle Rote Armee . . . den Armeen Hitlers bei Stalingrad den entscheidenden und tödlichen Stoß versetzte und damit zugleich auch die Wiedergeburt und Befreiung des deutschen Volkes einleitete. Dafür steht die ganze friedliebende Welt und vor allem die deutsche Freiheitsbewegung in Dankesschuld der Roten Armee . . . Gerade die Zulassung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ beweist uns, dass die Sowjetunion zwischen dem deutschen Volke und seiner Naziregierung von allem Anfang an zu unterscheiden gewusst hat . . . Nein, wir haben keinen Auftrag von irgendeiner Regierung . . ., wir haben unseren Auftrag allein von unseren Millionen Toten erhalten, von unserer zerstörten Heimat und von unserem eigenen Gewissen. Und dieser Auftrag lau-

tet: ein freies, demokratisches und unabhängiges Deutschland zu errichten und diese Freiheit ... so in sich zu festigen und auszubauen, dass sie uns nie wieder verlorengeht. Dass diese Freiheit darum nicht die Form der Weimarer Republik erhalten wird, versteht sich von selbst, denn unter ihr ging sie verloren.»

Auf den zweiten Vorwurf, das Komitee «Freies Deutschland» sei ein «Kommunistenkomitee», wurde erwidert: «Gewisse Kreise werden sich mit der Tatsache abfinden müssen, dass es in den unterdrückten Ländern nicht die grossbürgerlichen Schichten, sondern die Arbeiterschaft und Teile des Mittelstandes und der Intelligenz waren, die den Kampf gegen den Faschismus aufgenommen und am unerbittlichsten und kompromisslosesten geführt haben . . . Darum gebührt ihnen bei der Gestaltung eines freien Deutschlands auch das Recht zur vollen Mitarbeit, das sie sich durch ihren Kampf und ihre Opfer verdient haben. Dort, auf dem illegalen Kriegsschauplatz Innerdeutschland, dort, wo wirklich gekämpft wurde, wo sich Katholiken, Protestanten, Bürger, Sozialisten und Kommunisten die Hand reichten und weniger nach dem Parteibuch als nach dem Mann und seinem Charakter sahen, dort wird niemand daran denken, den Kommunisten ihren Platz streitig machen zu wollen . . . Die deutschen Kommunisten wissen, dass sie allein nicht in der Lage sein werden, das deutsche Chaos zu bewältigen, ebensowenig, wie sie es vermochten, den Machtantritt Hitlers zu verhindern. Deshalb gehen sie in der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ ein aufrichtiges und ehrliches Bündnis mit allen demokratischen Gruppen ein und beanspruchen im Rahmen dieses Bündnisses nur den Einfluss, den sie sich durch ihre Treue und ihre Aktivität bei der Durchführung des gemeinsam beschlossenen Programmes erwerben werden . . . Niemand wird im Ernst glauben wollen, dass sich Männer wie von Seydlitz und Paulus oder katholische und protestantische Geistliche von den Kommunisten missbrauchen liessen, genausowenig, wie man annehmen darf, die Kommunisten, deren Geschichte offen vor aller Welt zutage liegt, segelten im Schlepptau einer reaktionären Politik.»

Das dritte «Argument», das NKFD sei ein Komitee der Generale und Junker, war damit schon berührt. «Argumente» dieser Art kamen vor allem aus trotzkistischer Richtung. Die «linken» Opponenten vertraten die Meinung, ein sozialistisches Deutschland unter der Diktatur

des Proletariats sei das unmittelbare Ziel, und da bedürfe es keiner Bündnispolitik, schon gar nicht mit Generalen. In dieser Argumentation lag eine besondere Gefährlichkeit, weil eine verballhornte Analogie zu 1918 hergestellt wurde: In der deutschen Novemberrevolution war der Kaiser gegangen, die Generale aber waren geblieben. Also wurde die Gefahr an die Wand gemalt: Hitler wird zwar vernichtet, aber mit dem NKFD als Trojanischem Pferd bleiben die Generale, um die alte imperialistische Militärmacht wieder aufzurichten.

Wolfgang Langhoff gab dazu die Meinung der KPD-Organisation und der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz mit folgenden Worten wieder: «Damals: Die Weimarer Republik bildete die demokratische Fassade, hinter welcher der deutsche Generalstab ... die Wiederaufrüstung betreiben und den zweiten imperialistischen Angriffskrieg vorbereiten konnte.

Heute: Das Programm der Bewegung ‚Freies Deutschland‘, dem sich die fünfzig Generale in russischer Kriegsgefangenschaft angeschlossen haben, zählt zu seinen wichtigsten Punkten: Vernichtung des Militarismus, radikale Ausrottung der reaktionären Junkerideologie.

Damals: Das Bündnis mit den damaligen Generalen wurde erst nach einem verlorenen Krieg abgeschlossen. Keiner der damaligen Generale hatte sich während des Krieges . . . von seinem Fahneid losgesagt und auf die Seite der Revolution gestellt. Keiner von ihnen ist zum Beispiel neben Karl Liebknecht getreten und hat zur Einstellung des sinnlosen Völkermordens aufgerufen. Keiner von ihnen ist deshalb von einem deutschen Militärgericht de facto oder in contumaciam zum Tode verurteilt worden.

Heute: Das Bündnis, welches die Generale und der Bund Deutscher Offiziere mit dem Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ eingegangen sind, wurde mitten während des Kampfes als Folge der aus diesem Kriege gewonnenen neuen Erkenntnis von der Notwendigkeit des Sturzes der Hitlerregierung abgeschlossen. Die fünfzig Generale haben sich nach schwerem innerem Ringen von ihrem Fahneid losgesagt. Sie haben sich gegen ihren eigenen Generalstab auf die Seite der Volkserhebung gestellt. Von Seydlitz hat sich mitten im Kriege neben Wilhelm Pieck gestellt und zur Einstellung des sinnlosen Mor-

dens aufgerufen. Dafür wurden sämtliche 50 Generale aus der Wehrmacht ausgestossen und in contumaciam zum Tode verurteilt.

Damals: Es blieb derselbe Generalstab, dieselben Militärs, dieselben Hindenburg, Ludendorff, Mackensen, die ohne irgendwelchen Gesinnungswandel der deutschen Schwerindustrie und dem Grossgrundbesitz die eigentliche Führung sicherten. Weimar durfte reden – die Bendlerstrasse regierte.

Heute: Die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ erstrebt nicht nur die Vernichtung des Militarismus, sondern zugleich auch die Entmachtung der Schwerindustrie und des Grossgrundbesitzes durch Verstaatlichung und Kontrolle. Damit werden die eigentlichen Auftraggeber und Förderer des deutschen Militarismus endgültig verschwinden . .

Wir sehen, von der Analogie mit den Generalen von 1918 bleibt nicht viel mehr übrig als Namen, Rang und die Abstammung.

Wenn wir schon in der deutschen Geschichte nach einer Parallele zum Verhalten dieser Offiziere in Russland suchen wollen, so drängt sich uns mit viel grösserer Berechtigung der Vergleich mit einem geschichtlichen Vorgang auf, der sich vor 133 Jahren ereignete und der den Anstoss zu einer mächtigen Freiheitsbewegung des ganzen deutschen Volkes bildete . . . Am 22. Juni 1812, also auf den Tag genau 129 Jahre bevor Hitler seinen Überfall auf Sowjetrußland begann, eröffnete Napoleon die Feindseligkeiten gegen das damalige Russland ... 150'000 Mann deutscher Truppen fochten unter den Fahnen Napoleons und liessen sich im Osten für die Welteroberungspläne des Tyrannen Europas in den Tod treiben.

In dieser Stunde tiefster deutscher Erniedrigung war es der Freiher vom Stein, waren es wahrhaft patriotische deutsche Generale und Offiziere, wie Scharnhorst, Gneisenau, Yorck von Wartenburg und viele andere, die sich mitten im Kriege gegen die Interessen ihres Königs und ihrer Junkerklasse auf die Seite Russlands stellten und mit den russischen Armeen für die nationale Befreiung Deutschlands kämpften. Sie sagten sich von ihrem Eide und ihren Verpflichtungen los, riefen die Armee und das ganze deutsche Volk zum allgemeinen Aufstand gegen den Unterdrücker auf, sie gründeten in Russland die ‚Deutsche Legion‘, die sich zum grossen Teil ebenso wie heute aus deutschen Kriegsgefangenen zusammensetzte, veranlassten die Über-

einkunft von Tauroggen und vermochten es schliesslich, das ganze Volk und am Ende sogar den widerstrebenden König von der Notwendigkeit eines Volkskrieges gegen den Unterdrücker Napoleon zu überzeugen.

Dafür wurden diese Generale ebenso wie heute von ihren Standesgenossen als Abtrünnige und Abenteurer, als Vaterlandsverräter und Phantasten, als die roten Jakobiner Preussens beschimpft und denunziert. Eine nationalistische und nicht eine nationale Geschichtsschreibung hat die Rolle dieser Generale später umgefälscht und umgedeutet. . .

Wenn sich die heutigen Generale und Offiziere in diesem Geiste dem Vaterlande zur Verfügung stellen, wenn sie ihre Erfahrung und ihr Organisationsvermögen nicht zur Restauration des deutschen Militarismus, sondern zum Aufbau eines neuen, freien und wirklich demokratischen Deutschlands einsetzen, so sind sie uns willkommene Bundesgenossen.»

Auf das vierte «Argument», das «Freie Deutschland» sei eine getarnte Naziorganisation, antworteten wir: «Alle in der Bewegung ‚Freies Deutschland<sup>1</sup> in der Schweiz Tätigen sind Opfer des Naziregimes; um der Vernichtung durch Gestapo, SS und Nazijustiz zu entgehen, waren sie zur Emigration gezwungen. Die meisten hatten im faschistischen Deutschland in vorderster Front gegen die Feinde des deutschen Volkes gekämpft, und zum grossen Teil hatten sie mehrere Jahre Konzentrationslager, Zuchthaus und Spanienkrieg hinter sich.»

Kurios wie das «Argument» selbst war die Tatsache, dass es der Berner Bundesrat, und zwar ausgerechnet der pronazistische Bundesrat von Steiger, in demagogischer Niedertracht benutzte und behauptete, die Bewegung «Freies Deutschland» könne zum Unterschlupf der Nazis dienen. Auch dieses «Argument» zog nicht. Die Verleumder mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Sache in guten Händen lag und dass die Bewegung «Freies Deutschland» sorgsam darüber wachte, dass sich keine Gestapo- und SD-Agenten, keine «Abspringer» vom untergehenden Naziregime und sonstigen dunklen Existenzen in die Bewegung einschleichen konnten.

Auch die rechten sozialdemokratischen Emigranten Gegner der Bewegung «Freies Deutschland»

Die rechten Exil-Sozialdemokraten mit Wilhelm Hoegner und Otto Braun an der Spitze leisteten auch nach der Schlacht von Stalingrad zur Niederschlagung des Faschismus und für die Beendigung des Krieges faktisch nichts. Wilhelm Hoegner vermochte sich auf den vielen Seiten seiner Memoiren, die sich auf seine zwölfjährige Emigration in der Schweiz beziehen, keine einzige wirklich antifaschistische Handlung zu bescheinigen. Die meisten dieser Sozialdemokraten malten sich aus, wie sie nach der Niederlage Hitlers von den westlichen Alliierten beim Wiederaufbau einer neuen kapitalistischen Weimarer Republik installiert werden würden. Otto Braun war von seinen Freunden beauftragt worden, ein Programm zu entwerfen. Er schrieb es in Ascona und war am 28. Januar 1943 damit fertig. Das Programm, Denkschrift genannt, wurde den diplomatischen Vertretern der westlichen Alliierten in der Schweiz zugestellt.

In der Denkschrift ging Otto Braun von der irrealen Idee aus, nach dem Kriege müsse die Weimarer Republik fortgesetzt werden. Er schrieb, die Weimarer Verfassung sei «verletzt und gebrochen, aber niemals rechtsgültig aufgehoben worden. Sie besteht noch zu Recht!»<sup>18</sup>

Die geschichtlichen Vorgänge und Veränderungen völlig ignorierend, gänzlich in formaljuristischen und parlamentarischen Vorstellungen befangen, träumte Otto Braun, der mit kurzen Unterbrechungen von 1920 bis zum Papen-Staatsstreich 1932 Ministerpräsident von Preussen gewesen war, davon, er werde in diese Funktion zurückkehren. In seiner Denkschrift sagte er: «Preussen: Hier besteht noch die Regierung Braun zu Recht, ist zur Zeit nur durch Gewalt an der Amtsausübung behindert. Sie befand sich beim Übergang des Reichs zum Hitlerregime in Demission, hatte aber die Amtsgeschäfte mit allen Rechten und Pflichten so lange zu führen, bis der Landtag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt und dieser die neuen Minister ernannt haben würde. *Das ist verfassungsmässig und rechtmässig nie erfolgt!* Alle Massnahmen, die Göring als preussischer Ministerpräsident auf Grund seiner usurpierten Macht getroffen hat, sind rechtswidrig, so dass nach dem Zusammenbruch des Naziregimes und Be-

seitigung seiner Exponenten die Regierungsgewalt an das alte verfassungsmässige Kabinett übergeht.»<sup>19</sup>

Der sozialdemokratische «Staatsmann im Urlauberstand» Braun hat keine einzige Grundfrage angepackt. Welch Kontrast zwischen der geistigen Sterilität des rechten sozialdemokratischen Parteiführers Otto Braun und den der geschichtlichen Entwicklung entsprechenden Forderungen der Bewegung «Freies Deutschland»!

Die von Braun etablierte Konzeption fand die Zustimmung Hoegners und seiner anderen Freunde. Es ist daher verständlich, dass diese Leute nicht gleichgültig bleiben konnten, als die vom NKFD ausgehenden Impulse in der Schweiz wie auch in Grossbritannien, Frankreich und Mexiko etwa gleichzeitig zur Gründung entsprechender Bewegungen «Freies Deutschland» führten. Sie erblickten darin eine ernste Gefährdung ihrer Konzeption und setzten zu Störung und gehässiger Bekämpfung an. Otto Braun schrieb am 26. Juli 1943 an Wilhelm Hoegner: «Was das ‚Freie Deutschland‘ Moskauer Prägung anlangt, so hat mich dieser kommunistische Trick nicht überrascht. Er war zu erwarten. Dieses Sammelsurium von politischen Phantasten und literarischen Wirrköpfen kann in den Händen kommunistischer Drahtzieher viel Verwirrung stiften und Unheil anrichten. Es muss daher ernst genommen werden, um so mehr, als hinter ihm die reichen Mittel und die militärische Macht Russlands stehen.»<sup>20</sup>

Die rechten Exil-Sozialdemokraten bildeten flugs eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des «Freien Deutschland». Diese Arbeitsgemeinschaft tagte mehrmals in der Zürcher Gaststätte «Karl der Grosse» in der Kirchgasse. Daran nahmen unter anderem teil: aus Basel Heinrich Ritzel, ehemals Mitglied des Reichstages und Oberregierungsrat in Giessen, aus Otelfingen der Schriftsteller Dr. Kindt-Kiefer und aus Luzern der frühere Führer der Zentrumspartei und Reichskanzler Joseph Wirth. Bei den Zusammenkünften waren auch führende Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, zuweilen Frau Regina Kägi vom Arbeiterhilfswerk und rechte Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie sowie Abgesandte anderer Emigrantengruppchen zugegen.

Über mehrere Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft vermochte die Leitung der Schweizer Organisation der KPD in den

Besitz sehr ausführlicher protokollarischer Aufzeichnungen zu gelangen, die von ihr auch dem Landesvorstand der Bewegung «Freies Deutschland» bekanntgegeben wurden.

Eine Zusammenkunft der Arbeitsgemeinschaft fand am 3. September 1943 statt, also sehr bald nach Gründung der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz und zufällig am gleichen Tage, an dem die erste Nummer der illegalen Zeitschrift «Freies Deutschland» erschien. In der Zusammenkunft wurde in übelster Weise das NKFD diffamiert, und es erfolgte auch die Orientierung auf die Gründung einer Gegenorganisation, die aber erst am 4. März 1945 zustande kam und den Namen «Das Demokratische Deutschland» – DDD, auch DD genannt – erhielt.<sup>21</sup>

Die Berichte über die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft am 18. September, am 2. Oktober und Ende Dezember 1943 belegen drastisch, dass die rechten Exil-Sozialdemokraten mit Eifer ihre spalterische Tätigkeit gegen die Bewegung «Freies Deutschland» betrieben, und zwar mit den «Argumenten» bürgerlicher Gegner und teils sogar mit «linken Argumenten» aus trotzkistischer Quelle.

Statt an einer Einheit aller Hitlergegner und demgemäss an einer konstruktiven Mitarbeit in der Bewegung «Freies Deutschland» lag den rechten Exil-Sozialdemokraten wie den Führern der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz an einer Einheit anderer Art, an der Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst des amerikanischen Imperialismus.

Sprechen wir zuerst vom Verhalten rechter sozialdemokratischer Führer der Schweiz zum USA-Geheimdienst:

Anfang November 1942 liess sich Allan Welsh Dulles, der Chef des amerikanischen Office of Strategie Service (OSS), das später in die Central Intelligence Agency (CIA) umgewandelt wurde, in der Schweiz nieder. Seine Sache war es nicht, im Geiste der Antihitlerkoalition tätig zu sein, sondern vielmehr, im Interesse der USA-Monopole für die Nachkriegszeit zu sondieren. Früher als manche Regierenden in Bern hatten einige Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Umorientierung auf die Westalliierten vorgenommen, weil wohl diese zu den Siegern des Krieges gehören würden. Folglich entstand im Jahre 1943 ihrerseits ein Interesse an Kontakten mit Repräsentanten des Westens, ausgerechnet mit Allan Dulles, der

nach der Meinung Walter Bringolfs nun als «einflussreichster Mann des Weissen Hauses in Europa» angesehen wurde.

Die Kontaktstelle war beim sozialdemokratischen Verleger Emil Oprecht, dem Bruder des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Hans Oprecht, eingerichtet. «Dulles war gleich nach seiner Ankunft in der Schweiz durch Gerald Mayer, der als ‚Special Assistent‘ an der USA-Botschaft in Bern ebenfalls geheimdienstlich tätig war, bei den Oprechts eingeführt worden. Die Amerikaner, auch die Engländer profitierten in der Folge oft von Emil Oprechts weitreichenden Verbindungen . . . Emil Oprecht... stellte Beziehungen her, bahnte Wege, öffnete Türen ..<sup>22</sup>

Allan Dulles erschien fast jede Woche einmal in Emil Oprechts Zürcher Wohnung am Hirschengraben 20. Über die Verbindungen zum amerikanischen Spionagechef weiss Walter Bringolf Folgendes zu berichten: «Natürlich hatten wir dauernd mit der amerikanischen Gesandtschaft Verbindung, *vor allem* auch mit *Allan Welsh Dulles*, dem – wie er sich bescheiden nannte – Assistent Secretary von Präsident Roosevelt. Allan Dulles, der während vieler Jahre Chef des amerikanischen Geheimdienstes war, stand mit den verschiedenen Kreisen unseres Landes in Verbindung: mit der Finanz, der Industrie, mit Intellektuellen, Künstlern und Diplomaten, aber auch mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten. Ich hatte Dulles zum ersten Male bei meinen Freunden Emil und Emmi Oprecht in Zürichkennengelernt.»<sup>23</sup>

Mit Allan Dulles war also zu reden, mit den Kommunisten – über die sozialen und antifaschistischen Interessen des Schweizer Volkes – konnte dagegen nicht gesprochen werden.

Ebendiese Haltung der rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz deckte sich – auf Deutschland bezogen – völlig mit der der rechten Exil-Sozialdemokraten. Sie biedernten sich bei Allan Dulles an. Im Spätherbst 1943 nahm Wilhelm Hoegner durch Vermittlung des Agenten Gero von Schultze-Gävernitz persönliche Verbindung zum amerikanischen Geheimdienstchef auf. Am 19. November 1943 kam Hoegner zum ersten Male mit Allan Dulles zusammen.<sup>24</sup>

Mehrere Monate früher schon hatte Hoegner begonnen, durch eine Vielzahl von Briefen und sogenannten Denkschriften den Spionagechef auf sich und seine Freunde aufmerksam zu machen. So wurden

in einem Aide-mémoire der Arbeitsgemeinschaft als «Ursachen des deutschen Staats- und Volksunglücks» aufgeführt: «I. Enttäuschung weiter Kreise des deutschen Volkes über den kurzsichtigen Friedensvertrag von Versailles. II. Wirtschaftliche Vernichtung des Mittelstandes. III. Grosse Arbeitslosigkeit. IV. Völlige Vernichtung der moralischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Substanz des deutschen Volkes.» Die entscheidende Ursache des Unglücks, den deutschen Imperialismus und Militarismus, vermochte die Arbeitsgemeinschaft nicht zu erkennen. Kein Wunder, dass der weitere Inhalt der Denkschrift im Grunde nichts anderes besagt, als dass die Deutschlandfrage nach Kriegsende mittels Restaurierung der – etwas reformierten – Zustände, wie sie vor 1933 bestanden hatten, zu lösen sei. Die Autoren der Denkschrift empfahlen sich als die geeigneten Lenker Nachkriegsdeutschlands. Hoegner tat das ausserdem noch, indem er am 29. November 1943 an Dulles eine Denkschrift über die «Neueinteilung Deutschlands» und am 22. Dezember 1943 eine Denkschrift über die «künftige staatsrechtliche Stellung Bayerns» lieferte, die eine ausgesprochen separatistische Plattform darstellte.<sup>25</sup>

In Köpfen, die so dachten, konnte es selbstverständlich kein Verstehen für das realistische Programm des NKFD und den antifaschistischen Kampf der Bewegung «Freies Deutschland» geben, sondern nur Ablehnung und grimmige Feindschaft. Dagegen haben jene sozialdemokratischen Emigranten, die bereits vorher mit den Kommunisten zusammengearbeitet hatten, auch in der Bewegung «Freies Deutschland» ehrlich mitgewirkt. Neue sozialdemokratische Kräfte kamen nur vereinzelt hinzu. Eine solche Ausnahme war der Rechtsanwalt Dr. Hans Venedey Einer, der sich dem «Freien Deutschland» näherte und dann aktiv mitarbeitete, war der SAP-Funktionär Dr. Walter Fabian, der am 7. März 1936 in Paris den Aufruf zur Gründung einer deutschen Volksfront mit unterzeichnet hatte.

Trotz der im Grunde genommen erfolglosen Bemühungen der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz um die Gewinnung sozialdemokratischer Emigranten wuchs die illegale Bewegung im Jahre 1943 durch den wachsenden Zuspruch, den sie bei parteilosen Flüchtlingen fand. Alle Mühen der Bewegung «Freies Deutschland» lohnten sich. Das zeigte sich im folgenden Jahr.

## Die Leitung der KPD-Organisation zur Lage und zu den Aufgaben

Die im Sonderlager für «Linksextremisten» geschaffene Leitung der KPD-Organisation vermochte durch geschickte Konspiration, ihre Funktion auf dem gesamten schweizerischen Territorium auszuüben; ihre Mitteilungen und Weisungen erreichten die Mitglieder der Partei in den verschiedenen Arbeitslagern, in den Städten, in den Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» sowie die Redaktion der Zeitschrift gleichen Namens und natürlich die führenden Schweizer Kommunisten.

Wie die Leitung entsprechend der Generallinie des ZK der KPD initiativ auf die Parteimitglieder und die Bewegung «Freies Deutschland» in den Schweizer Kantonen einwirkte, veranschaulicht beispielsweise das achteinhalb eng beschriebene Schreibmaschinenseiten umfassende Zirkular von Anfang November 1943. Dieses von mir entworfene Dokument wurde verbreitet, als die Konferenz der Ausenminister der Sowjetunion, der USA und Grossbritanniens vom 19. bis 30. Oktober in Moskau stattgefunden hatte, die Erklärungen der Konferenz aber noch nicht bekanntgegeben worden waren.

In der Einleitung des Dokumentes heisst es: «Die gewaltige Autorität der Sowjetunion in der Welt tritt eindeutig auf der Moskauer Konferenz zutage, deren wesentliche Bedeutung heute schon klar vor Augen liegt, wenn auch noch nicht die einzelnen Probleme bekanntgemacht worden sind... Diese Probleme werden zunächst von der Kriegslage bestimmt. Für diese aber ist die Ostfront entscheidend. Mit dem Siegeszug der Roten Armee, der im Sommer begann,... hat ein beispielloser Dambruch der Hitlerfront seinen Anfang genommen, nachdem Stalingrad das Kennzeichen der Wende dieses Krieges geworden war. Den stammelnden Beschönigungsversuchen des OKW und Hitlers stehen unleugbare Tatsachen gegenüber. Statt der ‚Frontverkürzung‘, die ‚Reserven frei macht‘, statt der ‚Aufgabe bedeutungslosen Terrains‘, die ‚günstigere Positionen‘ schafft, zeigen sich Verlängerung und Durchbrechung der Front, Preisgabe kriegswichtiger Rohstoffgebiete, riesige Menschen- und Materialverluste des hitlerischen Trosses. Was ist vom hitlerischen Befehl, den Dnepr auf alle Fälle zu halten, übriggeblieben? Schon steht die Rote Armee im Be-

griff, die Krim zu erobern, sich den alten Sowjetgrenzen zu nähern, und die blossen Annäherung des Sowjetheres verwandelt bereits den Balkan in einen brodelnden Kessel für die Okkupanten. . . Ritter von Schramm (Hitlers Tagebuchführer im OKW, der sich in der BRD an der militärischen Forschungsstelle in Freiburg als Geschichtsfälscher produziert – *H.T.*) orakelt mystisch über die Unerschöpflichkeit der Kampfkraft der Sowjetarmeen: „Der Bolschewismus macht sich eben das immer noch in der Tiefe vorhandene religiöse Bedürfnis des einfachen Sowjetsoldaten zunutze und weiss es für seine Zwecke mehr oder minder erfolgreich auszunutzen/

Wie schlecht muss die Position dieser ‚Erklärer‘ sein, wenn sie zu solchen Mätzchen zu greifen gezwungen sind! Die Erklärung der Siege der Roten Armee ist doch viel einfacher... Sie liegt in der *Überlegenheit des Sozialismus*, der planmässigen Produktionsformen und Produktionsverhältnisse. *Planmässig* hat der sozialistische Aufbau durch modernste Industrie und kollektivierte Landwirtschaft die modernste Basis für die stärkste Wehrmacht der Erde geschaffen, nicht nur technisch, sondern auch dadurch, dass er bewusste, ihrer sozialistischen Heimat bis in den Tod ergebene Menschen schuf.»

Das Dokument unterzieht die Kriegführung der westlichen Alliierten einer heftigen Kritik, besonders am Beispiel der Operationen in Italien, durch die es dem Faschisten Pietro Badoglio gestattet wurde, den «Faschismus ohne Mussolini» zu retten, statt der auf der Tagesordnung stehenden demokratischen Umwälzung Beistand zu leisten. Weiter wird zum Ausdruck gebracht, dass die Aussenministerkonferenz der Verwirklichung der zweiten Front gedient haben wird, denn: «Die zweite Front wird kommen, weil sie kommen muss, dank der Stärke der Sowjetunion!»

Es hat sich bald herausgestellt, und zwar auf der Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, Grossbritanniens und der USA vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran, dass die Einschätzung der Aussenministerkonferenz durch die Leitung der KPD-Organisation nicht spekulativ, sondern sachlich und real war.

Das Dokument beschäftigt sich dann mit dem bereits zu jenem Zeitpunkt diskutierten Problem der Wiedergutmachung. Die Leitung der KPD-Organisation begründete die Notwendigkeit der Wiedergut-

machung nach Kriegsende, besonders die schwer geschädigte Sowjetunion betreffend. Wörtlich ist zu lesen: *«Jede an die Sowjetunion gelieferte Maschine, jedes Quantum Erz, Kohle und Zement dient der Stärkung der ersten sozialistischen Völkergemeinschaft und damit der Sache der Massen in allen Ländern . . . Das deutsche werktätige Volk kann der Frage eines schnellen und gründlichen Aufbaus und der Beseitigung der Schäden an dem sozialistischen Eigentum der Völker der Sowjetunion niemals gleichgültig gegenüberstehen . . . Denn dadurch, dass die deutsche Industrie dem Wiederaufbau in der Sowjetunion dient, wird verhindert, dass imperialistisch-chauvinistische Pläne gewisser kapitalistischer Kreise auf Entindustrialisierung Deutschlands, die die politische und soziale Hilflosmachung des deutschen Volkes zur Folge haben müsste, aufrechterhalten werden könnten. Damit würde auch die Wirtschaft des demokratischen Deutschlands aufs engste mit der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion verbunden, was bedeutende Folgen für die Erweiterung und den Ausbau der Positionen der Arbeiterklasse haben müsste.*

Was die Wiedergutmachung für die anderen Völker betrifft, so muss nach der Anerkennung des Vorrechtes der Sowjetunion die Gutmachung für die schuldlos geschädigten werktätigen Massen ebenfalls bejaht werden. Aber das demokratische Deutschland wird dabei die werktätigen Brüder und Schwestern der geschädigten Völker darauf hinweisen, dass sie ihrerseits diejenigen Kreise und Personen in ihrem Lande zur Mitverantwortung heranziehen sollten, die durch ihre reaktionäre Politik begünstigt haben, dass Hitler sich der Macht über das deutsche Volk bemächtigen konnte und die dadurch erst ermöglichen, dass die Welt in die Kriegskatastrophe gestürzt wurde.»

In dem Dokument werden unter anderem folgende Forderungen erhoben: *«Beschleunigung der Entwicklung zur Herstellung engster wirtschaftlicher und damit auch politischer Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und der Sowjetunion . . . Herausbildung einer festen Solidarität zwischen den Werktätigen der durch Hitler geschädigten Nationen und dem befreiten deutschen Volke. Diese Solidarität richtet sich gegen jene kapitalistisch-reaktionären Cliques in allen kapitalistischen Ländern . . . Das Problem der Wiedergutmachung wird so aus einem eventuellen Mittel imperialistischer Ausbeutung zu einer*

Waffe im Kampfe gegen die monopolkapitalistischen Feinde des Friedens und der Freiheit aller Völker.»

In der gleichen konsequent klassenmässigen und internationalistischen Weise behandelt das Dokument eine Reihe weiterer Fragen. Ein Teil des Dokuments beschäftigt sich eingehend mit der historischen Rolle und dem Programm des NKFD. In diesem Teil heisst es: «Eine eigenartige Erscheinung ist, dass der Beitritt von kriegsgefangenen deutschen Offizieren zu dieser Bewegung in gewissen Kreisen geradezu hysterische Kritik gefunden hat. Dabei liegt für denjenigen, der begriffen hat, dass die Belange der ganzen Menschheit die Verkürzung und Beendigung des Krieges durch eine möglichst baldige Zerstümmerung der hitlerischen Kriegsmaschinerie erfordern, klar auf der Hand: *Jede Verbreiterung der Front aller Deutschen, die die Notwendigkeit des Sturzes des Hitlerregimes begriffen haben und daraus Konsequenzen zu ziehen bereit sind, dient dem Ziele aller freiheitsliebenden Völker und insbesondere den Völkern und der Macht der Sowjetunion, die immer noch die schwerste Last dieses Krieges zu tragen haben.*

Dass nicht nur emigrierte deutsche antifaschistische Politiker, Gewerkschafter, Künstler, Wissenschaftler, sondern auch kriegsgefangene deutsche Soldaten und unter ihnen auch eine Anzahl von Offizieren begriffen haben, dass dieses Ziel identisch ist mit den Interessen des deutschen Volkes, kann nur begeisternd und anfeuernd auf die Kämpfer gegen die fluchwürdige Nazidiktatur wirken. Es ist sektiererische und kleinbürgerlich-,radikale' Räsoniererei (wenn es nicht einfach getarnte chauvinistische Hetze gegen das deutsche Volk ist), wenn in diesem Zusammenhänge von einem .Bündnis mit den Generälen und Junkern' gesprochen wird. Seit Beginn der sozialistischen Arbeiterbewegung hat deren wissenschaftliche Grundlage und ihr heldenmütiger Kampf für den Fortschritt der Menschheit stets einige selbständige und weitblickende Menschen aus den Kreisen anderer Klassen zu begeisterten Mitkämpfern gemacht.»

Den Mitgliedern der KPD-Gruppen wird dann die theoretisch wie praktisch wichtige Orientierung gegeben: «Für uns muss klar sein, dass ... bei der Lösung der gewaltigen Probleme, die den Zusammenbruch Hitlers herbeiführen und die nach seinem Zusammenbruch vor allen Völkern, besonders aber vor dem deutschen Volke stehen, die Erkämpfung und Behauptung der *demokratischen* Freiheiten der *erste*

Schritt aus dem Chaos ist, dass aber... die völlige Sicherung vor einer Wiederkehr der politischen Tyrannei nur in der Errichtung einer planmässig arbeitenden, von jeglicher Ausbeutung befreiten sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung liegt. Die Garantie, dass die Kämpfe bis zur Erreichung dieses Zieles erfolgreich und so abgekürzt wie möglich geführt werden können, liegt einzig und allein in der *zu einer Lebensnotwendigkeit gewordenen Einheit der Arbeiterklasse!* Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, ... die ‚bis ans Ende konsequent revolutionär‘ ist. Sie ist darum auch historisch berufen, den Kern und die Führung aller Freiheitskämpfe zu bilden, die nicht stehenbleiben können bei der Ordnung der nationalen und demokratischen Freiheit des Volkes, sondern auch auf seiner Befreiung von jeder sozialen Bedrückung bestehen müssen, wenn sie den imperialistischen Raubkriegen für immer ein Ende machen wollen.

Deshalb muss es die Arbeiterklasse sein, die alle Schichten und Klassen um sich scharf. . . Diese Verbündeten: Bauern, Handwerker, Intellektuelle, ‚selbständige‘ Gewerbetreibende, unterdrückte Nationalitäten können nur von einer ideologisch und organisatorisch einheitlich geleiteten Arbeiterklasse gewonnen und in den Kampf eingereicht werden. Deshalb muss die Herstellung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse zum Kampf um deren politische und soziale Interessen Hand in Hand gehen mit der Entwicklung der breiten Volksbewegung zum Sturz Hitlers und der Erkämpfung der demokratischen Republik. Aus dieser Aktionseinheit erwächst die Herausbildung einer *klassenbewussten Einheitspartei der Arbeiterbewegung*, die die richtigen Lehren aus diesem gewaltigen Ringen zu ziehen und den Massen des Volkes zu vermitteln in der Lage ist und sie zu führen vermag von der Vernichtung der blutigen Tyrannei Hitlers über die demokratische Revolution zur Überwindung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – zum Sozialismus!»<sup>26</sup>

So richtete die Leitung der KPD-Organisation das Augenmerk auf Kernfragen der Klassenauseinandersetzungen. Es wurde dargelegt, dass die antifaschistisch-demokratische Umwälzung die einzige Alternative zum Faschismus und zum imperialistischen Krieg war und dass durch den Zusammenschluss aller antihitlerischen Kräfte die

Machtfrage in einem kommenden Deutschland zugunsten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gelöst werden musste.

Auf diese Weise wurde die politisch-ideologische Arbeit der Kommunisten in der Schweizer Emigration nach der Schlacht von Stalingrad angeleitet. Aus den Artikeln der Monatsschrift «Freies Deutschland» ist die Führungsrolle der Kommunisten deutlich erkennbar; oft sind redaktionell geringfügig bearbeitete Teile solcher Dokumente wie des zitierten Zirkulars in die Zeitschrift übernommen worden.

### **Weitere Solidaritätsaktionen der Emigranten in der Schweiz für die Internierten in Frankreich**

Mit der Besetzung ganz Frankreichs durch die Hitlerarmee im November 1942 hatte sich die schwere Lage der Internierten in den südfranzösischen Lagern noch verschlimmert. Die Nachrichten, die darüber in die Schweiz gelangten, waren erschütternd. Hilfe war dringend notwendig. Die Vermittlung der Solidaritätspakete durch «Colis Suisse» des Schweizer Arbeiterhilfswerkes und durch die Centrale Sanitaire Suisse hatte sich aber ungemein erschwert. Da öffnete sich eine neue Quelle für eine wirksame Hilfe: Das Unitarian Service Committee (USC), das der Amerikaner Noel Field in Genf leitete, organisierte über Portugal die Entsendung von Solidaritätspaketen. So begann Noel Fields aktive karitative Tätigkeit auf schweizerischem Boden.

Korrespondenzen zwischen dem Unitarian Service Committee und dem Interniertenlager Gordola geben darüber Auskunft. Die Briefe bezeugen deutlich die solidarische Aktivität. So ist aus diesen Briefen zu erfahren, welchen Personen Pakete geliefert wurden; es finden sich darunter Namen wichtiger Funktionäre der KPD, wie Franz Raab (in Vernet), Karl Gaile (in Guiche), Heinz Priess (in Vernet). Als bekannt wurde, dass sich Franz Raab und Heinz Priess nicht mehr im Lager Vernet befanden, und zu befürchten war, dass auch sie von der SS und Gestapo nach Deutschland verschleppt worden waren, stellte Field Nachforschungen an. Zwar konnte er nicht sofort ihren neuen Aufenthalt ermitteln, es war aber beruhigend, als er am 16. November 1943

ins Lager Gordola berichtete, dass die beiden «im September ihren Wohnort – und zwar sehr zu ihren Gunsten – gewechselt haben»<sup>27</sup>.

Aus den Berichten, die Field aus Frankreich erhielt, ging hervor, dass die Solidaritätssendungen aus der Schweiz grösste Not linderten und moralisch halfen. Das bewirkte natürlich auch wieder eine moralische Stärkung der Spender in der Schweiz.

Zur Förderung der Solidaritätsaktion wurde in der Schweiz im September oder Oktober 1943 illegal eine dreissigseitige Broschüre verbreitet, deren Titel leider nicht angegeben werden kann, da sie nur in einer Fotokopie vorliegt und der Umschlag fehlt. Diese Broschüre, auf Grund der Berichte aus Frankreich geschrieben, gibt ein erschütterndes Bild von der Lage der dort Internierten, aber auch vom heldenhaften Widerstand und von der Teilnahme deutscher Antifaschisten. Es wird über die Zustände in den Lagern Vernet, Gurs und im Gefängnis Castres berichtet, die schon unter der Vichy-Regierung grauenvoll waren, nach der Besetzung ganz Frankreichs durch das Wüten von Gestapo und SS aber noch schlimmer wurden. Zu den Massendeportationen nach Deutschland wird mitgeteilt, dass zu den Deportierten die führenden deutschen Kommunisten Franz Dahlem, Heinrich Rau und Siegfried Räder zählten.

In der Broschüre wird die Elendslage der Gefangenen in dem zum Bersten gefüllten Gefängnis von Castres, wo die meisten zur Deportation bestimmten Internierten untergebracht waren, geschildert und aus einem Bericht von dort zitiert, «dass ohne die Pakete, die ihnen von aussen, auch aus der Schweiz, zugeschickt wurden, keiner ohne schwerste Schädigung davongekommen wäre».

Den Hauptinhalt der Broschüre bildet der Bericht über den geglückten kühnen Handstreich deutscher Antifaschisten, durch den die Gefangenen in Castres am 22. September 1943 befreit und Himmlers Klauen entrissen wurden. In der Broschüre heisst es dazu: «Begeistert und angefeuert werden auch ausserhalb Frankreichs alle Antifaschisten, die von diesem Geschehen erfahren. Ganz abgesehen von der Freude über die geglückte Rettung, muss es zum Nachdenken führen, dass es mitten im besetzten Frankreich ... einer Gruppe von politischen Flüchtlingen, die selbst seit Jahren verfolgt und gehetzt worden sind, gelungen ist, eine so schwierige Aktion zu organisieren und

durchzuführen. Jedem, der weiss, unter welch unglaublich schweren Bedingungen alle Teilnehmer ihr eigenes Dasein stündlich erkämpfen mussten, in geheimen, oft wechselnden Quartieren notdürftig untergebracht, von Unterernährung geschwächt, von der Polizei gesucht, muss dieser Handstreich – dem andere vorangingen und weitere folgen werden – zum Ansporn gereichen, in ihm den glühenden Wunsch erzeugen, diesen Kameraden nicht nachzustehen. Wieder einmal ist hier der Beweis erbracht, dass es für den entschlossenen Freiheitskämpfer kein unüberwindliches Hindernis gibt. . .»<sup>28</sup>

Daran schliesst sich folgender Appell an die Schweizer an: «Wenn Sie vorstehenden Bericht . . . gelesen haben, werden Sie bestimmt mit uns der Meinung sein, dass alles getan werden muss, um die Kampfkraft dieser Menschen zu erhalten. Unter ihnen befinden sich solche, die Jahre in den Konzentrationslagern Deutschlands verbracht haben, andere haben in Spanien aktiv gegen den Faschismus gekämpft und wurden dann in dem Frankreich der 200 Familien in die Internierungslager gesteckt und dort unmenschlich behandelt. Alle befinden sich jahrelang in der Emigration; jedoch ihr Mut ist ungebrochen und ihre Hoffnung auf den baldigen Sieg über den Faschismus unerschütterlich. Wir alle müssen diesen Antifaschisten, die unerschrocken und mit Ausdauer überall dort, wo sie stehen, einen zähen und entschlossenen Kampf gegen die Hitlertyrannie führen, vor allem auch materiell die Möglichkeit geben, diesen Kampf mit Erfolg fortzusetzen. Gross ist jedesmal ihre Freude, wenn es wieder einmal gelungen ist, ihnen trotz wachsender Schwierigkeiten wieder einen Geldbetrag zukommen zu lassen. Wir sind gewiss, dass . . . das bisherige solidarische Handeln vieler Schweizer noch eine Steigerung erfahren wird. Deshalb geben Sie und sammeln Sie auch unter ihren Freunden und Bekannten.»

So weit über den ersten Teil der Broschüre. Der zweite Teil enthält Dokumente vom Widerstandskampf deutscher Antifaschisten in Frankreich. Da wird aus der Zeitung «Soldat am Mittelmeer, Organ der Soldatenorganisation in Frankreich», vom September 1943 zitiert. Dann folgt ein Flugblatt unter dem Titel: «Mussolini gestürzt – Hitler muss ihm nach!» Bemerkenswert ist, dass auch ein Abschnitt aus dem Manifest des NKFD wiedergegeben wird. Den Abschluss der Bro-

schüre bildet die Wiedergabe eines Flugblattes: «10 Gebote für den deutschen Soldaten». Darin werden in einfachen Worten, die dem missbrauchten Landser verständlich waren, praktische Anleitungen gegeben, wie er «mit dem Krieg Schluss macht, ehe der Krieg mit ihm Schluss macht».

Die Broschüre zeigt, wie die Solidaritätsaktion mit der Information über den militanten Widerstand in Frankreich zur Verwirklichung der Politik der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz verbunden wurde.

### **Internierungslager für Sowjetbürger**

In Hitlerdeutschland war die Zahl der Kriegsgefangenen – Soldaten und Offiziere der sowjetischen, der polnischen, der französischen Armee – und der zur Zwangsarbeit verschleppten Zivilpersonen, auch Frauen und Jugendlichen, bis Ende Mai 1943 auf 12,1 Millionen angestiegen. Ihre Lage war entsetzlich. Durch Flucht versuchten viele von ihnen, den Qualen zu entkommen. Schon bis zum 7. November 1941 waren nach Angaben des SS-Führers Heydrich aus Gefangenenlagern in Deutschland 5'000 und im «Generalgouvernement», das heisst in Polen, 12'000 sowjetische Kriegsgefangene ausgebrochen. Wie hoch die Zahl der Ausgebrochenen danach anstieg, weiss niemand, und niemand weiss auch, wie viele auf der Flucht ums Leben kamen. Von denen, die die deutsch-schweizerische Grenze bereits erreicht hatten, fanden nicht wenige den Tod im Rhein oder im Bodensee; entweder waren sie von deutschen Grenzwächtern während des Durchschwimmens erschossen oder von schweizerischen Grenzern zurückgejagt worden. Die Zurückgetriebenen wurden zumeist unter der Anschuldigung der Sabotage hingerichtet. Sie erlitten das gleiche tragische Schicksal wie vorher schon viele Polen, die in die Schweiz zu entkommen versucht hatten.

Manche Sowjetbürger gelangten trotz der streng bewachten Grenze auf Schweizer Territorium. Es gab Fälle, dass sich Schweizer Grenzposten nicht nach den unmenschlichen Befehlen richteten, sondern den Geflohenen halfen. Ein Beispiel vom November 1942: Zwei sowjetische Soldaten hatten sich mit einer Sowjetbürgerin, die nicht schwimmen konnte, zusammengebunden, durchschwammen bei

Stein den Rhein und wurden von zwei schweizerischen Grenzwächtern auf genommen, gepflegt und in ein sicheres Quartier gebracht.

Die ersten sowjetischen Flüchtlinge aus faschistischer Gefangenschaft kamen im April und Mai 1942 in die Schweiz. Sie wurden unter strenger Aufsicht bei Bauern beschäftigt. Mehrere aus Deutschland entflohen Sowjetsoldaten wurden ins Basler Gefängnis «Lohnhof» geworfen. Als die Zahl der trotz aller Hindernisse in die Schweiz gelangten Sowjetbürger wuchs, erfolgte ihre Internierung in Speziallagern in Les Veres und Andelfingen. Die Lager wurden nicht Lager für Sowjetbürger, sondern «Russenlager» genannt. Man liess die Sowjetbürger den Antisowjetismus und Antikommunismus sehr deutlich spüren. Das begann schon damit, dass das Wort «Russen» von gewissen Schweizern mit einem Ton der Verachtung und Feindseligkeit ausgesprochen wurde.

Die schweizerischen Behörden behaupteten, die «Russen» würden wie andere Militärlüchtlinge aus Polen, Frankreich oder Jugoslawien behandelt. Das war eine grobe Unwahrheit. Es traf zu, was die Leiterin des schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, Regina Kägi, über das Lager Andelfingen (Kanton Zürich) berichtet: «Die Russen wurden nicht gleich behandelt wie andere Flüchtlinge. Die Burschen wünschten in ihrer Freizeit Sprachstunden zu nehmen; es wurde verboten, den Jugoslawen, die in der Nachbarschaft hausten, aber erlaubt. Sie wünschten den russischen Film ‚Der Weg ins Leben‘ zu sehen; das Arbeiterhilfswerk besass eine Kopie und wollte sie im Lager vorführen; es wurde verboten. Solche kleine und ernstere Schikanen, die sich oft wiederholten, machten unnötig böses Blut.»<sup>29</sup>

Als die schikanöse Behandlung zu Protesten der Bevölkerung führte, «rechtfertigte» Bern diese Handlungsweise mit dem «undisziplinierten und rebellischen» Verhalten der «Russen». Die behördlichen Schikanen hörten nicht auf. «Eines Tages kam es zur Explosion», berichtet Regina Kägi weiter. Sie erfolgte am 23. Februar 1943, dem Tag der Roten Armee. «Die Russen baten um die Erlaubnis, am Tag der Roten Armee, am 23. Februar 1943, nicht arbeiten zu müssen und eine russische Kabarettvorstellung in einem Wirtshaus in Andelfingen, dem Lagerort, veranstalten zu dürfen. Dazu wollten sie die Flüchtlingsbehörden, die Bevölkerung des Dorfes und ihre Zürcher Sonntagnachmittagsfreunde einladen. Grundsätzlich wurde der

Wunsch bewilligt, das Programm musste der Zensur vorgelegt werden. Aber einen oder mehrere Tage vor dem Fest erklärte die Lagerleitung, die Zürcher Gäste dürften nicht eingeladen und am Vormittag müsse noch gearbeitet werden. Die Russen erklärten, in diesem Falle spielten sie nicht, gingen aber auch nicht arbeiten; das sei ihr nationaler Feiertag . . . Als aber am Nachmittag bereits einige hohe Gäste im Saal anwesend waren, befahl der Chef der Zentraleitung, die Vorstellung sei durchzuführen. Die Russen traten in Viererreihen an, marschierten vom Lager stramm ins Dorf, machten vor dem entsprechenden Gasthof halt, rechtsumkehrt und marschierten ebenso stramm ins Lager zurück. Als Sanktion wurde für eine Woche Postsperrung verhängt . . . Die Russen antworteten mit einem Hungerstreik. Das Lager wurde militärisch umstellt, Maschinengewehre wurden aufgefplant. Die Freunde der Russen schlichen ebenfalls um das Lager und versuchten, Lebensmittel einzuschmuggeln – die Lage wurde immer explosiver. Ungefähr eine Woche später wurde das Lager plötzlich ins Wallis disloziert, mit Umfahrung von Zürich.»<sup>30</sup>

Gerade die Solidarität der Bevölkerung mit den sowjetischen Gefangenen versetzte die Behörde in Zorn. Im Walliser Lager liess die schikanöse Behandlung nicht nach. Hier, wo 131 Rotarmisten interniert waren, kam es zu Unruhen, weil zwei Internierte abgeholt und ins Gefängnis geworfen wurden, angeblich wegen eines Disziplinarvergehens, in Wirklichkeit, weil derselbe Lagerleiter Pfeiffer, der vorher in Andelfingen regierte, die beiden als aktive Kommunisten angezeigt hatte. Infolge der Verhaftung weigerten sich die Lagerinsassen, die Arbeit aufzunehmen. Da rückte schwerbewaffnete Militär- und Bundespolizei an, um den Streik zu unterdrücken. Die Internierten bewahrten stolze Haltung. Als 120 Polizisten das Lager von allen Seiten mit Maschinengewehren bedrohten und eine gefährliche Lage provoziert worden war, wurden 37 Lagerinsassen als «Rädelsführer» verhaftet und in die Zuchthäuser Witzwil, Bellechasse und Torberg geworfen.

Über diese Vorgänge hat Wladimir Sergejewitsch Saizew, kommunistischer Parteisekretär im Lager Andelfingen und auch Internierter im Walliser Lager, in der Moskauer «Komsomolskaja Prawda» vom 30. Juni 1971 berichtet: «Zwei Wochen danach (nach der Verlegung des Lagers – *H.T.*) führte die Polizei nachts eine gründliche

Durchsuchung aller Internierten durch. Man verhaftete 37 Personen, die gesamte antifaschistische Lagerleitung, darunter auch mich, und verteilte uns auf verschiedene Gefängnisse. Nach zweimonatiger Gefängnishaft brachte man uns, ohne dass irgendeine Anklage gegen uns erhoben worden war, in ein Straflager hinter dichten Stacheldraht, wo wir unter einem strengen Regime mehr als drei Monate festgehalten wurden. Danach überführte man uns 37 Mann in ein allgemeines Lager für internierte Sowjetbürger.»<sup>31</sup>

Die Schweizer Zeitungen durften über den Vorfall nicht berichten, aber es kam zu einer sogenannten kleinen Anfrage an den Bundesrat, auf die Bundesrat von Steiger unter anderem antwortete: «Der in Bel-lechasse internierte russische Offizier musste dorthin gebracht werden, weil nach Feststellung der Sicherheitsorgane angenommen werden musste, er werde eine politische Tätigkeit entfalten.» Die illegale kommunistische Zeitung «Die Neue Welt» kommentierte: «So wurde ‚angenommen‘, und weil ‚angenommen‘ wurde, warf man russische Offiziere und Soldaten ins Gefängnis und verfügte über sie Schutz- und Sicherheitshaft . . . Die internierten Sowjetrussen sind Kämpfer der Roten Armee, die heute den Todfeinden der Menschheit vernichtende Schläge versetzt . . . Lind ausgerechnet in diesem Augenblick beleidigt die Bundesregierung niederträchtiger denn je die Grossmacht, die bei der Neuordnung der europäischen Verhältnisse das gewichtigste Wort mitzusprechen hat!»<sup>32</sup>

Im Juli 1944 gab es sechs oder sieben «Russen»-Lager, in denen 743 Mann, davon 85 Offiziere, interniert waren, später stieg die Zahl der Internierten auf einige tausend an. Im Lager Le Chaluët im Berner Oberland wurde – es war im Januar 1944 – ein Zwischenfall provoziert, bei dem die Wache einen internierten Rotarmisten durch drei Bauchschüsse tötete. Im Lager Wauwilser im Kanton Luzern, wo sich ausser Sowjetbürgern auch Internierte anderer Nationalität befanden, trieb man die Internierten mit Hunden, bis der öffentliche Protest die Entfernung der Tiere erzwang.<sup>33</sup>

Die Behandlung der sowjetischen Zivilinternierten war ebenfalls strenger als die der Internierten anderer Nationalität. Beispielsweise liess Lagerleiter Hans Häni die im Casa per Internate Brissago untergebrachten fünf ukrainischen Mädchen immer nur die körperlich schwersten Arbeiten ausführen. Die kleine und zarte, erst 16jährige

Ljuba, die in Deutschland Bitteres hatte erfahren müssen, weinte oftmals, nicht nur aus Sehnsucht nach der Mutter, die ebenfalls von den Faschisten verschleppt worden war, sondern auch wegen der Härte der Fron im Schweizer Internierten-»Heim«. Die Kommunistinnen des «Heimes», aber auch viele andere Frauen umgaben die ukrainischen Mädchen mit besonderer Zuneigung, und auch die Parteileitung im Lager Gordola leistete den sowjetischen Mädchen im «Heim» Brissago, von Gordola nur etwa 15 Kilometer entfernt, immerfort politische und moralische Hilfe.

Die sowjetischen Bürger, die so manches Mal während des Kampfes gegen die Hitlerbarbaren, für Demokratie und Frieden dem Tod ins Auge gesehen hatten, lernten die schweizerische «Demokratie» und «Neutralität» gründlich kennen. Sie begegneten aber auch überall dort, wo Kontakte mit der schweizerischen Bevölkerung und mit Emigranten möglich waren, deren Sympathie und Solidarität.

### **Sowjetisches Kampfbanner in der Obhut deutscher Kommunisten**

Die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz unterhielt Verbindung mit den sowjetischen Militärinternierten des Lagers in Andelfingen. Es musste äusserst konspirativ vorgegangen werden. Als Kontakt»mann« wurde Fritz Sperlings Lebensgefährtin Lydia Hug, gebürtige Schweizerin, eingesetzt. Sie hatte Kontakt mit den Komso-molzen Viktor, Sascha, Grischa und Niki, überbrachte Informationen und Solidaritätspäckchen.

Eines Tages übergaben die sowjetischen Freunde der Genossin «Reh» – das war Lydias Deckname – ein Paket. Es enthielt eine grosse Kostbarkeit: eine sowjetische Fahne. Bei der Übergabe sagten sie zu Lydia: «Diese Fahne, die wir trotz vieler Gefahren und Schwierigkeiten in die Schweiz mitgebracht haben, war uns immer ein kostbares Stück unserer sozialistischen Heimat. Sie war uns stets ein Symbol der Siegeszuversicht, ein Kampfbanner gegen den Faschismus, für Freiheit und Sozialismus. Du, liebe Reh, sollst die Fahne deinem Mann, unserem Genossen und Freund Jonny (Fritz Sperling – *H.T.*) übergeben. Bestelle ihm folgenden Abschiedsgruss: Dieses Banner soll ein Symbol der festen Freundschaft und ewigen Verbundenheit

zwischen unserer bolschewistischen Partei der Sowjetunion, ihren Völkern und der Kommunistischen Partei Deutschlands sein. Dieses Banner soll als Symbol der internationalen Solidarität der KPD gehören.»<sup>34</sup>

Die Fahne war bei dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion vor dem Zugriff der Faschisten gerettet worden. Sie war Zeugnis harter Kämpfe und eines schweren Weges; viele Stellen waren befleckt und auch zerschissen. Tapfere Komsomolzen hatten das Banner durch die Ukraine und Polen, durch faschistische Lager in Deutschland schliesslich in die Schweiz, wo es ebenfalls versteckt werden musste, gerettet.

Die Fahne trug die Aufschrift «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» In der Mitte befand sich ein kunstvoll gesticktes Emblem der UdSSR mit den Namen von elf Sowjetrepubliken. Daraus ist erkennbar, dass die Fahne in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre gestiftet wurde. Die Rückseite der Fahne war mit dünnem rotem Tuch geschickt überdeckt. Nach sorgfältigem Ablösen gab das Banner ein Geheimnis preis, denn in russisch und ukrainisch waren die Worte eingestickt: «Rote Wanderfahne, dem Komitee von Wikonawtscho von den Deputierten der Werktätigen des Gebietsowjets von Wolyrien für den besten Rayon bei der Liquidierung des Analphabetentums». Also stammte die rote Fahne aus dem Rayon Wikonawtscho, nahe der alten ukrainisch-polnischen Grerize.

Nach Kriegsende wurde die Fahne nach München, dann nach Berlin gebracht. Im Februar 1970 übergaben die besten Pioniere des Freundschaftsklubs «Juri Gagarin» der 15. Erweiterten Oberschule Berlin-Schmöckwitz, zu der Lydia Sperling, obwohl sie an den Rollstuhl gefesselt ist, engsten Kontakt unterhält, die Fahne auf einer feierlichen Veranstaltung in der ukrainischen Stadt Luzk. «Das Kampfbanner», so schreibt Lydia Sperling, «brachten die sowjetischen Freunde feierlich gemeinsam mit der deutschen Delegation nach Wolyn, also an den Ort, der es vor etwa 33 Jahren im Kampf gegen den Analphabetismus erhalten und von wo aus es den gefahrenreichen Weg mit den heldenhaften Komsomolzen angetreten hatte, die das Ehrenbanner vor dem Zugriff der Faschisten retteten.»<sup>35</sup>

Zuvor aber waren bereits mit Hilfe der Moskauer «Komsomolskaja Prawda» Nachforschungen eingeleitet worden, um über die Geschichte der roten Fahne mehr zu ermitteln und auch über die

Komsomolzen Viktor, Sascha, Grischa und Niki. Ein erster Erfolg ist zu verzeichnen: Am 30. Juni 1971 veröffentlichte die «Komsomolskaja Prawda» unter der Überschrift «Ich bin einer von denen ...» einen Brief von Wladimir Sergejewitsch Saizew aus Taischet im Gebiet Irkutsk. Hier der nur geringfügig gekürzte Wortlaut der Veröffentlichung in der «Komsomolskaja Prawda»:

«Liebe Redaktion! Ich habe in Ihrer Zeitung den Artikel ‚Der Verbindungsmann wurde ‚das Reh‘ genannt‘ gelesen und fühle mich verpflichtet, Ihnen zu schreiben. Ich bin einer von denen, die aus der faschistischen Gefangenschaft in die Schweiz fliehen konnten. Dort war ich in einem Lager für internierte Sowjetbürger. Das Lager befand sich die erste Zeit in dem schweizerischen Dörfchen Andelfingen in der Nähe von Zürich. Das Verhältnis des arbeitenden Volkes der Schweiz zu uns war herzlich. Ganz anders war jedoch das Verhältnis der Behörden der bürgerlichen Schweiz zu uns. Es war uns verboten, das Lager zu verlassen, Radio zu hören, Zeitungen zu lesen, Musikinstrumente zu besitzen, es gab fast keinerlei medizinische Hilfe...

Nach und nach wurde eine Parteiorganisation aufgebaut. Zum Sekretär der Parteiorganisation wurde ich gewählt. Wir unternahmen Schritte, um mit den einheimischen Kommunisten in Verbindung zu kommen. Zum Verbindungsmann bestimmten wir Wladimir Sawtschenko (aus dem Gebiet Woroschilow gebürtig). Nach der Rückkehr in die Heimat nahm er ein Studium am Ufaer Pädagogischen Institut auf. Danach habe ich ihn aus den Augen verloren.

Warum hatten wir Sawtschenko als Verbindungsmann gewählt? Er war ein energischer, standhafter, bescheidener, findiger Genosse. Ausserdem sprach er ein bisschen Deutsch. Später verpflichteten wir ihn sogar, Deutsch zu lernen, und er war dazu gern bereit. Ich glaube, dass der Mann, den ‚Reh‘ Viktor nannte, Wladimir Sawtschenko gewesen sein muss.

Wie gross war unsere Freude, als er zum erstenmal einen auf der Maschine abgeschriebenen und ins Russische übersetzten Bericht des Sowinformbüros über die Lage an der Front ins Lager brachte. An der Front begann zu dieser Zeit die grosse Wende; die Sowjetarmee schlug die faschistischen Horden. Später brachte – ausser Sawtschenko – ein Mädchen diese Informationen. Ich persönlich durfte mich

(das erforderte unsere Konspiration) nicht mit ihr treffen. Ich habe sie einige Male von Weitem gesehen, als sie sich mit Wolodja am Waldrand oder am Fluss traf. Etwas näher sah ich dieses Mädchen auf einer illegalen Maifeier zum 1. Mai 1943, die im Wald in der Nähe des Lagers stattfand. Damals brachte sie uns einen Befehl des Oberkommandierenden, einen Bericht des Sowinformbüros. Diese Materialien wurden auch auf der illegalen Maiversammlung verlesen. Es ist schwer, jene Feststimmung wiederzugeben, die uns Internierte erfüllte . . .

Wir waren alle auf die verschiedenste Weise in die Schweiz gelangt: Einer aus Deutschland hatte den Rhein durchschwommen, ein anderer aus Frankreich war auf dem Landweg über die Grenze gekommen, ein dritter auf einem Holzstamm über den Genfer See gerudert, wieder ein anderer hatte sich auf Waggons mit Kriegsmaterial, das aus Frankreich über die Schweiz nach Deutschland transportiert wurde, versteckt. Auf welche Weise und mit wem die Fahne in die Schweiz gelangte, weiss ich nicht. Damals hat mich diese Frage auch nicht interessiert. Für uns war die Fahne Symbol der Heimat, des Glaubens an den Sieg; sie schloss das Kollektiv fest zusammen.

Nach dem 1. Mai begannen neue Repressalien. Die Bewachung des Lagers wurde verstärkt. Es erschienen verleumderische Artikel in der Zeitung, die uns der Meuterei am Tage der Maifeier beschuldigten. Das Lager trat zum Zeichen des Protests in den Hungerstreik. Wir gingen nicht zur Arbeit. Ich muss noch erwähnen, dass damals unter uns ein Junge im Pionieralter war, etwa 13 bis 14 Jahre alt, der Liebling des ganzen Lagers – Mischa. Er kehrte mit uns zusammen in die Heimat zurück und wurde in Odessa in ein Kinderheim gebracht. Während des Hungerstreiks hat er sich ebenso tapfer gehalten wie die Erwachsenen . . .

Nach meiner Rückkehr in die Heimat wurde mein militärischer Dienstgrad wiederhergestellt, und ich diente noch lange in der Armee. Nach meiner Demobilisierung arbeitete ich in der Landwirtschaft, war Sekretär der Parteiorganisation und bin jetzt Hauptzootechniker eines Kolchos.

Es grüsst Sie

Saizew, Wladimir Sergejewitsch, Taischet, Gebiet Irkutsk»

Es bleibt zu hoffen, dass auf Grund der Hinweise in diesem Brief weiterhin erfolgreich nach den Helden und der Geschichte der roten Fahne geforscht werden kann.

Kehren wir zurück zu den Jahren in der Schweiz, so ist mit grosser Genugtuung zu vermerken, dass die deutsch-sowjetische Freundschaft auch hier unmittelbar ergreifenden Ausdruck fand.

**Januar 1944**  
**Mai 1945**

### **Der Aufschwung des antifaschistischen Kampfes**

Die Sowjetarmee hatte bis Ende 1943 zwei Drittel des von den Hitlerarmeen besetzten Gebietes der Sowjetunion befreit. Am 20. Januar 1944 wurde der faschistische Blockadering um die Heldenstadt Leningrad zerschlagen. An vielen Frontabschnitten ging die Sowjetarmee zu neuen Angriffen über. Für klarsehende Menschen konnte kein Zweifel daran bestehen, dass die nächste Periode des Grossen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes zur vollständigen Vertrei-

bung der faschistischen Armeen vom sowjetischen Territorium führen würde. Wie schon nach dem sowjetischen Sieg in der Stalingrader Schlacht ermutigte diese Perspektive alle Kommunisten und die Bewegung «Freies Deutschland» zu verstärkten Anstrengungen im antifaschistischen Kampf. Die Bedingungen für diesen Kampf blieben aber zunächst noch immer sehr schwer und wurden nur ganz allmählich günstiger.

Folgende Tatbestände kennzeichneten die Situation in der Schweiz in der neuen Phase des zweiten Weltkrieges: Die entscheidenden Teile des schweizerischen Monopolkapitals waren weiterhin am Kriegsgeschäft mit dem Hitlerreich interessiert. Die Gefälligkeitspolitik der pronazistischen Herren, wie Pilet- Golaz, von Steiger und anderer, gegenüber Deutschland wurde ökonomisch, politisch und diplomatisch fortgesetzt. Die faschistischen Spionageorganisationen blieben weiter unbehelligt. Nazistisches Fluchtkapital wurde gern in die Zürcher Banktresore genommen. Der Schweizer Historiker J.R. von Salis schrieb, dass «wir nicht leugnen können, dass unser Land für fremde Fluchtgelder ein äusserst diskreter Aufbewahrungsort ist»<sup>1</sup>.

Die Feststellung traf genau für die Anfang 1944 einsetzende Kapitalfluchtbewegung von «vorausschauenden» Nazibonzen, SS-Führern und anderen Faschisten zu, die sich durch Raub in den okkupierten Ländern persönlich bereichert hatten.

Es dauerte eine ganze Weile – man kann sagen, bis Mitte 1944 –, bis angesichts des Kriegsverlaufes, der immer deutlicher die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Mächte der Antihitlerkoalition zeigte, eine allmähliche Umorientierung der «eidgenössischen Neutralität» für zweckmässig gehalten wurde und sich einzelne Grossfirmen aufs Geschäft mit Monopolen der Westmächte umstellten. Es war besonders die Eröffnung der zweiten Front durch anglo-amerikanische Armeen in der Normandie am 6. Juni 1944, die diese Umorientierung mancher einflussreicher schweizerischer Kreise bewirkte.

Für die politische Haltung des Bundesrates war noch kennzeichnend, «dass die schweizerische Pressekontrolle ... bis in den Sommer 1944 gegen die Veröffentlichung von Nachrichten über die Vorgänge im Osten einschritt»<sup>2</sup>.

In der Haltung mancher Zeitungen zeigte sich aber ein Wandel. Sie wagten, die Wahrheit über den Kriegsverlauf zu sagen und die Siege der Sowjetarmee nicht mehr im Jargon Goebbels' in «siegreiche stra-

teigische Operationen der Wehrmacht» umzufälschen. Einige Zeitungen und auch der Sender Beromünster berichteten sogar über das Nationalkomitee «Freies Deutschland» in Moskau. Manch schweizerischer Journalist bemühte sich jetzt, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Die strengen Zensurvorschriften waren zwar geblieben, wurden aber mehr und mehr ohne ernste Folgen für die Zeitungen und Journalisten verletzt.

Die Flüchtlingspolitik der Bundesbehörden blieb weiterhin unverändert. Anfang Juni 1944 befanden sich in der Schweiz 77'178 Flüchtlinge einschliesslich der 38'000 Militärinternierten. Am 1. Juli 1944 betrug die Gesamtzahl 78'209. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, liessen die Schweizer Behörden keine Flüchtlinge mehr ins Land, obwohl sich gefährdete Menschen Rettung in der Schweiz erhofften, denn das Jahr 1944 war die Zeit, in der die «Endlösung der Judenfrage» durch die Massenvernichtungen in den Todeslagern Auschwitz, Belzec, Treblinka, Maidanek, Mauthausen und anderen mit industrieller Perfektion betrieben wurde. Es war die Zeit, in der viele Tausende französische Flüchtlinge an die Grenze kamen, aber von den schweizerischen Grenzwachern zurückgewiesen wurden.

Angesichts dieser Tatsache war es verblüffend, dass der eingefleischte Antisemit und Vorsitzende der eidgenössischen Polizeiabteilung, Rothmund, am 3. November 1944 durch den schweizerischen Gesandten in Berlin erklären liess, die Schweiz sei bereit, weitere Juden aufzunehmen, und dass Altbundesrat Musy mit Himmler über die Rettung von Juden verhandelte. Damit hatte es folgende Bewandnis: Das in eine tiefe Krise geratene Nazireich brauchte Geld zum Kauf von Kriegsmaterial im Ausland. Himmler, Globke und Eichmann, ausgerechnet die Hauptschuldigen an der «Endlösung der Judenfrage», kamen auf die Idee, Juden zu hohen Preisen zu verkaufen. So kam es zu geheimen Abmachungen zwischen den Massenmördern und den Führern des Zionismus im Ausland – in Schweden und in der Schweiz. In diesem Geschäft hat die Schweiz eine Vermittlerrolle übernommen. Am 21. August und 7. Dezember 1944 trafen insgesamt 1552 Juden in der Schweiz ein. Am 6. Februar 1945 kam ein weiterer Transport mit 1'100 Juden. Es handelte sich um ungarische Zionisten mit grossem Vermögen im Ausland, die aus den Deportationszügen oder aus den Todeslagern herausgeholt und für hohe Lösegelder aus

jüdischen Auslandsguthaben in die Schweiz übergeführt wurden. Wusste man das, dann war es nicht mehr verwunderlich, dass aus dem fanatischen Antisemiten Rothmund ein Zionistenfreund geworden war.

In den über hundert Flüchtlingslagern und -»heimen« traten erst ab Herbst 1944 allmählich Verbesserungen ein. Die emigrantenfreundlichen Schweizer verlangten immer lauter nach einer menschlichen Behandlung der Emigranten, und viel stärker als in den vorangegangenen Jahren opponierten Zeitungen gegen die verwerfliche Flüchtlingspolitik des Bundesrates. Sie veröffentlichten Fakten, die den Bundesrat kompromittierten, und liessen jetzt auch Emigranten anonym zu Wort kommen. Das Berner Blatt «Freies Volk» brachte manch anklagenden Artikel gegen die Flüchtlingspraxis des Bundesrates. Ein langer Artikel vom 9. Februar 1945 schloss mit den Worten: «Wir glaubten, schlau zu handeln, indem wir den Flüchtling deklassierten und zum Paria gestempelt haben. In Tat und Wahrheit haben wir uns selbst vor uns selbst und vor den Augen der Welt herabgewürdigt.»<sup>3</sup>

Die Beherrscher der Schweiz setzten ihre Klassenpolitik, gestützt auf den Vollmachtenbeschluss vom 30. August 1939, fort – da und dort mit veränderten taktischen Nuancen. So blieb der Kampf der deutschen kommunistischen Emigranten für die Niederlage des Hitlerfaschismus und für ein demokratisches Deutschland auch in diesem Zeitabschnitt sehr schwer. Und dennoch: Der antifaschistische Kampf nahm infolge des sich immer mehr verändernden Kräfteverhältnisses in der Welt einen beachtlichen Aufschwung. Die Zeit vom Dezember 1943 bis zur Kapitulation des Hitlerreiches war für die kommunistische Emigration in der Schweiz die erregendste, alle Kräfte restlos beanspruchende Periode. Die Arbeit musste weiterhin illegal geleistet werden, und zwar sehr vielseitig:

Es musste die publizistische Tätigkeit, die politisch-ideologische Arbeit verstärkt werden, damit zu jedem politischen, militärischen, ökonomischen Ereignis des Krieges möglichst viele Menschen klare Argumente aus kommunistischer Quelle erhielten;

es musste der Bewegung «Freies Deutschland» viel Kraft gewidmet werden;

es galt, demokratische Rechte der Internierten und aller Emigranten gegenüber den Behörden zu erkämpfen und die Legalisierung der

Bewegung «Freies Deutschland» durchzusetzen. Das schloss ein: Bemühungen um die Gewinnung von weiteren Christen und anderen Antifaschisten; Arbeit in der Deutschen Kolonie, das heisst unter den alteingesessenen Deutschen; Arbeit unter den Militärinternierten und Deserteuren; Entlarvung der rechten sozialdemokratischen Führer, die die Einheits- und Volksfront sabotierten; Ausbau der Abwehr faschistischer Machenschaften; Mitarbeit in den Flüchtlingshilfsorganisationen.

Es mussten – und das war das wichtigste und schwierigste – die Arbeiten nach Süddeutschland über die streng bewachte Grenze hinweg verstärkt werden, und es waren solche Voraussetzungen zu schaffen, dass erfahrene Funktionäre aus der Schweiz noch vor Kriegsende nach Süddeutschland geschickt werden konnten. Aus Frankreich in die Schweiz gekommene deutsche Kommunisten mussten nach Süddeutschland geschleust werden.

Alles das erforderte Überzeugungskraft, Standhaftigkeit, Energie und grosse organisatorische Leistungen aller Funktionäre und Mitglieder. Die nachfolgenden Abschnitte informieren über diese vielseitigen Aktivitäten.

### **Das Sonderlager in Bassecourt**

Das Sonderlager der politischen Internierten wurde am 1. Februar 1944 aus dem Tessiner Ort Gordola nach Bassecourt im Kanton Bern verlegt. Der Ort des Lagers, in dem sich unter den etwa 70 Internierten die Mitglieder der Leitung der KPD-Organisation befanden, hatte sich geändert; nicht geändert aber hatte sich das Regime. Die Internierten blieben weiter dem Justiz- und Polizeidepartement in Bern direkt unterstellt.

Es war ein wichtiges Anliegen der Lagerinsassen, eine Lockerung und schliesslich die Aufhebung der strengen Behandlung zu erreichen. In diesem Bestreben fanden die Internierten die Unterstützung fortschrittlicher Schweizer Bürger und auch etlicher Zeitungen. «Der Demokrat», herausgegeben von Dr. Sonderegger, widmete den Internierten in Bassecourt am 7. Juni 1944 einen Leitartikel, in dem es heisst: «Es sind gerade solche Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern – Deutschland, Österreich, Spanien, Italien, Bulgarien – aktiv gegen

den Faschismus gekämpft haben. Ein beträchtlicher Teil hat in den Reihen der Internationalen Brigaden sein Leben für die Sache der Freiheit und der Demokratie eingesetzt. Sie waren Vorkämpfer gegen ein Regime, das die Welt in den Abgrund des Krieges stürzte . . . Die massgebende Instanz, die Bundesanwaltschaft und dort speziell der verantwortliche Dr. Dick, . . . behandelt diese Menschen ... als gefährliche ‚Aussenseiter‘, isoliert sie und schränkt ihre persönliche Freiheit auf ein untragbares Mass ein.»<sup>4</sup>

Einen Tag später, am 8. Juni, wurde im Nationalrat über das Sonderregime in Bassecourt gesprochen; geändert hat sich aber praktisch nichts.<sup>5</sup>

Die Internierten des Sonderlagers, die schon zwei Urlaubssperren von insgesamt achteinhalb Monaten Dauer über sich ergehen lassen mussten, durften weiterhin ihre Urlaube nicht in grossen Städten verbringen. Und ob sie sie in kleinen Orten verbringen durften, hing von der Willkür Dr. Dicks oder seines Mitarbeiters, Dr. Baisiger, ab. Die politischen Internierten waren völlig rechtlos; gegen Willkürmassnahmen der Behörden oder Lagerleiter durften keine Beschwerden eingereicht werden.<sup>6</sup>

Über die Behinderung hinsichtlich beruflicher Weiterbildung heisst es in einer Stellungnahme der Internierten von Bassecourt: «Die jugendlichen Internierten, die zum Teil von der Schulbank weg emigrieren mussten, haben bis heute – nach fast sechs Jahren Aufenthalt in der Schweiz – noch keinen Beruf erlernen dürfen. Diejenigen, die Hochschulen besuchten, durften ihre Studien nicht fortsetzen. Manche sind Jahre aus ihren Berufen (Maurer, Zimmerleute, Schlosser, Schreiner, Typographen etc.) heraus; man gibt ihnen keine Möglichkeit, ihre Berufsqualifikation . . . wiederherzustellen. Statt dessen werden diese Internierten mit Strassenbau, Drainage und Rodungen beschäftigt, wobei sie anerkanntermassen weit über dem Durchschnitt der Lager stehende Arbeitsergebnisse erzielen.» Weiter wird darin festgestellt: «Obgleich der Gesundheitszustand der Internierten von Bassecourt nach jahrelangem Aufenthalt in Zuchthäusern und Barackenlagern ausgesprochen schlecht ist, gibt es keinen einzigen Fall der Lagerentlassung. Selbst Leute, die neun Jahre in Hitlers Zuchthäusern wegen antifaschistischer Betätigung gesessen haben, . . . werden lediglich wegen ihrer Gesinnung in dieses Lager gesperrt.»<sup>7</sup>

Trotz aller behördlicher Schikanen gegen die internierten Antifa-

schisten liess sich keiner von ihnen zermürben; es gab hier nicht – wie in manch anderen Lagern und «Heimen» – «Neurosen von Entwurzeln». Die politischen Internierten blieben diszipliniert, standhaft, optimistisch. Von einer hohen Klassenmoral erfüllt, waren sie sich ihrer politischen Aufgaben bewusst. Die Parteiorganisationen der deutschen und der österreichischen Kommunisten führten aufeinander abgestimmt ihr aktives Parteilieben illegal fort; regelmässig wurden Schulungsabende mit vielseitiger Thematik, so über Gewerkschafts-, Jugend- und Kommunalarbeit, durchgeführt. Die Solidaritätssammlungen und die Korrespondenz mit den Internierten in Südfrankreich und Algerien gingen ohne Unterbrechung weiter. Als am 1. April 1944 das dicht an der deutschen Grenze gelegene Schaffhausen versehentlich von amerikanischen Fliegern bombardiert wurde, schickten die Lagerinsassen von ihrem kärglichen Sold für die geschädigten Arbeiterfamilien 37 Schweizer Franken. Natürlich war das keine wirksame Hilfe, aber Ausdruck echter Solidarität.<sup>8</sup>

Im Lager Bassecourt spielte wie vorher im Lager Gordola die kulturelle Freizeitgestaltung eine grosse Rolle. Die Leitung des Freizeitausschusses lag in den Händen des Deutschen Bruno Goldhammer und des Österreicher Willy Frank. Viele Bereiche waren in die Freizeitgestaltung einbezogen: Vorträge, Theateraufführungen, Bücherbesprechungen, Liederabende, Bastelarbeiten, Schachabende und anderes mehr. Alle Veranstaltungen zeichneten sich durch hohes Niveau aus. Eines gab es nicht: Kartenspiele; sie waren im Lager verpönt.

Während die Behörden seit etwa Herbst 1943 Freizeitausschüsse wieder gestatteten und bei der Zentralleitung der Arbeitslager «sogar» eine Zentralstelle dafür schufen, während ferner Regionalausschüsse für die Freizeitarbeit gebildet werden durften, wurde die Freizeitarbeit in Bassecourt von der Bundesanwaltschaft mit Eifer behindert. Darüber schrieb «Der Demokrat»: «Ihre Initiative in der Ausgestaltung ihres Freizeitprogramms, das Resultat vielfältiger Lebenserfahrung, wird eingeengt, durch Zensur und Verbote beschnitten. So wurde zum Beispiel eine Reihe von Vorträgen schweizerischer Referenten über historische und kulturelle Probleme (Prof. Gitermann, Prof. Bernoulli, Regisseur Steckel) untersagt. Ein Besuch der Basler Mustermesse unter Führung des Lagerleiters wurde nicht zugelassen.

Die Zusammenarbeit mit anderen Lagern zur Förderung eines kulturellen Austausches (Theateraufführungen, Vorträge etc.) ist dem Lager Bassecourt versagt, ... von regionalen und schweizerischen Konferenzen, die der Ausgestaltung und Vertiefung der kulturellen Betätigung der Internierten dienen, ist Bassecourt als einziges Lager ausgeschlossen.»<sup>9</sup> Die Proteste gegen diesen Zustand nahmen zu.

Nun war aber doch die Zeit gekommen, dass solche Artikel und andere Äusserungen der demokratischen Öffentlichkeit einiges im Justiz- und Polizeidepartement in Bewegung brachten. Ein neuer Lagerleiter, der zugänglicher war, liess durchblicken, dass das Lager hohen Besuch aus Bern, womöglich Bundesrat von Steiger selbst, zu erwarten habe. Sofort traten die Parteileitung und dann die gesamte Parteigruppe zusammen und bereiteten sich auf den Besuch vor. Daselbe taten die österreichischen Genossen. Es wurden die Verhaltensweise und die Rollen einzelner Genossen festgelegt. Die Hauptsache sollte sein, die Beschwerden vorzubringen, bevor von Steiger zu Wort kam.

Eines Abends – es war wohl Mitte Juni 1944, genau liess sich das Datum nicht mehr ermitteln – wurde bekannt: Morgen kommt Steiger. Was dann am Besuchstag geschah, entnehmen wir den Aufzeichnungen von Paul Meuter: «Gegen zehn Uhr rückten wir wieder vom Arbeitsplatz ein und setzten uns an unsere Tische der Essenbaracke. Bald näherte sich auf den verschlammten Feldwegen eine längere Autokolonne. Etwa fünfzehn Personen, darunter einige hohe Offiziere, betraten unseren Raum. Sofort, ehe sie sich setzen konnten, wurden sie von mir begrüsst. Ich schloss mit dem Hinweis, dass wir zum Willkommen unser Lagerlied singen. Die Herren hörten sich auch das stehend an. Erst nach dem Lied forderte ich sie auf, Platz zu nehmen und unseren Sprecher anzuhören. Ehe jemand der Besucher sprechen konnte, begann Gerhard Wohlrath und trug einen Teil unserer Beschwerden vor. Ihm folgte sofort Fritz Sperling, der auch unsere Forderungen formulierte. Erst dann kam Eduard von Steiger zu Wort. Er erklärte betont jovial, nun auch etwas sagen zu wollen, und machte dann ein Zugeständnis nach dem andern. Das Recht zum Studium, der Urlaub in den Städten, die Teilnahme an Lehrgängen und einiges mehr wurden uns zugestanden. Seine Rede klang fast wie eine Entschuldigung für die bisherige Ausnahmebehandlung. Uns war na-

türlich klar, dass die Wendung auf die für uns erfreuliche Entwicklung der Kriegslage zurückzuführen war.»<sup>10</sup>

Es war nun nicht so, dass die Zusagen sofort verwirklicht worden wären. Es bedurfte zäher Bemühungen der Lagergemeinschaft, die Behörden zur Erfüllung ihrer Versprechen zu bewegen. Das geschah etwa ab Mitte September 1944. Die Freizeitgestaltung wurde ab Oktober der Zentralleitung der Arbeitslager unterstellt. Dadurch konnten die Mitglieder des Freizeitausschusses von Bassecourt an Konferenzen der Ausschüsse für die Lagerregion Nordwestschweiz in Möhlin teilnehmen. Eine Reihe Erholungs- und Krankenurlaube wurden gewährt, wobei allerdings die Bundesanwaltschaft die vom Arzt verordnete Dauer willkürlich kürzte. Ein Erfolg war die allmähliche Lockerung der Bewegungsbeschränkungen. Dadurch war es leichter, regelmässig illegale Verbindungen zu den Parteigruppen und den führenden Funktionären der Bewegung «Freies Deutschland» in Basel und Zürich, besonders auch zur Gruppe am Zürcher Schauspielhaus, zu unterhalten. Jetzt war auch möglich, dass sich Bruno Goldhammer und Dr. Heinz Mode in kurzen Zeitabständen mit dem Theologieprofessor Karl Barth in Basel treffen konnten. Das war politisch sehr wichtig, besonders deshalb, weil schon vorher Karl Barth einige Anlaufstellen bei Pfarrern der Bekennenden Kirche im süddeutschen Grenzgebiet vermittelt hatte.

Es wurde schliesslich erreicht, dass Internierte aus Bassecourt in IIm Schulungslager umgesetzt wurden und andere die Erlaubnis erhielten, an Kursen der Flüchtlingshilfsorganisationen für sozialfürsorgische Nachkriegsarbeit teilzunehmen. Daran lag der Leitung der KPD-Organisation sehr viel, denn die Schulungslager oder Kursstätten befanden sich teils in, teils bei Zürich. Die Anträge auf Versetzungen wurden entsprechend den Festlegungen der KPD-Leitung beziehungsweise der Lagergruppe der KP Österreichs gestellt. Zur Durchsetzung einer Bewilligung bedurfte es allerdings steten Druckes seitens der Flüchtlingshilfsstellen – so von Pfarrer Kobe, Frau Baumgarten und anderen – auf die Bundesbehörden.

Der erste, der in Zürich an einem Kursus für sozialfürsorgische Nachkriegsarbeit teilnehmen durfte, war Rudi Singer. Dadurch konnte er die Funktion des Sekretärs im Landesvorstand der Bewegung «Freies Deutschland» übernehmen. Bald danach konnten auch

die KPD-Funktionäre Walter Fisch, Paul Meuter, Gerhard Wohlrath, der Sozialdemokrat Karl Tesch, einige Österreicher und andere aus Bassecourt in Lager im Kanton Zürich – Zürichhorn, Birmensdorf, Wallisellen – übersiedeln. Ernst Eichelsdörfer gelang es, mit Hilfe der Typographengewerkschaft die Bewilligung zur Teilnahme an einem Lehrgang der Typographenfachschule in St. Gallen zu erhalten. Von dieser Zeit an leitete er dort die Parteiarbeit und die Bewegung «Freies Deutschland».

Bis Anfang Februar 1945 sank infolge der Umsetzungen die Belegschaftszahl des Sonderlagers Bassecourt auf 32. Mit der Durchbrechung der Isolierung wurde erwartungsgemäss die politische Tätigkeit für die Partei und für die Bewegung «Freies Deutschland» sehr erleichtert.

So war es z.B. von grosser Bedeutung, dass Karl Eiermann als Leiter einer Kommission die Vorbereitung von Regionalkonferenzen der Bewegung «Freies Deutschland» übernehmen konnte, so dass sie erfolgreich durchgeführt werden konnten: illegal in Zürich am 8. April, legal in Bern am 5. und 6. Mai, in Basel am 6. Mai, in St. Gallen am 13. Mai und im Tessin am 14. und 15. Mai.

## Gesteigerte publizistische Aktivität

Ein Kennzeichen für den Aufschwung des antifaschistischen Kampfes der deutschen kommunistischen Emigranten und der Bewegung «Freies Deutschland» war die bedeutende Erweiterung der publizistischen Arbeit. Zu den bisherigen periodischen Druckerzeugnissen kamen hinzu:

Anfang 1944 eine als Reclamheft herausgegebene Broschüre unter dem Tarntitel: «Bismarck – Im Kampf um das Reich», die den Charakter des deutschen Imperialismus und Militarismus enthüllte;

ab Mai 1944 die regelmässig erscheinenden «FD-Informationen»;

ab November 1944 die Monatsschrift «Über die Grenzen» und eine Broschürenserie gleichen Titels;

Ende 1944 die Flugschrift «Vertrauen zum deutschen Volk»;

Anfang Januar 1945 das Flugblatt: «Das Gespenst des Absprungs geht um . . .»;

im Januar 1945 die erste legale Broschüre der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz: «Um Deutschlands nächste Zukunft».

Zur gleichen Zeit erschienen eine Flugschrift der KPD «Die Lage Deutschlands nach der Konferenz von Jalta und unsere Aufgaben», von der Leitung der Bewegung «Freies Deutschland» die Broschüre «Unser Weg» und von den deutschen Deserteuren im Militärinterniertenlager Muri-Moos das Diskussionsorgan «Die Zukunft». Im Februar 1945 kam das Buch «Das Wort der Verfolgten» Von Bruno Kaiser auf den Markt. Von den kommunistischen Schauspielern wurde ein Heft mit Gedichten von Erich Weinert, Präsident des NKFD, unter dem Titel «Es kommt der Tag» zusammengestellt, das besonders bei der Ausgestaltung von künstlerischen Programmen in den Lagern und «Heimen» gute Dienste leistete.

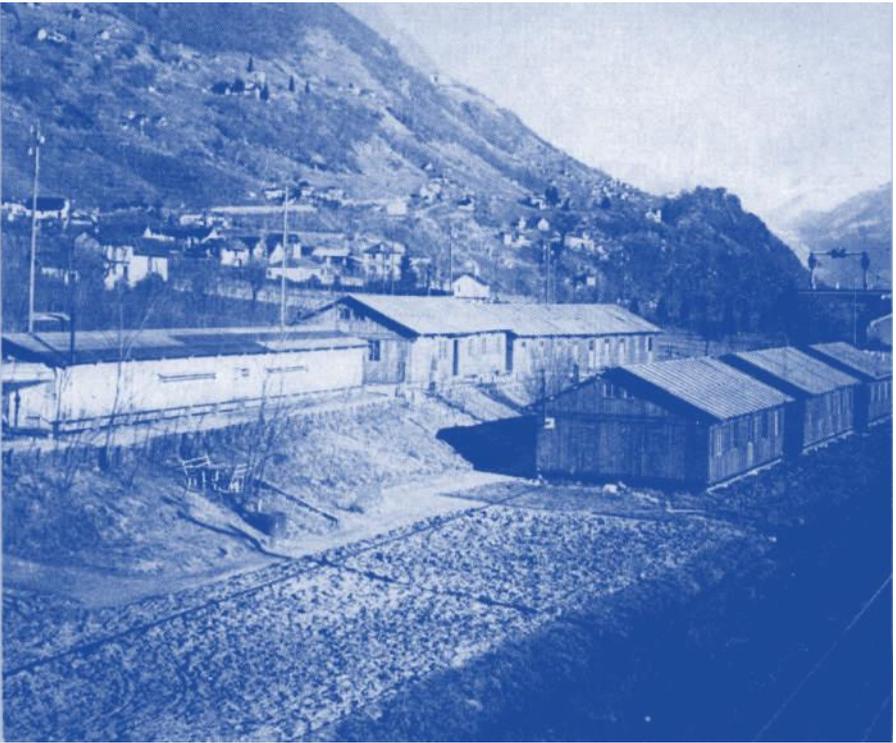
Obgleich die Liste nicht alle Druckerzeugnisse erfasst, sondern nur solche, die dem Autor vorliegen, ist erkennbar, dass die publizistische Produktion recht ansehnlich war.

Die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz nutzte auch in dieser Zeit jede Möglichkeit, schriftliches Material nach Süddeutschland zu schleusen. Die Sendungen, die jetzt wegen der sehr scharfen Grenzbewachung kleineren Umfangs waren und manchmal aus nur wenigen Exemplaren von Schriften oder Flugblättern bestanden, erreichten ihren Bestimmungsort. Nur ein Transport fiel der schweizerischen Grenzwaache in die Hände: Der Basler Schreinerlehrling Robert Schweizer wurde Ende Mai 1944 aufgegriffen und von der Bundesanwaltschaft «wegen Verbringens von dem heutigen Regime in Deutschland feindlichem Propagandamaterial nach Deutschland» angeklagt. Dem Basler Rechtsanwalt Dr. Wellauer gelang es aber, die Einstellung des Verfahrens durchzusetzen.<sup>11</sup>

Angesichts der Vielfalt der Druckerzeugnisse ist es nicht möglich, über den Inhalt aller Publikationen ausführlich zu berichten; es kann nachfolgend nur auf einzelne Veröffentlichungen zur Darlegung wesentlicher Themen eingegangen werden.

### **Die «Süddeutsche Volksstimme»**

Die schon im Januar 1937 gegründete Zeitschrift erschien seit Juni 1939 gedruckt. Auf der letzten Seite jeder Ausgabe war vermerkt: «Herausgegeben



*Sonderlager  
für «Linksextremisten»:  
Lager Gordola (Tessin)*



*Lager Les Ponts de Martel  
(Bern Jura)*

*Lager Bassecourt (Kanton Bern)*





*Kommunistische Internierte  
des Sonderlagers:*

*Bei der Rodungsarbeit in Malvaglia*



*Beim Dammbau in Gordola*

*Bei Dränagearbeiten in Les Ponts de Martel;  
von links: Karl Rhein (Spanienkämpfer), Karl  
Wagner (Österreicher, Spanienkämpfer), Hans  
Teubner (Spanienkämpfer), Richard Herland  
(Österreicher), Bruno Goldhammer*





# Totengedenkfeier

DRITTER JAHRESTAG DES KRIEGSAUSBRUCHES

MITTWOCH 2. SEPT.  
20<sup>30</sup> im

STEINBRUCH

AUS DEM PROGRAMM:

ABBRENNEN EINES FEUERS

AUF RUF

SPRECHCHOR

GEMEINSAMER GESANG

REZITAZIONEN

Alle Kameraden werden ersucht an diesem Abend vollzählig teilzunehmen.

Freizeitgestaltung im Lager Gordola: ►

Plakate aus dem Internierungslager  
Gordola

FREIZEITGEMEINSCHAFT GORDOLA

SONNTAG

**7.** November 1943

MORGENFEIER 9 Uhr

„DAS FREIHEITSLIED DER VÖLKER“  
CHÖRE - SPRECHCHÖRE - REZITATIONEN  
IN DEUTSCHER UND FRANZ. SPRACHE

ABENDS 20<sup>00</sup> Uhr

**UND SIE BEWEGT SICH DOCH**

EINLEITENDE WORTE, WILLI FRANK  
VORTRAG VON JAKOB BÜHRER  
„GALILEO GALILEI“ SCHAUSPIEL  
VON JOK. BÜHRER, BEARBEITET  
ALS HÖRSPIEL VON FRITZ KÖHLER.  
CHOR.

---



*Szene aus dem Theaterstück „Die Fliegen erobern das Fliegenpapier“;  
von links: Bruno Fuhrmann, Eduard  
Claudius, Franz Obermanns, Ernst  
Schönherz (Österreicher), Karl Tesch,  
Paul Meuter*

*Im Lager Gordola angefertigte  
Geschenke für Flüchtlingskinder*

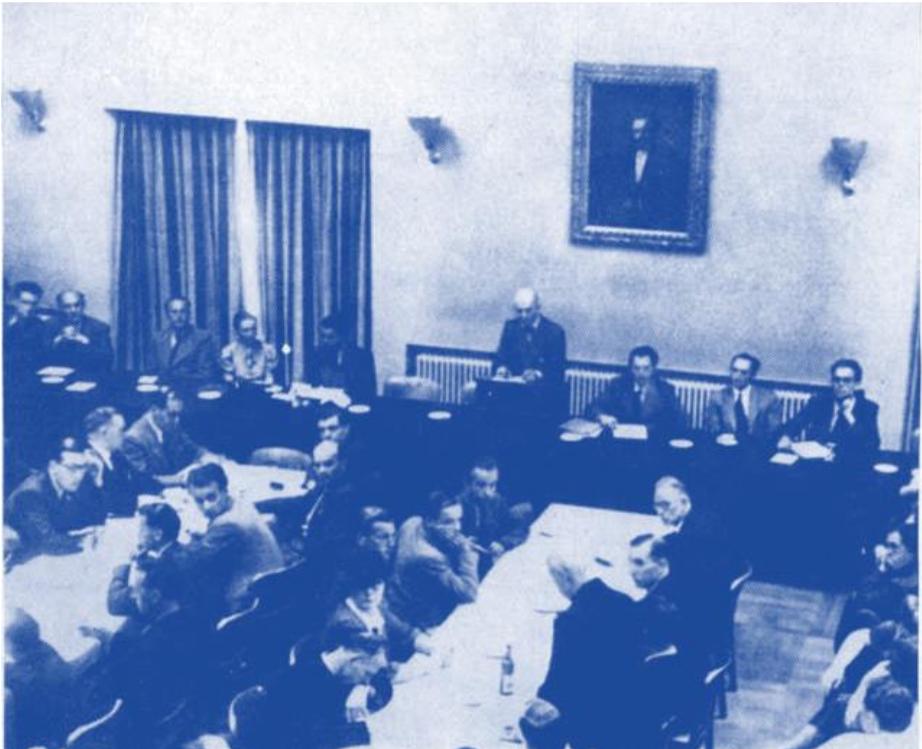




*Tagung, des Landesvorstandes der Bewegung «Freies Deutschland» Anfang Mai 1945 im Restaurant «Karl der Grosse», Zürich; von links: Harry Herz (parteilos), Michael Tschesno- Hell (KPD), Dr. Heinz Fliess (parteilos), Rudi Singer, Sekretär des Landesvorstandes (KPD), Paul Meuter (KPD), Hans Singer (KPD), Hans Teubner (KPD), Erich Bogen (Katholik), Wolfgang Langhoff (KPD), Charlotte von Kirschbaum, Stellvertreterin von Prof. Dr. Karl Barth (Bekennende Kirche), Dr. Wilhelm Abegg (ehern. Deutsche Staatspartei). Die drei letztgenannten Mitglieder bildeten das Präsidium des Landesvorstandes. Ausserdem gehörte dem Landesvorstand Walter Gyssling (SPD) an.*

*Flüchtlinge in den Hallen des Muster-  
messe-Gebäudes Basel im Dezember  
1944 – Foto aus der Schweizer Monats-  
schrift «Du», März 1945*

*Erste legale Konferenz der Bewegung  
«Freies Deutschland» am 27. Mai 1945 in  
der Zürcher Kongresshalle. Die fast  
1'800 Mitglieder der Bewegung wurden  
von 110 gewählten und 50 Gastdelegier-  
ten vertreten; ausserdem waren 48 Gäste  
und viele Pressevertreter anwesend. Am  
Präsidiumstisch von links: Hans Singer,  
Hans Teubner, Karl Eiermann, Charlotte  
von Kirschbaum, Rudi Singer, Dr. Wil-  
helm Abegg (am Pult), Hans Bergmann,  
Dr. Heinz Fliess, Paul Meuter*







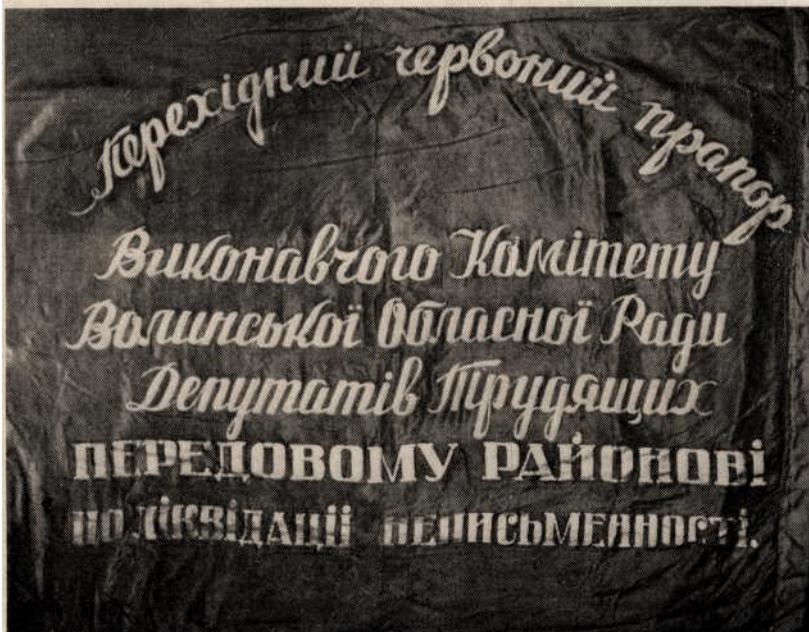
*Angehörige der Hitlerwehrmacht flüchten im November 1944 vor den Truppen der Alliierten aus Frankreich in die Schweiz – Foto aus der Schweizer Monatsschrift «Du», März 1945*

*Zeichnung von Rudolf Engel, Arbeitslager Bassecourt, aus der Zeitschrift «Über die Grenzen», Nr. 3/1945*



Rudolf Engel (Arbeitslager Bassecourt)

**BER DIE GRENZEN**



Banner, das sowjetische Internierte des Lagers Andelfingen in die Obhut deutscher kommunistischer Emigranten gaben

Komitee antifaschistischer Arbeiter Süddeutschlands». Tatsächlich wurde die Zeitschrift von der KPD-Organisation in der Schweiz hergestellt.

Die Zeitschrift behandelte hauptsächlich theoretische Grundfragen der Politik der KPD, bezogen auf die konkreten Aufgaben. Die Ausgabe vom September 1944 berichtet über die Ermordung Ernst Thälmanns; sie schreibt, dass sein Vermächtnis die antifaschistische Tat fordere, und begründet die Notwendigkeit des Volkskrieges gegen Hitler. Es wird auf die möglichen und notwendigen vielfältigen Kampfformen eingegangen. Unter anderem werden sehr konkrete Empfehlungen über die Verbindung der deutschen Antifaschisten mit den ausländischen Zwangsarbeitern gegeben.

Die Ausgabe vom November 1944 ist dem 27. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmet. Nach einer Würdigung der historischen Leistungen der Sowjetvölker wird dargelegt, warum sie und ihre Armee die Sieger im Krieg sein werden. Angesichts der in weiten Kreisen der Schweiz erzeugten «Russenangst» wird das wahre Wesen der Sowjetarmee ausführlich behandelt und unter anderem gesagt: «Weil die Rote Armee eine solche Volksarmee ist, kann sie nirgends und niemals andere Völker unterdrücken. Wo die Rote Armee ist und wo sie hinkommt, da befreit sie die Völker von ihren Unterdrückern.»

In anderen Artikeln dieser Ausgabe wird die Demagogie der Hitlerherrschaft, die sie während ihrer fortwährenden Niederlagen betrieb, entlarvt. Anschliessend wird der Aufruf von Generalfeldmarschall Paulus an das deutsche Volk wiedergegeben. (Der Aufruf erschien auch im «Freien Deutschland», Nr. 11/1944.) Ein Artikel bringt Enthüllungen über das faschistische Fluchtkapital, und weil sich schon zu dieser Zeit Nazigrössen ins Ausland absetzten, schrieb die Zeitung: «Alle Antifaschisten haben gerade jetzt das Tun und Treiben der Nazigrössen ihres Ortes besonders scharf zu beobachten, und die an der Grenze wohnenden Kameraden müssen gleichzeitig die Kontrolle der Grenzübergänge, zum Beispiel die in Konstanz-Kreuzlingen, Thayngen-Gottmadingen, Säckingen-Stein, Wahlshut-Koblenz usw., sofort organisieren.» Der Schlussartikel gibt Empfehlungen für die Zersetzungsarbeit im faschistischen Volkssturm.

Die Ausgabe vom Dezember 1944 behandelt auf den ersten zehn Seiten die Aufgaben zur Errichtung einer deutschen antifaschistischen Republik. Ein Artikel wendet sich an die deutschen Frauen, ein anderer an die Schanzarbeiter mit konkreten Vorschlägen zur Sabotage.

### **Die Monatsschrift «Freies Deutschland» und die «FD-Presseinformationen»**

Die Auflage der illegalen Zeitschrift, die bei ihrer Gründung 300 Exemplare betrug, konnte um die Jahreswende 1943/1944 auf über 3'000 gesteigert werden. Sie hatte grossen Anteil an dem wachsenden Zuspruch, den die Bewegung «Freies Deutschland» bei den deutschsprachigen Emigranten und bei Schweizer Bürgern fand. Manche Emigranten, die bisher noch verzagt und niedergeschlagen gewesen waren, gewannen neuen Lebensmut, denn die Zeitschrift bot ihnen eine Fülle wahrheitsgemässer und damit ermunternder Informationen. Alle wichtigen Ereignisse im Kriegsgeschehen wurden ausführlich kommentiert, und stets folgten Empfehlungen für die praktische, operative Widerstandsarbeit. Die Zeitschrift erläuterte weiterhin in jeder Ausgabe die einzelnen Programmpunkte des Nationalkomitees «Freies Deutschland».

Oftmals wurden von Moskau ausgestrahlte Reden, die stenografisch aufgenommen worden waren, im «Freien Deutschland» veröffentlicht. Als Beispiel sei die Rede genannt, die der Moskauer Sender «Freies Deutschland» anlässlich des Sprengstoffanschlages des Obersten Graf von Stauffenberg auf Hitler vom 20. Juli 1944 brachte. Sie analysierte die Aktion, und es wurde gesagt, die oppositionellen Generale hätten «als patriotische Männer gehandelt. Die Fehler ihres Handelns bestanden darin, dass sie sich nicht der Unterstützung des ganzen Volkes zu bedienen wussten und auf eigene Faust ohne Verbindung mit den antifaschistischen Volksteilen vorgingen.»

Die Leser der Zeitschrift konnten feststellen, dass die Einschätzungen aller Geschehnisse richtig waren und die Prognosen stimmten.

Über die Bewegung «Freies Deutschland» waren seit dem Frühjahr 1944 mehr und mehr Nachrichten in Schweizer Tages- und Wochenzeitungen zu finden. Dazu beigetragen haben die «FD-Presse-

# Freies Deutschland

II. Jahrgang — Nr. 11

Dezember 1944

Organ im Sinne des Nationalkomitees „Freies Deutschland“

## Botschaften an das deutsche Volk

In den Dröhnen der Geschütze, in den Donner der Bombenexplosionen und in Schreie verzweifeltester Menschen hallen nun das sechste Mal die Töne der Wohlwünschelröhren. Sie läuten nicht den Frieden ein... aber die Schall bringt wie drohende Mahnung: Macht ein Ende diesem Schrecken, brecht endlich die Macht der Kriegsverbrecher! Aus dem Aether erreichen uns Botschaften, die uns Wege zur Rettung des deutschen Volkes, zur Rettung der Menschheit weisen. Es sind schwere Wege, es ist ein schwerer Weg, den wir gehen müssen. Aber ihn nicht zu beschreiten, bedeutet: mitschuldig sein an nationalsozialistischen Verbrechen dieses Krieges und unser Volk dem Verderben auszuliefern, ihn zu beschreiten

II. Jahrgang — Nr. 11 (Doppelnummer)

Preis: 50 Rappen

Seiten: 114

# FREIES DEUTSCHLAND

ORGAN DER BEWEGUNG „FREIES DEUTSCHLAND“ IN DER SCHWEIZ

Postfach 1018, Fribourg, Schweiz

## Das Hitlersystem ist tot – darum wird Deutschland leben!

Hitler ist tot! — In der Tat, der Führer ist mit langen einst, seit Stalingrad bereits ist er ein toter Mann.

Wie, die wir einst die «Hogalems» waren, die wir zu Hunderttausenden in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern verschwand, die wir Zahntausenden den Kopf auf den Block legen wollten, die wir heute leben die Helfer unserer Kameraden

der Unsterblichkeit, dem Haß auf ihrem einst so geachteten Namen.

In dieser Stunde aber, da der Tyrann nicht mehr am Leben ist, da sein Barbarendes Leben schon faul, gelähmt wie die Angehörigen der Deutschen Widerstandsbewegung, die wir uns für die Zukunft des deutschen Volkes im Rahmen der freien europäischen Völker für mitverantwortlich halten.

informationen», die seit Mai alle paar Wochen auf Schreibmaschinenmatrizen hergestellt wurden und vier Seiten umfassten; es handelte sich also um zusätzliche Editionen zur Monatsschrift. Der Inhalt der «FD-Pressinformationen» bestand aus Nachrichten, die möglichst schnelle und weite Verbreitung finden sollten, denn sie wurden den Redaktionen der Schweizer Zeitungen zugestellt und je nach der Haltung des betreffenden Blattes mehr oder weniger verwertet. Damit erfüllte sich die Erwartung, die in die Herausgabe der «FD-Press-

seinformationen» gesetzt worden war: Breitere Kreise der schweizerischen Öffentlichkeit erfuhren von der Bewegung. Dadurch wurde der Schritt aus der Illegalität mit vorbereitet.

### **Die Flugschrift «Vertrauen zum deutschen Volk!»**

Ende 1944 erschien eine elf Schreibmaschinenseiten umfassende Flugschrift der Leitung der KPD-Organisation mit dem Titel: «Vertrauen zum deutschen Volk!».<sup>12</sup> Anlass dazu war, dass um diese Zeit die Propaganda des englischen Lords Vansittart in manchen Kreisen Zuspruch fand und auch von zionistischen Emigranten erklärt wurde: «Alle Deutschen sind Faschisten, das ganze deutsche Volk hat die Vernichtung verdient.»

Die Schrift schildert, wie es zum Sieg des Faschismus in Deutschland und zu seinen grausamen Verbrechen kam, wie Terror, infame Demagogie und Krieg Deutschland an den Rand des Abgrundes führten. Es heisst dann: «Ihr sagt: Tut das deutsche Volk etwas? Wir sagen: Ja, es geschieht etwas... Vom illegalen Kampf gegen die bestialische Gestapo und gegen die SS gibt es keine täglichen Kommunique.»

Die Flugschrift bringt Berichte über den antifaschistischen Widerstand, die zeigen, dass es ein anderes Deutschland gab. «Der tapfere kommunistische Führer Thälmann, der standhafte Sozialdemokrat Mierendorff, der aufrechte Kaplan Rossaint, der Literat Ossietzky, die Studentin Lilo Herrmann sind Symbole der unabsehbaren Reihen der namenlosen Kämpfer.» Die Schrift berichtet über antifaschistischen Widerstand in den Reihen des Heeres und über die Generale, die gehenkt wurden, über das NKFD und den Bund Deutscher Offiziere.

Im Schlussteil der Flugschrift ist zu lesen: «Wenn wir um das Vertrauen zum deutschen Volke werben, weil es dieses Vertrauen verdient, so wissen wir, dass mit Vertrauen allein auch noch nicht viel geholfen ist; auf den aktiven Kampf und seine Organisation kommt es an! Je besser die Organisation, je mehr Vertrauensleute der Arbeiterschaft, der werktätigen Massen und des ganzen Volkes, je mehr Volksausschüsse, die die Vermittler zwischen dem deutschen Freiheitskomitee und den Massen sind, je mehr Aktionskomitees und wie sich die Organe sonst nennen mögen – der Name ist nicht wesentlich

–, um so rascher wird das Tempo der Steigerung und Entwicklung der Kämpfe sein . . . Hört die Ratschläge des deutschen Freiheitssenders und verwirklicht sie! Befolgt die Anweisungen des deutschen Freiheitskomitees! Helft im Kampfe gegen die Nazityrannei und bleibt nicht nur Zuschauer! Seid nicht nur Zeitgenossen des gewaltigen Geschehens, sondern werdet Kampfgenossen! Helft, Hitler zu stürzen, denn Hitler und sein Regime muss fallen, damit Deutschland und das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Demokratie leben können!»

Über die Flugschrift «Vertrauen zum deutschen Volk!» wurde lebhaft diskutiert; sie brachte der Bewegung «Freies Deutschland» neue Anhänger, besonders auch aus dem Lager für Militärinternierte in Muri-Moos, und neue Freunde unter Schweizer Bürgern.

### **Die Monatsschrift «Über die Grenzen»**

Ein Zugeständnis der Berner Behörden an die Flüchtlinge war die Genehmigung der Herausgabe einer gedruckten Flüchtlingszeitschrift. Sie erschien unter dem Titel «Über die Grenzen» mit dem Untertitel «Von Flüchtlingen für Flüchtlinge», im DIN-A-4-Format, zwölf- bis sechzehnseitig, in einer Auflage von 7'000 Exemplaren. Die erste Nummer kam Ende November 1944 heraus, die letzte Ende Dezember 1945; es erschienen vierzehn Ausgaben. Sie konnten im Abonnement bezogen, durften aber nicht an Kiosken verkauft werden.

Diese Zeitschrift war weder eine Publikation der KPD-Organisation noch der Bewegung «Freies Deutschland», sondern das Organ aller Flüchtlingskreise; Herausgeber war die Zentralstelle aller Flüchtlingsorganisationen.

Die Zeitschrift musste sehr geschickt redigiert werden, um der vielschichtigen Leserschaft zu genügen, und sie musste so gehalten sein, dass sie die Zensur passieren konnte. Die Redaktion zeigte sich den Aufgaben gewachsen, obwohl sie unter schweren Bedingungen arbeitete: Der Chefredakteur, Michael Tschesno-Hell, befand sich im Arbeitslager Zürich-Wallisellen; der Redaktion gehörten unter anderen der Lyriker Stephan Hermlin, Dr. Heinz Mode und Dr. Hans Mayer an, die zu dieser Zeit in anderen Lagern waren.

Die Leitung der KPD-Organisation wertete am 3. Februar 1945 das

Erscheinen der Zeitschrift als «bedeutenden Erfolg zur Verwirklichung des Mitspracherechts der Flüchtlinge» und gab gleichzeitig Orientierungspunkte für die Redaktion.<sup>13</sup>

Die Redaktion sorgte für thematische Vielfalt und hohes journalistisches Niveau. Viele Bereiche, wie Politik, Wirtschaft, Philosophie, Geschichte, Kunst, Literatur und Lyrik, wurden behandelt. Sehr gehaltvolle kritische Buchbesprechungen gehörten zu den besonderen Merkmalen der Zeitschrift. Als einziges Emigrantenorgan war die grafisch vorzüglich gestaltete Zeitschrift mit Fotos, künstlerischen Zeichnungen und wirksamen Karikaturen ausgestattet. Die Zeitschrift erweckte Optimismus und richtete den Blick auf die Aufgaben, die die Emigranten erwarteten, wenn sie mit der Rückkehr in die Heimat aufhörten, Emigranten zu sein.

Manche demokratischen schweizerischen Zeitungen fanden Worte der Anerkennung für die Zeitschrift. Ein Beispiel: «Die Weltwoche», Zürich, schrieb am 29. März 1945 nach Erscheinen der fünften Nummer, dass die Flüchtlingszeitschrift «dereinst bibliophilen Wert erlangen könnte».

Ausser der Herstellung der Zeitschrift leistete die Redaktion eine weitere grosse Arbeit: Sie gab eine Schriftenreihe mit dem gleichen Titel «Über die Grenzen» heraus, und zwar:

Wilhelm Frank: Studenten und Universitäten nach dem Kriege (eine vom Weltstudentenwerk preisgekrönte Arbeit; Wilhelm Frank, österreichischer Kommunist, war im Sonderlager Gordola beziehungsweise Bassecourt interniert);

Bruno Kaiser: Der Maler Disteli und die Flüchtlinge (mit bis dahin unveröffentlichten Briefen);

Werner Saul: «1001. Tag» (Karikaturen);

«Gesang auf dem Wege» (Gedichte von Stephan Hermlin, Jo Michaly, Else Lasker-Schüler, Jakob Haringer und anderen);

Hans Mayer: Thomas Mann und unsere Zeit (Essay);

Hans Mayer: Von der Dritten zur Vierten Republik – Geistige Strömungen in Frankreich 1939-1945;

«Theater», Erfahrungen und Erlebnisse von Therese Giehse, Ernst Ginsberg, Kurt Hirschfeld, Kurt Horwitz, Leopold Lindtberg, Teo Otto, Leonard Steckel, Oskar Wälterlin (mit Bildern von Teo Otto).

Die Schriftenreihe «Über die Grenzen» war ein wertvoller Beitrag im literarischen Kampf für eine humanistische Zukunft.

## Die Anthologie «Das Wort der Verfolgten» und das Herwegh-Museum in Liestal

Im Februar 1945 erschien im Basler Mundus-Verlag unter dem Titel «Das Wort der Verfolgten» eine aufsehenerregende Anthologie in einer Auflage von etwa 3'000 Exemplaren. Herausgeber war «Oswald Mohr» – ein Pseudonym des deutschen Kommunisten Dr. Bruno Kaiser.

Bruno Kaiser war aus Frankreich weiter in die Schweiz emigriert. Er wurde interniert und war in mehreren Arbeitslagern. Es gelang ihm, aus dem Lager dispensiert zu werden. In Basel befasste sich der hervorragende Kenner der fortschrittlichen deutschen politischen Dichtung und Literatur sogleich intensiv mit der Erforschung der Schicksale von Freiheitskämpfern früherer Zeiten in der Schweiz. Dabei machte er Entdeckungen von hohem geschichtswissenschaftlichem und literarischem Wert, so in Bezug auf die einstigen italienischen Emigranten Mazzini und Garibaldi, auf Richard Wagner, Georg Herwegh und Georg Weerth.

Die Anthologie «Das Wort der Verfolgten», der das Faksimile eines von Bruno Kaiser auf gefundenen Briefes von Jenny Marx an Emma Herwegh, die Frau Georg Herweghs, vorangestellt ist, enthält achtzig Beiträge von verfolgten Freiheitskämpfern aus der Zeit von 1818 bis 1945. Die mit Anmerkungen von Bruno Kaiser versehenen Beiträge sind eine Schatzkammer deutscher Kulturwerte.

Ein besonderes Forschungsanliegen Bruno Kaisers war, Werke des deutschen Freiheitsdichters und -kämpfers Georg Herwegh aufzuspüren. Herwegh hatte einen grossen Teil seines Lebens in Liestal bei Basel zugebracht. Die Behörden des Kantons Basel-Land und der Gemeinde Liestal waren vernünftiger als die Berner Zentralbehörden; sie erlaubten Bruno Kaiser, alle Liestaler Archive zu durchforschen. Dabei entdeckte er einen grossen Teil der Bibliothek Herweghs und zahlreiche bis dahin unbekannte Schätze. Der Forscher fand Dokumente, die die Geschichte der europäischen Freiheitsbewegung im 19. Jahrhundert nach vielen Seiten hin beleuchten.

Besonders grosse Verdienste um die Ehrung Herweghs erwarb sich Bruno Kaiser damit, dass er 1945 in Liestal das Herwegh-Museum schuf – ein schönes Werk für die Kämpfer im Exil, ein wertvoller Bei-

trag zur sozialistischen deutschen Nationalkultur, ein würdevolles Geschenk eines deutschen Kommunisten an das Schweizer Volk.

### **Die Verbindungen der KPD-Emigration in der Schweiz mit Genossen in Frankreich und in anderen Ländern**

Während der Besetzung Frankreichs durch die deutsche faschistische Armee waren Kontakte zwischen den deutschen Kommunisten in der Schweiz und den deutschen Genossen in Frankreich nur sehr vereinzelt möglich. Es handelte sich dabei hauptsächlich um materielle Hilfe aus der Schweiz für die KPD-Emigration in Paris. Im Jahre 1942 konnten 50'000 französische Franc (das entsprach 1'000 Schweizer Franken) nach Frankreich übermittelt werden.<sup>14</sup> Danach verstärkte sich diese Hilfe bis zur Zeit der Befreiung Frankreichs von den faschistischen Besatzern. Bei diesen Geldübermittlungen handelte es sich nicht um die Solidaritätsspenden an die Internierten in den südfranzösischen Lagern, über die an anderer Stelle ausführlich berichtet wurde, sondern um spezielle Beiträge für die Parteiorganisation. Die Summen konnten nicht der Kasse der KPD-Organisation in der Schweiz entnommen werden, denn die enthielt nie viel Geld; sie wurden vielmehr eigens für die Genossen in Frankreich von einem Spender an Paul Bertz übergeben.

Über die finanzielle Hilfe aus der Schweiz existieren noch zwei dokumentarische Belege: die Briefe aus Frankreich vom 1. März 1944 und vom 25. September 1944.<sup>15</sup> In den Briefen, die wertvolle politische Informationen enthalten, kommt auch die grosse Bedeutung dieser Geldmittel für die KPD-Emigration in Frankreich zum Ausdruck. In dem Brief vom 1. März aus Marseille heisst es: «Euer Geld gibt uns wieder für zwei Monate die Möglichkeit zu arbeiten. Wir berichteten Euch schon, dass unsere Ausgaben monatlich ca. 150'000 fr. frs. betragen. Ihr werdet erschüttert sein, wenn Ihr diese Summe erfahrt. Leider kann man daran nichts ändern, denn damit muss man die gesamte Arbeit finanzieren, anderweitige Hilfsquellen stehen uns nicht zur Verfügung. Das dauernde Verschieben der Kameraden mit immer wieder neuen Papieren ist ebenfalls kostspielig. Obwohl die meisten Freunds bei Bauern, als Holzfäller oder anders

beschäftigt sind, muss man auch hier helfend einspringen. Die Hauptausgaben entstehen natürlich für die von uns hauptamtlich beschäftigten Freunde... Die Schwierigkeiten, sich zu halten und zu arbeiten, werden mit jedem Tag grösser. In Paris sind empfindliche Lücken gerissen, bei uns Paula, Else Fugger, P. Grasse, Eduard, Sali, die Frau vom Partisanen-Richard (Erna Stahlmann – H.T.). In anderen Gruppen sind ebenfalls harte Verluste zu verzeichnen. Eine Reihe anderer Freunde wird von der Gestapo gesucht. Trotz aller Vorsicht geht es leider ohne Verluste nicht ab. Ihr würdet eine grosse Freude haben, wenn Ihr die gute Moral aller unserer Freunde und den Drang zur Arbeit sehen würdet.»

In dem Brief vom 25. September aus Paris, wohin leitende Genossen aus Marseille übergesiedelt waren, ist zu lesen: «Habt herzlichen Dank für Euren Brief vom 9. Juli sowie für die 5\*150 Schweizer Franken. Wir leben hier in einem halblegalen Zustand und müssen immer noch damit rechnen, dass man uns diese halblegale Arbeit unmöglich macht... In Marseille und Toulouse sind wir von den Behörden anerkannt, hier und in Lyon noch nicht. In einigen der Gefangenenlager, besonders im Süden, konnten Leute von uns sprechen, Komitees für die Bewegung wurden gegründet. Frontbevollmächtigte, darunter auch desertierte Soldaten und Matrosen, sind... an die Front gegangen. Unsere Freunde und auch die Soldaten, die mit uns vor der Befreiung schon in Verbindung standen, haben aktiv an der Befreiung mitgekämpft und durch ihre Ansprachen Soldatengruppen zur Kapitulation veranlasst. Otto Kühne ist lieutenant- colonel und hat im maquis viel geleistet, so wie viele andere unserer Freunde ...»

In dem Masse, in dem sich in Frankreich die Bewegung «Freies Deutschland» ausbreitete und schliesslich das Comité «Allemagne Libre» pour l'Ouest – Calpo (Komitee «Freies Deutschland» für den Westen) legal wurde, nahmen die Kontakte zwischen dieser Bewegung und der Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz zu. Es kam zu lebhaftem Materialaustausch. Die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz wertete das aus Frankreich kommende Material publizistisch aus.

Das «Freie Deutschland» brachte einen langen Bericht: «Bewegung ‚Freies Deutschland‘ im freien Frankreich anerkannt!»<sup>16</sup> Ein weiterer ausführlicher Beitrag informierte über die Konferenz der Be-

wegung «Freies Deutschland» in Toulouse vom 17. Oktober 1944.<sup>17</sup> In der Schweiz gelangte auch die in Paris erschienene Broschüre «Alle Waffen gegen Hitler» zur Verbreitung, in der über die erste Pariser Informationskonferenz des Komitees «Freies Deutschland» für den Westen vom 13. November 1944 eingehend berichtet wurde.<sup>18</sup>

Die am 27. und 28. Januar 1945 in Paris durchgeführte Delegiertenkonferenz des Calpo richtete an die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz eine Botschaft folgenden Inhalts: «Brüderliche Grüsse des Komitees ‚Freies Deutschland‘ für den Westen, auch im Namen seiner Gebietsdelegationen in Bruxelles, Luxembourg, Albi, Auch, Bellac, Béziers, Bordeaux, Agen, Castres, Carcassone, Cazaubon, Charbonnières les Mines, Clermont-Ferrand, Decazeville, Dijon, Hauterives, Lille, Limoges, Lyon, Montauban, Marseille, Montpellier, Mulhouse, Nabuzet, Nîmes, Nice, Périgueux, Perpignan, Pau, Poitiers, Pamiers, Rennes, Saintes, Tarbes, Toulouse, Tulle und Villeneuve.

An der Front und an den deutschen Widerstandsnestern der Atlantikküste 20 Bevollmächtigte, 40 weitere haben Instruktion beendet. Bewegung erfasst über 15'000 Soldaten in den französischen Kriegsgefangenenlagern; mehr als 300 Offiziere gehören dem im Lager Verdet Ariège gegründeten Bund Deutscher Offiziere im Westen unter dem Präsidium von Oberst Machts und mit dem Vorstand von Oberstleutnant Modersohn, Hauptmann Karkosch und Leutnant Unverzagt an.

Die absolute Mehrheit der Emigration gehört der Bewegung an, mit führenden Vertretern der sozialistischen, kommunistischen, Zentrums-, demokratischen und Deutschnationalen Volkspartei sowie Gewerkschaftern und Parteilosen.

‚Volk und Vaterland‘ erscheint als Zentralorgan und für die Regionen (dreimal monatlich zu je 12'000 Exemplaren) und ist die offiziell zugelassene Zeitung für die deutschen Kriegsgefangenen. Ferner erscheinen laufend Flugblätter für Front und Heimat (seit Ende August erschienen: 18 Nummern von ‚Volk und Vaterland‘, 50 Flugblätter, insgesamt 5 Millionen Exemplare, 6 Broschüren, 4 in deutscher und 2 in französischer Sprache).»<sup>19</sup>

Veröffentlichungen solcher Art waren von grossem Nutzen für die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz, besonders auch für ihren Kampf um die Legalisierung. Andererseits bestätigten die Ge-

nossen aus Frankreich, dass ihnen die Materialien aus der Schweiz sehr willkommene Unterstützung gaben.<sup>20</sup>

Nützlich waren auch die Kontakte, die im Jahre 1944 mit deutschen antifaschistischen Bewegungen in anderen Ländern zustande kamen. Vom Free German Movement in Great Britain (Freie Deutsche Bewegung in Grossbritannien) trafen Briefe und Druckerzeugnisse ein, die über die Situation und den Kampf der deutschen Antifaschisten in Grossbritannien informierten. Weil das Material im «Freien Deutschland» verwendet wurde, erfuhren über die Emigrantenkreise hinaus viele Menschen in der Schweiz, was in diesem Land der Antihitlerkoalition seitens der emigrierten deutschen Hitlergegner an Hervorragendem geleistet wurde.<sup>21</sup> Von der Schweiz aus wurden die Freunde in Grossbritannien mit Material versorgt, so dass man auch in London wusste, was in der Schweiz im Kampf gegen den Krieg, für Frieden und Demokratie geschah.<sup>22</sup>

Es kam auch mit dem im Januar 1944 in Schweden gegründeten Freien Deutschen Kulturbund (FDKB) zu Kontakten, hauptsächlich zum Austausch von Druckerzeugnissen.<sup>23</sup>

Seit September 1944 kamen durch Paul Merker, der nach geglückter Flucht aus Frankreich mit vielen anderen nach Mexiko emigriert war, mehrmalige Verbindungen zwischen der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz und der Bewegung «Alemania Libre» (Freies Deutschland) in Mexiko und Lateinamerika zustande.<sup>24</sup>

Alle diese Verbindungen machten deutlich, dass das wahre Deutschland sich an vielen Fronten, wenn auch unter sehr verschiedenen Bedingungen, entsprechend der Generallinie des Zentralkomitees der KPD und des NKFD im Kampf bewährte.

## **Erste Konferenz der Organisation der KPD am 14. Januar 1945 in Zürich**

Die Kriegsgeschehnisse entwickelten sich im letzten Drittel des Jahres 1944 sehr rasch: Die Sowjetarmee hatte im Herbst die Befreiung des sozialistischen Vaterlandes von den faschistischen Okkupanten im Wesentlichen abgeschlossen und begonnen, siegreiche Schlachten gegen die Hitlerarmee in Polen, in den Balkanländern und bereits auf deutschem Territorium zu schlagen. Die sowjetischen Streitkräfte leis-

teten den vom faschistischen Stiefel getretenen Völkern selbstlose Hilfe im Kampf um die Wiederherstellung ihrer nationalen Selbständigkeit. Der Widerstand der Volksmassen und die Partisanentätigkeit gegen die Okkupanten verstärkten sich folglich sehr. Die zweite Front der Westalliierten war über den Rhein vorgestossen.

Angesichts dieser Tatsachen sah die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz die Zeit für gekommen, eine Konferenz von Vertretern aller KPD-Gruppen einzuberufen. Die Vorbereitung erforderte grosse Anstrengungen. Es wurde festgelegt, trotz der Illegalität das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Weise anzuwenden, dass nicht einfach Vertreter der Gruppen zur Konferenz gesandt, sondern Delegierte in den Gruppen der Arbeitslager und der illegal in den Städten lebenden Genossen gewählt wurden. Entsprechend wurde verfahren. Es war ferner zu sichern, dass die gewählten Delegierten in den Lagern, unter welchen Vorwänden immer, Urlaub für den 14. Januar 1945 nach Zürich erwirkten. Das galt auch für einige Mitglieder der Leitung, die sich noch im Lager Bassecourt befanden. Es klappte alles, wie auch die Beschaffung eines geeigneten Raumes in einem Haus am Alpenquai.

38 Delegierte fanden sich ein, ausserdem zwei Gäste der Kommunistischen Partei Österreichs. Zu den Delegierten gehörten: Wilfred Acker, Dr. Karl Ackermann, Ernst Eichelsdörfer, Walter Fisch, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer, Bernhard Kuderer, Karl Kunde, Wolfgang Langhoff, Paul Meuter, Dr. Heinz Mode, Dr. Erwin Reiche, Rudi Singer, Fritz Sperling, Bernd Steinberger, Hans Teubner, Michael Tschesno-Hell und Christian Wolf.

Auf der Konferenz wurden drei Referate von den Mitgliedern des Sekretariats gehalten: Über die internationale Lage sprach ich, Bruno Fuhrmann referierte über die Bewegung «Freies Deutschland», Fritz Sperling informierte über die Lage in Süddeutschland. Nach einer Analyse der Lage an den Kriegsfrenten, auf dem «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» wie in der Schweiz wurde festgelegt, die gesamte Parteiarbeit auf das baldige Kriegsende zu orientieren und deshalb in den Parteigruppen Probleme wie demokratische Selbstverwaltung, Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenarbeit intensiver zu behandeln. Eingehend begründet wurde die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung, des verstärkten Bemühens um die Gemeinsamkeit mit

Sozialdemokraten, Christen und anderen hitlerfeindlichen Kreisen. Aus den Berichten der Delegierten über ihre Erfahrungen konnten wertvolle Schlüsse für die weitere propagandistische und agitatorische Arbeit im Sinne des Programms der Bewegung «Freies Deutschland» gezogen werden.

Die kommunistischen Funktionäre in der Leitung der Bewegung «Freies Deutschland» erhielten die Weisung, den Kampf um die Legalisierung der Bewegung zu verstärken. Den Kommunisten in den Initiativausschüssen der Flüchtlinge, die seit einiger Zeit entstanden, und den Vertrauensleuten in den Arbeitslagern und «Heimen» wurde die Aufgabe gestellt, die bereits in Gang gebrachte Aktion für eine grosse Konferenz von Vertretern der Flüchtlinge aller Nationalitäten und aus allen Teilen der Schweiz zu verstärken, um die Bundesregierung zu zwingen, das Mitspracherecht der Emigranten in allen sie betreffenden Fragen anzuerkennen. Das Anliegen in der Endphase des Krieges war, maximale Bewegungsfreiheit für alle Kader der antifaschistischen Bewegung zu schaffen und sich gut für die Rückkehr nach Deutschland und die dortigen Aufgaben zu rüsten.

Die Delegierten billigten einmütig die bisherige Politik der Leitung und des Sekretariats der Parteiorganisation und bestätigten die vorgezeichnete Linie für die weitere Arbeit. Sehr begrüsst wurde von den Konferenzteilnehmern, dass die Leitung seit September 1944 bereits mehrere Genossen aus der Emigration nach Süddeutschland geschickt hatte, damit sie dort den illegalen Widerstand tatkräftig unterstützten. Darüber soll an späterer Stelle zusammenfassend berichtet werden.

### **Die erste legale Broschüre: «Um Deutschlands nächste Zukunft»**

Noch vor der Einberufung der Parteikonferenz beschloss das Sekretariat der Parteileitung, zur Förderung der Bewegung «Freies Deutschland» eine Broschüre fertigzustellen, die unter dem Titel «Um Deutschlands nächste Zukunft» zum verstärkten Kampf um den Frieden aufrufen und auf die Gestaltung des antifaschistischen, demokratischen Deutschlands eingehen sollte. Als Autor wurde ich bestimmt. Im Januar 1945, wenige Tage vor der Parteikonferenz, war

das Manuskript abgeschlossen und vom Landesvorstand der Bewegung «Freies Deutschland» bestätigt worden. Bald war die 36seitige Broschüre in einer Auflage von 5'000 Exemplaren gedruckt.<sup>25</sup>

In der Broschüre wird einleitend ein realistisches Bild von der Lage in Deutschland gegeben und dargelegt, dass es zum Besten des Volkes wäre, vermöchte es noch in letzter Stunde einen eigenen grossen Beitrag zum Sturz Hitlers liefern. In voller Übereinstimmung mit der Antihitlerkoalition wird die bedingungslose Kapitulation des Hitlerregimes gefordert. Zur Wiedergutmachung wird gesagt: «Das deutsche Volk muss sich freiwillig und sehr entschieden zur Wiedergutmachung bereitfinden. Die Wiedergutmachung ist recht eigentlich der Prüfstein für die Ehrlichkeit des Willens zur Zusammenarbeit mit den Völkern.»

Nachdem in der Broschüre die Schuld des deutschen Imperialismus am Krieg betont worden ist, heisst es weiter: «Die Objektivität gebietet festzustellen, dass nicht frei von Mitschuld zu sprechen ist, wer geruhsam zusah, als Hitler Österreich raubte und die Tschechoslowakei okkupierte, als Mussolini Abessinien und Albanien vergewaltigte, als beide gegen das republikanische Spanien Krieg führen durften, als Hitler ausländische Kredite für seine Kriegsrüstung bekam, als der faule Münchner Friede geschlossen wurde und als die ernstesten Vorstellungen der Sowjetunion im vergangenen Völkerbund in den Wind geschlagen wurden.»

Diese Feststellung war dringend geboten, weil die Bestrebungen imperialistischer Kreise der Westmächte über die Zerstückelung und gar völlige Auflösung Deutschlands in der Presse der kapitalistischen Welt keine geringe Rolle spielten.

Hinsichtlich der Kriegsverbrecher wird gesagt, dass ihre strengste und unnachsichtige Bestrafung gefordert werden müsse. Dann heisst es aber auch: «Gerade im Namen der Gerechtigkeit kann es nicht Absicht der Siegermächte sein, und es ist nicht unsere Absicht, auch jene zu Kriegsverbrechern zu stempeln, die Opfer der nationalsozialistischen Demagogie und Hetze wurden, aber, ohne sich zu Verbrechen gemacht zu haben, zur Einsicht gekommen sind, dass sie ihre Fehler und Vergehen durch tatkräftigen Einsatz für das freie, demokratische Deutschland wiedergutzumachen haben.»

Sehr entschieden wendet sich die Broschüre gegen gewissenlose Politiker der Westmächte, die für Deutschland eine Amget (Allied

military government of enemy territories – Alliierte Militärregierung für feindliche Gebiete) forderten, weil es in Deutschland keine verlässlichen Menschen gäbe und jede Mitwirkung des deutschen Volkes ausgeschaltet werden müsste. Dazu wird gesagt: «Sie widersprechen dem Geiste der Atlantikcharta und der Politik von Teheran. Eine nüchterne Überlegung führt zu der Erkenntnis, dass eine Ausschaltung der fortschrittlichen, demokratischen Volkselemente gar nicht möglich ist. . . Gerade die Politik von Teheran fordert zum Nutzen der Sieger und im Interesse des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands die aktive Anteilnahme aller fortschrittlichen, antifaschistischen Volksteile ... Indem die antifaschistischen Volksteile demokratische Selbstverwaltungen und sonstige demokratische Organisationen, von unten beginnend, nach oben aufbauen und sich gemäss dem Programm des ‚Freien Deutschland‘ Organe bis hinauf zu einer Zentralregierung schaffen, werden entscheidende Erfordernisse erfüllt.»

Unter dem Zwischentitel «Die Sowjetunion und Deutschland» heisst es in der Broschüre: «Für die Sowjetregierung gelten unveräusserliche Grundsätze. Ein Grundsatz ist die Anerkennung des Rechtes auf nationale Souveränität aller freiheitlichen Völker. Ein Grundsatz ist, dass die Sowjetunion keine imperialistischen Ziele verfolgt und keine Völker kolonisieren und versklaven will. Ein Grundsatz der Sowjetregierung ist die Verfolgung einer Politik, die nicht im Widerstreit mit den Interessen der Arbeiter und Werktätigen und aller fortschrittlichen Kräfte aller Völker und Länder steht, also dass sie auch nicht die Absicht hegt, die Gesellschaftsordnung anderer Völker gewaltsam zu ändern . . . Die Sowjetregierung unterscheidet zwischen dem Hitlerregime und seinen Trägern einerseits und dem entrechteten, gepeinigten, eingekerkerten deutschen Volk andererseits.»

Die Broschüre bringt den vollen Wortlaut des Programms der Bewegung «Freies Deutschland». In seinem Sinn wird zum verstärkten Kampf um den Frieden aufgerufen, und für den Aufbau des neuen Deutschlands wird der Einsatz aller Kräfte gefordert, um demokratische Selbstverwaltungsorgane zu schaffen und vor allem auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. «Es bedarf», heisst es im Schlussteil, «der Anspannung aller Kräfte. Wurde das Volk zum

Sklavendasein degradiert, gefoltert und ausgepresst, missbraucht für die Interessen seiner Nazifeinde, so muss es jetzt alle ihm verbliebenen Kräfte für seine eigene Sache, für die Freiheit, für den demokratischen Aufbau Deutschlands einsetzen ... Wir wollen nicht Objekt, nicht resignierende oder gar verzweifelte Zuschauer, sondern Handelnde sein und in der Verwirklichung der Programmpunkte des deutschen Freiheitskomitees schonungslos unsere besten Kräfte einsetzen... Unsere Opfer, unsere Toten und Märtyrer mahnen das deutsche Volk, mit ganzer Kraft für die gerechte Sache, für unser neues, demokratisches Deutschland einzustehen . . .»

Als Anhang enthält die Broschüre die Atlantikcharta vom August 1941.

Es wurde gewagt, die Broschüre legal zu verbreiten und zum Preis von 0,50 Schweizer Franken in den Buchhandlungen zum Kauf anzubieten. Manche Buchhandlungen priesen die Broschüre in ihren Schaufenstern als bedeutende Neuerscheinung an. Die Behörden schritten nicht dagegen ein. Bald war die Broschüre vergriffen, und in vielen Zeitungen wurde sie rezensiert. Damit hatte die Bewegung «Freies Deutschland» einen neuen Erfolg auch auf dem Weg zu ihrer Legalisierung errungen.

**Um  
Deutschlands  
nächste  
Zukunft**

**Tod dem Nationalsozialismus! Frieden!**

Der Nationalsozialismus ist nicht nur der Feind der ganzen Welt, sondern auch Deutschlands Verderben. Hitler ist Deutschlands Totengräber. Hitler muß fallen, wenn Deutschland leben will. Deutschland ist durch den nationalsozialistischen Ungeist, durch Barbarei und imperialistische Weltmachtsträume, durch den Krieg der braunen Menschheitsfeinde tief in den Abgrund gerissen worden. Der Nationalsozialismus muß vernichtet werden! Diese Aufgabe ist die erste, und das erste hat zuerst zu geschehen.

## **Erste Konferenz der Bewegung «Freies Deutschland» am 27./28. Januar 1945 in Zürich**

Am 27. und 28. Januar 1945, also zwei Wochen nach der Konferenz der Kommunisten, tagte eine andere illegale Konferenz in Zürich: die erste Landeskonferenz der Bewegung «Freies Deutschland». Die seit Juli 1944 bestehende provisorische Leitung hatte sie einberufen. Zum ersten Mal fanden sich die Leiter der verschiedenen Gruppen, die Vertreter der Militärinternierten und einige Angehörige der Deutschen Kolonie zusammen. Weil die Teilnehmer aus allen Gebieten der Schweiz kamen, wurde die Konferenz Landeskonferenz genannt. Dass hier auch, wie auf der KPD-Konferenz, 38 Personen zusammenkamen, war ein Zufall; es hätten einige mehr sein sollen, aber elf Delegierte waren verhindert.

Das Bild der Konferenz war natürlich ein anderes als das der KPD-Konferenz, denn hier waren Menschen verschiedener Weltanschauungen beisammen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, Protestanten, Katholiken und Juden. Dennoch waren sich alle einig in dem Willen, für ein neues, demokratisches, freies Deutschland zu kämpfen und deshalb nach besten Kräften für den Sturz Hitlers, für die Verkürzung des Krieges zu wirken. Die zweitägige Konferenz wurde sinnvoll in der Weise durchgeführt, dass am ersten Tag nach einem Referat von Hans Bergmann eine eingehende Diskussion über Grundfragen der Bewegung im Geiste des Programms geführt wurde und am zweiten Tag Arbeitskreise über einzelne Bereiche berieten.

Im Referat wurden nach einer Analyse der Lage die Probleme dargestellt, die sich aus der Erbschaft des zu Ende gehenden Hitlerregimes ergaben. Unter der Vielzahl der unmittelbar in der Schweiz zu lösenden Aufgaben standen im Vordergrund: 1. Kampf um die Legalisierung der Bewegung; 2. Durchsetzung des Mitspracherechtes der Flüchtlinge in allen Angelegenheiten der Emigranten; deshalb energische Unterstützung der Kampagne für die Einberufung einer Flüchtlingskonferenz mit Delegierten aus der ganzen Schweiz.

Die Arbeitskreise beschäftigten sich mit den Aufgaben unter den frei lebenden Flüchtlingen, in den Arbeitslagern, in der Deutschen Kolonie, unter den Militärinternierten, auf gewerkschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet der Kultur.

Die Konferenz wählte die Mitglieder der Landesleitung der Bewegung «Freies Deutschland», unter ihnen Dr. Wilhelm Abegg, Hans Bergmann, Walter Fisch, Charlotte von Kirschbaum und Wolfgang Langhoff; als Sekretär wurde Rudi Singer bestätigt. Für die einzelnen Arbeitsgebiete wurden die bisherigen Leiter bestätigt oder neu gewählt: so für die Arbeit in der Deutschen Kolonie Paul Meuter, für die Militärinternierten und Deserteure Walter Fisch, für die Arbeit unter den frei lebenden Emigranten Hans Singer.

Die Konferenzteilnehmer stimmten einstimmig folgender Resolution zu: «Die in Zürich am 27./28. Januar 1945 zur ersten Tagung der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz zusammengetretenen 38 Delegierten: Gewerkschafter, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, Männer und Frauen der verschiedenen religiösen Bekenntnisse aus allen Schichten unseres Volkes, erklärten: dass sie in klarer Erkenntnis der historischen Bedeutung der kommenden Monate für unser Volk alle Kräfte aufbieten werden, um im Hinblick auf den unvermeidlichen Sturz des verbrecherischen Hitlerregimes alle freiheitlich gesinnten Deutschen in der Schweiz unter dem Banner des aktiven Kampfes für den Frieden und zum Einsatz für den Neuaufbau Deutschlands unter endgültiger Reinigung von dem menschenunwürdigen System des Nationalsozialismus zu einigen. Sie sind sich der besonderen Aufgabe bewusst, die sich unserer Bewegung im einzigen deutschsprachigen Lande ausserhalb des Machtbereiches der Gestapo an den Grenzen der Heimat stellt. Sie werden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Weltöffentlichkeit über Kampf und Ziele der Widerstandsbewegung ‚Freies Deutschland‘ informieren. Sie werden allen Versuchen der Kriegsverbrecher, sich und ihren Raub in Sicherheit zu bringen, ihre ganzen Kräfte entgegensetzen; um ihre Pflichten gegenüber dem deutschen Volk, in einem hohen Sinne aber gegenüber allen Völkern ganz erfüllen zu können, werden sie alles daransetzen, um die offizielle Anerkennung des ‚Freien Deutschland‘, das nicht auf ein Parteiprogramm festgelegt ist, überall – auch in der Schweiz – zu erreichen.

Die Delegierten senden im Gefühl fester Verbundenheit allen Freiheitskämpfern in der Heimat, dem Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ in Moskau und den Komitees der Bewegung in allen Ländern ihre brüderlichen Grüsse und geloben, dass an dem Tag, an dem die

freien Deutschen aus Ost und West den in der Heimat und in der Armee kämpfenden Kameraden zur Hilfe eilen, auch die Deutschen in der Schweiz nicht fehlen werden.»

Diese Entschliessung der illegalen Konferenz erhielt die Schweizer Presse, womit wieder ein Schritt zur Durchsetzung der Legalität getan war, denn viele Zeitungen veröffentlichten die Resolution mit positiven Kommentaren.

Einige Zeitungen, die die Resolution wiedergaben, beschlagnahmte die Polizei, und zwar mit der dummfrechen Begründung, das «Freie Deutschland» könnte eine versteckte Nazibewegung sein. Die Lage war aber so, dass sich in der Berichterstattung vieler Zeitungen über die deutsche Widerstandsbewegung die Tendenz zur Wahrheit durchsetzte. Einige Zeitungen forderten direkt die Legalisierung. Ein Schritt dazu bestand auch darin, dass eine 32seitige Broschüre mit dem Titel «Linser Weg, Bericht von der ersten Tagung der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz am 27./28. Januar 1945» veröffentlicht wurde.

Der Erfolg der Landeskonferenz wirkte sich unmittelbar aus: Alle Glieder der Bewegung waren nunmehr viel besser als vorher zentral erfasst. Es wurden Mitgliedsbücher und Beitragsmarken ausgegeben. Je nach Höhe ihrer Einnahmen klebten die Mitglieder Marken zu Werten von 50 Rappen bis fünf Franken. So erhielt die Bewegung die notwendige finanzielle Basis. Die Bewegung «Freies Deutschland» betätigte sich nach der Konferenz Tag für Tag legaler, ohne dass polizeiliche Eingriffe erfolgt wären. Eines Tages im Frühjahr 1945 gab es ein Postschliessfach Bewegung ‚Freies Deutschland‘, Fraumünster, Zürich. Die Bundesanwaltschaft hatte die Genehmigung dazu erteilt und das Erscheinen der Zeitschrift «Freies Deutschland» in einer Auflage von 5'000 Exemplaren erlaubt. Die Bewegung hatte die Legalität erlangt.

### **Die KPD nimmt neue Mitglieder auf**

Sogleich nach Bekanntwerden der Beschlüsse der Konferenz von Jalta (Krim-Konferenz) vom 4. bis 11. Februar 1945 gab das Sekretariat der KPD an die Parteigruppen ein umfangreiches Zirkularschreiben heraus, hergestellt mit Schreibmaschinenmatrizen, elfseitig, engzeilig beschrieben.<sup>26</sup> Darin wird eine Bilanz der bis zur Jalta-Konfe-

renz erreichten Erfolge der Alliierten gezogen, unter anderem werden genannt: die Befreiung des gesamten Sowjetterritoriums, des Grossteils Polens, die Niederwerfung der faschistischen Regierungen Finnlands, Rumäniens, Bulgariens und Ungarns, die Zerschlagung des Atlantikwalls, die wirksamen Luft- und Seeoperationen. Anschließend werden die Beschlüsse von Jalta über die endgültige Niederschlagung des faschistischen Deutschlands ausführlich kommentiert.

Wie schon vorher wird auch in diesem Dokument hervorgehoben, dass die Stellung zur Sowjetunion das entscheidende Kriterium sei. Es wird betont, dass das «Bestehen der sozialistischen Sowjetunion für uns Rückhalt und Verpflichtung ist. Wir sind uns bewusst, dass Stalin in Jalta die Frage der Vernichtung Hitlerdeutschlands im Sinne unserer Freiheit gestellt hat. Seien wir uns bewusst, welch ein ungeheuer positiver Faktor die Sowjetunion geworden ist. Sie hat uns einen Riesenschritt vorwärts gebracht...»

Das Zirkularschreiben behandelt eingehend Fragen der Parteiorganisation. Es wird davon ausgegangen, dass die «marxistische Partei als Avantgarde des Proletariats» gestärkt werden muss: «Nur eine starke und klare revolutionäre Arbeiterpartei ist eine Gewähr für die Revolutionierung des deutschen Volkes im Sinne wirklicher und nicht nur scheinbarer demokratischer Gestaltung.»

Um die Partei zu stärken, wurde in dem Zirkularschreiben erklärt, sind Sympathisierende als ordentliche Mitglieder aufzunehmen. Das war neu, denn allgemeine Regel der KPD war, dass während der Illegalität keine Parteimitglieder aufgenommen wurden. Die Änderung der bisherigen Praxis wurde damit begründet, dass sich die Internierten unter den schweren Lebensbedingungen in den Lagern durch jahrelanges engstes Beisammensein sehr gut kennengelernt hatten und Sympathisierende von den Gruppen mit verschiedenen Parteaufträgen betraut worden waren. Die Sympathisierenden hatten sich als «parteilose Genossen» bewährt. Das Leben selbst hatte eine Auswahl getroffen.

Entsprechend der Weisung wurden Sympathisierende nach nochmaliger sorgfältiger Überprüfung jedes Einzelnen in die Partei aufgenommen. So gewann die Parteiorganisation einige Dutzend neue Kader, das heisst organisierte Kommunisten. Die Verstärkung der Par-

teiorganisation wirkte sich erwartungsgemäss günstig aus, besonders auf die Arbeit in der Bewegung «Freies Deutschland». Mit Hilfe der neuen Parteimitglieder entstanden einige neue Gruppen der Bewegung, so in den Tessiner Orten Lugano und Locarno, in der Westschweiz in Lausanne, Montreux, Nyon, Neuchâtel und Fribourg. Im Sanatorium Agra bei Lugano entstand eine Gruppe von 15 Mitgliedern.

Im Kanton Graubünden wurde Kurt Schneider mit der Leitung der Gruppen der Partei und der Bewegung «Freies Deutschland» betraut. Kurt Schneider war aus Frankreich in die Schweiz entkommen und in Churwaiden interniert worden. Die Schweizer Polizei hielt den Namen «Kurt Schneider» für den richtigen Namen. In Wirklichkeit hiess er Walter Trautzsch. Das war jener kampfbewährte Genosse, der während einiger Jahre von Paris aus auf vielen Wegen, manchmal auch über die Schweiz, zahlreiche risikofolle Fahrten nach Deutschland unternommen und über Rosa Thälmann die Kontakte zwischen dem ZK der KPD und Ernst Thälmann hergestellt und aufrechterhalten hatte. Nachdem Kurt Schneider aus dem Graubündener Lager dispensiert und von der Parteileitung mit der Funktion in der deutschsprachigen Schweiz betraut worden war, übernahm Gerhard Fuchs die Funktionen in Graubünden.

In der Nordostschweiz konnten das Leitungsmitglied Ernst Eichelsdörfer, der Schriftsteller Walther Pollatschek, die Schauspieler Fritz und Martha Diez und andere ihre Tätigkeit in der Bewegung «Freies Deutschland» merklich verstärken. In einigen Fabriken der nördlichen Schweiz, in denen Angehörige der Deutschen Kolonie beschäftigt waren, gelang es, Gruppen der Bewegung zu bilden.<sup>27</sup>

### **Die Flüchtlingskonferenz vom 25. Februar bis 1. März 1945 in Montreux**

Angesichts der zunehmenden Veränderungen an den Kriegsfrenten wurde es den Flüchtlingen mittels ihrer Hilfsorganisationen möglich, bei den Berner Behörden die Genehmigung zur Durchführung einer Flüchtlingskonferenz zu erwirken. Diese durch die Initiativausschüsse der Emigranten gut vorbereitete Konferenz fand vom 25. Februar bis 1. März 1945 in Montreux am Genfer See statt. 320 Delegierte der Flüchtlinge, die 35 Nationen angehörten, waren aus allen Kantonen

erschienen. An der Konferenz nahmen Vertreter des Bundesrates und der Armee teil.

Zu den offiziellen Rednern gehörten seit Jahren bewährte Verfechter der Flüchtlingsinteressen, so Pfarrer Vogt und Frau Dr. Kurz. Offizielle Referenten waren aber auch der berüchtigte Leiter des Polizeidepartements, Dr. Rothmund, und sein Stellvertreter, Dr. Jezler. Das Anliegen dieser beiden war doppelter Art: sich freundlich und demokratisch zu geben, weil das jetzt opportun war, und gleichzeitig der Konferenz Korsettstangen einzuziehen.

In Plenartagungen und in Kommissionen wurden hauptsächlich folgende Themen behandelt: Mitspracherecht der Flüchtlinge für die Regelung aller ihrer Angelegenheiten; Bewegungsfreiheit aller Flüchtlinge; Selbstverwaltung in den Lagern; Dispensierung aus den Lagern; Fragen der Rück- und Weiterwanderung; rechtliche Probleme.

In der Tat hat die Konferenz zu einer Reihe von Zusagen der Bundesbehörden geführt. Die Konferenz war somit ein Erfolg. In vielen schweizerischen Kreisen und selbstverständlich von den Flüchtlingen wurde allerdings betont, dass Konzessionen viel früher hätten gemacht werden müssen.

In der Berichterstattung über die Konferenz von Montreux wurde die Einmütigkeit der Flüchtlingsvertreter hervorgehoben. Die Wahrheit war aber anders. Auf der Konferenz wurden unter den Flüchtlingen manche Fehden ausgetragen. Am heftigsten waren die Auseinandersetzungen zwischen zionistischen Emigranten und der Delegation der jetzt faktisch legalen Bewegung «Freies Deutschland». Viele kleinbürgerliche jüdische Emigranten waren unter den Einfluss der Zionisten, der reaktionär-nationalistischen jüdischen Grossbourgeoisie, geraten. Sie vertraten die Losung: «Alle Deutschen sind Faschisten! Niemand kehrt nach Deutschland zurück, sondern alle gehen nach Palästina oder nach Übersee.»

Die Agitation gegen die Rückkehr nach Deutschland, für eine Weiterreise nach Palästina oder Übersee wurde hier nicht erstmals betrieben; im Lager Bassecourt war schon in einer Stellungnahme vom 2. August 1944 gegen diese Agitation Front gemacht worden.<sup>28</sup> In Montreux traten die Zionisten massiv auf. Einer Kommission, in der eine Entschliessung über den «Nationalsozialismus» beraten wurde, ge-

hörte als Vertreter der Delegation der Bewegung «Freies Deutschland» Bruno Goldhammer an. Er verteidigte eindrucksvoll die Ehre der deutschen Widerstandskämpfer und als deutscher antifaschistischer Jude auch seine persönliche Ehre. Auf einer Plenartagung hielt Walter Fisch als Vertreter der Bewegung «Freies Deutschland» eine ausgezeichnete Rede, die durchschlagende Argumente gegen die Zionisten enthielt. Es gelang die Abweisung eines zionistischen Antrages, der sich gegen die Rückkehr nach Deutschland wandte und den Aufbau Palästinas als jüdischen Staat verlangte. Montreux wurde zu einem Erfolg für das «Freie Deutschland». Vermerkt sei, dass der SAP-Funktionär Dr. Walter Fabian gegen die Zionisten auftrat, ebenso Altreichskanzler Wirth, der sich in der Friedensbewegung der Nachkriegszeit grosse Verdienste erwarb.

Nach der Konferenz wurden die Vorteile, die die Beschlüsse von Montreux brachten, von den Emigranten der verschiedenen Nationalitäten bestens genutzt. Es zeigte sich aber auch eine verstärkte schändliche Agitation der Zionisten. In verschiedenen nationalen Emigrantengruppen hatte die Losung «Jeder Deutsche ist ein Nazi!» Gehör gefunden. Es war offensichtlich, dass dies unter den nicht deutsch sprechenden Flüchtlingen auf mangelnde Information über den Kampf der deutschen antifaschistischen Opposition zurückzuführen war. Die Leitungen der KPD-Organisation und der Bewegung «Freies Deutschland» widmeten daher dieser feindlichen Hetze verstärkte Aufmerksamkeit.

Zur Auswertung der Lehren von Montreux hatte die Leitung der KPD-Organisation angeregt, eine Konferenz, getarnt als Konferenz der Centrale Sanitaire Suisse, einzuberufen. Sie fand am 26. und 27. April 1945 in der Zürcher Tonhalle statt. Es waren mehrere hundert Emigranten aus zehn nationalen Gruppen erschienen, und zwar Deutschlands, Österreichs, Polens, Italiens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Bulgariens, Rumäniens und Griechenlands. Jede Gruppe stellte einen Referenten zur Lage im jeweiligen Heimatland und zu den nächsten Aufgaben.

Für das «Freie Deutschland» referierte ich. Zu Beginn des Referats verhielten sich manche Konferenzteilnehmer merklich kühl. Als aber anhand von Tatsachen dargelegt wurde, dass in Deutschland Hitlergegner einen opfervollen Kampf für ein neues, demokratisches Deutsch-

land führten, als über Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und über die Lage in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesprochen wurde, als ich immer mehr Fakten vom «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» nannte, die Politik und Taktik der KPD und der Bewegung «Freies Deutschland» erörterte und die grosse Rolle des proletarischen Internationalismus zeigte, da änderte sich die Situation. Es hatte sich also bestätigt, dass die nicht deutsch sprechenden Flüchtlinge bisher nicht informiert gewesen waren. Am Ende erhielt die Delegation der Bewegung «Freies Deutschland» begeisterten Beifall. Die Redner aller nationalen Gruppen standen wie wir auf dem Boden des proletarischen Internationalismus.

Über die Konferenz wurde von der Centrale Sanitaire Suisse ein gedrucktes Protokoll verbreitet. Die Konferenz war ein voller Erfolg – nicht zuletzt auch deshalb, weil an ihr mehrere Vertreter der schweizerischen Presse teilnahmen, die positive Berichte veröffentlichten, und weil sich unter den zahlreichen Gästen so hervorragende Schweizer Persönlichkeiten wie Prof. Karl Barth befanden.

### **Zweite Konferenz der Organisation der KPD am 24./25. März 1945 in Zürich**

Die Leitung der KPD-Organisation beschloss am 11. März 1945, eine zweite Parteikonferenz für den 24. und 25. März einzuberufen. Die Vorbereitungsarbeiten für die illegale Konferenz – Delegiertenwahlen, Quartierbeschaffungen, Sicherheitsmassnahmen usw. – gingen wie bei der ersten Parteikonferenz glatt vonstatten, obgleich sie erheblich schwieriger waren, denn es handelte sich um eine zweitägige Veranstaltung mit einer grösseren Teilnehmerzahl.

Gut gesichert fand die Konferenz auf dem Dachboden einer Wohnung in der Nähe des Platzes Bellevue statt. Die Wohnung gehörte der Schauspielerin Katharina Renn. Es waren 44 ordentliche Delegierte und zehn Gäste erschienen. Zu den Teilnehmern gehörten: Wilfred Acker, Dr. Karl Ackermann, Hans Bergmann, Rudi Bergtel, Karl Eiermann, Wilhelm Fels, Trude Ficker, Walter Fisch, Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer, Wolfgang Heinz, Karl Kunde, Renate Langhoff, Wolfgang Langhoff, Rudolf Leder (Stephan Hermlin), Paula Löffler (Acker), Gustl (Gustav) Meyer, Paul Meuter, Dr. Heinz

Mode, Dr. Walther Pollatschek, Dr. Erwin Reiche, Albert Reuchlen, Eduard Schmidt (Claudius), Alfred Sickert, Hans Singer, Rudi Singer, Fritz Sperling, Jo Steckel, Bernd (Bernhard) Steinberger, Gotthard Stehr, Elsa Teubner, Hans Teubner, Michael Tschesno-Hell, Sepp Wimmer, Christian Wolf, Hans Wolf, Paul Wolf. Unter den Gästen waren Karl Tesch (Sozialdemokrat), Anni von Fischer als Vertreterin der Centrale Sanitaire Suisse und drei Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs.

Über die Konferenz liegt ein Protokoll von 42 engzeilig beschriebenen Schreibmaschinenseiten vor, das heisst von den Referaten der drei Sekretariatsmitglieder, von der umfangreichen Diskussion, von der Rede des österreichischen Sprechers und von den Beschlüssen.<sup>29</sup>

Ich analysierte im Eröffnungsreferat die Kriegslage und belegte anhand von Fakten, dass die Sowjetunion zur Grossmacht geworden war, die auf den weiteren Gang der Weltgeschichte bedeutenden Einfluss nahm. Ich wies ferner auf die Politik der Westalliierten hin, die im Widerspruch zu den Beschlüssen von Jalta monopolkapitalistische Ambitionen verfolgten. Die Analyse bewies die Richtigkeit der Strategie und Taktik des ZK der KPD. Ausgehend von den Vorgängen im Hitlerreich erläuterte ich, dass und wie der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und um die breite antifaschistische Front im Sinne der Bewegung «Freies Deutschland» zu führen war. Es folgte die Begründung, warum es notwendig war, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das deutsche Volk noch einen wirksamen eigenen Beitrag zur Verkürzung des Krieges und zur Vernichtung des Faschismus leistete; es musste sich legitimieren, den demokratischen Neuaufbau – vor allem durch Organe der Massen und der Gewerkschaften in den Betrieben – verantwortlich in die eigenen Hände nehmen zu können. Entsprechend hiess es, dass vom «Aussenposten Schweiz» die Arbeit nach Süddeutschland unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte verstärkt werden müsse.

Das zweite Referat, das Fritz Sperling hielt, enthielt eine sehr realistische Darstellung des antifaschistischen Widerstandes in Süddeutschland. Neben guten Beispielen beherzter antifaschistischer Auflehnungen und Widerstände war von solchen Fällen die Rede, wo selbst Kommunisten der Lethargie verfallen waren, wo Sektierertum herrschte, wo die politische Linie und die taktischen Aufgaben der Partei wenig oder gar nicht bekannt waren.

Dementsprechend behandelte der Referent konkrete Fragen des demokratischen Minimalprogramms (anstelle eines fernerer sozialistischen Programms), des Verhältnisses der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse zueinander sowie des Verhältnisses der Kommunisten zur breitesten Volksfront im Sinne der Bewegung «Freies Deutschland», Probleme der Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenarbeit und des Verhaltens zu Nazis, die keine Kriegsverbrecher waren; er sprach schliesslich über kommunalpolitische Aufgaben und zur Kadererziehung.

Der Bericht der Leitung, den Bruno Fuhrmann als dritter Referent erstattete, gab einen detaillierten Überblick über die Arbeit der Partei seit der Bildung der Leitung der Parteiorganisation im Interniertenlager Gordola und über die Arbeit der Kommunisten in der Bewegung «Freies Deutschland». Ein solcher Überblick war notwendig, weil manche Parteifunktionäre dem konspirativen Charakter der Arbeit gemäss bisher nur ihren engeren Wirkungsbereich kannten und daher über die Parteiarbeit in den verschiedenen territorialen Gebieten und Arbeitsbereichen nicht hinreichend informiert sein konnten. Der Referent behandelte die unmittelbar in der Schweiz zu lösenden, besonders auch die mit der Legalisierung der Bewegung «Freies Deutschland» entstandenen Aufgaben und legte dar, welche politischen, organisatorischen und technischen Massnahmen zu treffen waren, um den baldigen Einsatz von Funktionären in Süddeutschland zu sichern.

Den drei Referaten folgten eine ausführliche Diskussion und ein Referat des Vertreters der Kommunistischen Partei Österreichs, Sepp Kompein; es brachte die volle Übereinstimmung beider Parteien in allen Fragen zum Ausdruck. Die Konferenz beschloss: «Die Abschnittsleitung wird in ihrer bisherigen Zusammensetzung erneut bestätigt.»<sup>30</sup>

Da gleichzeitig mit der KPD-Delegiertenkonferenz in Zürich eine gemeinsame illegale Konferenz der kommunistischen Emigranten Österreichs, Ungarns, Polens, Rumäniens, Jugoslawiens, Italiens und Griechenlands stattfand, delegierte die KPD-Konferenz einen Vertreter, der eine Entschliessung überbrachte, in der es heisst: «Die . . . Parteikonferenz der deutschen Kommunisten in der Schweiz richtet ihre Kampfesgrüsse an die Bruderparteien ... In den gepflogenen internationalen Beratungen sieht sie eine Bestätigung der historischen

Rolle der Kommunisten in allen Ländern. Ihre Rolle besteht heute darin, ihre Kräfte einzusetzen in dem jeweiligen nationalen Rahmen für die grosse Aufgabe der Vernichtung des Faschismus bis zur Wurzel, für die Schaffung und Unterstützung breiter antifaschistischer Volksbewegungen in allen Ländern zur Sicherung des Friedens und der Herbeiführung einer demokratischen Neuordnung in der Welt. Damit schaffen wir die Voraussetzung für eine konsequente Weiterführung der demokratischen Umwälzung auf dem Wege zu unserem grossen sozialistischen Endziel. . .»<sup>31</sup>

Die Entschliessung zu den Hauptaufgaben der nächsten Etappe schliesst mit den Worten: «Die Teilnehmer der Parteikonferenz erklärten sich mit der Parteileitung einig in dem Ziel der Mobilisierung unserer Reihen unter der Losung: Antreten zur Heimkehr!»<sup>32</sup>

Auf der Konferenz wurden vier Funktionäre feierlich verabschiedet, weil sie sich sogleich auf den Weg zur illegalen Arbeit nach Süddeutschland begaben. Das war der ergreifende Abschluss der zweiten illegalen Konferenz.

### **KPD-Funktionäre zur illegalen Arbeit nach Süddeutschland**

Im August 1944 sah die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz die Zeit für gekommen, es nicht nur bei der Lieferung von Druckmaterial nach Süddeutschland zu belassen, sondern auch erfahrene Funktionäre aus der Emigration nach Süddeutschland zu schicken, damit sie dort führend am antifaschistischen Kampf teilnahmen.

Einige Dutzend Funktionäre wurden befragt, ob sie willens seien, freiwillig nach Deutschland zurückzukehren. Alle erklärten sich bereit, obwohl sie auf der Fahndungsliste der Gestapo standen und sie sich der Gefahr für ihr Leben bewusst waren. Gerade zu dieser Zeit waren viele neue Verbrechen der faschistischen Terroristen bekannt geworden, so das Schicksal der Familie Schlotterbeck in Stuttgart. Ausser Friedrich Schlotterbeck, dem die Flucht in die Schweiz gelang, waren alle Familienmitglieder in die Hände der Gestapo gefallen und hatten nun die Todesstrafe zu erwarten. (Am 30. November 1944 wurden neun Mitglieder der Familie Schlotterbeck und im Frühjahr 1945 das zehnte Mitglied der Familie ermordet.) Von proletarischem

und patriotischem Pflichtbewusstsein erfüllt, schreckten die Freiwilligen vor den ihnen drohenden Gefahren beim «Landeinsatz» nicht zurück.

Ludwig Ficker, der 1934 aus seiner Heimatstadt München in die Schweiz emigriert war, weil die Gestapo dem führenden Parteifunktionär auf den Fersen war und sein Name in den folgenden Jahren immer wieder in den Akten der Nazijustiz stand, fehlte Anfang September 1944 bei einem Morgenappell im Lager Bassecourt. Er war nach sorgfältiger Vorbereitung aus dem Lager geflohen und kehrte illegal nach Deutschland zurück.

In seinen Briefen, die er anfänglich auf dem Postweg an schweizerische Deckadressen schickte und die selbstverständlich durch die Zensur gingen, berichtete er in unverfänglichen, vorher genau verabredeten Formulierungen über den schwierigen, aber erfolgreichen Beginn seiner Arbeit in München. Durch diese Berichte ermutigt, verliessen Sepp Wimmer und Hans Schäffner das Lager Bassecourt. Auch diese erfahrenen Funktionäre – Sepp Wimmer war Mitbegründer der KPD in Bayern und Offizier in der XL Internationalen Brigade in Spanien – schlugen sich nach München durch.

Es folgten weitere Schleusungen über die schweizerischdeutsche Grenze, die nicht im Einsatzplan der Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz vorgesehen waren; es handelte sich um erfahrene Parteiarbeiter aus Frankreich. Zur Organisierung dieser Schleusungen waren Genossen aus Paris in die Schweiz gekommen. «Zur Vorbereitung der Durchschleusung eigener Kräfte durch die Schweiz», heisst es in einem Bericht des leitenden Pariser Funktionärs der KPD, Otto Niebergall, «wurden der Genosse Heinz Priess und der Stabschef André mit einem Brief an die Partei der Arbeit, unterzeichnet vom Genossen Thorez, nach der Schweiz gesandt. Priess verhandelte mit der Partei der Arbeit und den deutschen Genossen. Zur endgültigen Regelung des Weges fuhr auch der Genosse Willi Knigge in die Schweiz. Auch er verhandelte mit den deutschen Genossen und der Partei der Arbeit.»<sup>33</sup>

Einer von denen, die aus Frankreich kommend durch die Schweiz geschleust wurden, war Fritz Schimmel, der als Abwehroffizier in Spanien den Namen «Vau» getragen hatte. Er war als deutscher Offi-

zier verkleidet, konnte seine Aufgabe jedoch nicht lange erfüllen; er wurde ein Opfer faschistischer Häscher.

Nicht wenige Kader kamen aus Frankreich in die Schweiz, ohne Verbindung zur Leitung der KPD-Organisation zu finden; sie mussten sich daher selbst den Weg nach Süddeutschland suchen. Unter ihnen befand sich der ehemalige Interbrigadist Werner Schwarze, der sich in Südfrankreich bei verwegenen Befreiungsaktionen von Gefangenen grosse Verdienste erworben hatte.

Dem «Landeinsatz»-Plan der Leitung der KPD-Organisation gemäss verliess das Leitungsmitglied Ernst Eichelsdörfer St. Gallen und begab sich nach Singen, um dort Sicherungen für weitere Repatriierungen zu schaffen. Ihm folgte Hans Reitberger, der zuerst illegal in Lindau arbeitete, dann nach München ging. Brugger, Paula Löffler (Acker) und der ehemalige Interbrigadist Hans Kukowitsch waren die nächsten Rückkehrer. Sie fassten erst in grenznahen Orten Fuss und begaben sich nach umsichtigen Erkundungen auftragsgemäss weiter ins Landesinnere, teils bis nach Frankfurt (Main). Adolf Grohmann, Adolf Kühne (Albert) und Eduard Schmidt (Claudius) gingen nach München. Vorher kämpften diese drei ehemaligen Spanienfreiwilligen kurze Zeit als Partisanen in Oberitalien.

Bei der Organisierung der Grenzübertritte leistete Wilhelm Fels (Arthur), der nun schon viele Jahre illegal in Basel lebte, entscheidende Hilfe. In einigen Fällen konnte auch Karl Jung, ebenfalls in Basel, wertvolle Unterstützung geben. Er vermochte, von der Eisenbahndirektion «legale» Ausweise zu beschaffen.<sup>34</sup>

Die Leitung der Kommunistischen Partei Österreichs im Lager Bassecourt schickte ebenfalls bewährte Funktionäre in ihre Heimat; die ehemaligen Spanienkämpfer Max Stern, Theodor Maller und Hofer flohen aus dem Lager und begaben sich nach Jugoslawien, wo sie einem österreichischen Partisanenverband beitraten.

Vor Kriegsende gingen über 20 deutsche kommunistische Funktionäre – die aus Frankreich gekommenen nicht gerechnet – aus der Schweiz zur illegalen Arbeit nach Süddeutschland. In den ersten Wochen nach Kriegsende, als in Süddeutschland noch kriegsähnliche Zustände herrschten, vermochte die Leitung der KPD-Organisation, weitere 43 illegale Repatriierungen durchzuführen. Sie hatte zwar ei-

ne grössere Anzahl vorgesehen, dennoch waren die Repatriierungen angesichts der enormen Schwierigkeiten ein ansehnlicher Erfolg. Es mussten auf Schweizer Territorium die Wege zur Grenze gesichert und Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die Überschreitung der Grenze möglichst gefahrlos erfolgen konnte; es war ferner zu sichern, dass das Risiko bei der Weiterreise «im Land» und beim Fussfassen am Bestimmungsort gering blieb. Dazu waren Ausweise und viel Geld erforderlich. Die Ausrüstung für eine Person kostete über 300 deutsche Reichsmark und mindestens 20 Schweizer Franken.

### **Solidarität mit den italienischen Partisanen**

Anfang Februar 1945 gelangte ein direkt an die Bewegungen «Freies Deutschland» und «Freies Österreich» gerichteter Aufruf in die Schweiz, unterzeichnet vom CINAI, dem Comitato di Liberazione nazionale per l'Alta Italia (Generalkommando des Freiwilligenkorps «Für die Freiheit» des Nationalkomitees für Oberitalien). Dieser Aufruf wurde sofort in mehreren hundert Exemplaren als gedrucktes Flugblatt im DIN-A-5-Format verbreitet.<sup>35</sup> Mit leidenschaftlichen Worten wird darin zur Solidarität der deutschen und der österreichischen Antifaschisten mit den italienischen Freiheitskämpfern aufgerufen.

Zur gleichen Zeit, da der Aufruf in der Schweiz verbreitet wurde, kamen aus Oberitalien alarmierende Meldungen. In den an den Tessin grenzenden Bergen und Tälern, im Bereich um Domodossola, das an der Simplon-Eisenbahnlinie liegt, kämpften italienische Partisanen erbittert gegen deutsche Verbände. Den italienischen Patrioten war es gelungen, die von einheimischen Faschisten unterstützten Eindringlinge aus dem Ossolatal in Richtung Lago Maggiore zu verdrängen. Dort aber standen deutsche Eliteformationen, ausgerüstet mit Artillerie, die die Partisanen in die Berge zurückwarfen. Gefangene Partisanen wie auch Zivilpersonen wurden von deutschen Nazis und italienischen Faschisten grausam niedergemetzelt.

Die fortschrittliche schweizerische Bevölkerung erfasste grosse Erregung. Es kam zu Solidaritätskundgebungen. Vom Arbeitslager in Locarno, in dem auch Italiener und Deutsche waren, wurde sofort

praktische Hilfe geleistet. Rudi Bergtel, der zu dieser Zeit im Barackenlager Locarno interniert war, berichtet darüber: «Wir hatten im Lager italienische Genossen, die auch in Spanien gekämpft hatten. Als die italienischen Partisanen einen Teil der nahen Grenze hinter Ascona besetzt hatten, haben die italienischen Genossen Transporte mit Kleidern und Medikamenten organisiert, an denen sich auch die Genossen unserer deutschen Gruppe beteiligten. An einem Tage wurden etwa einhundert itälienische Partisanen, darunter der deutsche Genosse Paul Trebe, ehemaliger Leiter des Roten Frontkämpferbundes in Berlin-Wedding, in die Schweiz abgedrängt. Sie wurden in Locarno in einem provisorischen Lager untergebracht. Es war kalt, und wir haben die Menschen mit allem Möglichen versorgt. Ich habe den Lagerleiter gebeten: ‚Verschwinden Sie eine Weile aus dem Lager, ich habe die Absicht, unter unseren Leuten hier Sachen zu sammeln, überflüssige Sachen.‘ Das tat er auch, wir brachten die Sachen fort.»<sup>36</sup>

Auch die Frauen und Mädchen des Internierten-»Heimes« in Brissago beteiligten sich an der Solidaritätsaktion. Wie anlässlich der Ereignisse 1943 sammelten sie auch diesmal Kleidung und Lebensmittel, die von einheimischen Geländekundigen die Bergpfade hinauf zu den Partisanen gebracht wurden. An der Solidaritätsaktion nahmen ebenfalls Bürger von Locarno teil, so beispielsweise der Arzt Cerutti.

In jener Zeit übersandte die KPD-Leitung in der Schweiz an die Parteileitung der italienischen Kommunisten im noch faschistisch besetzten Gebiet Italiens einen Brief, in dem es heisst: «Uns begeistert Euer heldenhafter Kampf, den Ihr seit Jahren gegen den Faschismus führt. Ihr habt keine Opfer gescheut, Ihr habt die härtesten Strapazen auf Euch genommen. Ihr habt in den Bergen gehungert und gefroren, bei grimmiger Kälte habt Ihr ohne Kleidung, ohne Schuhe, ohne Obdach ausgeharrt. Euer Mut hat Euch nie verlassen. Ihr habt gekämpft und kämpft gegen die Mussolinifaschisten und gegen die Hitlerbanditen, gegen die Gestapo und gegen die Formationen der reaktionären faschistischen Bestialität, Verkommenheit und Barbarei. Euer Kampf in Oberitalien ist ein Kampf nicht nur um die Befreiung Eurer geliebten Heimat, Euer Kampf ist zugleich der Kampf für die Befreiung aller Geknechteten und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Wir deut-

schen Antifaschisten haben den gleichen Feind. . . Wir deutschen Kommunisten sehen unsere Hauptaufgabe darin, unsere besten Kräfte für den unmittelbaren Kampfeinsatz in den noch vom Faschismus beherrschten Gebieten zu mobilisieren. Unsere Losung heisst: Eingliedern in die Reihen der antifaschistischen Kämpfer in der Heimat!

Solange aber noch italienische Erde vom Stiefel des deutschen Faschismus getreten wird, betrachten wir es als unsere Aufgabe und Pflicht, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften, Euch, unseren italienischen Brüdern, zu helfen. Wir senden zu Euch einige erfahrene Genossen, die die Reihen der Partisanen verstärken... sollen. In der Anlage dieser Resolution erhaltet Ihr den Wortlaut unseres Beschlusses.

Saluto, italienische Brüder! Tod dem Faschismus! Es lebe das freie Italien! Es lebe ein freies Deutschland! Es lebe die proletarische Solidarität und die Gemeinschaft der freiheitlichen Völker!»<sup>37</sup>

In dem beigelegten Beschluss heisst es: «Gestützt auf das Kampfbündnis der Antifaschisten aller Länder und angesichts der Aufgaben der Stunde beschliesst die PLS (Parteileitung Süd – H.T.), 1. in Verbindung mit den italienischen Freunden in Norditalien eine militärische Formation der Bewegung des FD zu schaffen, 2. zu diesem Zwecke . . . zunächst drei Freunde zu delegieren.»<sup>38</sup>

Unter denen, die sich freiwillig für den Partisaneneinsatz in Oberitalien gemeldet hatten, wurden drei ehemalige Spanienkämpfer ausgewählt; es waren Eduard Schmidt (Claudius), Adolf Kühne (Albert) und Adolf Grohmann.

Bedauerlicherweise hat sich die Entsendung dieser Delegierten durch eine Reihe von Schwierigkeiten verzögert; die Beschaffung der Waffen und der Munition war sehr schwierig. Die drei konnten erst Mitte April 1945 auf italienisches Territorium gelangen. Und auch dann konnten sie nicht sofort in eine Partisaneneinheit eingegliedert werden, weil erst geprüft werden musste, ob sie nicht etwa eine Gruppe verkleideter SS-Leute waren; denn solche Gruppen gab es in grosser Anzahl. Immerhin blieben noch zwei Wochen, in denen sich die drei als Partisanen bewähren konnten. Sie beteiligten sich an der Verfolgung und Zerschlagung faschistischer Einheiten von den Grenzältern am Lago Maggiore bis nach Mailand.

Dort waren sie, als Mussolini sein verdientes Ende fand.

Mussolini, der in einer Wehrmachtshelferuniform in die Schweiz zu entkommen versucht hatte, und seine Mätresse Petacci waren am 27. April in Dongo von Partisanen erkannt und am 28. April 1945 mit einigen anderen Mitgefangenen auf Befehl des Komitees der Nationalen Befreiung erschossen worden. Am Abend des gleichen Tages wurden die Leichen nach Mailand auf die Piazza Loreto gebracht, wo kurz zuvor Faschisten eine Gruppe heldenhafter Partisanen ermordet hatte. Dort hängte das Volk an einer ausgebrannten Tankstelle die Leichen des Diktators, der Petacci und drei anderer Banditen mit den Beinen nach oben auf. Auch die drei deutschen Partisanen erlebten, wie dieser Akt der Gerechtigkeit vollzogen wurde.

Die drei Antifaschisten konnten sich in Italien noch durch Vernehmungen von gefangenen Wehrmichtsangehörigen nützlich machen. Der Krieg in Italien war aber vorüber, und so trafen sie bald wieder in der Schweiz ein. Sofort erfolgte ihr weiterer Einsatz in Süddeutschland.

### **Das Flugblatt «Das Gespenst des Absprungs geht um» und der kommunistische Erkundungsdienst**

Anfang 1945 erregte das in 2'000 Exemplaren verbreitete Flugblatt «Das Gespenst des Absprungs geht um» beachtliches Aufsehen. Die namentlich nicht mehr feststellbaren Verfasser waren einige Mitglieder der Landesleitung der Bewegung «Freies Deutschland» und einige der Bewegung angehörende Mitglieder der Deutschen Kolonie, das heisst alteingesessene deutsche Staatsbürger. Das Flugblatt versahen sie mit der Unterschrift «Mitglieder der Deutschen Kolonie».<sup>39</sup> Es wurde an alle Schweizer Zeitungen geschickt. Mit Ausnahme der grosskapitalistischen «Neuen Zürcher Zeitung» gaben alle Zeitungen, ebenso der Schweizer Rundfunk, das Flugblatt ganz oder teilweise wieder und widmeten ihm ausführliche Kommentare. Die britische Agentur Reuter verbreitete es, und der britische Rundfunk brachte Auszüge. Der «Christian Science Monitor» in Boston (USA) veröffentlichte einen Sonderbericht, und viele andere Organe der angelsächsischen Welt beachteten das Flugblatt, denn es beleuchtet grell die Krise in den deutschen diplomatischen, konsularischen und journalistischen Kreisen auf schweizerischem Gebiet.

Das Flugblatt enthält konkrete Angaben über «Abspringer», das heisst über Personen, die ihre faschistischen Dienststellen verliessen. Es handelte sich keineswegs um Leute, die Antifaschisten geworden waren, sondern um Nazis, die das Ende des Hitlerregimes kommen sahen und wohl zumeist aus Angst vor zu erwartenden Tribunalen der Sieger von Hitler absprangen. Den Reigen der «Abspringer» eröffnete im Frühherbst 1943 der faschistische Generalkonsul in Genf, Dr. Wolfgang Krauel. Der nächste, der Hitler im Stich liess, war der Journalist Dr. F.A. Kramer in Bern. Gerhard Graf, Kulturattaché des Generalkonsulats in Zürich, weigerte sich, einer Vorladung der Gestapo in Berlin Folge zu leisten. Ebenso verhielt sich Dr. Georg Trump, Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Bern. Das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 und die darauffolgende «Säuberung» von Wehrmacht und Staatsbehörden bewirkten weitere «Absprünge».

Das Flugblatt teilt mit, dass der Gehilfe des Luftfahrtattachés in Bern, Dr. Prinz Alois Auersperg, ebenso die Konsuln Gisevius und Wätjen ihre Ämter niederlegten. Dazu heisst es in dem Flugblatt: «Auersperg scheint seine Entscheidung in dem Augenblick getroffen zu haben, als er Ende Juli telegraphisch von seinem Berliner Vorgesetzten zu einer dringenden Besprechung gerufen wurde. Das Telegramm war, wie üblich, mit «General Hansen» unterzeichnet. Aber General Hansen hatte – das wusste Prinz Auersperg zu seinem Glück – zehn Tage vorher als Teilnehmer an der Wehrmachtsrevolte gegen den Führer den Tod gefunden! Auch die beiden genannten Konsuln, die zur sogenannten Abwehr gehörten, standen mit Kreisen in Deutschland in Verbindung, deren Ausrottung nach dem 20. Juli in grossem Stil durchgeführt wurde.»

Weiter informiert das Flugblatt darüber, dass Konsul Weber vom Generalkonsulat Zürich im November 1944 seine Stellung verliess, so auch Anfang Dezember 1944 Dr. Ernst Reibstein, der Berner Chefkorrespondent des Deutschen Nachrichtenbüros gewesen war.

Auf der deutschen Gesandtschaft in Bern schlug das Flugblatt wie eine Bombe ein. In mehreren Beratungen, die der Gesandte Minister Dr. Köcher führte, war das Flugblatt einziger Tagesordnungspunkt. In St. Gallen wurde «zwecks Durchführung propagandistischer Gegen-

massnahmen» eine Versammlung von Amtswaltern der NSDAP einberufen, dies bezeichnenderweise mit der Tagesordnung «Freies Deutschland», obwohl in dem Flugblatt die Bewegung «Freies Deutschland» nicht genannt worden war. In der Versammlung wurde der Stosseufzer laut: «Das ‚Freie Deutschland‘ ist mitten unter uns!»

Die Zeitschrift «Freies Deutschland» beschäftigte sich in einigen Artikeln mit dem Flugblatt. Darin wird dargelegt, dass die «Abspringer» nicht als Verbündete im antifaschistischen Kampf in Frage kämen, durch sie aber die Krise im faschistischen Regime zum Ausdruck komme, die von den Antifaschisten auszunutzen sei. Die Zeitschrift nennt den Angehörigen der Deutschen Kolonie dafür konkrete Möglichkeiten. So wird die Dienstpflichtverweigerung als ein wirkungsvolles Mittel bezeichnet. Wer dem Einberufungsbefehl ins Hitlerreich folge, opfere sich sinnlos. Als wichtiges Mittel wird auch die Verweigerung der Beitragszahlungen in nazistischen Organisationen genannt. Die Millionenbeträge, die jährlich eingetrieben würden, seien Devisen, die Hitler zur Kriegsverlängerung benötige.<sup>40</sup>

Ein massiver Einbruch in die Deutsche Kolonie ist aber trotz aller Bemühungen nicht gelungen. Die Alteingesessenen standen unter einem unerhörten Druck seitens der diplomatischen Vertretung des Hitlerstaates, die zum Beispiel jedem Wehrfähigen drohte, ihm die deutsche Staatsbürgerschaft zu entziehen, wenn er der Einberufung zum Dienst im Hitlerheer nicht Folge leistete, also zum Refraktär würde. Dieser terroristische Druck wurde von der eidgenössischen Fremdenpolizei massiv unterstützt. Sie forderte von jedem «niedergelassenen» Deutschen die Unterschrift unter folgendes Schriftstück:

#### **«Bescheinigung**

Der unterzeichnete. . . bescheinigt, von nachstehendem Kenntnis erhalten zu haben:

Die Schweiz hat heute weniger als je ein Interesse an der Anwesenheit von Ausländern, die ihrem Heimatstaat gegenüber nicht in jeder Beziehung in Ordnung sind und deshalb Gefahr laufen, Schriften- oder sogar staatenlos zu werden. Dies ist besonders schlimm bei Refraktären, da am Schluss des gegenwärtigen Krieges kaum mit Amnestie gerechnet werden kann.

Aber auch für die betreffenden Ausländer selber bedeutet die Schriftenlosigkeit unter Umständen die Zerstörung ihrer ganzen Zu-

kunft. Sie vermehren die Zahl der Unglücklichen, die von Land zu Land geschoben werden und nirgends mehr Fuss fassen können. Selbst wenn sie vorläufig in der Schweiz belassen werden, so werden sie die ersten sein, die arbeitslosen Schweizern oder niedergelassenen Ausländern den Arbeitsplatz räumen müssen. Früher oder später werden sie aller Voraussicht nach weitergeschickt werden müssen. Sie sollen sich daher gründlich überlegen, ob sie dem Aufgebot nicht Folge leisten wollen. Kein ausländischer Refraktär darf eine Erwerbstätigkeit ausüben, in der er durch einen Schweizer ersetzt werden kann. Ein Refraktär verliert jeden Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung und kann sofort zum Arbeitsdienst eingezogen werden.»<sup>41</sup>

«Die Nation» schrieb dazu folgenden treffenden Kommentar: «Mit diesem Schreiben hat die eidgenössische Fremdenpolizei den Armeen Hitlers und Mussolinis . . . einen schändlichen Zuhälterdienst geleistet. Mit diesem Trumpf in den Händen konnte die deutsche diplomatische Vertretung praktisch jeden Deutschen in der Schweiz zum Wehrdienst zwingen. ‚Da am Schluss des gegenwärtigen Krieges kaum mit Amnestie gerechnet werden kann‘, bedeutet nichts anderes als ein Bekenntnis zum deutschen Sieg, ausgesprochen von einer schweizerischen Amtsstelle.

Das Schreiben hat seinen Zweck erfüllt. Der Deutsche, der sich nicht organisieren lassen wollte, wurde einerseits von der Schweiz, anderseits von Deutschland in die Zange genommen. Die Konsulate drohten mit Entzug der Schriften, und die Schweizer drohten den also der Schriften Beraubten mit Entzug der Niederlassungsbewilligung und der Einweisung in ein Flüchtlingslager. Dieser doppelten Erpressung wagten nur noch wenige unabhängige Menschen zu trotzen. Die Familienväter brachten es meist nicht über sich, ihre Existenz der Gesinnung zu opfern, sie liessen sich in irgendeiner Weise einreihen, oder sie rückten sogar zur Wehrmacht ein.»<sup>42</sup>

Aus dieser Lage erklärt sich der geringe Erfolg der Bewegung «Freies Deutschland» innerhalb der Deutschen Kolonie. Dass eine Gruppe von eingesessenen deutschen Handwerkern für einige politische Emigranten die Verpflegung und die Ausrüstung übernahm und dass sich eine Versammlung deutscher Gewerkschafter in Zürich für das «Freie Deutschland» erklärte, waren zwar erfreuliche, aber eben nur kleine Erfolge.<sup>43</sup>

Auf einem Gebiet allerdings brachte die Arbeit mit «Niedergelassenen» etwa seit Anfang 1944 sehr nützliche Ergebnisse: Es handelte sich um die Erkundung der Vorgänge in den faschistischen Organisationen und in deutschen diplomatischen und konsularischen Kreisen. Dies machte die Herausgabe des Flugblattes «Das Gespenst des Absprungs geht um» überhaupt erst möglich, ebenso die Enthüllungen der Zeitschrift «Freies Deutschland» über die Naziumtriebe in der Schweiz.

Die Abwehr- und Erkundungstätigkeit war besonders erfahrenen Funktionären anvertraut. Was der kleine Stab, dem Geldmittel kaum zur Verfügung standen, leistete, war sehr beachtlich. Es gelang ihm, neben zuverlässigen Verbindungsleuten in der Deutschen Kolonie auch Informanten bei Schweizer Behörden zu finden, die ihre Beobachtungen und ihre Kenntnisse aus Geheimakten an die kommunistischen Gewährsmänner Weitergaben.

So war es möglich, Einblicke in das weitverzweigte Netz vielgliedriger Spionage- und sonstiger Naziorganisationen zu erhalten. Es kamen Vorgänge und Machenschaften der NSDAP- Organisation, des Nachrichtendienstes (ND) der Wehrmacht, also des von Admiral Canaris geleiteten Spionagedienstes, und des von Himmler geleiteten Sicherheitsdienstes (SD) zur Kenntnis. Viele faschistische Spione und genaue Einzelheiten über ihre Tätigkeit wurden der Leitung der KPD-Organisation bekannt. Hier nur einige Namen von Verbrechern grossen Formats: Admiral Canaris, SS-Gruppenführer Walter Schellenberg, Krug von Nidda, Hans Eggen, Sonnenhol, Hans Meisner (der ab 1957 viele Jahre lang den Geheimdienstnachwuchs in der BRD ausbildete), Pescatore und Daufeld. Die Zahl der ermittelten nazistischen Agenten verschiedenster Bereiche war sehr hoch. Durch die Erkundungstätigkeit gelang es, vollständige Listen der NSDAP-Gemeinschaftsleiter, der Mitglieder der NSDAP- Landesgruppe, der Gäste des Deutschen Kriegerkurhauses in Davos usw. in den Besitz der KPD-Organisation zu bringen. Eine Liste enthielt die Namen von 26 Schweizern, die im Dienst der nazistischen Spionage standen.

Die Richtigkeit vieler Erkundungsmaterialien wurde später in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und in vielfacher Weise auch durch die nach Kriegsschluss in der Sowjetunion von Hitlers Spiona-

gegneren Piekenbrock, von Bentivegni und Stolz angefertigten Protokolle, ebenso durch spätere Aktenfunde, voll bestätigt.

Die Zeitschrift «Freies Deutschland» stellte oftmals die faschistischen Dschungelpolitiker an den Pranger. Dank der Erkundungstätigkeit konnte sich die Bewegung «Freies Deutschland» gegen feindliche Elemente abschirmen.

## **Kommunisten und Christen**

### **Seite an Seite im antifaschistischen Kampf**

Die KPD hat in ihrem Bemühen um die Sammlung aller Hitlergegner immerfort auch den christlichen Menschen grosse Bedeutung beigegeben. Die Stellung der Kommunisten zu den Christen ist unter anderem in den Dokumenten der Brüsseler und der Berner Konferenz der KPD deutlich dargelegt.<sup>44</sup>

Die KPD-Organisation in der Schweiz hat sich dieser prinzipiellen Linie gemäss betätigt, ebenso die Bewegung «Freies Deutschland». In ihren Publikationen wurden die gemeinsamen Interessen der Konfessionellen und der Konfessionslosen vielfach behandelt<sup>45</sup>

Die Zeitschrift «Freies Deutschland» gab zum Beispiel Predigten wieder, die der Moskauer Sender des NKFD ausgestrahlt hatte. In der Ausgabe vom Oktober/November 1944 veröffentlichte sie das Bekenntnis eines deutschen Protestanten zur Bewegung «Freies Deutschland». Der schweizerischen Reaktion missfiel das sehr; die grosskapitalistischen «Neuen Zürcher Nachrichten» vom 8. Dezember 1944 brachten einen gehässigen Gegenartikel, in dem sie sich über den Protestanten wundern, «der sich aufs engste mit einem Komitee verbunden hat, das von Exzellenzen, Generalen und Junkern geführt wird»<sup>46</sup>.

Die 37seitige Ausgabe der «Süddeutschen Volksstimme» vom April 1945 war gänzlich der kirchlichen und religiösen Frage gewidmet. Mit theoretischer Tiefgründigkeit und anhand zahlreicher Fakten, besonders über den faschistischen Terror gegen aufrechte Christen, begründete die Zeitschrift die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Marxisten und Christen.

Die deutsche kommunistische Emigration fand in der Schweiz treue christliche Mitstreiter in der Bewegung «Freies Deutschland». Der bedeutendste Verbündete war der Schweizer Theologe Professor Dr. Karl Barth. Es ist schon mehrfach vermerkt worden, dass der mili-

tante Antifaschist Karl Barth von Anfang an energisch für die Interessen der Emigranten eintrat und besonders für jene, die sich nicht still verhielten, sondern vom schweizerischen Boden den Kampf gegen das Naziregime führten. Die Berner Behörden begeisterten und verleumdeten Karl Barth und verboten manche seiner Schriften, Reden und Predigten. «Man sah mich», sagte Karl Barth, «unter den eifrigen Pflegern und Promotoren des nationalen Widerstandes, ich wurde Objekt der Zensur und sonstiger Schikanen unserer neutralitätsbedachten Behörden, persona ingrata in Bern.»<sup>47</sup>

Hier ist der Platz, sich Karl Barth ausführlicher zuzuwenden. Karl Barth, 1886 in Basel geboren, war zehn Jahre lang Pfarrer in dem aargauischen Städtchen Safenwil; er wurde dann Professor und einer der bedeutendsten theologischen Gelehrten. Er lehrte an mehreren deutschen Universitäten, zuletzt an der evangelisch-theologischen Fakultät in Bonn. 1934 verweigerte er den abgeforderten Eid auf Hitler und demonstrierte damit als erster Theologe die Unvereinbarkeit des Christentums mit dem Faschismus. Karl Barth wurde mit Pastor Martin Niemöller zum Begründer der Bekennenden Kirche, das heisst der antifaschistischen Opposition innerhalb der evangelischen Kirche. Im Mai 1934 legte Karl Barth auf der Bekenntnissynode in Barmen die theoretischen, entschieden antifaschistischen Grundsätze der Bekennenden Kirche dar, was ihm den weltweiten Ruf eines «Vaters der Bekennenden Kirche» einbrachte.

Karl Barth, Martin Niemöller und ihre Anhänger wurden Zielscheiben der Nazis, unter anderen auch Eugen Gerstenmaiers, der damals im Kirchlichen Aussenamt als Nazipropagandist wirkte.<sup>48</sup> Karl Barth wurde 1935 aus Deutschland verjagt und Martin Niemöller von 1937 bis 1945 eingekerkert. Seit 1935 wirkte Karl Barth an der Universität in seiner Heimatstadt Basel.

Mit der Familie Barth kam auch Charlotte von Kirschbaum nach Basel. Charlotte von Kirschbaum spielte eine hervorragende Rolle in der Bewegung «Freies Deutschland». 1899 in Ingolstadt geboren, lernte sie 1925 die Familie Barth in Göttingen kennen. 1930 wurde die einstige Fürsorgerin und Krankenpflegerin Mitarbeiterin Barths in Münster und gehörte seitdem zur Familie Barth. Sie war Autorin etlicher theologischer Schriften. Da sie die deutsche Staatsbürger-

schaft behalten hatte, vertrat sie in der Führung der Bewegung «Freies Deutschland» – stellvertretend für den Schweizer Bürger Barth – die Bekennende Kirche.

Zur Würdigung der Persönlichkeit Karl Barths als eines konsequenten Kämpfers gegen den Faschismus seien aus der Vielzahl seiner Schriften, Predigten und Briefe einige kennzeichnende Stellen vermerkt.

Als im September 1938 die sudetendeutschen Henleinfaschisten putschten, um einen Vorwand für den Einmarsch der Hitlerarmee in die Tschechoslowakei zu schaffen, schrieb Karl Barth am 19. September 1938 an den Prager evangelischen Professor Hromadka, dass Prag gegen den Strom der Brutalität, der vom hitlerischen Deutschland ausgeht, festbleiben möge. Zehn Tage vor dem schändlichen Abkommen Hitlers, Mussolinis, Daladiers und Chamberlains in München erklärte Karl Barth, dass die Tschechoslowakei bewaffneten Widerstand gegen eine Hitlerinvasion leisten müsse. Sorgenvoll schrieb Karl Barth über die drohende Gefahr und fügte hinzu: «Dennoch wage ich zu hoffen, dass die Söhne der alten Hussiten . . . zeigen werden, dass es auch heute noch Männer gibt. Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns . . . tun.»<sup>49</sup>

In seinem Vortrag am 5. Dezember 1938 in Zürich-Wipkingen zum Thema «Die Kirche und die politische Frage von heute» sagte Karl Barth: «Es kann im Jahre 1938 nicht mehr verborgen sein, dass der deutsche Nationalsozialismus faktisch nach *ganz* Europa und sogar über Europa hinausgreift: mit seiner Propaganda, mit seiner bis jetzt noch in jedem Fall hundertprozentig wirksamen Aussenpolitik der Gewaltdrohung, aber in Spanien immerhin schon mit ganzen scharf schießenden Bombengeschwadern...»<sup>50</sup> Aus solchen Feststellungen schlussfolgerte Barth, dass die politische Frage der Zeit der unnachsichtige Kampf gegen den Faschismus sei, in dem sich die Christen bewähren müssten. Weiter sagte er: «Ich verstehe zum Beispiel durchaus nicht, wie man sich . . . heute noch ernstlich mit dem Kommunismus und seiner Bekämpfung als mit *der* politischen Frage beschäftigen mag.»<sup>51</sup>

In seinem Vortrag «Des Christen Wehr und Waffen», den Karl Barth in den ersten Monaten des Jahres 1940 vor Gemeinden des Kantons Bern hielt, legte er abermals das verbrecherische Wesen des Hitlerfaschismus und seine Gefahr für die Menschheit dar und be-

kannte: «Zu diesem Krieg (gegen den Hitlerfaschismus – *H.T.*) muss leider im vollen Bewusstsein um die Schrecklichkeit jedes Krieges ja gesagt werden. Dieser Krieg gleicht dem, was die Feuerwehr mit Bedacht, aber auch mit Energie zu unternehmen versucht, um ein brennendes Haus zu löschen, damit nicht die ganze Strasse in Brand gerate...»<sup>52</sup>

Zur Frage des antifaschistischen Krieges äusserte sich Karl Barth auch in einem Brief an die «christlichen Brüder in Grossbritannien», der von der Schweizer Zensur am 31. Juli 1941 verboten wurde: «Wir haben . . . ernsten Grund, zu bekennen, dass dieser Krieg geführt und zwar recht geführt, mit Entschlossenheit und Nachdruck geführt werden muss, ernsten Grund, dies auch mit unserem eigenen Einsatz und unserer eigenen Tat zu bekennen. Wir hoffen auf ein baldiges Ende auch dieses Krieges, aber nur auf ein solches Ende, mit welchem das Ziel... erreicht sein wird: nicht auf einen Kompromiss also, sondern auf eine Entscheidung in der Frage, um derentwillen es zu diesem Krieg gekommen ist.»<sup>53</sup>

Karl Barth verurteilte in dem Brief wie in vielen anderen Äusserungen die schmachvolle Politik der Westmächte, die zum Münchener Abkommen geführt hatte, und schrieb: «Mit welcher Gleichgültigkeit, mit welchem blossen Zuschauerinteresse, ja teilweise mit welcher geheimen Sympathie hat man in allen Ländern zugesehen, wie dieses Chaos in Deutschland selbst immer grösser und mächtiger wurde und wie es dann über Deutschlands Grenzen hinauszutreten begann! Wie haben die Massen gejubelt und wie haben die Kirchenglocken zum Dankgottesdienst geläutet, als Mr. Chamberlain und Mr. Daladier von München zurückkehrten: als ob dort das grösste Heil Ereignis geworden wäre! Wie hat man die wenigen Warner überhört und verdächtigt, die in jenen Jahren ihre Stimme erhoben haben!»<sup>54</sup>

Bemerkenswert ist ein Brief Karl Barths, geschrieben im Oktober 1942 an einen amerikanischen Kirchenmann. Darin wird die Erwartung ausgesprochen, dass Amerika den Weg, den es gegen den deutschen Imperialismus angetreten habe, «zu Ende gehen und also ganze Arbeit tun muss». Wenn aber Amerika seiner weltpolitischen Aufgabe nicht treu bleiben und selbst imperialistische Ziele verfolgen sollte, «dann würde man wohl die Kirchen und Völker in ähnlicher

Weise gegen Amerika aufrufen müssen, wie man sie heute gegen Hitler aufrufen muss. Zweifeln Sie nicht, dass ich dann auch nicht schweigen würde!»<sup>55</sup>

Karl Barth nahm jede Möglichkeit wahr, zum aktiven antifaschistischen Widerstand aufzurufen. So antwortete er in einem Schriftstück, das er im Juli 1942 an seine Freunde in die faschistisch besetzten Niederlande gelangen liess, auf die Frage, ob erlaubt sei, dass Christen illegale Organisationen zur Wiederherstellung des Rechtszustandes in den Niederlanden unterstützten: «Nicht nur erlaubt, sondern *geboten!*» Und er fügte hinzu, das Illegale sei zur Zeit in den Niederlanden das einzig Legale. «Der deutsche Nationalsozialismus, der über euch gekommen ist,... verdient Widerstand und nichts als Widerstand, bis seine Macht gänzlich gebrochen ist.»<sup>56</sup>

Aus solcher Haltung versteht es sich von selbst, dass Karl Barth in seiner Schweizer Heimat den kämpfenden antifaschistischen Emigranten ein bedeutsamer Verbündeter war. Die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz unterhielt zunächst durch Bruno Goldhammer und Dr. Heinz Mode, die beide auch Funktionäre der Bewegung «Freies Deutschland» waren, engen Kontakt mit Karl Barth. Danach waren auch Bruno Fuhrmann, Paul Meuter, Wolfgang Langhoff und ich Gäste im Hause Barths, wo wir auch mit anderen christlichen Vertretern zusammenkamen, so mit dem emigrierten Theologieprofessor Fritz Lieb, der im Dezember 1936 den in Paris vom Ausschuss zur Vorbereitung der deutschen Volksfront erlassenen «Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit und Brot!» mit unterschrieben hatte. Lieb gab seit Oktober 1938 in Basel die «Schweizer Zeitung am Sonntag» heraus, die wegen ihrer antinazistischen Haltung von den Schweizer Behörden im Juli 1939 verboten wurde.

Die beiderseitigen Beziehungen zwischen Marxisten und Christen waren von allem Anfang an freundlich, ja herzlich. Karl Barth schrieb: «Ja, ja, auch mit wirklichen, richtigen Kommunisten kann man gut zusammenarbeiten. Wie die Leute dazu kamen, nach der BK (Bekennenden Kirche – *H.T.*) zu fragen? Sehr einfach, weil sie in deutschen Konzentrationslagern mit Pfarrern und anderen Christen zusammen gewesen waren und von daher den Eindruck hatten, dass im neuen, freien Deutschland die Kirche, sofern sie so aussehe wie die BK, auch an ihrem Ort sein müsse. Des Wagnischarakters der Sa-

che sind wir uns wohl bewusst. Wir sehen aber vor allem die beteiligten Menschen und finden sie soviel sachlicher, einfacher, hingebener, sauberer als manche Christen. Als sie uns die Hand hinstreckten, hatte ich es nicht für erlaubt gehalten, nein zu sagen.»<sup>57</sup>

Charlotte von Kirschbaum, die an den Gesprächen in Karl Barths Bibliothek stets beteiligt war, schrieb: «Ich persönlich muss sagen, dass mich diese Menschen (die Kommunisten – H.T.) in ihrer Menschlichkeit beschämt haben und dass es mir wie ein Aufatmen war, so freien deutschen Menschen begegnen zu dürfen, frei nun einmal im Sinne von Vorurteilslosigkeit und Anspruchslosigkeit...»<sup>58</sup>

In einem Brief Karl Barths an einen seiner ehemaligen deutschen Studenten, geschrieben am 11. Juni 1945, ist zu lesen: «Noch müssen Sie wissen, dass St. Albanring 178 (das Basler Wohnhaus Karl Barths – H.T.) so etwas wie ein Nebenzentrum der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ geworden ist, in dem L. von Kirschbaum mit W. Langhoff (dem Verfasser der ‚Moorsoldaten‘) . . . zusammen im Präsidium dieser Sache ist; mit der Wirkung, dass nun auch echte Moskowiter gelegentlich in diesem sonst so exklusiv mit Theologie erfüllten Studierzimmer Einkehr halten!»<sup>59</sup>

Bei dem letzten Satz dieses Briefes hat Karl Barth gewiss auch an die Beratung gedacht, die am 10. Februar 1945, zehn Tage nach der ersten Konferenz der Bewegung «Freies Deutschland», in seinem Studierzimmer stattfand. An der Beratung nahmen von kirchlicher Seite teil: Prof. Karl Barth, Dr. Arnold, Otto Salomon, Dr. Würzburger, Charlotte von Kirschbaum; folgende kommunistische Funktionäre waren zugegen: Bruno Fuhrmann, Bruno Goldhammer, Wolfgang Langhoff, Dr. Heinz Mode, Hans Teubner. Über diese Begegnung wurde ein Protokoll angefertigt. Die Bewegung «Freies Deutschland» befand sich auf dem Wege zur Legalität, also wurde das Protokoll mit Angabe von Namen gedruckt und zum Preis von zehn Rappen in die Öffentlichkeit gebracht.<sup>60</sup>

Das Protokoll ist ein bedeutsames Dokument, denn es zeigt, wie Marxisten und Christen einander ganz offen ihre Meinungen darlegten und dass gerade deshalb das Resultat keine andere Erkenntnis sein konnte, als dass man sich im Kampf gegen den Faschismus, für ein demokratisches Deutschland gemeinsam bewähren musste. In der vielstündigen offenerzigen Aussprache wiederholte Karl Barth die

von ihm schon immer vertretene Meinung, dass dem faschistischen Regime des Terrors, des Betruges, der Menschenverachtung, des Ungeistes und der nationalen Schande mit der antifaschistischen Tat begegnet werden müsse und alle Hitlergegner gemeinsam handeln müssten. Einem der theologischen Gesprächsteilnehmer, Dr. Würzburger, der Bedenken darüber äusserte, ob nach einer gemeinsamen Überwindung der Hitlerdiktatur die Kommunisten die Christen nicht bekämpfen würden, antwortete Karl Barth, dass er sich nicht denken könne, warum ein Kampf zwischen Kommunisten und Christen entbrennen sollte, nachdem sie sich im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus bewährt hätten. Bei der Überwindung der materiellen und geistigen Erbschaft der Hitlerherrschaft werde jeder gebraucht; es komme darauf an, gemeinsam ein friedliches, demokratisches, humanistisches Deutschland aufzubauen. Die politische Arbeit bestehe nicht darin, dass man sich gegenseitig fürchte.

Das Protokoll über diese Beratung schliesst mit den Worten Karl Barths: «Das ‚Freie Deutschland‘ ist das freie Deutschland. Als Deutscher. . . kann ich nichts Besseres tun, als dazugehen und mich anzuschliessen. Vom protestantischen Glauben ist die Möglichkeit und die Notwendigkeit da, diesen Entschluss zu fassen und allen Ernstes mitzutun, das heisst, allen Ernstes die Verantwortung mit zu übernehmen.»<sup>61</sup>

Karl Barth, der sich zum mutigen antifaschistischen Kampf aus politischen, religiösen, humanistischen und kulturellen Gründen berufen fand und andere ständig zu diesem Kampf aufforderte, hatte ein gutes Verhältnis zu den Kommunisten und anderen Atheisten in der Bewegung «Freies Deutschland», weil er in ihnen zuverlässige Kämpfer sah, die nach der militärischen Niederwerfung des «imperialistisch-militaristischen Teufels» durch die Alliierten dem deutschen Volk tatkräftig helfen würden, den Faschismus so gründlich auszurotten, dass er nie mehr zurückkehren könnte. Karl Barth schrieb für die Zeitschrift «Freies Deutschland», nahm an Veranstaltungen der Bewegung teil, auch wenn sie nicht in seinem Wohnort Basel, sondern in Zürich stattfanden. Dass er auch Anlaufstellen für kommunistische Kuriere bei Pfarrern im süddeutschen Grenzgebiet vermittelte, ist schon vermerkt worden. Er warb leidenschaftlich in Briefen, die er illegal an Christen in alle Himmelsrichtungen sandte, für die breite

antifaschistische Volksfront, wenngleich er diesen Ausdruck nicht direkt gebrauchte, sondern umschrieb. Ein zehn Druckseiten umfassender Brief an einen Protestanten – offenbar Mitte Februar 1945 geschrieben – endete mit folgendem dringendem Appell:

«Und nun möchte ich diese meine überlang gewordene Antwort auf Ihren langen Brief mit einem praktischen Vorschlag schliessen. Ist Ihnen bekannt, dass es in der Schweiz eine von deutschen Menschen aller Parteien und Richtungen getragene Bewegung ‚Freies Deutschland‘ gibt, die sich den Zusammenschluss und die Verständigung aller für eine aufbauende Politik in der armen Heimat der Nachkriegszeit aufgeschlossenen Deutschen in der Schweiz zum Ziel gesetzt hat? Ich sage Ihnen, was ich zu allen von Ihnen mir erreichbaren Landsleuten sage: Sie sollten, statt sich unter irgendeine Trauerweide zu setzen, dieser Sache sich anschliessen, sie zur ihren machen, sie stark machen helfen. Jeder freie Deutsche – und nach den in Ihrem Brief ausgesprochenen Gesinnungen betrachte ich Sie als einen solchen – sollte das tun. Fürchten Sie sich nicht, wenn Sie dort auch ein paar Kommunisten begegnen! Sie werden im künftigen Deutschland auch mit Kommunisten leben müssen. Tun Sie das in aller Freiheit schon jetzt! Die Adresse heisst: Bewegung ‚Freies Deutschland‘, Postfach Fraumünster, Zürich. Entschuldigen Sie, dass ich Sie so bedränge. Aber ich kann als Schweizer fast nicht zusehen, wie viele Deutsche sich über ihr Vaterland zwar Gedanken über Gedanken machen, den praktischen Schritt aber, der sie schon heute und hier zum Handanlegen führen könnte, vermeiden oder ich weiss nicht auf wann verschieben; als ob alles noch dringlicher werden könnte, als es heute wahrhaft geworden ist!»<sup>62</sup>

Durch das mutige und aktive Verhalten Karl Barths, seiner Mitarbeiterin Charlotte von Kirschbaum und anderer Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche gelangten viele Schweizer Christen, die anfänglich durch die reaktionären Massenmedien manipuliert worden waren, zu richtigen Erkenntnissen, so dass sie die Bewegung «Freies Deutschland» nicht nur schlechthin anerkannten, sondern sie auch moralisch in aller Öffentlichkeit vertraten und materiell unterstützen.

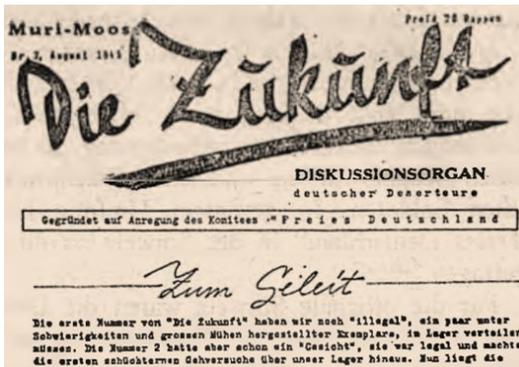
## Die Arbeit unter den Militärinternierten und Deserteuren

Durch die Befreiung Frankreichs und Oberitaliens von den faschistischen Okkupationsarmeen gelangten Tausende von flüchtenden deutschen Armeeangehörigen auf schweizerisches Territorium. Sie wurden interniert; die grössten Lager waren Muri-Moos, Muri-Dorf, Senneberg, Hochdorf und Angstholz. Damit entstanden für die KPD-Organisation und für die Bewegung «Freies Deutschland» neue Aufgaben, mit denen bewährte Funktionäre betraut wurden: An der Spitze stand Walter Fisch, den, als auch er nach Süddeutschland ging, Michael Tschesno-Hell ablöste. Zu den weiteren Mitarbeitern auf diesem Sektor gehörten Bernhard Kuderer und der Katholik Erich Bogen.

Die Herstellung der Kontakte mit dieser Kategorie von Internierten war nicht leicht; einige erste Verbindungen waren dadurch zustande gekommen, dass eine Gruppe des Zürcher Schauspielhauses durch Theatervorführungen in diese Lager gelangte. Die Aufgaben unter den Militärinternierten waren ausserordentlich kompliziert; denn die meisten Wehrmatsangehörigen standen unter faschistischem Einfluss, und die Deserteure, die die Hitlerfahne im Stich gelassen hatten, vertraten sehr wirre politische Anschauungen.

Zwischen Vertretern der Hitlerwehrmacht und der Westmächte war durch Vermittlung des Bundesrates vereinbart worden, dass die deutschen Militärinternierten in der Schweiz während der zweiten Februarhälfte 1945 nach Deutschland entlassen würden. Das war ein heimtückisches Abkommen gegen die Sowjetunion, denn die Überführung nach Deutschland konnte doch nur bedeuten, Heereskontingente zum Einsatz gegen die Sowjetarmee freizusetzen. Die Schweizer Regierung gestattete um die gleiche Zeit Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Ägypten und deutscher Wehrmatsangehöriger aus Italien durch das «neutrale» Alpenland, damit sie an die Front gegen die Sowjetunion geworfen werden konnten.

Formell hatten die deutschen Militärinternierten in der Schweiz das Recht auf freie Entscheidung, ob sie zum Wiedereinsatz an der Front nach Deutschland zurückkehren oder bis Kriegsende in der Schweiz



bleiben wollten, in der Tat aber konnte von einer freien Entscheidung keine Rede sein. Alle Posten in den Lagern hatten Nazielemente inne. Die Organisation der «Abstimmung» lag also in den Händen von Nazifunktionären. Sie wandten alle Mittel der Drohung und der Einschüchterung an, um diejenigen, die sich nicht mehr am Hitlerkrieg beteiligen wollten, zur Fahrt nach Deutschland zu zwingen, so unter anderem Ankündigung von Repressalien gegen Familienangehörige in der Heimat und Tötlichkeiten in den Lagern. Nachts kam es zu Überfällen auf Rückkehrverweigerer; die Bedrohten hatten gefährvolle Wochen zu überstehen.

Die Anhänger der Bewegung «Freies Deutschland» verteilten in dieser Situation Flugblätter in den Lagern. In einem Flugblatt heisst es beispielsweise: «Kameraden, eine Entscheidung wird von euch gefordert: Ihr sollt wählen, ob ihr sofort nach Deutschland zurückgehen oder bis zum baldigen Kriegsende in der Schweiz verbleiben wollt. Die Nazis wollen euch mit Drohungen einschüchtern. Sie tun so, als ob sie noch die Macht hätten, Rache an euren Familien oder an euch selbst zu nehmen . . . Kameraden, lasst euch nicht irreführen. Behaltet klaren Kopf. Der Krieg Hitlers und Himmlers ist nicht unser Krieg. Hitlers ‚Ehre‘ ist nicht des deutschen Volkes Ehre. Das deutsche Volk will Frieden. Niemand darf sich dazu hergeben, Hitler zur Fortführung seines Verbrechens Beistand zu leisten.»<sup>63</sup>

Die Stimmabgabe bei den «Wahlen» war offen. So führte der nazistische Terror dazu, dass die Mehrheit, das heisst einige tausend Internierte, die Fahrt zur deutsch-sowjetischen Front antrat. Für viele von ihnen war es gewiss die Fahrt ins sinnlose Sterben. Etwa 600

Wehrmachtsinternierte blieben zurück. Diese Tatsache kommentierte das «Freie Deutschland» mit folgenden Worten: «Wenn etwa sechshundert deutsche Soldaten fest blieben und trotz ungenügender Information und trotz aller Drohungen die Rückreise verweigerten, so ist dies ein beachtliches Zeugnis für die wachsende Erkenntnis unter den deutschen Soldaten. In gewissem Umfang hat die Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz zu diesem Resultat beigetragen.»<sup>64</sup>

Für die offizielle Schweiz waren die Deserteure Verräter, Fahnenflüchtige. Dass die Deserteure aus der Hitlerfront ausgebrochen waren, wurde ihnen von den eidgenössischen Behörden verübelt. Das liess man die Deserteure auch spüren: Die Behandlung war skandalös; diejenigen, für die es keine Arbeit gab – in Muri-Dorf waren das fast alle –, bekamen auch keinen Sold.

Die Deserteure wurden als Militärpersonen behandelt, obwohl sie keine mehr waren. Es war richtig, was ein Deserteur aus Muri-Moos an die Zeitschrift «Über die Grenzen» schrieb: «Die deutschen Deserteure sind keine Soldaten mehr, denn sie haben . . . erklärt, dass sie nicht mehr kämpfen wollen und sich als Zivilisten betrachtet wissen möchten. Deshalb wünschen sie volle Gleichheit in der Behandlung, ohne Unterschied des früheren Dienstgrades, den sie sowieso verloren hätten, wenn die Desertierung nicht mit dem Erreichen der Schweiz geendet hätte. Sie wünschen deshalb die Einordnung nach zivilen und nicht nach militärischen Gesichtspunkten.»<sup>65</sup>

Das war geschrieben vor der Flüchtlingskonferenz in Montreux. Auf der Konferenz haben die Delegierten der Bewegung «Freies Deutschland» und andere Flüchtlingsvertreter die Forderung nach Gleichstellung der Deserteure mit den anderen Flüchtlingen energisch vertreten. Die dazu angenommene Resolution, für deren Verwirklichung Oberst Probst als Vertreter der Schweizer Armee Zusagen machte, lautete: «Die überwiegende Mehrheit würde es begrüßen, wenn denjenigen deutschen und österreichischen Militärinternierten, die als einwandfrei überprüfte demokratisch eingestellte Gesinnungsflüchtlinge gelten können, ein Internierungsregime gewährt würde, das sie materiell und moralisch den Zivilinternierten gleichstellt.»<sup>66</sup> Die Erfüllung dieser Entschliessung durch die Bundesbehör-

den und die Armeeführung ging jedoch nur sehr langsam vor sich und zog sich bis zum Ende des Krieges hin.

Die Beauftragten der KPD-Organisation und der Bewegung «Freies Deutschland» leisteten unter den Deserteuren anstrengende Arbeit, denn das ideologische Gift der jahrelangen nazistischen Verhetzung zeigte sich hier in vielfältigster Weise. Die besten Kräfte wurden in Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» zusammengeschlossen. Sie erhielten Lesestoff und bereiteten sich auf den Tag vor, an dem sie die Heimat brauchte. Dabei gab es aber manche Schwierigkeiten. Darüber ist in der Zeitschrift «Freies Deutschland» unter anderem zu lesen:

«Insbesondere die Jüngeren . . . finden den Weg zu einer klaren Perspektive nicht immer leicht. Romantische Vorstellungen, die durch die Begriffswelt der Nazierziehung gefördert wurden, schleichen sich ein. Der Wunsch zur Aktivität um jeden Preis, die Ungeduld über das Zum-Nichtstun-Verurteiltsein, die Vorstellung, dass irgendeine Tat, gleichviel welche, immer noch besser sei als Nur-Diskutieren und Nur-Planen, alles dies führt zu gelegentlichen Entgleisungen und ernstern Fehlern. In Muri hat es kürzlich eine solche Entgleisung gegeben. Eine Gruppe junger Aktivisten, vom besten Willen geleitet, aber unbedacht in der Wahl der Mittel, glaubte, den Kameraden einen baldigen ‚Einsatz‘ im militärischen Kampf gegen Hitler in Aussicht stellen zu können. Sie verfertigten Mitgliedskarten mit Stempel und Foto, die sie glaubten, in Deutschland als Partisanenausweise verwenden zu können. Die Gruppe des ‚Freien Deutschland‘ im Lager Muri hat gegen diese eigenmächtige Handlung einer Anzahl von Kameraden Stellung genommen und den Fehler korrigiert. Die Karten und Stempel wurden eingezogen und vernichtet. Die ‚Gruppe‘ in der Gruppe hat sich aufgelöst. Dies war nicht die Folge eines ‚Befehls‘, sondern das Resultat einer kameradschaftlichen Aussprache . . .»<sup>67</sup>

Es gab Schwierigkeiten auch deshalb, weil sich infolge ungenügender Erfahrung der gutwilligen Kader in die Gruppen der Bewegung «Freies Deutschland» im Desertiertenlager fragwürdige Elemente eingeschlichen hatten. Das machte eine mühsame, zeitaufwendige Überprüfung jedes einzelnen Mitgliedes notwendig.<sup>68</sup> Einige Leute mussten als Mitglieder der Bewegung gestrichen werden. Aber auch unter ihnen wurde die ideologische Arbeit fortgesetzt. Die

Leitung der KPD-Organisation gab – wie auf der zweiten illegalen Konferenz am 24./25. März 1945 stark unterstrichen worden war – die Orientierung, dass um jeden Menschen, der kein Kriegsverbrecher sei, gerungen werden müsse. Solche Menschen wie im Lager Muri-Moos gebe es in der deutschen Heimat zu Millionen. Diese Menschen aber seien es, die für das neue, demokratische Deutschland gewonnen und zu aktiven Mitarbeitern beim Aufbau erzogen werden müssten.

### **Die Burgfriedenspolitik der rechten SPS-Führer und die rechten SPD-Emigranten**

Um zu verstehen, unter welchen Bedingungen die Kämpfer für ein wahrhaft demokratisches Deutschland auf schweizerischem Boden zu arbeiten hatten, müssen auch die Vorgänge innerhalb der schweizerischen Arbeiterbewegung während der letzten Phase des Krieges zumindest erwähnt werden. Die illegale Zeitung der Schweizer Kommunisten, «Die Neue Welt», schrieb im Oktober 1944: «Je mehr die kriegerischen Ereignisse und die politische Weltentwicklung es offenbar werden lassen, dass die Tage des Faschismus gezählt sind, desto klarer erkennt man, dass die Schweiz eines der reaktionärsten Länder der demokratischen Welt, wenn nicht das reaktionärste überhaupt ist.»<sup>69</sup>

Diese Tatsache war den rechten Führern der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz kein Anlass, ihre bisherige Burgfriedenspolitik mit dem Finanzkapital und dem Besitzbürgertum aufzugeben und in Einheit mit den illegal kämpfenden Kommunisten die Klassenposition der Arbeiter zu beziehen. Im Gegenteil, die Grimm, Oprecht, Bringolf, Meierhans usw. unterstützten die arbeiterfeindliche Politik der herrschenden Klasse wie ehedem. Sie warben weiter um deren Gunst und waren stolz darauf, dass am 15. Dezember 1943 Ernst Nobs Bundesrat wurde. Erstmals in der Geschichte der Schweiz war ein Sozialdemokrat Regierungsmitglied, und Ernst Nobs hat sich in die reaktionäre Regierung völlig integriert. Es stimmte, wenn «Die Neue Welt» schrieb: «Jetzt, im Zeichen des siegreichen Befreiungskampfes der Völker, der politischen und sozialen Umwälzung, hüllen sich die Mandatare des Finanzkapitals in Schweigen und lassen für sich und ihre Auftraggeber den sozialdemokratischen Bundesrat sprechen.»<sup>70</sup>

# Unser Weg

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Bern.

No. 1

Ende April.

Wer schweigt schadet der Heimat.

Zum Geleit.

Ein Aufruf, den man in letzter Zeit in öffentlichen Lokalen und an Plakatsäulen oft antrifft, ruft uns zu: "Wer nicht schweigen kann, schadet der Heimat". Soweit damit militärische Dinge gemeint sind, können wir uns ohne weiteres damit einverstanden erklären.

## Neue Berner Tagwacht

Nr. 4 Mitte Juli Kampfblatt der bernischen Arbeiterschaft Erscheint monatlich 2 mal ohne Preiskontrolle Preis 20 Rappen

### Die Einheitsfront

Die Schwäche der schweizerischen Arbeiterbewegung beruht zu einem großen Teil in ihrer organisatorischen Zersplitterung. Einer in Parteien zerrissenen und sich bekämpfenden Arbeiterschaft steht der geschlossene reaktionäre Bürgerblock gegenüber. Dem man täuschlich sich

### Arbeiter und Bauer

Breite Kreise der ländlichen Bevölkerung sind aufgebracht über die Preiserhöhungen bei den landwirtschaftlichen Produkten. Das Großkapital hebt diese Entwicklung der Massenbewegung nicht ausser Acht. Der dem Kapital dienige Profit, gerab

Nr. 19

Ende Oktober 1944

2. Jahrgang

# Die Neue Welt

## Die sowjetische Friedenspolitik im Osten.

Von Pie.

Die letzten Wochen haben der Sowjetunion neben den gewaltigen Siegen der Roten Armee auch hervorragende diplomatische Erfolge eingebracht. Diese Erfolge sind in erster Linie der genialen Truppenführung, dem heldenmütigen Kampf der Roten Armee und dem Verteidigungswillen des ganzen Sowjetvolkes zuzuschreiben. Sie wären aber nie in diesem Ausmasse möglich gewesen, wenn nicht

nien habe und dass sie sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten Ruminiens einzumischen gedanke.

Es war natürlich nicht damit zu rechnen, dass ein Antonescu den Willen hatte, mit den Deutschen zu brechen. Die demokratische Opposition musste dieses verfaulte Regime stürzen und die Grundlagen zum Abschluss eines Waffenstillstandes schaffen. Die Sowjetunion hielt ihr

Die Schweizer Kommunisten bemühten sich immerfort, mit der Sozialdemokratischen Partei eine Aktionseinheit zu schaffen. Indessen schlugen die rechten sozialdemokratischen Führer jegliches Angebot aus.

Angesichts der fortgesetzten Spalterpraxis und der antikommunistischen Einstellung der Reformisten wurde es für die klassenbewussten Kräfte der schweizerischen Arbeiterbewegung, das heisst für die Kommunisten und die linken Sozialdemokraten, erforderlich, eine neue Partei zu gründen: die Partei der Arbeit (PdA). Die Gründung erfolgte am 14./15. Oktober 1944 im Zürcher Volkshaus am Helvetiaplatz, einer traditionsreichen Kampfstätte der Arbeiterklasse. Dank dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt war es möglich, mit dieser Parteigründung die linken Kräfte aus der Illegalität herauszuführen und als Klassenkampfpartei im Zeichen des proletarischen Internationalismus wirksam zu werden.

Im hartnäckigen Kampf gegen die bundesrätliche Pressepolitik wurde erreicht, dass zwei Zeitungen der PdA gegründet werden konnten: der «Vorwärts» für die deutschsprachige Schweiz, die «Voix ouvrière» für die französisch sprechende Schweiz. So konnte die Partei der Arbeit zum Schweizer Volk sprechen, wenngleich die Berner Pressebehörden nur niedrige Auflagen der Zeitungen gestatteten und strenge Zensurmassnahmen zur Bändigung der Wahrheit ergriffen. Es war dennoch ein grosser Erfolg, dass es in der Schweiz wieder eine legale kommunistische Partei und Presse gab, die konsequent unter dem Banner des proletarischen Internationalismus kämpfte, die schweizerische Reaktion und ihre rechtssozialdemokratischen Helfer entlarvte, den Weg zur Erringung des internationalen Friedens zeigte und die Herstellung wirklich demokratischer Verhältnisse in der Schweiz forderte. Der Erfolg kam selbstverständlich auch den antifaschistischen Emigranten zugute.

Was die Haltung der deutschen rechten sozialdemokratischen Emigranten in der letzten Phase des Krieges betrifft, so verzichteten sie auch jetzt auf jeden wirklichen antifaschistischen Kampf. Auf die Wende ihres Schicksals durch die westlichen Alliierten hoffend, verstärkten sie sogar ihren Antisowjetismus und ihren Kampf gegen die Bewegung «Freies Deutschland». Die Wiederkehr der Weimarer Republik dürfe nicht durch die «Russen», durch die Kommunisten und

das «Freie Deutschland» verhindert werden. Das blieb ihre Grundlinie. Sie fand ihren Niederschlag auch in einer Broschüre, die Anfang Mai 1945 im Verlag Haupt in Bern erschien und «Richtlinien für ein demokratisches, republikanisches, föderalistisches Deutschland» enthielt. Als Herausgeber sind genannt: Dr. Joseph Wirth, Reichskanzler a. D., Dr. Otto Braun, preussischer Ministerpräsident a. D., Dr. Wilhelm Hoegner, Staatsanwalt, Dr. J.J. Kindt-Kiefer, Schriftsteller, H.G. Ritzel, Oberregierungsrat.<sup>71</sup>

Im Bestreben, bestimmte antifaschistische Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Emigranten in der Schweiz zustande zu bringen, bemühte sich die Landesleitung der Bewegung «Freies Deutschland» trotz allem um Gespräche mit Führern des «Demokratischen Deutschland». So kam es zu einigen Begegnungen, die im Restaurant «Karl der Grosse» stattfanden. Teilnehmer seitens des «Freien Deutschland» waren Wolfgang Langhoff, Wilhelm Abegg, Charlotte von Kirschbaum, Paul Meuter; seitens des «Demokratischen Deutschland» Wilhelm Hoegner, Otto Braun, Anna Siensen, Georg Ritzel und der Zentrumspolitiker Joseph Wirth. Es fand auch eine Begegnung in einem Lokal neben dem Schauspielhaus statt, in der das «Freie Deutschland» durch Fritz Sperling, Bruno Fuhrmann und mich vertreten war, zu der vom «Demokratischen Deutschland» aber nur Otto Braun erschienen war. Danach hatte ich eine Begegnung mit Georg Ritzel in einem Lokal am Zürcher Hauptbahnhof. Die letzte Zusammenkunft war am 5. Mai, an der seitens des «Freien Deutschland» Dr. Abegg, H. Bergmann, Dr. Oswald Zienau (Sozialdemokrat) und ich teilnahmen, seitens des «Demokratischen Deutschland» Otto Braun, Franz Bögl, Dr. Kindt-Kiefer und Georg Ritzel. Alle Begegnungen führten jedoch zu keinem Ergebnis, weil die Vertreter des «Demokratischen Deutschland» forderten, die Bewegung «Freies Deutschland» müsse auf jede Polemik verzichten, mit anderen Worten, sie müsse sich selbst negieren.

Kurz vor der letzten Zusammenkunft erfuhr die Leitung der KPD-Organisation, dass Hoegner Kontakte zur Bundesanwaltschaft unterhielt. Über eine Aussprache zwischen Hoegner und Baisiger von der Bundesanwaltschaft wurde mir von einem hohen Regierungsbeamten ein Protokoll in die Hand gespielt, das Hoegners Zuträgerrolle für die Bundesanwaltschaft bewies.

Hoegner wird darin von Baisiger als «mein Vertrauensmann» bezeichnet. Das «Freie Deutschland» wird laut diesem Protokoll verleumdet: Das «Demokratische Deutschland» sei dazu da, um gegen Moskau zu kämpfen, das «Freie Deutschland» dagegen sei, wenn in ihm auch nicht nur Kommunisten organisiert seien, der Agent Moskaus.<sup>72</sup>

Es kommt einem eigenen Eingeständnis seiner Rolle sehr nahe, wenn Hoegner in seinen Memoiren schreibt, dass er am 26. Mai 1945 mit Wirth, Braun und Kindt-Kiefer zu einer Audienz bei Bundesrat Steiger war, der «in feierlicher Weise» den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft «Demokratisches Deutschland» dankte «für die Dienste, die sie in den letzten Jahren der Schweiz durch ihre Warnungen und ihre Auffassungen über die jeweilige politische Lage erwiesen hätten»<sup>73</sup>.

Ausserdem war Wilhelm Hoegner, wie schon an anderer Stelle gesagt, um die Gunst von Allan Dulles bemüht. Wie sehr Hoegner den amerikanischen Spionagechef verehrte, schreibt er selbst: «Ich habe während der Jahre 1944/1945 mit Allan Dulles und Gero von Schultze-Gavernitz noch viele politische Gespräche geführt ... Ich lernte in ihm (Allan Dulles – *H.T.*) einen Amerikaner kennen, der grundgescheit war, viele internationale Zusammenhänge wusste, die kleine und die grosse Welt durchschaute und dabei ein gutes Herz hatte.»<sup>74</sup>

Allan Dulles zeigte sich gegenüber Hoegner erkenntlich. Hoegner berichtet: «Allan Dulles versprach mir, dass ich als erster Deutscher aus der Schweiz wieder in meine Heimat kommen würde ... Am 6. Juni 1945 früh neun Uhr fuhren Baron Godin (ein Anhänger Joseph Wirths – *H.T.*) und ich auf einem amerikanischen Jeep ... von Zürich durch Toggenburg der deutschen Grenze zu. Allan Dulles hatte Wort gehalten.»<sup>75</sup>

Für Hoegner persönlich ist also etwas herausgesprungen. Was aber das «Demokratische Deutschland» betrifft, so war ihm in den Reihen der Emigranten kein Erfolg beschieden.

### Weiterer Aufstieg der Bewegung «Freies Deutschland»

Die Absicht Hoegners und seiner Freunde, aus dem «Demokratischen Deutschland» eine Bewegung zu entwickeln, hatte keine Chance. Es blieb eine Sekte. Das «Demokratische Deutschland» war von gleicher

Erfolglosigkeit wie das in Mittel- und Lateinamerika von rechten sozialdemokratischen Emigranten gegründete Komitee «Das andere Deutschland». Versammlungen hatte das «Demokratische Deutschland» nur in kleinen Kreisen zustande gebracht. Die erste öffentliche Versammlung fand erst nach dem Ende des Krieges statt, und zwar am 1. Juni, fünf Tage vor Hoegners Rückkehr nach München.

Das «Freie Deutschland» dagegen war zu einer wirklichen Bewegung geworden. Während der stufenweise errungenen Legalität gewann sie immer grösseren Zuspruch sowohl bei den Flüchtlingen wie in der Schweizer Bevölkerung.

In etlichen Orten gab es seit Februar 1945 öffentliche Versammlungen. Es soll nicht verschwiegen werden, dass dabei anfänglich auch Pannen auftraten. Die ärgste Panne ereignete sich in Winterthur. Dort kam es durch eine unerfahrene Versammlungsleitung dazu, dass der grösste Teil der Versammlungszeit von Trotzlisten zur Propagierung des «Programms der proletarischen Revolution» genutzt werden konnte. Nach diesem Programm stünde die «bodenlose Schaukelpolitik der Volksfront und Nationalfront . . . der Entwicklung zum Sozialismus historisch nur noch im Wege»<sup>76</sup>.

Auch an manch anderen Orten ergriffen Trotzlisten sowie Anhänger der rechten Sozialdemokraten, Zionisten und andere Gegner der Bewegung «Freies Deutschland» das Wort, aber da wurden sie rasch entlarvt und mussten das Feld räumen. Die Versammlungsleiter erwarben sich Erfahrungen und Fertigkeiten in der Durchführung von Versammlungen und in der Polemik gegen die Angriffe sehr verschiedenartiger Gegner. Die öffentlichen Veranstaltungen im April und Mai, immer auch von Schweizern besucht, waren alle ein grosser Erfolg.

Über die Versammlung, die die Partei der Arbeit gemeinsam mit der Bewegung «Freies Deutschland» am 1. Mai in der Zürcher Stadthalle durchführte, berichtet der Schauspieler Robert Trösch: «Ich habe das Programm, das bereits seit einer Stunde über die Bühne geht, zusammengestellt und einstudiert. Es ist eine politische Revue. Plötzlich – es ist 21.05 Uhr – kommt ein Genosse hinter die Bühne. Er bringt eine Nachricht aus Deutschland. Es ist die vom Tode Hitlers. Das Programm wird unterbrochen. Wir geben die Nachricht, die uns allen wie eine Siegesmeldung, wie das Ende des noch immer über Eu-

ropa liegenden Grauens vorkommt, bekannt. Jubel bricht aus. Es gibt Tränen. Immer wieder Hochrufe auf die Rote Armee und die Antihitlerkoalition. Dann geht das Programm weiter . . .»<sup>77</sup>

Am 6. Mai, zwei Tage vor der Kapitulation der Hitlerwehrmacht, wurde die Veranstaltung in der Zürcher Tonhalle mit rund tausend Teilnehmern unter der Losung «Kampf dem Faschismus! Für ein freies, demokratisches Deutschland!» zu einer erhebenden Kundgebung. Nachdem Musik von Bach und Mozart verklungen war, sprach Wolfgang Langhoff. Die Zeitschrift «Freies Deutschland» berichtet darüber: «In atemloser Spannung folgten die Zuhörer seiner schonungslos realistischen Darstellung der Lage, in der sich unser Volk nicht ohne eigenes Verschulden befindet. Ergriffen waren alle Teilnehmer von dem Bekenntnis des ‚Freien Deutschland‘ zu ebendiesem Volke und zu dem mutigen Einstehen für dessen nationale und soziale Erneuerung durch radikalen demokratischen Neuaufbau . . . Tosender Beifall folgte dieser programmatischen Rede, die das ‚Freie Deutschland‘ als Wegbereiter einer echten Umkehr und eines neuen Aufstiegs unserer Nation kennzeichnet.»<sup>78</sup>

Nach Wolfgang Langhoff sprachen ein Vertreter der Militärinternierten, ein niedergelassener freier Gewerkschafter und ein katholischer Freund unserer Sache, Kamerad Bogen.

Drei Dokumente deutschen Widerstandes trug in ergreifender Weise Ernst Ginsberg vom Schauspielhaus, ebenfalls ein Freund unserer Bewegung, vor: die letzte Predigt Niemöllers vor seiner Verhaftung, die Predigt des Bischofs Galen in der Wasserkirche zu Münster und den Abschiedsbrief des durch Fallbeil hingerichteten süddeutschen Kommunisten Georg Lechleiter an seine Familie ... Es war die Stimme des anderen Deutschland, das aus diesen Dokumenten sprach.

Im Vorraum sahen Teilnehmer zum Teil das erste Mal die Publikationen unserer Bewegung in der Schweiz und machten von der Möglichkeit, die Broschüre ‚Um Deutschlands nächste Zukunft‘ und unsere Zeitschrift zu kaufen und zu abonnieren, häufigen Gebrauch.»<sup>79</sup>

Im Bernoullianum in Basel fand eine Grosskundgebung statt, auf der nach der Eröffnungsrede von Professor C.L. Schmidt ebenfalls Wolfgang Langhoff, oft von Beifall unterbrochen, sprach. Eine Kundgebung in Schaffhausen wurde ebenso ein eindrucksvoller Erfolg wie die Kundgebung in dem bis auf den letzten Platz gefüllten grossen

Saal des Bürgerhauses in Bern. Im Bericht der Zeitschrift «Freies Deutschland» über diese Kundgebung heisst es: «Nach den einleitenden Worten des Regionalleiters Dr. Erwin Reiche nahmen die Versammelten auch hier mit lebhaftem Beifall die Ausführungen Wolfgang Langhoffs entgegen, denen Kurzreferate folgten, in denen der Schriftsteller Dr. Heinz Mahlberg, Georg Engelbrecht als sozialistischer Emigrant, ein junger Deutscher, Dietrich Voelmy, und ein Stuttgarter Antifaschist ein Bekenntnis zur Sache des anderen Deutschland ablegten. Ergriffen hörten die Versammelten die Wiedergabe von Dokumenten des deutschen Widerstandes, vorgetragen vom Mitglied des Berner Stadttheaters, Frau Friedel Nowack . . . Ein Vertreter der frei-österreichischen Bewegung versicherte die Kämpfer des 'Freien Deutschland' der brüderlichen Solidarität seiner Kampfgefährten, die in der Unabhängigkeit Österreichs einen Teil des grossen Kampfes aller Völker um Freiheit, Frieden und demokratische Erneuerung sehen. Besonderes Aufsehen erregten schliesslich die Begrüssungsworte eines Sprechers der jugoslawischen Freiheitsbewegung, also einer Nation, die Hitlers Stiefel mit besonderer Brutalität zu Boden zu treten versucht hatte.»<sup>80</sup>

Die Mitgliederzahl der Bewegung «Freies Deutschland» stieg steil an: Hatte sie Ende 1944 etwa 300 betragen, erreichte sie Ende des ersten Quartals 1945 etwa 1'800; dabei handelte es sich jetzt um fest erfasste, Beitrag zahlende Mitglieder. Ausserdem gab es schätzungsweise 2'000 Emigranten, die die Publikationen kauften, die Zeitschrift abonniert hatten und sich zur Bewegung bekannten.

Seit April 1945 wurde mit grossem Elan die zweite Konferenz der Bewegung «Freies Deutschland» vorbereitet, das heisst ihre erste legale Konferenz. Sie wurde Ende Mai 1945, also kurz nach dem Ende des Krieges, durchgeführt.

Über die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz wurde seit Anfang 1945 in Zeitungen westlicher Länder berichtet. Mit der vorrückenden Front der Westalliierten kamen ihre Journalisten auch über Schweizer Territorium: Amerikaner, Engländer, aber zumeist Franzosen, denn die in Süddeutschland vorstossenden Heeresverbände bestanden aus Franzosen. Leitende Funktionäre der Bewegung «Freies Deutschland» stellten Kontakte zu den Journalisten her. Es



kam zu Treffs, die zu Pressekonferenzen wurden, für die die Journalisten grosses Interesse zeigten.

Die Vertreter der Bewegung «Freies Deutschland» händigten den Journalisten Material über das NKFD in Moskau, über die Bewegung in der Schweiz und über die antifaschistischen Aktionen in Deutschland aus. Die Korrespondenten der kommunistischen und sonstigen linken Zeitungen erhielten besondere Materialien. Daraufhin sind in der französischen Presse der Wirklichkeit entsprechende Berichte, Meldungen, Kommentare und Artikel erschienen, so in den Zeitungen «L'Humanité», «Ce Soir», «Populaire», «France Soir», «Les Lettres Françaises» und «Regard». Auch in anderen westlichen Ländern wurde das Material in der Presse und im Rundfunk verwendet.

Besonders nützlich war die Verbindung zu den angesehenen französischen Journalisten Pierre Courtade, Claude Morgan, Direktor der Wochenschrift «Les Lettres Françaises», und André Chamson. Diese drei waren mit dem fortschrittlichen General de Lattre-Tassigny, der die in Süddeutschland vorrückende Erste Französische Armee befehligte, befreundet. So wurde bekannt, dass de Lattre-Tassigny und die Offiziere seines Stabes bereit seien, die antifaschistischen deutschen Kräfte zu fördern. Diese Information bestätigte sich, denn bald wurde den Antifaschisten in Singen von den französischen Truppen beachtliche Hilfe zuteil. Die drei französischen Journalisten teilten aber auch rechtzeitig mit, dass reaktionäre Kreise in Paris gegen de Lattre-Tassigny konspirierten und seine Ersetzung durch General Koenig betrieben. «Das wäre nach Meinung der drei französischen Freunde

eine Katastrophe, denn Koenig bedeute schärfstes LInterdrückungsregime», heisst es dazu in einem Bericht.<sup>81</sup>

Obgleich in Paris «eine heftige Kampagne gegen diesen Wechsel» geführt wurde, fand er kurze Zeit nach der Kapitulation des Hitlerregimes statt, was denn auch die aus der Schweiz nach Singen geschickten Funktionäre und die gesamte antifaschistische Bewegung zu spüren bekamen.

Die Pressekonferenzen, auch Presseempfänge genannt, erwiesen sich als sehr nützlich. Bemerkenswert ist, dass die auf den Presseveranstaltungen gestellten Fragen vielfach folgende Punkte zum Inhalt hatten: Programm der Bewegung «Freies Deutschland», Stellung zu Gebietsabtretungen und zur Wiedergutmachung, Stellung zu einer eventuellen separatistischen Teilung Deutschlands sowie zur Tätigkeit der Generale im NKFD und im Bund Deutscher Offiziere. Mehrfach erkundigten sich die Journalisten auch nach der Rolle des «Demokratischen Deutschland». So bildeten die Pressekonferenzen willkommene Gelegenheiten, auf alle Fragen klare, prinzipielle Antworten zu geben, so wie sie in den Publikationen der Bewegung «Freies Deutschland», die bislang den alliierten Journalisten nicht bekannt waren, schon längst formuliert worden waren. Das Echo auf diese Empfänge bewies, wie nützlich die Aktivität auch auf diesem ideologischen Gebiet war. Die Empfänge trugen zur Verbreitung der Wahrheit über Kampf und Ziele der Bewegung «Freies Deutschland» in westlichen Ländern bei.

### **Die Verbindungen nach Süddeutschland in der letzten Phase des Krieges**

Die seit Beginn des Jahres 1945 aus Deutschland eintreffenden Nachrichten zeigten, dass sich von Woche zu Woche, von Tag zu Tag das Tempo der Niederschlagung des Faschismus beschleunigte. Auch die aus Süddeutschland an uns gegebenen Meldungen bestätigten dies. Die militärischen Schläge der alliierten Truppen, die zunehmende Zerrüttung des Verkehrswesens, die wachsende Lebensmittelnot im süddeutschen Gebiet, in dem sich seit März rund 350'000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter und aber Tausende ausgebombter Deutscher befanden, die in den Süden evakuiert worden waren, so dass zum Beispiel die Stadt Konstanz, die normalerweise 30'000 Einwoh-

ner hatte, über 100'000 Personen zählte – all das erzeugte Desorganisation weit und breit. Faschistische Verbände, SS, Gestapo und der Werwolf, die in den letzten Monaten gebildete Terrorformation, versuchten, ihren Untergang zu verzögern, und häuften grausame Verbrechen zu grosser Zahl. Es mehrten sich aber auch antifaschistische spontane Auflehnungen und organisierte Widerstände.

Die Leitungen der KPD-Organisation in der Schweiz und der Bewegung «Freies Deutschland» nutzten jede Möglichkeit, die Informationen in ihren Druckerzeugnissen zu verbreiten. So war im «Freien Deutschland» unter der Überschrift «Jagt den Werwolf!» zu lesen: «Am östlichen Bodensee wurden in den Abhängen des Bregenzer Waldes und der Vorarlberger Alpen künstliche Höhlen, unterirdische Gänge und tiefe Stollen angelegt, die der Unterbringung von Werwölfen und vollständiger Ausrüstung für den Bandenkrieg dienen sollen. In welchem grossem Ausmass diese Verbrecheraktionen geplant sind, geht . . . auch daraus hervor, dass ganze Maschinenanlagen für die Herstellung von Kriegsgerät dorthin transportiert wurden ... Im Bodenseegebiet befand sich der Sitz der Kursleitung für Werwolfausbildung in Meersburg. In kleinen Ortschaften des Seegebietes fanden zwölfstägige Kurse statt, nach deren Abschluss alle Teilnehmer auf den Werwolf vereidigt wurden. Teile des Eisenbahnpersonals des Seegebietes wurden zur Teilnahme an den Kursen gezwungen.»<sup>82</sup>

Aus Oberbayern kam die Nachricht, dass sich in dem Bergarbeitort Penzberg bei Bad Tölz Antifaschisten den von den Nazis geplanten Sprengungen des Bergwerkes, des Wasserwerkes, der Brücken und anderer lebenswichtiger Einrichtungen sowie der geplanten Ermordung sowjetischer und französischer Kriegsgefangener widersetzt hatten, aber von Wehrmachts- und SS-Einheiten sowie einer Werwolfkompanie überwältigt worden waren. Am Sonnabend, dem 28. April, wurden 17 der Antifaschisten, darunter einige Frauen, erschossen oder gehenkt.<sup>83</sup>

An dem gleichen Sonnabend trug sich in dem oberbayrisch-österreichischen Grenzort Burghausen folgendes zu: Die Belegschaft der Fabrik des Ortes entwaffnete am Morgen eine Truppe, die den Betrieb zur Sprengung vorbereiten sollte. Der Kommandeur einer bereits vorher entwaffneten Wehrmachtseinheit verlangte die Waffen und machte allerlei Versprechungen. Die Arbeiter liessen sich von dem Schuft

überreden. Am Mittag rückte ein SS-Trupp an. Die Sozialdemokraten Josef Stegmeier, ehemaliger Häftling im KZ Dachau, Schnipal und Ludwig Schön, die nicht entfliehen konnten, wurden am Nachmittag vor ein Standgericht gestellt und von SS-Banditen durch Genickschuss ermordet.

Gut informiert war die KPD-Organisation in der Schweiz über die Ereignisse in Singen, denn dorthin war, wie an anderer Stelle schon berichtet, das Leitungsglied Ernst Eichelsdörfer gegangen. In Singen, nur etwa sechs Kilometer von der schweizerischen Grenze entfernt, haben Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter in den kritischen Wochen mutig antifaschistische Agitation betrieben. Frauen und Männer erhielten den Auftrag, mit den Behörden, mit Wehrmachtssoldaten und -Offizieren über die Sinnlosigkeit einer Verteidigung der Stadt zu sprechen. Auf Grund der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung wie auch der verstärkten Zersetzungsarbeit durch die Widerstandskämpfer brach unter den Nazis eine Panik aus. Der sogenannte Volkssturm, bestehend aus alten Männern und Minderjährigen, wurde von seinen Kommandeuren für unzuverlässig erklärt und aufgelöst. Die Gestapoleute flohen als erste. Daraufhin wurden die Panzersperren in der Gottmadinger Strasse und an der Aachbrücke in der Hohenkräher Strasse von beherzten Männern unbrauchbar gemacht. Diese tapfere Tat machte die Kopflosigkeit bei den Nazis vollständig. Immer mehr Soldaten warfen ihre Waffen fort. Zuletzt traten die Mitglieder der Widerstandsbewegung ganz offen auf und bearbeiteten diejenigen Soldaten und Nazis, die noch unentschlossen waren, damit sie vom Kampfe absahen. Auf diese Weise trug die Widerstandsbewegung dazu bei, dass die Stadt von der Vernichtung verschont blieb und die SS in der Nacht vom 23. zum 24. April vertrieben werden konnte. Es konnte allerdings nicht verhindert werden, dass sie einen Teil der Häftlinge aus dem Gefängnis holte und wegschleppte.

Am Morgen des 24. April zogen die Truppen der Ersten Französischen Armee, ohne einen Schuss abzugeben, in die Stadt ein. Das einrückende französische Regiment nannte sich «Diaboles rouges» (Rote Teufel); die Soldaten und viele ihrer Offiziere waren aufrichtige Antifaschisten. Ernst Eichelsdörfer und die ihm später gefolgt Funktio-

## Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung grüßt die Armeen der Vereinten Nationen!

Der schlimmste Feind des gesamten Menschentums ist die deutsche faschistische Herrschaft, die seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland die Herrschaft übernahm und die Welt in einen blutigen Kampf um die Freiheit und die Zukunft der Menschheit verwickelte. Die deutsche faschistische Herrschaft hat die Welt in einen blutigen Kampf um die Freiheit und die Zukunft der Menschheit verwickelt. Die deutsche faschistische Herrschaft hat die Welt in einen blutigen Kampf um die Freiheit und die Zukunft der Menschheit verwickelt.

**Die Befreiung Deutschlands**  
Die Befreiung Deutschlands ist die Befreiung der Welt. Die deutsche faschistische Herrschaft hat die Welt in einen blutigen Kampf um die Freiheit und die Zukunft der Menschheit verwickelt. Die deutsche faschistische Herrschaft hat die Welt in einen blutigen Kampf um die Freiheit und die Zukunft der Menschheit verwickelt.

Wir begrüßen die Armeen der Vereinten Nationen, die die deutsche faschistische Herrschaft beseitigen werden. Wir begrüßen die Armeen der Vereinten Nationen, die die deutsche faschistische Herrschaft beseitigen werden. Wir begrüßen die Armeen der Vereinten Nationen, die die deutsche faschistische Herrschaft beseitigen werden.

## Die Völker feiern das Kriegsende

**Exzerpt aus dem**

Der Regierungschef Frankreichs General de Gaulle hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Er hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Er hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen.

**Der Regierungschef Frankreichs General de Gaulle**

Der Regierungschef Frankreichs General de Gaulle hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Er hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Er hat die deutsche Bevölkerung aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen.

**Wichtiges**

Die deutsche Bevölkerung ist aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Die deutsche Bevölkerung ist aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen. Die deutsche Bevölkerung ist aufgefordert, sich dem Sieg der Alliierten zu beugen.

näre Gerhard Wohlrauth, Franz Obermanns und Bernhard Kuderer fanden sogleich guten Kontakt zu den Franzosen. Gerhard Wohlrauth kam zugute, dass er ausgezeichnet Französisch sprach und sich als ehemaliger Spanienkämpfer ausweisen konnte, denn unter den Franzosen waren viele einstige Interbrigadisten. Als fortschrittlich erwies sich auch der Kommandant Collion. Der General der Ersten Französischen Armee, de Lattre-Tassigny, war – wie erwähnt – ebenfalls Hitlergegner.

Am 1. Mai 1945 erschien in Singen mit Zustimmung der französischen Kommandantur die erste Nummer der gedruckten zweiseitigen Zeitung «Neues Deutschland». Ernst Eichelsdörfer berichtete am 3. Mai 1945 nach Zürich, dass 500 Exemplare der Zeitung innerhalb von zwei Stunden verkauft worden waren.<sup>84</sup> Das Singener «Neue Deutschland» wurde in der Schweiz im Faksimiledruck der Zeitschrift «Freies Deutschland» beigefügt.<sup>85</sup>

Die Beiträge des Blattes kennzeichnen die damalige Situation. Der Leitartikel mit der dreispaltigen Überschrift «Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung grüsst die Armeen der Vereinten Nationen!» trägt die Unterschrift: «Paul, Mitglied und Verbindungsmann der Widerstandsbewegung ‚Freies Deutschland‘». Paul – das war ein Deckname Ernst Eichelsdörfers. In dem Leitartikel werden die Verbrechen des Faschismus an den Völkern und an der deutschen Nation angeprangert, es wird der Sinn der Beschlüsse der Alliierten von Teheran und Jalta dargelegt und gesagt:

«Wenn die gebrachten Opfer nicht umsonst gefallen sein sollen, dann müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehren ziehen und alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte zusammenführen und in gemeinsamer kameradschaftlicher Arbeit in allen Fragen an den Aufbau des neuen, wahrhaft demokratischen, freien Deutschlands gehen . . .

Dies ist die erste Voraussetzung, um ein freies, demokratisches Deutschland aufbauen zu können, das durch seine Haltung, seine demokratische Selbstverwaltung in der Zukunft die Achtung der demokratischen Völker zurückgewinnt...»

Ein Artikel schildert ausführlich die Singener Widerstandsbewegung bis zur Befreiung der Stadt am 24. April.

Trotz der Erfolge in Singen war die Lage in der Stadt durchaus nicht leicht. Das schilderte Ernst Eichelsdörfer in seinen Briefen vom 3., 4., 8. und 11. Mai an die Genossen in der Schweiz.<sup>86</sup> Während einiger Wochen leisteten die französischen Truppen bei der illegalen Schleusung von Funktionären der kommunistischen Emigration aus der Schweiz nach Singen grosse Hilfe. Aber bald zeigten sich reaktionäre Tendenzen in der Spitze der Ersten Französischen Armee, als nämlich General de Lattre-Tassigny durch General Koenig abgelöst wurde. Die «Diaboles rouges» wurden durch andere Einheiten ersetzt. So kam es, dass nur noch eine zweite Ausgabe des «Neuen Deutschland» am 12. Mai erscheinen konnte; die Herstellung antifaschistischer Zeitungen wurde generell verboten. So war die Situation in Singen am Ende des Krieges.

Die Nachrichtengebung aus München an die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz verbesserte sich, nachdem Ludwig Ficker aus der Emigration in seine Heimatstadt zurückgekehrt war. Unter grossen Schwierigkeiten hatte er mit den Münchner KPD-Funktionä-

ren Josef und Alfred Lettenbauer Verbindungen zu Gruppen in den Wohngebieten und zu Betriebsgruppen in dem Werk Steinheil und in den Bayrischen Motorenwerken hergestellt. Er organisierte die Herstellung und Verbreitung von Flugblättern. In seinem Bericht vom 8. April 1945 nach Zürich ist zu lesen: «Im Dezember war ich so weit, wenigstens den ersten kleinen Prospekt herauszugeben: 300 Stück. Im Januar folgte ein grosser mit 400 Exemplaren, im Februar einer mit 450 Exemplaren ... Anfänglich war es so, dass Neuaufnahmen in die Versicherung (illegale Widerstandsorganisation – *H.T.*) sehr schwer waren . . . Seit einigen Wochen ist das Eis gebrochen . . . Jetzt habe ich gut fundierte acht Vertreter. Wachsen jetzt ständig. . . Die Lebensmittellage ist ausgesprochen schlecht... Hinzu kommt, dass man fast jeden Tag Fliegeralarm hat und stundenlang im Bunker sitzt.»<sup>87</sup>

Als diese Zeilen geschrieben wurden, hatte Ludwig Ficker bereits auch Verbindung zu anderen Widerstandsgruppen. Da war die von Peter Göttgens, Franz Schneider und dem Schreiner Hans Stelzer gebildete Gruppe, die sich den Namen «0 7», das heisst Organisation im Wehrkreis VII, gegeben hatte. Ludwig Ficker und Josef Lettenbauer unterhielten engen Kontakt mit dieser Gruppe, die nicht nur Flugblätter verbreitete, sondern sich auch auf den bewaffneten Kampf vorbereitete. Eine andere Gruppe, die ebenfalls eine bewaffnete Aktion plante und mit der Ludwig Ficker in Verbindung trat, war die «Freiheitsaktion Bayern» (FAB). So entstand eine Verbindung zwischen der Gruppe «0 7» und der «FAB». Die «FAB» war ein Kreis vorwiegend bürgerlicher Hitlergegner. Unter ihnen befand sich der einflussreiche Wehrmachtsoffizier Dr. Ruprecht Gerngross, aber auch der aus seiner reaktionären Vergangenheit belastete Freikorpsführer und spätere Reichsstatthalter für Bayern, Ritter von Epp. Ludwig Ficker fand weiter Kontakt zu dem Kompaniechef des 61. Bataillons, Hans Betz, der Einfluss in einigen Wehrmachtsformationen gewonnen hatte.

Hans Betz erklärte sich Ludwig Ficker gegenüber bereit, an einem noch festzusetzenden Tag die Führung der militärischen Aktion zu übernehmen. Entsprechend verabredete Ludwig Ficker mit der Gruppe «0 7» und der «FAB» ein gemeinsames Losschlagen. Es wurde ein Aufstandsplan vorbereitet. Über die Vorbereitung, über das gegen den Willen der Kommunisten erfolgte übereilte Losschlagen,

über den hinterhältigen Verrat Ritter von Epps und das Scheitern der Aktion wird in einem Brief von dokumentarischer Bedeutung berichtet, der – ohne Datum und ohne Unterschrift – sehr wahrscheinlich von Sepp Wimmer, Hans Schöffner und Hans Reitberger geschrieben wurde und an das Sekretariat der KPD-Leitung in die Schweiz gelangte. In dem Brief ist zu lesen:

«Oberleutnant Betz, ein zuverlässiger tapferer FD-Mann, hatte die Alarmbereitschaft von ca. 300 Leuten unter sich. Nach mehrmaligen Aussprachen fand am 26. April eine koordinierte Sitzung statt mit den Vertretern der FAB, einem Stabsoffizier, Ludwig Ficker und noch einem Münchener Genossen, einer Frau (wie sich herausstellte, hatte sie Verbindung mit Epp). Diese Sitzung fand in Freysing in einem Bauerngut statt. In dieser Sitzung stellten wir den Antrag, sofort den Aufstandsplan auszuarbeiten. Beauftragt wurden Betz und Gerngross, letzterer war nicht anwesend. Die Liquidierung der SS und SA sollten die Arbeiter übernehmen, da sie für diese Arbeit zuverlässiger waren. Ferner verlangten wir, dass wir 24 Stunden vor dem Aufstand in Kenntnis gesetzt werden. Dies alles wurde uns zugesagt. Die Arbeiter waren zum Teil bewaffnet und auf der zweiten Alarmstufe. Die Sadie musste unbedingt gelingen.

Am 28. April, 20 Uhr, suchte der Münchener Verbindungsmann noch einmal Betz auf, um zu wissen, wie weit man mit den Plänen sei. Betz durfte auf Anweisung von Epp die Kaserne nicht mehr verlassen. Betz begrüßte uns hernach und sagte, um 2 Uhr früh wird losgeschlagen. Unser Mann protestierte dagegen, wies auf die Abmachungen in der Sitzung hin und auf die Unmöglichkeit, die Arbeiter in wenigen Stunden zu mobilisieren. Daraufhin sagte Betz, er bedaure es, aber er habe Befehle von der höchsten Stelle und müsse handeln, bat aber, man solle ihm soviel wie möglich Arbeiter zur Verfügung stellen. Uns war es aber trotz grösster Anstrengungen nicht möglich, der Aufforderung zu folgen. Alle unsere Verbindungsleute zu den Betrieben waren erst für den Samstag 10 Uhr bestellt, um sie endgültig zu informieren.

Am 29. April, um 4 Uhr morgens, trat der Sender der Freiheitsaktion Bayern (FAB) in Funktion. Ich will nicht näher auf den Inhalt dieses Aufrufes eingehen, da ich annehme, dass ihr den selbst gehört

habt. Jedoch will ich darauf hinweisen, dass die Bevölkerung nachts schläft und nur die Faschisten ihn hören konnten und entsprechende Massnahmen treffen konnten, was sie auch taten.

Betz wurde mit nur 40 Leuten nach der SS-Siedlung Pullach geschickt, um sie zu stürmen. Militärisch gesehen ganz unmöglich, da mindestens 100 Leute nötig gewesen wären. Betz wollte man auf diese Weise liquidieren. Der Zugang zu und von der Stadt war nicht gesperrt worden. SA und SS gingen in der Stadt spazieren, ohne verhaftet zu werden. Die Autos wurden zwar von den FAB-Soldaten kontrolliert, wenige 100 Meter entfernt aber auch vom NSKK. Inzwischen sickerte durch, dass von Epp an der Sache beteiligt sei und dadurch die Arbeiter interesselos wurden. Um 10 Uhr war der Sender bereits wieder in faschistischen Händen, was die Sache noch aussichtsloser machte. Die ganze Geschichte war eine Provokation von Epp. Ein Glück, dass die Amerikaner nicht allzuweit von München waren, die SS andere Aufgaben hatte und so ein grosses Blutbad in München verhindert wurde. In München selbst fiel kein Schuss. Nachdem die Amerikaner in München waren, spielte die FAB dieselbe traurige Rolle. Sie verhafteten zwar keine Nazis, dafür aber requirierten sie Autos, Lebensmittel und Wohnungen, bis die Amerikaner gezwungen waren, diese Organisation zu verbieten. Unter dieses Verbot fiel auch das ‚Freie Deutschland‘.»<sup>88</sup>

In Ergänzung zu diesem Bericht erhielt das Sekretariat der KPD-Organisation in der Schweiz folgende Informationen: Sogleich nach der Besetzung des Senders zur festgelegten Zeit wurde über den Wellenbereich Laibach über die Frontlage Mitteilung gegeben, so über die Beseitigung der gegen die alliierten Panzer errichteten Barrikaden durch die Dachauer Bevölkerung; es erfolgte die Verkündung der Übernahme der Regierungsgewalt durch die «FAB» und einer Zehn-Punkte-Proklamation. Als aber einige technische Sendeschwierigkeiten auftraten und zur gleichen Zeit SS-Verbände anrückten, wurde das Gelände des Senders nach einigen Stunden geräumt. Nach dieser Aktion scheiterten auch andere Unternehmen, die durch das Stichwort «Fasanenjagd» ausgelöst worden waren. Der Naziführer des Ortes Grünwald war verhaftet worden, die Entschärfung der Sprengladung an der Grosshesselcher Brücke in Grünwald jedoch misslang. Der Grünwalder Widerstandskämpfer Dr. Marx und ein französischer Zivilarbeiter wurden von SS Leuten erschossen. Die in Obermenzing

und in Deisenhofen entwaffneten und verhafteten Nazifunktionäre liess man frei, als SS-Truppen anrückten, Aufständische ermordeten oder als Gefangene abtransportierten. Dass es nicht zu grossen Massakern durch die SS kam, war nur auf die allgemeine Wirrnis zurückzuführen.

So also lauteten die Informationen, die die KPD-Organisation in der Schweiz aus München erhielt, wo mit dem Einzug der Amerikaner am 30. April der Krieg zu Ende war, während die Rote Armee in Berlin die letzten faschistischen Nester ausräucherte. Am 30. April wurde die sowjetische Siegesfahne auf dem Reichstagsgebäude gehisst und am 8. Mai in Berlin-Karlshorst die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation des Hitlerregimes unterzeichnet.

Der zweite Weltkrieg, ausgelöst vom faschistischen deutschen Imperialismus, endete gesetzmässig mit der Niederlage des Aggressors, mit dem Sieg der Sowjetarmee und ihrer Verbündeten. Es war so gekommen, wie es allein die Kommunisten von Kriegsbeginn an wissenschaftlich begründet vorausgesagt hatten.

# Die ersten Nachkriegsmonate

## Ende des Krieges – Wende in der deutschen Geschichte

Die von den faschistischen Armeen ausgeplünderten, getretenen, dezimierten, mit ungeheuren Leiden überschütteten Völker waren dank dem opferreichen Kampf der Sowjetunion und der Roten Armee sowie der Völker der anderen Staaten der Antihitlerkoalition befreit. Der Donner der Kanonen, das Bersten der Granaten, das Krachen der Bomben war nun auch in Deutschland verstummt. Zerstörte Städte und Betriebe, verwüstetes Land, Hunger, massloses Elend weit und breit, materielle Not und erhebliche geistige Trümmer – das war das Ende, das der faschistische deutsche Imperialismus auch gegenüber dem deutschen Volk verschuldet hatte. Die Errichtung eines neuen, demokratischen, antifaschistischen, friedliebenden Deutschlands stand auf der Tagesordnung. Es war klar, dass gigantische Aufgaben zur Lösung drängten, die den Einsatz aller Kräfte verlangten.

Für die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz galt als wichtigste Aufgabe, Parteikadern zur schnellsten Heimkehr nach Deutschland zu verhelfen, damit sie von Anfang an an der Schaffung der neuen Ordnung teilnehmen konnten. Ausser den Kommunisten gab es Hunderte von Flüchtlingen, vorrangig Mitglieder der Bewegung «Freies Deutschland», die auf Heimreise drängten. Aber Hals über Kopf durfte die Repatriierung, wie damals die Heimkehr in die Heimat genannt wurde, nicht durchgeführt werden. Wir konnten nicht sagen: Weil der Krieg zu Ende ist, wird die Arbeit der KPD-Organisation in der Schweiz sofort eingestellt, und jeder versuche auf eigene Faust, nach Hause zu kommen. Gerade wegen eines nützlichen Einsatzes in der Heimat musste die Leitungsarbeit im Ausland noch in einem gewissen Masse fortgesetzt werden. Das galt auch für die Bewegung «Freies Deutschland».

Die Leitung der KPD-Organisation hatte richtig vorausgesehen, dass durch bestimmte Kader politisch-publizistisch und organisatorisch noch

eine Weile in der Schweiz gewirkt werden musste, besonders im Hinblick darauf, dass von hier aus für die nach Süddeutschland zurückgekehrten Funktionäre materielle Hilfe und Unterstützung mit propagandistischem Material zu leisten waren. Die Funktionärversammlung der KPD in Zürich, die am 10. Mai 1945, also zwei Tage nach der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Berlin-Karlshorst, stattfand, beschloss, dass mit Hilfe der Genossen, die schon vor Kriegsende nach Deutschland zurückgegangen waren, schnellstens die Repatriierungen in die Wege zu leiten seien. Es wurde festgelegt: Vom Sekretariat werden möglichst bald Bruno Fuhrmann und ich zurückkehren, Fritz Sperling aber wird noch einige Wochen in Zürich verbleiben. «Nach dem Weggang der Leitung ins Land», heisst es im Beschluss, «sind Wolfgang Langhoff, Rudi Singer, Christian Wolf, Paul Meuter die Vertreter der Parteileitung.»<sup>1</sup> Von der Leitung der KPD-Organisation wurde auch richtig erkannt, dass die Repatriierung auf grosse Schwierigkeiten seitens der schweizerischen Behörden und der westalliierten Vertretungen in der Schweiz stossen würde.

### **Zweite Landeskonferenz der Bewegung «Freies Deutschland» am 27. Mai 1945**

Im Zeichen der Aufgaben an der Wende in Deutschlands Geschichte stand die zweite Landeskonferenz der Bewegung «Freies Deutschland». Sie fand am 27. Mai 1945 im grossen Konferenzsaal des Zürcher Kongresshauses statt. Während die erste Landeskonferenz im Januar 1945 noch illegal abgehalten werden musste, tagte die zweite legal und in Anwesenheit von Presse- und Behördenvertretern. 110 gewählte Delegierte, 50 Gastdelegierte und 48 Gäste, unter ihnen Karl Barth, waren zusammengekommen. Aus Berlin lagen ausführliche Berichte darüber vor, wie mit Hilfe der Sowjetarmee der Neuaufbau begonnen hatte. Bis zum Konferenztag waren schon nahezu 40 Funktionäre aus der Schweiz in die Heimat zurückgekehrt, von denen wir bereits zahlreiche Berichte über ihre praktische Bewährung erhalten hatten.

Das Hauptreferat hielt Dr. Wilhelm Abegg. Auf der Grundlage der Berichte aus Deutschland erörterte der Referent die Aufgaben für die Rückkehrer in die Heimat. Dr. Abegg setzte sich auch mit der Spalter-

tätigkeit des «Demokratischen Deutschland» der rechten Sozialdemokraten auseinander, die in ihrem verbohrtten Antikommunismus und Antisowjetismus die Einheitsaktion mit Kommunisten ablehnten und eine Politik betrieben, aus der nur Revanchisten Nutzen ziehen konnten.

Rudi Singer erstattete den Tätigkeitsbericht der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz, der zeigte, wie sich die Bewegung trotz grosser Hindernisse stufenweise erfolgreich entwickelt hatte, zu einer Massenbewegung geworden war und ihren legalen Status erkämpft hatte.

Gross war die Zahl der Diskussionsredner. Wolfgang Langhoff behandelte ausführlich die Schuldfrage und die Wiedergutmachungsverpflichtung und sagte über die rechtssozialdemokratischen Emigranten, dass sie ihre eigene Mitschuld verschwinden lassen möchten, damit aber der Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus den Boden bereiteten. Die Sozialdemokraten Dr. Hans Venedey und Karl Paeschke wiesen ebenfalls die Politik der «sozialdemokratischen Prominenten» zurück.

Charlotte von Kirschbaum verlas eine Erklärung der Mitglieder der Bekennenden Kirche innerhalb der Bewegung «Freies Deutschland», welche die Leistungen der Bekennenden Kirche in Deutschland im Kampf gegen das Hitlerreich zeigte und in einem Bekenntnis zum «Freien Deutschland» gipfelte.

Walter Fisch referierte über Fragen der Jugenderziehung; dabei widerlegte er anhand von Beispielen aus den Militärinterniertenlagern die «Argumente» von der «Unheilbarkeit» der deutschen Jugend. Hans Bergmann sprach zur Entnazifizierung, über den Neuaufbau von Gewerkschaften und andere Programmpunkte der Bewegung «Freies Deutschland». Anni von Fischer berichtete über die aussichtsreichen Bemühungen der Centrale Sanitaire Suisse um die medizinische und sanitäre Hilfe für Süddeutschland.

Zu Aufgaben der Bewegung innerhalb der Schweiz und zur Qualifizierung der Mitglieder für die Arbeit in der Heimat gab es ebenfalls viele Diskussionsbeiträge. Es seien nur folgende erwähnt: Dr. Friedensreich wünschte Schulungsmaterial über die Judenfrage und den Zionismus; Dr. Erwin Reiche empfahl unter anderem die Zusammenfassung aller Journalisten innerhalb des «Freien Deutschland»; Helmut Eichelgrün sprach über die Koordinierung der Arbeit der Stu-

denten und Akademiker mit der Jugend; Dr. H. Pechner und Fritz Dietz – nicht zu verwechseln mit dem Schauspieler Fritz Diez – behandelten die Aufnahmebedingungen für die Bewegung «Freies Deutschland»; Bernhard Steinberger informierte über die Zusammenführung der Techniker. Die Diskussion zeigte somit deutlich die Vielschichtigkeit der Arbeitsbereiche.

Auf der Konferenz wurde eine neue Leitung gewählt, da zum Beispiel Walter Fisch wegen seiner bald fälligen Rückkehr nach Deutschland ausschied. Hans Bergmann kandidierte nicht wieder für die Leitung, weil ihm die kommunistische Fraktion wegen Verletzungen der Parteibeschlüsse und besonders wegen seines eigenmächtigen Verkehrs mit den Berner Behörden das Vertrauen entzogen hatte. Die Konferenz beschloss folgende Leitungsorgane:

Präsidium: Dr. Wilhelm Abegg (Demokrat), Charlotte von Kirschbaum (Bekennende Kirche), Wolfgang Langhoff (Kommunist); Sekretär: Rudi Singer (Kommunist).

Landesvorstand: Erich Bogen (Katholik), Dr. Hein Fliess (parteilos), Walter Gyssling (Sozialdemokrat), Harry Herz (parteilos), Paul Meuter (Kommunist), Dipl.-Ing. Hans Singer (Kommunist), Hans Teubner (Kommunist).

Landesausschuss: Leo Bauer (Genf)<sup>2</sup>; Fritz Diez und Karl Tesch (St. Gallen); Georg Engelbrecht (Bern); Artur Huve (Lausanne); Dr. Heinz Mode (Basel); E. Moltmann (Hochdorf); Dr. Hans Pechner (Genf); Dr. Erwin Reiche (Bern); Professor C.L. Schmidt (Basel); Anton Stehr (Zürich); W. Thiele (Muri); Michael Tschesno-Hell (Zürich).

Die Konferenz nahm einstimmig folgende, hier geringfügig gekürzte Entschliessung an:

«Die am 27. Mai 1945 im Kongresshaus in Zürich zusammengetretenen 110 Delegierten und 50 Gastdelegierten der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz, Männer und Frauen aller Schichten, Bekenntnisse und verschiedener Parteien der deutschen Widerstandsbewegung, . . . bekennen sich zur Sache eines freien Deutschland, das sich von unten her demokratisch erneuert.

Sie drücken ihre Bewunderung und ihre innere Verbundenheit den Mitgliedern der Freiheitsbewegung aller Nationen aus, die im aktiven und opferreichen Kampf gegen den Hitlerterror entscheidend dazu beigetragen haben, das Naziregime zu beseitigen. Sie glauben und

hoffen, dass diese Widerstandsbewegungen, die nicht nur gegen Hitler, sondern auch gegen ihre eigenen Quislinge und Laval's kämpfen mussten, die besten Garanten für eine künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Nationen sein werden.

Die Teilnehmer der Konferenz sehen in dem entschlossenen Zusammenwirken mit den demokratischen Völkern und in der Zusammenarbeit der Alliierten zur Verwirklichung der Beschlüsse von Teheran und Jalta die Grundlage für die Sicherung des Friedens und die Eingliederung des vom Nationalsozialismus befreiten deutschen Volkes in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker. . .

Wir übernehmen das furchtbare Erbe mit der freiwilligen Pflicht zur Wiedergutmachung, da dies der einzige Weg ist, um die Wiedereingliederung des deutschen Volkes in die Gemeinschaft der Völker vorzubereiten.

Dazu gehört heute: Säuberung – Säuberung – Säuberung! Scheidung der Geister, Ausscheidung der Verantwortlichen, Ausscheidung der Henker und ihrer Helfer – in Deutschland und in der Kolonie in der Schweiz . . .

Die Flüchtlinge, Emigranten und Militärinternierten in der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ betrachten es als ihre nächste Pflicht, in die Heimat zurückzukehren und Hand anzulegen am Aufbau eines neuen Deutschland.

Die Delegierten grüssen alle Kameraden, die bereits vor der Kapitulation des Hitlerregimes als Vertrauensleute unserer Bewegung ins Reich gingen, um ihre Pflicht zu erfüllen. Sie sind die Wegbereiter unserer Eingliederung in den Neubau unserer Heimat, zu der wir uns im vollen Bewusstsein ihres schweren Schicksals bekennen . . . Die Delegierten der zweiten Landeskonzferenz der Bewegung ‚Freies Deutschland‘ in der Schweiz danken allen, die die Bewegung unter Opfern und Mühe hier ins Leben riefen, sie danken den Vertrauensleuten, besonders in den kleineren Orten und Gruppen, für ihre mühevollen Kleinarbeit, sie danken den verschwiegene[n] Freunden, die die Verbindung mit unterirdischen Gruppen in Süddeutschland aufrechterhielten und förderten, sie danken allen, die der Sache des ‚Freien Deutschland‘ dienen und damit der Sache des europäischen Friedens und der Freiheit.»<sup>3</sup>

Mit grossem Beifall wurde eine Grussadresse der Landeskonzferenz

an das NKFD in Moskau beschlossen, in der es heisst: «In dieser Stunde gedenken wir in besonderer Verbundenheit der Männer des Nationalkomitees in Moskau, die als erste organisierte Einheit des antifaschistischen Widerstandes und des neuen Deutschland ihre Stimmen hörbar für alle Welt, gegen den schändlichen Wahnsinn des Hitlerregimes erhoben und uns dadurch den Weg für unser eigenes Wirken vorgezeichnet haben.»<sup>4</sup>

Grussadressen richtete die Konferenz auch an folgende Organisationen: Comité «Allemagne Libre» pour l'Ouest in Paris, Free German Movement in London, «Freies Deutschland» in Stockholm und an die demokratische Stadtverwaltung in Berlin.

### **Beschwerliche Rückkehr in die Heimat**

Die Rückkehr der deutschen kommunistischen Emigranten in ihre Heimat war erwartungsgemäss mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Es gab auch manche sehr bequeme Heimkehr, wenn es sich um Antikommunisten handelte. Es ist schon gesagt worden, dass Wilhelm Hoegner auf Veranlassung von Allan Dulles am 6. Juni 1945 in einem amerikanischen Jeep nach Deutschland gebracht wurde. Erschwert und sogar verhindert wurde die Ausreise aus der Schweiz für die grosse Zahl der Flüchtlinge, von denen die Behörden wussten, dass sie Mitglieder der Bewegung «Freies Deutschland» oder gar Kommunisten waren. Reiseausweise wurden rundweg verweigert.

Wie seltsam: Seit 1933 bestand die Festlegung, dass für alle Emigranten, sofern sie nicht sofort abgeschoben wurden, die Schweiz nur vorübergehend Aufenthalt biete, dass jede Möglichkeit zur Weiter- oder Rückreise unbedingt zu nutzen sei. Die kommunistischen Emigranten waren durch Polizeiverfügung ausgewiesen, meist auf Lebenszeit. Wäre nicht der Protest der demokratischen Kräfte in der Bevölkerung gewesen, hätte sie Rothmund während der Hitlerzeit allesamt an der Grenze der Gestapo übergeben lassen. Nach der Kapitulation aber wurde den Kommunisten und anderen Antifaschisten von den Vertretern der Justiz- und Polizeibehörden gesagt: «Wir können nicht zulassen, dass Sie jetzt zurückkehren, denn in Deutschland ist die Not gross, es gibt keine Verkehrsmöglichkeiten; wir wollen nicht, dass Sie sich Gefahren aussetzen.» In Wirklichkeit wollte man verhindern,

dass antifaschistische Kader unverzüglich in ihrer Heimat am Aufbau einer wirklich demokratischen Republik mitwirkten. Vorsprachen bei den Behörden um Ausreiseerlaubnis blieben völlig erfolglos. Die amtlichen «Argumente»: lahm liegender Verkehr, Lebensmittelmangel, Wohnungsnot, Unsicherheit in Deutschland.

Diese «Argumente» wurden nicht vorgebracht, als versucht wurde, Flüchtlinge in Transporte von Nazis einzugliedern. Auf Grund alliierter Festlegungen waren deutsche Nazis, die vorher in der Schweiz nach Belieben hatten schalten und walten dürfen, gruppenweise nach Deutschland zu transportieren, um in Gefangenenlager für Nazis gebracht zu werden. Es wurde Kommunisten angeboten, in solchen Transporten zu reisen, aber ohne Legitimation darüber, dass sie als Antifaschisten interniert gewesen waren. Natürlich konnte niemand auf ein solch heimtückisches Angebot eingehen.

Gab es also keinen Weg der legalen Heimkehr, musste die Ausreise illegal organisiert werden, so wie vordem für die Funktionäre, die noch während des Krieges über die Grenze geschleust worden waren. Die Leitung der KPD-Organisation bildete gleich bei Kriegsende eine Kommission für die Repatriierung unter Vorsitz von Christian Wolf. Diese Kommission bereitete die illegale Heimkehr von etwa 250 Mitgliedern der KPD und der Bewegung «Freies Deutschland» vor.<sup>5</sup>

Die Berner Behörden hatten von Wolfs Funktion erfahren, denn am 2. Juni 1945 teilte die Polizeibehörde des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements dem Zürcher Polizeikommando mit: «Im Arbeitslager für Flüchtlinge Birmensdorf befindet sich zur Zeit der deutsche Staatsangehörige Christian Wolf, geb. 11. April 1904. Er flüchtete im Jahre 1936 illegal in die Schweiz, da er als Kommunist wegen Vorbereitung zum Hochverrat von den Deutschen steckbrieflich verfolgt wurde. Durch Beschluss vom 5. Oktober 1936 wies ihn der Bundesrat für dauernd aus dem Gebiet der Schweiz aus. Wolf wurde am 8. Oktober 1936 ausgeschafft. Nachdem er am Bürgerkrieg in Spanien teilgenommen hatte, kehrte er 1939 in die Schweiz zurück und hielt sich hier illegal auf, bis er am 21. Dezember 1941 in Bern verhaftet wurde. Der Gerichtspräsident in Bern verurteilte ihn am 21. Januar 1942 wegen Landesverweisungsbruches zu 6 Monaten Gefängnis und zu Fr. 200,- Busse. Da dieser Flüchtling heute im Aus-

land nicht mehr an Leib und Leben gefährdet ist, ersuchen wir Sie, Wolf am 5. Juni 1945 vor 14.30 Uhr dem Polizeikommando Schaffhausen zur Ausschaffung nach Deutschland zuzuführen.»<sup>6</sup>

Der am 2. Juni ausgeschriebene Ausweisungsbefehl wurde Christian Wolf am Morgen des 4. Juni vom Lagerleiter mit dem Bemerkung zur Kenntnis gegeben, dass er binnen 24 Stunden ausgewiesen werde. Er sollte am 5. Juni mit einem Sammeltransport ausgewiesener Nazis (!) ausser Landes geschafft werden.

«Glückliche Umstände», so heisst es in der Zürcher Wochenzeitung «Nation» vom 13. Juni 1945, «ermöglichten... eine Intervention, durch welche im letzten Moment eine Ausschaffung verhindert werden konnte.» In dem gleichen Artikel wird weiter gesagt: «Es wurde nämlich ein Sammeltransport ausgewiesener Nazis zusammengestellt, und mit diesem sollte Wolf den französischen Besatzungstruppen übergeben werden, ohne dass man ihm gestattet hätte, den Ausschaffungsbefehl, den er nie zu Gesicht bekam, mitzunehmen. Dies aber wäre der einzige Ausweis gewesen, mit dem er sich den alliierten Behörden gegenüber hätte legitimieren können, da er sonst über keinerlei Papier verfügte, das ihn als Antifaschisten ausgewiesen haben würde.

Gewiss, Wolf und die andern antifaschistischen politischen Flüchtlinge sind heute in ihren Herkunftsländern nicht mehr an Leib und Leben gefährdet. Weder Wolf noch ein anderer ehemaliger In-sasse des politischen Speziallagers Bassecourt haben die Absicht, in der Schweiz zu bleiben . . . Indem man sie mit Nazis zusammen und wie Verbrecher über die Grenze stellt, setzt man sie der Gefahr aus, von den Alliierten als solche behandelt zu werden. Das Minimum, was wir vom Eidgenössischen Politischen Departement verlangen dürfen, ist Anstand gegenüber den tatsächlichen Kämpfern für das Gedankengut der Demokratie.»

Christian Wolf liess sich nicht einschüchtern und setzte seine konspirative Repatriierungsfunktion fort, besonders tatkräftig unterstützt von Michael Tschesno-Hell, obgleich dieser stark beansprucht war, denn er war in dieser Zeit als Walter Fisks Nachfolger auch verantwortlich für den Sektor Militärinternierte und noch immer Chefredakteur der Zeitschrift «Über die Grenzen».<sup>7</sup>

Jenseits der Grenze war in Singen durch das Leitungsmitglied der KPD-Organisation Ernst Eichelsdörfer, der schon vor Kriegsende nach Deutschland zurückgekehrt war und dem – wie erwähnt – bald der in Singen beheimatete Bernhard Kuderer und die Spanienfreiwilligen Gerhard Wohlrath und Franz Obermanns gefolgt waren, ein «Brückenkopf» gebildet worden. Von diesem Vorposten wurde ausgezeichnete Arbeit für die Rückkehrer geleistet. Mit aktiver Unterstützung antifaschistischer französischer Besatzungssoldaten und -Offiziere und einheimischer Arbeiter schufen sie Schleusen durch die Grenzsperrzone. Am 1. Juli 1945 berichtete Gerhard Wohlrath an die KPD- Leitung in Zürich unter anderem: «Sperrzone ist alles südlich der Linie Radolfzell – Singen. Sie ist durch einen soliden Drahtverhau abgegrenzt, der bewacht wird . . . Unsere Verbindungen in diese Zone bestehen durch hiesige Arbeiter, die bei der Firma Faber in Gottmadingen arbeiten.»<sup>8</sup>

Zu genau bestimmten Zeiten, die mit dem Sekretariat der KPD-Leitung in Zürich vereinbart worden waren, holten Gerhard Wohlrath oder Franz Obermanns, die mit französischer Erlaubnis bis zur Landesgrenze gehen durften, die Rückkehrer ab. Manchmal kam auch ein französischer Antifaschist mit. Die wichtigste Schleuse war nicht weit von Gottmadingen. Sie lag zufällig an der Eisenbahnlinie, auf der am 27. März 1917 W.I. Lenin, N.K. Krupskaja und andere Bolschewiki in plombierten Eisenbahnwagen über die Grenze gefahren waren, um durch deutsches Territorium nach Russland zurückzukehren.

Die Informationen des Singener «Brückenkopfes» besagten, dass die Grenzüberschreitungen im Allgemeinen glatt vonstatten gingen. In dem schon erwähnten Brief Gerhard Wohlraths vom 1. Juni heisst es: «Alle Freunde, die von Frankreich und aus der Schweiz nach hier kommen, können wir hier legalisieren und innerhalb der Zone der Ersten Französischen Armee plazieren ... Wir erwarten also am Sonntag die anderen. Wenn irgend möglich, werde ich sie selbst in Empfang nehmen. Ernst (Eichelsdörfer – *H.T.*) wird am Sonntag wieder in Lindau (wo ebenfalls eine Schleuse geschaffen worden war – *H.T.*) sein.»

Als sich vier Rückkehrer nicht genau an ihre Verhaltensvorschriften hielten, wurden sie von französischen Posten verhaftet und ins Gefängnis gesperrt. Im Brief vom 10. Juni berichtet Gerhard Wohlrath dar-

über: «Sie waren tatsächlich in einer gefährlichen Lage. Ich habe nun freien Zutritt zum Gefängnis und kann in solchen Fällen helfend eingreifen.»<sup>9</sup>

Belastet wurde die Arbeit des «Brückenkopfes» dadurch, dass manche Internierte auf eigene Faust zurückkehrten, also nicht avisiert waren und keine Legitimation der Bewegung «Freies Deutschland» hatten, so dass sie schwer legalisiert werden konnten. Die Repatriierungskommission der KPD-Organisation sorgte nach diesen Vorfällen sehr streng dafür, dass die Verhaltensregeln genau eingehalten wurden.

Die Reihenfolge der illegalen Rückwanderungen war in Beschlüssen des Sekretariats der KPD-Organisation festgelegt worden. Es konnte erreicht werden, dass bis zum 15. Juli 1945 die meisten Kader, die im Plan vorgesehen waren, sicher nach Südbaden gelangten und von dort an ihre Bestimmungsorte weiterreisten.<sup>10</sup>

Ende Juni 1945 gingen zwei Sekretariatsmitglieder der KPD-Organisation, Bruno Fuhrmann und ich, über die «grüne Grenze», so dass vom Sekretariat nur Fritz Sperling in Zürich blieb. Aber auch er kehrte Mitte Juli nach Deutschland zurück, und die verantwortliche Leitung ging gemäss dem Beschluss vom 10. Mai an Wolfgang Langhoff, Paul Meuter und Rudi Singer über.

Mit dem Grenzübertritt bei Gottmadingen hörten also auch wir auf, Emigranten zu sein, aber noch fungierten wir als Sekretariatsmitglieder der Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz. In dieser Eigenschaft durchreisten wir Süddeutschland. Von Singen begaben wir uns nach Tuttlingen, dann weiter nach Schwemmingen, Stuttgart und Frankfurt (Main). An allen Orten sammelten wir Informationen, hielten Versammlungen der KPD-Gruppen ab und gaben Empfehlungen für die Lösung der nächsten Aufgaben. Genosse Fuhrmann und ich überzeugten uns davon, dass eine Leitungsarbeit vom Ausland her, abgesehen von der Herstellung publizistischen Materials und der Organisierung materieller Hilfe, in kurzer Frist überflüssig sein würde, weil nunmehr die Parteiorgane im Lande, vor allem die Bezirksleitungen, als kompetente Weisungsorgane entstanden. Daher schrieben wir am 14. Juli 1945 von Frankfurt (Main) aus an Wolfgang Langhoff, dass die notwendigen Arbeiten in der Schweiz zwar zu sichern seien, aber alle entbehrlichen Freunde schnellstens in die Heimat zurückgeführt werden müssten. Auch an Wolfgang Langhoff

wurde die Empfehlung gerichtet, sich in der Schweiz bald entbehrlich zu machen.<sup>11</sup>

Ende Oktober 1945 konnte auch Wolfgang Langhoff zurückkehren. Als letzte Veranstaltung führte er am 10. Oktober im Saal des Lokals «Kaufleuten» in Zürich unter dem Motto «Die Stimme, die nie verstummt» einen Abend zur deutschen Freiheitsdichtung durch. Die etwa 800 Teilnehmer waren begeistert.

Bruno Fuhrmann und ich, die wir uns laut Beschluss von Frankfurt (Main) nach Berlin begeben hatten, erstatteten dem Politbüro des ZK der KPD Bericht über die Partearbeit in der Schweiz und in Süddeutschland. Daraufhin entschied das Politbüro, dass ich sofort als Chefredakteur des wenige Tage zuvor gegründeten Zentralorgans der Partei, «Deutsche Volkszeitung», und Bruno Fuhrmann als Instrukteur des Politbüros für Süddeutschland eingesetzt würde.

Die Partearbeit vom Ausland her wurde also allmählich eingestellt. Geblieben war für die ersten Nachkriegsmonate die publizistische Hilfe von der Schweiz aus für Süddeutschland, und geblieben war auf einigen Gebieten die Tätigkeit der Bewegung «Freies Deutschland». Die Grenzarbeit musste noch intakt bleiben, um weitere illegale Repatriierungen, die infolge der veränderten Zusammensetzung der französischen Besatzungsorgane erschwert worden waren, vorzunehmen und den geheimen Transport von Druckmaterial und Hilfssendungen zu sichern. All das ging glatt, bis auf ein Missgeschick, das der schweizerischen Kommunistin Käthe Hempel (Wohlath) widerfuhr: Sie wurde im August 1945 beim Zeitungstransport von Schweizer Grenzsoldaten ergriffen und vom Territorialkommando 6, das der Reaktionär Oberst Bucher leitete, verurteilt. Zwar musste die Verurteilte nur einen Tag im Gefängnis verbringen, aber schandbar war der Fall für die Schweizer Behörden dennoch. Die Schaffhausener Bürgerin hatte sich während des Freiheitskrieges in Spanien als Sanitäterin in vorderster Linie an der Aragonfront und während des faschistischen Bombenhagels auf Madrid als Heldin ausgezeichnet. Statt stolz auf eine solche Tochter des Schweizer Volkes zu sein, wurde sie in den Augen der amtlichen Schweizer «Demokratie» noch nach Kriegsende straffällig wegen antifaschistischer Tätigkeit.

Alle behördlichen Schikanen und Behinderungen nutzten nichts: Die Emigranten fanden den Weg in die Heimat. Unter denen, die noch

im Mai 1945 zurückkehrten, wären die bewährten Funktionäre Wilfred Acker, Karl Bauer, Emmy und Richard Binder, Walter Fisch, Stephan Hermlin, Karl Kunde, Karl Lehnen, Jo Mihaly, Dr. Heinz Mode, Albert Reuchlen, Friedrich Schlotterbeck, Rudi Welsch. Das Wort von Johannes R. Becher: «Dir, Deutschland, galt mein einziges Bemühen, vom Morgendämmern bis zum Abendglühen», war auch gültig für die aus dem Schweizer Exil zurückgekehrten Kämpfer. Sie waren wieder in der Heimat, für deren Befreiung sie ihre Kräfte auf fremder Erde eingesetzt hatten.

### **Die Centrale Sanitaire Suisse und die grossherzige schweizerische Solidarität**

Die Arbeit für Süddeutschland auch in den Wochen und Monaten nach der Kapitulation des Hitlerregimes wäre der KPD-Organisation in der Schweiz allein trotz allen Kraftaufwandes nicht möglich gewesen; sie bedurfte weiterhin der Hilfe schweizerischer Antifaschisten. Zu den sehr verdienstvollen Helfern gehörte die Centrale Sanitaire Suisse. Diese schon mehrmals erwähnte Hilfsorganisation war 1936 anlässlich des nationalrevolutionären Krieges in Spanien von kommunistischen und anderen fortschrittlichen Ärzten gegründet worden. Nach dem Besuch ihres Präsidenten, Dr. Hans von Fischer, in Spanien lieferte die CSS dem ersten vom Faschismus überfallenen Land Spitaleinrichtungen, Ambulanzautos, Medikamente und Lebensmittel. Seitdem hatte die Hilfstätigkeit der CSS nicht aufgehört: Sie unterstützte Antifaschisten aller Nationalitäten in den südfranzösischen Konzentrationslagern, politische Gefangene in Francospanien, die französischen Maquisards, die italienischen Partisanen, die Soldaten der jugoslawischen Befreiungsarmee. «Die CSS griff überall da helfend ein, wo das Rote Kreuz, das an die Genfer Konvention gebunden ist, nicht eingreifen konnte, also Freiheitskämpfern, Partisanen und freiheitlichen Widerstandsbewegungen gegenüber.»<sup>12</sup>

Die CSS gab ein regelmässig erscheinendes «Bulletin» heraus und verbreitete zu ihren verschiedenen Aktionen derart wirksam geschriebene und oft bebilderte Flugblätter, dass die Geldsammlungen beachtliche Summen erbrachten.<sup>13</sup> Aus diesem Fonds gewährte die CSS Un-

terstützung für deutsche Funktionäre, die schon vor Kriegsende zur illegalen Arbeit nach Süddeutschland zurückgingen. Unterstützungsgesuche seitens der KPD-Parteiorganisation und der Bewegung «Freies Deutschland» an die CSS waren nie vergebens.

Am 26. April 1945 richtete das «Freie Deutschland» an die CSS folgende Bitte: «Wir benötigen unmittelbar für 20 Freunde eine Notausrüstung an Medikamenten, Verbandstoffen, Vitaminpräparaten, Insektenpulver zum Imprägnieren der Wäsche etc.»<sup>14</sup>

Diese Bitte wurde sofort erfüllt, ebenso jeder weitere Antrag. Bei den Gegenständen handelte es sich um gut zusammengestellte Apotheken, um Schlafsäcke, Sturmjacken, Rucksäcke und andere dringend benötigte Dinge.

Allein die beiden erhalten gebliebenen Listen von Rückkehrern, die am 29. Mai und am 12. Juni solche Ausstattungen bekamen, zählen über 30 Namen. Tatsächlich wurden alle illegalen Heimkehrer derart durch die CSS ausgerüstet. Es waren zudem nicht nur Deutsche, denen diese grosse Hilfe zuteil wurde, sondern auch Österreicher, Jugoslawen und Antifaschisten anderer Nationen.

Zur Versorgung der Rückkehrer gehörten auch deutsches Geld und – das war wichtig – Objekte, die gegen Lebensmittel getauscht werden konnten, wie Seife, Zigaretten, Taschenlampen, Uhren. Auch da half die CSS.

Eine weitere sehr wertvolle Hilfe leistete die CSS dadurch, dass sie auf eigene Initiative Schutzimpfungen der Rückkehrer durchführte. In Zürich waren es Dr. Hans von Fischer, Dr. Kurt Siegfried, Dr. Volker Scheu und Frau Dr. Hanni Münger, die kostenlos die Impfungen vornahmen. Auch in Basel konnten sich Rückkehrer gegen Pocken, Diphtherie, Thyphus, Parathyphus und Tetanus impfen lassen.

Soweit handelte es sich um die materielle Versorgung der Rückkehrer. Es musste aber auch praktische Hilfe für möglichst breite Kreise der Notleidenden in Süddeutschland geleistet werden. Weil dafür weder das sozialdemokratische Arbeiterhilfswerk noch andere Hilfsorganisationen, noch das «Demokratische Deutschland» Interesse zeigten, wurde von der Bewegung «Freies Deutschland» ein eigenes Hilfskomitee gebildet und von schweizerischen Kommunisten auf Initiative von Edgar Woog im Frühjahr 1945 die Koordinationsstelle für Nachkriegshilfe geschaffen. Für die vielen Schweizer, die

an dieser Stelle ausserordentliche Tatkraft bewiesen, sei stellvertretend nur Lydia Hug genannt. Innerhalb der Bewegung «Freies Deutschland» wurde unter Leitung von Renate Langhoff die sogenannte Frauenhilfsaktion ins Leben gerufen. Diese Einrichtungen arbeiteten im engsten Einvernehmen mit der CSS. Sie stellte ihren Organisationsapparat zur Verfügung, in dem Harry Herz und Dr. Heinz Fliess, Leitungsmitglieder unserer Bewegung, Sekretäre wurden. Das Zusammenspiel dieser Einrichtungen hat sich sehr bewährt. Sie sammelten Geld und Kleidung; die Frauengruppe des «Freien Deutschland» richtete Näh- und Flickstuben ein, um die Kleidungsstücke in guten Zustand zu bringen.<sup>15</sup>

Obwohl die Verhandlungen mit den Behörden um Zulassung der Transporte sehr schwierig waren, führten sie schliesslich doch zum Erfolg. Die Augustausgabe des «Freien Deutschland» konnte berief ..i, uass der erste Transport für Schwemmingen abgegangen war.<sup>16</sup> Die Sendung bestand aus Medikamenten, Käse und milderen Lebensmitteln im Werte von 3'000 Schweizer Franken. In dem Bericht des «Freien Deutschland» heisst es weiter: «Da der Transport. . . über Lörrach ging, stellte der dortige Bürgermeister den Antrag, auch der notleidenden Lörracher Bevölkerung eine entsprechende Hilfe zukommen zu lassen.» Lörrach erhielt daraufhin eine Käsesendung. «Wir haben uns gleichzeitig entschlossen, einen Teil des von einer Basler Firma für Lörrach gelieferten Gemüses auf unsere Rechnung zu übernehmen.» Dadurch wurde eine zusätzliche Hilfe im Werte von 3'000 Franken geleistet. Abschliessend heisst es in dem Bericht: «Die Verteilung der Lebensmittel und Medikamente in Schwemmingen wird durch die dortigen Vertrauensleute des ‚Freien Deutschland‘ vorgenommen.»

Es folgten Sendungen von ansehnlichem Wert und Umfang in verschiedene Orte und mehrfach nach Stuttgart, wo die Exemigranten Friedrich Schlotterbeck und Rudi Welsch ein neues Rotes Kreuz aufzubauen begannen. «In diesen Tagen wird abermals eine Sendung von zwanzig Kisten mit Kleidern und Wäsche, die durch unsere Frauenhilfsaktion gesammelt wurden, nach Deutschland abgehen.» So meldete das «Freie Deutschland» in seiner Ausgabe vom Oktober 1945.

Die CSS hat mit ihrer umfangreichen Hilfe in engster Zusammenarbeit mit der Bewegung «Freies Deutschland» und der Koordina-

tionsstelle für Nachkriegshilfe Grosses geleistet und sich hohe Anerkennung und bleibenden Dank erworben. Als ihr Präsident, Dr. Hans von Fischer, in Stuttgart weilte, gab er der «Stuttgarter Zeitung» auf die Frage, was ihn nach Stuttgart geführt habe, zur Antwort: «Der Wunsch weiter demokratischer und fortschrittlicher Kreise in der Schweiz, besonders der Arbeiter, den Verfolgten von gestern in Deutschland als den Erbauern der Zukunft moralische und materielle Hilfe zu bringen. Die deutschen Antifaschisten sollen in unserer Hilfe ein Zeichen der lebendig gebliebenen internationalen Solidarität erblicken.»<sup>17</sup>

Eine bedeutende Hilfe, die sogleich nach der Kapitulation gemeinsam von der Bewegung «Freies Deutschland» und von Schweizer Bürgern geleistet wurde, bestand in der Lieferung umfangreicher Bestände antifaschistischer Bücher nach Singen. Bernhard Kuderer hatte in einer Strasse, die soeben aus Adolf-Hitler-Strasse in August-Ruf-Strasse umbenannt worden war, einen Laden gemietet. (Der 73jährige Pfarrer Ruf war wegen seiner antifaschistischen Tätigkeit im Hitlerkerker gequält worden und kurz nach seiner Befreiung gestorben.) Dieser Laden diente für die ersten Übernachtungen der Rückkehrer als Quartier, zugleich wurde er eine Lesestube. «Im Strassenbild fällt die neuerrichtete Lesestube auf, deren Schaufenster die Passanten an sich zieht. Es prangen darin die noch bis vor Kurzem verfeimten marxistischen Bücher.» So schreibt Suse Kuderer in ihren Erinnerungen.<sup>18</sup>

Ein Teil dieser Bücher stammte aus dem Nachlass von Max Madalena, der, in Singen beheimatet, am 4. Juni 1937 von der Nazijustiz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden und nach achtjähriger Haft im Zuchthaus Brandenburg gestorben war. Der grösste Teil der Bücher aber kam von Spendern in der Schweiz. Alle Büchertransporte nahmen den Weg der Rückkehrer über die «grüne Grenze» und gelangten verlustlos in die Lesestube. Diese Lesestube entwickelte sich sehr bald zu einer antifaschistischen Buchhandlung – der ersten ganz Süddeutschlands. Darüber hinaus wurde sie in den Händen von Bernhard und Suse Kuderer zum zentralen Buchversand für ganz Württemberg-Baden und blieb es für viele Jahre. Büchersendungen gingen auch in andere süddeutsche Städte. Bis Ende August 1945 waren bereits mehr als 3'000 Bände verschickt worden, die den Grundbestand neuer Bücherstuben bildeten.<sup>19</sup>

## Neugründung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger

Die steten Bemühungen der in der Bewegung «Freies Deutschland» tätigen deutschen Schriftsteller um die Vereinigung aller fortschrittlichen Literaturschaffenden führten im Mai 1945 zu einem bedeutsamen Erfolg: Eine grosse Anzahl der etwa 180 in die Schweiz emigrierten deutschen Schriftsteller fand sich am 25. Mai – zwei Tage vor der zweiten Landeskonferenz der Bewegung «Freies Deutschland» – in Zürich zusammen, um den Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der von den Nazis 1933 zerschlagen worden war, aber in Prag, Brüssel, London und in den LISA noch einige Jahre existierte, neu zu gründen. Die Bedeutung dieses Ereignisses erklärt sich aus der Tatsache, dass viele emigrierte Schriftsteller sehr isoliert lebten, sich individualistisch abgekapselt hatten, rückwärts schauend das durch die nazistische Kulturbarbarei Verlorene betrauertem und erst mit der Wende des Krieges, seit der Schlacht von Stalingrad, Hoffnung auf eine Zukunft für die deutsche Kultur und Literatur schöpften. Dank zäher Kleinarbeit der militanten antifaschistischen Literaturschaffenden war es nun so weit, dass einige Dutzend erstmalig beisammensassen und als Gäste auch Vertreter des Schweizer Schriftstellervereins zugegen waren, der in vergangenen Jahren den emigrierten Schriftstellern hauptsächlich aus Konkurrenzangst nicht besonders freundlich gesinnt gewesen war.

Die versammelten Schriftsteller beschlossen die Neugründung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller. Sie fügten die Bezeichnung «Sektion Schweiz» hinzu, weil sie die baldige Wiedererstehung des Schutzverbandes im befreiten Heimatland erwarteten. Die Aufgaben des Schutzverbandes wurden nach reger Aussprache in einer Resolution festgelegt, in der es heisst: «Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller in der Schweiz hat sich die Aufgabe gestellt, alle deutschen Schriftsteller in der Schweiz zu erfassen, die nachweislich weder aktiv noch passiv den Nationalsozialismus unterstützt haben. Er hat das Ziel, dem durch den Nationalsozialismus geschädigten deutschen Schrifttum wieder zu Wert und Ehre zu verhelfen. Zu diesem Zweck übernimmt er die Verpflichtung, zur Tilgung der ideologi-

schen Überreste des Faschismus im deutschen Schrifttum beizutragen. Ei unterstützt alle fortschrittlichen und freiheitlichen Bestrebungen im neuen Deutschland und verpflichtet sich, das Geisteserbe des klassischen deutschen Humanismus zu wahren und fortzuentwickeln. Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller in der Schweiz betrachtet sich ausserdem als eine Sektion des Berufsverbandes, der im neuen Deutschland zur Wahrung der Interessen der Schriftsteller reorganisiert werden wird. Er pflegt aufs engste freundschaftliche Beziehungen zu den Berufsverbänden anderer Länder und dient auf diese Weise dem hohen Gedanken der Völkerverständigung, des Friedens und der Freiheit.»<sup>20</sup>

Zum Präsidenten wurde der 68jährige Dramatiker und Dichter Georg Kaiser gewählt, ein weltbekannter Bühnenautor, der etwa 60 gesellschaftskritische Bühnenstücke geschrieben hatte, von denen nicht wenige im Zürcher Schauspielhaus – zuletzt «Der Soldat Tanaka» und «Amphitryon» – aufgeführt wurden. Vorstandsmitglieder waren für die Zürcher Region Jo Mihaly, Bruno Schönlink, Stephan Hermlin und Hans Mayer; für die Basler Region Alexander M. Frey; für die Westschweiz Ernst Iros; für den Tessin Walter Fabian, Arthur Heye und Berthold Wolf. Sekretärin des Schutzverbandes wurde die Schriftstellerin Jo Mihaly, die Frau des Schauspielers und Regisseurs Leonard Steckel, die sich – wie schon bei der Vorbereitung der Gründung des Verbandes – mit grossem Eifer und organisatorischem Geschick dieser Arbeit widmete.

Am 5. Juli ereilte Georg Kaiser, als er sich anschickte, von Ascona nach Zürich zur Erledigung von Verbandsarbeiten zu reisen, der Tod. Die gesamte deutsche und internationale Kulturwelt erlitt einen schmerzlichen Verlust. Die Verbandsarbeit durfte durch den plötzlichen Tod des Präsidenten keine Unterbrechung erfahren; sie wurde fortgesetzt. Dies fand seinen sichtbaren Ausdruck darin, dass der Schutzverband durch umfangreiche Bücherspenden für die ersten Lesestuben in Süddeutschland unmittelbare Hilfe beim kulturellen Aufbau in der Heimat leistete.

Nachdem im Oktober 1945 im Sozialheim Walzenhausen 45 Schriftsteller eine einwöchige Beratung über «Aufgaben des Schriftstellers in der Gegenwart» durchgeführt hatten und danach mehr und mehr von ihnen in die deutsche Heimat zurückkehrten. Jo Mihaly un-

ter den ersten, endete das kurze, aber sinnvolle Kapitel des SDS im Schweizer Exilland.

Die Initiative für die Neugründung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GDBA) ging von den kommunistischen Emigranten am Zürcher Schauspielhaus aus. Die emigrierten Schauspieler und andere Bühnenarbeiter, Deutsche und Österreicher, hatten mit Schweizer Kollegen das Schauspielhaus zur bedeutendsten deutschsprachigen Bühne aller Länder gemacht und diesem Theater Weltruf verschafft. Sie hatten in materieller Unsicherheit, unter ständigen Schikanen der Behörden und unter schweren Arbeitsbedingungen, die ihnen eine Premiere pro Woche abverlangten (!), die Kraft zu aktiver politischer Tätigkeit über Zürich hinaus, besonders in den Interniertenlagern, aufgebracht. Und nun hatten sie sich auch dieses Verdienst im gewerkschaftlichen Leben erworben. Nach der Niederlage des Hitlerfaschismus schufen die Bühnenschaffenden des Zürcher Schauspielhauses einen Lokalverband der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Die Berichte über den Beginn des Kulturlebens und über die Arbeit der mit grossen Rechten versehenen freien Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone gaben hierzu den entscheidenden Anstoss.

Der Lokalverband des Schauspielhauses erliess einen Aufruf an alle ehemaligen Mitglieder und Freunde der Genossenschaft, die 1871 in Weimar gegründet und von den braunen Gwalthabern 1933 zerschlagen worden war, den Verband wieder ins Leben zu rufen. Der Aufruf, von Prominenten der Bühnenkunst unterzeichnet, ist besonders bemerkenswert, weil er auf die Arbeit im Heimatland gerichtet war. Darin ist zu lesen: «Wer von der Notwendigkeit der Wiedererrichtung unserer alten, freien Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger überzeugt ist – wer nach wie vor von der Bedeutung einer freien deutschen Bühne für den kulturellen Aufbau, die demokratische Erziehung, für die geistige Stärkung und sittliche Erhebung aller nach Selbsterkenntnis und Freiheit strebenden Deutschen durchdrungen ist, . . . wer trotz drohender Hungersnot, Wohnungsnot, Seuchengefahr und anderer unvorstellbarer materieller und geistiger Schwierigkeiten bereit ist, – sei es schon morgen oder in der nächsten Zukunft – auf den Trümmerstätten der deutschen Theater an der Wiedererweckung deutschen Bühnenlebens tätig mitzuwirken, . . . den bittet der unter-

zeichnete Lokalverband um eine Zustimmung- oder Beitrittserklärung mit kurzer Angabe seiner Daten ...

Lokalverband Schauspielhaus Zürich

Wolfgang Langhoff, Angelika Arndts, Paul Baschwitz, Maria Becker, Irene Brunner, Therese Giehse, Ernst Ginsberg, Dr. Kurt Hirschfeld, Kurt Horwitz, Teo Otto, Erwin Parker, Hortense Raky, Leonard Steckel»<sup>21</sup>

Bis zum 30. Juli 1945 waren bereits 82 der in der Schweiz lebenden Bühnenkünstler erfasst. Auf Grund der guten Resonanz des Aufrufs konnte am 15. Oktober 1945 eine Versammlung der Vereinigung zur Wiedergründung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in Zürich durchgeführt werden. Die Versammlung, die Wolfgang Langhoff und Teo Otto zu Präsidenten der Organisation wählte, beschloss, für süddeutsche Bühnen Soforthilfe zu leisten. Eiligst wurden Sendungen für München und Stuttgart zusammengestellt, die Text- und Notenmaterial, Bühnenbilder, Kostüme und vielerlei Requisiten enthielten.

Nicht lange dauerte es, bis von den Bühnenkünstlern einer nach dem andern das Exilland verliess, um wieder auf heimatlichem Boden zu sein und beim Aufbau der antifaschistischen deutschen Nationalkultur mitzuwirken. Wolfgang Langhoff hat – wie schon berichtet – bereits Ende Oktober 1945 die Schweiz verlassen. Er kehrte nach Düsseldorf zurück, wo er 1933 in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet und für 13 Monate in die Konzentrationslager Bürgermoor und Lichtenburg geworfen worden war. In Düsseldorf war Langhoff Generalintendant der Städtischen Bühnen; bald darauf wurde er als Intendant an das Deutsche Theater nach Berlin berufen.

Das Zürcher Schauspielhaus, von den meisten seiner Schauspielerflüchtlinge verlassen, hörte damit weitgehend auf, die weltberühmte Bühne zu sein, die es durch die emigrierten Künstler gewesen war. Auch Schauspieler anderer Bühnen, so Fritz und Martha Diez aus St. Gallen und Friedel Nowack aus Bern, kehrten nach Deutschland zurück.

## Neue Aufgaben der antifaschistischen Publizistik und die Versammlungskampagne

Die bei der Leitung der KPD in Zürich über verschiedene Kanäle ein-  
treffenden Berichte und Meldungen aus Württemberg- Baden, Bayern  
und Hessen gaben ein deutliches Bild der Lage in der französischen  
und der amerikanischen Besatzungszone. Hinzu kamen zahlreiche In-  
formationen aus Berlin, Sachsen und anderen Teilen der sowjetischen  
Besatzungszone. Der Vergleich machte deutlich, dass die antifaschis-  
tischen Aktivisten überall zur Überwindung des Chaos Hand anleg-  
ten, dass sich aber die westlichen Besatzungsmächte und die sowjeti-  
sche Besatzungsmacht sehr unterschiedlich verhielten: im Westen mit  
«demokratischen» Phrasen bemäntelte Behinderung der Volksinitia-  
tive, im Osten dagegen Übertragung der Verantwortung an die demo-  
kratischen Kräfte. Im Wesen der Sache handelte es sich um Klassen-  
kampf, um die Rettung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit  
den Mitteln der bürgerlichen Demokratie einerseits und um die Er-  
richtung der antifaschistischen Ordnung mittels éditer Demokratie für  
das Volk, die eine Wiedergeburt des Imperialismus und Militarismus  
ausschloss, andererseits.

Angesichts dieser Lage ergaben sich in den Nachkriegsmonaten  
für die antifaschistische Publizistik neue politisch-ideologische Auf-  
gaben. Bei der Lektüre der Zeitschrift «Freies Deutschland» ist beein-  
druckend, wie gut sie informierte und wie treffend sie mit sicherem  
Weitblick kommentierte.

Die Ausgabe Nr. 6 vom Juni 1945 enthält einen vierspaltigen Ar-  
tikel unter der Überschrift «Berlins Auferstehung». Er beginnt mit  
den Worten: «Berlin lebt und erhebt sich aus dem Wust von Trüm-  
mern, Blut und Schande, in den es vom Naziregime gestürzt wurde.»  
Polemisch – auch gegen die Schweizer Monopoliistenpresse gerichtet  
– heisst es dann: «Hinter dem legendären ‚eisernen Vorhang‘, den  
eine eifersüchtige Journalistik als Popanz der Öffentlichkeit vorzau-  
berte, um den Eindruck geheimnisvoller Gewalttaten zu erwecken,  
hat sich etwas abgespielt, was sich nicht scheuen muss, ins helle Licht  
zu treten. In wenigen Wochen nach der Eroberung der Grossstadt hat  
eine alliierte Besatzungsmacht der ganzen Welt gezeigt, *welch, wahr-  
er Sinn in den Beschlüssen von Teheran und Jalta steckt und wie  
allein ihre sinnvolle Anwendung zur Vernichtung des Nationalsozia-*

*lismus mit der Wurzel erfolgen kann . . .* Mit Erleichterung und Befriedigung vernahmen wir alle die ersten Meldungen über das Auftreten der Berliner Bevölkerung als selbständiges politisches Element, das in den Endkampf zwischen den Naziarmeen und den Sowjetstreitkräften aktiv eingriff und sich unmittelbar nach dem Ende der Kämpfe unverdrossen an die Arbeit des Wiederaufbaus machte ... Die Männer und Gruppen der antifaschistischen Widerstandsbewegung traten nunmehr offen auf. Der *Berliner Volksausschuss*, ihr Zentralorgan, trat mit dem russischen Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, politischem Verwaltungsbeauftragten der Heeresgruppe Shukow, in Verbindung und stellte sich ihm zur Verfügung. Sofort nach dem Verstummen des Schlachtenlärms griff Bersarin energisch ein.»

Der Artikel zählt Tatsachen auf Tatsachen auf, die zeigten, was Teile der Bevölkerung zur Wiederherstellung des Verkehrs, der Gasversorgung, der Lebensmittelbelieferung und auch auf dem Gebiet der Kultur – geleitet von Kommunisten und anderen Antifaschisten und Hand in Hand mit den sowjetischen Kommandeuren und Soldaten – leisteten. In dem Beitrag werden die Mitglieder des Mitte Mai gebildeten antifaschistischen Berliner Magistrats genannt. Weiter ist in dem Artikel zu lesen: «Im Augenblick . . . trifft die Nachricht ein, dass in der gesamten Ostzone, einschliesslich Berlin (durch Befehl der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 – *H.T.*), sämtliche *antifaschistischen* politischen Parteien gestattet sind, die Freien Gewerkschaften sich überall wieder organisieren können, ... dass antifaschistische Kultur- und Bildungsorganisationen wieder zugelassen werden.» Der Artikel hebt hervor, welch enorme Bedeutung diese Entscheidung für die Entwicklung eines demokratischen Deutschlands hat.

In Nummer 8 vom August 1945 ist unter der Überschrift «Antifaschistische Parteien und demokratischer Wiederaufbau» ein Artikel von Wolfgang Langhoff veröffentlicht, in dem einleitend festgestellt wird, dass sich schon die Umrisse der Hauptfronten in dem «Krieg um den Frieden» erkennen lassen, die sich nicht nur auf dem Boden des eroberten Nazireiches gegenüber treten, sondern sich mitten durch die Völker ziehen. In dem Artikel wird auf Machenschaften der Vertreter der Grossindustrie, des Junkertums und der noch nicht vernichtend geschlagenen Nazis in den westlichen Besat-

zungszonen hingewiesen und auf die Frage, wieso das möglich sei, die Antwort gegeben: «Unseres Erachtens ist einer der Gründe die von Amerika, England und Frankreich über das deutsche Volk verhängte ‚politische Quarantäne‘, das Verbot jeder Parteibildung und die noch mangelhafte Zusammenarbeit mit den antifaschistischen Volkskräften.»

Der Artikel schliesst mit folgenden treffenden Feststellungen: «Die Entwicklung Deutschlands zu einer wahren Demokratie . . . kann nur durch die Zulassung einer freien Meinungs- und Willensbildung im Rahmen von antifaschistischen, demokratischen Parteien eingeleitet werden. Diese Parteien allein bilden die Kristallisationspunkte, um die herum sich alle aufbauwilligen, verantwortungsbewussten Kräfte Deutschlands sammeln können. Sie allein sind in der Lage, den Nationalsozialismus und Militarismus in seinen verstecktesten Winkeln aufzuspüren und die Kriegsverbrecher der Gerechtigkeit auszuliefern; sie allein können den Prozess der völligen Umkehr des deutschen Volkes von seinem bisherigen Wege beschleunigen, das Bewusstsein der Verantwortung wecken, die nationale Notwendigkeit von der freiwilligen Wiedergutmachung der den Völkern zugefügten Schäden ins Bewusstsein der Massen senken und den Willen zum Aufbau einer neuen und besseren Heimat entfachen. Sie allein können den Besatzungsmächten die Ruhe und Ordnung garantieren, die zum Wiederaufbau der zerstörten Produktion erforderlich sind, und jenes Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und dem deutschen Volke herstellen, ohne das der deutsche Faschismus zweifellos nach kurzer Zeit wieder sein Haupt erheben wird. Denn eine wahre, innere Umkehr des deutschen Volkes kann nur – so schwer und lange dauernd dieser Prozess auch sein wird – aus dem deutschen Volk selbst hervorgehen. In Erkenntnis dieser Lage wurde den deutschen antifaschistischen Parteien innerhalb der russischen Besatzungszone die Aufnahme ihrer Tätigkeit unter Kontrolle der Besatzungsmacht gestattet.»

In den westlichen Besatzungszonen hatten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten illegal gearbeitet. Bis ihre Parteien von den Militärverwaltungen zugelassen wurden, hatten die Kräfte der reaktionären Restauration schon bedeutend an Boden gewonnen. Erst am 27. August 1945 erliess die amerikanische Militärverwaltung eine Anordnung, derzufolge die Tätigkeit politischer Parteien – aber nur auf Kreisebene – erlaubt wurde. Die britische Militärverwaltung liess

politische Parteien erst ab 15. September 1945 zu und die französische noch später. Entsprechend verhielt es sich mit der Legalisierung der entstandenen Gewerkschaften.

In der sowjetischen Besatzungszone verlief die Geschichte wesentlich anders. Am 11. Juni 1945, das heisst einen Tag nach dem Befehl über die Zulassung der antifaschistischen Parteien, erliess bekanntlich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen programmatischen Aufruf zum Kampf um die Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, antifaschistisch-demokratischen Republik. Dieses Dokument, das ausgehend von den Lehren der Geschichte auf die Lebensfragen des deutschen Volkes die zeitgemässe Antwort gab, war das Programm für die antifaschistisch-demokratische Etappe der revolutionären Umwälzung in Deutschland. Es war deutsche Politik im besten Sinne des Wortes.

Das Programm war zu einer Stunde nach Zürich gelangt, als es gerade noch möglich war, es in der Ausgabe des «Freien Deutschland», die den Artikel zur Frage der Parteien brachte, zu veröffentlichen.<sup>22</sup> Die zehn Punkte, in denen das Programm der Bewegung «Freies Deutschland» der neuesten Situation entsprechend weiter konkretisiert war, bildeten wertvolles politisch-ideologisches Rüstzeug für alle antifaschistischen Kräfte. Neben der Veröffentlichung im «Freien Deutschland» wurde der Aufruf hektographiert in einer Reihe von Orten Süddeutschlands verbreitet.

Werfen wir einen Blick auf die nächste Ausgabe des «Freien Deutschland», die Nummer 9 vom September 1945, so beweist allein die Tatsache, dass diese Ausgabe als Sondernummer über München erschienen ist, die ausgezeichnete Informiertheit der Redaktion.

Im ersten Teil wird über den antifaschistischen Widerstand in der bayrischen Landeshauptstadt seit Kriegsbeginn berichtet; da ist unter anderem das Manifest der Münchner Studentenschaft vom Februar 1943 wiedergegeben, und es werden die Texte von Flugblättern vom Januar und Februar 1945 nachgedruckt, die zum Kampf gegen den Hitlerkrieg aufriefen.

Im zweiten Teil wird über die letzten Tage der Naziherrschaft und über den antifaschistischen Aufstandsversuch vom 29. April 1945 informiert, der durch Verrat des ehemaligen Freikorpsführers und faschistischen Reichsstatthalters von Bayern, Ritter von Epp, geschei-

tert war. In einem ergreifenden Bericht aus der Feder Oskar Müllers, der Häftling im Konzentrationslager Dachau gewesen war, wird dargestellt, wie es mutigen Häftlingen in letzter Minute gelang, die von der Massenabschlachtung durch die SS bedrohten Gefangenen zu retten und das Lager zu befreien.

Im dritten Teil werden die Ereignisse in den ersten Wochen nach der Besetzung geschildert. Sie machen die Härte und die Kompliziertheit des Neubeginns infolge der Haltung der amerikanischen Besatzer drastisch deutlich. Es wird mitgeteilt, dass führende Nazis schonend behandelt wurden. Radio München hatte bekanntgegeben, dass Engelhardt von der Bayrischen Bank, Butzengeiger von der Bayrischen Vereinsbank, von Rintelen von der Deutschen Bank, Dr. Pietsch, Besitzer der chemischen Werke Höllriegelskreuth, erster Geldgeber Hitlers und Nazi seit 1923, verhaftet seien. Die Zeitung enthüllt dagegen, dass sie sich in Wirklichkeit in Freiheit befanden. «In den Bayrischen Motorenwerken», so heisst es «wurde die alte Betriebsleitung, alles Nazis, vom Betriebs- und Wirtschaftsamt bestätigt. Als die Neueinstellung der Belegschaft vorgenommen wurde, wurden . . . nur Nazis eingestellt. In der ‚Agfa‘ geschah das gleiche, während in anderen Betrieben, so in der Fabrik Ratgeber, die Nazis aus dem Betrieb herausgeprügelt wurden ... In den breiten antinazistischen Kreisen wächst das Unbehagen.»

Es wird gleichzeitig über positive Vorgänge berichtet, zum Beispiel dies: «Im Komitee der Interessengemeinschaft für politisch Verfolgte (für alle Konzentrationslagerhäftlinge und Emigranten in der Frage der Betreuung zuständig) sitzt neben Kommunisten und Sozialdemokraten der Stadtpfarrer Muhler. Er stellt immer wieder die Frage nach der politischen Einheit aller antifaschistischen Kräfte. Und dass er sich nicht allein weiss unter den Katholiken, beweist seine sichere und eindeutige Haltung.»

Als Kernfrage wird die Einheitsaktion zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bezeichnet und mitgeteilt, dass in München zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten Verhandlungen stattfanden. Unter der Überschrift «Ein wichtiger Schritt zur Einheit» berichtet die Zeitung über die Plattformverhandlung vom 22. Juli 1945 zwischen Funktionären der KPD, der SPD und der Bayrischen Volkspartei, für die der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni als Grundlage

diente. (Auf dieses wichtige Ereignis wird an anderer Stelle noch eingegangen werden.)

Der vierte Teil informiert über die schleppend begonnene Säuberung der Betriebe von Nazis.

Der fünfte Teil schliesslich besteht aus dem Artikel über den Separatismus, der in der bayrischen Reaktion, aber auch in dem Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner und unter den amerikanischen Besatzern eifrige Wortführer fand. Mit prinzipieller Schärfe legt die Zeitung das Wesen des Separatismus dar und zeigt, dass er den Zweck verfolgt, die Reaktion zu festigen und den antifaschistischen, demokratischen Fortschritt durch Spaltung zu torpedieren. Es wird daran erinnert, dass ein Ritter von Epp, ein Hitler, ein Dr. Frick und andere führende Vertreter des Faschismus unter Bayerns Separatisten gedeihen konnten, und es wird gesagt: «Bayrischer Separatismus bedeutet Isolierung der bayrischen Arbeiterschaft, der Bauern und Intelligenz von den antifaschistischen Kraftzentren zum Nutzen des Imperialismus und Militarismus.»

Vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 tagte in Potsdam die Konferenz der Grossmächte der Antihitlerkoalition, die eindeutig festlegte, dass der deutsche Militarismus und Nazismus ausgerottet werden müsse, damit Deutschland niemals mehr einen Krieg entfesseln könne. Zu diesem Ereignis von Weltbedeutung brachte die Zeitschrift «Freies Deutschland» in ihren Ausgaben Nummer 10 und 11 vom Oktober und November 1945 umfangreiche Artikel, die das Abkommen ausführlich erläutern. Es werden die einzelnen Programmpunkte erörtert, deren Verwirklichung verhindere, dass Deutschland «wieder in die Arme neuer Hugenbergs, Brünings, Papens und Hindenburgs und damit neuer Hitlers» getrieben werden könne.

Das «Freie Deutschland» nahm grundsätzlich zu allen wichtigen Ereignissen in den Besatzungszonen Stellung. Zur demokratischen Bodenreform in der sowjetischen Zone veröffentlichte es in der Novemberausgabe einen ausgezeichneten Artikel aus der Feder von Emil Carlebach. Dieser weilte nach seiner Befreiung aus dem KZ Buchenwald in der sowjetischen Besatzungszone. Ausgehend von der infolge des Verrats der Bourgeoisie in der Revolution von 1848 nicht gelösten Bauernfrage, schildert Carlebach die Rolle der Junker Oldenburg-Januschau und Konsorten, die nun entmachteten wurden.

Anhand der praktischen Durchführung der Bodenreform wird bewiesen, dass sie eines der grössten Ereignisse in der deutschen Geschichte ist.

In allen Ausgaben der Zeitschrift waren zahlreiche und sehr genaue Berichte enthalten, die die Verhältnisse in Deutschland richtig widerspiegeln, so über die Ernährungs- und Wirtschaftslage, über die Anstrengungen der Arbeiter bei der Umstellung auf die Friedenswirtschaft, Informationen über die Entnazifizierung, über das sich in der sowjetischen Besatzungszone entwickelnde Kulturleben, über die Tätigkeit des Kulturbundes und das Erscheinen der Zeitschrift «Der Aufbau» einerseits sowie über die Behinderung der demokratischen Kulturschaffenden in Westdeutschland andererseits. Die Leser erfahren von der Grossveranstaltung zu Ehren der Opfer des Faschismus im Stadion Berlin-Neukölln, auf der der 9. September zum jährlichen Erinnerungstag an die Opfer des Faschismus erklärt wurde, und von Schändungen der Naziopfer durch reaktionäre Elemente in Dachau.

Um den Radius der politisch-ideologischen Arbeit zu erweitern, wurden auf Grund der Erfahrungen bisheriger Pressekonferenzen weitere derartige Veranstaltungen durchgeführt, so am 25. Juni, am 9. und 16. Juli, am 25. und 26. September 1945, und zwar in Zürich, Basel, Bern, Lausanne und Genf. Viele schweizerische Zeitungen haben über die Presseempfänge ausführlich berichtet.<sup>23</sup> In einem Bericht Wolfgang Langhoffs ist darüber zu lesen: «Diese Presseempfänge waren ein guter Erfolg für unsere Sache, besonders der letzte Presseempfang in Bern. Walter Gyssling leitete im Namen der Pressekommision die Empfänge und sprach auch in Bern an Stelle des verhinderten Dr. Abegg. Von der Leitung sprachen ferner C.L. Schmidt und W. Langhoff.»<sup>24</sup>

Das Interesse der schweizerischen Presse für Originalberichte aus Deutschland war so gewachsen, dass es das monatlich erscheinende «Freie Deutschland» und die «FD-Presseinformationen» nicht befriedigen konnten. Um der Situation gerecht zu werden, wurde ab Juli 1945 ein etwa vierzehntäglich erscheinendes Organ geschaffen: «Freies Deutschland – Mitteilungen». Es handelte sich um einen auf dem Vervielfältigungsapparat hergestellten, jeweils sieben bis zwölf Seiten umfassenden Nachrichtendienst, der im Abonnement bezogen werden konnte. Der Vorzug dieser etwa zehnmal erschienenen «Mit-

teilungen» bestand darin, dass verhältnismässig schnell authentische Nachrichten aus Deutschland verbreitet wurden.

Es darf gesagt werden, dass die in der journalistischen und publizistischen Arbeit des «Freien Deutschland» eingesetzten Kader alles taten, um der guten Sache des demokratischen Neuaufbaus Deutschlands vom Emigrationsland aus dienlich zu sein. Dabei ist zu beachten, dass die Anforderungen an sie höher wurden, weil infolge der zunehmenden Repatriierungen auch von Journalisten immer weniger Kräfte die Aufgaben bewältigen mussten.

Auch die Flüchtlingszeitung «Über die Grenzen» hat sich bis zur Abschiedsnummer Ende Dezember 1945 sehr verdient gemacht. In ausführlichen authentischen Beiträgen über Deutschland, über die Sowjetunion, über die Staaten, die sich in der Entwicklung zu Volkedemokratien befanden, und über andere Länder lieferte sie zuverlässige Informationen. Eine wichtige Funktion der Zeitschrift bestand darin, den Flüchtlingen bei ihrer Eingliederung in das gesellschaftliche Leben der Nachkriegszeit zu helfen und gegen bürokratische Schikanen anzukämpfen. Noch in ihrer Ausgabe Nr. 11 von Mitte September 1945 musste das Flüchtlingsorgan feststellen: «Nach wie vor gibt es den grössten Teil fremdenpolizeilicher Vorschriften und Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung der Flüchtlinge in die Nachkriegszeit.» In ihrer Abschiedsnummer konnte die Zeitschrift über frühere Redaktionsmitglieder, die bereits nach Deutschland zurückgekehrt waren, berichten: «Dr. Mode ist Vorsitzender der Bayrischen Künstlervereinigung in München, Stephan Hermlin Kulturredakteur an der ‚Frankfurter Rundschau‘, der Nachfolgerin der ‚Frankfurter Zeitung‘, Jo Mihaly ist zweite Vorsitzende der süddeutschen Kulturvereinigung...»

In den ersten Nachkriegsmonaten sind in der Schweiz nicht wenige Bücher erschienen, die den zweiten Weltkrieg, die Hitlerbarbarei und den antifaschistischen Widerstandskampf zum Inhalt haben. Grosse Bedeutung ist dabei den Veröffentlichungen kommunistischer Autoren beizumessen.

Im Juni 1945 wurde die Broschüre «Die Bewegung Freies Deutschland» herausgegeben; sie nennt keinen Autorennamen, stammt aber aus der Feder von Wolfgang Langhoff. Die Auflage von 7'000 Exemplaren war in wenigen Tagen ausverkauft. Die Schrift behandelt die Funktion der Bewegung «Freies Deutschland» und gibt

deren Entwicklung von der Gründung im August 1943 bis zum Kriegsende wieder. Im Anhang enthält die Broschüre Kurzbiographien der Vorstandsmitglieder der Bewegung «Freies Deutschland».

Friedrich Schlotterbeck, dessen sämtliche Familienangehörigen Ende 1944 von den faschistischen Mördern hingerichtet worden waren und der selbst dem Fallbeil nur entgangen war, weil er hatte in die Schweiz fliehen können, veröffentlichte das Buch «Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne». Dieses ergreifende Werk schildert die Leiden und die Grösse des deutschen Widerstandes.

Robert Leibbrand, der sechs Jahre im Konzentrationslager Buchenwald hatte verbringen müssen, war auf Einladung der Centrale Sanitaire Suisse nach Zürich gekommen. Er hatte umfangreiches authentisches Material aus dem Konzentrationslager mitgebracht. Auf der Grundlage dieses Tatsachenmaterials schrieb er das Buch «Buchenwald – lieber sterben als verraten»<sup>25</sup>. Der besondere Wert dieser Veröffentlichung besteht darin, dass Robert Leibbrand nicht nur von den Leiden der KZ- Häftlinge spricht, sondern in sachlicher Darstellung vor allem zeigt, wie auch im Konzentrationslager der Kampf gegen die faschistischen Gewalthaber fortgeführt wurde. Es wird geschildert, welche Kraft der internationalen Solidarität innewohnt und wie durch den Zusammenhalt der Naziopfer aus vielen Nationen die Schwachen zu Starken wurden.

So wurde nach Kriegsende von deutschen Emigranten – Journalisten und Publizisten – auf schweizerischem Boden der politisch-ideologische Kampf für das antifaschistische, demokratische Deutschland geführt.

Parallel mit der journalistisch-publizistischen Arbeit lief die angestrengte Tätigkeit der Bewegung «Freies Deutschland» während der ersten Nachkriegsmonate auch in allen anderen Bereichen weiter. Bedeutsam waren die politisch-ideologische Propaganda und Agitation in Versammlungen, die kulturelle Arbeit in den Städten und Flüchtlingslagern, von denen es zu dieser Zeit immer noch Dutzende gab.

Gross war die Zahl der öffentlichen Veranstaltungen. Am 31. Mai 1945 dirigierte Arthur Goldschmidt in der Tonhalle in Zürich das Winterthurer Stadtorchester. Goldschmidt, einst Dirigent der Berliner

Philharmonie, war lange Zeit im Arbeitslager Birmensdorf gewesen; nun durfte er Mozart und Schubert wieder zu Gehör bringen. Das Konzert war ein künstlerischer Erfolg und ein Bekenntnis der Teilnehmer zu einem neuen Deutschland. Am 4. August sprach der Beauftragte der Bewegung «Freies Deutschland» Hennig in Davos vor vielen Deutschen über Kulturaufgaben, und vier Tage später referierte am gleichen Ort Gerhard Fuchs über die Aufgaben nach der Potsdamer Konferenz.

Am 5. August fand in Basel eine grosse Veranstaltung anlässlich des 50. Todestages von Friedrich Engels statt, auf der Bruno Kaiser in trefflichen Worten das Werk des Mitbegründers des wissenschaftlichen Sozialismus würdigte und anschliessend deutsche Freiheitsdichtungen von Goethe bis Brecht, Prosa und Gedichte aus verbrannten Büchern (Heine, Toller, Tucholsky, Feuchtwanger, Weinert, Becher) vorgetragen wurden. Zur gleichen Zeit wurde in Zürich die hauptsächlich von Bruno Kaiser gestaltete Friedrich-Engels-Ausstellung und in Basel eine Ausstellung mit Werken von Käthe Kollwitz (anlässlich ihres 78. Geburtstages) und von Ernst Barlach gezeigt.

Anfang August sprachen auf einer bedeutenden Veranstaltung in Montreux die Präsidiumsmitglieder der Bewegung «Freies Deutschland» Dr. Wilhelm Abegg und Charlotte von Kirschbaum sowie das Landesvorstandsmitglied Erich Bogen. Die eindrucksvolle Veranstaltung gewann der Ortsgruppe Montreux-Vevey eine Reihe neuer Mitglieder. Am 11. und 12. August fand in Hedingen ein Treffen von Flüchtlingsjugendlichen der Region Nordschweiz mit schweizerischen Jugendlichen statt. Dort sprachen Vertreter der Bewegung «Freies Deutschland» über das Hitlererbe und über die Nöte der deutschen Jugend. Die Veranstaltung war vom Geiste der internationalen Solidarität getragen, die, wie es in der Resolution heisst, «dem gemeinsamen demokratischen Wiederaufbau helfen und einen dritten Weltkrieg verhindern wird». Am 24. August gab es in Davos gleich zwei Versammlungen: Am Nachmittag sprachen die Präsidiumsmitglieder Dr. Wilhelm Abegg und Wolfgang Langhoff zu Patienten der Heilstätten, am Abend in der Deutschen Kolonie.

Aus den Veranstaltungen im September ragt ein zehntägiger Kongress heraus, auf dem die Repräsentanten der Bewegung «Freies Deutschland» eine bedeutende Rolle spielten; es handelt sich um den internationalen Filmkongress. Die Referate unserer Vertreter zeichne-

ten sich dadurch aus, dass überzeugend begründet wurde, warum jegliche humanistische Kunst als Waffe gegen die Reaktion, für den Fortschritt dienen müsse. Von der Bewegung «Freies Deutschland» sprachen neben anderen Slatan Dudow und Wolfgang Langhoff. Der Dokumentarfilm im kommenden Deutschland, so führte Langhoff unter starkem Beifall der Filmschaffenden aus, müsse auf einfache Weise das Leben, die Verflechtung von Ursache und Wirkung, beleuchten, damit die Massen zur Erkenntnis ihrer Verantwortung gelangten und so zu bewussten Schöpfern der Geschichte und Gestaltern des neuen Deutschlands würden.

Fast bis zum Jahresende 1945 setzte sich das vielfältige öffentliche Auftreten von Funktionären der Bewegung «Freies Deutschland» fort, obwohl ihre Zahl infolge der Repatriierung immer kleiner wurde.

### **Vom harten Kampf nach der Heimkehr**

Weil die Zahl der aus der Emigration zurückgekehrten Kommunisten und anderen Mitglieder der Bewegung «Freies Deutschland» immer grösser wurde und sie vereinbarungsgemäss schnell ausführliche Berichte nach Zürich lieferten, lagen der Leitung der KPD-Organisation ab Ende Mai 1945 dermassen viele authentische Informationen vor, dass sich von der Schweiz aus die Entwicklung in Süddeutschland genau verfolgen liess. Ist das bereits aus dem Überblick über die publizistische Tätigkeit erkennbar geworden, zeigt das nachfolgend anhand der Berichte gezeichnete Bild noch deutlicher, wie hart, kompliziert und wechselvoll der Kampf um die neue, antifaschistische Ordnung in Süddeutschland war.

#### ***Baden-Württemberg***

Die 20'000 Einwohner zählende Industriestadt *Singen*, die in der Weimarer Republik ein Vorposten der südbadischen Arbeiterbewegung war, hatte viele Opfer des faschistischen Terrors zu beklagen. Nach der Kapitulation zählte die Stadt allein über 90 befreite KZ-Häftlinge. Die alte Tradition der Arbeitersolidarität war nicht vernichtet und ein Grund dafür, dass sich Kommunisten und Sozialdemokraten sofort in einer Einheitsorganisation zusammenfanden, die

sich den Namen «Antinaziblock Freies Deutschland» gab. Ihre Geschäftsstelle war die schon erwähnte Bücherstube in der August-Ruf-Strasse.

«Die Arbeiter haben die Lehren aus der Vergangenheit gezogen: Die Einheit ist hergestellt, . . . Sozialdemokraten und Kommunisten sind Brüder und stehen Schulter an Schulter im Bemühen um die Errichtung eines freien, demokratischen Deutschland.» So heisst es in einem Bericht vom 27. Juni 1945. Walter Fisch hatte diese Tatsache bereits in seinem Bericht vom 6. Juni an die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz mitgeteilt.

Die Stadtverwaltung hatte folgende Zusammensetzung: fünf Stadträte des «Antinaziblocks» (davon drei Kommunisten und zwei Sozialdemokraten), drei parteilose Naziegner und vier Vertreter der ehemaligen Zentrumspartei. Der Kommunist Toni Reigel wurde zweiter Bürgermeister. 35 Mitglieder des «Antinaziblocks» wurden in die Polizei eingereiht. Aktive Nazis kamen ins Gefängnis; tagsüber mussten sie Aufbauarbeit leisten. Die französischen Besatzer hatten alle Radiogeräte beschlagnahmt und angeordnet, dass jeder Einwohner Bekleidung und Bettwäsche abzuliefern habe. Der «Antinaziblock» erreichte die Rückgabe von tausend Radioapparaten, die Antifaschisten erhielten; Bekleidung und Bettwäsche mussten nur die Nazis abgeben. Erreicht wurden weiterhin eine geregelte Versorgung mit Lebensmitteln und eine Zurückdrängung des Schwarzhandels.

Ein beachtlicher Erfolg waren die Gründungen von einheitlichen freien Gewerkschaften und die Bildung von Betriebsräten, und zwar zuerst in den drei schweizerischen Zweigbetrieben Maggi, Fidding und Aluminium. In den Betrieben wurde die gründliche Entnazifizierung durchgesetzt. Gleichzeitig mit den Aufräumungsarbeiten hatte man die Produktion in kleinem Umfang wiederaufgenommen. Die Bevölkerung war davon beeindruckt, dass nun das Aluminium nicht mehr für Kriegszwecke, sondern für Kochtöpfe verwendet wurde.

Es gab viele hoffnungsvolle Anfänge, aber das erneuerte französische Kommando verbot jede «Parteipropaganda», so dass die vereinten Kommunisten und Sozialdemokraten bald nicht mehr offen auftreten konnten. Die Franzosen setzten als ersten Bürgermeister einen klerikalen Reaktionär ein; die nazistischen Polizeioffiziere durften im Amt bleiben. Reaktionäre bürgerliche Kreise setzten antisowjetische

Gerichte in Umlauf, Vergehen von Zwangsarbeitern wurden erfunden oder tatsächlich vorgekommene Diebstähle aufgebauscht und den «Russen» in die Schuhe geschoben.

Es gab auch subjektive Mängel in der antifaschistischen Arbeit. So ging man nicht sofort daran, durch eine breite Volksfront auch andere Volksteile in die Arbeit einzubeziehen. Erst kritische Hinweise seitens der Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz führten zur Überwindung dieses Versäumnisses. «Die Aktivisten haben sich zum Ziele gesetzt, alle antinazistischen Teile organisatorisch zu erfassen, besonders also die katholischen Kreise», heisst es im Bericht vom 27. Juni.

Von Singen aus wurde die antifaschistische Aktivität im Bodenseegebiet sehr gefördert. Mit der Organisierung der Arbeit waren unter anderen die von der Schweiz aus eingesetzten erfahrenen Parteiarbeiter Karl Kunde und Hans Kukowitsch, der in Spanien gekämpft hatte, betraut worden; sie hatten sich in Konstanz niedergelassen. Die Erfolge waren im ganzen Bodenseegebiet anfänglich beachtlich.

In Stockadi war schon längere Zeit vor Kriegsende eine illegale Widerstandsorganisation deutscher Antifaschisten und französischer Zwangsarbeiter aktiv. Als sich die französischen Truppen der Stadt näherten, griff die Widerstandsorganisation in den Kampf ein. Diese Tatsache bewirkte ein gutes Verhältnis der französischen Besatzungsorgane zur Bevölkerung. Der Militärgouverneur erkannte die Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Sozialdemokraten und die örtlichen antifaschistischen Verwaltungsorgane an. Die Antifaschisten erhielten die Vollmacht, Verhaftungen von Nazis vorzunehmen.<sup>26</sup>

Für das gesamte Bodenseegebiet hatte ein siebenköpfiges Vertrauenskomitee, das sich den Namen «Antifaschistische Aktion» gab, ein «Programm aller Nazizegner» für die Gebiete Konstanz, Radolfzell, Singen, Überlingen, Meersburg, Friedrichshafen, Lindau und Bregenz ausgearbeitet. Sämtliche Punkte dieses Programms entsprachen dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni und des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni.<sup>27</sup>

Die erfolgreich begonnene «Antifaschistische Aktion» wurde ausserordentlich gehemmt, als am 5. Juli die antifaschistischen Besatzungstruppen durch reaktionäre abgelöst wurden. Die neuen Kommandeure des ganzen Gebietes errichteten ein strenges Regime. Woh-

nungen wurden massenweise beschlagnahmt und mussten von der Bevölkerung geräumt werden; die Lebensmittelversorgung verschlechterte sich. «Die politischen Parteien», so heisst es in einem Bericht, «die bis dahin durch Wortführer auftreten und mit den Besatzungsbehörden verhandeln konnten, mussten, zumindest soweit es sich um Sozialisten und Kommunisten handelt, untertauchen.»<sup>28</sup>

In *Konstanz* hatten die neuen Besatzer einen Dr. Leinert als kommissarischen Verbindungsmann zum antifaschistischen Block eingesetzt, der sich der Entfaltung der Bewegung mit ganzen Kräften widersetzte. Gegen seine Sabotage opponierten die Antifaschisten, unter ihnen auch der ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Grosshans, doch blieben nun die Möglichkeiten der Aktion begrenzt. Erfolgreich allerdings entwickelte sich in Konstanz die Gewerkschaftsarbeit. Ein Gewerkschaftsausschuss, bestehend aus drei Sozialdemokraten, drei Kommunisten und zwei Katholiken, der für die Gründung von Einheitsgewerkschaften eintrat, bildete in der Giesselei, dem zweitgrössten Betrieb in Konstanz, den ersten gewerkschaftlichen Betriebsausschuss.<sup>29</sup>

Aus *Tuttlingen* wurde folgendes bekannt: In dem Donaustädtchen litt die Bevölkerung grosse Not; es gab für eine ganze Woche pro Person nur 500 Gramm Brot. Die Betriebe arbeiteten nicht. Die französischen Besatzer hatten aus den Schuhfabriken und aus dem grossen Betrieb für medizinische Instrumente sämtliche Maschinen, Apparate, Materialien und Fertigfabrikate weggeschafft. Der Kommandant lehnte eine Zusammenarbeit mit Arbeitervertretern ab. Als erster Bürgermeister war ein rechtsstehender Katholik eingesetzt worden; der zweite war ein Sozialdemokrat. Weil aber zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein gutes Verhältnis bestand, war es möglich, dass sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten in der städtischen Verwaltung, so im Arbeitsamt, wirksam werden konnten. Es hatte sich als sehr nützlich erwiesen, dass die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz Albert Reuchlen rechtzeitig in seine Heimatstadt Tuttlingen zurückgeschickt hatte. Albert Reuchlen, der politisch gut gerüstet und informiert in seine Heimatstadt kam, vermochte dank seiner Autorität den Parteikadern die richtige Orientierung zu vermitteln, sektiererische Hemmnisse bei einigen Kommunisten zu

überwinden und eine genossenschaftliche Verbindung zu den Sozialdemokraten herzustellen.

Von Tuttlingen aus bestanden Verbindungen zu einer Reihe von Städten, sogar bis nach Mannheim, wo der aus der Schweiz zurückgekehrte KPD-Funktionär Karl Eiermann seine Tätigkeit aufgenommen hatte.

Die Situation in der Neckarstadt *Schwenningen* glich jener in Tuttlingen: Die Stadt hatte zwar ausser auf dem Bahngelände keine grossen Zerstörungen erlitten, die Not war aber sehr gross. Es mussten neben den 20'000 Einwohnern auch etwa 8'500 Zwangsarbeiter versorgt werden, was bei dem fast völlig daniederliegenden Verkehrswesen sehr schwer war. Die Betriebe arbeiteten nicht, denn sie waren von den französischen Besitzern völlig ausgeräumt worden.

Der Kommandant war ein reaktionärer Kolonialoffizier, der jede politische Tätigkeit untersagt hatte und keine Organisationen oder Komitees anerkannte. Er wollte nur mit einzelnen Personen zu tun haben. Eine solche Person war Paula Acker, die, wie schon vermerkt wurde, noch vor Kriegsende aus der Schweiz in ihre Heimatstadt zurückgekehrt war. Paula Acker war als Fürsorgerin eingesetzt worden, um Tausende von verelendeten Zwangsarbeitern zu betreuen. Das tat sie mit so gutem Erfolg, dass sie bei der Kommandantur Anerkennung fand. So war es ihr möglich, umfangreiche Kleider- und Wäscherequirierungen bei den nazistischen Fabrikanten und anderen Faschisten vornehmen zu lassen. Am 2. Juli wurde Paula Acker Leiterin des gesamten Wohlfahrtswesens der Stadt.

Als Wilfred Acker, ihr Lebensgefährte, Ende Mai aus der Schweiz in Schwenningen ankam, wurde auch er anerkannt. So war es ihm möglich, die Polizeistellen mit Antifaschisten zu besetzen. Die Zusammenarbeit der KPD-Ortsgruppe mit den Sozialdemokraten begann, allerdings erst nach Überwindung einiger Hemmungen sowohl bei Kommunisten wie bei Sozialdemokraten. Es hat sich hier wie vielerorts gezeigt, dass die Tätigkeit der aus der Emigration zurückgekehrten Funktionäre sehr nützlich war, denn sie konnten bei der politisch-ideologischen und organisatorischen Arbeit grosse Hilfe leisten.

Die einig handelnden Arbeiter erzielten manche Erfolge, aber die reaktionären Elemente blieben nicht untätig. Von der Besatzungsbehörde geduldet, konnten sie sich zusammenfinden, so die grossen Uh-

renfabrikanten, die sich jetzt Demokraten nannten und die Antifaschisten bei den Besatzungsbehörden denunzierten, um deren Eingliederung in die Verwaltungsorgane zu verhindern. Sie förderten geschickt eine infame Flüsterpropaganda. Sie hatte den Zweck, die Naziideologie zu retten und Revanchegedanken zu wecken. Die Vorfälle zeigten, wie notwendig eine umfassende antifaschistische Massenarbeit war.

Guter Kontakt bestand seit einiger Zeit zu den Anhängern der Bekennenden Kirche über den militanten antifaschistischen Pfarrer Dr. Weber. Er gehörte zu den 16 Bürgern, die am 21. April von der SS liquidiert werden sollten. Da am 20. April die französischen Panzer anrückten, waren die Todgeweihten gerettet. Darüber informierte Pfarrer Weber in seinem Brief vom 26. Mai 1945 Karl Barth in Basel.<sup>30</sup>

In diesem Brief teilte Pfarrer Weber seine Sorge darüber mit, dass das Verhalten der Besatzer bewirken könnte, dass der falsche Weg von 1918 eingeschlagen werde und «die gutwilligen Deutschen in die Arme eines Nihilismus oder die Unbelehrbaren – leider wird es auch solche bis auf Weiteres geben – in den Rausch eines wilden Nationalismus treiben würden». Nachdem Pfarrer Weber auf die Gefahren der Entwicklung hingewiesen hat, schreibt er weiter: «Dieses düstere Bild würde die Lage verzeichnen, wollte ich nun nicht auch einige hoffnungsvolle Lichter aufstecken. Es hat uns ganz stark berührt, . . . wenn Sie schreiben, dass leibhaftige Kommunisten in Ihrem Studierzimmer ein und aus gehen. Dasselbe ist nämlich hier geschehen. In den ersten Tagen nach dem Einmarsch kamen etliche Kommunisten zu mir, weil sie einfach das Bedürfnis hatten, mit Menschen die Lage durchzusprechen und zusammen zu sein, die sich nicht haben unterpflügen lassen. Und inzwischen waren sie immer wieder bei mir. Wir wissen uns bei aller Verschiedenheit des letzten Ausgangspunktes in sehr vielen Dingen mit ihnen einig und sehen die Notwendigkeit, mit allen, die nicht vom Taumelkelch getrunken haben, zusammenzustehen und zu tun, was jetzt eben uns vor die Füße gelegt wird. Es ist ein verheissungsvolles Zeichen, wenn Menschen der Kirche und Kommunisten die alten Schablonen hinter sich lassen und sich als Mensch zu Mensch in einer gemeinsamen Verantwortung finden.»

Es sei hier erwähnt, dass sich etwas später auch Pastor Niemöller mit Kommunisten traf. In seinem Brief vom 2. August 1945 an Karl

Barth teilte er mit, dass er an ebendiesem Tage Fritz Sperling und seine Freunde bei sich in Frankfurt (Main) habe.<sup>31</sup> In diesem Brief Niemöllers heisst es einleitend: «Wenn hier nun nicht wieder alles in einem ‚neutralen‘ Fahrwasser fortlaufen soll, muss etwas geschehen! – Leider hat sich meine Freilassung bis Ende Juni verzögert, und erst ganz allmählich gewinne ich ein Bild von den wirklichen Zuständen.» Im Weiteren drückt Pastor Niemöller seine grosse Sorge darüber aus, dass in Deutschland keiner mehr Nazi gewesen sein wolle. «So will auch in der Kirche niemals jemand etwas mit Hitler und seinen Massnahmen zu tun gehabt haben. Auf deutsch: In der Kirche reissen alle die Leute die Ämter an sich, die zwölf Jahre lang die Geschäfte der ‚Obrigkeit‘ besorgt haben . . .» Pastor Niemöller spricht dann von den notwendigen Bemühungen, «den Dingen eine andere Wendung» zu geben.

Es ist bemerkenswert, dass die Meinungen Pfarrer Webers in Schwenningen und Pastor Niemöllers in Frankfurt (Main) völlig übereinstimmten, obwohl sie zu dieser Zeit noch keine Verbindung miteinander hatten.

Wenn Pfarrer Weber im Juli 1945 trotz Druckverbots für politische Schriften es zuwege brachte, dass ein Buchenwald- Material gedruckt und verbreitet werden konnte, so ist dies eine der Leistungen, die viele aufrechte Christen für ein neues Deutschland vollbrachten. Es entspricht der geschichtlichen Wahrheit, zu sagen, dass es so wie in Schwenningen in ganz Süddeutschland Aktivitäten einer echten Volksfront unter Einschluss von Christen gab.

*Stuttgart*, die 400'000 Einwohner zählende Grossstadt, war eine Stadt der Trümmer geworden; hier hatte der braune Mordterror besonders grausam gewütet. Trotz der schweren Verluste, die die Widerstandskämpfer, besonders die Kommunisten, erlitten hatten, fanden sie sich sogleich nach der Befreiung der Stadt durch die Franzosen am 20. April zu organisierter Einheit zusammen. Sie bildeten Ausschüsse der «Antinazifront», die halblegal für den demokratischen Aufbau in Aktion traten. Anfänglich gab es allerdings Unklarheiten, denn manche Kommunisten glaubten, die «Antinazifront» sei ein Synonym für die Partei, und andere meinten, dass es bei der Zulassung von Parteien von vornherein nur eine Partei der vereinten Kommunisten und Sozialdemokraten geben könne.

Das Eintreffen der Funktionäre aus der schweizerischen Emigration war für die schnelle und richtige politische Orientierung in Stuttgart wie im ganzen Land Württemberg von grossem Nutzen. Unter denen, die bis Mitte Juni aus Singen in Stuttgart eingetroffen waren, befanden sich die bewährten Funktionäre Karl Bauer, Richard Binder und seine Frau, Karl Lehnen, Rudi Welsch und Friedrich Schlotterbeck. Mit den aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückgekehrten Führungskadern, wie den Brüdern Emil und Willy Bechtle, dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Albert Buchmann und Erika Buchmann, Hilsenbeck und anderen, kam es bald hinsichtlich der politischen, taktischen und organisatorischen Probleme zu gemeinsamen Auffassungen im Sinne des Aufrufes des ZK der KPD vom 11. Juni. Der Aufruf wurde sofort vervielfältigt und verbreitet.

Im Vordergrund standen für die Genossen die Ausschüsse der «Antinazifront», die von den französischen Kommandeuren zwar in grosser Zahl aufgelöst wurden, aber umbenannt weiterbestanden. In den Betrieben kam die Entnazifizierung besser als in anderen Bereichen voran, weil die Arbeiter kurzen Prozess machten und zuverlässige Vertrauensleute einsetzten. So waren im Betrieb Mahle, Cannstatt, alle aktiven Nazis entlassen worden, ebenso in den Salamanderwerken in Kornwestheim. In der Franckhschen Verlagsbuchhandlung musste der von der Direktion abgesetzte antifaschistische Betriebsrat wiedereingesetzt werden. Im Übrigen aber ging die Säuberung nur langsam vor sich, weil die Besatzungsbehörden sehr nachsichtig mit den Nazis verfuhrten.

Das Verhalten der französischen Besatzer begünstigte die Sammlung der reaktionären Kräfte und ermunterte den faschistischen Werwolf. Auf Hilsenbeck wurde ein tätlicher Angriff verübt. Werwolveleute schlugen die Fenster seiner Wohnung ein, sangen dabei das Horst-Wessel-Lied, und als sich Hilsenbeck zur Wehr setzte, wurde er von einer hohen Mauer hinabgeworfen. Mit einer schweren Gehirnerschütterung blieb er liegen.

Die antifaschistische Bevölkerung, vor allem Arbeiter, waren über die säumige Säuberungspraxis aufgebracht. Der Hass der Antifaschisten brandete hoch, als einige französische Zwangsarbeiter und der jüngste Bruder Friedrich Schlotterbecks, die drei Tage vor der Besetzung der Stadt durch französische Truppen von SS-Banditen

durch Genickschuss ermordet und im Wald verscharrt worden waren, gefunden wurden. Die Beerdigung des zehnten Blutopfers der Familie Schlotterbeck in Stuttgart-Untertürkheim, an der Bruno Fuhrmann und ich teilnahmen, wurde zu einer gewaltigen antifaschistischen Kundgebung von vielen Tausenden, die ein scharfes Vorgehen gegen belastete Faschisten forderten.

In den Tagen um den 10. Juli erfolgte in Stuttgart die Ablösung der französischen Besatzung durch die amerikanische, womit die Teilung des Landes Württemberg in ein französisch und ein amerikanisch besetztes Gebiet eingeleitet wurde. Die Franzosen nahmen in langen Lastwagenkolonnen viele Maschinen, auch Instrumente und Medikamente aus den Lazaretten, mit. Ein grosser Teil der Bevölkerung hatte die Amerikaner in der Illusion erwartet, es würden nun ernsthaft die Säuberung durchgeführt und der demokratische Aufbau gefördert werden. Es zeigte sich jedoch sogleich, wie recht die KPD hatte, die vor Illusionen gewarnt hatte.

Die Ausschüsse der «Antinazifront» mussten unter den gleichen Erschwernissen arbeiten wie vordem. Nur allmählich festigten sie sich, und es wurde eine Landesleitung der Ausschüsse gebildet. Sie bestand aus dem ehemaligen Landtagsabgeordneten André von der Zentrumsparterie, dem sozialdemokratischen Ministerialdirektor Steinmayer von der Landesregierung, dem ehemaligen Bauernvertreter Körner und dem Kommunisten Albert Buchmann. Der Landesausschuss wurde ins Innenministerium eingegliedert. Seine Anweisungen erfolgten im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Innenminister Ulrich. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten machte Fortschritte. Vorteilhaft war auf höherer Ebene die Verbindung zu dem Minister Ulrich, «durch den sie (die Kommunisten – H.T.) inoffiziell auf vielen Gebieten guten Einfluss ausüben konnten. Es ist zum Beispiel ermöglicht worden, dass eine Wirtschaftskommission, die aus reaktionären Unternehmern gebildet worden war, zerschlagen und durch ein demokratisches Organ ersetzt werden konnte.»<sup>32</sup>

Fortschritte konnten auch in der Gewerkschaftsarbeit erzielt werden, obgleich die amerikanischen Behörden darauf bedacht waren – und dabei von rechten Sozialdemokraten unterstützt wurden –, dass die Spitzengremien «kommunistenrein» blieben.

Gewerkschaftsfunktionäre lenkten die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder auf die gleichen Aufgaben, wie sie vom FDGB in der sowjetischen Besatzungszone gestellt wurden.

Vielversprechend begannen die Bemühungen um die Gewinnung der Jugend. Der Aufruf der Arbeitsausschüsse in Gross-Stuttgart vom 23. Juli 1945 an die Jugend, der von Albert Buchmann unterzeichnet war, konnte auf erste Erfolge der aktiven Mitarbeit von Jugendlichen am antifaschistischen Aufbau Bezug nehmen.

Ein weiteres Gebiet erfolgreichen demokratischen Beginns war die kulturelle Arbeit. Antifaschistische Theaterstücke wurden aufgeführt, sonntags fanden politische Morgenfeiern statt, auf verschiedene Weise wurde humanistisches Kulturgut breiten Schichten vermittelt. Grössere Hemmnisse gab es in der Sportbewegung, so dass die bürgerlichen Vereine das Sportgeschehen bestimmten.

Gut funktionierte die auf Initiative der Kommunisten geschaffene Rückkehrerstelle für KZ-Häftlinge. Sie versorgte die Rückkehrer mit Lebensmitteln und Kleidung, brachte sie in Wohnungen unter; solange keine Wohnung beschafft werden konnte, erfolgte die Unterbringung in Schulräumen. Ein solches Zimmer gab es in der Schule, in der Liselotte Herrmann unterrichtet hatte. Im Juli wurde das erste Erholungsheim für ehemalige KZ-Häftlinge mit 20 Plätzen vorbereitet, das auch für politische Schulungszwecke genutzt werden sollte. Der erste Durchgang begann am 4. August. Es waren besonders Friedrich Schlotterbeck und Rudi Welsch, die sich dieser Fürsorge widmeten und dabei tatkräftige Hilfe von der Centrale Sanitaire Suisse erhielten.

Ende Juli hatte sich die KPD-Organisation in Stuttgart stabilisiert und konnte über die Stadt hinaus auf ganz Württemberg organisierenden Einfluss nehmen. Es waren auch Verbindungen zu den Parteiorganisationen in München, Frankfurt (Main) und Mühlheim bei Freiburg hergestellt worden.

Fortschritte in den Bestrebungen zur Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zeigten sich in einer Reihe von Städten Württembergs und Südbadens. Die südbadischen Landesvorstände von KPD und SPD beschlossen, einen Ausschuss zur Vorbereitung der Vereinigung der Arbeiterparteien zu bilden. Vermerkt sei

auch, dass in der Landesregierung Baden-Württemberg von den Kommunisten Erwin Eckert und Rudolf Kohl sowie von dem aus der schweizerischen Emigration zurückgekehrten Funktionär der Bewegung «Freies Deutschland» Dr. Hans Venedey (Sozialdemokrat), Minister- beziehungsweise Staatssekretärsposten besetzt werden konnten. Theo Lauber war Bürgermeister von Lorch geworden.

### ***Hessen***

Im Land Hessen, das von amerikanischen Truppen, anfänglich zum Teil auch von französischen, besetzt war, glichen die Verhältnisse im Wesentlichen denen in den bereits geschilderten Gebieten. Auch hier waren in die Reihen der antifaschistischen Widerstandskämpfer während der Hitlerherrschaft grosse Lücken gerissen worden. Jetzt, als es galt, das Vermächtnis der Toten zu erfüllen und ein neues Deutschland aufzubauen, formierten sich sofort die aktiven antifaschistischen Kader, besonders in Frankfurt (Main) und in den anderen industriellen Schwerpunkten des Landes. Es wurden Gruppen der KPD und der SPD aufgebaut, was illegal geschehen musste, und antifaschistische Komitees gebildet, die ebenfalls von den amerikanischen Behörden nicht gestattet waren.

Es erwies sich auch für Hessen als sehr nützlich, dass die KPD-Organisation in der Schweiz rechtzeitig einige sehr erfahrene und mit der Politik des ZK der KPD bestens vertraute Funktionäre, wie Ernst Eichelsdörfer, Walter Fisch, Willi Wildgrube und andere, eingesetzt hatte. Wenige Wochen nach Kriegsende waren mehr als zehn ehemalige Emigranten in Frankfurt (Main) gemeinsam mit den heimischen Kadern tätig, um die Partei im Landesmassstab zu stabilisieren. Die aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückgekehrten Kämpfer konnten sich dank der Hilfe der ehemaligen Emigranten schnell mit der Strategie und Taktik der Partei vertraut machen. Oskar Müller, einer der namhaftesten Frankfurter Arbeiterführer und ehemaliger preussischer Landtagsabgeordneter, war aus dem Konzentrationslager Dachau zurückgekommen und entfaltete grosse Initiative, die sich kraft seiner hohen Autorität sehr bald auswirkte. Emil Carlebach setzte sein Wissen und Können als Propagandist und Journalist ein; er wurde Redakteur der «Frankfurter Rundschau».

Die Parteiorganisation war bald – geführt von der Bezirksleitung

und 21 Unterbezirksleitungen – nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. In allen wichtigen Unterbezirken hatten Konferenzen stattgefunden. Eine Konferenz aller Pol- und Orgleiter der Unterbezirke wählte die Bezirksleitung; Polleiter wurde Walter Fisch, Orgleiter Ernst Eichelsdörfer. Die Bezirksleitung gab Materialien zu den politischen Grundfragen und zu den unmittelbaren Aufgaben heraus, weiterhin zur Notwendigkeit der Arbeit in den antifaschistischen Ausschüssen und zur Gewerkschaftsarbeit. Der Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 wurde vervielfältigt und an die Unterbezirke versandt.<sup>33</sup>

In den Unterbezirken Mainz und Wiesbaden zeigten sich sehr gute Ansätze einer umfassenden Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Hier und in einigen anderen Unterbezirken war das Wirken unter den Massen weiter fortgeschritten als in Frankfurt. In diesen Unterbezirken arbeiteten aber auch schon zum grössten Teil die Betriebe, während sie in Frankfurt noch stillgelegt waren.

Anfänglich gab es in der Partei noch sektiererische Auffassungen, so dass nicht alle Möglichkeiten, leitende Funktionen in den Städten und Gemeinden zu besetzen, ausgenutzt wurden, obwohl sich in einigen Orten gezeigt hatte, dass bürgerliche Antifaschisten und christliche Kreise mit den Kommunisten einträchtig zusammenarbeiteten. In den Beratungen der Kommunisten im Juli 1945 stand daher die Massennarbeit, besonders in den antifaschistischen Ausschüssen, im Vordergrund, um die guten Beispiele zu verallgemeinern. Die Folge war eine Verbesserung der Situation. Das zeigte die erfolgreiche Arbeit der Ernährungsausschüsse im Kreis Gross-Gerau. Mit Hilfe des dortigen antifaschistischen Landrates wurde die Bündnispolitik mit den Bauern erfolgreich in die Tat umgesetzt. Gross-Gerau und Mörfelden zeigten, wie das Ernährungsproblem praktisch anzupacken war.<sup>34</sup>

Es kam durch die Haltung der amerikanischen Besatzung immer wieder zu Störungen in der Tätigkeit der demokratischen Organe und der Gewerkschaften. So berichtete Ernst Eichelsdörfer am 14. August 1945: «Für heute möchten wir auf eine groteske Situation im Landkreis Fulda hinweisen, in dem zwei Tage nach der Bekanntgabe der Potsdamer Beschlüsse die bereits gebildeten und erlaubten gewerkschaftli-

chen Organisationen verboten wurden. In einem anderen Kreis gibt es ähnliche Fälle.»<sup>35</sup>

Die amerikanischen Kommandostellen, die in Wiesbaden ihr Hauptquartier hatten, widersetzten sich auch jeder echten Entnazifizierung. Die Säuberung ging in Hessen wie in allen westlichen Besatzungszonen so vor sich, dass die kleinen Pgs (Mitglieder der Nazi-partei) betroffen wurden und die Naziverbrecher auf freiem Fuss leben durften.

Wandel zu schaffen und eine wirklich demokratische Entwicklung zu sichern, war das Anliegen sowohl der Kommunisten wie auch vieler Sozialdemokraten, ausgenommen der Opportunisten, die sich in der Hoffnung auf eine gute Karriere im Windschatten der Besatzer hielten.

Am 3. September traten in Frankfurt (Main) die Kommunisten Walter Fisch, Oskar Müller, Ernst Eichelsdörfer, Emil Carlebach, Martin Kirsch und die Sozialdemokraten Willy Knothe, Rudolf Meenzer, Franz Ulrich, Kurt Haenschei, Fritz Schöfer zusammen und beschlossen ein Abkommen, das dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni und des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni vollauf entsprach.<sup>36</sup>

Dieser Aufruf war Ausdruck der wahren Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Entsprechend wurden gemeinsame Vereinbarungen in den Städten, Kreisen beziehungsweise Unterbezirken getroffen, so in Darmstadt, Hanau und Wiesbaden. Dass die Frankfurter Vereinbarung sich auf der Höhe der konkreten politischen Situation befand, widerspiegelte sich im Wiesbadener Abkommen vom 1. Oktober 1945. In dem Wiesbadener Aufruf, an dessen Ausarbeitung Walter Fisch grossen Anteil hatte und der vom Einheitsausschuss der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei unterzeichnet war, heisst es:

«Die Fehler der Vergangenheit sowie die Lebensinteressen der Arbeiterschaft verlangen gebieterisch die Einheit. Schwerste Opfer musste die deutsche Arbeiterschaft bringen, ehe sie den richtigen Weg fand. Spalter und Saboteure der Einheit sind Schrittmacher von Faschismus und Reaktion und können in unseren Reihen nicht geduldet werden. Zwar ist die Gründung einer Einheitspartei im Augenblick nach unserer Auffassung nicht richtig. Noch trennen uns einige Fragen. Jedoch, was uns heute einigt, ist bedeutend stärker und schwerwiegen-

der als das, was uns trennt. Unsere enge Zusammenarbeit wird die Prüfung des Einheitsgedankens sein, und wir sind gewiss, dass wir sie bestehen werden. Diese Arbeitsgemeinschaft muss die Grundlage abgeben für eine möglichst baldige Vereinigung.»<sup>37</sup>

Das waren verheissungsvolle Schritte. Mit den Fortschritten in der Arbeiterbewegung gingen Erfolge in der Bündnispolitik parallel. Die amerikanischen Besatzungsbehörden in Hessen mussten auf die demokratischen Kräfte eine gewisse Rücksicht nehmen, konnten sie doch angesichts der antifaschistischen Stimmung nicht gleich unverhohlen als monopolistische Schrittmacher eines wiedererstehenden deutschen Imperialismus auftreten. So kam es, dass Oskar Müller Mitglied der Landesregierung Hessen wurde und als Arbeitsminister, ebenso wie der kommunistische Arbeitsminister Rudolf Kohl in Baden-Württemberg, grossen Anteil an fortschrittlichen arbeitsrechtlichen Regelungen nehmen konnte. Walter Fisch und Wilhelm Wildgrube wurden Mitglieder des Bürgerrates von Gross-Frankfurt, Dr. Walther Pollatschek Redakteur und Fritz Köhler Regisseur am Frankfurter Sender.

### ***Bayern***

Als München durch amerikanische Truppen kampflos besetzt werden konnte, weil sich beherzte Antifaschisten zu ihnen durchgeschlagen hatten, um sie über die Situation und das militärische Durcheinander in der bayrischen Landeshauptstadt zu informieren, atmeten die von der faschistischen Herrschaft befreiten Menschen auf. Die meisten von denen, die sich nicht als Besiegte, sondern als Befreite fühlten, erwarteten von den Amerikanern alle Hilfe. Aber die grosse Masse kannte weder Ziel noch Weg, und die amerikanischen Kommandeure verboten jede politische Tätigkeit, so dass die KPD wie auch die SPD nur illegal arbeiten konnten. Es kam dennoch zu vielen spontanen antifaschistischen Aktionen. Am dritten Tag nach der Besetzung wurde eine Kundgebung mit 1'500 Teilnehmern veranstaltet. Da der Saal zu klein war, wurde eine Parallelkundgebung angesetzt, die aber verboten wurde.

Im Mai 1945 hatte sich in München ein Gewerkschaftsausschuss gebildet, dessen Zulassungsantrag die US-Militärregierung jedoch zurückwies. In vielen bayrischen Orten waren ebenfalls Gewerkschafts-

ausschüsse gebildet worden, die ohne Genehmigung arbeiteten; in günstigen Fällen wurden sie erst nach mehreren Monaten zugelassen. Die Unternehmer dagegen durften weiter Herr im Hause sein, auch wenn sie stramme Nazis gewesen waren. In manchen Betrieben erweiterten die Kommunisten ihre illegalen Zellen und bildeten neue, die die gewerkschaftliche Arbeit vorantrieben und für die Wahl von Betriebsräten wirkten. Gross war der Drang nach der politischen Einigung der Arbeiterbewegung von allem Anfang an.

Die Situation stellte hohe Anforderungen an die Kommunisten. Ihren führenden Kern in München bildeten die ehemaligen Emigranten Ludwig Ficker, Hans Reitberger, Hans Schäffner und andere. Mit grossem Elan gingen die unter sehr schweren materiellen Verhältnissen lebenden Funktionäre zu Werke. «Ich habe schon zwölf Kilo abgenommen», vermerkte Ludwig Ficker in seinem Bericht vom 28. Juni 1945, und er bat um weitere Verstärkung durch Entsendung von geschulten Kadern aus der Emigration. Nach einigen Wochen trafen noch sechs Funktionäre ein, unter ihnen Fritz Sperling und Bruno Goldhammer. Über die Situation in den Gewerkschaften teilte Ludwig Ficker mit, dass die Kommunisten nun «in den Industriegewerkschaftsköpfen mit vertreten sind. Unten sind wir es sowieso.»

Grösste Energie widmeten die KPD-Funktionäre auch hier der Herstellung der Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten. Schon einige Male hatten Begegnungen mit führenden Sozialdemokraten stattgefunden. In dem Bericht Fickers vom 28. Juni ist darüber zu lesen: «Diese Woche war zweifelsohne eine der erfolgreichsten. Die nun wochenlangen, oft fast aussichtslosen Verhandlungen mit der Sozialdemokratie und Gewerkschaft sind positiv diese Woche geregelt worden . . . Wenn man es mit soldati alten Füchsen zu tun hat, ist es oft schwer, sich durchzusetzen. Was aber für uns ein unerhörtes Plus ist, ist die Stimmung unten und die Energie und Aktivität. Ein grosser Schritt vorwärts ist getan. Nun kommt der zweite Schritt, dass wir das Erreichte festigen, ausbauen und lebendig gestalten und darüber hinaus den Kreis der aufrichtigen und ehrlichen antifaschistisch-demokratischen Kräfte verbreitern. Nur nicht lockerlassen ...»

Am gleichen Tage, an dem Ludwig Ficker diesen Bericht verfasste, also am 28. Juni 1945, fand eine Besprechung statt, an der von kommunistischer Seite Ficker, Hirsch, Holy, Kroth und von sozialde-

mokratischer Seite Hoegner und Rosshaupter teilnahmen. Abschriften des Protokolls über diese Besprechung – wie auch über alle weiteren gemeinsamen Beratungen – gelangten schnell an die Leitung der KPD-Organisation in der Schweiz. (1946 wurden diese Dokumente von der KPD, Landesbezirk Bayern, unter dem Titel «Protokolle der Arbeitsgemeinschaft SPD – KPD München» broschiert herausgegeben.)

Dem Protokoll vom 28. Juni zufolge zeigte sich Hoegner plötzlich von einer ganz anderen Seite als in der Schweiz. In der Besprechung kam es zu wesentlichen Übereinstimmungen, wie das Protokoll besagt: «Es sollen, soweit das bei der augenblicklich noch nicht bestehenden Legalität der Parteien möglich ist, kompetente Vertreter der beiden Richtungen bestimmt werden, die... über alle wichtigen Probleme die gemeinsame Marschrichtung festzulegen hätten ... Es soll mit allen Mitteln versucht werden, die Anerkennung der politischen Parteien durch die Amerikaner, das heisst die Legalisierung, so rasch wie möglich herbeizuführen ... Im Ganzen verlief die Besprechung in sehr kameradschaftlicher Weise, und beide Richtungen brachten wiederholt ihre feste Entschlossenheit zum Ausdruck, ... in Zukunft aufs engste zusammenzuarbeiten.»<sup>38</sup>

Das war ein grosser Schritt vorwärts, weitere sollten folgen. Am 17. Juli 1945 hatte Hoegner Ficker und Goldhammer zu sich gebeten. Zu dieser Zeit war Hoegner Senatspräsident beim Oberlandesgericht München. In dem Bericht über diese Aussprache heisst es: «Zunächst galt die Unterredung einer Aussprache über die alten Gegensätze in der Schweiz, in die sie – Hoegner und Goldhammer – durch die Auseinandersetzung zwischen dem ‚Freien Deutschland‘ und dem ‚Demokratischen Deutschland‘ verwickelt waren. Goldhammer drückte seine angenehme Überraschung aus, hier in München feststellen zu müssen, dass es trotz dieser Gegensätze zu den Anfängen einer Zusammenarbeit gekommen ist. Hoegner erklärte die Gegensätze im Wesentlichen aus der Emigrationssphäre und betonte, dass er prinzipiell niemals gegen eine Zusammenarbeit gewesen sei. Ausserdem unterstrich er, dass auch seine angebliche Feindschaft gegen die Sowjetunion reine Erfindung sei. Goldhammer verzichtete darauf, alle... Differenzen in der Schweiz zu erörtern, da die augenblickliche Zusammenarbeit in München als verheissungsvoller Ansatz wichtiger ist.»<sup>39</sup>

Die Unterredung führte, wie der Bericht weiter informiert, zu übereinstimmenden Auffassungen, besonders über die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den nazifreundlichen Ministerpräsidenten Schäffer und den reaktionären Wirtschaftsrat. Es bestand auch Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Bündnispolitik.

Am 22. Juli kam es in München zu einer ersten entsprechenden Beratung. Als Teilnehmer nennt das Protokoll: von der SPD Rosshaupter, Arbeitsminister, Dr. Hoegner, Staatsanwalt; von der KPD Josef Hirsch, Stadtrat, Ludwig Ficker, Bruno Goldhammer; von der Bayrischen Volkspartei Dr. Muhler, Stadtpfarrer, Dr. Bauer, Arzt, Schwarzer und Helmrich, ehemalige Mitglieder des Reichstages. Alle Teilnehmer sprachen sich dafür aus, dass es darauf ankomme, «den fortschrittlichen Kräften der Alliierten zu beweisen, dass das andere Deutschland existiere. Es sei aber auch notwendig, dass dieses andere Deutschland dem deutschen Volk zeige, dass es wirklich ein anderes sei, das wirklich aus den Fehlern gelernt habe.» In der Beratung spielte der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni eine grosse Rolle.<sup>40</sup>

Am 8. August 1945, sechs Tage nach Beendigung der Konferenz der Alliierten in Potsdam, fand eine erneute Zusammenkunft der beiden Arbeiterparteien statt. Anwesend waren von der KPD Ludwig Ficker, Alois Pfaller, Josef Hirsch, Bruno Goldhammer; von der SPD Albert Rosshaupter, Dr. Wilhelm Hoegner, Hans Schmidt, Karl Kröpelin, Christl Roith. Beraten wurde über eine Plattform der antifaschistischen Parteien. In dem Protokoll heisst es: «Genosse Goldhammer (KPD) legte die ausgearbeitete Deklaration einer Aktionsgemeinschaft der SPD und KPD in München vor. Schon bei dem Verlesen der Deklaration zeigt sich, dass ihrem Inhalt von allen Seiten zugestimmt wird.»<sup>41</sup>

Die einstimmig beschlossene Vereinbarung unter dem Titel «Aktionsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in München» betont im ersten Teil die dringende Notwendigkeit, aus der Vergangenheit zu lernen. Im zweiten Teil sind zehn Sofortaufgaben genannt, die weitgehend dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 und dem Appell des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni entsprechen. Er endet mit den Forderungen: «Keine

Wiederholung der Fehler von 1918! Schluss mit der Spaltung des arbeitenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die Ausrottung des Faschismus mit der Wurzel und zum Aufbau eines neuen, wahrhaft freien, demokratischen Deutschland!» Zu den Unterzeichnern dieses Dokumentes gehörten die ehemaligen Emigranten Hoegner, Ficker und Goldhammer.<sup>42</sup>

Es folgten weitere Zusammenkünfte der Vertreter der beiden Parteien am 13. August und am 26. September. In diesen Besprechungen wurden gemäss dem Abkommen vom 8. August in voller Einmütigkeit praktische Massnahmen gegen reaktionäre Machenschaften, für die Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, zu Fragen der Entnazifizierung, zur Entwicklung der Einheitsgewerkschaften und zur antifaschistischen Blockbildung beschlossen.<sup>43</sup>

Die Aktionsgemeinschaft in München, an der ehemalige KPD-Emigranten in der Schweiz erheblichen Anteil nahmen, bewährte sich und fand erwartungsgemäss starkes Echo in Bayern. In Amberg, Fürth, Landshut und Nürnberg arbeiteten Sozialdemokraten und Kommunisten einträchtig zusammen. Hier sei als Beispiel der Kreis Dachau genannt, wo von Anfang an die Kommunisten mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister und den sozialdemokratischen Arbeitern eng zusammenwirkten. In einem Brief vom 26. August 1945 an die Unterzeichner des genannten Abkommens, der von je sieben Sozialdemokraten und Kommunisten unterschrieben war, begrüsst sie aufs wärmste die in München geschaffene Aktionsgemeinschaft der beiden Arbeiterparteien. Über die eigenen Erfolge in Dachau wurde berichtet, dass ein antifaschistischer Aktionsausschuss seine Tätigkeit im Sinne des Abkommens erfolgreich aufgenommen habe.<sup>44</sup>

Im September 1945 gab es drei Tagungen der Münchener Aktionsgemeinschaft, und zwar am 4., 11. und 18., auf denen die ehemaligen kommunistischen Emigranten Ficker und Goldhammer und der Sozialdemokrat Hoegner eine wichtige Rolle spielten. Zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten bestand volle Übereinstimmung darüber, demokratische Selbstverwaltungsorgane zu schaffen und die Volkskontrolle zu entwickeln.<sup>45</sup> Zur Förderung der politischen Willensbildung der Massen legten SPD und KPD gemeinsam Veranstaltungen fest; so fand am 23. September in Dachau eine

Kundgebung der Aktionsgemeinschaft statt, auf der von der SPD Kröpelin, von der KPD Goldhammer sprachen.<sup>46</sup>

Das Potsdamer Abkommen der Alliierten gab der proletarischen Aktionseinheit starke Impulse. Die westlichen Besatzungsorgane waren gezwungen, sich an das Abkommen zu halten, genauer gesagt, so zu tun, als ob sie es ehrlich respektierten. So kam es, dass die amerikanische Militärregierung in Bayern für eine neue Regierung eintrat, da sich der von ihr als erster Ministerpräsident eingesetzte Fritz Schäffer mit seiner nazistischen Haltung zu sehr blossgestellt hatte. Am 28. September 1945 wurde Wilhelm Hoegner Ministerpräsident. In seine Regierung sollte er auch – so hatte es der Amerikaner Murphy empfohlen – Kommunisten aufnehmen.<sup>47</sup>

Bislang war Hoegner – wie die Dokumente mit seiner Unterschrift belegen – in der Aktionsgemeinschaft sehr positiv aufgetreten; stets war er mit den Kommunisten in der Aktionsgemeinschaft einer Meinung. Es sollte sich aber zeigen, dass sein Verhalten demagogische Taktik gewesen war, denn von dem Tag an, an dem er Ministerpräsident wurde, vertrat er wieder offen seine alte, antikommunistische, bürgerliche Klassenposition. Dies kam bereits bei der Regierungsbildung zum Ausdruck.

In seinen Erinnerungen ist zu lesen: «Die grössten Schwierigkeiten (bei der Regierungsbildung – *H.T.*) hatte ich mit den Kommunisten. Ihr Vertrauensmann Goldhammer, den ich schon in Zürich als unentwegten Stalinisten kennengelernt hatte, wollte für seine Partei unbedingt das Innenministerium und das Pressewesen in der Staatskanzlei... Ich dachte gar nicht daran, den Kommunisten das Innenministerium und damit die Polizei auszuliefern, sondern bot ihnen einen Sonderminister und je einen Staatssekretär im Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Innenministerium an. Für die Annahme meiner Bedingungen setzte ich ihnen eine Frist von 24 Stunden.»<sup>48</sup>

So kam es durch Hoegners Widerstand gegen die Kommunisten, dass lediglich einer von ihnen, Heinrich Schmitt, Sonderminister wurde, während Ficker, Fischer und Thunig nur als Staatssekretäre in den Regierungsapparat gelangten. Der Ministerpräsident gab am 22. Oktober eine Regierungserklärung ab, in der alles vergessen war, wozu er sich in der Aktionsgemeinschaft bekannt hatte. Er sagte kein

Wort im Sinne der Münchener Vereinbarung zwischen der SPD und der KPD. Auch über das Potsdamer Abkommen, über die notwendige Entmachtung des Monopolkapitals und die demokratische Bodenreform schwieg er.<sup>49</sup>

Am 6. November war die nächste Sitzung der Aktionsgemeinschaft. An dieser wie an allen späteren Zusammenkünften nahm Hoegner nicht mehr teil. Von kommunistischer Seite war Fritz Sperling erstmals und von da an regelmässig zugegen.

In der Aktionsgemeinschaft vertraten auch weiterhin Sozialdemokraten den proletarischen Klassenstandpunkt. Kröpelin sagte unter anderem: «Auch die Sozialdemokraten wollten nicht mehr die Halbheiten der Weimarer Zeit.» Sperling betonte: Die Arbeiterparteien müssten dafür sorgen, dass Arbeiterpolitik in den Betrieben im Vordergrund stehe. Die Demokratisierung könne sich nicht ohne die Betriebsbelegschaft entwickeln. Er ging auf diese These deshalb sehr ausführlich ein, weil zu dieser Zeit schon bekannt geworden war, dass einzelne rechte Sozialdemokraten in den Betrieben gegen «das Treiben der KPD» intrigierten und es als unzulässige politische Arbeit in den Betrieben bezeichneten, dass der kommunistische Sonderminister Schmitt in den Bayrischen Motorenwerken über die Entnazifizierung sprach. In der Aktionsgemeinschaft herrschte volle Eintracht; die Quertreibereien wurden einmütig verurteilt und die politische Wirksamkeit der Gewerkschaften gutgeheissen.<sup>50</sup>

In der nächsten Sitzung der Aktionsgemeinschaft am 20. November – zu dieser Zeit waren die beiden Arbeiterparteien legal – wurden konkrete Fragen einzelner Betriebe, der Versorgung, der Schulen behandelt, und auch da waren Rosshaupter, Schmidt und Kröpelin von der SPD sowie Hirsch, Sperling, Lenz und Goldhammer von der KPD zu einmütigen Entscheidungen gekommen.<sup>51</sup>

Fünf Tage später, am 25. November 1945, fand in München die erste Versammlung der SPD statt. Hoegner sprach, und was er sagte, widersprach völlig der von der Aktionsgemeinschaft praktizierten Politik. In seinen Memoiren schreibt er, dass er Folgendes ausgeführt habe: «Wir wünschen auch die Einigkeit der gesamten Arbeiterklasse, aber gegen Kommunisten scheine Vorsicht geboten. Zu unserer Kerntruppe der Arbeiterschaft müssten andere Volksschichten stossen, und zwar die CSU . . . Die dreissig Punkte der Union deckten sich „ in

vieler Hinsicht mit den Anschauungen der Sozialdemokratie, so dass eine fruchtbare Zusammenarbeit d' er beiden grossen Parteien . . . gewährleistet schien.»<sup>52</sup>

Seitens rechter SPD-Funktionäre ausserhalb der Aktionsgemeinschaft, unverkennbar von Kurt Schumacher aus Hannover und Frankfurt (Main) angestachelt, nahm die antikommunistische Agitation zu. Der Drang zur Einheit von unten wurde ignoriert, und die fortschrittlichen Sozialdemokraten wichen zurück.<sup>53</sup> So begann die Absage an die Aktionsgemeinschaft, während die Kommunisten weiterhin alle Kraft zur Förderung der Aktionseinheit einsetzten.

Die nach Zürich gelangten detaillierten Informationen aus Bayern und ganz Süddeutschland zeigten, dass dort die gleichen Potenzen an aufbauwilligen Kräften wie in der sowjetischen Besatzungszone vorhanden waren. Auch hier vermochten die Aktivisten der ersten Stunde verheissungsvolle Erfolge zu erringen. Vor ihnen türmten sich aber enorme Schwierigkeiten auf, weil sich die reaktionären Elemente unter dem Schutz der westlichen Besatzungsmächte und mit Hilfe rechtssozialdemokratischer Führer der antifaschistischen Umwälzung widersetzen konnten.

### **Das Ende der Mission des «Freien Deutschland» in der Schweiz und die Selbstauflösung im Dezember 1945**

Seit dem Mai 1945 zeigte sich von Monat zu Monat, von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag mehr, dass es einer Einflussnahme auf die deutsche Politik aus dem Exil nicht mehr bedurfte. Deutsche Politik war auf deutschem Boden zu machen. Die Situation gebot immer dringender die volle Durchführung der Beschlüsse der KPD-Leitung in der Schweiz zur restlosen Repatriierung aller kommunistischen Emigranten. Bis Ende 1945 war die Auflösung der KPD-Organisation in der Schweiz faktisch vollzogen. Die Erfahrungen in Süddeutschland zeigten, dass auch die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz ihre Mission erfüllt hatte. Die Orientierung auf das Ende der Bewegung war bereits auf der zweiten Landeskonferenz gegeben worden, obwohl danach noch erfolgreiche Aktivitäten entfaltet wurden.

Fritz Sperling reiste im September illegal für einige Tage nach Zürich zurück, ebenfalls Walther Pollatschek, um die möglichst schnelle

Selbstauflösung der Bewegung «Freies Deutschland» anzuregen. Für die Richtigkeit dieser Linie zeugte ausser der Lage in Süddeutschland auch die Tatsache, dass der Moskauer Sender «Freies Deutschland» am 9. September seine Tätigkeit einstellte. Zu dieser Zeit war die baldige Selbstauflösung des NKFD in der Sowjetunion zu erwarten.

Wider Erwarten stellte sich eine Schwierigkeit ein: Eine Minderheit der Bewegung «Freies Deutschland» in Zürich und Basel war für eine Verzögerung der Auflösung, weil die Bewegung noch zum Kampf gegen die Nazis in der Schweiz fortbestehen müsse. Es bedurfte daher einiger Diskussionen, bis im Landesvorstand mit Mehrheit beschlossen werden konnte, für den 16. Dezember 1945 eine Landesdelegiertenkonferenz einzuberufen, die sich mit der Selbstauflösung der Bewegung als einzigem Tagesordnungspunkt befassen sollte.

Am 16. Dezember waren im Zürcher Restaurant «Karl der Grosse» über hundert demokratisch gewählte Delegierte der Ortsgruppen und Regionen der Bewegung «Freies Deutschland» vereint. Es wurde die vom Landesvorstand vorgelegte Entschliessung, die die Auflösung der Bewegung empfahl, beraten. In der Begründung wurde von Diplomingenieur Hans Singer gesagt, dass das Ziel – Beendigung des Krieges und Sturz des Hitlerregimes – durch die alliierten Armeen erreicht worden sei; dass der Aufbau des demokratischen Deutschlands von den antifaschistischen Parteien, den Gewerkschaften und Kulturorganisationen im Lande selbst durchgeführt werde und jede Exilpolitik nicht nur überflüssig sei, sondern ihre Fortführung sich hemmend und schädlich auswirken würde.

An der Diskussion beteiligten sich nahezu zwanzig Delegierte. Die Vertreter der Auflösung verwiesen unter anderem auf die Selbstauflösung des Nationalkomitees am 2. November in Moskau und der Bewegungen in anderen Ländern. In Mexiko stellte die Zeitschrift «Freies Deutschland» ihr Erscheinen ein; in Frankreich hatte das Komitee «Freies Deutschland» für den Westen seine Arbeit abgeschlossen; aus England war bekannt geworden, dass die Auflösung der Freien Deutschen Bewegung am 30. Dezember erfolgen würde.

Die von der Mehrheit des Landesvorstandes vorgelegte Entschliessung gelangte zur Abstimmung. Sie ergab 72 Stimmen für die baldige, 33 Stimmen für eine spätere Auflösung. Damit war mit Mehr-

heit beschlossen, die Bewegung am 31. Dezember 1945 aufzulösen.

Am 15. Januar 1946 waren alle Abschlussmassnahmen beendet. Einige Tage vorher erschien die Zeitschrift «Freies Deutschland» mit dem ausführlichen Bericht über die Auflösungskonferenz zum letztenmal. Die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz hatte ihre Mission erfüllt. Nach und nach begaben sich ihre Teilnehmer nach Deutschland, um an der Verwirklichung der neuen Aufgaben tatkräftig mitzuwirken.

Der Abschied aller militanten deutschen Antifaschisten aus dem Exilland war eine Danksagung an die revolutionären schweizerischen Arbeiter, Angehörigen der fortschrittlichen Intelligenz und anderen wahren Eidgenossen, die im Kampf gegen die reaktionäre Schweizer Herrschaft und ihre Regierung die wirklichen nationalen Interessen vertreten und unter schweren Bedingungen selbstlose internationalistische Solidarität mit den antifaschistischen Emigranten geübt hatten.

### **Im Kampf bewährt**

Die von der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz während ihres fast zwei einhalbjährigen Bestehens geleistete Arbeit war von grossem Nutzen. So, wie die KPD-Organisation während zwölfjähriger illegaler Tätigkeit im Schweizer Exilland wertvolle, erfahrene, geschulte und disziplinierte Kader für die Nachkriegszeit hervorbrachte, so hat die unter Führung der Kommunisten entwickelte Bewegung «Freies Deutschland» – erst illegal, dann legal – durch die Erfassung von Hitlergegnern verschiedener Parteien und Bekenntnisse etwa 2'000 Menschen erzogen und auf die aktive Teilnahme am Kampf für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland vorbereitet.

Die Bilanz des antifaschistischen Kampfes von Deutschen auf Schweizer Boden besagt: Es gab keine andere politische Kraft als die KPD-Organisation, die entsprechend der Linie des Zentralkomitees die geschichtlich richtige theoretische, politische und organisatorische Konzeption besass und konsequent auf dem Boden des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und echten Patriotismus kämpfte.

Es gab keine andere antifaschistische Massenbewegung als die des «Freien Deutschland», die eine wirkliche Volksfrontbewegung war

und – wie das NKFD in der Sowjetunion und die Bewegung «Freies Deutschland» in Deutschland selbst sowie in anderen Ländern – für die wahren Interessen des deutschen Volkes wirkte. Der Weg, den die KPD-Organisation in der Schweiz und die Bewegung «Freies Deutschland» wiesen und gingen, war steinig und voller Schwierigkeiten, aber er war der richtige; er entsprach den historischen Erfordernissen. Damit haben sich die KPD-Organisation und die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz ehrenvoll in das Geschichtsbuch der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes eingeschrieben.

Die hohen Ideale, für die auch in der Schweiz gekämpft wurde, konnten in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht werden. Hier wurde die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse hergestellt, die Nationale Front gebildet und dank diesen Kräften die antifaschistisch-demokratische Umwälzung durchgeführt. Die Deutsche Demokratische Republik vollzog in historisch kurzer Frist den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und errichtet jetzt die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Das Vermächtnis der kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandskämpfer, der Antifaschisten aus bürgerlich-demokratischen und christlichen Kreisen wurde voll erfüllt. In der DDR beginnt sich unter Führung der Arbeiterklasse die sozialistische Nation herauszubilden. Die Deutsche Demokratische Republik hat eine grossartige Erfolgsbilanz auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens auf zu weisen. Dank ihrer unzerstörbaren Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und fest verankert im sozialistischen Staatenbund errang sie weltweites Ansehen, so dass sie von über hundert Staaten – darunter auch von der Schweiz – diplomatisch anerkannt wurde. Die DDR wurde gleichberechtigtes Mitglied der UNO und ihrer Spezialorganisationen. Die DDR kämpft für die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und steht unerschütterlich im Bunde mit den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft auf Friedenswacht.

Es erfüllt mich mit Freude und Stolz, für all das in der Vergangenheit gekämpft zu haben und in der Gegenwart zu kämpfen, damit Menschlichkeit, Demokratie, Frieden und Sozialismus in aller Welt triumphieren.

## Quellenangaben

### 1933 – Kriegsbeginn 1939

- 1 Matthias Wegner: Verbannung. Aufzeichnungen deutscher Schriftsteller im Exil, Hamburg 1964, S. 165.
- 2 Zit. in: Ebenda, S. 196/197.
- 3 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart [1957], Bern 1966, S. 14.
- 4 Ebenda, S. 15.
- 5 Ebenda, S. 17.
- 6 W.I. Lenin: Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter. In: Werke, Bd. 23, S. 380.
- 7 W.I. Lenin: Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats. In: Ebenda, Bd. 28, S. 477.
- 8 Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll. . . Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945, Zürich – Stuttgart 1967, S. 116/117.
- 9 Ebenda, S. 117.
- 10 Siehe ebenda, S. 64.
- 11 Siehe Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz, S. 52/53.
- 12 Siehe ebenda, S. 146.
- 13 Siehe ebenda, S. 54.
- 14 Ebenda, S. 55/56.
- 15 Vaterland (Bern), 21. September 1935.
- 16 Siehe Kurt R. Grossmann: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1937-1945, Frankfurt (Main) 1969, S. 240.
- 17 Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D: 1937-1941, Bd. V, Baden-Baden 1951, S. 641-643. – Siehe auch Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . . , S. 145-147.
- 18 Siehe Der Schweizer Beobachter (Basel), 31. März 1954. Zit. in: Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz .... S. 147/148.
- 19 Siehe Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll. . . , S. 329.
- 20 Der Schweizer Beobachter, 31. März 1954.
- 21 Neue Berner Zeitung, 9. November 1933.
- 22 Die Kommunisten. In: Bericht des Bundesrates über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern, III. Teil, (Bern), 21. Mai 1946, S. 69.
- 23 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, Berlin (im Folgenden IML, ZPA), EA 1308.
- 24 Ebenda, EA 1487.
- 25 Lore Wolf: Ein Leben ist viel zu wenig, Berlin 1973, S. 69.
- 26 Bericht von Willy Eberl, wahrscheinlich 1948 (Kopie im Besitz des Autors).
- 27 Siehe IML, ZPA, NJ 1623/4.

- 28 Willi Bohn: Stuttgart: Geheim! Ein dokumentarischer Bericht, Frankfurt (Mai) (1969), S. 27.
- 29 Siehe ebenda.
- 30 Ebenda, S. 61-65.
- 31 Siehe ebenda, S. 76-82.
- 32 Zit. in: Ebenda, S. 98, 100.
- 33 Zit. in: Ebenda, S. 118-120.
- 34 IML, ZPA, 3/441.
- 35 Fritz Salm: Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim, Frankfurt (Main) 1973, S. 141.
- 36 Ebenda, S. 140.
- 37 W.I. Lenin: Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben. In: Werke, Bd. 6, S. 232.
- 38 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 513-515.
- 39 Ebenda, S. 225/226.
- 40 Heinz Gittig: Tarnschriften – Zeugnisse mutigen antifaschistischen Kampfes. In: Neue Deutsche Presse (Berlin), 1970, Nr. 5.
- 41 IML, ZPA, EA 1487.
- 42 Ebenda.
- 43 Ebenda, EA 1475.
- 44 Süddeutsche Volksstimme (Zürich), 1939, Nr. 8.
- 45 Siehe ebenda, Beilage. – Bericht der Gestapo, in dem gesagt wird, dass diese Flugblätter von der «Grenzleitung der KPD in Zürich» Anfang September 1939 nach München und Augsburg geschickt worden sind. In: IML, ZPA, St 3/1073.
- 46 IML, ZPA, EA 1478.
- 47 Ebenda, EA 1467.
- 48 Siehe Sándor Rado: Dora meldet. . . , Berlin 1974.
- 49 IML, ZPA, EA 1487.
- 50 Ebenda.
- 51 Wilhelm Hoegner: Der schwierige Aussenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 137.
- 52 Ebenda, S. 159.
- 53 W.I. Lenin: Der Zusammenbruch der Zimmerwalder Internationale. – Eine dritte Internationale muss gegründet werden. In: Werke, Bd. 24, S. 67.
- 54 W.I. Lenin: An Inès Armand. In: Ebenda, Bd. 35, S. 246.
- 55 Siehe W.I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Ebenda, Bd. 28, S. 281
- 56 Siehe Walter Bringolf: Mein Leben. Weg und Umweg eines Schweizer Sozialdemokraten, Berlin-München-Wien 1965.
- 57 Ebenda, S. 205.

### **September 1939 – Juni 1941**

- 1 Zit. in: J. Kimche: General Guisans Zweifrontenkrieg, Frankfurt (Main) 1967, S. 189.
- 2 Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel und Stuttgart 1970, S. 29.
- 3 Siehe Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz..., S. 169/ 170.
- 4 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 5 Zit. in: Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . . , S. 202.
- 6 Zit. in: Ebenda, S. 201.
- 7 IML, ZPA, EA 1502.
- 8 Volksrecht (Zürich), 14. September 1939.
- 9 Zit. in: Walter Bringolf: Mein Leben, S. 294/295.
- 10 Siehe ebenda, S. 295. – Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz ..., S. 194.
- 11 IML, ZPA, IV 2/4/6.
- 12 Zit. in: Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . . , S. 202.
- 13 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/6 und 7.
- 14 Ebenda, IV 2/4/4.
- 15 Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll.... S. 11.
- 16 Hans Zbinden: Der Flüchtling und die Humanität, Zürich 1945, S. 72/73.
- 17 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz. . . , S. 175/176. – Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll. . . , S. 249.
- 18 IML, ZPA, EA 1486.
- 19 Ebenda, IV 2/4/4.
- 20 Siehe ebenda, S. 240/1/17.
- 21 Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll. . . , S. 250.
- 22 IML, ZPA, EA 1487.
- 23 Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll..., S. 250.
- 24 Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 532 bis 535.
- 25 IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 26 Siehe ebenda.
- 27 Ebenda, PST 3/549.
- 28 Ebenda, EA 1487.
- 29 Siehe Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz.... S. 176.
- 30 Tätigkeits- und Schlussbericht der Eidgenössischen Zentrallleitung der Heime und Lager, Zürich 1940-1949, S. 3.
- 31 Alfred A. Häsler: Das Boot ist voll. . . , S. 255/256.
- 32 Regina Kägi-Fuchsmann: Das gute Herz genügt nicht. Mein Leben und meine Arbeit, Zürich 1968, S. 179/180.
- 33 Ebenda, S. 223.

- 34 Zit. in: Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll. . S. 173.
- 35 Karl Barth: Eine Schweizer Stimme 1938-1945, Zollikon-Zürich 1945, S. 224.
- 36 Freiheit (Basel), 4. Januar 1940.
- 37 Walter Bringolf: Mein Leben, S. 299.
- 38 Zit. in: Ebenda, S. 249.
- 39 Bericht von Ernst Eichelsdörfer vom 24. April 1973 an den Autor.
- 40 Zit. in: Walter Bringolf: Mein Leben, S. 276.
- 41 Zit. in: Ebenda, S. 277.
- 42 Ebenda.
- 43 J.R. von Salis: Vorwort zu Peter Stahlberger: Der Zürcher Verleger Emil Oprecht, Zürich 1970, S. 9.
- 44 Siehe Lucius Simeon: Pollux, der Faustkämpfer. Antwort an einen Demagogen, Bouchs 1945.
- 45 Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, S. 109.
- 46 Siehe ebenda, S. 404/405.
- 47 Siehe ebenda, S. 466/467.
- 48 Zit. in: Walter Bringolf: Mein Leben, S. 285.
- 49 Siehe Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, S. 355.
- 50 Walter Bringolf: Mein Leben, S. 266.
- 51 Ebenda, S. 254.
- 52 Lucius Simeon: Pollux, der Faustkämpfer, S. 17/18.
- 53 Berner Tagwacht, 5. September 1939.
- 54 Paul Müller: Licht und Schatten der politischen Emigration. In: Unterwegs zur sozialistischen Demokratie, Frankfurt (Main), o. J.
- 55 Siehe Otto Niebergall: Der antifaschistische deutsche Widerstandskampf in Frankreich – seine Leitung und Entwicklung. In: Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Berlin 1973, S. 25 ff.
- 56 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/3.
- 57 Siehe ebenda, IV 2/4/4.
- 58 Siehe ebenda, IV 2/4/3.
- 59 Siehe ebenda.
- 60 Siehe ebenda.
- 61 Ebenda.
- 62 Ebenda.
- 63 Siehe ebenda.
- 64 Siehe ebenda.
- 65 Ebenda.
- 66 Ebenda.
- 67 Siehe ebenda.

### ***Juli 1941 – November 1942***

- 1 IML, ZPA, 3/1/2224.
- 2 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 547/548.
- 3 IML, ZPA, St 3.
- 4 Ebenda.
- 5 Deutsche Nachrichten. In: Ebenda, S. 240/1/15.
- 6 Süddeutsche Volksstimme (Zürich), November 1941.
- 7 Siehe IML, ZPA, S 240/1/17.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda, EA 1487.
- 10 Ebenda und S 240/1/17.
- 11 Siehe ebenda, IV 2/4/4.
- 12 Siehe ebenda, IV 2/4/5 und 6.
- 13 Ebenda, IV 2/4/4.
- 14 Siehe ebenda.
- 15 Siehe ebenda, IV 2/4/6.
- 16 Ebenda, S 240/1/17.
- 17 Siehe Treffen mit Dr. Edward Barsky von der Vereinigung der Veteranen der Abraham-Lincoln-Brigade, USA, am 28. Juli 1972. In: Informationsbulletin des Solidaritätskomitees für das spanische Volk, (Berlin), 1972, Nr. 6.
- 18 Den Mannheimer Widerstandskämpfern und ihren Opfern wurden durch zwei Bücher würdige Denkmäler gesetzt: Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt (Main) 1969. – Fritz Salm: Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim, Frankfurt (Main) 1973.
- 19 Siehe Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz. . . , S. 189. – Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll. . . , S. 332.
- 20 Siehe ebenda, S. 204 ff. – Ebenda, S. 333.
- 21 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . . , S. 207.
- 22 Ebenda, S. 208/209.
- 23 Siehe Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll.... S. 122.
- 24 Siehe Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz. . . , S. 219/220.
- 25 Ebenda, S. 241.

### ***Dezember 1942 – Dezember 1943***

- 1 Georg Baumann: Atlantikpakt der Konzerne, Berlin 1952, S. 106.
- 2 J.R. von Salis: Schwierige Schweiz, Zürich 1968, S. 314.
- 3 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz.... S. 247.
- 4 Siehe Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll.... S. 205-210.
- 5 IML, ZPA, S 240/1/17.
- 6 Zit. in: Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll...» S. 203.
- 7 Siehe Der Aufbau (Zürich), 14. September 1945.

- 8 Alfred A. Häslar: Das Boot ist voll.... S. 220.
- 9 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz. . . , S. 262, 264/ 265.
- 10 IML, ZPA, EA 1502.
- 11 Der Aufbau, 28. Januar 1944.
- 12 IML, ZPA, IV 2/4/6.
- 13 Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 3-6.
- 14 IML, ZPA, IV 2/4/2.
- 15 Ebenda.
- 16 Siehe Die Bewegung «Freies Deutschland» und ihre Ziele, Zürich 1945.
- 17 Siehe ebenda.
- 18 Otto Braun: Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 290.
- 19 Ebenda, S. 292.
- 20 Zit. in: Wilhelm Hoegner: Der schwierige Aussenseiter, S. 174.
- 21 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/2.
- 22 Peter Stahlberger: Der Zürcher Verleger Emil Oprecht, Zürich 1970, S. 300.
- 23 Ebenda.
- 24 Siehe Wilhelm Hoegner: Der schwierige Aussenseiter, S. 165.
- 25 Siehe ebenda, S. 166-172.
- 26 IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 27 Ebenda, IV 2/4/3.
- 28 Siehe Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, S. 219 ff.
- 29 Regina Kägi-Fuchsmann: Das gute Herz genügt nicht, S. 182.
- 30 Ebenda, S. 182/183. – Siehe auch Walter Bringolf: Mein Leben, S. 389.
- 31 Komsomolskaja Prawda (Moskau), 30. Juni 1971.
- 32 Die Neue Welt (Bern), September 1943.
- 33 Siehe Walter Bringolf: Mein Leben, S. 390.
- 34 Brief von Lydia Sperling vom 20. Juli 1971 an den Autor. – Siehe auch Deutsche Lehrerzeitung (Berlin), 1968, Nr. 18, S. 4.
- 35 Brief von Lydia Sperling vom 20. Juli 1971 an den Autor.

#### ***Januar 1944 – Mai 1945***

- 1 J.R. von Salis: Schwierige Schweiz, S. 264.
- 2 Carl Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz . . . , S. 289.
- 3 Freies Volk (Bern), 9. Februar 1945.
- 4 Der Demokrat (Heiden), 7. Juni 1944.
- 5 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/5.
- 6 Siehe National-Zeitung (Basel), 6. Oktober 1944, Morgenausgabe.
- 7 IML, ZPA, IV 2/4/5.
- 8 Siehe ebenda.

- 9 Der Demokrat, 7. Juni 1944.
- 10 IML, ZPA, EA 1487.
- 11 Siehe ebenda, IV 2/4/4.
- 12 Siehe ebenda, S 240/1/15.
- 13 Siehe ebenda, IV 2/4/1.
- 14 Siehe ebenda, IV 2/4/4.
- 15 Siehe ebenda.
- 16 Siehe Freies Deutschland (Zürich). 1944, Nr. 11. (Sämtliche Ausgaben der Zeitschrift «Freies Deutschland» befinden sich in der Bibliothek des IML.)
- 17 Siehe ebenda, 1945, Nr. 2.
- 18 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/3.
- 19 Freies Deutschland, 1945, Nr. 4.
- 20 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 21 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 4 und 5.
- 22 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/3.
- 23 Siehe Freies Deutschland, 1944, Nr. 6/7.
- 24 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 25 Siehe Um Deutschlands nächste Zukunft, Zürich 1945.
- 26 Siehe Die Lage Deutschlands nach der Konferenz von Jalta und unsere Aufgaben. In: IML, ZPA, S 240/1/15.
- 27 Siehe Die Bewegung «Freies Deutschland» und ihre Ziele, S. 5.
- 28 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/1.
- 29 Siehe ebenda, S 240/1/15.
- 30 Ebenda, IV 2/4/4.
- 31 Ebenda.
- 32 Ebenda.
- 33 Bericht von Otto Niebergall vom 15. Juni 1951. In: IML, ZPA.
- 34 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 35 Siehe ebenda, IV 2/4/3.
- 36 Ebenda, EA 1467.
- 37 Ebenda, IV 2/4/3.
- 38 Ebenda.
- 39 Siehe ebenda, S 240/1/16.
- 40 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 4.
- 41 Zit. in: Die Nation (Zürich), 20. Juni 1945. In: IML, ZPA, S 240/ 1/17.
- 42 Ebenda.
- 43 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 5.
- 44 Siehe Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1967, S. 155-161, 180.
- 45 Siehe Informationsdienst «Freies Deutschland» (Zürich), November 1944. – Freies Deutschland, 1944, Nr. 9/10 und 11; 1945, Nr. 1.
- 46 Freies Deutschland, 1945, Nr. 1.

- 47 Zit. in: Heinrich Fink: Schulter an Schulter. Karl Barth und die Bewegung  
«Freies Deutschland». In: Neue Zeit (Berlin), 16. Mai 1970.
- 48 Siehe Die Karriere des Eugen Gerstenmaier. Dokumentarbericht,  
Berlin 1969.
- 49 Karl Barth: Eine Schweizer Stimme . . . , S. 58/59.
- 50 Ebenda, S. 78.
- 51 Ebenda, S. 79.
- 52 Ebenda, S. 135.
- 53 Ebenda. S. 183.
- 54 Ebenda, S. 196.
- 55 Ebenda, S. 296.
- 56 Ebenda, S. 247.
- 57 Zit. in: Heinrich Fink: Schulter an Schulter... In: Neue Zeit. 16. Mai 1970.
- 58 Zit. in: Ebenda.
- 59 Zit. in: Ebenda.
- 60 Siehe IML, ZPA, S 240/1/15.
- 61 Ebenda.
- 62 Karl Barth: Eine Schweizer Stimme . . . , S. 412/413.
- 63 Freies Deutschland, 1945, Nr. 4.
- 64 Ebenda.
- 65 Über die Grenzen (Zürich), 1945, Nr. 6.
- 66 Ebenda.
- 67 Freies Deutschland, 1945, Nr. 4.
- 68 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/2.
- 69 Die Neue Welt, 1944, Nr. 19.
- 70 Ebenda, Nr. 20.
- 71 Siehe Wilhelm Hoegner: Der schwierige Aussenseiter, S. 180.
- 72 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/2.
- 73 Wilhelm Hoegner: Der schwierige Aussenseiter, S. 183.
- 74 Ebenda, S. 172/173.
- 75 Ebenda, S. 185.
- 76 IML, ZPA, IV 2/4/4.
- 77 Berliner Zeitung, 1. Mai 1965.
- 78 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/2.
- 79 Freies Deutschland, 1945, Nr. 6.
- 80 Ebenda.
- 81 IML, ZPA, IV 2/4/3.
- 82 Freies Deutschland, 1945, Nr. 5.
- 83 Siehe IML, ZPA, S 240/1/18.
- 84 Siehe ebenda, IV 2/4/4.
- 85 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 6.

- 86 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/4.  
87 Ebenda.  
88 Ebenda, S 240/1/19.

***Die ersten Nachkriegsmonate***

- 1 IML, ZPA, IV 2/4/4.  
2 Leo Bauer wurde zu Beginn der fünfziger Jahre zum Renegaten.  
3 Freies Deutschland, 1945, Nr. 6.  
4 Ebenda.  
5 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/2.  
6 Ebenda, IV 2/4/6.  
7 Siehe ebenda, IV 2/4/4.  
8 Ebenda, S 240/1/18.  
9 Ebenda.  
10 Siehe ebenda, IV 2/4/4.  
11 Siehe ebenda.  
12 Interview mit dem Präsidenten der CSS, Hans von Fischer. In: Stuttgarter Zeitung, 1. Dezember 1945.  
13 Siehe IML, ZPA, IV 2/4/3.  
14 Ebenda.  
15 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 9. – Rundschreiben des FD, 23. Juli 1945. In: IML, ZPA, S 240/1/15.  
16 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 8.  
17 Interview mit dem Präsidenten der CSS, Hans von Fischer. In: Stuttgarter Zeitung, 1. Dezember 1945.  
18 Siehe IML, ZPA, EA 1475.  
19 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 9.  
20 Ebenda, Nr. 6.  
21 Über die Grenzen, 1945, Nr. 8.  
22 Siehe Freies Deutschland, 1945, Nr. 8.  
23 Siehe ebenda, Nr. 11.  
24 IML, ZPA, IV 2/4/2.  
25 Herausgegeben von der CSS in Zusammenarbeit mit der Bewegung «Freies Deutschland» im Oktober 1945 in Zürich.  
26 Siehe Brief von Gerhard Wohlrath vom 8. Juni 1945. In: IML, ZPA, S. 240/1/18.  
27 Siehe ebenda.  
28 Ebenda.  
29 Siehe ebenda.  
30 Siehe ebenda.  
31 Siehe ebenda.  
32 Ebenda, S 240/1/15.  
33 Siehe ebenda.  
34 Siehe ebenda, S 240/1/18.

- 35 Ebenda.
- 36 Siehe Dokumente und Materialien . . . , Reihe III, Bd. 1, S. 134/135.
- 37 Ebenda, S. 198/199.
- 38 Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, München 1946, S. 6/7. In: IML, ZPA, S 240/1/19.
- 39 IML, ZPA, S 240/1/19.
- 40 Siehe Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, S. 9–11. In: Ebenda.
- 41 Ebenda, S. 11–13. In: Ebenda.
- 42 Siehe ebenda, S. 14–16. In: Ebenda. – Dokumente und Materialien . . . , Reihe III, Bd. 1, S. 98–100.
- 43 Siehe Protokolle der Aktionsgemeinschaft der SPD-KPD München, S. 16–23. In: IML, ZPA, S 240/1/19.
- 44 Siehe Dokumente und Materialien . . . , Reihe III, Bd. 1, S. 117/118.
- 45 Siehe Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, S. 25–30. In: IML, ZPA, S 240/1/19.
- 46 Siehe Amtsblatt für die Stadt und den Landkreis Dachau, 1945, Nr. 12.
- 47 Siehe Wilhelm Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 200.
- 48 Ebenda, S. 203.
- 49 Siehe ebenda, S. 209–212.
- 50 Siehe Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, S. 30–36. In: IML, ZPA, S 240/1/19.
- 51 Siehe ebenda, S. 36–38. In: Ebenda.
- 52 Wilhelm Hoegner: Der schwierige Außenseiter, S. 223, 225.
- 53 Siehe Protokolle der Aktionsgemeinschaft SPD-KPD München, S. 48. In: IML, ZPA, S 240/1/19.

## Verzeichnis der Antifaschisten und Hitlergegner

Abbeg, Wilhelm. Dr. 179, 180, 242, 277, 294, 296, 318, 321  
Acker, Paula (Löffler, Paula) 6, 26, 44, 81, 150, 248, 253, 326  
Acker, Wilfred (Werner) 6, 23, 24, 26, 44, 48, 51, 52, 54, 81, 105, 151, 236,  
248, 304, 326  
Ackermann, Anton 27, 54, 248  
Ackermann, Karl, Dr. 236  
Afflerbach, Gebrüder 19  
«Alex» 24  
André 252  
André 330  
Antoine, Anton (siehe Stehr, Gotthard)  
Arndts, Angelika 311  
Arnold, Dr. 267  
Arnold, Käthe 19  
Arzner, Josef 30  
Ayen, Paul 26, 151

Baehler, Georges (Pollux) 119  
Baier, Adolf 26  
Bannasch, Paul (Fritz) 24  
Barlach, Ernst 321  
Barsky, Edward, Dr. 158  
Barth, Karl, Prof. 108, 109, 178, 179, 222, 248, 262-269, 294, 327, 328  
Baschwitz, Paul 311  
Bauer, Dr. 338  
Bauer, Karl 304, 329  
Bauer, Leo 296  
Bauer, Valentin 69, 93, 111, 125, 128  
Baum, Herbert 160  
Baumgarten, Arthur, Prof. Dr. 19, 110, 178  
Baumgarten, Helene 110, 222  
Becher, Johannes R. 304, 321  
Bechtle, Emil 329  
Bechtle, Willy 329  
Becker, Artur 85  
Becker, Maria 311  
Beetz, Lina (Nelly) 44  
Behrendt, Hans (siehe Norden, Albert)  
Beimler, Hans 24, 25, 32, 41  
Benjamin, Dora (siehe Schaul, Dora)

Bergmann, Hans 179, 180, 241, 242, 248, 277, 295, 296  
Bergtel, Rudi 6, 64, 65, 73, 248, 255  
Bernasconi, Berti 31  
Bernoulli, Prof. 220  
Bertschi, Robert 123  
Bertz, Paul (Helm) 22, 23, 27, 80, 81, 94, 101, 126, 150, 151, 157, 158, 232  
Besel, Fritz 24, 44  
Bettelheim, Kurt 128  
Betz, Hans 288-290  
Beuttel, Wilhelm 23, 24  
Binder, Emmy 304  
Binder, Richard 304, 329  
Birk, Fritz 30  
Blenkle, Conrad (Gottfried) 23, 69, 70  
Bodemann, Marino 44, 109, 110  
Bogen, Erich 179, 270, 280, 296, 321  
Bögler, Franz 277  
Bohn, Willi 34, 35  
Böning, Hermann 29, 30  
Bonjour, Edgar 120  
Böttcher, Paul 66  
Braun, Otto 70, 71, 125, 180, 191, 192, 277, 278  
Brecht, Bertolt 154  
Breitscheid, Rudolf 67, 88, 248  
Brenzel, Otto 24  
Bringolf, Walter 74-76, 112, 120, 123, 124, 194, 274  
Brugger 253  
Brunner, Irene 311  
Buchmann, Albert 329, 330  
Buchmann, Erika 329  
Bürger, Willi 130  
  
Carius, Rudolf 26  
Carlebach, Emil 317, 332, 334  
Chamson, André 282  
Claudius, Eduard (Schmidt, Eduard) 151, 152, 249, 253, 256  
Cohn, Margot 173  
Collion 286  
Courtade, Pièrre 282  
Crispien, Artur 70, 71, 125  
Crüger, Herbert 184  
  
Dahlem, Franz 27, 54, 66, 80, 129, 130, 202  
Damerius-Koenen, Emmy 23, 44

Danegger, Mathilde 28, 178  
 Delnon, Giacomo 19  
 Delnon, Mathilde 148  
 Dietrich, Georg 72, 73  
 Dietz, Fritz 296  
 Diez, Fritz 178, 245, 296, 311  
 Diez, Martha 178, 245, 311  
 Dittmann, Wilhelm 70, 71, 125  
 Dollmaier, Wilhelm 36, 37  
 Domarus, Prof. 62  
 Dressel, Fritz 32  
 Dübendorfer, Rachel 66  
 Dudow, Slatan 154, 322

Eberl, Willy 29, 30  
 Eckert, Erwin 332  
 Eckl, Joseph 26  
 Edi 24  
 Eduard 233  
 Eichelgrün, Helmut 295  
 Eichelsdörfer, Ernst (Paul) 6, 23, 32, 54, 81, 90, III, 112, 117, 138, 150, 151,  
 223, 236, 245, 253, 285-287, 301, 332-334  
 Eiermann, Karl 38, 81, 90, 94, 95, 111, 160, 223, 248, 326  
 Eildermann, Willi 130, 131  
 Elias, Paul (Matthes) 24, 40, 63, 69, 81, 90, 94  
 Eltzinger 44  
 Enders, Karl 70  
 Engelbrecht, Georg 281, 296

Fabian, Walter, Dr. 195, 247, 309  
 Farner, Oskar 169  
 Faulhaber, Jacob 39, 159  
 Fels, Wilhelm (Artur, Willi) 32, 38, 81, 114, 150-152, 248, 253  
 Feuchtwanger, Lion 10, 321  
 Ficker, Ludwig 31-33, 44, 47, 81, 96, 97, 105, 114, 150, 151, 252, 287-289,  
 336-340  
 Ficker, Trude 248, 338  
 Field, Herta 158  
 Field, Noel Haviland 158, 201, 202  
 Firl, Herbert 20  
 Firl, Wilhelm 20  
 Fisch, Walter 21, 22, 24, 81, 151, 223, 236, 242, 247, 248, 270, 295, 296,  
 300, 304, 323, 332-335  
 Fischer 340

Fischer, Anni von 249, 295  
Fischer, Hans von, Dr. 19, 304, 305, 307  
Fischer, Richard 26  
Fliess, Heinz, Dr. 179, 296, 306  
Frank, Wilhelm (Willy) 220, 230  
Franz, Karl 26, 35  
Frey, Alexander M. 309  
Friedensreich, Dr. 295  
Friedrich, Henriette (siehe Meuter, Henriette)  
Frings 53  
Frösch, Max 154  
Fuchs, Gerhard 44, 245, 321  
Fugger, Else 233  
Fuhrmann, Bruno 6, 24, 27, 44, 69, 70, 73, 81, 96, 111, 130, 151, 236, 248,  
266, 267, 294, 302, 303, 330  
Funke, Ewald (Kurt) 32, 49-51, 53

Gaile, Karl 130, 201  
Gärtner, Irene (siehe Schmidt, Elli)  
Genz, Willi 180  
Geppert 19  
Gerber 170, 174  
Gerngross, Ruprecht, Dr. 288, 289  
Gersbach 29  
Geschter, Alois 105  
Giehse, Therese 230, 311  
Ginsberg, Ernst 230, 280, 311  
Gitermann, Prof. 220  
Godin 278  
Goetzinger, Philipp 19  
Goldhammer, Bruno 6, 23, 24, 27, 44, 61, 63, 73, 81, 96, 113, 114, 151, 152,  
183-185, 220, 222, 236, 247, 248, 266, 336-341  
Goldschmidt, Arthur 320  
Gorbach, Max 26  
Göritz, Arthur 53  
Göttgens, Peter 288  
Götz, Sepp 32  
Graetz, Dr. 129  
Graf, Wilhelm 161  
Granzow, Kurt 26, 48, 51, 52  
Grasse, Paul 233  
Grimm, Robert 73-75, 123, 124, 274  
Grischa 208, 210  
Gritli 34, 35

Grohmann, Adolf 253, 256  
Grosshans 325  
Guggenheim, Hans 129, 184  
Guisan, Heinrich 116  
Günther, Albin 96, 97  
Guttman, Gusti 129, 131  
Gyssling, Walter 179, 296, 318

Haenschei, Kurt 334  
Hager, Kurt 34  
«Hans» 24  
Hansen 258  
Haringer, Jacob 230  
Harnack, Arvid 61-66  
Hartmann, Richard 6, 47, 81, 93, 111, 117  
Hartog, Gustav (Günther) 44  
Häsler, Alfred A. 15, 91, 95, 100, 107, 169, 171  
Häusler 19  
Heberlein, Fritz, Dr. 164  
Heckert, Fritz 37  
Heinz, Wolfgang 28, 178, 248  
Helmrich 338  
Hempel, Käthe (siehe Wohlrath, Käthe)  
Hennig 321  
Hermann 48  
Hermann, Else Marie 36  
Hermlin, Stephan (Leder, Rudolf) 229, 248, 304, 309, 319  
Hernandes, Juan 130  
Herrmann, Liselotte (Lilo) 23, 49, 50, 53, 228, 331  
Herz, Harry 6, 179, 296, 306  
Hesse, Hermann 153  
Heye, Arthur 309  
Hilferding, Rudolf 67, 88  
Hilsenbeck 329  
Hinkel, Oskar 32  
Hirsch, Joseph 336, 341  
Hirschfeld, Kurt, Dr. 230, 311  
Hochkepper, Clemens 130  
Hochstrasser, Rosa 19  
Hoegner, Wilhelm, Dr. 70, 71, 125, 191, 192, 194, 277-279, 298, 317, 337-341  
Hofer 253  
Höfer, Marie 19  
Höfer, Sepp 19

Hoffmann, Dr. (siehe Szönyi)  
Holy 336  
Horwitz, Kurt 230, 311  
Hromadka, Prof. 264  
Huber, Ernst 169  
Huber, Johannes 123  
Huber, Josef 33  
Huber, Kurt, Prof. Dr. 160  
Hübscher, Alfred 86  
Hug, Lydia (siehe Sperling, Lydia)  
Hug-Franke 19, 44  
Hunziger, Adolf 26  
Husemann, Walter 63  
Huve, Artur 296

Iros, Ernst 309

Jonny (siehe Sperling, Fritz)  
Jung, Karl 32, 253  
Jungmann, Erich 130

Kägi, Regina 91, 107, 108, 128, 192, 205  
Kaiser, Bruno, Prof. Dr. (Mohr, Oswald) 224, 230, 231, 321  
Kaiser, Georg 309  
Karkosch, Hauptmann 234  
Kast, Peter 81  
Kindt-Kiefer, J.J., Dr. 192, 277, 278  
Kirsch, Martin 334  
Kirschbaum, Charlotte von 179, 242, 263, 267, 269, 277, 295, 296, 321  
Kläber, Kurt 153  
Kläsi, Maria, Dr. 19, 31  
Klier-Mode, Irene 6  
Klöti, Emil, Dr. 123  
Knigge, Willi 252  
Knothe, Willy 334  
Kobe 110, 148, 222  
Koechlin, Eduard, Dr. 170  
Kohl, Rudolf 332, 335  
Köhler, Fritz (Onkel) 26, 96, 97, 111, 154, 335  
Kollwitz, Käthe 321  
Kompein, Sepp 111, 250  
Körner 330  
Kramer, Hugo 124  
Kratt 30

Kraus, Jakob Balthasar 36  
Kraus, Max 31  
Kröpelin, Karl 338, 341  
Kroth 336  
Küchenmeister, Walter 61-63  
Kuczynski, Jürgen, Prof. Dr. 101  
Kuderer, Bernhard 6, 30, 44, 81, 111, 236, 270, 286, 307  
Kuderer, Suse (Schüle, Suse) 6, 31, 32, 44, 54, 81, 91, 113, 173, 307  
Kühn, Fritz 129  
Kühne, Adolf (Albert) 253, 256  
Kühne, Otto 233  
Kukowitsch, Hans 253, 324  
Kunde, Karl (Ewald) 23, 48, 236, 248, 304, 324  
Kurt (siehe Funke, Ewald)  
Kurz, Dr. 246  
Kurz, Erika 63

Lange, Else 129  
Langendorf, Kurt 38  
Langhoff, Renate 306  
Langhoff, Wolfgang 20, 27, 62-65, 81, 114, 136, 177, 183, 184, 186, 188,  
236, 242, 248, 266, 267, 277, 280, 281, 294-296, 302, 303, 311, 318, 319,  
322  
Lasker-Schüler, Else 230  
Lattre-Tassigny, de 282, 286, 287  
Lauber, Theo 81, 111, 332  
Lavina, Silverio 130  
Lechleiter, Georg 38, 159, 280  
Lechleitner, Rosi 19  
Ledebour, Georg 68, 69  
Leder, Rudolf (siehe Hermlin, Stephan)  
Lehnen, Karl 304, 329  
Leibbrand, Robert 320  
Leidner, Paul 26, 32  
Lenz, Fritz 130, 341  
Leonhard, Rudolf 130  
Lerch, Max 19  
Lessmüller 95  
Lettenbauer, Alfred 33, 288  
Lettenbauer, Josef 33, 288  
Lichtenstein, Kurt 93  
Lieb, Fritz 266  
Lindemann, Berti 19

Lindner, Bruno 33  
 Lindtberg, Leopold 230  
 Linnick, Edgar 130  
 Ljuba 208  
 Löffler, Paula (siehe Acker, Paula)  
 Longo, Luigi 129  
 Lopez 128  
 Lovasz, Stefan 49, 50, 53  
 Ludwig, Carl, Prof. Dr. 11-13, 15, 162  
 Lüthi, Walter 163

Maag-Socin, Albert, Dr. 86, 92, 108, 163  
 Maassen, Hanns 26, 38  
 Machts, Oberst 234  
 Maddalena, Hilda 130  
 Mahlberg, Heinz, Dr. 281  
 Maller, Theodor 253  
 Mann, Heinrich 180  
 Marchwitza, Hans 19  
 Marx, Dr. 290  
 Mayer, Elsa (siehe Teubner, Elsa)  
 Mayer, Hans, Prof. Dr. 99, 229, 230, 309  
 Meenzer, Rudolf 334  
 Meierhans, Paul, Dr. 123, 274  
 Meitz, Heinz 36, 37  
 Menzel, Margarete (siehe Merker, Margarete)  
 Merker, Margarete (Menzel, Margarete) 130  
 Merker, Paul 27, 80, 126, 128, 157, 158, 235  
 Meuter, Henriette (Friedrich, Henriette) 148  
 Meuter, Paul 6, 23, 26, 27, 48, 50, 68, 69, 73, 81, 96, 105, 147, 148, 151,  
 221, 223, 236, 242, 248, 266, 277, 294, 296, 302  
 Mewis, Karl 101  
 Meyer, Gustav (Gustl) 111, 128, 153, 248  
 Mierendorff, Carlo 228  
 Mihaly, Jo (Steckel, Jo) 46, 47, 178, 183, 230, 304, 309, 319  
 Mischa 211  
 Mode, Heinz, Dr. 61, 81, 222, 229, 236, 248, 266, 267, 296, 304, 319  
 Modersohn, Oberstleutnant 234  
 Molt, Karl 93  
 Moltmann, E. 296  
 Montes, Ramon 130  
 Morgan, Claude 282  
 Moser, Mentona 19

Mosimann, Alfred 19  
Mosimann, Fanny 19  
Mosimann, Hans 19  
Muggli, Rosemarie 23, 31  
Muhler 316, 338  
Müller, Oskar 316, 332, 334, 335  
Müller, Paul 69, 70, 93, 111, 125, 126  
Mülly, Dr. 113  
Münger, Hanni, Dr. 305

Nass, Helene 129  
Neri, Atea 19  
Neri, Efira 19  
Neumann, Frieda 26, 93  
Neumann, Rudolf, Dr. 26  
Niebergall, Otto 126, 252  
Niemöller, Martin, Dr. 263, 280, 327, 328  
Nieper, Elvira 148  
Niki 208, 210  
Nobs, Ernst 74, 75, 274  
Norden, Albert (Behrendt, Hans) 69  
Nowack, Friedel 6, 20, 27, 178, 281, 311  
Nuding, Hermann (Claus) 27  
Nuding, Paula 130

Obermanns, Franz 6, 81, 111, 135, 151, 286, 301  
Oesch 19  
Oprecht, Emil 194  
Oprecht, Emmi 194, 274  
Oprecht, Hans 73-75, 194  
Ossietzky, Carl von 228  
Otti 34  
Otto, Hans 178  
Otto, Teo 28, 178, 230, 311

Padwa, Malka 129  
Paeschke, Karl 295  
Parker, Erwin 178, 311  
Paryla, Karl 28, 178  
Paul (siehe Eichelsdörfer, Ernst)  
Paul, Elfriede, Prof. Dr. 6, 61, 64, 65  
Paula 233  
Pechner, Hans, Dr. 296  
Pfaff, Friedrich 105  
Pfaller, Alois 338

Piedc, Wilhelm 41, 68, 93, 96, 188  
Plattner, Johann 148  
Pollatschek, Walther 245, 249, 335, 342  
Pöllnitz, Gisela von 63  
Priess, Heinz 130, 201, 252  
Priess, Viktor 130  
Probst 26  
Probst, Christoph 160

Quintani, Celia 131

Raab, Franz 201  
Rädel, Siegfried (Fried) 23, 48, 51, 69, 129, 130 202  
Radó, Sándor (Dora) 66, 134  
Ragaz, Leonhard 123  
Raky, Hortense 311  
Ramin, Emmy (siehe Seitz, Emmy)  
Rau, Heinrich (Heiner) 129, 130, 202  
Rauschnig, Hermann 71  
«Reh» (siehe Sperling, Lydia)  
Reiche, Erwin, Dr. 6, 178, 236, 248, 295, 296  
Reichel, Antoinette 31  
Reigel, Toni 323  
Reimann, Marga 23  
Reitberger, Hans 253, 289, 336  
Renn, Katharina 248  
Rentmeister, Maria 23  
Reuchlen, Albert 6, 93, 111, 249, 304, 325  
Rhein, Karl 111, 128  
Richter, Paul 130  
Rittmeyer, Dr. 163  
Ritzel, Heinrich (Georg) 192, 277  
Robert, Frank 131  
Rohrsdorfer, Blandina 138  
Roith, Christl 338  
Rosenbusch, Ernst 148  
Rosenfeld, Betty 131  
Rossaint, Josef 228  
Rössler, Rudolf (Lucy) 66  
Rosshaupter, Albert 337, 338, 341  
Rottenhöfer 29  
Rottweiler, Fritz 32, 33  
Rudkowski, Hermann 26

Ruf, August 307  
Ruiz, José 130  
Rümelin, Fritz 32

Saizew, Wladimir Sergejewitsch 206, 210, 211  
Sali 233  
Salis, J.R. von 118, 168, 215  
Salm, Fritz 38  
Salomon, Otto 267  
Sascha 208, 210  
Saul, Werner 230  
Sawtschenko, Wladimir (Viktor) 208, 210, 211  
Schäfer, Kurt 26  
Schäffner, Hans 38, 252, 289, 336  
Schaul, Dora (Benjamin, Dora) 44, 129, 131  
Scheu, Volker, Dr. 305  
Schimmel, Fritz (Vau) 252  
Schleif, Lotte 64  
Schlotterbeck, Friedrich 251, 304, 306, 320, 329-331  
Schmidt, C.L.» Prof. 280, 296, 318  
Schmidt, Eduard (siehe Claudius, Eduard)  
Schmidt, Elise 148  
Schmidt, Elli (Gärtner, Irene) 54  
Schmidt, Hans 338, 341  
Schmidt, Joseph 164  
Schmidt, Walter A. 44, 146, 148  
Schmitt, Heinrich 340, 341  
Schmorell, Alexander 160  
Schottmüller, Oda 64  
Schneider, Franz 288  
Schneider, Kurt (siehe Trautzsch, Walter)  
Schnipal 285  
Schock, Friedrich 36  
Schoettle, Erwin 69, 70  
Schöfer, Fritz 334  
Scholl, Hans 160  
Scholl, Sophie 160  
Schön, Ludwig 285  
Schönherz, Ernst 153  
Schönlank, Bruno 309  
Schrecker, Hans 19  
Schüle, Suse (siehe Kuderer, Suse)  
Schulze-Boysen, Harro 61-66  
Schumacher, Elisabeth 62

Schumacher, Kurt 62, 64, 65  
Schumacher, Kurt, Dr. 342  
Schützle, Liesl 19  
Schwarz 31  
Schwarze, Werner 253  
Schwarzer 338  
Schweizer, Robert 224  
Seitz, Emmy (Ramin, Emmy) 34  
Seizinger, Daniel 159  
Sennhauser, Dr. 93  
Sennhauser, Frau 93  
Seydlitz, Walther von 188  
Sickert, Alfred 111, 249  
Siegfried, Kurt, Dr. 305  
Siemsen, Anna 277  
Singer, Hans 242, 249, 296, 343  
Singer, Rudi 6, 151, 222, 236, 242, 294-296, 302  
Sonderegger, Dr. 218  
Sorge, Richard, Dr. 134  
Sperling, Fritz 23, 32, 44, 63, 69, 81, 150, 151, 208, 221, 236, 249, 294, 302,  
328, 336, 341, 342  
Sperling, Lydia (Hug, Lydia) 6, 208-210, 306  
Stäheli, Hans 49  
Stahlmann, Erna 233  
Stahlmann, Richard 233  
Staimer, Richard 93, 94  
Stalin, J.W. 56-58, 146, 148  
Staudinger, Dora 19  
Staudinger, Kläre 31  
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 226  
Steckel, Leonard 46, 220, 230, 249, 309, 311  
Stegmeier, Josef 285  
Stehr, Gotthard (Antoine, Anton) 81, 249, 296  
Steidle, Josef 49, 50, 53  
Steinbeck, John 154  
Steinberger, Bernhard (Bernd) 81, 236, 249, 296  
Steiner, Hermann 111  
Steinmayer 330  
Stelzer, Hans 288  
Stenzer, Franz 32  
Stern, Max 253  
Stingl, Max (Theo) 32, 49-51, 53  
Stöhr, August 26  
Strasch, Marina 131

Strub 19  
Szönyi (Hoffmann, Dr.) 113

Teichmann, Rudi 26  
Tesch, Karl 69, 93, 111, 125, 223, 249, 296  
Teubner, Elsa (Mayer, Elsa) 6, 81, 83, 249  
Teubner, Hans 7, 89, 94, 151, 236, 249, 267, 296  
Thälmann, Ernst 21, 23, 67, 225, 228, 245, 247  
Thälmann, Rosa 245  
Theo (siehe Stingl, Max)  
Thiel, Kurt 26  
Thiele, W. 296  
Thunig 340  
Timoschenko, S. K. 145  
Toller, Ernst 321  
Trautzsch, Walter (Schneider, Kurt) 245  
Trebe, Paul 255  
Trösch, Robert 178, 279  
Trostel, Willi 19  
Tschesno-Hell, Michael 6, 81, 229, 236, 249, 270, 296, 300  
Tucholsky, Kurt 321

Ulrich 330  
Ulrich, Franz 334  
Unverzagt, Leutnant 234

Vas, Sándor 131  
Vaucher, F.C. 19  
Vehlow, Franz (Schuster, Louis) 24, 26  
Venedey, Hans, Dr. 195, 295, 332  
Vielhauer, Walter 36  
Viktor (siehe Sawtschenko, Wladimir)  
Voelmy, Dietrich 281  
Vogt, Paul 169, 246  
Voltz, Adam 33, 38

Wagner, Karl 90, 94, 95, 111  
Wagner, Winifred 53  
Walter, Dr. 19  
Walterlin, Oskar 230  
Weber, Dr. 327, 328  
Weber, Max, Dr. 123  
Wegner, Matthias 10  
Weidemann 93

Weil, Dr. 129  
Weinert, Erich 224, 321  
Weinzierl, Eduard (Edi) 34, 81, 93, 111  
Weisenborn, Günther 62  
Weiskopf, F.C. 73  
Weiterer, Maria 23  
Wellauer, Dr. 224  
Welsch, Rudi 304, 306, 329, 331  
Werner, Emil 130  
Wertmann, Alice 19  
Wildgrube, Wilhelm (Willi) 24, 332, 335  
Willmann, Heinz 19  
Wimmer, Joseph (Sepp) 6, 81, 249, 252, 289  
Winkelmann, Hans 130  
Winter, Kurt, Dr. 26  
Winterstein, Josef 131  
Wirsching, Luise 105  
Wirth, Joseph, Dr. 192, 247, 277, 278  
Wittkowski, Margarete, Dr. (Grete) 23, 32, 44, 54  
Wohlrath, Gerhard 26, 81, 111, 154, 221, 223, 285, 286, 301  
Wohlrath, Käthe (Hempel, Käthe) 19, 303  
Wolf, Berthold 309  
Wolf, Christian (Jupp) 44, 81, 96, 98, 147, 148, 236, 249, 294, 299, 300  
Wolf, Friedrich 154  
Wolf, Hans 24, 26, 81, 151, 249  
Wolf, Lore 24, 25  
Wolf, Paul 81, 249  
Wolodja (siehe Sawtschenko, Wladimir)  
Woog, Edgar, Dr. 44, 65, 110, 305  
Wotitz, Emmy 132  
Würzburger, Dr. 267, 268  
Wyler, Albert 129  
Wyler, Julius 129  
  
Zbinden, Prof. Dr. 91  
Zellweger 148, 149  
Zienau, Oswald, Dr. 277  
Zogg, Hans 44, 61, 110  
Zöllner, Ernst 130

## Inhalt

Vorwort 5

### ***1933 – Kriegsbeginn 1939***

«Auf dem Schlachtfeld des Exils» 9

Das «legendäre» Exilland Schweiz 11

Die Flüchtlingspolitik des Bundesrates 1933-1939 14

Schweres Leben der deutschen kommunistischen Emigranten 18

Disziplinierte Organisation – die Voraussetzung antifaschistischer Aktivität 20

Die wichtigste Aufgabe: Hilfe für die Widerstandskämpfer in Süddeutschland 28

Die Herstellung und Verbreitung der illegalen Literatur 39

Der Sicherheits- und Abwehrdienst der KPD-Abschnittsleitung Süd 48

Die politisch-ideologische Aktivität im Emigrationsland 54

Verbindung zur Schulze-Boysen/Harnack-Organisation 61

Die Bemühungen um die Einheitsfront mit sozialdemokratischen deutschen Emigranten 67

Die rechten sozialdemokratischen Führer der Schweiz 73

### ***September 1939 – Juni 1941***

Der faschistische deutsche Imperialismus entfesselt den zweiten Weltkrieg 78

Zunehmende polizeiliche Vergehen gegen die Menschlichkeit 82

«Kommunisten gehören ins Zuchthaus» 89

Die Führung durch das ZK der KPD blieb gesichert 100

Das weitere Wirken nach Süddeutschland 103

Arbeitslager für Tausende von Emigranten 105

Verbot der Kommunistischen Partei der Schweiz 109

Sonderinternierungslager für «Linksextremisten» 111

Das Organ «Der Deutsche» erscheint 114

Die Beherrscher der Schweiz setzten auf Hitlers militärische Siege 115

Die deutschen Nazis benahmen sich wie zu Hause 120

Die Schweizer sozialdemokratischen Opportunisten und die SPD-Emigranten während des Krieges 122

Solidarische Hilfe für die internierten Antifaschisten in Frankreich 126

### ***Juli 1941 – November 1942***

Hitlerdeutschland überfällt die Sowjetunion 134  
Die «Deutschen Nachrichten» zum Überfall auf die Sowjetunion 139  
Die «Süddeutsche Volksstimme» zur Moskauer Winterschlacht 142  
Ein «Erfolg» der Polizei und ein Gerichtsprozess 147  
Von Malvaglia nach Gordola 149  
Die Zeitung «Lagerstimme» und die Freizeitausschüsse 154  
Kontakt mit deutschen Kommunisten in Frankreich 157  
Vom «Kriegsschauplatz Innerdeutschland» 159  
«Das Boot ist voll» 161

### ***Dezember 1942 – Dezember 1943***

Der grundlegende Umschwung im zweiten Weltkrieg: Stalingrad 166  
Schweizer Flüchtlingspolitik im Jahre 1943 170  
Vorbereitung und Gründung des Nationalkomitees «Freies Deutschland» in der Sowjetunion 175  
Gründung der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz 177  
Das Programm der Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz 180  
Die Monatsschrift «Freies Deutschland» 183  
Die Gegner des «Freien Deutschland» feuern aus allen Rohren 185  
Auch die rechten sozialdemokratischen Emigranten Gegner der Bewegung «Freies Deutschland» 191  
Die Leitung der KPD-Organisation zur Lage und zu den Aufgaben 196  
Weitere Solidaritätsaktionen der Emigranten in der Schweiz für die Internierten in Frankreich 201  
Internierungslager für Sowjetbürger 204  
Sowjetisches Kampfbanner in der Obhut deutscher Kommunisten 208

### ***Januar 1944 – Mai 1945***

Der Aufschwung des antifaschistischen Kampfes 214  
Das Sonderlager in Bassecourt 218  
Gesteigerte publizistische Aktivität 223  
Die «Süddeutsche Volksstimme» 224  
Die Monatsschrift «Freies Deutschland» und die «FD-Presseinformationen» 226  
Die Flugschrift «Vertrauen zum deutschen Volk!» 228

Die Monatsschrift «Über die Grenzen» 229

Die Anthologie «Das Wort der Verfolgten» und das Herwegh-Museum in Liestal 231

Die Verbindungen der KPD-Emigration in der Schweiz mit Genossen in Frankreich und in anderen Ländern 232

Erste Konferenz der Organisation der KPD am 14. Januar 1945 in Zürich 235

Die erste legale Broschüre: «Um Deutschlands nächste Zukunft» 237

Erste Konferenz der Bewegung «Freies Deutschland» am 27./28. Januar 1945 in Zürich 241

Die KPD nimmt neue Mitglieder auf 243

Die Flüchtlingskonferenz vom 25. Februar bis 1. März 1945 in Montreux 245

Zweite Konferenz der Organisation der KPD am 24./25. März 1945 in Zürich 248

KPD-Funktionäre zur illegalen Arbeit nach Süddeutschland 251

Solidarität mit den italienischen Partisanen 254

Das Flugblatt «Das Gespenst des Absprungs geht um» und der kommunistische Erkundungsdienst 257

Kommunisten und Christen Seite an Seite im antifaschistischen Kampf 262

Die Arbeit unter den Militärinternierten und Deserteuren 270

Die Burgfriedenspolitik der rechten SPS-Führer und die rechten SPD-Emigranten 274

Weiterer Aufstieg der Bewegung «Freies Deutschland» 278

Die Verbindungen nach Süddeutschland in der letzten Phase des Krieges 283

### ***Die ersten Nachkriegsmonate***

Ende des Krieges – Wende in der deutschen Geschichte 293

Zweite Landeskonferenz der Bewegung «Freies Deutschland» am 27. Mai 1945 294

Beschwerliche Rückkehr in die Heimat 298

Die Centrale Sanitaire Suisse und die grossherzige schweizerische Solidarität 304

Neugründung des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger 308

Neue Aufgaben der antifaschistischen Publizistik und die Versammlungskampagne 312

Vom harten Kampf nach der Heimkehr 322  
Das Ende der Mission des «Freien Deutschland» in der Schweiz und die  
Selbstaflösung im Dezember 1945 342  
Im Kampf bewährt 344

Quellenangaben 347

Verzeichnis der Antifaschisten und Hitlergegner 357